EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

HEFT 4 APRIL 1952 SED 7. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin C 2, Kleine Alexanderstr. 28, Karl-Liebknecht-Haus, Telefon: 425681

Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Friedensvertrag mit Deutschland

Am 10. März überreichte der stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, dem Botschafter Großbritanniens, Herrn Gascoigne, dem Geschäftsträger der USA, Herrn Oshaugnessy, und dem Geschäftsträger Frankreichs, Herrn Brionval, eine Note der Sowjetregierung zur Frage der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Der Note ist der sowjetische Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland beigefügt.

Nachstehend wird der Wortlaut der Note an die Regierung der USA und der Wortlaut des obenerwähnten Entwurfs für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland angeführt:

„Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf aufmerksam zu machen, daß, obwohl seit Beendigung des Krieges in Europa bereits etwa sieben Jahre vergangen sind, immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde.

Um diesen unnormalen Zustand zu beseitigen, wendet sich die Sowjetregierung, die das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützt, ihrerseits an die Regierung der Vereinigten Staaten sowie an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur Prüfung vorgelegt wird.

Es versteht sich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß. Hieraus folgt, daß die UdSSR, die USA, England und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage

der Bedingungen prüfen müssen, die die schleunigste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern.

Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, unterbreitet die Sowjetregierung ihrerseits den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung.

Die Sowjetregierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen.

Die Regierung der UdSSR rechnet darauf, in möglichst kurzer Frist eine Antwort der Regierung der USA auf den obenerwähnten Vorschlag zu erhalten.

Gleichlautende Noten hat die Sowjetregierung auch an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs gerichtet.

Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland

Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen, Deutschland aber hat immer noch keinen Friedensvertrag, es ist gespalten und befindet sich nach wie vor gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden. Das entspricht den Bestrebungen aller friedliebenden Völker. Ohne den schleunigsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland kann eine gerechte Behandlung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht gewährleistet werden.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird die endgültige Lösung der Fragen ermöglichen, die infolge des zweiten Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser Fragen sind die europäischen Staaten, die unter der Hitleraggression gelitten haben, besonders die Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens beitragen.

Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird für das deutsche Volk die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeiführen, die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und

friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen fördern und dem deutschen Volk die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern sichern.

Davon ausgehend haben die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen.

Die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind der Meinung, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrages unter Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, erfolgen muß, und daß der Friedensvertrag mit Deutschland auf folgenden Grundlagen aufgebaut sein muß:

Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

Die Teilnehmer:

Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben.

Politische Leitsätze:

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland erhält die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen bis spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands darf das Bestehen von Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht gestattet sein.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die auf Grund eines Gerichtsurteils eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen

verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium:

Das Territorium Deutschlands wird durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze:

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt.

Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze:

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und See-Streitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen:

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

☆

Die Herren Gascoigne, Oshaugnessy und Brionval haben erklärt, daß sie die obigen Noten und den Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland ihren Regierungen übermitteln werden.

Kritik und Selbstkritik als entscheidender Hebel zur Verbesserung unserer Arbeit

Die 8. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei befaßte sich eingehend mit der Entfaltung von Kritik und Selbstkritik als einem Entwicklungsgesetz der Partei. Diese Tatsache ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Partei. Der Fall des Genossen Lohagen hat gezeigt, daß es in unserer Partei Funktionäre gibt, die sich von den Massen isolierten und zu überheblichen Würdenträgern wurden. Sie mißachteten und unterdrückten die Kritik der Massen, erweckten bei ihnen Mißtrauen statt Vertrauen und fügten so der Partei Schaden zu. Solche Fälle waren möglich, weil an Stelle von Kritik und Selbstkritik Familienpolitik, Personenkult und Speichelleckerei traten, die diese Genossen in ihrer Überheblichkeit bestärkten, statt sie auf den Boden der Partei zurückzuführen. Solche Erscheinungen sind einer Partei von neuem Typus unwürdig und behindern ernsthaft die Entwicklung der Partei.

In der Partei haben sich in den Kreisen und Ländern viele führende Funktionäre entwickelt, die sich Erfahrungen in der Führung der Massen erworben haben und durch ihre verantwortliche Stellung in der Partei große Autorität bei den Massen besitzen. Das ist, wie uns Lenin und Stalin lehren, ein natürlicher und notwendiger Prozeß, denn ohne eine solche Gruppe führender Persönlichkeiten wäre es für die Partei undenkbar, ihre großen Aufgaben zu lösen. Die führenden Genossen müssen aber stets eine enge, unlösbare Verbindung zu den Massen haben, auf die Massen hören, sich der Kritik der Massen stellen. Tun sie dies nicht, wie z. B. Genosse Lohagen, so geraten sie unweigerlich in Gefahr, sich von den Massen zu lösen und auf die Massen von oben herabzuschauen, was das Verhältnis der Partei zu den Massen schädigt.

Genosse Stalin betonte in seinem Referat in der Funktionärversammlung der Moskauer Organisation der KPdSU (B) am 13. April 1928:

> „Es handelt sich darum, in Form von Selbstkritik und Kritik unserer Mängel die breite öffentliche Meinung der Partei, die breite öffentliche Meinung der Arbeiterklasse als lebendige und wachsame moralische Kontrolle zu organisieren, für deren Stimme die volle Autorität genießenden Führer ein aufmerksames Ohr haben müssen, wenn sie sich das Vertrauen der Partei und das Vertrauen der Arbeiterklasse erhalten wollen." (J. W. Stalin, „Über Selbstkritik", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 12)

Auf der 8. Tagung hat das Zentralkomitee mit allem Nachdruck in seiner Entschließung zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung erklärt, daß es unnachsichtlich gegen alle Versuche der Einschüchterung, der Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik einschreiten wird. Auf dieser Tagung wurde der Beschluß gefaßt, Genossen Lohagen aus dem Zentralkomitee auszuschließen und ihn seiner Funktion als 1. Landessekretär in Sachsen zu entbinden. Die 8. Tagung des Zentralkomitees konnte feststellen, daß sich auf der Grundlage unserer Erfolge auf allen Gebieten unseres poli-

tischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Bewußtsein der Massen ein tiefgehender Prozeß der Umwandlung vollzieht. Immer stärker bildet sich bei den Massen mit den Erfolgen im demokratischen Aufbau ein neues, demokratisches Staatsbewußtsein heraus. Ihre Initiative entfaltet sich, ihr Selbstbewußtsein wächst, und damit wachsen auch ihre Anforderungen an unsere Partei als die führende Kraft des deutschen Volkes.

Die Massen wollen an der raschen Entwicklung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik aktiven Anteil nehmen. Diese Entwicklung wird, wie es in der „Entschließung des Zentralkomitees der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung" heißt, durch Bürokratismus, konservative Einstellung gegenüber dem Neuen, Scheu vor der Verantwortung, mangelnde Disziplin und routinemäßige Behandlung der Aufgaben gehemmt, deshalb fordern die Massen energisch die Verbesserung der Arbeitsweise der leitenden Organe.

Der Bürokratismus vieler leitender Organe des Staatsapparates, der Massenorganisationen, aber auch der Partei ist gegenwärtig das Haupthindernis für die volle Entfaltung der Initiative der Werktätigen. Er ist verbunden mit der Mißachtung oder Unterdrückung von Kritik und Selbstkritik, mit einer überheblichen Einstellung gegenüber der schöpferischen Kraft der Massen. Damit ist verbunden, daß das Bewußtsein einiger Mitarbeiter der leitenden Organe der Partei, des Staates und der Massenorganisationen hinter der Vorwärtsentwicklung und Aktivität der werktätigen Massen zurückgeblieben ist. Solche Funktionäre hören nicht mehr auf die Stimme der werktätigen Massen, kennen kaum ihre wirklichen Sorgen und Nöte, sehen nicht das Neue im Bewußtsein der Massen, reden mit vielen auswendig gelernten Phrasen über die Massen hinweg und versuchen die Massen zu kommandieren, statt sie geduldig zu überzeugen und sie so zu führen, daß sie an ihren eigenen Erfahrungen die Richtigkeit unserer Politik begreifen und noch aktiveren Anteil an ihrer Verwirklichung nehmen. Statt sich auf die Hauptaufgabe der Partei, die Überzeugung und Anleitung der Massen zu konzentrieren, haben diese Funktionäre vollauf damit zu tun, ihren Apparat zu beschäftigen und die auf sie eindringende Papierflut zu bewältigen.

Den Kampf gegen den Bürokratismus zu führen ist nicht einfach, denn der Bürokratismus ist, wie uns Lenin und Stalin lehren, eine Äußerung des bürgerlichen Einflusses auf die Organisationen und Staatsorgane. Über die Bedeutung des Kampfes gegen den Bürokratismus schrieb Lenin:

> „... es ist notwendig, daß wir begreifen, daß der Kampf gegen den Bürokratismus ein absolut notwendiger Kampf und daß er ebenso kompliziert ist wie die Aufgabe der Bekämpfung des kleinbürgerlichen Elements. Der Bürokratismus ist in unserer Staatsordnung so sehr zum wunden Punkt geworden, daß in unserem Parteiprogramm von ihm die Rede ist, und zwar deshalb, weil er mit diesem kleinbürgerlichen Element und seiner Zersplitterung im Zusammenhang steht." (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S. 270)

Mit vollem Recht forderte Lenin:

„Wenn wir den Kampf gegen den Bürokratismus führen wollen, so müssen wir die Massen heranziehen." Denn: „Kann man den Bürokratismus etwa auf andere Weise beseitigen, als durch Heranziehung der Arbeiter und Bauern?" (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1930, S. 620)

So forderte auch die 8. Tagung des Zentralkomitees der SED die ganze Bevölkerung auf, den energischen Kampf gegen den Bürokratismus und für eine entschiedene Wendung in den Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und der Bevölkerung aufzunehmen.

Walter Ulbricht sagte in seinem Referat auf der 8. Tagung des Zentralkomitees:

„Nur wenn die Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person von unten nach oben und von oben nach unten entschieden und ehrlich durchgeführt wird, wenn sie der Verbesserung dient, können wir vorwärtskommen.

Die schöpferische Selbstkritik, das ist die Waffe zur Überwindung der Rückständigkeit. Durch die schöpferische Selbstkritik wird dem gesellschaftlichen, dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Weg gebahnt. Entschiedene Kritik ohne Ansehen der Person ist das Mittel, zu erziehen, zu helfen, zu korrigieren, die Moral zu heben und unfähige Elemente aus den leitenden Funktionen des Staatsapparates, des Parteiapparates und der Massenorganisationen zu entfernen. Die Kritik von unten ist der starke Hebel im Kampfe um die Verbesserung der Arbeit der Parteiorgane, des Staatsapparates und der Organe der demokratischen Massenorganisationen." („Neues Deutschland" vom 27. Februar 1952)

Es ist wichtig zu erkennen, daß die Mängel unserer Arbeit dem Gegner helfen, sich einzunisten, unsere zum Teil vorhandene bürokratische Unbeweglichkeit auszunutzen und weniger bewußte Teile der Bevölkerung für seine Zwecke zu mißbrauchen. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, die Kritik und Selbstkritik nicht als eine vorübergehende Kampagne, etwa bis zur II. Parteikonferenz, zu betrachten, nach der man sich auf seinen Lorbeeren wieder ausruhen kann. Kritik und Selbstkritik ist vielmehr, wie es auch im Parteistatut festgelegt ist, ein Entwicklungsgesetz der Partei und muß ständig angewandt werden. Die breite Entfaltung von Kritik und Selbstkritik ist gegenwärtig deshalb von so hervor agender Bedeutung, weil der sich verschärfende Kampf um den Friedensvertrag und die demokratische Einheit Deutschlands erfordert, die Massen fest um unsere Partei und unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zusammenzuschließen, sie zu neuen, für ganz Deutschland beispielhaften Leistungen zu führen und alle Hindernisse für die weitere Festigung des Vertrauens der Massen zu unserer Partei und zur Deutschen Demokratischen Republik zu überwinden.

Diese Entfaltung einer ehrlichen Kritik und Selbstkritik zeigt bereits wesentliche Erfolge. Die Entschließungen des Zentralkomitees zur Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit, zur Arbeit im Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin" oder im Eisenhüttenkombinat Ost sind Beispiele, wie auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen Analyse in offener und scharfer Kritik die Mängel und Fehler aufgezeigt, ihre Ursachen untersucht und Maßnahmen zu ihrer Überwindung festgelegt und eingeleitet werden.

Seit der Veröffentlichung des Artikels in der „Täglichen Rundschau" „Genosse Lohagen unterdrückt die Kritik", seit dem Leitartikel im „Neuen Deutschland" „Heraus mit der Sprache!" und anderen Veröffentlichungen gehen täglich bei den Redaktionen unserer Parteizeitungen Dutzende und Hunderte von Briefen ein, die zur Kritik und Selbstkritik Stellung nehmen. Sie kommen zumeist von einfachen Parteimitgliedern und von Parteilosen, die diesen Schritt unserer Partei begrüßen. Viele dieser Briefschreiber decken auf Grund eigener Erlebnisse Fälle von Bürokratie, Mißstände und ernste Fehler auf. Sie berichten von Mißachtung oder Unterdrückung der Kritik. Ihre Briefe enthalten wertvolle Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit. Viele Parteimitglieder und Parteilose schreiben davon, wie die Initiative der Werktätigen wachsen wird, wenn ihnen die Furcht genommen wird, für Kritik gemaßregelt zu werden, wenn unsere leitenden Organe es lernen, die Initiative und die Kritik der Massen zu entfalten, wenn die Massen spüren, daß auf ihre Kritik hin etwas unternommen wird, um die von ihnen festgestellten Mängel zu beseitigen.

Auf Grund der ernsten Signale, die bei allen Massenorganisationen über Mängel und Bürokratismus in der Arbeit von einfachen Mitgliedern dieser Organisationen eingingen, wurden in den Apparaten der zentralen Leitungen der Massenorganisationen Mitgliederversammlungen der Partei durchgeführt, die zu den Mängeln in der Arbeit der Massenorganisationen und zu den Aufgaben der Parteimitglieder bei der Verbesserung der Arbeit der zentralen Leitungen Stellung nahmen. Diese Versammlungen zeichneten sich nicht nur durch die Offenheit und Schärfe der vorgebrachten Kritik und durch den Wert der Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit aus, sondern auch dadurch, daß auf diesen Versammlungen am besten und klarsten Parteimitglieder auftraten, die bisher kaum in Erscheinung getreten waren. Schon dieses Beispiel zeigt, wie sich im Prozeß der Entfaltung von Kritik und Selbstkritik neue Kader entwickeln, die nunmehr weiter gefördert werden müssen. Fast in allen Massenorganisationen hat die breit einsetzende Kritik von unten bereits zu wertvollen Ansätzen einer Veränderung der Arbeitsweise der leitenden Organe und zu Strukturveränderungen geführt.

Die Parteiaktivtagungen, die zur Auswertung der Reden und Beschlüsse der 8. Tagung des Zentralkomitees und zur Vorbereitung der Wahlen zur II. Parteikonferenz in allen Kreisen durchgeführt wurden, zeigten ein starkes Anwachsen der Aktivität in der Partei. Sie verliefen in einem kämpferischen Geist, übten scharfe und offene Kritik an der Arbeit unserer leitenden Organe und gaben viele wertvolle Hinweise für die Verbesserung der Arbeit.

☆

Die Hauptverantwortung für die Änderung und Verbesserung der Arbeitsweise, für den Kampf gegen den Bürokratismus und die Rückständigkeit tragen die leitenden Parteiorgane. Ihre Aufgabe muß darin bestehen, die eigene Arbeit kritisch und selbstkritisch zu überprüfen, sie zu ändern und die Kritik der Massen zu entfalten. Kritik und Selbstkritik entfalten sich nicht spontan, sondern müssen systematisch von der Partei entwickelt, gelenkt und geführt werden. Die Partei muß darin vorbildlich sein.

Das Zentralkomitee der Partei hat auf seiner 8. Tagung selbstkritisch festgestellt, daß in seiner eigenen Tätigkeit noch erhebliche Fehler und Mängel vorhanden sind und aufgezeigt, worin diese Fehler hauptsächlich zum Ausdruck kommen. In der Entschließung zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung heißt es:

„Die Parteiführung stellt selbstkritisch fest, daß sie nicht rechtzeitig bestimmte Erscheinungen in einzelnen Großbetrieben und Kreisen analysiert und Schlußfolgerungen gezogen hat und nicht genügend die Durchführung der Beschlüsse kontrolliert. Diese Schwächen kommen auch zum Ausdruck im nicht genügend umfassenden wissenschaftlichen Studium einiger politischer Probleme, in der noch ungenügenden Anleitung und Kontrolle der nachgeordneten Parteiorgane und leitenden Genossen im Staatsapparat, in der zu langsamen wissenschaftlichen Qualifizierung seiner Mitarbeiter. Im Arbeitsstil der Abteilungen des Zentralkomitees äußern sich Schwächen in der Hinsicht, daß die Lösung der Hauptaufgaben nicht immer im Mittelpunkt der Tätigkeit steht. So kommt es, daß gewisse Materialien, die vom Apparat des Zentralkomitees herausgegeben wurden, nicht das erforderliche ideologische und politische Niveau besitzen. Die Landes- und Kreisleitungen werden manchmal mit Anweisungen und Rundschreiben überhäuft.

Das Zentralkomitee muß einen entschiedenen Kampf um die Verbesserung des Arbeitsstils, der Methoden der konkreten und operativen Anleitung und Kontrolle, der beschleunigten Qualifizierung seines Apparates mit dem Ziel führen, eine größere Wissenschaftlichkeit in seiner gesamten Arbeit zu erreichen, um damit die Partei noch besser und kühner zu führen." („Einheit", Heft 4, 1952, S. 408)

Diese Feststellungen treffen auch auf die Redaktion der „Einheit" zu, die es nicht verstanden hat, immer rechtzeitig die entscheidenden ideologischen Probleme zu behandeln. Ihre Verbindung zum Leben der Partei muß noch enger werden. So ist es ein ernster Fehler, daß die „Einheit" mehrere Monate seit dem Artikel „Genosse Lohagen unterdrückt die Kritik" in der „Täglichen Rundschau" verstreichen ließ, ehe sie ihrerseits zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik Stellung nahm, statt als theoretisches Organ des Zentralkomitees unmittelbar die Diskussion aufzugreifen und entscheidend zur rechtzeitigen Klärung der Probleme beizutragen.

☆

Von entscheidender Bedeutung im Prozeß der Entwicklung von Kritik und Selbstkritik in der Partei sind die Delegiertenwahlen zur II. Parteikonferenz

und die Neuwahlen der Parteileitungen und leitenden Parteiorgane von den Grundorganisationen bis zu den Landesleitungen. Sie stehen unter der Losung der vollen Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und der Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person. Um die innerparteiliche Demokratie zu garantieren, werden alle Wahlen in geheimer Abstimmung durchgeführt. Das wird bei richtiger Durchführung zu einem großen Aufschwung der Aktivität der Parteimitglieder führen. Das Wesen der innerparteilichen Demokratie besteht, wie es im Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands heißt, darin:

„... daß alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden;

daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden;

daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet." (Protokoll des III. Parteitages der SED, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 313)

Weiter heißt es im Statut unserer Partei:

„Die innerparteiliche Demokratie verbürgt jedem Parteimitglied und Kandidaten das Recht, frei und sachlich in den Parteiorganisationen zu allen Fragen der Politik der Partei Stellung zu nehmen.

Jede Parteiorganisation und ihre Leitung ist verpflichtet, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, weil sie die gesunde Entwicklung und Festigung der Partei sichert. Sie sind untrennbare Bestandteile der innerparteilichen Demokratie." (Ebenda, S. 313)

Die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie verpflichtet aber nicht nur jeden Genossen die Kritik und Selbstkritik ständig anzuwenden, sondern auch aktiv an der Durchführung der Beschlüsse der Partei mitzuwirken.

Es ist deshalb notwendig, die Wahlen sorgfältig vorzubereiten und im Rechenschaftsbericht die bisherige Arbeit kritisch zu untersuchen, wie es in der Direktive des Zentralkomitees zu den Wahlen der leitenden Parteiorgane festgelegt ist. Die Parteimitglieder und Kandidaten müssen in der Diskussion offen ihre Meinung sagen, damit alle Unklarheiten beseitigt, alle Mängel aufgedeckt und Maßnahmen zu ihrer Überwindung festgelegt werden können. Auch wird es darauf ankommen, die Arbeit der Leitung kritisch zu untersuchen, genau zu prüfen, wer sich auf Grund seiner Arbeit als würdig und befähigt erwiesen hat, wiederum für die neue Leitung zu kandidieren. Jeder Kandidatenvorschlag für die neue Leitung muß sorgfältig überprüft werden, damit die Wahlen zu qualifizierteren Leitungen führen, die den steigenden Aufgaben gewachsen sind. So müssen Kritik und Selbstkritik bei den Neuwahlen der leitenden Organe der Partei zu einer wirklichen Wendung in der Arbeit der Partei führen.

Eine besondere Rolle kommt dabei den Grundorganisationen zu. Sie haben die unmittelbare Verbindung zu den Massen und bemerken als erste die

Mängel und Fehler, die bürokratischen Erscheinungen. Ihre Hauptaufgabe besteht gerade darin, eine enge Verbindung zu den werktätigen Massen herzustellen, ihnen die Politik der Partei und die Gesetze der Regierung zu erläutern und gemeinsam mit den Werktätigen den Kampf für die Verwirklichung der Politik der Partei und gegen alle Mißstände zu führen. So wie die Grundorganisationen der Partei arbeiten, so werden die Beschlüsse der Partei durchgeführt. Die kritische Betrachtung der Arbeit der leitenden Organe der Partei bei den Neuwahlen der Leitungen muß deshalb zu einer Änderung ihrer Arbeitsweise führen, damit sie zu einer konkreten Anleitung der Grundorganisationen erzogen und befähigt werden.

Deshalb darf sich die Kritik und Selbstkritik nicht in einer Feststellung der Mängel erschöpfen. Es gibt Funktionäre, die mit wahrer Befriedigung immer wieder die gleichen Fehler „selbstkritisch" feststellen, ohne auch nur die geringste Anstrengung zur Überwindung dieser Fehler zu machen. Eine solche „Selbstkritik" ist nichts wert, sie bringt die Selbstkritik in Mißkredit und trägt weder zur Verbesserung der Arbeit, noch zur Festigung des Vertrauens bei. Echte Selbstkritik mobilisiert zur Überwindung der Fehler und Schwächen. Oftmals wird die Kritik, die die Parteimitglieder bei den Wahlen üben, unvollkommen, ja in Teilen unrichtig sein. Das darf aber nicht dazu führen, diese Kritik in Bausch und Bogen zurückzuweisen und die Kritisierenden zu „verdammen". Stalin lehrt uns, daß es gilt, sich auf den richtigen Kern der Kritik zu orientieren, auch wenn dieser nur 5 oder 10 Prozent der geübten Kritik ausmacht. Anders an die Frage der Kritik und Selbstkritik heranzugehen würde bedeuten, breite Massen, die noch nicht den Überblick, die Erfahrung und das Wissen für eine „vollkommene" Kritik besitzen, von der Kritik völlig auszuschließen, ihre Kritik und Initiative zu unterdrücken. Natürlich bedeutet das nicht, daß jede Kritik, die z. B. an die Presse gelangt, unüberprüft veröffentlicht werden kann. Die Redaktionen sind verpflichtet, jede Kritik, die an sie gelangt, selbst oder mit Hilfe der leitenden Parteiorgane mit hohem Verantwortungsbewußtsein zu prüfen, damit die in der Parteipresse veröffentlichte Kritik berechtigt ist. So hat unsere Presse eine große Verantwortung und ist einer der wesentlichsten Faktoren in der Entwicklung einer echten, schöpferischen Kritik und Selbstkritik.

Die Hebung des ideologischen Niveaus hat für die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik hohe Bedeutung. Die Hebung des ideologischen Niveaus garantiert die richtige Einschätzung der Lage, einen klaren Blick für das Neue, dem durch Kritik und Selbstkritik der Weg freigemacht wird. Bisher wurde jedoch die Kritik und Selbstkritik auf ideologischem Gebiet nur sehr zögernd entwickelt. Auch der Kampf um die Verbesserung der ideologischen und fachlichen Qualifikation der Parteifunktionäre wurde ungenügend geführt. Das Studium des Marxismus-Leninismus steigert das Verantwortungsbewußtsein der Funktionäre und hebt Kritik und Selbstkritik auf eine höhere Stufe. Es erleichtert ihnen, sich in den Tagesfragen zurechtzufinden. Es muß Schluß gemacht werden mit dem kritiklosen Hinnehmen ideologisch falscher Auffassungen und der mangelhaften Entfaltung des ideologischen Kampfes. Wir müssen den Werktätigen und besonders auch unserer Intelligenz die Mög-

lichkeit geben, die fortgeschrittenste Wissenschaft, den Marxismus-Leninismus, kennenzulernen, sich von seiner Richtigkeit zu überzeugen und ihn sich anzueignen.

☆

Kritik und Selbstkritik ist für die Entwicklung und Erziehung der Kader der Partei von hoher Bedeutung. Ein entscheidender Teil der Kaderarbeit der Partei besteht darin, die Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu erziehen. Das bedeutet nicht, wie einige Genossen „der Einfachheit halber" glauben, daß diese Erziehung sich auf organisatorische Maßnahmen gegen den betreffenden Genossen oder eine Parteistrafe beschränkt, bzw. sich nur darin ausdrückt. Im Vordergrund stehen nicht organisatorische Maßnahmen, sondern die Erziehung und damit die Hilfe für den Genossen und die Partei selbst. Der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in welchem dem Genossen Selbmann eine Rüge erteilt wird, betonte:

> „Genosse Fritz Selbmann hat die vielen Hinweise und wertvollen Anregungen, aber auch die Warnung, die ihm der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Wilhelm Pieck, auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erteilte, nicht beherzigt und sich auch in seinem Verhalten nicht geändert. Deshalb erteilt das Politbüro dem Genossen Fritz Selbmann eine Rüge." („Neues Deutschland" vom 9. Februar 1952)

Dieser Beschluß zeigt, daß eine Parteistrafe erst dann ausgesprochen wird, wenn andere Erziehungsmaßnahmen nicht mehr helfen.

Lenin und Stalin erklärten, daß die Kritik und Selbstkritik die bolschewistische Methode der Erziehung der Kader der Partei und der Arbeiterklasse im Geiste der revolutionären Entwicklung ist und die Partei es mit dieser Methode verstand, ganze Generationen bolschewistischer Kader zu erziehen. Kritik und Selbstkritik erziehen im Menschen die Parteimoral, die Unduldsamkeit gegenüber Mängeln und entfachen in ihm den Wunsch, diese Mängel rasch zu überwinden, bzw. ihnen vorzubeugen. Kritik und Selbstkritik bildet im Menschen einen Charakter, der hohe Anforderungen an die eigene Person stellt und erzieht zu Genauigkeit und Ordnung, zu einer ehrlichen Pflichtauffassung gegenüber der Klasse, der Heimat und im Zusammenleben der Gesellschaft. Kritik und Selbstkritik erzieht die Kader zu Prinzipienfestigkeit und Wachsamkeit und mobilisiert sie zum unbeugsamen Kampf gegen die Feinde der Partei und der Arbeiterklasse.

Der Fall des Genossen Lohagen und das Verhalten einiger Kreissekretäre und anderer führender Genossen auf den Landes- und Kreisleitungssitzungen und Parteiaktivtagungen zu der an ihnen geübten Kritik zeigen, daß es besonders darauf ankommt, unsere Kader zu einer richtigen Aufnahme von Kritik zu erziehen. Kritik will nicht vernichten, sondern helfen. Natürlich berührt es einen ehrlichen Parteiarbeiter tief, wenn er aus einer Kritik spürt, daß er Fehler begangen und vielleicht sogar der Partei ernsten Schaden zugefügt hat. Er muß sich mit der Kritik auseinandersetzen, ihren Kern herausarbeiten, in

ehrlicher Selbstkritik seine Arbeit überprüfen, die Wurzeln und Ursachen der ihm durch die Kritik aufgezeigten Fehler aufdecken und Schlußfolgerungen ziehen, wie er die Fehler überwinden und ihre Wiederholung vermeiden kann.

Ebenso wie die Ablehnung von Kritik und Selbstkritik der Partei schadet, schaden diejenigen Genossen sich und der Partei, die jede Kritik unbesehen hinnehmen und sich in Selbstzerfleischung ergehen. Kritik und Selbstkritik hat nicht die Aufgabe, Duckmäuser und Heuchler zu erziehen. Es ist Aufgabe aller Genossen und der Parteileitungen, jede Kritik ehrlich und gründlich zu überprüfen, und, wenn sie unrichtig ist, sie sachlich zu widerlegen und zu untersuchen, warum falsche Anschauungen entstehen konnten. Nur ein solches Herangehen an die Kritik und Selbstkritik wird der Partei helfen.

Die Kader zu dieser richtigen Einstellung zur Kritik und Selbstkritik zu erziehen, ist eine der wichtigsten, aber auch schwersten Aufgaben, die eine unermüdliche ideologische und parteimäßige Erziehung der Kader verlangt und mit harten inneren Kämpfen verbunden ist. Dabei darf nicht geduldet werden, daß Parteimitglieder versuchen, um sich der Kritik zu entziehen, zu diplomatisieren, die Kritik auf Nebengleise abzudrängen oder gar auf andere Genossen abzuschieben. Es darf nicht geduldet werden, daß Genossen sich aus einem Gefühl persönlichen Beleidigtseins nicht zur Einsicht in die Richtigkeit der Kritik durchringen und auf ihren Fehlern beharren.

Das gilt nicht nur für einzelne Genossen, sondern auch für leitende Parteiorgane, die in ihrer Tätigkeit kritisiert wurden. Nehmen wir z. B. die „Stellungnahme des Sekretariats der Landesleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu dem Artikel ‚Vom Klassenkampf auf der Weberwiese' im Zentralorgan der Partei vom 26. Januar 1952".*) Diese Selbstkritik kann keinesfalls wirklich befriedigen. Sie konzentriert sich darauf, ernste Versäumnisse in der ideologischen Arbeit der Landesleitung — den ungenügenden ideologischen Kampf in der Bauindustrie — selbstkritisch zu untersuchen, geht dabei aber fast völlig daran vorbei, daß die Arbeit auf der Weberwiese solche ernsten Mängel zeigte, die keinesfalls nur ideologisch überwunden werden können, sondern auch andere Maßnahmen verlangen. Zu Recht wird in dieser Stellungnahme hervorgehoben, daß sich in der gesamten Berliner Bauwirtschaft eine mangelhafte Planung und teilweise eine direkte Desorganisation zeigt. Ja, etwa zehn Millionen DM Investitionsgelder für die Technisierung des Arbeitsprozesses wurden nicht in Anspruch genommen. Warum geht die Stellungnahme des Sekretariats der Landesleitung nicht darauf ein, daß die Landesleitung es versäumt hat, rechtzeitig zur Lösung dieser entscheidenden Hauptfrage nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch beizutragen. Und wenn die Lösung dieser Fragen die Möglichkeiten der Landesleitung übersteigt, warum macht das Sekretariat dann nicht von seinem Recht der Kritik Gebrauch und zeigt, was einigen Genossen im Landessekretariat wohl bekannt war, daß der Entwurf eines Beschlusses des Sekretariats des Zentralkomitees zur Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Arbeit in der Bauindustrie, der zur Überarbeitung an die Abteilung Industrie

*) Siehe „Neues Deutschland" vom 10. Februar 1952

und die Org.-Instrukteur-Abteilung des Zentralkomitees zurückverwiesen werden mußte, nach Wochen dem Sekretariat des Zentralkomitees immer noch nicht wieder zur Beschlußfassung vorgelegt wurde.

Weiter heißt es in der erwähnten Stellungnahme:

> „Gerade in der Grundorganisation an der Weberwiese ist also notwendig, völlige ideologische Klarheit über den Sinn der Kritik und Selbstkritik zu schaffen. Nur so kann die Initiative zur Überwindung vorhandener Mängel entwickelt werden." („Neues Deutschland" vom 10. Februar 1952)

Offensichtlich wäre es richtiger gewesen, die Kritik und Selbstkritik auf der Baustelle Weberwiese breit zu entfalten und auf die Überwindung der aufgezeigten Mängel hinzuarbeiten. Die Bauarbeiter hätten die große Bedeutung der Kritik und Selbstkritik erkannt, ihre Initiative wäre sofort entwickelt und die Arbeit verbessert worden. Auch die Schlußfolgerungen in der Stellungnahme sind vielfach wenig konkret; sie zeigen nicht genügend, wie die Arbeit verändert werden soll und lassen offen, welche Maßnahmen das Sekretariat der Landesleitung Groß-Berlin für die Verbesserung der eigenen Arbeitsweise durchführen will.

☆

Einige der Briefe, die in der letzten Zeit zum Thema Kritik und Selbstkritik eingesandt wurden, zeigen die Tendenz, aus der Kritik an den Fehlern einiger Genossen und an den zutage getretenen Mängeln eine Kritik gegen unsere Partei und unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung insgesamt zu machen und die Massen in eine feindliche Haltung zur Partei, besonders zu ihren Führern und zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu bringen. Das ist keine helfende, sondern eine negierende, feindliche, zersetzende Kritik. Diese Briefschreiber versuchen, die Kritik zu einer Störung der Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik auszunutzen und schaden unserem verstärkten Kampf um einen Friedensvertrag. Solche Briefe zeigen deutlich, daß der Gegner versucht sich einzuschalten, um uns durch eine negierende, zersetzende Kritik Schaden zuzufügen. Der Gegner weiß, daß die jetzt vor sich gehende Mobilisierung der Massen durch die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik die Kräfte des Friedens, der Einheit, des Aufbaus stärkt. Deshalb versucht er, sich hinter der Maske der Kritik und Selbstkritik zu tarnen und unsere Arbeit zu untergraben.

Wir brauchen eine Kritik und Selbstkritik, die, wie Stalin uns lehrt, die Wachsamkeit der Arbeiterklasse und der Werktätigen hebt, ihre Aufmerksamkeit gegenüber unseren Mängeln verschärft und die das Kulturniveau der Arbeiterklasse und Werktätigen hebt und in ihnen das Gefühl entwickelt, Herr im Lande zu sein.

Was wir brauchen, ist eine Kritik, die darauf gerichtet ist, unserem Aufbau und unserem Kampfe zu dienen, Mängel und Fehler, die im Wege stehen, zu überwinden. Nur eine solche Kritik weckt die Initiative und die Kraft der Volksmassen, hebt ihr politisches Bewußtsein, steigert ihre Wachsamkeit und erzieht und schult sie zur aktiven Teilnahme an der Leitung des gesamten

gesellschaftlichen Lebens und zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben. Eine schöpferische Kritik und Selbstkritik zu entwickeln, die nicht bei der Registrierung von Fehlern stehen bleibt, sondern zu ihrer Überwindung alle Kräfte anspornt, das ist die Aufgabe der gesamten Partei.

Deshalb wird in der „Entschließung des Zentralkomitees der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung" hervorgehoben:

„Die Partei legt mutig und offen ihre Schwächen dar. Die Partei appelliert an die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen, rückhaltlos von ihrem Recht der Kritik Gebrauch zu machen und ihre Vorschläge zur Verbesserung unserer gemeinsamen Arbeit zu machen. Die Partei ruft die Werktätigen zur strengen Kritik und Selbstkritik auf, damit diese Kritik zu einem wirksamen Hebel der Erfüllung unserer Aufgaben, der Überwindung unserer Fehler und Mängel, zu einem wirklichen und nicht papiernen Kampf gegen den Bürokratismus wird." („Einheit", Heft 4, 1952, S. 410/11)

Heinz Achtenhagen

Lenins Plan des Übergangs zur ersten sozialistischen Revolution der Weltgeschichte

(Zum 35. Jahrestag der Aprilthesen)

Vor 35 Jahren rief Lenin mit seinen Aprilthesen die Werktätigen zum Kampf gegen die Macht der Bourgeoisie auf, deren Sturz Rußland den Friedensschluß ermöglichte. Die große historische Bedeutung der Thesen besteht darin, daß sie den theoretisch begründeten konkreten Plan boten, wie der Übergang zur sozialistischen Revolution in Angriff zu nehmen sei. Lenin entwickelte in diesem Plan diejenigen Forderungen, die den Massen den Weg des erfolgreichen Kampfes um ihre Ziele zeigten, die auch von den großen kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen Rußlands verstanden und aktiv vertreten wurden: Kampf um den Frieden, Übergang der gesamten Macht an die Sowjets, Nationalisierung des Bodens und Kontrolle der Produktion und Verteilung. Gleichzeitig forderte Lenin die schärfste Abgrenzung von den Opportunisten der II. Internationale durch Änderung des Namens der Partei und durch die Schaffung der III., der Kommunistischen Internationale.

Die Hauptforderung, die Lenin den Mitgliedern der bolschewistischen Partei stellte, war: die Massen durch geduldige und beharrliche Überzeugungsarbeit von dem Einfluß der imperialistischen Bourgeoisie und der opportunistischen Führer zu lösen, ihre betrügerischen Losungen und ihren Verrat zu entlarven, und die Massen um die Avantgarde des Proletariats zum Kampf um Frieden, Land und Brot zu sammeln.

Lenin entwickelte seinen Plan nach einer gründlichen Analyse der Lage, wie sie sich nach dem Sieg über den Zarismus in der Februarrevolution 1917 in Rußland ergab. Diese war gekennzeichnet durch die Doppelherrschaft: die Provisorische Regierung der imperialistischen Bourgeoisie einerseits und die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft andererseits. Die Grundfrage jeder Revolution, die Frage der Macht, war also nicht gelöst. Noch glaubten die unerfahrenen Volksmassen den opportunistischen Führern, die freiwillig auf die Macht der Sowjets verzichteten und der Bourgeoisie die Macht übergaben. Die bürgerliche Provisorische Regierung jedoch erfüllte die Grundforderungen der Massen nach Frieden, Land und Brot nicht, und beabsichtigte auch nicht, sie zu erfüllen. Im Gegenteil, sie wollte den imperialistischen Krieg weiterführen und war hauptverantwortlich für die katastrophale Lage im Lande und das Morden an den Fronten. Daß sie sich dennoch an der Macht halten konnte, obwohl sie in den ersten Monaten nach der Februarrevolution über keine zuverlässigen bewaffneten Abteilungen verfügte, erklärt sich lediglich durch den Verrat der opportunistischen Führer und die Vertrauensseligkeit der Massen. Während die opportunistischen Politiker der Bourgeoisie die Macht zuschanzten, betrogen sie systematisch die erwachenden, bäuerlich-kleinbürgerlichen Massen des russischen Volkes. Die opportunistischen Führer verschleierten den imperialistischen Charakter der bürgerlichen Regierung vor den Massen, sie suchten ihnen weiszumachen, daß sie unter dieser Regierung ihre Forderungen durchsetzen könnten. Deshalb stand, wie es in der „Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang" heißt, die Partei vor der Aufgabe,

„... durch geduldige Aufklärungsarbeit in den Massen den imperialistischen Charakter der Provisorischen Regierung aufzudecken, den Verrat der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu entlarven und zu zeigen, daß es ohne

Ersetzung der Provisorischen Regierung durch eine Regierung der Sowjets unmöglich sei, Frieden zu erlangen." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 225)

Den Weg zum Kampf um die Macht, den Weg zur Errichtung des Sowjetstaates zeigte Lenin den Werktätigen Rußlands durch seinen genialen Plan des Übergangs zur sozialistischen Revolution, der in den Aprilthesen enthalten ist. Lenin legte seinem Plan die Strategie und Taktik der Partei von neuem Typus zugrunde, die er in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" im Jahre 1905 entwickelt hatte.

Lenin stützte sich in seinen Thesen insbesondere auf den grundlegenden taktischen Leitsatz dieses Werkes, in welchem er gezeigt hatte, daß in der Periode des Imperialismus das Proletariat der Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution sein muß. Auch in der russischen Revolution 1917 konnte nur die Arbeiterklasse, die in tiefstem, unversöhnlichem Gegensatz zum Imperialismus steht, die Massen aller anderen, schwankenden Schichten im Kampf um ihre demokratischen Forderungen erfolgreich führen — wie sie sie bereits mit der größten Energie und Konsequenz im Kampf zum Sturz des Zarismus geführt hatte. Der Sturz des Zarismus war eine notwendige Etappe der Revolution gewesen — aber dadurch waren die Forderungen der Massen noch nicht erfüllt. Um Frieden, Land und Brot zu erlangen, war es notwendig, wie Lenin zeigte, den Übergang zur zweiten Etappe der Revolution, den Kampf um den Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, in Angriff zu nehmen. Im Bündnis mit der gesamten Bauernschaft hatte das Proletariat den Zaren gestürzt und die schwankende Haltung der Bourgeoisie dabei paralysiert. Jetzt den Schwung der Revolution weiterzutreiben und im Bündnis mit den armen Bauern und den anderen ausgebeuteten Massen den Widerstand der imperialistischen Bourgeoisie zu brechen und mit dem Übergang zur sozialistischen Revolution zu beginnen — das war die Aufgabe, die Lenin der Partei in den Aprilthesen stellte:

„Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, *zur zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 8)

Auch den Weg zur Lösung dieser Aufgabe, die Heranführung der Massen an den Kampf um die sozialistische Revolution durch solche Forderungen, die von den Massen verstanden und als die ihren empfunden wurden, zeigte Lenin in den Aprilthesen.

In diesem Zeitabschnitt sah Lenin die Möglichkeit, daß die Entwicklung der Revolution von ihrer ersten zur zweiten Etappe auf friedlichem Wege vor sich ging. Die Bourgeoisie stand den Sowjets allerdings äußerst feindlich gegenüber, besaß jedoch in diesen Monaten keine bewaffnete Gewalt, um gegen die Delegierten der Sowjets vorzugehen, die Sowjets zu beseitigen. Die Soldaten in den Truppeneinheiten führten die Anweisungen der Sowjets aus. Die Sowjets waren also die einzige bewaffnete Macht im Lande.

Worauf die Stärke der Sowjets begründet ist, zeigt Genosse Stalin in seinem Werk „Grundlagen des Leninismus":

„Darin, daß die Sowjets die *allumfassendsten* Massenorganisationen des Proletariats sind, denn sie und nur sie allein erfassen alle Arbeiter ohne Ausnahme.

Darin, daß die Sowjets die *einzigen* Massenorganisationen sind, die alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen, umfassen und wo infolgedessen die politische Führung des Kampfes der Massen durch die Avantgarde der Massen, durch das Proletariat, am leichtesten und am vollständigsten verwirklicht werden kann.

Darin, daß die Sowjets die *mächtigsten Organe* des revolutionären Kampfes der Massen, der politischen Aktionen der Massen, des Aufstands der Massen sind, Organe, die fähig sind, die Allmacht des Finanzkapitals und seiner politischen Anhängsel zu brechen. (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 47)

Die Losung „Alle Macht den Sowjets" wurde zur Hauptlosung der Bolschewiki, die den Massen die Orientierung auf den Übergang zur sozialistischen Revolution gab, der in dieser Periode noch mit friedlichen Mitteln durchgeführt werden konnte. Die Bedeutung dieser Losung geht aus Lenins Worten hervor:

„Die Losung: ‚Übergang der gesamten Macht an die Sowjets' war die Losung des nächsten Schrittes, des unmittelbar durchführbaren Schrittes auf diesem Weg einer friedlichen Entwicklung." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 68/69)

Gerade weil die Aprilthesen die sozialistische Revolution aus einer mehr oder weniger fernen, zukünftigen Angelegenheit zu einer Sache der Gegenwart machten, weil schon allein die Losung „Alle Macht den Sowjets" den Schlüssel zu ihrer Durchführung bedeutete, führten die Bourgeoisie und ihre opportunistischen Lakaien wütende Angriffe gegen die Aprilthesen. Zeigten doch die Thesen bereits ganz konkret den Weg, um Lenins Lehre über die Errichtung des Sozialismus in einem Lande in die Wirklichkeit umzusetzen, zeigten sie doch, daß der Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland unmittelbar vor der Verwirklichung stand. Die Menschewiki warnten die Arbeiter vor der „Gefahr", die Macht zu ergreifen, und zeigten damit unleugbar und eindeutig vor den Massen, daß sie die Werktätigen und ihre Interessen mißachteten, daß sie im Dienste der imperialistischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse standen. Lenins Plan dagegen zeigte nicht nur seine geniale Erkenntnis und praktische Anwendung der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Er zeigte auch sein großes Vertrauen zur Kraft der Arbeiterklasse, zu ihrer Fähigkeit, unter Führung der konsequent revolutionären Partei des Proletariats die Kette des Weltimperialismus in Rußland zu durchbrechen und den Sieg in der ersten sozialistischen Revolution der Weltgeschichte zu erringen.

☆

Lenin stellte in den Mittelpunkt des Planes den *Kampf um den Frieden:*

„In unserer Stellung zum Krieg, der seitens Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Konsorten, infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung, unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die ‚revolutionäre Vaterlandsverteidigung' unzulässig." (Ebenda, S. 7)

Hier traf Lenin den Gegner an seiner verwundbarsten Stelle. Die Sehnsucht der Werktätigen Rußlands nach Frieden war groß. Die Interessen der Kriegstreiber gerieten mit den Wünschen der Werktätigen nach Frieden in immer größeren Konflikt, der zu ernsthaften Auseinandersetzungen führen mußte. Um ihre Forderungen erfolgreich durchzusetzen, mußten aber die Massen zuerst begreifen, wie die imperialistische Bourgeoisie sie betrog und in welchem Gegensatz ihre Politik zu ihren Worten stand. Um diese Erkenntnis zu beschleunigen, stellte Lenin in seinen Thesen wiederholt an die Mitglieder der Partei die Forderung nach geduldiger und beharrlicher Aufklärung der Massen über die Ursachen des imperialistischen Krieges und über die verräterische Politik der Bourgeoisie und der Paktiererparteien.

Lenin zeigte in seinen Thesen und in seinem Werk „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei", daß der Krieg nur durch den Sturz der Bourgeoisie beendet werden konnte. Er deckte dabei die Ursachen auf, die zu Kriegen führen:

> „Der Krieg ist nicht durch den bösen Willen der kapitalistischen Räuber hervorgerufen worden, obwohl er zweifellos *nur* in ihrem Interesse geführt wird, nur sie bereichert. Der Krieg ist durch die Entwicklung des Weltkapitals in einem halben Jahrhundert durch dessen milliardenfache Fäden und Zusammenhänge hervorgerufen worden." (Ebenda, S. 25)

Lenin wies darauf hin, daß breite Volksschichten den Krieg nur noch darum anerkannten, weil sie sich von den opportunistischen Führern betrügen und sich einreden ließen, dieser Krieg werde nicht um Eroberungen, sondern aus nationaler Notwendigkeit geführt. Deshalb stellte Lenin fest, daß dieser von der kapitalistischen Regierung geführte Krieg ein räuberischer Krieg im Interesse des Kapitals ist, dem die Werktätigen ihre Zustimmung nicht geben können.

Und in bezug auf den einzig möglichen realen Weg, um aus dem Krieg herauszukommen, erläuterte Lenin in seinem Werk „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution":

> „Man *kann nicht* aus dem imperialistischen Krieg herausspringen; man *kann* einen demokratischen, gewaltlosen Frieden *nicht* erzielen ohne den Sturz der Herrschaft des Kapitals, ohne den Übergang der Staatsmacht an eine *andere* Klasse, an das Proletariat." (Ebenda S. 25/26)

Der Kampf der Bolschewiki gegen den imperialistischen Krieg, und insbesondere die Aprilthesen als konkretes Programm des Kampfes um den Frieden und um die Macht der Werktätigen, waren gewaltige Schläge gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Vor allem die Imperialisten der USA spürten mit dem geschärften Sinn eines Gefahr witternden Raubtieres, daß in Lenin, Stalin und der bolschewistischen Partei die große Kraft entstanden war, die ihrem menschenfeindlichen System den Todesstoß versetzen würde. Der damalige Botschafter der USA in Petrograd verlangte auf Anordnung des Präsidenten Wilson von der imperialistischen Provisorischen Regierung in Rußland, daß sie mit der physischen Vernichtung der Bolschewiki beginnen und vor allem die Ermordung des Führers der revolutionären Partei, des Genossen Lenin, organisieren solle. Andernfalls würden die USA die Dollarkredite verweigern.

Die amerikanischen Imperialisten erlitten jedoch eine vollkommene Niederlage. Dank der Treue und Wachsamkeit des Genossen Stalin wurde einige Zeit später, auf dem VI. Parteitag, das Leben Lenins noch einmal vor einem Anschlag der Trotzkisten und anderen Oppositionsgruppen, die dem amerika-

nischen Imperialismus in die Hand spielten, gerettet. Nach ihrem Vorschlag sollte sich Lenin dem Gericht des Klassenfeindes stellen, was seine Ermordung bedeutet hätte. Genosse Stalin entlarvte den Klassencharakter des konterrevolutionären Gerichts und führte den Beschluß des Parteitages herbei, der Lenin das Leben rettete.

Die Menschewiki waren die eifrigsten Verfechter der Fortsetzung des Krieges. Damit arbeiteten sie den ausländischen Imperialisten in die Hände, die die Fortführung des Krieges betrieben. Die Menschewiki waren also mitverantwortlich für alle Verbrechen der in- und ausländischen Bourgeoisie. In einer Situation, wo in Rußland der Bankrott der Imperialisten offenbar wurde und die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stand, bedeutete die Ablehnung der Aprilthesen, die Zusammenarbeit der Menschewiki mit den Imperialisten offensichtlich das Bemühen, den Frieden und die sozialistische Revolution zu verhindern, und die direkte Begünstigung der Mordabsichten an den Führern der Arbeiterklasse. Die Stellung zu den Aprilthesen Lenins, die den konkreten Weg zur Beendigung des Krieges durch die sozialistische Revolution wiesen, wurde somit zum Prüfstein für eine wirklich marxistische Politik. Die Menschewiki, Plechanow und Konsorten, zeigten durch ihre wütende Hetze gegen die Aprilthesen nochmals, daß sie keinerlei Recht hatten, sich Marxisten zu nennen.

Die geduldige, systematische, beharrliche Aufklärungsarbeit der Bolschewiki unter den Massen, die Lenin in den Aprilthesen gefordert hatte, trug bald Früchte. Sehr rasch begannen die Massen die Friedenspolitik der bolschewistischen Partei zu verstehen und die Lügen und Phrasen der Menschewiki zu durchschauen und sich von ihnen abzuwenden.

> „Unzweifelhaft war der verwundbarste Punkt des Gegners in dieser Periode der Krieg. Unzweifelhaft hat die Partei gerade durch Aufwerfung dieser Frage, als der Grundfrage, die breitesten Massen der Bevölkerung um die proletarische Avantgarde gesammelt." (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 76/77)

★

Von sehr großer Bedeutung ist die in den Aprilthesen behandelte Frage der Form des proletarischen Staates. Theoretisch war diese Frage seit der Pariser Kommune 1871 geklärt. Karl Marx nannte die Kommune „die endlich entdeckte politische Form, unter der sich die ökonomische Befreiung der Arbeit vollziehen konnte". (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 494)

Die ideologische Zerfahrenheit in der deutschen Sozialdemokratie unmittelbar nach der überhasteten Vereinigung der Eisenacher mit den Lassalleanern und der spätere Einfluß des Revisionismus mit seiner Verherrlichung der parlamentarischen Methoden und der parlamentarischen Republik machten es den Führern der deutschen Sozialdemokratie möglich, die entscheidende Feststellung von Karl Marx über den proletarischen Staat bewußt der Arbeiterbewegung vorzuenthalten. Jedoch konnten es die opportunistischen Führer nicht verhindern, daß das Leben selbst nochmals die Feststellungen von Marx bestätigte, indem die beiden russischen Revolutionen, von 1905—1907 und vom Februar 1917, Keimformen eines ähnlichen Staates hervorbrachten, wie es die Pariser Kommune gewesen war: die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Diese Staatsform unterscheidet sich grundsätzlich von der parlamentarischen Republik. Die letztere ist eine für die Herrschaft der Bourgeoisie, für die Unterdrückung der Mehrheit des Volkes durch eine Minderheit geeignete Form, mit einem besonderen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat. Die sozialistische Revolution zerschlägt den bürgerlichen Staatsapparat und setzt an Stelle dieses außerhalb der Massen stehenden Verwaltungsapparats die allumfassenden Organisationen des werktätigen Volkes — die Sowjets. Sie ermöglichen — entsprechend der Klassenstruktur des proletarischen Staates, in dem zum erstenmal nicht eine Minderheit, sondern die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung herrscht — die aktivste Beteiligung der Massen an der Einrichtung und Verwaltung des Staates.

Im April 1917 waren die Sowjets noch nicht Organe der Diktatur des Proletariats, sondern stellten die von Lenin 1905 vorausgesagte revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern dar. Die Sowjets nutzten jedoch ihre Macht infolge des menschewistischen Einflusses nicht aus, sie gaben sie freiwillig an die imperialistische Bourgeoisie, an die Provisorische Regierung ab. Daraus ergab sich für die bolschewistische Partei die Notwendigkeit, um den Einfluß innerhalb der Sowjets zu kämpfen und gleichzeitig die Massen davon zu überzeugen, daß die Sowjets als einzige in der Lage sind, die „Initiative des vielmillionenköpfigen Volkes" zu wecken,

> „... das aus eigener Machtvollkommenheit, *auf seine Art,* die Demokratie schafft, und das weder abwartet, bis die Herren Professoren der Kadettenpartei ihre Gesetzentwürfe für eine parlamentarische bürgerliche Republik abgefaßt haben, noch auch, bis die Pedanten und Routiniers der kleinbürgerlichen ‚Sozialdemokratie' vom Schlage der Herren Plechanow oder Kautsky sich von ihren Verfälschungen der Lehre des Marxismus vom Staate lossagen." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 27)

Lenin stellte in seinen Thesen der Partei die Aufgabe:

> „Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind, und daß daher unsere Aufgabe, solange sich *diese* Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann." (Ebenda, S. 8/9)

Also auch in der Grundfrage der Revolution, in der Frage der Macht, des Staates, stellte Lenin in dieser Periode die geduldige und beharrliche Überzeugungsarbeit unter den werktätigen Massen durch die Mitglieder der bolschewistischen Partei in den Mittelpunkt. Das war notwendig, damit die Massen verstanden, daß zur Beendigung des Krieges und zur Herbeiführung geordneter Zustände im Sinne des Volkes, sie selbst durch die Sowjets die Macht in ihre Hände nehmen mußten. Lenins geniale Erkenntnis, daß die Sowjets der Übergangsperiode zur sozialistischen Revolution die Keime der künftigen höchsten Form der Diktatur des Proletariats darstellten, bedeutete einen gewaltigen Schritt vorwärts in der marxistischen Lehre vom Staat und in der revolutionären Praxis.

☆

Lenin entwickelte in seinem Plan neben den politischen Fragen, die in der Periode des Übergangs zur sozialistischen Revolution den Vorrang erhalten mußten, auch ökonomische Forderungen. Er trat entschieden dagegen auf, daß man den Sozialismus „einführen" könne.

„Nicht ‚Einführung' des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur *Kontrolle* über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten." (Ebenda, S. 9)

Die Begründung dazu gab Lenin in seinem Werk „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution", das auch im April 1917 ausgearbeitet wurde:

„Die Partei des Proletariats darf sich unter keinen Umständen das Ziel setzen, in einem Lande der Kleinbauernschaft den Sozialismus ‚einzuführen', bevor nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erkannt hat." (Ebenda, S. 32)

Diese Erläuterung Lenins zur Frage der ökonomischen Übergangsmaßnahmen brachte Klarheit in die Ansichten einiger Mitglieder der bolschewistischen Partei, die gedacht hatten, die sozialistische Wirtschaft könne auf dem Verwaltungswege dekretiert werden. Den Sozialismus aufbauen bedeutet jedoch, das ganze Land ökonomisch, politisch und kulturell vollkommen umwälzen und die Menschen umerziehen. Dazu gehört eine neue Einstellung zur Arbeit, neue, höhere Technik als sie der Kapitalismus hervorzubringen vermag, und die völlige Umgestaltung der auf Privatbesitz beruhenden Landwirtschaft. Dazu ist eine geduldige und systematische Überzeugungsarbeit, die Jahre in Anspruch nimmt, nötig. Deshalb konnte es, wie Lenin zeigt, nicht die Aufgabe der Partei sein, jetzt schon Maßnahmen der sozialistischen Wirtschaft zu fordern. Was aber getan werden konnte, das war Forderungen aufzustellen, wie sie in den Aprilthesen enthalten sind, die von den Massen verstanden wurden, die die Wolfsgesetze des Kapitalismus einschränkten und die Entwicklung immer näher an den Sozialismus heranführten.

Lenin stellte deshalb in den Aprilthesen die Forderung nach Nationalisierung des Bodens, entschädigungsloser Enteignung der Gutsbesitzerländereien — Maßnahmen, die die Bauern ohne weiteres verstanden und selbst schon hier und da praktisch durchführten. Die armen Bauern vertrieben die Gutsbesitzer von ihren Ländereien und teilten das Vieh und Inventar unter sich auf. Sie nahmen unbestelltes Gutsbesitzerland unter den Pflug zur eigenen Nutzung und setzten sich dabei in bewaffneten Aktionen mit Hilfe der Arbeiter aus den Städten gegen die Strafexpeditionen der Provisorischen Regierung zur Wehr. Auch der Kampf gegen die schamlos ausbeutenden Kulaken war an verschiedenen Stellen des Landes im Gange. Die Unterstützung der Armbauern durch die Arbeiterklasse entsprechend dem Plan Lenins festigte das Bündnis des Proletariats mit den armen Bauern, wodurch eine Hauptvoraussetzung der sozialistischen Revolution erfüllt wurde.

Weiter forderte Lenin als konkrete Maßnahme des Übergangs den Zusammenschluß der Banken und die sofortige Kontrolle über sie durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten. Hiermit wurden die Imperialisten an ihrer empfindlichsten Stelle, an ihrer ökonomischen Grundlage getroffen. Diese Forderungen bedeuteten, daß der Fortführung des Krieges auch von dieser Seite her ein starker Riegel vorgeschoben werden würde. Eine Kontrolle der Banken durch die Arbeiter bedeutete, daß der Rüstungsindustrie und dem Militärbudget gewaltige Geldsummen entzogen und friedlichen Zwecken zugeführt würden.

Eine Kontrolle über die Produktion und Verteilung durch die Arbeiter bedeutete, daß die Arbeiter die Kriegsproduktion einstellen und das zur Verfügung stehende Rohmaterial für die Produktion von Massenbedarfsartikeln verwenden würden. Gleichzeitig würde die Arbeiterklasse damit an die Lenkung und Leitung von Betrieben und an die organisatorische Leitung der Volkswirtschaft herangeführt, und die wirtschaftliche Position der Ausbeuterklassen würde geschwächt werden.

Lenin schrieb über die von ihm geforderten wirtschaftlichen Übergangsmaßnahmen:

„Auf anderem Wege als durch diese Maßnahmen, die nur Schritte zum Sozialismus und ökonomisch völlig durchführbar sind, ist die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und die Verhütung des drohenden Zusammenbruchs unmöglich, und die Partei des revolutionären Proletariats wird vor einem Angriff auf die unerhört hohen Profite der Kapitalisten und Bankiers, die sich gerade ‚am Kriege' in besonders skandalöser Weise bereichern, niemals haltmachen." (Ebenda, S. 32)

Die Arbeiter handelten im Verlauf der Kämpfe, besonders in der Periode nach der Niederschlagung des Kornilowputsches, nach diesen Weisungen Lenins. Sie kämpften um die revolutionäre Durchführung der in den Aprilthesen geforderten wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Fortführung des Krieges hinderten, und eine schrittweise, revolutionäre Einmischung der Arbeiter und Bauern in die ökonomischen Geschicke des Landes bedeuteten.

☆

In den Aprilthesen forderte Lenin die Abgrenzung von den Opportunisten der II. Internationale nun auch durch Namensänderung der Partei und, im internationalen Maßstab, durch die Gründung der III. Internationale.

Bei der Begründung jeder einzelnen Maßnahme seines Planes entlarvte Lenin den Menschewismus als Agentur der imperialistischen Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse. Es war für eine wirklich marxistische Partei nicht mehr tragbar, mit den opportunistischen Parteien der II. Internationale einen gemeinsamen Namen zu führen, ohne den Arbeitern die Orientierung im politischen Kampf zu erschweren. Der Name „Sozialdemokratische Partei" war durch die verräterische Politik der rechten Führer, die den Imperialismus gegen die proletarische Revolution unterstützten, beschmutzt worden, so daß Lenin im April 1917 schrieb:

„Es ist an der Zeit, sich des schmutzigen Hemdes zu entledigen, es ist an der Zeit, saubere Wäsche anzuziehen." (Ebenda, S. 46)

„Wir müssen uns *Kommunistische Partei* nennen, so wie Marx und Engels sich Kommunisten nannten." (Ebenda, S. 42)

Lenin forderte in den Aprilthesen die Gründung der III. Internationale, eines revolutionären Zentrums der „Internationalisten der Tat". Durch diese Forderung erleichterte er es den Linken in der Sozialdemokratie der anderen Länder, sich vollkommen von den Opportunisten zu trennen und eine marxistisch-leninistische Politik entsprechend den historischen Aufgaben der Arbeiterklasse im Imperialismus durchzuführen. Die Leninsche Forderung half die Illusionen zerstören, als könne die unter reformistischer Führung stehende

II. Internationale eine Politik im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse durchführen. Damit förderte Lenin gleichzeitig den Kampf gegen den Opportunismus, der ein entscheidender Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus ist.

Lenin würdigte in seinem Werk „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution" die Haltung Karl Liebknechts, der sich nicht nur ideologisch von den Opportunisten getrennt, sondern mit der Gründung des Spartakusbundes auch Maßnahmen zur späteren organisatorischen Trennung vorgenommen hatte. Lenin brachte Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck, und unterstrich, daß sie bereits den Kampf gegen das Monopolkapital in Deutschland aufgenommen hatte, und daß sie den Kampf der Arbeiter Rußlands weiterhin unterstützen würde. Aber eben deshalb wurde es um so dringender, die III. Internationale zu gründen.

> „Unsere Partei darf nicht ‚warten', sondern muß sofort die III. Internationale *gründen,* und Hunderte von Sozialisten in den Kerkern Deutschlands und Englands werden erleichtert aufatmen, Tausende und aber Tausende deutscher Arbeiter, die heute zum Entsetzen des Halunken und Räubers Wilhelm Streiks und Demonstrationen veranstalten, werden in *illegalen* Flugblättern von unserem Entschluß lesen, von unserem brüderlichen Vertrauen zu Karl Liebknecht und nur zu ihm, von *unserem* Entschluß, auch *jetzt* gegen die ‚revolutionäre Vaterlandsverteidigung' zu kämpfen, sie werden das lesen und in ihrem revolutionären Internationalismus gestärkt werden." (Ebenda, S. 41)

So schätzte Lenin den antimilitaristischen Kampf Karl Liebknechts und des Spartakusbundes und den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg ein. So zeigte Lenin der gesamten internationalen Arbeiterbewegung den Weg, um mit dem Krieg Schluß zu machen.

☆

Lenins Aprilthesen, sein Plan des Übergangs zur ersten sozialistischen Revolution der Weltgeschichte, waren das konkrete Kampfprogramm der bolschewistischen Partei für diese Periode. Lenin schuf damit die Grundlage für die unmittelbare Vorbereitung der sozialistischen Revolution. Durch die Thesen sowie die theoretische Begründung der Übergangsforderungen, die in seinem Werk „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei" enthalten ist, bereicherte Lenin die Schatzkammer des Marxismus-Leninismus um eine Reihe neuer Erkenntnisse von größter Bedeutung, wie z. B. die Erkenntnis, daß die Sowjets die beste politische Form für die Diktatur des Proletariats sind. Die Aprilthesen stellen somit eine Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie dar. Sie sind tief durchdrungen von dem großen Glauben an die Kraft und den Sieg der Arbeiterklasse.

Durch die unermüdliche Aufklärungsarbeit der Bolschewiki unter den Massen Rußlands, durch die zielbewußte und beharrliche, von Lenin und Stalin geleitete Arbeit der Partei, wurde der Sieg der Arbeiterklasse Rußlands in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 Wirklichkeit. Dieser weltgeschichtliche Sieg bewies die Richtigkeit des Leninschen Planes und zeigte die Bedeutung der genialen Leninschen Führung der Revolution.

Hermann Matern

Der Kampf Ernst Thälmanns um die ideologischen Grundlagen der Partei von neuem Typus

Es ist das historische Verdienst des Genossen Thälmann, der Kommunistischen Partei Deutschlands das feste Fundament des Marxismus-Leninismus erkämpft zu haben. Ernst Thälmann kämpfte auf Grund seiner tiefen Kenntnisse der Lehre von Marx - Engels - Lenin - Stalin und auf Grund seiner unerschütterlichen Treue zur Sowjetunion erfolgreich gegen alle Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Er führte den Kampf für die Bolschewisierung der KPD auf der Grundlage der zwölf Punkte des Genossen Stalin.

Seine Reden und Aufsätze, die Herausarbeitung der Politik und Taktik der Partei, angepaßt der Lage und den Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland, waren immer durchdrungen von tiefer theoretischer Erkenntnis und waren die praktische Anwendung des Marxismus-Leninismus.

Um die Partei zu befähigen ihre historische Aufgabe zu erfüllen, forderte Ernst Thälmann immer wieder:

> „... wir müssen die Frage der theoretischen Vertiefung in der Partei und in den Massen scharf stellen. Denn wir brauchen eine wirklich klare und gründliche Orientierung der Massen, einen Zustand, wo man sagen kann, daß fast jeder Genosse von uns, wenn er im Betrieb, auf der Straße, überall, unseren politischen Gegnern entgegentritt, das Bewußtsein hat, diese klare marxistische Orientierung zu besitzen." (Ernst Thälmann, „Volksrevolution über Deutschland", herausgegeben vom ZK der KPD, 1931, S. 5)

Eine Eigenschaft des Genossen Thälmann war, sich nicht nur zu großen prinzipiellen Reden, sondern zu jeder Versammlung gründlich vorzubereiten. Er kritisierte scharf solche Funktionäre, die zu Konferenzen, Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen ohne jede Vorbereitung gingen und Wald- und Wiesenreden hielten. Er brandmarkte das als kleinbürgerliche Überheblichkeit, Mißachtung der Versammlungsteilnehmer und Nichtachtung der Arbeiter. Den Arbeitern die komplizierten Zusammenhänge der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Klassenbeziehungen und Klassenkräfte, die Bedingungen des Klassenkampfes wissenschaftlich zu erklären, bedarf einer ernsten und gründlichen Vorbereitung. Ernst Thälmann legte den größten Wert darauf, einfach und doch tief wissenschaftlich zu sprechen und zu schreiben. Das verlangte er auch von den verantwortlichen Funktionären. Unermüdlich lehrte er die Partei, jeden Schritt der täglichen Praxis des revolutionären Klassenkampfes mit dem höchsten Maßstab revolutionärer Theorie zu messen.

Es ist das geschichtliche Verdienst Ernst Thälmanns, daß er als erster unermüdlich und systematisch die Lehren Lenins und Stalins in die deutsche Arbeiterbewegung und in das deutsche Volk trug. Allein diese Leistung kennzeichnet Ernst Thälmann als überragenden Theoretiker des Marxismus-Leninismus. 1927 wurde unter seiner Führung auf dem Essener Parteitag der KPD beschlossen, die Werke Lenins und die Arbeiten Stalins in deutscher Sprache herauszubringen, um allen Parteimitgliedern diese gewaltigen Schätze zugänglich zu machen und sie mit der Theorie des Marxismus-Leninismus zu wappnen.

Ernst Thälmann lehrte die Partei, daß eine richtige Politik eine gründliche wissenschaftliche Analyse der gegebenen Verhältnisse erfordert

„Das ist ja das Wesen unserer marxistischen Untersuchung, daß wir über die Beschreibung der Situation hinaus eine wirkliche Analyse der Triebkräfte der Wirtschaft und Gesellschaft geben können und aus dieser Analyse imstande sind, die richtigen Perspektiven abzuleiten, was wiederum eine Voraussetzung für eine richtige Politik bildet." (Ebenda, S. 20)

Diesen Grundsatz hat Genosse Thälmann Tag für Tag in seiner Arbeit, in der Führung der Partei angewandt. Bei ihm waren die revolutionäre Theorie und die Praxis eine untrennbare Einheit. Jede Erscheinung in Wirtschaft und Gesellschaft, jede Erfahrung und jedes Ergebnis des Klassenkampfes hat er wissenschaftlich durchleuchtet und ergründet, um die Lehren für die Politik und Arbeit der Partei daraus zu ziehen, um ihre Führungs- und Kampffähigkeit ununterbrochen zu steigern.

Ernst Thälmann war immer bereit und entschlossen, aus den politisch-theoretischen Erkenntnissen mit eiserner Konsequenz die Schlußfolgerungen zu ziehen und sie in revolutionäre Handlungen umzusetzen.

Aus der Erkenntnis der revolutionären Krise in den Oktobertagen des Jahres 1923 zog Ernst Thälmann die Schlußfolgerung des revolutionären Handelns und führte den kampfentschlossenen Teil der Hamburger Arbeiter in den bewaffneten Aufstand. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, weil die Hamburger Revolutionäre allein blieben, weil in den übrigen Teilen Deutschlands der Kampf nicht aufgenommen wurde. Infolge der opportunistischen Politik der Brandler-Thalheimer-Zentrale gelang es nicht, die einzelnen Aktionen der kampfgewillten Arbeiter zu steigern und zusammenzufassen und die Regierung der Monopolherren und Junker zu stürzen. Gegen die opportunistische Einstellung der Brandlergruppe hatte Ernst Thälmann bereits lange vor dem Oktober 1923 mit aller Entschiedenheit den Kampf geführt.

Ernst Thälmann zog aus der Niederlage des Jahres 1923 und der darauf folgenden teilweisen und zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus die Lehre:

„Augenblicklich befinden wir uns nicht in der Periode des direkten Sturmes, des unmittelbaren Kampfes um die Eroberung der Macht. Wir befinden uns in der Periode zwischen der ersten und der zweiten Revolution.

Analysiert man die Weltlage und die konkrete Situation in Deutschland, so ist es für jeden ernsthaften Menschen klar, daß die gegenwärtige ‚Atempause' nicht lange dauern wird. Wir müssen sie gut ausnutzen, um zu lernen unsere Kräfte zu erweitern, uns und die Arbeiterklasse zu schulen, uns und die Arbeiterklasse politisch und organisatorisch vorzubereiten auf die neuen Hamburger Tage, die in allen Städten Deutschlands eine gewaltige Wiederkehr erleben werden." (Ernst Thälmann, „Kampfreden und Aufsätze", herausgegeben von der KPD, Berlin, S. 25)

Auf dem IX. Parteitag der KPD in Frankfurt (April 1924), kam die tiefe Empörung der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder über den Verrat der Brandler-Thalheimer zum Ausdruck. Sie wurden aus dem Zentralkomitee der Partei entfernt und ein neues Zentralkomitee wurde gewählt. Unter Ausnutzung der tiefen Enttäuschung der revolutionären Arbeiter über den Verrat der Brandler-Zentrale kamen kleinbürgerliche Radikalinskis, die wie Schwemmsand von den revolutionären Wellen 1918/1919 an die Oberfläche

gespült worden waren, in die Führung der Partei. Ihre Politik der revolutionären Phrase isolierte die Partei von den Massen und bedrohte die Existenz der Partei. Unter Führung Ernst Thälmanns begannen die der Sache der Partei ergebenen Arbeiter, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus standen, den entschiedenen Kampf gegen die „ultralinken" Liquidatoren in der Partei. Vor der Partei stand jetzt als Tagesaufgabe nicht mehr der unmittelbare Kampf um die Macht. In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus war vor allem die Organisierung der Kämpfe für die täglichen Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern notwendig, galt es, die Angriffe der Monopolherren auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen abzuwehren. Diese Aufgabe konnte die Partei nur durch die ideologische und organisatorische Festigung ihrer Reihen, die Erweiterung und Vertiefung ihres Masseneinflusses erfüllen.

In seinem Referat auf dem X. Parteitag der KPD in Berlin (Juli 1925) kämpfte Ernst Thälmann für die Durchsetzung dieser Politik. Mit größtem Nachdruck forderte er die aktive Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und gab dafür eine ausführliche theoretische und praktische Begründung. Gegen die „ultralinken" Liquidatoren und schein-revolutionären Phraseure setzte er die Massenpolitik der Partei durch. Ernst Thälmann erklärte:

„Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß unsere Gewerkschaftsarbeit brach daniederliegt, daß wir mit dem Wiedereintritt in die Gewerkschaften noch am Anfang der politischen Lösung unserer Gewerkschaftsaufgaben stehen. *Unsere Partei ist heute noch von der Mehrheit der Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften Deutschlands isoliert,* und man muß mit viel mehr Energie und Liebe an die Arbeit gehen, *damit gerade diese 85 Prozent Parteilosen unter unseren Einfluß gebracht werden."* („Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands", Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1926, S. 531)

Den Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaften, ihre Bedeutung und Rolle im Klassenkampf des Proletariats erläuterte Ernst Thälmann auf dem Parteitag mit den folgenden Worten:

„Während die Partei als höchste Form der Klassenorganisation nur die bewußten Kämpfer umfaßt, sind die Gewerkschaften die erste primitive grundlegende Form der Arbeiterorganisation. Zuerst verstehen die Arbeiter, daß sie ihre Berufsinteressen gemeinsam mit ihren Berufskollegen organisiert vertreten müssen; diese primitive Erkenntnis gewinnen sie im und aus dem Produktionsprozeß selbst. Darüber hinaus, zur politischen Erkenntnis, kommen sie erst durch die Partei. *Erst durch die Partei* begreifen sie, daß eine Klassenorganisation zur Vertretung ihrer Klasseninteressen notwendig ist." (Ebenda, S. 520)

Ernst Thälmann befolgte stets die Lehren Lenins und Stalins, daß Losungen und Direktiven nicht auf Grund eingelernter Formeln und geschichtlicher Parallelen ausgearbeitet werden können, sondern das Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab sein müssen. Er lehrte die Partei, ihre Losungen und Direktiven im Feuer des Kampfes der Massen ständig auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Ein Beispiel dafür ist die Überprüfung der

Direktiven der Partei während der Kämpfe des Berliner Blut-Mai 1929 auf dem XII. Parteitag der KPD (Juni 1929). Genosse Thälmann erläuterte die Stellung der Partei mit den Worten:

„Die Partei hat vom ersten Augenblick an ihre volle Solidarität mit den Barrikadenkämpfern ausgesprochen. Das ist für eine Partei der proletarischen Revolution selbstverständlich. Die Partei konnte aber nicht dem Ruf nach dem bewaffneten Aufstand, der Forderung nach Bewaffnung nachgeben, weil alle objektiven Voraussetzungen dafür fehlten, weil keine akut revolutionäre Situation gegeben war, geschweige denn die Bedingungen für den bewaffneten Aufstand . . . Hätte die Partei den instinktiv aus den Massen kommenden Stimmungen und Forderungen an uns nachgegeben, so hätte das bedeutet, daß die Partei auf die Provokationen der Zörgiebel-Polizei hineingefallen und später der beste Teil der Berliner Arbeiterschaft, der revolutionäre Kern abgeschlachtet worden wäre. Das war die große politische Verantwortung, die die Partei in diesen Tagen hatte, für die sie später in der Geschichte zur Verantwortung gezogen worden wäre, wenn sie solchen spontanen Stimmungen nachgegeben und nicht die der Situation entsprechenden Kampfformen gewählt hätte." (Protokoll der Verhandlungen des XII. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1929, S. 92/93)

In der ganzen Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus entwickelte Ernst Thälmann die Massenpolitik der Partei, festigte er ihre Reihen und ihre Verbindung zu den Massen. Unermüdlich erzog er die Partei zum Kampf für die täglichen Interessen der arbeitenden Massen um Lohn und Brot und verband die einfachen Fragen des Lebens mit den großen politischen Aufgaben. Er konkretisierte und übertrug die Erfahrungen der bolschewistischen Partei, die Ratschläge Stalins und die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auf die konkrete Lage und die Kampfbedingungen in Deutschland.

Ernst Thälmann setzte die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Juli/August 1928) und die Charakterisierung der teilweisen, zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus als faulend und schwankend gegen die Rechten und Versöhnler durch und orientierte die Partei auf die unvermeidlich heranreifende revolutionäre Krise.

Ernst Thälmann war der Initiator der ideologischen Offensive in der Partei. Diese Offensive hatte zum Ziel, die Partei theoretisch und politisch auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgaben zu heben.

In einem prinzipiellen Artikel in der Zeitschrift „Die Internationale" schrieb er:

„Wir müssen, gerade wenn wir in *unserer revolutionären Praxis* das Zurückbleiben der Partei hinter den objektiven Möglichkeiten des revolutionären Aufschwungs liquidieren wollen, eine entschlossene Wendung *zur Überwindung der Schwächen auf theoretischem Gebiet* machen. Das ist keine Frage, die nur die Spitzenfunktionäre der Partei, die oberen und mittleren Leitungen angeht, sondern eine Frage unserer *gesamten Parteiarbeit*, vom Zentralkomitee bis zur Zelle." („Die Internationale", Jahrg. 14, Heft 11/12, Berlin, November/Dezember 1931, S. 508)

Und im August 1932 unterstrich er die große Bedeutung der ideologischen Offensive mit den Worten:

„Mit der ideologischen Offensive versuchten wir die Direktiven des bedeutungsvollen *Briefes des Genossen Stalin* über Abweichungen an der theoretischen Front auf die Arbeit der KPD anzuwenden. So sicherten wir uns, auch auf der Linie des Stalin-Briefes, gegen die Betrugsmanöver der ‚linken' Filialen des Sozialfaschismus. Die Erfolge der ideologischen Offensive bei der Klärung unserer Kader und darüber hinaus der revolutionären Arbeiterschaft in der Frage der revolutionären Strategie und Taktik sind die *zweite wichtigste Quelle für unseren neuen Vormarsch . . .*" („Die Internationale", Jahrg. 15, Heft 7/8, Berlin, August 1932, S. 315/16)

Aus dem berühmten Brief des Genossen Stalin 1930 an die Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" zog er wichtige Lehren für die deutsche Partei. Aufs schärfste kritisierte Ernst Thälmann dabei die z. T. vorhandene Schluderarbeit auf theoretischem Gebiet und das Versäumnis der Partei, auf ideologisch-theoretische Abweichungen und Fehler zu reagieren. Er kennzeichnete die Notwendigkeit der ideologischen Wachsamkeit als eine unerläßliche Aufgabe der Partei:

„Was ergibt sich aus dem Vorkommen so schwerer Fehler und Abweichungen in unserer theoretischen Literatur? Die unzweideutige *Notwendigkeit*, eine *viel größere* Wachsamkeit an der theoretischen Front zu entfalten. Was wir brauchen, ist jene *bolschewistische Unversöhnlichkeit und Unduldsamkeit* gegenüber allen Einflüssen der Sozialdemokratie und auch die Überwindung aller in unseren Reihen noch vorhandenen Überreste aus der sozialdemokratischen oder luxemburgistischen Vergangenheit unserer Partei.

Der *Brief* des Genossen *Stalin* an die Zeitschrift „Proletarische Revolution" ist deshalb für die deutsche Partei eine außerordentlich *entscheidende* und *wegweisende politische* Direktive. Er ist ein Appell für uns, den *schärfsten* Kampf gegen alle fremden Einflüsse, gegen alle *anti*leninistischen Strömungen und gegen *jedes* Versöhnlertum ihnen gegenüber in unserer gesamten theoretischen und praktischen Arbeit zu entfalten." (Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD", herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1932, S. 71)

Mit der Erläuterung des Briefes des Genossen Stalin begründete Genosse Thälmann die ideologische Offensive, gab er ihr Inhalt, Richtung und Ziel.

Und er leitete die ideologische Offensive mit einer offenen Selbstkritik ein, indem er fragte:

„Haben wir jene bolschewistische *Unversöhnlichkeit* in unseren Reihen wachgehalten, die das Gegenstück zu einem sogenannten faulen Liberalismus, das heißt zu einer versöhnlerischen Duldsamkeit gegenüber Abweichungen und Fehlern darstellt?

Genossen, man muß mit allem Ernst und allem Nachdruck konstatieren: Die Partei — und das gilt auch für die Parteiführung —, hat eine Zeitlang die Zügel leider schleifen lassen." (Ebenda, S. 63)

Aus diesen Feststellungen zog er für die ganze Partei die Konsequenzen und schrieb:

„Damit komme ich zu einer Frage, die mit unserer ideologischen Offensive aufs engste verbunden ist, zur *Frage der offenen und schonungslosen bol-*

schewistischen Selbstkritik als eines unentbehrlichen Bestandteils unserer revolutionären Praxis.

Genossen, ich habe bereits darauf hingewiesen, daß diese Frage der bolschewistischen Selbstkritik keineswegs in unserer gesamten Partei eine solche *Selbstverständlichkeit* ist, wie es für Bolschewiki sein müßte. Es gibt durchaus Tendenzen in unseren Reihen, die diese Selbstkritik einschränken und abschwächen wollen. Selbstverständlich haben wir uns dadurch nicht abhalten lassen, den bolschewistischen Standpunkt durchzusetzen, wodurch eine Leitung durch offene Selbstkritik an Autorität gegenüber der Partei und dem Proletariat nur gewinnen kann, auch wenn manchmal einzelne Genossen nicht das nötige Verständnis dafür haben." (Ebenda, S. 75)

Unnachsichtig kritisierte Ernst Thälmann die Funktionäre, die ihr theoretisches Studium vernachlässigten und betonte, daß die Unterschätzung der theoretischen Weiterbildung unweigerlich zum Praktizismus in der Arbeit führt.

Selbst beispielgebend für jeden Funktionär durch sein unermüdliches Studium des Marxismus-Leninismus, richtete sich sein Kampf gegen die Vernachlässigung der Theorie in der Partei, gegen den Praktizismus und gegen Verfälschungen des Marxismus.

☆

In seinen großen Reden auf Parteitagen, Parteikonferenzen und Tagungen des Zentralkomitees, so auf dem X. Parteitag (Berlin, 1925), XI. Parteitag (Essen, 1927) und XII. Parteitag (Berlin-Wedding, 1929), auf der Reichsparteikonferenz im Oktober 1932 sowie auf den Tagungen des Zentralkomitees im Januar 1931 und im Februar 1932 gab Genosse Thälmann eine tiefgründige Analyse der internationalen Lage und der Lage in Deutschland. Er entwickelte in diesen richtungweisenden Reden ein klares Bild der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Bedingungen des Klassenkampfes, der Perspektiven und Aufgaben der KPD. Diese Ausführungen Ernst Thälmanns waren eine vorbildliche Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Verhältnisse in Deutschland.

Mit der Darstellung und Popularisierung der grandiosen Erfolge der Sowjetunion im Aufbau des Sozialismus begeisterte Ernst Thälmann die Parteimitglieder und werktätigen Massen zum Kampf für die Sache des Volkes. Als treuer Sohn der Arbeiterklasse fühlte er sich mit der stürmischen Aufwärtsentwicklung des Sowjetlandes fest verbunden. Zutiefst war er vom Sieg der Sache der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion überzeugt. In geduldiger Aufklärung hat Ernst Thälmann den Werktätigen die Lehre Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande nahe gebracht, ihnen Mut und Kraft verliehen und sie ideologisch gewappnet, um den Verleumdungen und Anfeindungen gegen die Sowjetunion zu begegnen.

Genosse Thälmann war der Initiator der vom Zentralkomitee der KPD im August 1930 herausgegebenen *„Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes"*, des großen Kampfplanes gegen Faschismus und Krieg, des revolutionären Auswegs aus der Krise. Diese Erklärung, die sich an alle deutschen Werktätigen wandte, hatte eine weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende Bedeutung. In der Programmerklärung hieß es:

„Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die *Kommunistische Partei Deutschlands* zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie — sowohl im Innern als auch von außen — gänzlich *aussichtslos* wird.

Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgefeimten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des *proletarischen Klassenkampfes* einzureihen. Daher fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der verräterischen *Sozialdemokratie* gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versailler Friedens, des Young-Plans, der Knechtung der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen..." („Rote Fahne" vom 24. August 1930)

Ernst Thälmann war der unermüdliche Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse. Immer wieder drängte er darauf, die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre nicht gleichzusetzen den Wels und Stampfer. Nachdrücklich und überzeugend erklärte er:

„Zwischen SPD-Führern und SPD-Arbeitern besteht ein großer Unterschied! In unserer täglichen Arbeit, in unserem nie erlahmenden Kampf gegen die SPD müssen wir uns immer vor Augen halten, daß zwischen der SPD-Führung und den einfachen Mitgliedern, den Proleten dieser Partei, ein großer Unterschied besteht. Wir dürfen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um diesen unseren Klassengenossen unsere enge revolutionäre Verbundenheit und unseren stahlharten Willen zu zeigen, in gemeinsamer Front mit ihnen gegen Hunger und Lohnraub und gegen den Verrat der Bürokratie zu kämpfen." (Ernst Thälmann: „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur", herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1932, S. 17)

Die zunehmende faschistische Gefahr war für Ernst Thälmann Anlaß, mit seiner ganzen Kraft und Überzeugungsstärke für die einheitliche Aktion aller Arbeitenden gegen Faschismus und Krieg einzutreten, um das deutsche Volk vor den furchtbaren Folgen der Machtergreifung durch die reaktionärste und kriegslüsterne Clique des Monopolkapitals zu bewahren.

Ernst Thälmann bemühte sich in vorbildlicher Weise, mit sozialdemokratischen Arbeitern ins Gespräch zu kommen, um ihnen die Politik der KPD zu erklären. Als im Jahre 1932 sozialdemokratische Arbeiter Genossen Thälmann aufsuchten und ihm die Frage stellten: „Wie verteidigt die KPD die Freiheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus?" antwortete Genosse Thälmann:

„Wir Kommunisten organisieren an *allen* Fronten, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterorganisationen, die Front des klassenkämpferischen Widerstandes und der proletarischen Offensive für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats, für die Freiheit des *Streiks*, der *Straße*, der Demonstrationen, für die Freiheit der Presse, des gesamten proletarischen Schrifttums und des Rundfunks. Gegen das

blutrünstige Ungeheuer des Faschismus, das mit seinen blutigen Pranken, mit Schlagring und Revolver die letzten kümmerlichen Reste der Sozialversicherung und der Arbeiterrechte zerschlagen und zerstückeln will..." („Ernst Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern", Verlag Antifaschistische Aktion, Berlin 1932, S. 5/6)

☆

Auf der Parteikonferenz im Oktober 1932 rechnete Thälmann mit den Neumann-Leuten ab, die der Partei unermeßlichen Schaden zugefügt hatten. Neumann war gegen die Politik der Einheitsfront. Er bezeichnete die Brüning-Regierung als faschistische Diktatur. Seine Losung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" verhinderte den ideologischen Kampf um die Gewinnung der werktätigen Massen. Thälmann betonte in seinem Referat auf der Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932:

„Jetzt, nachdem die politischen Fragen alle geklärt sind, Neumann und einige Genossen jedoch zu den Methoden der Gruppenarbeit übergegangen sind, mußte der notwendige Kampf gegen diese prinzipienlose Opposition *abgeschlossen* werden...

Mit der Überwindung der falschen Auffassungen und Tendenzen der Neumann-Gruppe hat die Partei den Weg für ihren neuen erfolgreichen Vormarsch freigemacht." (Ernst Thälmann, „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur", S. 28)

Ernst Thälmann hat die Partei aus einem Zustand der Unklarheiten, des rechten Opportunismus und des „ultralinken" Liquidatorentums, auf den Weg einer einheitlichen, fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus kämpfenden Partei geführt. Seine politische Klarheit in allen Fragen des proletarischen Klassenkampfes halfen der Partei viele Überbleibsel sozialdemokratischer Traditionen zu überwinden.

Ernst Thälmann bekämpfte mit prinzipieller Klarheit die Überreste des Luxemburgismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Auf der Tagung des Zentralkomitees im Februar 1932 hob er hervor:

„Wir müssen also mit aller Klarheit aussprechen: in all den Fragen, in denen *Rosa Luxemburg* eine andere Auffassung als *Lenin* vertrat, war ihre Meinung irrig, so daß die ganze Gruppe der deutschen Linksradikalen in der Vorkriegs- und Kriegszeit sehr erheblich an Klarheit und revolutionärer Festigkeit hinter den Bolschewiki zurückblieb.

Diese Erkenntnis gibt uns erst das Verständnis dafür, warum es in Deutschland *verspätet zur Spaltung* zwischen dem revolutionären Marxismus und den kleinbürgerlichen Opportunisten oder ihren zentristischen Helfershelfern innerhalb der Arbeiterbewegung kam. *Rosa Luxemburgs Fehler* in der Akkumulationstheorie, in der Bauernfrage, in der nationalen Frage, in der Frage des Problems der Revolution, in der Frage der proletarischen Diktatur, in der Organisationsfrage, in der Frage der Rolle der Partei bzw der Spontaneität der Massen — das alles ergibt *ein System von Fehlern* die *Rosa Luxemburg* nicht zur vollen Klarheit eines *Lenin* aufsteigen ließen." (Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD", S. 71/72)

Mit tiefem Ernst und klarer Erkenntnis warnte er die Arbeiterschaft, als mit der Bildung der Schleicher-Regierung (Dezember 1932) Illusionen über den

Charakter dieser Regierung entstanden. Auf der Konferenz der Hamburger Parteiorganisation erklärte Ernst Thälmann, daß die Schleicher-Regierung der Beruhigung dienen solle, daß ihr aber in kurzer Zeit die Hitler-Regierung folgen werde. Die Ereignisse haben die Richtigkeit seiner Warnungen bestätigt.

In seiner letzten Rede im Zentralkomitee, im Februar 1933, gab Ernst Thälmann der Partei und der deutschen Arbeiterklasse noch einmal die Direktiven für den schweren und opferreichen Kampf gegen die blutige faschistische Diktatur. Er betonte damals, daß die faschistische Diktatur Deutschland zu einem Galgenwald machen würde, um ihren verbrecherischen Krieg vorbereiten und durchführen zu können. Mit dem Elan des unerschrockenen Revolutionärs, der von der Siegeszuversicht seiner Klasse erfüllt war, begründete Ernst Thälmann die Politik und die Formen des illegalen Kampfes zum Sturz der faschistischen Diktatur.

Der Kampf Ernst Thälmanns für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung war eine große historische, theoretische und politische Tat, ohne die heute unsere Partei nicht denkbar wäre.

Kurt Helbig

Die Vorbereitung der Betriebskollektivverträge im Jahre 1952

Der Abschluß der Betriebskollektivverträge im Jahre 1951 in mehr als 5000 volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben war von großer Bedeutung für die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne und die Verbesserung der materiellen, kulturellen und sozialen Lebenslage unserer Werktätigen. Bei der Ausarbeitung der Kollektivverträge ließen sich die Gewerkschaften von den Erfahrungen der sowjetischen Gewerkschaften leiten, die durch den Abschluß von Betriebskollektivverträgen große Erfolge im Kampf um die Durchführung der Stalinschen Fünfjahrpläne, im Kampf um die ständige Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen in der Sowjetunion erringen. Auch in den volkseigenen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik wurde der Betriebskollektivvertrag zu einem Hauptmittel zur Entfaltung der Masseninitiative und aller schöpferischen Kräfte der Werktätigen mit dem Ziel der Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne und der ständigen Verbesserung der Lebenslage unserer Werktätigen. Der Abschluß der Betriebskollektivverträge wurde in jenen Betrieben möglich und notwendig, in denen die Ausbeutung der Werktätigen beseitigt ist und das gesamte Betriebskollektiv gemeinsam an der Erfüllung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans arbeitet. Der Betriebskollektivvertrag wirft alle Fragen auf, die mit der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans und unserer gesamten Wirtschaftspolitik zusammenhängen. Er enthält die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Betriebsleitung und Belegschaft, beziehungsweise Betriebsgewerkschaftsleitung und mobilisiert so alle Kräfte im Betrieb für die Lösung der gemeinsamen Aufgaben und hebt das Verantwortungsbewußtsein der Betriebsleitung und jedes einzelnen Arbeiters, Angestellten, Technikers und Ingenieurs für die Erfüllung des Planes und für die kulturelle und soziale Entwicklung im Betrieb. Die Betriebskollektivverträge sind ein hervorragendes Mittel zur Festigung und Entwicklung der neuen, demokratischen Verhältnisse in unseren volkseigenen Betrieben. Durch die ausführlichen Diskussionen der Belegschaften über die Probleme des Betriebskollektivvertrages und unserer Wirtschaftspolitik im allgemeinen, durch die regelmäßig durchgeführten Rechenschaftslegungen über die Erfüllung des Betriebskollektivvertrages wird das demokratische Staatsbewußtsein unserer Arbeiterklasse erhöht und bei der gesamten Belegschaft das neue Verhältnis zur Arbeit und zum Betrieb gefestigt.

So ist der Betriebskollektivvertrag nicht nur ein Hauptmittel zur Entfaltung der Initiative der Werktätigen in den volkseigenen Betrieben, sondern die Vorbereitung und der Abschluß der Betriebskollektivverträge sind, wenn sie richtig durchgeführt werden, hervorragend geeignet, die Überreste reaktionärer und überlebter Anschauungen zu überwinden und dem neuen Bewußtsein unserer Werktätigen zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Vorbereitung und der Abschluß der Betriebskollektivverträge können nicht losgelöst von den allgemeinen, großen politischen Aufgaben, die heute vor der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen stehen, durchgeführt werden. Dadurch, daß die Betriebskollektivverträge ein mächtiges Instrument in der Hand der Arbeiterklasse zur Durchführung unseres stolzen Fünfjahrplans sind, steht ihr Abschluß und ihre Durchführung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kampf unseres Volkes um den Abschluß eines Friedensvertrages und die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands.

Die Gewerkschaften leisteten im vergangenen Jahr beim Abschluß der Betriebskollektivverträge eine große, bedeutsame Arbeit. Es gab jedoch auch große und ernsthafte Schwächen und Fehler, die in diesem Jahr keinesfalls wiederholt werden dürfen. Im Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees unserer Partei über die „Förderung der Arbeit der Gewerkschaften durch die Leitungen und Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" heißt es:

„*Der ernsteste Fehler, der sich in der Vorbereitung der Betriebskollektivverträge zeigte, war die mangelnde ideologische Arbeit und innergewerkschaftliche Demokratie.*" („Neues Deutschland" vom 30. Nov. 1951)

Vorbereitung und Durchführung der Betriebskollektivverträge im Jahre 1951 haben in einem bisher nicht gekannten Maße die Mängel enthüllt, wie sie in der Gewerkschaftsarbeit, angefangen vom Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB und den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften bis zu den Gewerkschaftsgruppen der Betriebe, bestehen. Die meisten Vorstände der Industriegewerkschaften gingen nicht davon aus, daß der Abschluß der Betriebskollektivverträge zu einer Stärkung des proletarischen Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse führen mußte, jenes proletarischen Klassenbewußtseins, das bei uns in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung vor allem darin zum Ausdruck kommt, daß sich die Arbeiterklasse für den Staat und die Wirtschaft voll verantwortlich fühlt. Viele Mitglieder der Gewerkschaftsleitungen verstanden selbst nicht die prinzipielle Bedeutung der Betriebskollektivverträge und konnten sie deshalb den Arbeitern, Angestellten, Technikern und Ingenieuren auch nicht genügend erläutern.

So heißt es im obenerwähnten Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED über die Arbeit der Gewerkschaftsleitungen:

„*Sie verstanden meistens nicht, die Bedeutung des Kollektivvertrages grundsätzlich zu beleuchten und den Arbeitern den Leistungslohn, die Fragen der Betriebsorganisation und der Arbeitsdisziplin vom grundsätzlichen Standpunkt der Verantwortung der Arbeiterklasse für die volkseigene Wirtschaft und grundsätzlich den Weg zur Erhöhung der Lebenshaltung in der neuen Ordnung zu erklären.*" (Ebenda)

Gerade die Einführung der Betriebskollektivverträge bewies, daß die Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik ihre Aufgaben als Schulen der Demokratie und des Sozialismus bei weitem noch nicht erfüllen. So konnte es geschehen, daß viele Betriebsgewerkschaftsleitungen die Betriebskollektivverträge ohne breite Mitarbeit der Belegschaft am grünen Tisch ausarbeiteten und sie zum „Abschluß" brachten, ohne daß die Belegschaft etwas davon wußte.

Eine Arbeiterin aus dem Bekleidungswerk Fortschritt I in Berlin-Lichtenberg schrieb darüber z. B. an den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Niemand kann uns auf unsere Fragen die richtige Erklärung geben. Die Kollegen sagen uns, das macht alles der Kollektivvertrag. Aber warum hören wir nichts von unserem Betriebskollektivvertrag? Durch Lautsprecher wurde uns damals mitgeteilt, daß die Delegierten ihn angenommen haben und er dann unterzeichnet wurde. Seit dieser Zeit haben wir nichts mehr davon gehört."

In den Betrieben, wo die Gewerkschaftsleitungen unfähig waren, jedem Arbeiter die Bedeutung und die prinzipiellen Fragen des Betriebskollektivvertrages zu erläutern und eine wirkliche Überzeugungsarbeit zu leisten, trat an die Stelle des Überzeugens das Kommandieren, wurde die innergewerkschaftliche Demokratie mit Füßen getreten.

Im FDGB und in seinen Gewerkschaften herrscht noch nicht überall Klarheit darüber, daß die Überzeugungsarbeit die Hauptmethode der Gewerkschaftsarbeit ist. Deshalb ist auch die innergewerkschaftliche Demokratie nur ungenügend entwickelt. Für uns ist heute von großer Bedeutung, was Genosse Stalin bereits im Jahre 1921 sagte, als er sich gegen die Methode des Kommandierens in den Gewerkschaften wandte und den engen Zusammenhang zwischen der ideologischen Überzeugungsarbeit und der Entfaltung der proletarischen Demokratie in den Gewerkschaften aufzeigte:

„Der Demokratismus in den Gewerkschaften, das heißt das, was man als ‚normale Methoden der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften' zu bezeichnen pflegt, ist ein den proletarischen Massenorganisationen eigener bewußter Demokratismus, der das *Bewußtsein* der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer systematischen Anwendung der Methoden der Überzeugung gegenüber den Millionenmassen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter voraussetzt. Ohne dieses Bewußtsein wird der Demokratismus zu leerem Schall." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 7) .

Die Erfahrungen beim Abschluß der Betriebskollektivverträge 1951 zeigen, daß dort, wo jedem Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieur die Probleme des Betriebskollektivvertrages gründlich erklärt wurden, wo die innergewerkschaftliche Demokratie zur Entfaltung kam, der Abschluß des Betriebskollektivvertrages zu einem großen Erfolg der ganzen Belegschaft wurde. Dies kam in zahlreichen Zustimmungserklärungen und Produktionsverpflichtungen der Werktätigen zum Ausdruck. Dort aber, wo kommandiert und nicht überzeugt wurde, konnte sich natürlich die Masseninitiative der Werktätigen nicht entwickeln, waren die Arbeiter mit Recht empört über kommandierende Gewerkschaftsbürokraten. Deshalb waren in diesen Betrieben nur wenige Arbeiter bereit, die Durchführung des Betriebskollektivvertrages mit Selbstverpflichtungen zu unterstützen. Die Ursache dieser ungenügenden Überzeugungsarbeit ist jedoch nicht in erster Linie bei den Funktionären in den Betrieben zu suchen, sondern vor allem bei den Vorständen der Industriegewerkschaften, die die Betriebsgewerkschaftsleitungen völlig ungenügend anleiteten.

Aus diesen Erfahrungen müssen für den Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 die Lehren gezogen werden. Es ist notwendig, alle Gewerkschaftsfunktionäre, sowohl die hauptamtlichen als auch die zahlreichen ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben, mit einer gründlichen Kenntnis der Probleme des Betriebskollektivvertrages, mit einem tiefen, wissenschaftlichen Verständnis für seine prinzipielle Bedeutung auszurüsten. Nur wenn die Gewerkschaftsfunktionäre selbst die Probleme des Betriebskollektivvertrages verstehen, werden sie in der Lage sein, eine wirkliche Überzeugungsarbeit an jedem Arbeitsplatz zu leisten. Dazu muß jedoch die Anleitung der Gewerkschaftsfunktionäre durch die Vorstände der Industriegewerkschaften wesentlich verbessert werden.

Bei der Vorbereitung und beim Abschluß der Betriebskollektivverträge ist die breiteste gewerkschaftliche Demokratie in allen Betrieben zu entwickeln. Jeder Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieur muß Gelegenheit haben, sich gründlich mit dem Vertrag zu beschäftigen und seine Vorschläge zu machen. Nur nach einer ausführlichen Diskussion wird jeder Werktätige den Betriebskollektivvertrag als seinen Vertrag betrachten, als ein Dokument, an dem er selbst mitgearbeitet hat, und sich deshalb auch voll für seine Verwirklichung einsetzen. Die Arbeit zum Abschluß der Betriebskollektivverträge muß das proletarische Klassenbewußtsein stärken, die führende Rolle und die Verantwortung der Arbeiterklasse für unseren antifaschistisch-demokratischen Staat und unsere Wirtschaft festigen und jedem Arbeiter zu einem wirklichen Verständnis für alle Fragen unseres Planes verhelfen. Die Diskussionen über den Betriebskollektivvertrag werden so dazu beitragen, die alten Gewohnheiten aus den kapitalistischen Betrieben, die Überreste der kapitalistischen Ideologie zu überwinden und die neue Einstellung zur Arbeit und die Arbeitsdisziplin zu festigen.

Damit wird die Arbeit zum Abschluß der Betriebskollektivverträge gleichzeitig zu einem Feldzug gegen den Bürokratismus in den Gewerkschaften. Denn nur im schonungslosen Kampf gegen den Bürokratismus und durch eine gründliche Veränderung der bisherigen bürokratischen Arbeitsmethoden der Gewerkschaften kann die Arbeit zum Abschluß der Betriebskollektivverträge wirklich zu einem großen Erfolg führen.

Wie soll ein Kollektivvertrag des Jahres 1952 aussehen?

Die Erfolge, die unsere Werktätigen mit Hilfe der Betriebskollektivverträge im Jahr 1951 erzielt haben, machen es in den volkseigenen Betrieben möglich, beim Abschluß der Kollektivverträge 1952 eine Reihe weiterer sozialer und kultureller Verbesserungen einzuführen. Die Kollektivverträge 1952 konzentrieren sich auf die breite Entwicklung der Masseninitiative aller Werktätigen zur Erfüllung der Betriebspläne und auf die weitere Verbesserung der materiellen, kulturellen und sozialen Lage der Werktätigen im Betrieb.

Auch in diesem Jahr wird ein vom Bundesvorstand des FDGB gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit ausgearbeiteter Musterrahmenkollektivvertrag vom Ministerrat als allgemeine Richtlinie beschlossen werden. Der Musterrahmenkollektivvertrag ist das Muster für die Ausarbeitung und den Abschluß der Rahmenkollektivverträge zwischen den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften und den einzelnen Fachministerien. In den Rahmenkollektivverträgen, die zwischen den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften und den einzelnen Fachministerien abgeschlossen werden, sind die allgemeinen Produktionsverpflichtungen, die allgemeinen Verpflichtungen auf sozialem und kulturellem Gebiet enthalten, die für den ganzen Industriezweig maßgebend sind. Sie beruhen auf den Aufgaben, die der Industriezweig im Rahmen des Volkswirtschaftsplans zu erfüllen hat. Während der Rahmenkollektivvertrag die Aufgaben für den gesamten Industriezweig enthält, enthält der Betriebskollektivvertrag die Verpflichtungen der Betriebsleitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Belegschaft des einzelnen Betriebes, die auf der Grundlage des Betriebsplans eingegangen werden.

Im ersten Teil des Kollektivvertrages verpflichten sich Betriebsleitung und Belegschaft, alles zu tun, um den Plan des Betriebes in allen seinen Teilen gewissenhaft zu erfüllen. Stärker als im Jahre 1951 ist es die Aufgabe der

neuen Kollektivverträge, die Initiative der Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure der einzelnen Betriebe zur Entfaltung zu bringen. Die breite Entfaltung des Arbeitswettbewerbs, die regelmäßige und richtige Durchführung der Produktionsberatungen, die Einführung fortschrittlicher Arbeitsmethoden, vor allem sowjetischer Arbeitsmethoden, die Entfaltung des Vorschlags- und Erfindungswesens, die Auszeichnung und Prämiierung der Neuerer der Produktion und der Erfinder — alles das steht im Vordergrund beim Abschluß der neuen Kollektivverträge. Ministerien und Industriegewerkschaften bzw. Betriebsleitungen und Belegschaften verpflichten sich, alle Maßnahmen durchzuführen, um die Initiative der Werktätigen breit zu entfalten. Deshalb müssen Vorbereitung und Abschluß der Betriebskollektivverträge in allen Betrieben auch zu einem Aufschwung des Wettbewerbs und der Neuererbewegung führen.

Auf Vorschlag der Gewerkschaften werden, im Unterschied zu 1951, verschiedene arbeitsrechtliche und tarifliche Bestimmungen durch eine „Verordnung zur weiteren Sicherung der Rechte der Werktätigen und zur Festigung der Arbeitsdisziplin" geregelt. Es handelt sich dabei um solche arbeitsrechtliche und tarifliche Bestimmungen wie die Bezahlung von Überstunden-, Feiertags- und Nachtarbeit, die verschiedenen Zuschläge für Arbeitserschwernis, die Regelung der Bezahlung bei Betriebsstörungen und bei Ausschuß, Unfall, Krankheit usw. Diese Fragen, die in allen volkseigenen Betrieben in der gleichen Weise auftreten, müssen in unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung genau wie die allgemeinen Lohnfragen durch gesetzliche Bestimmungen generell für alle volkseigenen Betriebe geregelt werden und können nicht jeweils zwischen Betriebsleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung vereinbart werden. Die allgemeine Regelung dieser Fragen durch die Regierung ist vor allem deshalb notwendig, weil sie die Planung und den allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unmittelbar berühren und vom Stand der bis jetzt erreichten wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Republik abhängen.

In diesem Jahr wird bereits der Rahmenkollektivvertrag eine genaue Aufgliederung der finanziellen Mittel für kulturelle und soziale Einrichtungen, für den Arbeitsschutz, die Gesundheitsfürsorge usw. vorsehen. Die sorgfältigere und genaue Festlegung der finanziellen Mittel, die für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Betrieben aufgewendet werden, gewährleistet die finanzielle Sicherung dieser Maßnahmen und ermöglicht eine genauere Kontrolle über ihre Durchführung, als dies in den Kollektivverträgen des Jahres 1951 möglich war. Jeder Arbeiter und Angestellte wird deshalb in Zukunft genau feststellen können, was der demokratische Staat für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Betrieben zur Verfügung gestellt hat und dadurch die Möglichkeit erhalten, eine entsprechende Kontrolle über die richtige Anwendung dieser Mittel im Betrieb auszuüben.

Die Kollektivverträge des Jahres 1952 sollen weiter umfangreiche Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Verbesserung des Sozialwesens und der Gesundheitsfürsorge, des Wohnungsbaus der Betriebe, der Verbesserung der Kulturarbeit, der kulturellen Einrichtungen, des Sports, der Betreuung der Arbeiterkinder usw. vorsehen. Durch alle diese Maßnahmen erhöht sich der Lebensstandard unserer Werktätigen weiter, und unsere volkseigenen Betriebe werden immer mehr zu vorbildlichen Produktionsstätten, in

denen die von der Ausbeutung befreiten Werktätigen für sich und ihr Volk schöpferisch arbeiten können. Die Betriebskollektivverträge, die breite Diskussion bei ihrer Ausarbeitung und die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Betriebsleitungen und Belegschaften sind für jeden einzelnen Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieur der augenscheinliche Beweis für die grundlegenden Veränderungen, die seit 1945 in den volkseigenen Betrieben vor sich gegangen sind. Sie zeigen unseren werktätigen Menschen, daß sie die wirklichen Herren dieser Betriebe sind, die selbst darüber entscheiden und die Verantwortung in ihren Händen tragen, wie sich ihr Betrieb sowohl produktionstechnisch als auch wirtschaftlich, sozial und kulturell vorwärts entwickelt. Das konnte und kann es in keinem einzigen kapitalistischen Land geben, wo die Arbeiter für den Profit der Kapitalisten arbeiten.

Die zahlreichen sozialen und kulturellen Errungenschaften in unseren volkseigenen Betrieben, die durch die Betriebskollektivverträge 1952 erneut eine beträchtliche Erweiterung erfahren werden, sind ein wichtiger Beweis für die Sorge unserer Regierung um die werktätigen Menschen. Für die Gewerkschaften und jede einzelne Betriebsgewerkschaftsleitung ergibt sich hier die Verpflichtung, für die unbürokratische und schnelle Durchführung der im Betriebskollektivvertrag festgelegten sozialen und kulturellen Maßnahmen zu sorgen. Die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, daß es der Bürokratismus in vielen Gewerkschaftsleitungen mit sich gebracht hat, daß eine Anzahl Gewerkschaftsfunktionäre sich überhaupt nicht mehr um die Wahrnehmung der materiellen, kulturellen und sozialen Interessen jedes einzelnen Arbeiters, Angestellten, Technikers und Ingenieurs kümmern. Es gab und gibt zahlreiche Gewerkschaftsleitungen in volkseigenen Betrieben, denen die Erfüllung der Betriebskollektivverträge auf sozialem und kulturellem Gebiet gleichgültig ist. Die vom Zentralkomitee unserer Partei aufgedeckten Mißstände im Eisenhüttenkombinat Ost, im Eisenhüttenwerk West (Calbe) usw. zeigen, wie weit sich viele Gewerkschaftsleitungen von den täglichen Sorgen und Nöten der Werktätigen entfernt haben. Mögen alle Gewerkschaftsfunktionäre gut begreifen, daß die Arbeiter, die den Produktionsplan sorgsam erfüllen, auch ein Recht haben, von den Gewerkschaftsleitungen zu verlangen, daß sie sich unermüdlich um die Wahrung ihrer berechtigten Forderungen bemühen — das ist die erste Aufgabe der Gewerkschaften. Man muß auch die Mahnung aussprechen, daß sich jede Betriebsleitung bei der Übernahme von Verpflichtungen auf sozialem und kulturellem Gebiet darüber im klaren sein muß, daß sie für die rechtzeitige und sorgsame Erfüllung dieser Verpflichtungen voll verantwortlich ist. Niemand kann dulden, daß sich Ministerien oder Betriebsleitungen um die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen herumdrücken, wie es sich bei der Durchführung der Kollektivverträge 1951 vielfach gezeigt hat.

Leider war es daher 1951 oft so, daß die Arbeiter und Angestellten den Produktionsplan erfüllten, ihre Verpflichtungen also einhielten, während zahlreiche Betriebsleitungen ihre Verpflichtungen auf sozialem und kulturellem Gebiet nicht voll erfüllt haben. Während z. B. die Verpflichtungen im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld durch eine tägliche Kontrolle der Werktätigen genau eingehalten werden konnten, wurden im Spinnstoffaserwerk Pirna von der Betriebsleitung einfach Mittel gestrichen, die im Betriebskollektivvertrag für soziale und kulturelle Zwecke vorgesehen waren. Auch im volkseigenen Betrieb Hartsteinwerk Hohenstedt wurden die im Betriebs-

kollektivvertrag vorgesehenen Mittel auf ein Drittel reduziert, und die Hauptverwaltung Steine und Erden hat auch diesen Rest noch vollkommen gestrichen. Im Kombinat „Ernst Thälmann" I, Suhl, hat die Betriebsleitung im Betriebskollektivvertrag zwar Verpflichtungen übernommen, aber sie überlegte sich nicht, ob es überhaupt möglich ist, diese Verpflichtungen zu realisieren. Zum Beispiel war der Bau eines Kulturhauses, eines Sportlerheimes und eines Wohnblocks vorgesehen, ohne daß Investitionsmittel dafür vorhanden waren. Über solche Methoden sind die Arbeiter und Angestellten mit Recht empört.

Die Rechenschaftslegung über den Betriebskollektivvertrag in unseren volkseigenen Betrieben ist ein hoher demokratischer Akt von größter Bedeutung. Sie bringt die neuen Produktionsverhältnisse zum Ausdruck und ist geeignet, das demokratische Staatsbewußtsein zu heben und die Verantwortlichkeit der gesamten Belegschaft für den volkseigenen Betrieb zu erhöhen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß sich viele Betriebsleitungen und Betriebsgewerkschaftsleitungen dieser großen Bedeutung der Rechenschaftslegung über den Betriebskollektivvertrag nicht bewußt sind. Alle Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb müssen, gestützt auf die Mithilfe der Belegschaft, eine tägliche Kontrolle über die Einhaltung der Verpflichtungen organisieren, die der Betriebskollektivvertrag enthält.

In den Betriebskollektivverträgen 1952 sollen umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsausbildung und der Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter, Meister, Techniker, Ingenieure und Angestellten festgelegt werden. Auch hierfür müssen in unseren volkseigenen Betrieben noch mehr vorbildliche Einrichtungen geschaffen werden. Für die weitere Einrichtung von Lehrkombinaten, Lehrwerkstätten, Betriebsberufsschulen, Lehrlingswohnheimen werden von unserem demokratischen Staat umfangreiche Mittel bereitgestellt. Fachkurse, Schulen der hohen Arbeitsproduktivität, Aktivistenschulen, technische Abendschulen, Klubs junger Techniker beziehungsweise Agronomen, Anschaffung von Fachliteratur usw., werden unseren Arbeitern, Frauen und Jugendlichen helfen, sich beruflich fortzubilden. In den neuen Betriebskollektivverträgen soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß qualifizierte Facharbeiter mit den Betriebsleitungen Verträge abschließen, in denen sie sich verpflichten, ungelernte und angelernte Arbeitskollegen zu Facharbeitern auszubilden, wofür sie besondere Prämien erhalten.

Entsprechend der Bedeutung der Arbeit der Frauen in den volkseigenen Betrieben werden in den neuen Kollektivverträgen besondere Verpflichtungen über die fachliche Förderung der Frauen enthalten sein. Dasselbe gilt für den weiteren Ausbau der sozialen Betriebseinrichtungen, wie Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Kinderwochenheime, Stillstuben, Frauenruheräume, HO- und Konsum-Verkaufsstellen, Wäschereien, Schneidereien usw.

Der Entwurf des Kollektivvertrages 1952 sieht besondere Maßnahmen zur Förderung der technischen Intelligenz der volkseigenen Betriebe vor. Der Betrieb soll sich verpflichten, seine technische Intelligenz systematisch zu fördern, die Wohnverhältnisse der technischen Intelligenz zu verbessern, besondere Speiseräume und andere Einrichtungen für die technische Intelligenz zu schaffen, ihre Erholung durch die Vermittlung von Urlaubsreisen usw. zu unterstützen, die Versorgung mit technischer Fachliteratur zu verbessern, besondere Fachtagungen zu organisieren und mehr als bisher jungen,

befähigten Arbeiterinnen und Arbeitern ein Fach- oder Hochschulstudium zu ermöglichen.

Die Feinde der demokratischen Ordnung versuchen eine Kluft zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz aufzureißen. Es ist aber allgemein bekannt, daß es auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern als Überrest aus der kapitalistischen Epoche noch zahlreiche sektiererische Stimmungen gegen die technische Intelligenz gibt. Der Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 muß helfen, dieses Sektierertum zu überwinden und das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz zu festigen. Unsere technische Intelligenz, die tagtäglich große Taten bei der Erfüllung unseres Fünfjahrplanes vollbringt, die die technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Konstruktion neuer Maschinen und Betriebseinrichtungen schafft, die früher im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nicht hergestellt werden konnten, die neue, bessere und billigere Produktionsverfahren entwickelt und dadurch entscheidend an der Erfüllung unserer Wirtschaftspläne beteiligt ist, verdient die ganze Liebe und Sorgfalt unseres Staates und jedes einzelnen Arbeiters. In den Diskussionen zum Abschluß der Betriebskollektivverträge müssen wir vor der ganzen Belegschaft den Nachweis führen, daß das Sektierertum gegenüber der technischen Intelligenz unserer Wirtschaft und damit der Arbeiterklasse einen großen Schaden zufügt, unseren Kampf um die Einheit Deutschlands hemmt und dadurch die Kriegstreiber in ihren verbrecherischen Absichten unterstützt.

Der Betriebskollektivvertrag und die technisch begründeten Arbeitsnormen

Von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne ist die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen und die volle Durchsetzung des Leistungsprinzips auf ihrer Grundlage. Beim Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 muß daher den Arbeitern, Technikern und Ingenieuren die Bedeutung technisch begründeter Arbeitsnormen und des Leistungslohnes prinzipiell erläutert werden. Auf keinem Gebiet gibt es in den Betrieben so große ideologische Unklarheiten, so starke Überreste alter Gewohnheiten und alter Denkweise, und auf keinem Gebiet gibt es eine solche wütende Verleumdungskampagne der imperialistischen Kriegsbrandstifter und ihrer Agenten, wie auf dem Gebiet der technisch begründeten Arbeitsnormen und des Leistungsprinzips.

Im Eisenhüttenkombinat Ost stellte es sich z. B. heraus, daß bis jetzt mit den Arbeitern der Bauunion Fürstenberg noch niemand gründlich über technisch begründete Arbeitsnormen gesprochen hat. Das ist natürlich kein Einzelfall. Es gibt in unseren volkseigenen Betrieben zahlreiche ähnliche Beispiele, die zeigen, wie notwendig es ist, mit den Arbeitern kameradschaftlich über diese Fragen zu diskutieren und so schnell wie möglich überall technisch begründete Arbeitsnormen auszuarbeiten und einzuführen. Die Praxis zeigt jedoch, daß viele Gewerkschaftsfunktionäre vor einer solchen Diskussion zurückweichen. In zahlreichen Betrieben ist die Normenschieberei oder die einfache Anwendung erfahrungsstatistischer Normen aus der Vergangenheit, selbst aus der Zeit vor 1945, noch stark verbreitet. Die opportunistischen Quacksalbereien, die in vielen Betrieben auf dem Gebiet der Arbeitsnormen üblich sind, verärgern und empören die Arbeiter mit Recht. So erklärte z. B. eine Kollegin im Bekleidungswerk Neugersdorf:

„Wenn wir nur endlich technisch begründete Arbeitsnormen hätten, dann wüßten wir schon, woran wir sind. Aber immer diese dauernde Unruhe wegen der Normen und die dauernde Flüsterpropaganda. Wenn wir richtige Normen haben, werden wir uns schon einarbeiten und auf unser Geld kommen."

Die willkürliche Festsetzung der Arbeitsnormen kann niemand befriedigen. Weder die Betriebsleitungen noch die Gewerkschaften haben aber unseren Arbeitern genügend geholfen, wirklich das Wesen der technisch begründeten Arbeitsnormen zu verstehen. Die Gewerkschaftsleitungen haben den Arbeitern nicht erklärt, wie eine technisch begründete Arbeitsnorm unter der Mithilfe der Arbeiter selbst geschaffen wird, daß diese Arbeitsnorm auf dem gegenwärtigen Stand der Technik und ihrer vollen Ausnutzung, der Qualifikation der Arbeiter, der Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Anwendung der besten Arbeitsmethoden, der vollen Ausnutzung des Arbeitstages, der besten Erfahrungen der Neuerer der Produktion usw. beruhen muß. Die Gewerkschaftsleitungen haben den Arbeitern nur ungenügend gezeigt, daß jede Normenschieberei ihre eigenen Interessen schädigt, weil wir dadurch unseren Produktionsplan und den Plan zur Senkung der Selbstkosten nicht erfüllen können, so daß der Plan für die Senkung der Preise nicht eingehalten und der Reallohn nicht dem Plan entsprechend erhöht werden kann. Viele Arbeiter sehen, da sie von den Betriebsparteileitungen und den Betriebsgewerkschaftsleitungen nur ungenügend über diese Probleme aufgeklärt wurden, im Lohn nur den Nominallohn, während es doch in Wirklichkeit auf die Erhöhung des Reallohnes ankommt, darauf also, wie groß die Warenmenge ist, die sich unsere Werktätigen tatsächlich kaufen können.

Während in einer Reihe von Betrieben die Belegschaft nach technisch begründeten Arbeitsnormen arbeitet und ihr Bestes für das Wohl der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gibt, wird in anderen Betrieben nach alten, rückständigen Arbeitsnormen gearbeitet. Hier herrscht noch die alte, aus dem Kapitalismus übernommene Ideologie vor, möglichst wenig zu leisten und möglichst viel zu empfangen. Dieser Unterschied ist jedoch auch innerhalb einzelner volkseigener Betriebe zu finden, wo es fortgeschrittene Arbeiter gibt, die ihre Norm erhöhen und auf die Schaffung technisch begründeter Arbeitsnormen drängen, während andere Kollegen alles tun, um an den alten Arbeitsnormen festzuhalten.

Was bedeutet das? Das bedeutet erstens, daß diese Verhältnisse uns hindern, die volle Kraft der gesamten Arbeiterklasse, aller Werktätigen, einzusetzen, um noch schneller vorwärts zu kommen. Das bedeutet zweitens, daß die Arbeiter, die an den alten Normen festhalten und die Normenschieberei unterstützen, einen vorübergehenden Vorteil auf Kosten ihrer eigenen Arbeitskollegen zu erhalten versuchen. Hier zeigen sich Unterschiede in der Entwicklung des Bewußtseins unserer Arbeiter, die durch die verbesserte ideologische Arbeit der Gewerkschaften, besonders im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages überwunden werden müssen, damit die Arbeiter gemeinsam und mit ihrer ganzen Kraft am großen Ziel, der Erfüllung des Fünfjahrplans, der Schaffung eines wirklichen Volkswohlstandes, arbeiten. Dabei besteht eine wichtige Aufgabe darin, die in dieser Beziehung noch rückständigen Betriebe auf das Niveau der fortgeschrittenen zu heben.

Beim Abschluß des Betriebskollektivvertrages muß konkret festgelegt werden, welche Maßnahmen die Betriebsleitung zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen im Jahre 1952 unternimmt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Zukunft in den volkseigenen Betrieben die Abteilungen für Arbeit und soziale Fragen für die Ausarbeitung und die Betriebsleiter für die Einführung der Normen verantwortlich sind. In den Betrieben sollte man sich endlich weniger damit beschäftigen, aus dem Niveauunterschied zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Arbeitern Rückschlüsse für die Ausarbeitung der Arbeitsnormen zu ziehen. Der Abschluß des Betriebskollektivvertrages muß ein Anlaß sein, wirklich technisch begründete Arbeitsnormen auf wissenschaftlicher Grundlage zu schaffen und den zurückgebliebenen Arbeitern durch die Erhöhung ihrer Qualifikation zu helfen, diese Normen zu erfüllen und zu überbieten. Ein breites System der Hilfe für die in ihrer beruflichen Qualifikation zurückgebliebenen Arbeiter zu organisieren, ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe in unseren Betrieben, die unmittelbar in Zusammenhang mit der Schaffung technisch begründeter Arbeitsnormen zu lösen ist.

Die technisch begründete Arbeitsnorm ist die Grundlage für die Bemessung der Leistung unserer Arbeiter nach Menge und Qualität der Arbeit. Ohne technisch begründete Arbeitsnormen kann es keine wirkliche Durchsetzung des Leistungsprinzips und keinen richtigen Leistungslohn geben. Die Erfahrungen zeigen, daß beim Abschluß der Betriebskollektivverträge unsere Arbeiter und Angestellten besonders an den Lohnfragen interessiert waren. Das ist auch ganz natürlich. Die Betriebsparteileitungen und Betriebsgewerkschaftsleitungen müssen es deshalb verstehen, den Werktätigen den neuen Charakter des Arbeitslohnes in den volkseigenen Betrieben zu zeigen. Es ist notwendig, jedem Arbeiter und Angestellten zu erklären, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Charakter des Arbeitslohnes in den volkseigenen Betrieben und dem Arbeitslohn unter den Verhältnissen des Kapitalismus besteht.

Genosse Walter Ulbricht erklärte in seiner Rede zur Begründung des Fünfjahrplans vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik:

„Während in der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeitslohn der Preis ist zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, ist bei uns der Arbeitslohn ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, der für die Befriedigung der verschiedensten Bedürfnisse der Arbeiter bestimmt ist. Wenn wir die Gesamtsumme der Produktion nehmen, so muß davon ein Teil abgesetzt werden für die Wiederherstellung der abgenutzten und verbrauchten Produktionsmittel, für die Erweiterung der Produktion, für die staatlichen Verwaltungskosten, für Schulen, Kultureinrichtungen, soziale Zwecke, Gesundheitswesen usw. Der Lohn richtet sich also nicht, wie in der kapitalistischen Wirtschaft, nach dem Preis, der notwendig ist zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Die Höhe des Lohnes wird bestimmt durch die Höhe der gesellschaftlichen Produktion. Wenn der Plan der Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfüllt wird, wenn entsprechend dem Plan die Selbstkosten gesenkt werden, dann wächst der Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter zur Verfügung steht. Daraus ergibt sich, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten der Erhöhung des Lohnes vorangehen müssen. Der Reallohn zeigt bei

uns eine ständig steigende Tendenz." („Neues Deutschland" vom 1. Nov. 1951)

Der Arbeitslohn ist bei uns ein planmäßig festgelegter Anteil am Gesamtprodukt. Die geplante Gesamtlohnsumme kann nicht überschritten werden, wenn nicht gleichzeitig der Plan übererfüllt wird. Deshalb gehen die Kollektivverträge von der Einhaltung der geplanten Lohnsumme aus, wobei jeder Arbeiter entsprechend seiner Leistung seinen Anteil von dieser Lohnsumme erhält. Wer der Gesellschaft durch seine Arbeit mehr gegeben hat, bekommt auch einen größeren Anteil zurück, wobei der Leistungslohn auf der Grundlage technisch begründeter Arbeitsnormen, dem Maßstab der Leistung in der Produktion, beruhen muß. In der Lohnhöhe muß die Qualifikation des Arbeiters, die Schwere und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeit berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang sind die Lohngruppenkataloge der Wirtschaftszweige von größter Bedeutung. Ihre Bedeutung besteht darin, daß jeder Arbeiter entsprechend seiner Qualifikation, Tätigkeit und Verantwortung in bestimmte Lohngruppen eingestuft ist, wobei ein Anreiz für unsere Arbeiter besteht, ihre fachliche Qualifikation zu erhöhen, von einer weniger komplizierten zu einer komplizierteren Tätigkeit, zu einer Tätigkeit mit größerer Verantwortung überzugehen, um dadurch in eine höhere Lohngruppe zu kommen. Noch in diesem Jahr müssen richtige Lohngruppenkataloge für verschiedene Industriezweige eingeführt werden.

Die Probleme des Arbeitslohnes müssen also unseren Werktätigen durch eine wissenschaftliche Überzeugungsarbeit gerade bei der Vorbereitung und beim Abschluß der Betriebskollektivverträge gründlich erläutert werden. Dabei ist es auch notwendig, unseren Werktätigen zu zeigen, wie der Betriebskollektivvertrag unmittelbar ihren Reallohn erhöht. Die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke, z. B. für die Gesundheitsfürsorge, für den Feriendienst, für den Wohnungsbau, für die Einrichtung von Betriebskindergärten, für die Verbesserung des Werkküchenessens usw. erhöhen unmittelbar den Reallohn der Arbeiter und Angestellten.

Wenn die Gewerkschaftsleitungen es verstehen, den Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 auf der Grundlage einer breiten ideologischen Überzeugungsarbeit und der vollen Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie durchzuführen, wird das ohne Zweifel zu einem großen Aufschwung der Initiative und des politischen Bewußtseins der Werktätigen führen. Der Betriebskollektivvertrag 1952 wird neue Voraussetzungen zur vollen Entfaltung des Wettbewerbs schaffen. Obgleich es im vorigen Jahr noch große Schwächen beim Abschluß der Betriebskollektivverträge gab, übernahmen Hunderttausende von Werktätigen Selbstverpflichtungen zur Erfüllung des Produktionsplanes. Das ist jedoch in einem wirklichen Massenumfang nur dort möglich, wo die Arbeiter und Angestellten im Betriebskollektivvertrag wirklich ihre ureigenste Sache sehen, wo der Abschluß des Betriebskollektivvertrages auf wirklich demokratische Weise erfolgt. Die Arbeit der Gewerkschaften zum Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 muß gerade durch die Beseitigung der Schwächen des vorigen Jahres darauf gerichtet sein, einen neuen, noch breiteren Aufschwung der Wettbewerbsbewegung in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben zu erreichen und der Initiative unserer Werktätigen voll zum Durchbruch zu verhelfen.

Den Feinden unseres werktätigen Volkes, den von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik vertriebenen Kriegsverbrechern, Monopolkapitalisten und Junkern und ihren amerikanischen Schutzpatronen, sind die Betriebskollektivverträge ein Dorn im Auge. Wutentbrannt müssen sie feststellen, daß sich in den Betrieben, in denen sie einst die Arbeiter und Angestellten bis aufs Blut ausbeuteten und unterdrückten, ein neues, demokratisches Leben entfaltet, daß Arbeiter, Techniker und Ingenieure alle Fragen des Betriebes selbst regeln und immer größere Erfolge beim Aufbau erzielen. Diese schlimmsten Feinde unseres werktätigen Volkes und ihre Agenten, die rechten sozialdemokratischen Führer, lassen nichts unversucht, in die Reihen der Arbeiterklasse Verwirrung zu tragen, das Bewußtsein der Arbeiterklasse mit Unglauben an ihre eigene Kraft zu vergiften. Sie organisieren zu diesem Zweck, vor allen Dingen über die amerikanisch finanzierten westdeutschen und westberliner Rundfunksender, ihre Agenten- und Sabotagetätigkeit. Es ist deshalb notwendig, beim Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 die Wachsamkeit zu erhöhen und die schmutzigen Lügen der Imperialisten und ihrer Agenten vor der ganzen Belegschaft an Hand konkreter Beispiele zu entlarven.

Um alle diese großen ideologischen Aufgaben bei der Vorbereitung der Betriebskollektivverträge 1952 richtig zu lösen, ist es notwendig, daß der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften die Hilfe für die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben wesentlich vergrößern.

Die Parteileitungen in den Betrieben müssen sich ebenfalls gründlich mit den Problemen des Betriebskollektivvertrages vertraut machen und den Genossen in den Gewerkschaften helfen und Hinweise für ihre Arbeit geben. Der Betriebskollektivvertrag ist das wichtigste Mittel für die demokratische Erziehung und Hebung des ideologischen Niveaus unserer Werktätigen sowie vor allem zur Mobilisierung der Werktätigen für die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne, für die unsere Partei die Hauptverantwortung trägt. Es ist daher offensichtlich, daß die Parteileitungen und Betriebsparteiorganisationen die Pflicht haben, die Gewerkschaften in dieser Arbeit zu unterstützen, und daß die Partei bei der Lösung dieser Aufgabe als führende Kraft im Betrieb auftreten muß. Eine Unterschätzung dieser Arbeit, wie sie im vorigen Jahre bei einigen Parteileitungen noch vorhanden war, darf es in diesem Jahr nicht mehr geben. Die Vorbereitung der neuen Betriebskollektivverträge muß in den Grundorganisationen gründlich beraten werden, damit die Genossen in allen Diskussionen richtig und führend auftreten und den parteilosen Arbeitern auch in der Übernahme von Selbstverpflichtungen Vorbild sind.

Bei einer solchen Arbeitsweise kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Abschluß der Betriebskollektivverträge 1952 ein voller Erfolg wird.

Leo Zuckermann

Die Verbotsforderung gegen die KPD – ein amerikanisches Attentat auf die deutsche Nation

Am 22. November 1951 verlangte der Bundesinnenminister Dr. Lehr im Namen der Adenauer-Regierung vom Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD, die Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit, die Einziehung ihres Vermögens und das Verbot auf Errichtung von Ersatzorganisationen. Dr. Lehr spricht in diesem Dokument von Beweisen. Aber die Beweisunterlagen wurden bisher weder dem Gericht vorgelegt, noch der KPD mitgeteilt. Am 31. Januar 1952, 19 Jahre nach dem Machtantritt der Hitlerbanden, überfielen die Polizeigangster Dr. Lehrs und des neuerrichteten Gestapoamtes für Verfassungsschutz nach dem berüchtigten Muster der SA- und SS-Banditen die Büroräume der KPD, ihrer unter Immunität stehenden Abgeordneten und führender Persönlichkeiten der Friedensbewegung. Polizeiminister Lehr, der Helfershelfer Hitlers in Düsseldorf, war auf der Suche nach „Beweisen", um das geforderte KPD-Verbot zu rechtfertigen. Er hatte also gelogen, als er behauptete, die notwendigen Beweismaterialien zu besitzen.

Natürlich gibt es derartige Materialien nicht. Derartige Polizeiüberfälle und Haussuchungen werden gerade dazu inszeniert, damit die Polizei „Beweise findet", die sie selbst vorher fabriziert hat und die in seltsamer Übereinstimmung mit der Anklage stehen. Die Lehrsche Polizeiaktion wirft ein äußerst bezeichnendes Licht auf den reaktionären Kurs der Adenauer-Regierung. Nach den bestehenden Rechtsnormen hätte das Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag infolge fehlender Beweise zurückweisen müssen. Stattdessen erteilt dieses Gericht, das zum Hüter von Recht und Verfassung berufen ist, die Durchsuchungsbefehle! Damit hat sich das Bundesverfassungsgericht als willfähriges Werkzeug der Adenauer-Regierung entlarvt, einer Regierung, die die Verfassung täglich bricht und entschlossen ist, den Widerstand des Volkes gegen ihre Politik des nationalen Verrats durch Terror und Willkür niederzuhalten.

Das geforderte Verbot der KPD ist eine die Reaktion und den Militarismus in Westdeutschland fördernde Maßnahme, weil sie die legale Aktivität der Partei der Arbeiterklasse gegen den von der Adenauer-Regierung betriebenen reaktionären Kurs unterbinden will.

> „Denn die KPD war und ist die Partei mit den ruhmreichsten Traditionen in der Zeit des antifaschistischen Freiheitskampfes in Deutschland zwischen 1933 und 1945. Sie wurde von dem verbrecherischen Hitlerregime am schärfsten geächtet und verfolgt. Die Zahl ihrer Anhänger, die für Freiheit, Demokratie, Frieden und für die Ehre des deutschen Volkes in den schmachvollsten Tagen seiner Geschichte ihr Leben ließen oder Leid und Verfolgung auf sich nahmen, war größer als die jeder anderen demokratischen Organisation." („Antwort der KPD auf den Verbotsantrag der Bundesregierung", S. 10)

Eine niederträchtige provokatorische Verleumdung der Kommunistischen Partei Deutschlands und aller aufrichtigen Demokraten Westdeutschlands stellt der mit dem Antrag auf Verbot der KPD gleichzeitig eingebrachte Verbotsantrag gegen die faschistische Sozialistische Reichspartei (SRP) dar. Damit will der Faschist Dr. Lehr den reaktionären Charakter der Adenauer-Regierung verschleiern und sich selbst das Mäntelchen der „Objektivität"

umhängen. Vor allem aber will er die KPD, die als einzige Partei in Westdeutschland einen konsequenten und unerbittlichen Kampf gegen den nationalen Verrat und die Kriegsvorbereitungen der Adenauer-Clique führt, diffamieren, um die westdeutsche Bevölkerung irrezuführen und von dem beabsichtigten Attentat gegen die KPD und damit zugleich vom Kampf um die nationale Einheit Deutschlands und den Frieden abzulenken.

In Wirklichkeit denken weder Dr. Lehr noch sein Regierungschef daran, den Umtrieben der Faschisten, die bekanntlich in großer Zahl wohlbestallte Beamte im Bonner Regierungsapparat sind, wirksam entgegenzutreten. Das beweist die des öfteren wiederholte provokatorische Erklärung Dr. Lehrs, daß er keinen Anlaß sähe, gegen die Naziumtriebe vorzugehen.

Diese niederträchtige Provokation, die Kommunistische Partei Deutschlands, die revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse und Führerin der patriotischen Massenbewegung gegen Schumanplan, Generalvertrag und Wehrgesetz in Westdeutschland gleichzusetzen mit faschistischen Mordbuben, die vom USA-Büro für „psychologische Strategie" finanziert werden, wird von den rechten Führern der Sozialdemokratie unterstützt. Im Punkt 1 der Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD, die im „Neuen Vorwärts" vom 23. November 1951 veröffentlicht wurde, heißt es: „Die SPD hält den totalitären und verfassungswidrigen Charakter beider politischen Richtungen für gegeben!" Sie ist an den von Dr. Lehr „ergriffenen Maßnahmen aufs höchste interessiert".

Nicht nur das. Die SPD erklärte im Punkt 4 ihrer Stellungnahme ausdrücklich, daß sie „seit langem, insbesondere in ihrem Antrage vom 14. September 1950, der vom Bundestag angenommen worden ist, gesetzliche Maßnahmen" gegen die KPD verlangt habe. Die rechten Führer der SPD geben also offen zu, daß sie die Adenauersche Politik unterstützen.

Die Antwort der Kommunistischen Partei Deutschlands auf den Verbotsantrag der Adenauer-Regierung kennzeichnet diesen Antrag als einen

> „... Teil des amerikanischen Planes, der darauf abzielt, Westdeutschland in eine Aufmarschbasis für die aggressive Kriegsfront der Atlantikpaktmächte zu verwandeln und die deutsche Jugend als Kanonenfutter dem amerikanischen Oberkommando zur Verfügung zu stellen." (Ebenda, S. 7)

In der Tat erklärt Punkt 9 der „Entschließung des Senats der USA vom 3. April 1951 über die Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa":

> „Der Senat ist der Auffassung, daß sobald wie möglich eine Revision der Pläne für die Verteidigung Europas zu erlangen ist, um damit eine auf freiwilliger Grundlage beruhende *Nutzbarmachung der militärischen und anderweitigen Hilfsquellen Westdeutschlands*, Spaniens, Griechenlands und der Türkei zu ermöglichen. Derartige Schritte sollen eine Nutzbarmachung des militärischen und anderweitigen Potentials anderer Nationen nicht ausschließen."

Am 24. Mai 1951 erklärte Polizeiminister Dr. Lehr in Düsseldorf, daß noch vor Ende 1951 eine stärkere *ausländische* Garnison in Westdeutschland stationiert sein werde als deutsche Truppen zur kaiserlichen Zeit.*)

Die „Nutzbarmachung der militärischen und anderweitigen Hilfsquellen Westdeutschlands" für den amerikanischen Aggressionskrieg ist die zen-

*) Vgl. „Europa-Archiv" 1951, Heft 13/14, S. 4210

trale Aufgabe der Bonner Bundesregierung. Diesem Zweck dienen der Schumanplan und der Generalvertrag, das beabsichtigte Wehrgesetz und die Zwangsrekrutierung. Deshalb will die Bonner Regierung dem Nordatlantikpakt beitreten und eine Reihe weiterer außen- und innenpolitischer Maßnahmen treffen, die die Kriegsvorbereitung auf deutschem Boden zum Inhalt haben. Aus diesem Grunde hintertreibt die Bonner Regierung den Abschluß eines Friedensvertrages, widersetzt sie sich den Vorschlägen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf dem Wege gesamtdeutscher Beratungen zur Vorbereitung und Durchführung demokratischer Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung.

Wer an den verbrecherischen Kriegsplänen der Adenauer-Regierung bisher noch gezweifelt hat, wurde in den letzten Wochen eines besseren belehrt. Das zeigt die ständig wachsende Abwehrfront des deutschen Volkes, die schon jetzt nahezu alle Schichten der Bevölkerung erfaßt hat.

Der nationale Widerstand kommt für die Bundesregierung nicht überraschend. Sie wußte, daß ihre Politik zwangsläufig den kämpferischen Widerstand des deutschen Volkes auslösen muß. Die Niederhaltung der Widerstandskräfte bildete deshalb von Anfang an einen wesentlichen Bestandteil der Bonner Innenpolitik und der Atlantikpaktpolitik der USA. So verpflichtet Artikel 2 des Atlantikkriegspaktes die Mitgliedstaaten zur „Verstärkung" ihrer innerstaatlichen Einrichtungen und zur „Entwicklung der Bedingungen ihrer inneren Stabilität". Die Verfolgung der für nationale Unabhängigkeit kämpfenden Patrioten, die Verfolgung der Friedensfreunde und der Terror namentlich gegen Kommunisten ist eine im Atlantikpakt niedergelegte Verpflichtung der Mitgliedstaaten. Auf diesem Boden entstand auch die Forderung der Bundesregierung auf Verbot der KPD.

Der amerikanische Zeigefinger ist im Verbotsantrag der Bundesregierung deutlich sichtbar. Sein Punkt A spricht von der sogenannten „inneren Aggression" der KPD. Das ist der imperialistische „Rechts"begriff des Atlantikpaktes, den Truman bereits zur Rechtfertigung seiner bewaffneten Intervention gegen das griechische Volk entwickelte und auf dem die „totale Diplomatie" des amerikanischen Außenministers Acheson beruht. Vergeblich versuchten in der UN die Delegierten der USA den völkerrechtlichen Begriff von der Aggression zu verfälschen und ihn im Sinne des Atlantikpaktes auf die nationalen Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker auszudehnen. In bezug auf Deutschland versteht das State Department unter „innerer Aggression" die patriotische Bewegung des deutschen Volkes für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und den Zusammentritt einer Nationalversammlung. Es versteht hierunter den Kampf des deutschen Volkes für sein Selbstbestimmungsrecht, für nationale Unabhängigkeit und zur Verhinderung eines neuen Krieges. In Anlehnung an den amerikanischen Lehrmeister bezeichnet der Verbotsantrag der Bundesregierung als „innere Aggression" unter anderem die „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages" sowie die Weigerung der Hamburger Hafenarbeiter auf Löschung amerikanischen Kriegsmaterials.

Die Antwort der KPD stellt hierzu mit Recht fest:

„Dies ist ein weiterer Beweis dafür, daß der Verbotsantrag der Bundesregierung ein Bestandteil der Außenpolitik aggressiver, gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichteter Kräfte ist. Rechtlich gesehen stellt die Einführung dieser amerikanischen Konstruktion den Versuch dar, das Bundesverfassungsgericht zur Anwendung amerikanischer Willkür zu verleiten." (Ebenda, S. 14)

Die Verwirklichung der Kriegspläne Washingtons und Bonns erfordern unausweichlich die Errichtung eines reaktionären Terrorregimes. Selbst die engen und eingeschränkten Grundrechte und -freiheiten der bürgerlichen Demokratie werden zu Fesseln für die zur Militärdiktatur drängenden monopolistischen Kräfte in Westdeutschland. Die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus mit seiner Aggressivität ist mit dem Bestand einer formalen bürgerlichen Demokratie unvereinbar.

Zum Betrug der werktätigen Massen nahm der Parlamentarische Rat 1949 in Zusammenarbeit mit den drei Militärgouverneuren auf der Grundlage der Empfehlungen der Londoner Konferenz in das Bonner Grundgesetz eine Reihe demokratischer Grundrechte auf. Nach zweijährigem Bestehen wird diese Verfassung von ihren eigenen Schöpfern gebrochen und als wertloser Papierfetzen behandelt. Die Antwort der KPD enthält eine lange Liste von Verfassungsbrüchen der Bonner Regierung. Diese Liste ist nicht einmal erschöpfend. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle alle jene Grundrechts- und sonstigen Verfassungsartikel aufzuführen, die durch die Regierungs- und Gesetzgebungspraxis von Bonn durchbrochen werden. Man müßte mit der Präambel anfangen und beim letzten Verfassungsartikel aufhören.

Die Kriegspolitik der Bonner Regierung und die ihr von der amerikanischen Regierung übertragene Aufgabe, gegen die Interessen der deutschen Nation zu regieren, bedingt die Auflösung der von ihr selbst geschaffenen Gesetzlichkeit. Das Bonner Grundgesetz bildet faktisch längst nicht mehr die rechtliche Grundlage für die staatliche Tätigkeit der Bundesregierung, denn die innen- und außenpolitischen Ziele der Bonner Regierung vertragen keine Bindung an inner- oder zwischenstaatliche Rechtsnormen. Unter Verletzung völkerrechtlicher Vereinbarungen und unter Schmähung der demokratischen Rechte des Volkes wurde die Bonner Regierung aus der Taufe gehoben. Permanente Mißachtung dieser Rechte, Willkür und Terror sind ihre Staatspraxis. Die Verteidigung der demokratischen Grundrechte und -freiheiten wurde zur unmittelbaren Sache des Volkes und kann nur im Kampfe gegen die Bonner Regierung und ihre Maßnahmen geführt werden. Die KPD stellt hierzu fest:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands setzt sich mit ihrer ganzen Kraft ein für die Verwirklichung der breitesten Demokratie im Interesse der werktätigen Massen. Darum kämpft sie unter den Verhältnissen der Bundesrepublik um die Verwirklichung auch des kleinsten demokratischen Rechts, das im Grundgesetz enthalten ist. Die KPD ist als die Partei konsequenter Demokratie nicht nur Verfechterin solcher demokratischer Grundsätze, die erst mit dem Sieg des Sozialismus Wirklichkeit werden können. Sie ist vielmehr auch die Wahrerin der demokratischen Rechte und der Freiheiten, die einst das Bürgertum in seinem Kampf gegen den Feudalstaat proklamierte und die heute durch das Bestreben der Monopolkapitalisten zerstört werden, ihre morschen Machtpositionen um jeden Preis so lange wie überhaupt möglich zu halten.

Die großen Lehrmeister des Sozialismus, Marx, Engels, Lenin und Stalin, wiesen ständig darauf hin, daß die Ablehnung des bürgerlichen Staatsapparates nicht identisch ist mit einer Verwerfung der demokratischen Rechte und Freiheiten, sondern daß im Gegenteil die Arbeiterklasse auch unter den Bedingungen des kapitalistischen Staates einen ständigen Kampf für die Verteidigung und die Erweiterung der demokratischen Rechte führen müsse." (Ebenda, S. 51)

Dr. Lehr muß mit Lügen und Verfälschungen von Zitaten, von programmatischen Erklärungen der KPD und von Regierungsvertretern der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten. Es wird zwar behauptet, daß die KPD das Bonner Grundgesetz verletzt und deshalb verfassungswidrig sei, doch wird kein Versuch unternommen, den gesetzlichen Inhalt der angeblich verletzten Verfassungsnorm festzustellen und ihn zum Maßstab für die behauptete Verfassungswidrigkeit der KPD zu nehmen. In den Händen der Bonner Regierung verflüchtigen sich die Rechtsnormen, sie lösen sich auf, werden ungreifbar. Als Substanz bleibt der nackte Befehl: Verbot der KPD, weil sie für die Einheit und Freiheit Deutschlands kämpft, weil sie den Kriegsvorbereitungen im Wege steht!

Die Auflösung der Gesetzlichkeit, die Vernichtung der demokratischen Rechte und Freiheiten wirken sich in erster Linie gegen die werktätigen Massen, gegen die Arbeiterklasse als die führende Kraft im Kampfe für Einheit und Frieden aus. Die Erfahrungen der Nazizeit lehren aber eindringlichst, daß die Entrechtung der Arbeiterklasse die Entrechtung der Nation bedeutet. Auflösung der Gesetzlichkeit und Aufhebung der Verfassungsrechte haben allgemeinen Charakter. Sie sind gegen jedermann gerichtet. Ein Verbot der KPD, das nur vermittels der Durchbrechung der demokratischen Verfassungsrechte möglich ist, hebt die Rechtssicherheit für alle Staatsbürger auf. Aus diesem Grunde ist die Verbotsklage der Bundesregierung gegen die KPD ein Angriff gegen die Demokratie im allgemeinen.

„Der Verbotsantrag gegen die KPD ist eine Warnung an alle patriotischen und demokratischen Kräfte unseres Volkes. Mit einer ähnlichen Begründung, wie sie heute von der Bundesregierung gegen die KPD vorgebracht wird, hat das Hitlerregime nicht nur die KPD, sondern ebenso die SPD und danach die bürgerlichen Parteien verboten und blutig unterdrückt." (Ebenda, S. 52)

Aus der Analyse der Gesamtbedingungen in der Bundesrepublik ergibt sich, daß die Adenauer-Regierung die KPD wegen ihres kompromißlosen Eintretens für die Einheit Deutschlands, für die nationale Unabhängigkeit, für einen Friedensvertrag und damit für die Sicherung des Friedens verfolgt. Kann die Bundesregierung jedoch diese wirklichen Gründe als Rechtfertigungsgründe für ihren Verbotsantrag gebrauchen? Das kann sie natürlich nicht, ohne sich selbst zu einer Regierung der Preisgabe der Rechte des deutschen Volkes, zu einer Regierung des nationalen Verrats zu erklären. Die Bundesregierung stellte deshalb in den Mittelpunkt ihrer Verbotsbegründung die sozialistischen Ziele der KPD und den demokratischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik.

Zu diesem Zwecke bediente sich die Bundesregierung der Verleumdungen und Entstellungen, die die Hitler-Göring-Goebbels-Banditen über den Marxis-

mus-Leninismus und über die KPD in die Welt gesetzt hatten und die inzwischen zum Propagandagut der amerikanischen Imperialisten geworden sind. 1952 ist aber nicht 1933. Die Völker haben die Schrecken des letzten Krieges noch nicht vergessen. Sie wissen sehr gut, daß die Sowjetunion die Menschheit vor der Barbarei des Faschismus rettete. Die Sowjetunion ist für die gesamte internationale Arbeiterklasse, für alle Völker der Welt die Bastion der Demokratie, des Friedens und der Menschenrechte. Mit der internationalen Autorität der Sowjetunion wuchs die Autorität der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus und der Kommunistischen Partei.

Der Versuch der Bonner Bundesregierung, eine Unvereinbarkeit zwischen den Lehren des Marxismus-Leninismus, zwischen der sozialistischen Zielsetzung der KPD einerseits und den Grundsätzen der Demokratie andererseits zu konstruieren, war von vornherein zum Scheitern verurteilt, da es eine derartige Unvereinbarkeit nicht gibt. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist davon abhängig, ob die Ziele und die Tätigkeit der KPD, ob das Verhalten ihrer Anhänger den Voraussetzungen einer demokratischen Ordnung in Deutschland entsprechen, deren Inhalt im Potsdamer Abkommen auch für die Bundesrepublik verbindlich festgelegt wurde.

In ihrer Antwort auf den Verbotsantrag führt die KPD hierzu aus:

„Eine demokratische deutsche Verfassung im Sinne dieser bindenden Grundsätze hat folgende vier Hauptvoraussetzungen:

Erstens: Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands;

zweitens: Sicherheit dafür, daß alle nazistischen und militaristischen Organisationen in keiner Weise wieder auferstehen können;

drittens: Vernichtung von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen monopolistischen Vereinigungen in praktisch kürzester Zeit;

viertens: Zulassung und Förderung aller demokratischen politischen Parteien." (Ebenda, S. 9)

Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und ihrer Anhänger vollzieht sich auf diesem Rechtsboden und auf dem Boden der demokratischen Grundrechte, die das Bonner Grundgesetz verkündet.

Die Bonner Regierung versucht, den demokratischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zum Gegenstand des Verbotsverfahrens zu machen und hieraus die Unvereinbarkeit der Tätigkeit der KPD mit den Grundsätzen der Bonner Verfassung herzuleiten. Bekanntlich ist aber die Deutsche Demokratische Republik mit der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht identisch.

„Diese besteht nicht im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Dort haben sich vielmehr KPD und SPD zu einer einheitlichen Partei der deutschen Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bereits vor Jahren zusammengeschlossen. Die Mitglieder der KPD sind nicht Mitglieder der SED. Die Mitglieder des Parteivorstandes der KPD sind nicht Mitglieder irgendeiner leitenden Körperschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wegen des Bestehens einer übereinstimmenden Ideologie allein kann man aber nicht zwei selbständige Organisationen identifizieren. Das ist sowohl rechtlich als auch politisch unmöglich." (Ebenda, S. 31)

Hier läßt der Verbotsantrag besonders deutlich werden, daß es der Bundesregierung um eine juristische Rechtfertigung ihres Verbotsantrages gar nicht zu tun ist, sondern daß sie hofft, das Bundesverfassungsgericht unter genügenden Druck setzen zu können, um das vom Petersberg gewünschte Verbot der KPD zu erlangen.

Trotz der Bemühungen der Adenauer, Lehr und Schumacher, die wirklichen Verbotsgründe zu verschleiern und sie durch falsche Ausführungen über den Inhalt des Marxismus-Leninismus, des demokratischen Statuts der KPD und durch Lügen über die demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik zu verdecken, erkennt die westdeutsche Bevölkerung, vor allem die westdeutsche Arbeiterklasse, die wahren Gründe, den Zusammenhang der Verbotsforderung mit Schumanplan, Generalvertrag und Wehrgesetz immer deutlicher. Die Bundesregierung verlangt das Verbot der KPD wegen ihres Kampfes für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und gegen die Remilitarisierung, das Wehrgesetz und die Zwangsrekrutierung. Damit wendet sie sich aber nicht nur gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, sondern gegen die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, das sich in seinem Kampf gegen die Verwandlung Deutschlands in einen neuen Kriegsschauplatz immer enger und fester um die KPD zusammenschließt. Der Verbotsantrag entlarvt die Adenauer-Clique eindeutig als ein Vollzugsorgan des amerikanischen Atlantikpaktstabes auf deutschem Boden. Im Interesse der amerikanischen Welteroberungspläne ist die Adenauer-Regierung bestrebt, eine Militärdiktatur in Westdeutschland zu errichten. Das Verbot der KPD, die Vernichtung der demokratischen Rechte und Freiheiten sollen der Auftakt für die Bildung einer neuen aggressiven Wehrmacht und für Provokationen zur Auslösung eines kriegerischen Überfalls auf die Sowjetunion, auf die volksdemokratischen Länder und auf die Deutsche Demokratische Republik sein.

Das Verbot der KPD gehört zum amerikanischen Kriegsplan ebenso wie die Spaltung Deutschlands, die eine notwendige Voraussetzung für die Verwandlung Westdeutschlands in eine amerikanische Kriegsbasis auf dem europäischen Festland ist. Verbot und Verfolgung der KPD, Zuchthaus und Terror gegen die Kommunisten sollen das Rückgrat der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen in ihrem Kampfe gegen die Remilitarisierung brechen. Die Verbotsforderung der Adenauer-Regierung gegen die KPD ist ein wesentlicher Bestandteil der Vorbereitung eines neuen Krieges auf deutschem Boden und ein Alarmsignal für die ganze Nation. Auch das Hitlerregime, das von den Imperialisten zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges eingesetzt wurde, begann mit der Verfolgung der Kommunisten und ihrer Partei, um sich den Weg für den allgemeinen Terror und für den Krieg zu bahnen. Aus dieser Zeit gilt es die Lehren zu ziehen. Wieder versuchen die Monopolisten und Militaristen denselben Betrug. Sie schreien „die KPD" und meinen alle Organisationen, die für Frieden und Demokratie kämpfen. Sie schreien „die Kommunisten" und meinen alle ehrlichen Patrioten, die die glückliche Zukunft Deutschlands erstreben. Der Kampf gegen das beabsichtigte Verbot der KPD ist keine Angelegenheit, die nur die Kommunisten angeht. Sie ist die Sache des ganzen Volkes, eines jeden, der mit ernster Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt ist, unbeschadet aller weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten. Diese Erkenntnis bricht sich in Westdeutschland Bahn.

In mächtigen Versammlungen hat die Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterschaft gegen das geplante Verbot der KPD protestiert. In vielen Betrieben an der Ruhr, in Niedersachsen, in Bayern und in Hamburg wurden gemeinsame Komitees von parteilosen, christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zur Verwirklichung der Aktionseinheit gegen die Bonner Kriegspolitik gebildet. Namhafte Vertreter aller Schichten der Bevölkerung nehmen öffentlich gegen ein Verbot der KPD Stellung. Diese patriotische Bewegung wird trotz allen Terrors der Adenauer und Lehr so lange anwachsen, bis die Adenauer-Regierung davongejagt, die Einheit Deutschlands wiederhergestellt und der Frieden gesichert ist.

Die Adenauer-Regierung und ihre amerikanischen Hintermänner sollen wissen, daß die Situation von 1952 eine grundsätzlich andere ist, als im Januar 1933 und im Juni 1941.

In der Deutschen Demokratischen Republik, der festen Basis im Kampf um ein einheitliches und friedliebendes Deutschland, hat die geeinte Arbeiterklasse die nationalen und friedliebenden Kräfte gesammelt und ist zum Kraftzentrum der Arbeiterklasse und des Volkes in ganz Deutschland geworden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zum Regierungsprogramm erhoben. Die Regierungserklärungen unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, die Volkskammerappelle an den Bundestag in Bonn, die Briefe unseres Präsidenten Wilhelm Pieck an den Präsidenten der Bundesrepublik Theodor Heuß, der Entwurf eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen, der Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 13. Februar 1952 an die vier Großmächte mit der Bitte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen sowie die Antwort der Regierung der UdSSR an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Note an die Regierungen der drei Westmächte entlarven die schändlichen Pläne der Adenauer-Regierung.

Die gewaltige Veränderung in der sozialen und politischen Stellung der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, ihre führende Rolle in Staat und Wirtschaft verstärken den Kampf der westdeutschen Bevölkerung, deren Lebensstandard infolge der Kriegsvorbereitung ständig sinkt, gegen die Adenauer-Regierung und ihre Verderben bringende Politik.

Darüber hinaus hat sich die internationale Situation grundsätzlich geändert. Die Sowjetunion ist zum entscheidenden Faktor in der Welt geworden. Das Weltfriedenslager, an dessen Spitze die Sowjetunion steht, ist den kriegstreiberischen Imperialisten in jeder Hinsicht überlegen. Die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre den Interessen der deutschen Nation entsprechende Außenpolitik sichern dem ganzen deutschen Volke bei seinem Kampf für Einheit und Unabhängigkeit die gewaltige Hilfe des Weltfriedenslager und namentlich der Sowjetunion. Das beweist erneut die Note der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs zur Frage der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie der dieser Note beigefügte Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland. Der nationale Befreiungskampf des deutschen Volkes ist zu einem Teil des allgemeinen, weltweiten Kampfes der Völker gegen imperialistische Unterdrückung und für das Recht auf nationale Selbstbestimmung geworden. Ganz besonders in diesem Umstande liegt die Garantie

für den Sieg der demokratischen und patriotischen Kräfte in Deutschland. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen die Bemühungen Adenauers und Lehrs in ihrem richtigen geschichtlichen Licht: als erbärmliche Versuche kümmerlicher Zwerge, die gewaltigen Potenzen des deutschen Volkes und seiner Arbeiterklasse, die aus der Gemeinsamkeit ihres nationalen Freiheitskampfes mit der weltweiten antiimperialistischen Unabhängigkeitsbewegung entstehen, bezwingen zu wollen.

Felix-Heinrich Gentzen

Die westpolnischen Gebiete als historische Gebiete Polens

Der berechtigten Forderung des deutschen Volkes nach Wiederherstellung seiner Einheit stellen die imperialistischen Kriegstreiber die Forderung der „Befreiung der Ostgebiete", die angeblich „rechtmäßiger deutscher Besitz" seien, entgegen. So forderte ein Sprecher der FDP, Graf Rechenberg, in einer Sitzung des Bonner Bundestages „nicht Vereinigung Deutschlands, sondern Befreiung des deutschen Ostens" und rief zu einem Feldzuge gegen Volkspolen und die Sowjetunion auf. Wenn auch diese verbrecherische Forderung des geflohenen Junkers nicht die ungeteilte Zustimmung des Hauses fand, so wird doch die „historische" Argumentation der Feinde des Friedens, wonach die Gebiete ostwärts der Oder und Neiße „rechtmäßiger deutscher Besitz seien", von vielen Menschen geglaubt, und selbst ein Teil unserer Genossen steht dieser „Argumentation" oft recht wehrlos gegenüber. Besonders günstigen Boden finden diese Lügen der Kriegstreiber bei den Menschen, die infolge des verbrecherischen Hitlerkrieges ihre ehemalige Heimat verloren haben. Im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Republik, wo alle Neubürger dank der großzügigen Hilfe durch die Sowjetunion und dank der Unterstützung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Existenz und Heimat gefunden haben, wurde die Not der in Westdeutschland lebenden Umsiedler nicht nur nicht beseitigt, sondern bewußt aufrechterhalten und noch vergrößert. Auf diese Weise hoffen die Lehr und Blank, die Umsiedler für den von ihnen beabsichtigten Krieg gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik leichter als Kanonenfutter zu gewinnen.

Daher ist es notwendig aufzuzeigen, daß diese „Argumente" jedes wissenschaftlichen Fundaments entbehren und daß die Okkupation polnischer Landesteile niemals den Interessen des deutschen Volkes entsprach, sondern nur einer kleinen privilegierten Schicht zugute kam, daß sie nie dem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern stets der Reaktion gedient hat und wieder dienen soll.

Die ersten Nachrichten über die Slawen, zu denen auch die Polen gehören, haben wir von dem älteren Plinius (gest. 79 u. Z.) und Tacitus (gest. um 120 u. Z.), wonach die Slawen zwischen Oder und Weichsel entlang der Ostseeküste und beiderseits der Weichsel bis zu den Karpathen wohnten. Zuverlässige historische Zeugnisse sprechen davon, daß im 6. Jahrhundert u. Z. die Slawen das ganze östliche Deutschland ostwärts der Elbe und Saale bewohnt haben.

Die Elb- und Ostseeslawen, die im 9. und 10. Jahrhundert noch auf einer niedrigeren gesellschaftlichen Entwicklungsstufe standen als die Deutschen, wurden im Laufe von vier Jahrhunderten trotz verzweifelten Widerstandes das Opfer der feudalen deutschen Eroberung, die mit unvorstellbarer Grausamkeit unter dem Deckmantel der Verbreitung des Christentums betrieben wurde.

Anders verhielt es sich mit den westslawischen Völkern ostwärts der Oder und Görlitzer Neiße, deren stärkster Stammesverband, die Poljanen, die polnischen Stämme im 10. Jahrhundert vereinigte und unter seinen Fürsten Mieszko I. (960—992) und Boleslaw dem Tapferen (992—1025) den polnischen Staat schuf. Boleslaw schloß das slawische Pommern dem polnischen Staat an, — Danzig war schon damals eine polnische Stadt — zwang die benach-

barten litauischen Preußen zur Anerkennung seiner Oberhoheit, machte sich durch Gründung des polnischen Erzbistums Gnesen von der deutschen kirchlichen Bevormundung unabhängig und wehrte alle Versuche der deutschen Feudalherren, über die Oder vorzustoßen, erfolgreich ab.

Es muß also festgestellt werden, daß im Jahre 1000 die Grenze zwischen den germanischen und slawischen Völkerschaften an der Oder und Görlitzer Neiße verlief.

Unter Ausnutzung der staatlichen Schwäche und feudalen Zersplitterung Polens, die im 12. Jahrhundert begann, gelang es den deutschen Feudalherren, über die Oder vorzudringen. Sie raubten den Pommern und Großpolen ihr Land, das sie Neumark nannten, und siedelten dort deutsche Kolonisten an. Pommern wurde mit einer barbarischen Grausamkeit „germanisiert", worüber Ernst Moritz Arndt in seinem von leidenschaftlichem Haß gegen das feudale Junkertum und die Leibeigenschaft getragenen Buch: „Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen" (Berlin 1803) einen erschütternden Bericht gibt. Einer besonderen Gruppe der deutschen Feudalherren, dem Deutschen Ritterorden, gelang es sogar, ostwärts der Weichsel Fuß zu fassen.

Der deutsche Ritterorden war nichts anderes als ein Versorgungsinstitut für die jüngeren, von der Erbfolge ausgeschlossenen Söhne der deutschen Feudalherren, der Habenichtse unter der feudalen Ritterschaft, und hatte daher einen besonders raubgierigen, aggressiven Charakter. Durch die mit Gewalt, Betrug und Erpressung erfolgte Inbesitznahme Pommerellens und der Gebiete des litauischen Stammes der Preußen schnitt er Polen von dem lebenswichtigen Zugang zur Ostsee ab und schuf die Grundlage für den nördlichen Arm der Zange um Polen, die später dem junkerlich-militaristischen Preußen und dem imperialistischen Deutschland als Ausgangsbasis für die weitere Eroberung des Ostens dienen sollte. Die Herrschaft des Ordens in den von ihm eroberten Gebieten der Preußen hinderte jedoch den ökonomischen Fortschritt, vor allem die Entwicklung der Städte.

Isoliert von den Städten und der ländlichen Ritterschaft brach die Ordensherrschaft in der Schlacht bei Grünwald/Tannenberg (1410) unter den Schlägen der vereinigten polnischen, litauischen und russischen Heere zusammen. Unter aktiver Mitwirkung der preußischen Städte, vor allem Danzigs, wurde der Orden ein halbes Jahrhundert später erneut geschlagen und im zweiten Thorner Frieden (1466) zur Zurückgabe Pommerellens, Westpreußens und des Ermlandes an Polen und zur Anerkennung der polnischen Lehnshoheit über die restlichen Gebiete gezwungen.

Die Hohenzollern, die zu Herrschern des Kurfürstentums Brandenburg geworden waren, dehnten ihre Eroberungspolitik auch auf Preußen aus. Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm, dem sogenannten großen Kurfürsten, gelang es, durch einen doppelten Verrat, zuerst gegenüber seinem polnischen Lehnsherrn und dann gegenüber den Schweden, im Jahre 1657 Preußen aus dem polnischen Staatsverband zu lösen und der junkerlich-brandenburgischen Militärdespotie anzugliedern.

> „Nur durch Bestechung polnischer Landesverräter, und durch die Gunst polnischer Könige, und *nur als Vasallen der Republik Polen,* der sie den Lehnseid schwören, erschlichen sie das Herzogtum Preußen. So beginnt die brandenburgisch-preußische Hausmacht." („Marx und Engels über das reak-

tionäre Preußentum", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, S. 15)

Die preußischen Städte, die unter der polnischen Oberherrschaft weitgehende Entwicklungsmöglichkeiten hatten, setzten dieser „Heimkehr ins Reich" heftigen Widerstand entgegen, der mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde.

Von nicht unwesentlichem Einfluß auf die Geschichte Polens ist die um die Mitte des 13. Jahrhunderts einsetzende Einwanderung deutscher Handwerker und Bauern in die schwach besiedelten polnischen Herzogtümer, die zweifellos zu einer gewissen Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung beitrug. Diese Tatsache war aber lediglich das Verdienst deutscher Handwerker und Bauern, nicht aber das der deutschen Feudalherren, deren Nachfolger, die deutschen Junker und Imperialisten, die Tatsache der deutschen Einwanderung in die slawischen Länder für ihre Raubpläne ausnutzen wollten. Die Behauptung nationalistischer deutscher Geschichtsschreiber, daß durch die deutsche Einwanderung das Handwerk in Polen erst entstanden sei, da die Polen selbst zu keiner handwerklichen Tätigkeit befähigt gewesen wären, ist jedoch eine infame Lüge. Ausgrabungen, die in der jüngsten Zeit von polnischen Archäologen in den frühhistorischen Städten Gniezno (Gnesen), Poznan (Posen), Santok in Pommern und Opole (Oppeln) durchgeführt wurden, beweisen, daß das altpolnische Handwerk in der Epoche der Gründung und der ersten Jahrhunderte des polnischen Staates bereits einen hohen Entwicklungsstand erreicht hatte. Die polnischen Handwerker wohnten in geschlossenen Vorstadtsiedlungen und hielten regelmäßige Messen ab. Der arabische Geograph Edrisi, der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, also noch vor der deutschen Einwanderung, Polen bereiste, schreibt von den polnischen Städten, daß sie von vorzüglichen Handwerkern bewohnt gewesen seien. Auf besonderer Höhe stand das Handwerk der Weber, Schuhmacher, Schmiede und Goldschmiede.

Die deutsche Einwanderung hat aber auch eine sehr negative Rolle in der Geschichte des polnischen Staates und Volkes gespielt. Die Verleihung besonderer Rechte an die von Deutschen bewohnten Städte bewirkte ihre Absonderung vom polnischen Volks- und Rechtsleben und verhinderte dadurch den festen Zusammenschluß der polnischen Landesteile zu einem einheitlichen Ganzen, der allein der feudalen Zersplitterung wirksam begegnen und den ökonomischen Fortschritt des gesamten Landes fördern konnte.

> „Allerdings den Kleinhandel und die Zunfthandwerke haben sie (die Deutschen — F.-H. G.) hingebracht, durch ihre Konsumtion und den beschränkten Verkehr, den sie herstellten, haben sie einigermaßen die Produktion gehoben . . . Dafür haben die Deutschen in Polen die Bildung polnischer Städte mit polnischer Bourgeoisie verhindert; sie haben die Zentralisation, das gewaltigste politische Mittel zur raschen Entwicklung eines Landes, durch ihre verschiedene Sprache, durch ihr Abschließen von der polnischen Bevölkerung, durch ihre tausendfach verschiedenen Privilegien und städtischen Rechtsverfassungen erschwert. Fast jede Stadt hatte ihr eigenes Recht . . . Die Deutschpolen sind auf der alleruntergeordnetsten Stufe der Industrie stehengeblieben, sie haben weder große Kapitalien gesammelt, noch haben sie sich die große Industrie anzueignen gewußt, noch haben sie sich der ausgedehnten Handelsverbindungen bemächtigt. . . . Und daß

Polen importiert, daß sie die schlechten Eigenschaften beider Nationen ohne die guten in sich vereinigen, darf bei den Verdiensten der Deutschpolen ebenfalls nicht vergessen werden." (Karl Marx / Friedrich Engels, „Die Revolution von 1848", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 93/94)

Eine besondere Entwicklung nahmen die polnischen Herzogtümer in Schlesien, in die die deutsche Einwanderung in besonders hohem Maße erfolgt war. Als Folge der feudalen Zersplitterung und staatlichen Ohnmacht Polens kam Schlesien Anfang des 14. Jahrhunderts teilweise und im Jahre 1356 vollständig als Lehen an die böhmische Krone, bei der es bis zum Jahre 1741, bis zur Annexion durch Preußen, verblieb. Obwohl Schlesien in dieser Zeit formal zum deutschen Reich gehörte, ist es deshalb nicht eine deutsche Provinz geworden, sondern hat stets seine besondere Eigenart bewahrt, die durch seine starke polnische Bevölkerung, besonders auf dem Lande, und seine enge wirtschaftliche Verbindung mit Polen, bedingt war. Noch im 16. Jahrhundert galt Schlesien in der allgemeinen europäischen Auffassung als polnisches Land.

Die Annexion Schlesiens durch die preußische Militärdespotie Friedrichs II. war alles andere als eine Wohltat für die Bevölkerung Schlesiens und hat keineswegs dem gesellschaftlichen Fortschritt gedient, wie es von der preußisch-deutschen Geschichtsschreibung behauptet wird. Im Gegenteil, sie führte zu einer schweren Schädigung des schlesischen Handels, der jetzt von seinen Verbindungen mit Polen abgeschnitten wurde. Die Verkehrsverbindungen mit Preußen dagegen waren äußerst schlecht, die Oder kaum schiffbar. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik Friedrichs II. schädigte den gesamten Handelsverkehr und die heimische Produktion und brachte die Ein- und Ausfuhr fast völlig zum Erliegen. In einer Denkschrift der Breslauer Kaufmannschaft aus dem Jahre 1782 heißt es:

„Die Märkte, die sonst von Menschen in Breslau voll waren, sind leer. Es ist eine Seltenheit, wenn man jetzt einen fremden Fuhrmann hier ankommen sieht, da vordem alle Wirtshäuser damit besetzt waren."

Auch die Lage der Bauern verschlechterte sich zusehends. Während in den österreichischen Landen durch die Reformen Josephs II. eine gewisse Besserstellung der Bauern eintrat, blieb in Schlesien wie auch in den anderen preußischen Provinzen die Leibeigenschaft nicht nur erhalten, sondern wurde weiter verschärft. Die einzigen Nutznießer der preußischen Okkupation Schlesiens waren die polnischen Feudalherren und die zugewanderten preußischen Junker, die ihre verschuldeten Güter durch erhöhte Ausbeutung der Bauern und durch die Anlage industrieller Unternehmungen wieder flottmachten. Diese Unternehmungen, in denen billige leibeigene Arbeitskräfte ausgebeutet wurden, brachten ihren Besitzern, den Grafen Matuschka, Maltzahn, Posadowsky, Schaffgotsch u. a. riesige Gewinne ein. Außerdem waren sie eine bedeutende Konkurrenz für das städtische Gewerbe und verhinderten das Aufkommen einer städtischen Bourgeoisie. Gleichzeitig wirkte sich die ungeheure Ausbeutung der Leibeigenen als Arbeitskräfte in den Manufakturen des Feudaladels hemmend auf die Entwicklung der Produktivkräfte aus. Das Ergebnis war ein Zurückbleiben hinter der westlichen Konkurrenz, das die junkerlichen Industrieritter durch vermehrte Ausbeutung ihrer feudal-abhängigen Arbeiter auszugleichen bestrebt waren. Gegen diese unmenschliche Ausbeutung setzten sich die arbeitenden Massen in Schlesien

durch fortgesetzte Protestaktionen, und schließlich in den großen Aufständen der Jahre 1793 und 1844 zur Wehr.

Die Annexion Schlesiens durch Preußen lag also weder im Interesse der Bevölkerung Schlesiens, noch des deutschen Volkes. Sie diente lediglich der Bereicherung polnischer und preußischer Großgrundbesitzer. Mit der Annexion Schlesiens verfolgte Preußen aber auch ein seiner Eroberungspolitik dienendes Ziel: Schlesien sollte als Ausgangsbasis für das weitere Vordringen nach dem Osten dienen, denn es bildete den südlichen Arm der gegen Polen gerichteten großen Zange. Es ist daher kein Zufall, daß bei der Vorbereitung der beiden Weltkriege schlesische Magnaten, wie Schaffgotsch, Henckel von Donnersmarck u. a. eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Der preußische Militärdespotismus hat aber nicht nur Schlesien, sondern auch noch andere wichtige polnische Landesteile geraubt. Unter Ausnutzung der staatlichen Schwäche Polens, die die Polen gerade zu überwinden im Begriffe waren, und aus Furcht, daß Rußland Polen allein annektieren könnte, schritt Friedrich II. im Verein mit Rußland und Österreich zu der ersten räuberischen Teilung Polens (1772). Preußen eignete sich dabei den Netzedistrikt, Pommerellen und das Ermland als Beute an und ging sofort daran, diese Gebiete von Staats wegen zu germanisieren und die Polen von ihrem Lande zu verdrängen. Wie die Germanisierung der von den preußischen Junkern besetzten polnischen Gebiete durchgeführt wurde, darüber gibt Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung" ein anschauliches Bild:

„‚Das erste, womit der Hohenzollernsche Landesvater in dem geraubten Polen seine preußische Huld offenbarte, war die Konfiskation der ehemals polnischen Kron- und Kirchengüter . . . Eine Menge Strauchritter, Günstlinge königlicher Maitressen, Kreaturen der Minister, Helfershelfer, denen man den Mund stopfen wollte, wurden mit den größten und reichsten Gütern des geraubten Landes beschenkt und hiermit den Polen ‚deutsche Interessen' und ‚überwiegend deutscher Grundbesitz' eingepfropft.'" („Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", S. 25)

Die verheerende Wirkung der preußischen Annexion vermittelt uns eine Zeitgenossin, Johanna Schopenhauer, die kluge Freundin Goethes und Mutter des späteren Philosophen Arthur Schopenhauer. Nachdem sie den Wohlstand und die bürgerliche Religionsfreiheit Danzigs unter der polnischen Herrschaft geschildert hat, in welchem sie ihre Jugendjahre verlebte, berichtet sie über die Ereignisse des Jahres 1772:

„An jenem Morgen überfiel das Unglück wie ein Vampyr meine dem Verderben geweihte Vaterstadt und saugte jahrelang ihr bis zur völligen Entkräftung das Mark des Lebens aus . . . Der Zorn der Bürger, der das Gefühl ihrer Ohnmacht bis zu verzweiflungsvoller Wut erhöht hatte, wandelte, als der erste Schrecken überstanden war, in verbissenen Ingrimm, in immer tiefer eingreifenden Haß gegen Preußen und alles, was preußisch war, sich um." (Johanna Schopenhauer: „Jugendleben und Wanderbilder", Braunschweig 1839, Bd. I, S. 95 und S. 97/98)

In Polen ging Ende des 18. Jahrhunderts eine starke gesellschaftliche Veränderung vor sich. Die niedere Schlachta, der polnische Kleinadel, der unter der nationalen Ohnmacht Polens besonders zu leiden hatte, und die mit ihr verbündete junge erstarkende Bourgeoisie, die einen nationalen

Markt und eine straffe Staatsgewalt brauchte, hatten im Jahre 1791 dem polnischen Volke eine Verfassung gegeben, die seine nationale Souveränität gewährleisten sollte. Der preußische König, der mit Polen ein Bündnis geschlossen hatte, versprach, die neue Verfassung zu unterstützen und Polen im Falle einer Intervention von seiten Rußlands militärische Hilfe zu gewähren. Gleichzeitig schloß Preußen jedoch ein Bündnis mit dem zaristischen Rußland gegen das revolutionäre Frankreich und forderte als Belohnung eine erneute Aufteilung Polens. Gemeinsam mit Rußland fiel Preußen treubrüchig über seinen Bundesgenossen her, als dieser gerade im Begriff war, in seinem eigenen Lande Ordnung zu schaffen.

Bei der zweiten Teilung Polens (1793), gegen die Polen sich vergeblich zur Wehr setzte, riß Preußen außer Danzig und Thorn, ganz Posen, ein Gebiet mit ausschließlich polnischer Bevölkerung, an sich. Die nationale und soziale Revolution des polnischen Volkes im Jahre 1794 unter Führung Kościuszkos wurde von den russischen und preußischen Heeren trotz heldenmütigen Widerstandes niedergeschlagen und Polen zum dritten Male, und dieses Mal restlos, unter die drei feudalabsolutistischen Staaten Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt, wobei Preußen weitere große Gebiete Polens, darunter Masowien mit Warschau, annektierte.

Die preußisch-deutsche Geschichtsschreibung hat versucht, diesen dreifachen Raub an Polen mit einem angeblichen historischen Fortschritt zu rechtfertigen, mit den „Segnungen deutscher Kultur und deutscher Freiheit", die Preußen den Polen gebracht habe. Diese Behauptungen sind Geschichtsfälschungen übelster Art. Die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 war weit fortschrittlicher als die gleichzeitigen Verhältnisse in Preußen, und während des polnischen Befreiungskampfes 1794 wurde von Kościuszko sogar die Bauernbefreiung dekretiert. Der dreifache Raub an Polen verhinderte die begonnene fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung Polens.

> „Sie (die Teilung — F.-H. G.) war kein Fortschritt, . . . sie war das letzte Mittel für die große Aristokratie, sich vor einer Revolution zu retten, sie war durch und durch reaktionär." (Karl Marx / Friedrich Engels, „Die Revolution von 1848", S. 105)

Marx und Engels wiesen wiederholt darauf hin, daß der Kampf Polens um seine nationale Freiheit und Unabhängigkeit zugleich ein revolutionärer Kampf war, der dem gesamten gesellschaftlichen Fortschritt diente. Indem Preußen dem polnischen Volk bei seinem Befreiungskampf in den Rücken fiel, verhinderte es den gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur in Polen, sondern auch in Preußen.

> „Von dem Augenblick an, wo der erste Raub an Polen begangen wurde, war Deutschland in die Abhängigkeit Rußlands geraten. Rußland befahl Preußen und Österreich, absolute Monarchien zu bleiben, und Preußen und Österreich mußten gehorchen. Die ohnehin schlaffen und schüchternen Anstrengungen, namentlich der preußischen Bourgeoisie, sich die Herrschaft zu erobern, scheiterten vollends an der Unmöglichkeit, von Rußland loszukommen, an dem Rückhalt, den Rußland der feudalistisch-absolutistischen Klasse in Preußen bot." (Ebenda, S. 104)

Gegenüber dem Befreiungskampf in Russisch-Polen 1830/31 und der polnischen Unabhängigkeitsbewegung in Posen während der Revolution von

1848 verhielt sich das offizielle Preußen ausgesprochen feindselig, während große Teile der deutschen Bevölkerung Partei für den polnischen Befreiungskampf nahmen. Den konsequent richtigen Standpunkt in der polnischen Frage vertraten allein Marx und Engels. In ihrer Artikelreihe „Die Polendebatte in Frankfurt“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von 1848 und 1849 wiesen sie nach, daß ein demokratisches einheitliches Deutschland nur möglich ist bei gleichzeitiger Existenz eines demokratischen, unabhängigen und einheitlichen Polens, das breiten Zugang zum Meer haben und mindestens in den Grenzen von 1772 wiederhergestellt werden müßte.

„Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.“ (Ebenda, S. 105)

Diese Forderungen stellten sie dem Verrat der deutschen Bourgeoisie am polnischen Volke gegenüber und schlossen ihre Artikelreihe mit dem prophetischen Ausspruch eines polnischen Abgeordneten: „Ihr habt die Polen verschluckt, verdauen werdet ihr sie bei Gott nicht.“

Die Regierung Bismarcks führte die Unterdrückungspolitik des preußischen Staates gegenüber der polnischen Bevölkerung fort. „Preußen oder Polen“, so stellte Bismarck die Frage, die er brutal und zynisch in einem Gespräch mit der Gräfin Kallergi, einer Anhängerin des polnischen Befreiungskampfes von 1863, zum Ausdruck brachte:

„Sehen Sie, diese Leute haben keinen anderen Zweck, als uns alle, Sie und mich auch, aufzuhängen, und es wird ihnen auch gelingen, sobald sie nur erst zur Herrschaft gelangt sein werden, das ist nur eine Frage der Zeit. Es ist daher eine Pflicht aller derer, die jetzt die Zügel der Herrschaft in der Hand haben, von dieser Sorte so viele als möglich erst zu hängen, um dadurch den Zeitpunkt, an dem wir baumeln werden, möglichst hinauszuschieben.“ (Bismarck, „Die gesammelten Werke“, Bd. VII, Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1929, S. 75)

Als in den Jahren 1863/64 im Königreich Polen das polnische Volk sich erneut gegen den unerträglichen Druck der zaristischen Herrschaft erhob und für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens die Waffen ergriff, leistete die preußische Regierung unter Bismarck den russischen Truppen bei der Niederschlagung des polnischen Freiheitskampfes aktive Hilfe, indem sie ihnen zur Erleichterung ihrer Kampfhandlungen die preußischen Grenzen öffnete. Die Empörung gegen dieses beispiellos antinationale und reaktionäre Verhalten der preußischen Regierung erfaßte weite Kreise des deutschen Volkes. In seinem Aufruf an das deutsche Volk schrieb der deutsche Patriot Jakob Venedey, der schon in der Revolution von 1848 eine führende Rolle gespielt hatte:

„Deutschlands Fürsten haben Polen teilen helfen, Deutschlands Völker haben die heilige Pflicht, dieses blutige unverwischbare Unrecht diesen auf Deutschland selbst bleischwer lastenden ‚Fehler‘ so weit es immer möglich ist, wieder gut machen zu helfen.“ („Kölnische Zeitung“ vom 3. März 1863)

Die Arbeiterklasse ganz Europas protestierte gegen die Vergewaltigung Polens durch den reaktionären Zarismus und die preußische Hilfe, die diesem

geleistet wurde. Ihr Protest war mit ein Anstoß zur Gründung der ersten Internationale, der internationalen Arbeiterassoziation. Wie eng verbunden die Interessen des deutschen und polnischen Volkes waren, erkannte niemand deutlicher als Karl Marx. Am 24. März 1863, also während der revolutionären Ereignisse in Polen, schrieb er in einem Brief an Engels:

„Die politische Pointe, zu der ich gelangt bin, ist die: daß Vincke (ein konservativer Abgeordneter F.-H. G.) und Bismarck in der Tat das preußische Staatsprinzip *richtig* vertreten; daß der ‚Staat' Preußen (eine von Deutschland sehr verschiedene Kreatur) nicht *ohne* das bisherige Rußland und nicht *mit* einem selbständigen Polen existieren kann . . . Da also die Existenz Polens für Deutschland nötig und neben Staat Preußen unmöglich ist, so muß dieser Staat Preußen wegrasiert werden." (Karl Marx / Friedrich Engels, Briefwechsel, III. Band, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 158/159)

☆

In der Epoche des Imperialismus verschärfte sich die nationale Unterdrückung der polnischen Bevölkerung in Posen, Westpreußen und Oberschlesien noch mehr. Während aber die frühere Unterdrückungspolitik der deutschen Bourgeoisie und Junker gegenüber der polnischen Bevölkerung in breiten Kreisen des deutschen Volkes nicht gebilligt wurde, wenn sich diese auch zu keinem aktiven Widerstand gegen die preußische Regierung aufrafften, so war es mit dem Beginn der imperialistischen Epoche nur noch die deutsche Arbeiterklasse, die energisch gegen die nationalistische Unterdrückungspolitik Stellung nahm. Seite an Seite kämpften polnische und deutsche Sozialdemokraten gegen die chauvinistische Verhetzung der Völker. In vorderster Linie standen dabei die großen Vorkämpfer der deutsch-polnischen Freundschaft Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski. Am 6. März 1902 führte Rosa Luxemburg auf der ersten öffentlichen Versammlung der polnischen und deutschen Sozialdemokraten in Posen aus:

„‚Die gemeinsamen Feinde der Arbeiterklasse sind die Kapitalisten, Fabrikanten, der Adel, die Priester und die Regierung. Ihr müßt euch also in der Sozialdemokratischen Partei organisieren, welche euer Klasseninteresse vertritt und die Rechte des polnischen Volkes verteidigt. Sie kämpft nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die Regierung und die Kapitalisten, welche unbarmherzig in gleicher Weise sowohl die polnischen wie die deutschen Arbeiter ausbeuten. Eine Änderung wird nur die Macht des Proletariats bringen, vereinigt ohne Rücksicht auf Nationalität.'" (Fred Oelßner: „Rosa Luxemburg, eine kritische biographische Skizze", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 23)

Die wüste chauvinistische Hetze der deutschen Imperialisten gegen Polen nahm organisierte Formen an und ergriff bis auf den bewußten Teil der deutschen Arbeiterklasse alle Kreise des deutschen Volkes.

Im Jahre 1890 wurde der „Alldeutsche Verband" gegründet, der die Aufgabe hatte, das deutsche Volk für einen im Interesse der Expansionsbestrebungen der deutschen Imperialisten geführten Weltkrieg reif zu machen. Das von den „Alldeutschen" verkündete Programm sah im Osten die Annexion Finnlands, des Baltikums, Polens und der Ukraine vor. Auf Grund seiner wirtschaftlichen Macht — der Leitung des Verbandes gehörten die

führenden Großindustriellen und Großgrundbesitzer an — gelang es dem „Alldeutschen Verband" einen entscheidenden Einfluß auf die wilhelminische Außenpolitik zu gewinnen. Im Jahre 1894 wurde der „Ostmarkenverein", der Verein „zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken" gegründet. Dieser Verein war bis zum Zusammenbruch des wilhelminischen Reiches die Brutstätte des deutschen Chauvinismus gegenüber den Polen.

Auf kulturellem Gebiet wurde der schon unter Bismarck begonnene Feldzug gegen die polnische Sprache und Kultur in den von Deutschland besetzten Gebieten fortgeführt. Die polnische Sprache wurde nicht mehr als Amtssprache zugelassen und die polnische Jugend in der Schule nur noch deutsch unterrichtet. Die brutale wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung seitens der deutschen Imperialisten konnte jedoch den Widerstandswillen der polnischen Bevölkerung nicht lähmen, sondern hat ihn im Gegenteil erst richtig entfacht.

Der Zweck dieser Unterdrückungspolitik war es, an den Ostgrenzen des Reiches eine sichere Ausgangsbasis für den weiteren Angriff nach Osten zu schaffen. Die im August 1914 formulierten und bis Kriegsschluß aufrechterhaltenen Kriegsziele der Imperialisten enthielten neben umfangreichen Eroberungsplänen im Westen die Forderung auf Annexion der baltischen Länder, Polens und der Ukraine. Im ersten Weltkrieg gelang es auch den deutschen und österreichischen Truppen, das gesamte polnische Territorium zu besetzen. Zur Tarnung ihrer Annexionsabsichten, und um die polnische Bevölkerung für den weiteren Krieg gegen die Ententemächte zu gewinnen, verkündeten die deutsche und die österreich-ungarische Regierung im November 1916 feierlich die Errichtung eines „unabhängigen" Königreiches Polen.

Daß es sich hierbei jedoch um ein übles Manöver handelte, beweist das Verhalten der deutschen Regierung bei den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland und bei dem Abschluß des Raubfriedens von Brest-Litowsk im März 1918. Während die sowjetische Delegation konsequent das Recht auf nationale Selbstbestimmung vertrat und verlangte, daß die Polen ohne jeden äußeren Druck, nach Abzug aller fremden Truppen in voller Freiheit über ihr künftiges Schicksal selbst entscheiden sollten, erklärte die deutsche oberste Heeresleitung ultimativ, daß nur von den Mittelmächten das künftige Schicksal Polens entschieden werden könnte. Polen, Litauen, Kurland, Livland und Estland wurden vom alten russischen Staatsverband abgetrennt und zu Vasallenstaaten der Mittelmächte gemacht. Dadurch wurden diese Völker der Möglichkeit beraubt, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Deutsche Truppen hielten weiterhin diese Länder besetzt und verhinderten dort den Ausbruch der Revolution.

Auch nach der endgültigen Niederlage des deutschen Heeres im November 1918 wurden die deutschen Truppen nicht aus Polen zurückgezogen. Im Waffenstillstandsabkommen von Compiègne wurde entgegen der ursprünglich geforderten sofortigen Räumung aller besetzten Gebiete im Osten, von den deutschen Truppen verlangt, das besetzte Territorium erst zu verlassen

„... sobald die Alliierten anerkennen, daß hierfür der Augenblick gekommen sei, wobei die innere Lage dieser Gebiete in Betracht zu ziehen ist." („Geschichte der Diplomatie", Bd. II, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 443)

Auf Grund dieser Weisung wurde die Besetzung polnischer Gebiete durch deutsche Truppen bis zum Frühjahr 1919 aufrechterhalten, und der besiegte deutsche Imperialismus zum Komplicen der gegen die junge Sowjetmacht und die Große Sozialistische Oktoberrevolution gerichteten Interventionspolitik der imperialistischen Westmächte gemacht.

Die lange Besetzung in Verbindung mit dem Scheitern der deutschen Revolution hatte zur Folge, daß auch in Polen die Konterrevolution die Macht an sich reißen konnte. Der Versailler Vertrag bestätigte die Unabhängigkeit Polens, zu dessen Gunsten Deutschland auf einige Bezirke Pommerns, auf Posen, einen großen Teil Westpreußens und einen kleinen Teil Ostpreußens verzichten mußte. Über die Zugehörigkeit Oberschlesiens sollte durch Volksabstimmung entschieden werden. Danzig kam unter die Herrschaft des Völkerbundes, wurde aber an das polnische Zollgebiet angeschlossen. Der von konterrevolutionären Kräften geschaffene und durch den Versailler Vertrag anerkannte polnische Staat, in dem das französische Finanzkapital die ausschlaggebenden wirtschaftlichen Positionen innehatte, besaß jedoch nur eine formale Selbständigkeit. Er war ein Staat der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft und eine Bastion des Imperialismus gegen den Staat der Arbeiter und Bauern, gegen die junge Sowjetmacht.

Die im Versailler Vertrag festgelegte Abtrennung Ostpreußens, das mit dem übrigen Deutschland nur durch eine Bahnlinie verbunden war, und die Beibehaltung einer deutschen Minderheit von etwa einer Million Menschen auf polnischem Territorium schufen Reibungsflächen zwischen Deutschland und Polen, die von den deutschen Imperialisten für ihre expansionistischen Ziele ausgenutzt wurden. Sie schürten aufs neue den antipolnischen Chauvinismus, gründeten mit stillschweigender Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung illegale militärische Organisationen, die in Oberschlesien einen grenzenlosen Terror gegen die polnische Bevölkerung ausübten. Personen, die irgendwie in Verdacht standen, Polen zu sein oder mit ihnen zu sympathisieren, verfielen auf die geringste Denunziation hin der „Feme", wurden nachts aus den Häusern geholt und erschossen. Trotz dieses unmenschlichen Terrors konnte man in Oberschlesien bei der „Volksabstimmung" nur eine schwache Mehrheit zugunsten Deutschlands erzielen.

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus forderten die deutschen Junker und Monopolisten offen die Revision der Ostgrenzen. Die von ihnen ausgehaltene nationalistische Presse, die „Vaterländischen Vereine" und die Reichswehr ließen das alte Lied vom „Germanenzug nach dem Osten" aufs neue erklingen. Die von Polenhaß strotzenden Äußerungen Bismarcks wurden als das „große Vermächtnis" neu „entdeckt" und dabei auf die angebliche Gefahr hingewiesen, die Deutschland von Polen her drohe. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei, der Partei der Großindustriellen, stellte im März 1928 offen die Forderung nach Revision der deutschen Ostgrenze auf. In Deutschland fand eine Reihe von antipolnischen Demonstrationen statt. Im Mai 1929 stürmten SA-Banditen und Mitglieder des „Stahlhelm" die polnische Oper in Oppeln und mißhandelten polnische Künstler und Theaterbesucher. An der deutsch-polnischen Grenze mehrten sich von Deutschen provozierte Grenzzwischenfälle, und nach dem Wahlsieg der Nazis im September 1930 brach ein regelrechter Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen aus.

Gegen die chauvinistische Hetze, den Terror und die Provokationen gegen das polnische Volk führten die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands und Polens gemeinsam einen harten und unversöhnlichen Kampf.

Nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland verschärften sich die deutsch-polnischen Spannungen weiter. Bei seinen Forderungen nach Revision der Ostgrenze fand Hitler bei den westlichen Imperialisten, die den deutschen Expansionsdrang nach dem Osten ablenken wollten, offene Zustimmung, wogegen das Ersuchen der polnischen Regierung an Frankreich um Unterstützung gegen die deutsch-faschistische Gefahr auf eisige Ablehnung stieß. Da das faschistische Pilsudski-Regime Polens die Hilfe der Sowjetunion, des einzigen Landes, das Polen hätte helfen können, verschmähte, obwohl zwischen Polen und der Sowjetunion seit 1932 ein Nichtangriffspakt bestand, blieb ihm nur übrig, nationalen Verrat zu begehen und sich dem deutschen Faschismus auszuliefern. So kam es am 26. Januar 1934 zum Abschluß des sogenannten „Freundschaftsvertrages" zwischen den faschistischen Regierungen Deutschlands und Polens, in dem von deutscher Seite heuchlerisch versprochen wurde,

> „... die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten, da dies eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa sei." („Geschichte der Diplomatie", Bd. III, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 565)

Nach dem Münchener Abkommen, in welchem der deutsche Faschismus von England und Frankreich zum Überfall auf die Sowjetunion ermuntert wurde, begann das faschistische Deutschland gleichzeitig mit der Annexion der Tschechoslowakei die Aggression gegen Polen vorzubereiten. Im Oktober 1938 schlug der deutsche Außenminister dem polnischen Botschafter eine Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen vor, wonach Danzig an das deutsche Reich kommen und eine exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn und Autobahn durch den polnischen Korridor gelegt werden sollten. Als die polnische Regierung daraufhin jede Erleichterung des Verkehrs zwischen dem Reich und Ostpreußen zusicherte, die Annexion Danzigs durch Deutschland aber, sowie die Exterritorialität der Verkehrswege nach Ostpreußen als einen Eingriff in die polnische Souveränität ablehnte, wurde der deutsche Druck auf Polen so verstärkt, daß schließlich England und Frankreich, die ihren letzten Einfluß auf Polen und ihre dort investierten Kapitalien nicht verlieren wollten, einschritten und sich bereit erklärten, Polen gegen eine eventuelle deutsche Aggression zu unterstützen.

Die Hitlerregierung, die auf Grund ihrer Erfahrungen die englisch-französische Erklärung nicht ernst nahm, ließ sich in ihrer erpresserischen Politik gegen Polen nicht beirren. Nachdem die englischen und französischen Imperialisten die Bemühungen der Sowjetunion zur Schaffung der kollektiven Sicherheit gegen die faschistische Aggression vereitelt hatten und die polnische Regierung jegliche militärische Unterstützung von seiten der Sowjetunion schroff abgelehnt hatte, konnte die deutschen Faschisten nichts mehr von der Realisierung ihrer Aggressionspläne gegen Polen und Danzig abhalten. In Danzig wurden in Danziger Polizeiuniform gekleidete deutsche Truppen stationiert, die einem deutschen General unterstellt wurden. Meh-

rere Divisionen wurden nach Ostpreußen gebracht und faktisch die Mobilmachung gegen Polen begonnen. Die nazistische Presse überschlug sich mit Meldungen über angebliche Verfolgungen der Deutschen in Polen. In polnische Uniform gesteckte SA-Banditen unternahmen einen provokatorischen Überfall auf den Sender Gleiwitz, um den Haß gegen Polen noch weiter zu schüren. In den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 begann, ohne Kriegserklärung, der Überfall auf das fast unvorbereitete Polen. Die englische und französische Regierung forderten daraufhin die Einstellung der Kampfhandlungen und die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen aus Polen. Auf die Weigerung der deutschen Regierung antworteten sie mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Kriegserklärung an Deutschland. „Die faschistischen Kriegsbrandstifter hatten ihr Ziel erreicht. Die Menschheit war in den zweiten Weltkrieg gestürzt worden." (Ebenda, S. 798)

Die polnische Regierung, die an die Möglichkeit eines Krieges mit Hitlerdeutschland nicht glauben wollte, wagte es nicht, das gesamte polnische Volk zu den Waffen zu rufen, da sie die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft mehr fürchtete, als die deutsch-faschistischen Okkupanten. So konnten die faschistischen deutschen Truppen den größten Teil Polens bis zum Bug fast kampflos besetzen. Lediglich die Stadt Warschau, wo das Proletariat selbst zu den Waffen griff, sowie die Festung Modlin, leisteten der überlegenen deutschen Wehrmacht drei Wochen lang einen heldenmütigen Widerstand. Sie erlagen schließlich der Übermacht, weil die englischen und französischen Imperialisten ihren Verbündeten schmählich im Stich ließen und untätig zusahen, wie das polnische Volk verblutete. Warschau, die einst so blühende und lebensfrohe Stadt, war durch die barbarischen Angriffe der deutsch-faschistischen Luftwaffe in einen Trümmerhaufen verwandelt worden.

Die Rote Armee, die angesichts des Zerfalls des polnischen Staates dem weiteren Vordringen der faschistischen Truppen nicht tatenlos zusehen konnte, befreite die vorwiegend von Bjelorussen und Ukrainern besiedelten Gebiete ostwärts des Bug, um die Bevölkerung dieser Gebiete vor der Unterdrückung durch den deutschen Faschismus zu bewahren. Dies bedeutete für Millionen Polen, die in diese Gebiete flüchten konnten und später durch die Sowjetbehörden evakuiert wurden, die Rettung vor der physischen Vernichtung. In dem von der Naziwehrmacht besetzten Gebiet dagegen, dem sogenannten „Generalgouvernement Polen", begann eine Zeit der furchtbarsten Schreckensherrschaft. In dieser Zeit sind am polnischen Volk unzählige Verbrechen von beispielloser Grausamkeit begangen worden. Über sechs Millionen Polen, darunter der größte Teil der polnischen Intelligenz, wurden in den Todeslagern ermordet. Fast die Hälfte des gesamten Volksvermögens wurde vernichtet. Darüber hinaus wurde Polen durch die von Göring gegründete „Haupttreuhandstelle Ost" total ausgeplündert und die polnischen Industrie- und Handelsunternehmungen den deutschen Kriegsgewinnlern zugeschanzt. Neben Göring waren die schlesischen Aristokraten Hauptverdiener an dem polnischen „Unternehmen". Die Fürsten Pleß und Henckel von Donnersmarck, die Grafen Ballestrem und Schaffgotsch, die den überwiegenden Teil der Industrie und des Grundbesitzes in Schlesien besaßen, bemächtigten sich der reichsten Gruben, Industriewerke und großen Güter im polnischen Oberschlesien und in den benachbarten Industriebezirken. Durch grausamste Ausbeutung polnischer und anderer ausländischer Arbeiter, die zu regelrechten

Sklaven gemacht wurden, machten diese Kriegsverbrecher weitere riesige Extraprofite.

Doch auch der grausamste Terror konnte den Widerstandswillen des polnischen Volkes nicht brechen. Mit der von der polnischen Arbeiterpartei geführten Arbeiterklasse an der Spitze und mit brüderlicher Hilfe der Sowjetunion erhob sich das polnische Volk zum Kampf um seine nationale Befreiung. Überall entstanden Widerstandsgruppen, die unter schwersten Opfern und in tiefer Illegalität den Kampf gegen ihre grausamen Bedrücker aufnahmen. Auf sowjetischem Territorium wurden mit Unterstützung der Sowjetregierung polnische Divisionen aufgestellt, die ab Oktober 1943 Seite an Seite mit der Roten Armee für die Befreiung ihrer Heimat kämpften und an der Befreiung Warschaus und Berlins ruhmreichen Anteil hatten. Mit der Befreiung der ersten polnischen Gebiete durch die Rote Armee und die polnische Volksarmee wurde am 22. Juli 1944 in Lublin das polnische Nationale Befreiungskomitee ins Leben gerufen, das die Aufgabe der völligen Befreiung Polens von der faschistischen Okkupation und der Schaffung eines neuen demokratischen Polens auf der Grundlage der unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion übernahm und mit Erfolg durchführte. Damit wurde der zweihundertjährige Kampf des polnischen Volkes um seine nationale und soziale Befreiung siegreich zu Ende geführt.

Eines der Programmpunkte des Julimanifestes von 1944, der Geburtsurkunde des neuen Polen, war die Festlegung der Westgrenze des neuen, demokratischen polnischen Staates an der Oder und Görlitzer Neiße. Damit erhob das polnische Volk auf Grund der jahrhundertealten geschichtlichen Erfahrungen, besonders der Erfahrungen während des Hitlerkrieges, den Anspruch auf Gebiete, die, wie im ersten Teil dieses Artikels nachgewiesen wird, historischer polnischer Boden sind, um so ein Höchstmaß an Sicherheit gegen eventuelle neue Überfälle zu haben. Die berechtigten Forderungen des polnischen Volkes wurden deshalb von den Alliierten auf der Konferenz von Jalta anerkannt und durch das Potsdamer Abkommen zum internationalen Gesetz erhoben.

Die Bestimmung des Potsdamer Abkommens über die Aussiedlung der ostwärts der Oder und Neiße lebenden Deutschen war gewiß eine große Härte für die Menschen, die sich jetzt eine neue Heimat suchen mußten. Aber dies war, wie die Geschichte lehrt, eine im Interesse der Erhaltung des mit so blutigen Opfern erkämpften Friedens notwendige Maßnahme.

Bei ihrer Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze und das friedliebende polnische Volk berufen sich die imperialistischen Kriegstreiber scheinheilig auf das Potsdamer Abkommen, das sie selbst längst gebrochen haben. Sie berufen sich auf den Passus des Potsdamer Abkommens, der die endgültige Bestätigung der Grenze zwischen Deutschland und Polen durch einen Friedensvertrag mit Deutschland vorsieht. Die im Potsdamer Abkommen festgelegte Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße beweist jedoch eindeutig, daß diese Grenzziehung eine endgültige Regelung ist. Die Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze ist ein Versuch, die Deutschen für den amerikanischen Krieg gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik zu gewinnen.

Es entsprach sowohl den Interessen des deutschen wie des polnischen Volkes, daß diese Grenze durch ein Abkommen zwischen den Regierungen

der beiden beteiligten Staaten endgültig festgelegt wurde. Dies geschah durch das am 6. Juni 1950 geschlossene Abkommen über die Markierung der gemeinsamen Grenze an der Oder und Görlitzer Neiße, das zwischen den Regierungen Volkspolens und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen wurde. Dieses Abkommen hat die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk auf völlig neue Grundlagen gestellt und ein jahrhundertelanges Unrecht wiedergutgemacht.

Durch die neue Grenzziehung im Westen erhielt das volksdemokratische Polen endlich eine Grenze, die ihm eine freie wirtschaftliche Entwicklung, zugleich aber auch das Höchstmaß strategischer Sicherheit gewährt. Das polnische Volk übernahm in den neuen Gebieten völlig zerstörtes Land, verminte, entvölkerte, durch die Kampfhandlungen verwüstete landwirtschaftliche Gebiete und eine restlos zerstörte Industrie. Die Städte waren größtenteils Trümmerhaufen. Das polnische Volk aber ging mit beispielhaftem Enthusiasmus an den Wieder- und Neuaufbau seiner zerstörten Westgebiete, und heute sind sie schon blühendes Land, blühender als je zuvor. Vor allem die Ostseehäfen erleben durch das neue große Hinterland einen noch nie dagewesenen Aufschwung. Durch seine gewaltigen Aufbauleistungen, durch seiner Hände Arbeit zerschlug das polnische Volk die Lügen von den angeblichen Wüsten ostwärts der Oder und Neiße und damit auch das letzte „Argument" eines angeblichen deutschen Anspruches auf diese Gebiete.

Auch für das deutsche Volk bietet die Oder-Neiße-Friedensgrenze einen unschätzbaren Gewinn. „Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschland." Diese von Marx vor mehr als hundert Jahren aufgestellte Forderung ist in Erfüllung gegangen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen aber für die Lebensfähigkeit eines demokratischen Polens und damit eines demokratischen Deutschlands ist die Grenze an der Oder und Görlitzer Neiße. Die Stärkung des demokratischen Polens bedeutet eine Stärkung des Friedens und trägt damit zur Sicherung der nationalen Existenz des deutschen Volkes bei. Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, ihre ausgedehnten Handelsbeziehungen zu allen friedliebenden Völkern, darunter auch zu Polen, ihre gleichberechtigte Stellung im „Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe" beweisen, daß die vorbehaltlose Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze eine Voraussetzung für die friedliche und glückliche Zukunft des gesamten deutschen Volkes ist.

Die Grenze zwischen dem deutschen und polnischen Volk an der Oder und Görlitzer Neiße trennt nicht mehr unsere Völker, sondern verbindet sie im gemeinsamen Kampf für den Frieden.

J. Shdanow

Über Kritik und Selbstkritik in der wissenschaftlichen Arbeit

(II. Teil)

Für die wirklich fortschrittliche Wissenschaft ist eine breite Anwendung der Methode der Kritik und Selbstkritik charakteristisch.

Ebenso wie im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft die Voraussetzungen für die neue Gesellschaftsordnung entstehen, so kommen auch aus den Reihen der bürgerlichen Gelehrten Menschen, die mit den Traditionen und Normen der sie umgebenden Umwelt brechen, die die Geburt einer neuen wissenschaftlichen Methode verkünden. Diese Gelehrten stellen sich zunächst spontan und dann bewußt auf den Standpunkt des dialektischen Materialismus. An solchen Wissenschaftlern ist die Geschichte der russischen Naturwissenschaften reich, die von vielen scholastischen Traditionen der westeuropäischen Wissenschaft frei ist, und die sich ursprünglich unter dem Einfluß der fortschrittlichen Anschauungen der revolutionären Demokraten entwickelt hat und sich jetzt auf der Grundlage des dialektischen Materialismus entwickelt.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts vollzog unser großer Landsmann A. M. Butlerow eine revolutionäre Umwälzung auf dem Gebiete der organischen Chemie. Vor der Wissenschaft jener Zeit stand die sehr wichtige Frage: Was sind die Moleküle organischer Stoffe, eine chaotische Gruppierung von Atomen, die von der Anziehungskraft zusammengehalten werden, oder ein harmonisches Gebäude, in dem jedem Atom eine ganz bestimmte Rolle zukommt? Butlerow bewies auf streng wissenschaftlichem Wege, daß nur die zweite Lösung möglich ist. Dabei unterstrich er, daß wir im Verlaufe der chemischen Umwandlungen die wirkliche Struktur, den Aufbau der Moleküle erkennen. Diese Möglichkeit wurde von allen großen Chemikern jener Zeit abgelehnt, die auf dem Standpunkt eines eigenartigen chemischen Agnostizismus standen. Butlerow geißelte vom Standpunkt des Materialismus aus die Idealisten in der Wissenschaft, die die reale Existenz der Atome und Moleküle verneinten. Er verspottete den schleichenden Empirismus des größten französischen Chemikers jener Zeit, Berthelot, der versuchte, die Bedeutung der Theorie in der Wissenschaft herabzusetzen. Er entlarvte die rückständigen Anschauungen des russischen Chemikers Menschutkin, der veraltete Theorien verteidigte. Butlerow kämpfte gegen das Alte im Namen des Neuen. Jedoch betrachtete er seine Theorie nicht als Krone der Schöpfung und als letztes Wort der Wissenschaft.

Butlerow forderte, sich auch gegenüber der von ihm selbst geschaffenen Theorie kritisch zu verhalten. „Ich kann nicht umhin zu bemerken", schrieb er, „daß die Schlüsse, zu denen das Prinzip der chemischen Struktur führt, sich in Tausenden von Fällen als mit den Tatsachen in Übereinstimmung befindlich erweisen. Wie in jeder Theorie gibt es natürlich auch hier Mängel, Unvollkommenheiten, trifft man Tatsachen an, die nicht dem strengen Begriff der chemischen Struktur entsprechen. Natürlich muß man insbesondere die Vermehrung gerade solcher Tatsachen wünschen; Tatsachen, die durch die existierenden Theorien nicht erklärbar sind. Diese sind für die Wissenschaft am wertvollsten, von ihrer Bearbeitung soll man vor allem die Entwicklung der Wissenschaft in nächster Zukunft erwarten." Bis zu seinem Lebensende entwickelte Butlerow seine Theorie weiter und vervollständigte sie. Auf der Grundlage der Butlerowschen Theorie entwickelte sich die organische Chemie stürmisch, wurde eine mächtige Industrie der synthetischen Hers ellung

organischer Stoffe geschaffen, bekam man Hunderttausende von neuen Stoffen und ermittelte die Struktur der kompliziertesten Verbindungen.

Musterbeispiele der wissenschaftlichen Kritik und Selbstkritik gibt noch ein hervorragender russischer Naturwissenschaftler, Akademiemitglied I. P. Pawlow. Sehr lehrreich ist die Geschichte seiner Entdeckungen auf dem Gebiete der höheren Nerventätigkeit.

Beim Studium der Arbeit der Verdauungsdrüsen war Pawlow durch die Tatsache überrascht, daß die einem Hund vorgesetzte Nahrung bei diesem nicht nur dann eine Speichelabsonderung hervorruft, wenn sie unmittelbar in sein Maul gelangt, sondern auch dann, wenn sie auf das Tier aus der Entfernung durch ihr Aussehen, ihren Geruch und andere indirekte Merkmale einwirkt. Die in jener Zeit herrschende psychologische Erklärung solcher Erscheinungen lief auf die nebelhaften Vermutungen heraus, daß der Hund „wünscht", „sich erinnert" usw. Pawlow nahm entschieden gegen derartiges unwissenschaftliches Gerede Stellung. Mutig begann er die Wege einer objektiven, streng materialistischen Erklärung der komplizierten psychischen Erscheinungen zu suchen.

Bei der Beurteilung der angeführten Tatsache gingen die Meinungen Pawlows und seines Mitarbeiters im Laboratorium, Dr. Snarski, auseinander.

> „Dr. Snarski blieb bei der subjektiven Deutung der Erscheinungen", erklärte Pawlow, „ich aber war von der Phantasterei und wissenschaftlichen Unfruchtbarkeit eines solchen Verhaltens zur gestellten Aufgabe enttäuscht, und begann einen anderen Ausweg aus der schwierigen Lage zu suchen. Nach beharrlichem Durchdenken des Gegenstandes, nach einem schweren geistigen Kampf entschloß ich mich schließlich, auch vor der sogenannten psychischen Erregung in der Rolle des reinen Physiologen zu verharren, d. h. eines objektiven, äußeren Beobachters und Experimentators, der es ausschließlich mit äußeren Erscheinungen und ihren Beziehungen zu tun hat." (I. P. Pawlow, Sämtl. Werke, Bd. III, S. 17, russ.)

Indem Pawlow diesen neuen Weg der Forschung beschritt, erzielte er einen außergewöhnlichen Erfolg bei der Lösung der kompliziertesten und größten Aufgaben der Naturwissenschaft durch die Entdeckung der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Arbeit der Großhemisphäre des Gehirns.

Sein ganzes Leben lang kämpfte Pawlow leidenschaftlich gegen die überlebten, idealistischen Vorstellungen von der Arbeit des Gehirns. Er entlarvte und geißelte den reaktionären Unsinn der bürgerlichen Psychologen und Physiologen, die idealistische Auffassungen vertraten — Köhler, Sherrington, Wundt u. a. Doch in seinem Kampf für die Bestätigung der neuen Lehre strebte Pawlow unaufhörlich vorwärts.

> „Immer" — bemerkte er — „ist die Lage des Forschers ein wenig absonderlich: Einerseits befriedigt es dich, wenn du ein Ziel erreicht hast, wenn du begreifst; das ist natürlich gut, und das ist der Motor deiner Tätigkeit, aber andererseits, wenn du auf dem stehen bliebest, bliebest du mit einer begrenzten Anzahl von Kenntnissen zurück. Hier ist auch angenehm, daß du eine neue genaue Tatsache erhalten hast, aber andererseits sagt man dir: damit ist die Sache nicht zu Ende, geh weiter und stelle neue Fragen, die du lösen mußt." (I. P. Pawlow, „Pawlowsche Milieus", Bd. III, S. 192, russ.)

Ein hervorragendes Beispiel wissenschaftlichen Schaffens sind die Pawlowschen „Lektionen über die Arbeit der Großhemisphäre des Gehirns", in denen der Gelehrte die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Tätigkeit dieses sehr

komplizierten Organes aufdeckte. Sehr charakteristisch für die Methode Pawlows, der der Dogmatismus fremd war, ist, daß er sich in dieser Arbeit besonders mit den Fehlern beschäftigt, die von ihm und seinen Mitarbeitern im Laufe der Arbeit begangen worden waren, und ein ganzes Kapitel den ungelösten Problemen der Physiologie des Gehirns widmet. Er ist weit entfernt von einer dogmatischen Darstellung des Stoffes, bei der vor den Hörern oder Lesern die Schwierigkeiten und die Wege eines wahrhaft wissenschaftlichen Schaffens und die Perspektiven der weiteren Arbeit bewußt verborgen werden. Am Ende seiner „Lektionen" schreibt Pawlow:

„Im allgemeinen ist doch diese neue Abteilung der Physiologie wahrhaft fesselnd, denn sie befriedigt zwei immer gemeinsam auftretende Tendenzen des menschlichen Verstandes: das Streben, immer neue Wahrheiten zu erfassen, und den Protest gegen den Anspruch eines irgendwo angeblich abgeschlossenen Wissens." (I. P. Pawlow, Sämtl. Werke, Bd. IV, S. 325, russ.)

Ein Triumph der Pawlowschen Lehre und ein Sieg der Methode freier Diskussionen in der Wissenschaft war die vereinigte Sitzung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, die im Sommer des Jahres 1950 durchgeführt wurde. Die Sitzung war ein Ausdruck der Fürsorge Stalins für das Schicksal der Pawlowschen Lehre. Die Teilnehmer prüften kritisch und berieten frei die Probleme, die an der physiologischen Front entstanden waren. In den Referaten K. M. Bykows und A. G. Iwanow-Smolenskis wurden die unrichtigen antipawlowschen Thesen vieler Physiologen kritisiert, und es wurden Wege für eine schöpferische Entwicklung der Ideen unseres großen Landsmannes gewiesen. In seinem Schlußwort gab Professor Iwanow-Smolenski ein Beispiel der Selbstkritik und analysierte die Fehler, die in seinen eigenen Arbeiten vorgekommen waren. Er sagte:

„Wenn ich vor meinem geistigen Auge den von mir zurückgelegten, über 30jährigen wissenschaftlichen Weg vorüberziehen lasse, sehe ich viele Mängel in meiner Arbeit, die in der Mehrzahl bereits überwunden und berichtigt sind, und in einigen Fällen jetzt überwunden und berichtigt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach habe ich auch, wie jeder Wissenschaftler, solche Fehler, die ich nicht bemerke, und ich werde denen dankbar sein, die auf kameradschaftliche Art meine Aufmerksamkeit auf diese Fehler lenken."

Beachtenswert ist, daß manche Physiologen sich gegen die Kritik falscher Ansichten auf eine bestimmte Art und Weise verteidigen. Das ist um so wichtiger, als bei den Versuchen, unrichtige Konzeptionen vor der Kritik zu schützen, eine analoge Argumentation auch auf anderen Wissensgebieten angewandt wird.

Genosse Stalin entlarvte den Versuch Marr's und seiner „Schüler", die „neue Lehre" von der Sprache als Marxismus in der Sprachwissenschaft auszugeben. Die Parteigänger Marr's, die sich hinter dem Marxismus versteckten, versuchten, die Kritik zu paralysieren, die ihre Gegner an der „neuen Lehre" übten. Die Arbeiten des Genossen Stalin über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft zeigten die ganze Unsinnigkeit der Tendenz Marr's und seiner „Schüler", die „neue Lehre" von der Sprache als eine marxistische hinzustellen. Gleichzeitig schufen die Stalinschen Arbeiten ein granitenes Fundament einer wahrhaft marxistischen Lehre von der Sprache. Die Tendenz, fehlerhafte Anschauungen als dialektisch-materialistische auszugeben und die Gegner

dieser Anschauungen der Abweichung vom Marxismus zu beschuldigen, ist auch in anderen Wissenschaften vorhanden. So haben die formalen Genetiker — allerdings ohne Erfolg — versucht, ihre Theorien als konsequent materialistische Theorien auszugeben mit der Begründung, daß sie die materiellen Träger der Erblichkeit, die Gene, anerkennen. Die jetzt von der wissenschaftlichen Öffentlichkeit abgelehnten scholastischen Schemen des Akademiemitgliedes A. Grigorjew auf dem Gebiete der physischen Geographie wurden lange Zeit für dialektische ausgegeben.

Das gleiche ist in der Physiologie zu beobachten. Akademiemitglied L. Orbeli versuchte, die subjektiv-idealistischen Konzeptionen von Helmholtz-Müller auf dem Gebiete der Physiologie der Sinnesorgane zu retten und die objektive Lehre Pawlows von den Analysatoren nur deshalb zu kompromittieren, weil im philosophischen Nachlaß Lenins die Physiologie der Sinnesorgane als einer der Bestandteile der Erkenntnistheorie erwähnt wird. Dabei hat L. Orbeli die Kritik überhaupt nicht berücksichtigt, die Lenin an den idealistischen Anschauungen auf dem Gebiete der Physiologie der Sinnesorgane in seinem Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" geübt hat. Akademiemitglied I. S. Beritow bemühte sich, durch nebelhafte Überlegungen über den Übergang der Quantität in Qualität und durch Hinweise auf die Dialektik zu beweisen, daß die Lehre Pawlows von der höheren Nerventätigkeit auf den Menschen nicht anwendbar sei. Die Parteigänger der verschiedenen antiwissenschaftlichen Konzeptionen in der Psychiatrie, wie der „Gehirnpathologie", dekorierten ihre Anschauungen mit der Terminologie des dialektischen Materialismus und ereiferten sich, daß von der Pawlowschen Lehre her angeblich der Psychiatrie eine „gewaltige mechanistische Gefahr" drohe. Seinerzeit entlarvte Lenin die russischen Machisten, verspottete deren unkritisches Verhalten zu den antimarxistischen Theorien und schrieb:

> „Lesen sie Mach, so glauben sie Mach, geben Mach wieder und nennen das Marxismus." (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 333)

Bedauerlicherweise begehen viele ungeübte Menschen einen analogen Fehler, sie lesen Marr, vertrauen Marr, plappern Marr nach und nennen das Marxismus; lesen Beritow, vertrauen Beritow und nennen das Marxismus.

Die marxistische Lehre besitzt in unserem Lande eine gewaltige Autorität. Man muß die Versuche entlarven und verhindern, daß diese Autorität zur Verteidigung und zur Begründung fehlerhafter Anschauungen in der Wissenschaft mißbraucht wird.

Dialektischer Materialismus bedeutet, wie Engels zeigte, daß man die Natur so auffaßt, wie sie sich gibt. Daraus folgt, daß man jede Theorie in der Wissenschaft vor allem der Wirklichkeit gegenüberstellen, sie in der Praxis überprüfen muß. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Materialismus selbst durch jede epochemachende naturwissenschaftliche Entdeckung bereichert wird.

Die Diskussion zu den Fragen der Physiologie hat gezeigt, daß in einer Reihe von Forschungsinstituten noch Gepflogenheiten herrschen, die der sowjetischen Wissenschaft fremd sind; der Glaube an die Unfehlbarkeit wissenschaftlicher Leiter wird gezüchtet und die geringste Kritik an diesen unterdrückt. Viele Physiologen, die innerlich mit den fehlerhaften Anschauungen dieses oder jenes ihrer wissenschaftlichen Kollegen nicht einverstanden sind, kritisieren diese trotzdem nicht, weil sie ihre kameradschaftliche Pflicht

falsch auffassen. Die wahre Pflicht dem wissenschaftlichen Kollegen gegenüber besteht nicht darin, dessen Fehler und Fehlschlüsse zu bemänteln, sondern in deren rechtzeitiger Aufdeckung.

Seinerzeit warfen einige „Gekränkte" Lenin vor, er behandele sie angeblich unkameradschaftlich, weil er ihre Fehler aufdeckte. Aus diesem Anlaß schrieb Lenin:

„Wir anerkennen die Pflicht der Kameradschaftlichkeit, die Pflicht der Unterstützung aller Kollegen, die Pflicht der Toleranz gegenüber den Meinungen der Kollegen, jedoch wird für uns die Pflicht der Kameradschaftlichkeit aus der Pflicht gegenüber der russischen und gegenüber der internationalen Sozialdemokratie abgeleitet und nicht umgekehrt." (W. I. Lenin, Werke, Bd. 4, S. 244/245, russ.)

Auch in der Wissenschaft beruht das wirklich kameradschaftliche Verhältnis in erster Linie auf der Sorge um die Entwicklung der Wissenschaft, um das Gedeihen unserer Heimat. Die rechtzeitige Kritik der Fehler ist eine kameradschaftliche Pflicht, denn sie erhält den, der einen Fehler begeht, für die Wissenschaft und ermöglicht es ihm, sich schnell zu berichtigen.

Die Kritik und Selbstkritik fand einen hervorragenden Ausdruck in den Arbeiten des Revolutionärs der biologischen Wissenschaft, I. W. Mitschurin. Mitschurin stellte sich die bedeutsame Aufgabe, das Assortiment der Obstpflanzen für die gemäßigten Klimazonen Rußlands zu verbessern und verharrte zunächst bei der damals allgemein anerkannten Akklimatisierung eingeführter südlicher Sorten durch deren Pfropfung auf örtliche Grundunterlagen. Er schreibt über seine ersten Versuche:

„Auch ich habe mich seinerzeit von Grells Akklimatisierungsmethode hinreißen lassen. Diese Methode ist vielen, darunter auch mir, teuer zu stehen gekommen. Eine große Menge Arbeit, Geld und Zeit ist fast spurlos verlorengegangen. Geleitet von der Grellschen Theorie, akklimatisierte auch ich in der wundertätigsten Weise im Gouvernement Tambow viele beste ausländische Birnensorten, die mehrere Jahre lang wohlbehalten wuchsen und erfolgreich Frucht trugen, so daß ich nicht nur an die Möglichkeit von Wundern dieser Art glaubte, sondern daß ich, bemüht, andere zu überzeugen, über meine Akklimatisierungserfahrungen einen Artikel schrieb ...

Aber wie zum Hohn erfror im folgenden Winter die Hälfte der Sorten, und dann folgten in den folgenden Jahren mit sehr wenigen Ausnahmen auch die übrigen. Etwa drei Sorten blieben mir erhalten, und ich tröstete mich, daß wenigstens nicht die ganze Mühe umsonst war. Aber in der Folgezeit beschlich mich der Zweifel, ob nicht die verbliebenen Sorten auch ohne meine Kunstgriffe von selbst ausgehalten hätten. Um das nachzuprüfen, ließ ich mir die gleichen Sorten aus einer ausländischen Baumschule noch einmal kommen, und es stellte sich heraus, daß meine Annahme richtig war." (I. W. Mitschurin, Ausgew. Werke, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950, S. 18)

Mitschurin zeigte die Fehlerhaftigkeit der früher angewandten Methoden zur Züchtung neuer Sorten, die auf der Erwartung eines günstigen Zufalls beruhten. Er eröffnete Wege der bewußten Lenkung pflanzlicher Formen. Durch seine Anwendung von Methoden der vegetativen Annäherung, der entfernten Hybridisierung und der gelenkten Züchtung von Pflanzen hat Mitschurin hervorragende Sorten von Äpfeln, Birnen, Kirschen, Stachelbeeren, Himbeeren, Brombeeren, Johannisbeeren, Vogelbeeren, Weintrauben,

Aprikosen, Melonen, Rosen und anderen Nutzpflanzen gezüchtet. Die Mitschurinsche Lehre stellt eine neue, höhere Etappe der Lenkung der Entwicklungsvorgänge der lebendigen Natur dar.

Mitschurin und seine Nachfolger mußten einen erbitterten Kampf gegen reaktionär eingestellte Biologen führen, gegen, wie sich Mitschurin ausdrückte, den „alten Schimmel der Vorurteile". Mitschurin bewies durch Versuche die Fehlerhaftigkeit der Lehre der formalen Genetiker vom Vorhandensein eines „unsterblichen Erblichkeitsstoffes", der vom Einfluß der äußeren Umwelt unabhängig sei. Im Kampf gegen die „Pseudokoryphäen der Gartenbürokratie" hörte Mitschurin keinen Augenblick auf, seine Arbeitsmethoden, die neue Lehre zu entwickeln und zu vervollständigen. Er wandte sich an seine Schüler und schrieb:

> „Hier jedoch muß ich Euch warnen, da man bei der Anwendung meiner Methoden beständig vorwärtsschauen muß, denn ihre inhaltlose Anwendung kann sie in ein Dogma verwandeln und Euch Mitschurinanhänger in bloße Nachahmer und Abschreiber fremder Werke. Das aber hat nichts mit Mitschurinscher Arbeit zu tun, denn meine grundlegende Methode besteht in einem ständigen Vorwärtsstreben, in einer strengen Prüfung der Erfahrungen, in der Beobachtung aller Erscheinungen, in der Bewegung und in den Veränderungen." (I. W. Mitschurin, Werke, Bd. IV, 1949, S. 240, russ.)

Auf der historischen Augusttagung der Allunionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften, die den Namen W. I. Lenins trägt, wurden endgültig die Parteigänger des Weismannismus-Morganismus in unserem Lande geschlagen. Die Prinzipien der Mitschurinschen Biologie triumphierten voll und ganz. Auf der Tagung wurden die Parteigänger der „mittleren Linie" geschlagen, die eklektisch versuchten, die fortschrittliche Mitschurinsche Lehre mit den idealistischen und metaphysischen Anschauungen der formalen Genetiker zu vereinigen. Der Kampf in der biologischen Wissenschaft hat mit neuer Kraft den Hinweis des Genossen Stalin bestätigt:

> „... es gibt keine ‚mittlere' Linie in Fragen prinzipiellen Charakters und kann sie auch nicht geben." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 9, S. 4, russ.)

Die Tagung gab Beispiele einer kämpferischen, bolschewistischen Kritik in der Wissenschaft, sie half vielen Wissenschaftlern, ihre Fehler zu überwinden und den Weg der fortschrittlichen, Mitschurinschen Biologie zu beschreiten.

Der Sieg der Mitschurinschen Biologie eröffnete neue, nie dagewesene Perspektiven der wissenschaftlichen Forschung, die das weitere Gedeihen des Wohlstandes und der Macht unseres Volkes zum Ziel hat.

Im Kampf für die Entwicklung der Mitschurinschen Biologie leistete Akademiemitglied T. D. Lyssenko einen bedeutenden Beitrag zur Schatzkammer der echten biologischen Wissenschaft. Er schuf die Theorie der Stadienentwicklung der pflanzlichen Organismen und eröffnete auf der Grundlage dieser Theorie neue Wege der Veränderung der Pflanzennatur. Die praktischen Ergebnisse dieser Theorie sind unübersehbar. Jedoch ruft Akademiemitglied Lyssenko die sowjetischen Wissenschaftler auf, nicht bei dem Erreichten zu verharren.

> „Die meisten Leitsätze in der Landwirtschaftswissenschaft lauten so, daß es nicht notwendig ist, sie lange zu beweisen, aber immer muß der Forscher sich in ihren Rahmen ‚einfügen', auch dann, wenn die Leitsätze von ihm

selbst stammen. Diese Leitsätze können relativ wahr und wirksam, damit auch nützlich sein, und dennoch muß man immer nach Leitsätzen ausschauen, die der Wahrheit möglichst nahekommen. Aber es gibt Leitsätze, die man erfassen und sich für immer merken soll, von denen man bei der Arbeit auszugehen hat, ohne sie zu verlassen und jemals an ihrer Richtigkeit zu zweifeln. Solche Leitsätze sind die Grundbegriffe der Entwicklungstheorie, die Leitsätze des dialektischen Materialismus." (T. D. Lyssenko, „Agrobiologie", Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1951, S. 222)

In seinem Artikel über die agronomische Lehre von Williams gab Akademiemitglied Lyssenko ein Beispiel dafür, wie man kritisch einzelne fehlerhafte Anschauungen in der Wissenschaft überprüfen muß, wie notwendig es ist, gegen dogmatisches Verhalten zur Meinung und zu den Äußerungen sogar solcher hervorragender Gelehrter, wie W. R. Williams es war, zu kämpfen.

Ein hervorragendes Beispiel des Kampfes gegen den Dogmatismus und die Buchstabengelehrsamkeit in der Wissenschaft ist das Schaffen von O. B. Lepeschinskaja, die konsequent und leidenschaftlich gegen das eingewurzelte Dogma der Virchowschen Lehre in Biologie und Medizin kämpft. O. B. Lepeschinskaja widerlegte die Anschauungen Virchows, der die Behauptung aufstellte, daß jede Zelle des lebenden Organismus nur aus einer Zelle hervorgeht, daß außerhalb der Zelle kein Leben sei. Dabei stieß sie auf eine Gruppe konservativ eingestellter Gelehrten, die es nicht nur ablehnten, die Theorie Virchows zu bezweifeln, sondern auch sich mit dem experimentellen Material vertraut zu machen, das von O. B. Lepeschinskaja vorgelegt wurde. Nichtsdestoweniger versuchten sie zu beweisen, daß die Arbeiten von O. B Lepeschinskaja unhaltbar seien. Offensichtlich fühlten die Anhänger der Virchowschen Theorie, daß ihre Argumentation gegen Lepeschinskaja das Ziel verfehlt, und beschlossen deshalb, „nicht durch ihre Fähigkeit, sondern durch ihre Zahl" zu wirken. So brachte die Zeitung „Der Mediziner" einen gegen Lepeschinskaja gerichteten Artikel, der von dreizehn (!) Verfassern unterzeichnet war. Offensichtlich waren sie bemüht, durch solch einen „massierten Schlag" ihren wissenschaftlichen Gegner zu unterdrücken und zum Schweigen zu zwingen. Sie hatten sich jedoch verrechnet. Die Fragen der Wissenschaft werden nicht durch einfache Stimmenmehrheit entschieden, und die Zahl der Unterschriften unter einem Artikel steigert nicht die Kraft seiner wissenschaftlichen Argumentation. Der Sieg war auf der Seite des Neuen, Fortschrittlichen in der Wissenschaft, auf der Seite von O. B. Lepeschinskaja, und die Liebhaber „massierter Schläge" erlitten eine vollkommene Niederlage.

O. B. Lepeschinskaja führte in offenem Meinungskampf, in freier Diskussion den Kampf gegen die überholten Auffassungen der Zellularpathologie Virchows zu Ende. In diesem Kampf begeisterte sie die Unterstützung, die ihr bereits im Jahre 1943, mitten im Kriege, der beste Freund der Wissenschaftler, der Genius der fortschrittlichen, materialistischen Wissenschaft, Genosse Stalin, erwies.

Die sowjetischen Naturwissenschaftler beherrschen die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Lehre und wenden immer breiter die Methode der Kritik und Selbstkritik in ihrer wissenschaftlichen Forschung an.

Die freien Diskussionen und Beratungen werden zu einer ständig wirkenden Waffe im Arsenal der sowjetischen Wissenschaft. Das selbstkritische Verhalten zu den eigenen Forschungen, theoretischen Anschauungen und experi-

mentellen Ergebnissen wird immer mehr zum wichtigsten inneren Antrieb des schöpferischen Wachsens der Wissenschaftler. Das theoretische Wachsen unserer Kader, die sich unermüdlich die materialistische Dialektik aneignen, und die Entfaltung einer wahrhaft freien Kritik führte dazu, daß gerade in unserem Lande die antiwissenschaftlichen Thesen der formalen Genetik, die der Wirklichkeit widersprechenden Konzeptionen der Resonanztheorie in der Chemie, die fehlerhaften Virchowschen Anschauungen, die mechanistischen und idealistischen Entstellungen in Physiologie und Medizin, entlarvt wurden. Seitdem man in der Presse begonnen hat, grundlegende Fragen der Astronomie, Geographie, wichtige Probleme der Geologie, der Erzbildung und der Geologie der Sedimentgesteine zu erörtern, ist ein lebhafter Meinungsaustausch über Einzelfragen der theoretischen Physik, Mikrobiologie, Technik, des Bergbaues und der Geophysik im Gange.

In den wissenschaftlichen Zeitschriften werden immer häufiger kritische Artikel gedruckt und Diskussionsmaterialien veröffentlicht.

Das „I. P.-Pawlow-Journal für die höhere Nerventätigkeit" veröffentlichte eine Reihe scharfer und inhaltsreicher Arbeiten, die darauf abzielen, die fehlerhaften Anschauungen von Orbeli, Rochanski, Anochin und einiger anderer Physiologen zu entlarven. Eine interessante Diskussion über die Fragen der Herkunft des Erdöls entfaltet sich in der Zeitschrift „Die Erdölwirtschaft". Es gibt jedoch unter Wissenschaftlern noch manche Überbleibsel der Vergangenheit, falsche Vorstellungen von den Arbeitsmethoden, die das selbstkritische Verhalten ablehnen und die Rolle der Kritik herabsetzen. Man muß sich hier vor Augen halten, daß, wie Genosse Stalin sagte,

> „... die alten Gewohnheiten und Angewohnheiten, Traditionen und Vorurteile, die von der alten Gesellschaft ererbt sind, sehr gefährliche Feinde des Sozialismus sind." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 6, S. 248, russ.)

Es ist bei uns jetzt schwer, Leute zu finden, die offen gegen Kritik und Selbstkritik in der Wissenschaft auftreten. Jedoch gibt es noch Hindernisse für die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik. Man muß bei den Argumenten derjenigen Genossen verweilen, die im Prinzip für die Kritik sind, jedoch in konkreten Fällen gegen die Kritik auftreten, wenn sie Personen betrifft, die leitende Posten in wissenschaftlichen Forschungsinstituten innehaben. Gewöhnlich behaupten diese seltsamen Genossen, daß die Kritik die Autorität des Kritisierten untergraben kann und ihn an der Erfüllung seiner verantwortlichen Funktionen hindert. Diese Genossen nehmen offensichtlich an, daß die Bemäntelung der Fehler von Wissenschaftlern und deren Beweihräucherung die Entwicklung der Wissenschaft mehr fördert als die Kritik. Nichts ist fehlerhafter als eine solche Auffassung.

Das richtige Verhältnis zur Kritik festigt die Autorität des wissenschaftlichen Leiters, macht seine Arbeit fruchtbarer. Wenn eine gerechte Kritik zurückgewiesen oder unterdrückt wird, dann tritt nach einer gewissen Periode scheinbaren Gedeihens, die durch die Unterdrückung der Kritik geschaffen wurde, der unvermeidliche Zusammenbruch der Autorität ein, denn man kann die Vorwärtsbewegung der Wissenschaft nicht aufhalten.

Die noch nicht gewandelten Araktschejew-Leute wenden in letzter Zeit, wo es immer schwieriger wird, die Entwicklung der bolschewistischen Kritik in der Wissenschaft zu hindern, die Methoden der „Neutralisierung" der Kritik an. So schickt man in den Redaktionen einiger Zeitschriften beim Eingang eines

erscheint nach der entsprechenden Glättung der spitzen Kanten und nach Abmilderung der Formulierungen, um ihm „Stromlinienform" zu verleihen, der Artikel in der Zeitschrift, aber in Begleitung der Antwort des Kritisierten. So erschien im „Journal für experimentelle und theoretische Physik" (Band 21, Ausgabe 9, russ.) ein Artikel von S. Wernow, N. Dobrotin und T. Satzepin „Zur Frage der Existenz der Varitronen", der die Arbeiten von A. Alichanian und A. Alichanow über kosmische Strahlen kritisierte, eingebettet in drei Arbeiten der kritisierten Autoren. Ohne Zweifel wird dies getan, um die Wirkung der Kritik von vornherein zu neutralisieren.

Einige Kollegen in den Redaktionen unserer wissenschaftlichen Zeitschriften bemühen sich, das Prinzip des freien Meinungsaustausches und der offenen Diskussion durch die Methode der „geschlossenen Kritik" zu ersetzen.

Das findet darin seinen Ausdruck, daß beim Eingang eines Artikels, der scharfes, kritisches Material enthält, dieser eine neue, originelle Fragestellung erhält und auf den endlosen Weg der „geschlossenen Rezensierung" geschickt wird. Dabei ergeben sich in der Regel in der Rezension Gegensätze. Deshalb wird dem Autor vorgeschlagen, den Artikel zu überarbeiten. Der überarbeitete Artikel gelangt dann erneut zur Rezension usw. usw. Das führt dazu, daß die Redaktionen aufhören, die verantwortlich entscheidenden Kollektive zu sein. Sie verwandeln sich in Fahrdienstleitungen für die Versendung von Artikeln und die Sammlung von Rezensionen. In den Aktentaschen der Redaktionen lagen so lange Monate die Artikel des Professors Tschelinsew, die sich gegen die idealistische Resonanztheorie in der Chemie richteten. Lange Monate wurden die Arbeiten von Professor O. B. Lepeschinskaja von den Redaktionskollegien „geprüft".

Leider ist verschiedentlich noch die faule Theorie verbreitet, nach der es sicherer ist, kein scharfes, neues Material zu drucken, um nicht allerlei Unannehmlichkeiten und Überraschungen im Falle seiner Veröffentlichung zu haben. Das unaufhaltsame Fortschreiten der Wissenschaft entlarvt jedoch letzten Endes die Feiglinge und Egoisten, die sich bei den Redaktionen wissenschaftlicher Organe eingenistet haben, und fegt sie hinweg.

Für alle diese ungesunden Erscheinungen, die die freie Entwicklung der sowjetischen Wissenschaft behindern, ist kein Platz in unseren wissenschaftlichen Institutionen. Die verschiedenen monopolartigen Grüppchen in der Wissenschaft, die Araktschejewsche Methoden pflegen, müssen entlarvt und ausgerottet werden. Die sowjetische wissenschaftliche Öffentlichkeit duldet nicht, verurteilt und verlacht diejenigen, die nach dem Prinzip leben, „wie man es macht, ist es falsch", die vor dem „Ehrwürdigen" lobhudeln, die sich vor jedem neuen Wort in der Wissenschaft fürchten.

Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPdSU (B) zu ideologischen Fragen brachten die gesamte wissenschaftliche Öffentlichkeit in Bewegung. Die auf Anweisung und unter Anleitung des ZK der KPdSU (B) durchgeführten wissenschaftlichen Diskussionen zeigten die große Bedeutung der Methode einer freien Kritik für die Entwicklung der Wissenschaft. Die Diskussionen über Philosophie, Biologie, Physiologie und Entwicklung der lebenden Materie waren wichtige Marksteine in der Geschichte dieser Wissenschaften. Die Diskussion über Fragen der Sprachwissenschaft, an der Genosse Stalin teilnahm, wurde zum Wendepunkt in der Entwicklung der Sprachwissenschaft. Im Zusammenhang damit übten die Arbeiten des Genossen Stalin eine gewaltige Wirkung auf alle Wissenschaften aus und förderten die Anwendung der

Methode der Kritik und des freien Kampfes der Meinungen in allen Wissenszweigen.

Jetzt hat sich bereits eine bestimmte Erfahrung bei der Organisierung freier, wissenschaftlicher Diskussionen angesammelt. Hier muß man in erster Linie die breiten Allunionsdiskussionen erwähnen, die mit denen über die Sprachwissenschaft, Biologie und Physiologie vergleichbar sind. Solche Diskussionen wurden sowohl in Form öffentlicher Versammlungen als auch in der Presse organisiert. Diese Diskussionen lösten grundsätzliche Fragen der Wissenschaften, deren Gebiet sie betrafen, und bestätigten die fortschrittlichen Richtungen in den betreffenden Wissensgebieten. Andere Aufgaben standen vor den Beratungen über Kosmogonie und die Theorie der chemischen Struktur. Diese Beratungen hatten die kritische Prüfung der Probleme in den betreffenden Zweigen der Wissenschaft und die Klärung der Wege für eine weitere Ausarbeitung der zu beratenden Fragen zum Ziel. Die Beratung strittiger Fragen wird immer breiter in der Arbeit der Wissenschaftler, der Institutsräte und in den einzelnen Laboratorien praktiziert. Es werden spezielle Sammlungen von Diskussionsbeiträgen herausgegeben, wie es die Akademie der Wissenschaften der UdSSR getan hatte, um die Beratungen von Fragen der Geologie von Sedimentgesteinen zu organisieren. Jetzt beobachten wir eine Belebung der wissenschaftlichen Zeitschriften, die immer häufiger Diskussionsmaterial veröffentlichen. Auf dem Gebiete der Physiologie ist der Pawlowsche wissenschaftliche Rat beim Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ein Organ, das sich voll bewährt hat. Dieser Rat leistete wertvolle und fruchtbare Arbeit, indem er die Tätigkeit der einzelnen wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiete der Physiologie und Medizin kritisch verfolgte.

Es gilt, die Methode der freien Kritik und des Kampfes der Meinungen zur Grundlage der Arbeit aller wissenschaftlichen Kollektive, von den Akademien bis zu den Laboratorien und Lehrstühlen, zu machen. Es ist notwendig, an den wissenschaftlichen Diskussionen die jungen, heranwachsenden wissenschaftlichen Kader zu beteiligen, um sie im Geiste der Kühnheit und des furchtlosen wissenschaftlichen Schaffens zu erziehen. Kritik und Selbstkritik gewährleisten das Bestehen eines gesunden wissenschaftlichen Kollektivs und fördern dadurch den Erfolg der wissenschaftlichen Arbeit.

Die Erfolge der sowjetischen Wissenschaft sind groß. Diese Erfolge erklären sich aus der unermüdlichen Fürsorge der Partei und der Sowjetmacht für eine umfassende Entwicklung der fortschrittlichen Wissenschaft in unserem Lande. Unsere Wissenschaftler setzen in ihrer überwiegenden Mehrheit freiwillig alle ihre Kräfte und Kenntnisse mit Lust und Liebe für den Dienst am Volke, für das Gedeihen der sozialistischen Heimat ein. Die Wissenschaftler sind sich ihrer großen Verantwortung gegenüber dem Staat bewußt. Sie helfen dem Sowjetstaat mit all ihrer Kraft, um die praktischen Aufgaben zu lösen, die sich bei der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft ergeben. Dies alles ist die Grundlage dafür, daß in vielen Wissensgebieten die sowjetischen Gelehrten den ersten Platz in der Wissenschaft der Welt eingenommen haben.

Die von der Stalinschen Fürsorge umgebenen Wissenschaftler des Landes des Sozialismus werden neue Erfolge, neue Siege des menschlichen Verstandes bei der Erkenntnis und Umgestaltung der Natur erzielen. Ein bedeutender Faktor hierbei ist die weitere konsequente und beharrliche Anwendung der bolschewistischen Methode der Kritik und Selbstkritik in der wissenschaftlichen Arbeit.

Aus der Zeitschrift «Большевик» („Bolschewik") Nr 21, 1951

Konsultation

Rolle und Bedeutung der I. Internationale

Beim Studium der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wird vielfach die Frage nach der Rolle und Bedeutung der I. Internationale in der Geschichte der Arbeiterbewegung gestellt.

Die historische Situation, in der die I. Internationale geschaffen wurde, war gekennzeichnet durch die stürmische Entwicklung des Kapitalismus in Europa, die zu einem zahlenmäßigen Anwachsen der Arbeiterklasse, zur Verschärfung der Klassengegensätze und zu einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung nach der den Revolutionsjahren von 1848—1849 folgenden Reaktionsperiode geführt hatte. Die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1857 verstärkten die Kampfbereitschaft und die politische Aktivität der Arbeiter und hoben ihr Klassenbewußtsein.

War die Lehre von Marx und Engels in den ersten Jahren nach der Revolution von 1848/49 „... lediglich eine der äußerst zahlreichen Fraktionen oder Strömungen des Sozialismus"*) gewesen, so begann der Marxismus in den sechziger Jahren zur vorherrschenden Ideologie in der internationalen Arbeiterbewegung zu werden.

Die Arbeiter in den einzelnen Ländern strebten nach einem festen organisatorischen Zusammenschluß und nach der Schaffung internationaler Verbindungen.

Im Jahre 1862 kam es zu einem Treffen englischer und französischer Arbeiter, die zu einer internationalen Industrieausstellung nach London gekommen waren. Diese Verbindung der fortschrittlichen Arbeiter Englands und Frankreichs festigte sich noch mehr durch die Veranstaltung eines internationalen Meetings anläßlich des Aufstandes der Polen gegen den Zarismus im Jahre 1863. Am 28. September 1864 wurde dann auf einer von Marx und Engels ideologisch und organisatorisch vorbereiteten Versammlung in London (St. Martins Hall) die erste Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet.

Aus dieser Situation in der Arbeiterbewegung ergab sich die große Aufgabe, den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu vereinigen. Es galt, den Kampf um den vollständigen Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus und die Zerschlagung des vormarx'schen utopischen Sozialismus in der Arbeiterbewegung zu führen, sowie durch die Zusammenfassung der verschiedenen kleinbürgerlichen sozialistischen Gruppierungen das Sektenwesen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung zu überwinden und das Fundament zum proletarischen internationalen Kampf für den Sozialismus zu legen.

Diese gewaltige Aufgabe wurde von Marx und Engels mit der Gründung der I. Internationale in Angriff genommen.

> „Die Internationale wurde gestiftet, um die wirkliche Organisation der Arbeiterklasse für den Kampf an die Stelle der sozialistischen oder halbsozialistischen Sekten zu setzen." (Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", Verlag Neuer Weg, Berlin 1946, S. 87/88)

Wie meisterhaft Marx diese schwierige Aufgabe zu lösen verstand, zeigte bereits das von ihm verfaßte Gründungsmanifest der I. Internationale, die

*) Vergl. W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 69.

sogenannte „Inauguraladresse". In genialer Weise gelang es ihm, in diesem wichtigen Dokument des wissenschaftlichen Sozialismus die Anhänger der verschiedenen sozialistischen Richtungen und Strömungen anzusprechen und den unversöhnlichen Kampf gegen den gemeinsamen Klassengegner in den Mittelpunkt zu stellen. Aber gleichzeitig entlarvte und bekämpfte er die ideologischen, organisatorischen und politischen Schwächen und Fehler dieser Richtungen.

In der „Inauguraladresse"*) räumte Marx mit der kindischen Illusion auf, als wäre es möglich, mit Hilfe von Produktivgenossenschaften im Kapitalismus die unterdrückten und ausgebeuteten „.. Massen zu befreien, ja die Wucht ihres Elends auch nur merklich zu erleichtern." (Ebenda, S. 358) Er begründete überzeugend die Notwendigkeit der völligen Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und stellte der Arbeiterklasse die Aufgabe, die politische Macht zu erobern. Um das zu können, mußte sich das Proletariat erst eine Partei schaffen und theoretisches Wissen erwerben. Im scharfen Gegensatz zu allen bürgerlichen Humanitätsaposteln und sogenannten „Arbeiterfreunden" verkündete Marx in den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß". (Ebenda S. 360)

So stellte die „Inauguraladresse" ein wahrhaft revolutionäres Kampfprogramm dar, dessen Grundgedanken auch heute noch ihre volle Gültigkeit haben.

Von großer Aktualität ist die „Inauguraladresse" für unseren heutigen Friedenskampf. Wir erfahren, daß bereits im vorigen Jahrhundert die von der englischen Bourgeoisie zugunsten der amerikanischen Sklavenhalter geplante schmutzige und verbrecherische Intervention im Nordamerikanischen Bürgerkrieg (1861—1865) am heroischen Widerstand der englischen Arbeiterklasse scheiterte. Wir finden darin eine erneute Bestätigung dafür, daß die einfachen Menschen sehr wohl imstande sind, ihre kriegslüsternen Regierungen zu zwingen, „... mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet", Schluß zu machen (Ebenda, S. 358), d. h., daß die werktätigen Massen einen Krieg verhindern können, wenn sie kühn und entschlossen eine breite Abwehrfront gegen die Kriegsbrandstifter schmieden und die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen. Marx forderte damals die Arbeiterklasse auf, „... in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken". (Ebenda, S. 359)

Die ganze Tätigkeit von Marx und Engels in der Internationale war darauf gerichtet, eine revolutionäre proletarische Partei zu schmieden, die als Vorhut des internationalen Proletariats imstande war, die Arbeiterklasse im Kampf für die proletarische Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen. Der ideologische Kampf gegen die kleinbürgerlich-utopischen Theorien in der Arbeiterbewegung und ihre Zerschlagung gewann daher eine besondere Bedeutung.

In der ersten Periode der Internationale (1864—1869) war der Proudhonismus — eine kleinbürgerliche, opportunistische Strömung — der Haupt-

*) Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 351—359

gegner des Marxismus innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung. Proudhon wollte den Kapitalismus nur reformieren. Er hielt das Privateigentum an den Produktionsmitteln für die unabänderliche Grundlage jeder Gesellschaft und hoffte die Auswüchse der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Wege von Reformen ohne Klassenkampf und soziale Revolution zu beseitigen.

Der Proudhonismus wurde von Karl Marx in seinem Werk „Das Elend der Philosophie" und auf den Kongressen der I. Internationale in Genf (1866), Lausanne (1867), Brüssel (1868) und in Basel (1869) ideologisch zerschlagen.

In Deutschland war es Lassalle, gegen den Marx den Kampf führen mußte. In seinem Brief an Bolte vom 29. November 1871 schrieb Karl Marx, „.... daß Lassalles Organisation eine bloße Sektenorganisation ist und als solche der von der Internationale angestrebten Organisation der *wirklichen* Arbeiterbewegung feindlich ist". (Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", S. 88)

In der zweiten Periode der Internationale (1869—1872) mußte der Hauptstoß des Kampfes gegen den Bakunismus — eine ebenfalls kleinbürgerliche, scheinradikale und anarchistische Strömung — gerichtet werden, der in dieser Zeit die gefährlichste antimarxistische Strömung innerhalb der I. Internationale war. Er predigte die Gleichheit der Klassen, Abschaffung des Erbrechts als Ausgangspunkt der sozialen Bewegung, Atheismus und Fernbleiben von der politischen Bewegung. Bakunin wollte innerhalb der I. Internationale eine zweite Internationale unter seiner eigenen Führung bilden. Dieser Kampf endete mit dem Sieg des Marxismus und der Vertreibung der Bakunisten aus der I. Internationale im Jahre 1872.

Hervorragende Arbeit leistete die I. Internationale bei der Organisierung und Leitung von Streiks und der erstmaligen Organisierung internationaler Solidaritätsaktionen. Dadurch gewann sie sehr schnell an Einfluß und Autorität bei den Arbeitermassen und wurde bald die von ihnen allgemein anerkannte leitende Zentrale. So wurde z. B. der Streik der Bauarbeiter in Genf im Jahre 1868 dank der von Marx und Engels organisierten Unterstützungsaktionen der I. Internationale gewonnen. Damit erwies sie sich als eine hervorragende Schule des proletarischen Klassenkampfes und des Internationalismus.

Eine ruhmvolle Rolle spielte die I. Internationale während des deutsch-französischen Krieges und in den Tagen der Pariser Kommune. Die Sektionen der Internationale in Frankreich und in Deutschland blieben ungeachtet der chauvinistischen Hetze, die in diesen beiden Ländern entfacht wurde, dem Banner des proletarischen Internationalismus treu und traten mit flammenden Protesten gegen den Krieg auf.

Der Generalrat der Internationale erklärte in seinem von Marx verfaßten Aufruf vom 23. Juli 1870 die Entstehung und den Charakter des Krieges und wies nach, daß es sich vom Standpunkt des deutschen Volkes um einen Befreiungskrieg handle, daß aber Sieg oder Niederlage gleich unheilvoll für das deutsche Volk wäre, wenn sich der Krieg zu einem Eroberungskrieg seitens Deutschlands entwickeln würde. In einer zweiten, ebenfalls von Marx verfaßten Adresse vom 9. September 1870, entlarvte der Generalrat die räuberischen Pläne der preußischen Junker und Schwerindustriellen, die Elsaß-Lothringen annektieren wollten.

Ebenso wie der deutsch-französische Krieg, so stellte auch die Pariser Kommune von 1871 eine ernsthafte historische Prüfung für die I. Internationale dar, die sie in Ehren bestanden hat. Die Pariser Kommune war nach den Worten von Engels „... intellektuell unbedingt das Kind der Internationale ..." (Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", S. 93). Die Führer der französischen Sektion der Internationale, Varlin, Frankel, Duval, Vaillant und viele andere waren hervorragend an der ruhmvollen Arbeiterrevolution des 18. März, am Aufbau des neuen Staatstyps, wie ihn die Kommune darstellte, sowie an dem heroischen bewaffneten Kampf des Pariser Proletariats gegen die konterrevolutionären Versailler Truppen beteiligt. Die Sektionen der I. Internationale in den anderen Ländern solidarisierten sich mit der Pariser Kommune und erklärten deren Kampf zur Sache des gesamten europäischen Proletariats. August Bebel, der seit 1866 der Internationale angehörte, hielt seine bekannte Rede im deutschen Reichstag, in der er sich allen Reaktionären zum Trotz offen zur Pariser Kommune bekannte.

Marx stand in enger Verbindung mit den führenden Mitgliedern der Kommune. Er half ihnen durch die Kritik an ihren Fehlern und gab ihnen Ratschläge und wertvolle Hinweise. Im Auftrage des Generalrates verfaßte er einen unter dem Namen „Bürgerkrieg in Frankreich" bekannten Aufruf, in dem er die welthistorische Bedeutung der Kommune als erste Regierung der Arbeiterklasse aufzeigte und das Komplott der französischen Konterrevolution mit den preußisch-deutschen Interventen, sowie die grausame Abrechnung der Versailler mit den Kommunarden brandmarkte.

Die Tage der Pariser Kommune waren für die I. Internationale die erfolgreichste und ruhmvollste Periode. Durch die Pariser Kommune wurde die Internationale eine moralische Macht in Europa. Dennoch trug sie bereits den Keim der Auflösung in sich. In seinem Brief an Bolte schrieb Marx:

> „... die Geschichte der Internationale war ein *fortwährender Kampf des Generalrats* gegen die Sekten und Amateurversuche, die sich gegen die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse innerhalb der Internationale selbst zu behaupten suchten." (Ebenda, S. 88)

Bis zu den Tagen der Pariser Kommune gelang es Marx und Engels noch, die verschiedenartigen Fraktionen zusammenzuhalten, ohne prinzipielle Zugeständnisse zu machen. Der erste große Erfolg, nämlich die Pariser Kommune, sprengte diesen Zusammenhalt. Jede Richtung war bestrebt, den Erfolg als ihr Verdienst zu verbuchen. Die bakunistischen Abenteurer, unterstützt durch die belgischen Proudhonisten, bekamen immer mehr Oberwasser und versuchten mit allen Mitteln, die Führung der Internationale an sich zu reißen. Der Zerfall der Internationale war unvermeidlich, wenn die prinzipielle politische Linie beibehalten werden sollte.

Marx und Engels zogen aus dieser Erkenntnis die einzig richtige Schlußfolgerung: daß es besser sei, konsequent den Bruch zu vollziehen und die Internationale aufzulösen, als durch Preisgabe von Prinzipien den Beginn der Spaltung zu vertuschen. Auf dem Kongreß der I. Internationale im Haag (Holland) 1872 setzten sie den Ausschluß der bakunistischen Führer aus der Internationale durch. So haben Marx und Engels bereits damals dem revolutionären Proletariat ein Beispiel gegeben, wie mit klassenfremden Elementen, die sich in die Partei eingeschlichen haben, verfahren werden muß. In

ihrer richtigen Entschließung ließen sie sich auch keineswegs durch das Geschrei der sektiererischen Krakeeler nach Versöhnung und durch ihre Diffamierung als die „Unversöhnlichen" und „Diktatoren" beirren. Ihnen war klar: wenn man im Haag versöhnlerisch aufgetreten wäre, wenn man das Prinzip der einheitlichen proletarischen Organisation geopfert hätte, wenn man sich nicht rechtzeitig von den faulen Elementen getrennt hätte, dann wäre der Zerfall der Internationale nach außen zwar noch eine geringe Zeit aufgehalten worden, aber man hätte damit den Bakunisten die Möglichkeit gegeben, im Namen der Internationale noch größere Gemeinheiten zu begehen. Es wäre schließlich zu einem schimpflichen Zusammenbruch der ersten internationalen proletarischen Massenorganisation gekommen.

Wie richtig der von Marx und Engels herbeigeführte Beschluß über die Verjagung der Bakunisten aus den Reihen der Internationale war, zeigte das schmähliche Treiben der bakunistischen Anarchisten in den folgenden Jahren, insbesondere während der Bürgerkriegsunruhen in Spanien in den Jahren 1873 bis 1874. In seiner Schrift „Die Bakunisten an der Arbeit" entlarvte Engels ihren schändlichen Verrat an der spanischen Arbeiterbewegung und wies überzeugend nach, daß die Bakunisten ihr ganzes anarchistisches Programm über Bord werfen mußten, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Situation gegenüberstanden. „... die Bakunisten in Spanien", schrieb Engels, „haben uns ein unübertreffliches Muster davon geliefert, wie man eine Revolution *nicht* machen muß." (Friedrich Engels, „Die Bakunisten an der Arbeit", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1941, S. 23)

Nachdem 1872 die Bakunisten an die Luft gesetzt und der Sitz des Generalrats von London nach New York verlegt worden war, wurde auf dem Kongreß in Philadelphia im Juli 1876 endgültig beschlossen, den Generalrat aufzulösen. Über die Gründe der Auflösung schrieb Engels an Sorge:

> „Die Internationale hat zehn Jahre europäischer Geschichte nach einer Seite hin — nach der Seite hin, worin die Zukunft liegt — beherrscht und kann stolz auf ihre Arbeit zurückschauen. Aber in ihrer alten Form hat sie sich überlebt." (Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", S. 93)

Marx und Engels sind nie Anhänger veralteter Organisationsformen gewesen. Stets vertraten sie die Ansicht, daß die Organisationsformen der Arbeiterbewegung den konkreten historischen Bedingungen und den jeweiligen Bedürfnissen der Arbeiterklasse untergeordnet werden müssen. Im Jahre 1876 hatte sich die internationale Arbeiterbewegung unter der Führung der ersten Internationale bereits so weit entwickelt, daß die Bildung nationaler Massenparteien der Arbeiter auf der Tagesordnung stand. In den Reihen der I. Internationale waren von Marx und Engels jene Kader entwickelt und geschult worden, die später die Organisatoren und Führer der proletarischen Massenparteien in den einzelnen Ländern wurden. Der Boden für eine neue höhere Etappe der Entwicklung der Arbeiterbewegung war vorbereitet worden. Die Internationale entsprach in ihrer damaligen Organisationsform nicht mehr den neuen Erfordernissen. Wie Engels damals schrieb, war für das Bestehen der Internationale in ihrer alten Form die proletarische Welt zu groß und zu weit geworden. Deshalb führten Marx und Engels ihre Auflösung durch.

Die historische Bedeutung der I. Internationale besteht darin, daß sie einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der kleinbürgerlichen,

utopisch-sozialistischen Strömungen und zur Verbreitung und Festigung des Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung leistete. Unter der Führung von Marx und Engels erzog sie das Proletariat im Geiste des unversöhnlichen und leidenschaftlichen Kampfes gegen sektiererische und opportunistische Elemente. Darüber hinaus schuf sie die Grundlagen für die Formierung und Entwicklung wirklicher proletarischer Parteien in Europa und Amerika. In den Entschließungen ihrer Kongresse und in den Adressen des Generalrates hinterließ sie der Arbeiterbewegung ein reichhaltiges Arsenal von Erfahrungen in den Fragen des Klassenkampfes des Proletariats. Die historische Bedeutung der ersten Internationale besteht schließlich darin, daß sie die Arbeiter aller Länder im Geiste des proletarischen Internationalismus erzog und das Fundament einer internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Sturms auf das Kapital legte. Damit ist sie auf ewig in die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung eingegangen.

Engels kam zur Zeit der Auflösung der I. Internationale zu der Überzeugung, daß die nächste Internationale — nachdem die Marxsche Lehre in einer Reihe von Jahren ihren Einfluß ausgeübt hätte — rein kommunistisch sein würde. Aber die 1889 gegründete II. Internationale erfüllte diese Hoffnung nicht. Sie führte zwar ein Wachstum der internationalen proletarischen Bewegung in die Breite herbei, aber ihre opportunistischen Führer verrieten den revolutionären Inhalt der Lehre von Marx und Engels. Die Epoche der II. Internationale wurde die Epoche der Herrschaft des Opportunismus in der internationalen Arbeiterbewegung.

Erst die von Lenin und Stalin nach dem ersten Weltkrieg geschaffene III., die Kommunistische Internationale, erfüllte das Vermächtnis von Marx und Engels und verwirklichte die alten Ideale des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

„Die weltgeschichtliche Bedeutung der III., der Kommunistischen Internationale besteht darin", schrieb Lenin am 1. Mai 1919, „daß sie damit begonnen hat, die große Losung Marx' in die Tat umzusetzen, die Losung, die aus der jahrhundertelangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die ihren Ausdruck findet in dem Begriff: Diktatur des Proletariats." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 550)

Heinz Lindner

Fred Oelßner: „Über die wirtschaftliche Rechnungsführung"

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die weitere Aufwärtsentwicklung unserer volkseigenen Wirtschaft ist die Herstellung einer solchen Ordnung in volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Hinsicht, die unseren gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen entspricht. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Ordnung — die bei weitem noch nicht erreicht wurde — ist die wirtschaftliche Rechnungsführung. Es ist erforderlich, die wirtschaftliche Rechnungsführung in jedem volkseigenen Betrieb zu verwirklichen. Die allgemeine Bedeutung der Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde zwar bisher in vielen Artikeln und Reden erläutert, es fehlte jedoch eine ausführliche wissenschaftliche Behandlung dieses Problems, unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Verhältnisse in unserer volkseigenen Wirtschaft. Diese Lücke wurde durch die Arbeit des Genossen Fred Oelßner, „Über die wirtschaftliche Rechnungsführung"*), geschlossen.

Der Verfasser hat in umfassender Weise und in leicht verständlicher Form die theoretischen Grundprinzipien erläutert, die der praktischen Arbeit der Führung unserer volkseigenen Wirtschaft in dieser Hinsicht zugrunde gelegt werden müssen. Die Erläuterung des Begriffes der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird wesentlich dazu beitragen, daß die vorhandenen Unklarheiten und teilweise verwirrenden Auffassungen beseitigt werden. Es gibt nicht wenige Wirtschaftsfunktionäre bei uns, die der irrigen Auffassung sind, daß das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung in ihrem Betrieb verwirklicht ist, wenn die Betriebsabrechnung von bisher 25 Tagen nach der Losinski-Opitz-Methode jetzt in drei oder fünf Tagen erfolgt. Sie vergessen dabei, daß die betriebliche Abrechnung nur ein Teil der betriebswirtschaftlichen Aufgaben ist. Andere wieder sind der Meinung, daß die wirtschaftliche Rechnungsführung alle Aufgaben unserer Wirtschaftsführung beinhaltet.

Ausgehend von den prinzipiellen Feststellungen des Genossen Stalin in seiner Arbeit „Neue Verhältnisse — neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus" erläutert Genosse Oelßner den Inhalt der wirtschaftlichen Rechnungsführung und kommt zu der Feststellung, daß die bewußte Anwendung des Wertgesetzes in veränderter Form als Instrument der volkswirtschaftlichen Planung benutzt wird.

Nach einer ausführlichen Darstellung des Inhalts und der Anwendung des Wertgesetzes — wie es von Karl Marx entwickelt wurde — unter besonderer Berücksichtigung des Doppelcharakters der Arbeit stellt der Verfasser die Forderung, „... daß man für jedes Produkt den gesellschaftlich notwendigen Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit exakt berechnet, um seine systematische Senkung herbeiführen zu können."

In einem ausführlichen Abschnitt ist die Kalkulation der Selbstkosten und die Notwendigkeit technisch begründeter Normen wie Materialverbrauchsnormen, Maschinenbelastungsnormen und Energieverbrauchsnormen als Voraussetzung für eine exakte Kalkulation behandelt. Nach einer kurzen Erläuterung der Normen für den Aufwand an lebendiger Arbeit, der Arbeitsnormen, wird die dritte Gruppe der Normen, die zur Festlegung der Gemeinkosten notwendig ist, angeführt.

---

*) Fred Oelßner: „Über die wirtschaftliche Rechnungsführung", Verlag „Die Wirtschaft", Berlin 1952.

Fred Oelßner kommt zu der wichtigen Feststellung, „... die allgemein volkswirtschaftlichen Normen können nur fortschrittliche Durchschnittsnormen sein, die den zu erreichenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand ausdrücken."

Für den Betriebspraktiker sind von großer Bedeutung die detaillierten Ausführungen über die exakte Kalkulation im Betrieb, um die notwendige Senkung der Selbstkosten zu erreichen. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit als entscheidende Methode zur Senkung der Selbstkosten wird vor allem durch den Wettbewerb, die Anwendung fortschrittlicher Produktionsmethoden, insbesondere die der sowjetischen Stachanow-Arbeiter und Neuerer, erreicht. Auch die Verringerung der Produktions- und Arbeitszeitverluste ist von großer Bedeutung, und es wird mit Recht die Forderung erhoben, ein allgemeines strenges Sparsamkeitssystem in jedem Betrieb einzuführen.

Die ausführliche Behandlung der Preisbildung vom Standpunkt der bewußten Anwendung des Wertgesetzes als Instrument der Planung hat nicht nur für unsere Finanzfachleute Bedeutung. Besonderen Wert für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Erhöhung der Rentabilität hat das Prinzip der materiellen Interessiertheit der Arbeiter und Angestellten an der Durchführung der betrieblichen Aufgaben. Der Direktorenfonds wird als ein wichtiges Mittel zur Durchführung dieses Prinzips bezeichnet, weil durch ihn die unmittelbare Beteiligung der Werktätigen an den wirtschaftlichen Erfolgen des Betriebes verwirklicht wird. Die Ausführungen über den Direktorenfonds werden hoffentlich mit dazu beitragen, daß die vorhandenen Unklarheiten künftig beseitigt werden.

Fred Oelßner unterstreicht die Notwendigkeit einer genauen Buchführung für unsere volkseigene Wirtschaft. Eine unordentliche Buchhaltung im volkseigenen Betrieb oder volkseigenen Gut hindert die weitere Verbesserung der Arbeit und die Senkung der Selbstkosten.

Ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen, die gegenwärtig in unseren volkseigenen Betrieben noch vorhanden sind, kommt der Verfasser zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, vor allem folgende Beschlüsse der Partei und Regierung schnellstens durchzuführen: die Umwandlung des volkseigenen Betriebes in eine selbständige juristische Person und Durchführung des Prinzips der persönlichen Verantwortlichkeit des Direktors, die allgemeine Einführung des Vertragssystems, die Ausarbeitung der erforderlichen Normen, die Festlegung einheitlicher Lieferpreise, die Herausgabe richtiger Lohngruppenkataloge und eine Reihe weiterer Maßnahmen.

Der Verkehr zwischen den volkseigenen Betrieben, die sich als selbständige juristische Personen gegenüberstehen, kann nicht schematisch auf die innerbetriebliche Zusammenarbeit übertragen werden. Weder kann man eine Brigade oder eine Abteilung zu einer selbständigen juristischen Person machen, noch können diese juristische Verträge mit Konventionalstrafe usw. abschließen. Dieser Hinweis, der auf die in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen aufbaut, ist bedeutungsvoll und wird dazu beitragen, die teilweise vorhandenen Übertreibungen zu beseitigen.

Sowohl in der Einleitung als auch in seinen Schlußbemerkungen weist Genosse Oelßner auf die bedeutende Rolle unserer Partei bei der Ausarbeitung und Festlegung der Aufgaben und der Durchführung derselben hin.

An die Spitze stellt er dabei die Notwendigkeit, den werktätigen Menschen das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu erklären und zu erläutern. Die von ihm angeführten weiteren Aufgaben der Partei in dieser Hinsicht, die aus den Beschlüssen unserer Partei resultieren, erfordern von jedem Parteimitglied im volkseigenen Betrieb eine erhöhte Aktivität und eine vorbildliche Arbeit.

Die vorliegende Schrift ist ein guter und notwendiger Beitrag für unseren Kampf um die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in jedem Betrieb. Zu wünschen ist nur, daß auch die Probleme, die vom Verfasser nur in zusammengedrängter Form behandelt oder angedeutet werden konnten, bald ausführlicher behandelt werden.

Willi Stoph

Zur Diskussion über die formale Logik

Im Heft 1, 1952 der „Einheit" haben wir das Referat des Genossen Ernst Hoffmann „Über den Gegenstand der formalen Logik" zur Diskussion gestellt. Wir veröffentlichen nachstehend drei Einsendungen, in denen zu den Ausführungen des Genossen Ernst Hoffmann kritisch Stellung genommen wird.

Das Redaktionskollegium

Zur Frage der formalen Logik

Der in Heft 1 wiedergegebene Vortrag des Genossen Ernst Hoffmann „Über den Gegenstand der formalen Logik" ist das Ergebnis eines intensiven Studiums des Philosophen Hegel. Seine Ausführungen zeigen aber auch, welche Gefahren mit diesem Studium verbunden sind.

Die formale Logik ist grundverschieden von der dialektischen Logik des dialektischen Materialismus. Diese beiden Arten der Logik bezeichnen jede eine besondere Art des Herangehens an irgendwelche Probleme. Der Unterschied zwischen formaler und dialektischer Logik beruht „auf der Verschiedenheit des Verfahrens gegenüber dem gleichen Gegenstand, auf dem Unterschied in der Methode der Erkenntnis des Gegenstandes". („Einheit", Heft 1, 1952, S. 54). Die formale Logik ist „ein Verfahren, das nicht in das innere Wesen der Wirklichkeit einzudringen vermag und bei der äußeren Erscheinung der Wirklichkeit stehen bleibt". (S. 63) Wohlgemerkt: „Stehen bleibt"!

Die dialektische Logik geht von der Bewegung aus und bleibt nicht stehen, sondern stößt zum *Wesen* der Dinge vor. Sie „erfaßt den gesamten Denkprozeß, sein inneres dialektisches Wesen" (S. 63). Man kann aber zu dem Wesen der Dinge nicht vordringen, ohne die äußere Erscheinung der Wirklichkeit zu passieren. Man darf also bei den Gesetzen der formalen Logik nicht verweilen, ohne sie in den Prozeß des dialektischen Erkennens einzubeziehen und aufzulösen. Genosse Hoffmann sagt auch: „Der Gegensatz zwischen formaler und dialektischer Logik trägt keinen unüberbrückbaren, antagonistischen Charakter." In der Tat ist der Denkablauf in der *Praxis* unteilbar. „In Wirklichkeit findet dieser Prozeß der Überwindung der Schranken der formallogischen Gesetze auch ohne die bewußte Anwendung der dialektischen Methode im Denken statt. Denn wie hätte die Menschheit Hunderttausende von Jahren existieren und emporsteigen können, wenn sie sich ausschließlich an die vier Denkregeln gehalten und ununterbrochen gegen das dialektische Wesen der Wirklichkeit gehandelt hätte?" (S. 62)

Die vier Denkregeln der formalen Logik sind:

1. Der Satz der Identität. A = A. Jedes Ding ist sich selbst gleich.
2. Der Satz des Widerspruchs. A nicht gleich Nicht-A.
3. Der Satz des ausgeschlossenen Dritten. Etwas ist entweder A oder Nicht-A, es gibt kein Drittes.
4. Der Satz vom zureichenden Grunde. Alles hat seinen zureichenden Grund.

Auf den ersten Blick sind diese Denkregeln so inhaltsleer wie nur möglich Sollte nicht aber etwas dahinter stecken? — Nicht etwas Geschichtliches? Die mittelalterliche Theologie und Scholastik scheint hier besonders Pate gestanden zu haben. Wir sehen die Masse der Gläubigen stehen, die keinen Zutritt zum Allerheiligsten hat. Es bleibt ihr vorbehalten, die „äußere Erscheinung" zu studieren. Sie hört aus allem nur die Stimme: „Du gleichst dem

Geist, den du begreifst, nicht mir!" Zweifellos steht die formale Logik ihrem Herkommen nach mit der metaphysischen Denkweise und dem Idealismus in naher Verwandtschaft. Genosse Hoffmann bestreitet, daß die formale Logik Metaphysik sei. Dann wäre sie also Dialektik. Er bestreitet auch, daß sie idealistisch sei. Dann wäre sie also materialistisch. Was bleibt also von ihr anderes als der dialektische Materialismus. — Gut, auch dieser steckt dahinter.

Man kann z. B. den Satz des Widerspruchs so wie Hegel erläutern: „Alle Dinge sind an sich selbst widersprechend und zwar in dem Sinne, daß dieser Satz gegen die übrigen vielmehr die Wahrheit und das Wesen der Dinge ausdrücke". (W. I. Lenin, „Aus dem philosophischen Nachlaß", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 54). A ist nicht gleich Nicht-A. Hegel legt das Nicht-A in das A hinein, nämlich die Tendenz zur Bewegung, zur Veränderung. Das sich bewegende A ist gleichzeitig A und Nicht-A. Aber das ist Sache der dialektischen Logik, nicht der formalen. Wir werden also gemahnt, bei den vier Sätzen der formalen Logik und ihrer „Geistesgymnastik" nicht stehen zu bleiben. Wir können von ihr aus zwei Wege einschlagen, entweder den Weg ins reaktionäre Lager oder in den dialektischen Materialismus.

Welchen Weg geht nun Genosse Hoffmann? Praktisch keinen von beiden. Er will zwar über die formale Logik hinausgehen in die dialektische Logik, aber seine Forderungen, die er als Ergebnis seines Vortrages aufstellt, beweisen, daß er auf der Stelle tritt. „Zunächst", sagt er, „halte ich es für eine dringende Aufgabe, in unseren Oberschulen, Fachschulen und Arbeiter- und Bauernfakultäten den Unterricht in formaler Logik einzuführen. Die Durchführung dieser Aufgabe bedeutet die Heranbildung von Lehrern der formalen Logik sowie die Herausgabe von Lehrbüchern der formalen Logik" (S. 64). Das ist aber die bewußte Trennung der formalen Logik von der dialektischen Logik! Eine Gleichstellung und sogar Voranstellung der formalen Logik vor die dialektische Logik! Das ist der Formalismus in Person! Das ist nicht die Anleitung zum Handeln, wie sie der dialektische Materialismus gibt! Das ist nicht der Sprung und das Untertauchen in den Fluß der dialektischen Gesetzmäßigkeit, sondern die Behinderung des Handelns durch geistige Vorbehalte! Wir hören Goethes Mephistopheles: „Dann lehret man Euch manchen Tag, daß, was Ihr sonst auf einen Schlag getrieben wie Essen und Trinken frei, Eins! Zwei! Drei! dazu nötig sei". — Eigentlich müßte es ja heißen: Eins! Zwei! Drei! Vier! ... ! — Ja, man käme nach den Denkregeln der formalen Logik streng genommen überhaupt nicht zum Essen und Trinken! Wie trinkt man nach diesen Denkregeln ein Glas Wasser? — Das ganze Glas? Halt! — man kann es darum nicht, weil dem Ganzen doch die Hälfte vorangehen muß. — Also die Hälfte! ... Halt! Du kannst die Hälfte nicht trinken, denn wie Du weißt, geht ein viertel Glas dem halben Glas voran! Und so fort: Immer erst die Hälfte! Unmöglich also, überhaupt zu trinken!

Auch verlangt die formale Logik, daß wir nicht von der Bewegung ausgehen, sondern von der Ruhe. Bevor wir ans Werk gehen, treten wir daher, um uns zu sammeln, in den Tempel der formalen Logik ein. Gebet: A = A, A nicht gleich Nicht-A, usw. usw. nach den vier Himmelsrichtungen. Mit dieser logischen Rückenstärkung geht man formell gesteift in den Kampf für Einheit und Frieden; aber nicht für das ganze Deutschland, zunächst das halbe, dann so fort — wie beim Glas Wasser! —

Selbstverständlich will das alles Genosse Hoffmann nicht. Es ist nur der eine der beiden möglichen Wege, der von der formalen Logik in des Teufels

Küche. Aber die Gefahr ist da, wenn man nicht ohne Vorbehalt unverzüglich den Weg des dialektischen Materialismus geht.

Für Genossen Hoffmann handelt es sich einmal um eine Sache der Erziehung, zum anderen der Wissenschaft. Er charakterisiert die Stufe der formalen Logik als Anfangsstufe (S. 61), auf der „das Denken nur eine elementare Erkenntnis, eine erste ungenügende Annäherung an die Wirklichkeit zu vermitteln" vermag. Er hält sie aber für „eine unersetzliche und beständige Basis für jede höhere Erkenntnis, für das Eindringen in das Wesen der Wirklichkeit." Müssen aber deswegen die Schüler auf einer elementaren Stufe festgehalten werden, die nur eine ungenügende Annäherung an die Wirklichkeit vermittelt und „bei der äußeren Erscheinung der Wirklichkeit stehen" bleiben? Ist es nötig, so umständlich den Schülern die Augen aufzuknöpfen? Wer zweifelt daran, daß die Betrachtung der äußeren Erscheinung der Dinge notwendig für alles weitere Erkennen ist?

Aber Hoffmann will mehr: „Um zum Wesen der Dinge vordringen zu können, muß das Denken die Dinge im einzelnen untersuchen, sie aus ihrem natürlichen Zusammenhang herausreißen, sie zerlegen und analysieren. Dadurch aber abstrahiert das Denken zunächst von der wechselseitigen Abhängigkeit und Bedingtheit der Erscheinungen, von der Bewegung und Entwicklung der Dinge, also vom eigentlichen Wesen der Wirklichkeit." — Das heißt also, Beiseitesetzen des dialektischen Erkennens und „des eigentlichen Wesens der Wirklichkeit"! Ein höchst gefährliches Beginnen, das direkt in die Metaphysik führt! Es ist genau das Verfahren des Metaphysikers, das Hoffmann hier beschreibt!

Gesetzt, der Urgeschichtsforscher hebt einen archäologischen Fundgegenstand aus der Erde, so wird er ihn selbstverständlich genau untersuchen und betrachten. Es genügt aber nicht, daß er nur viele Details sammelt, daß er konstatiert, etikettiert und vielleicht auch periodisiert. Mit archäologischen Mitteln allein kann er zum Beispiel keine Geschichte der Arbeitsteilungen aufstellen, die Basis für den geschichtlichen Überbau. Er muß die Verbindung mit der Ethnologie suchen. Wohl kann auch der Archäologe dialektisch verfahren, wenn er seinen Gegenstand in ein Netz von Beziehungen und Veränderungen stellt, wenn er nicht nur Tatsachen aneinanderreiht, und ihm die Entwicklung nicht gleichbedeutend mit Wiederholung ist. Sonst wäre seine Wissenschaft „tot, arm, trocken". (s. Lenin, Philosophischer Nachlaß, Kap.: Zur Frage der Dialektik). Die echte, zum „Wesen" der historischen Entwicklung vordringende Wissenschaftlichkeit folgt dem Hauptsatz der Dialektik, wie Lenin ihn bezeichnet: „Spaltung des Einheitlichen in einander ausschließende Gegensätze und deren gegenseitige Beziehung". Damit liefert die Dialektik den Schlüssel zur „Selbstbewegung" alles Seienden, den „Sprüngen", der „Unterbrechung der Allmählichkeit", der „Verwandlung in das Gegenteil", der „Vernichtung des Alten und Entstehung des Neuen", dann ist sie „lebendig". Dann kann sie den Übergang von der Quantität in eine neue Qualität vollziehen.

Was dem Genossen Hoffmann vorschwebt, scheint das verschiedene wissenschaftliche Verfahren zu sein, das sich aus der Unterscheidung von quantitativer und qualitativer geschichtlicher Entwicklung ergibt. Wie er sagt, beschäftigt sich die dialektische Logik „mit der Überwindung der Schranken der formalen Logik, um der objektiven Wahrheit näherzukommen, um das innere Wesen der Wirklichkeit zu erfassen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das

Hinausgehen über die Grenzen der formal-logischen Gesetze einen diskontinuierlichen Vorgang, einen sprunghaften Übergang von einer Qualität in eine andere darstellt". Hoffmann nimmt also für die geschichtlichen Perioden, in denen die allmähliche quantitative Anreicherung vor dem Umschlagen der Quantität in die neue Qualität geschieht, augenscheinlich die formale Logik in Anspruch und läßt ihr die dialektische Logik für die Periode des Übergangs in die höhere Qualität folgen. Dadurch würde er aber nur die undialektische Arbeit der nicht wenigen Wissenschaftler stabilisieren und verteidigen, die an der äußeren Erscheinung der Dinge haften bleiben, und die ihre Art verselbständigen, verabsolutieren, was sich besonders dann zeigt, wenn sie noch diejenigen angreifen, die in das Wesen der Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung einzudringen versuchen.

Meine Kritik richtet sich dagegen, daß die formale Logik, sei es aus welchem Grunde auch immer, derart in den Vordergrund gerückt wird, wie es Genosse Hoffmann versucht. Das Aufgebot von Gelehrsamkeit kann uns nicht über den reaktionären Kern seines Vorhabens täuschen. Es muß uns genügen, daß wir die Waffe der dialektischen Logik besitzen, und Genosse Hoffmann beweist uns, daß wir am dialektischen Materialismus immer noch keinen Überfluß haben. Jedenfalls hat die formale Logik heute kein Recht, so anspruchsvoll aufzutreten; wichtiger wäre es, die Anwendung des dialektischen Materialismus auf neue Forschungsgebiete zu unterstützen.

Schuld an dieser Reaktion ist Ernst Hoffmann selber, vor allem deshalb, weil er an den Anfang des menschlichen Denkens historisch die formale Logik setzt!!

Heinrich Eildermann

Formale Logik und Metaphysik

Auf der philosophischen Konferenz in Jena im November 1951 hat Ernst Hoffmann über das Thema „Der Gegenstand der formalen Logik" referiert.

Am Anfang dieses Referates stehen fünf Thesen, deren Begründung die dann folgenden Ausführungen dienen. Gegen Ende dieser Ausführungen kommt Hoffmann u. a. zu dem Schluß: „Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß formale Logik und Metaphysik zwei verschiedene Dinge sind, die man nicht verwechseln darf." Und ferner: „Es genügt nicht, sie (die formale Logik — K. S.) vom Idealismus zu befreien, sie muß außerdem von der Metaphysik befreit werden." Man gewinnt jedoch aus den Ausführungen nicht den Eindruck, daß der Gegensatz von formaler Logik und Metaphysik überzeugend nachgewiesen wird. Und auch über die Befreiung der formalen Logik von der Metaphysik wird eigentlich nichts Konkretes gesagt. Die formale Logik umfaßt insbesondere die Lehre vom Begriff, vom Urteil und vom Schluß und die vier Grundgesetze des Denkens, d. s. der Satz der Identität, des Widerspruchs, des ausgeschlossenen Dritten und der Satz vom zureichenden Grunde. Diese Grundgesetze bestimmen die Begriffsbildung und deren Inbeziehungsetzung innerhalb der formalen Logik, das heißt die wahre Erkenntnis der objektiven Realität durch das Denken. Hoffmann sagt hierzu: „Die formale Logik hingegen untersucht ihren Gegenstand mit Hilfe der vier bekannten Grundgesetze ... In diesen Gesetzen besteht das Verfahren der formalen Logik, die objektive Wahrheit zu erkennen."

Die vier Grundgesetze sind also wesentlicher Bestandteil der formalen Logik. Werden sie eliminiert, so verliert die Logik ihre Funktionstätigkeit, ist keine Logik mehr. Treten an ihre Stelle die Grundzüge der Dialektik, so wird die Logik dialektische Logik. Nun erfordern aber die vier Grundgesetze der formalen Logik eine Bildung und Inbeziehungsetzung der Begriffe, die die Erscheinungen als isoliert widerspiegeln, die wechselseitige Beziehungen der Erscheinungen als rein äußerlich betrachten, ihnen Veränderungen aus innerer Kraft absprechen und Widersprüche als mit ihnen unvereinbar betrachten. Diese Grundsätze sind aber charakteristisch für metaphysisches Denken; bedingen dasselbe. Will man also die formale Logik von der Metaphysik befreien, so müssen an die Stelle der Grundgesetze andere, nicht metaphysische Gesetze treten. Das können dann aber nur die der Dialektik sein, da andere nicht existieren. Es drängt sich daher die Frage auf: Was haben wir unter einer formalen Logik zu verstehen, die nicht metaphysisches Denken erfordert, deren Begriffe also nicht durch die vier Grundgesetze bestimmt werden, die aber auch nicht dialektische Logik ist? Oder anders ausgedrückt: Wie befreien wir die alte metaphysische formale Logik von der Metaphysik, ohne ihr Wesen zu zerstören?

Die Beantwortung dieser Frage und die Lösung der damit gestellten Aufgabe muß selbstverständlich dem Unterricht formaler Logik vorangehen. Ob dieses Fach z. Zt. für unsere Schulen überhaupt schon notwendig ist, mag bezweifelt werden.

Kurt Schröder

Über den Gegenstand der formalen Logik

Als Volkskorrespondent bringe ich zwar die wissenschaftliche Tiefe nicht mit, die für das Thema gewiß vorauszusetzen ist, das in der „Einheit", Heft 1, 1952 zur Diskussion gestellt wurde. Aber dennoch melde ich mich zum Wort, um in der Resonanz erkennen zu lassen, daß das Thema nicht ausschließlich den Wissenschaftler anspricht.

Offen blieb die Frage, wo die formale Logik aufhört und die dialektische Logik beginnt. Sie läßt sich vermutlich nicht abgrenzen. Jeder Referent versucht, mit viel formaler Logik sein Thema zu würzen. Er beginnt dialektisch, also vom Zusammenhang der Dinge aus, und wechselt schnell und immer wieder in die formale Logik zurück, um dem anspruchslosesten Denker verständlich zu erscheinen. Würde ausschließlich dialektisch referiert, dann wird der Gedankenflug nicht von der Aufmerksamkeit aller Hörer begleitet sein.

Auf dem 3. Volkskorrespondenten-Kongreß der „Freiheit" in Halle hatte der Diskussionsbeitrag eines Bauernkorrespondenten, der fast ausschließlich formale Logik enthielt, den gleich starken Beifall wie das mit dialektischer Logik gehaltene Schlußwort des Chefredakteurs. Beide Erscheinungen konkurrieren, sind in sich logisch, also selbständig. Der Verfasser, Ernst Hoffmann, stellt dazu die These auf: „Formale und dialektische Logik widersprechen einander." Kein Volkskorrespondent hatte auf dem Kongreß den Eindruck, daß sich der Bauernkorrespondent und der Chefredakteur auf ihren selbständigen logischen Ebenen widersprachen. Also ist im Alltag festzustellen, daß sich beide Stufen der Logik ergänzen, sich verwandtschaftlich zueinander verhalten, aber auch selbständig gleiche Ziele anstreben können. Hoffmann

glättet im Thema den Widerspruch mit dem antagonistischen Bügeleisen und bügelt die Zweisamkeit der Logik auf neu; er spricht: „Die beiden Arten der Logik repräsentieren zwei Stufen in der Entwicklung des Denkens, die formale Logik die elementare, niedere Stufe und die dialektische Logik die höhere Stufe des Denkens." Ja, das ist der Kern seines Aufsatzes, seiner wissenschaftlichen Beweisführung. Es ist sehr schwer, sich bis an die Schlußfolgerung heranzulesen und sehr mühsam, die Theorie zu ordnen. Sie strahlt nicht und bleibt unlebendige Philosophie, widersprechend der Lebendigkeit des Fortschritts.

Aber wie gesagt, ich bin unwissenschaftlich hier eingedrungen. Und es war nur meine Absicht, auf die gedankliche Lebendigkeit aufmerksam zu machen, die jede Studierstube umflutet. Weil die Wahrheit ein Prozeß ist, sich ändert und sich entwickelt, wird ihr auch in diesem Fall der Sprung über den Schreibtisch gestattet sein. Sie grüßt ehrerbietig die Wissenschaft und bittet, volksverständlicher zu sein.

Alfred Dubrowsky

Entschließung des Zentralkomitees der SED

zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung

I.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dank der Festigung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen entscheidende Erfolge auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens erzielt. Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951 — des ersten Jahres des Fünfjahrplanes — führte zu einem weiteren großen Aufschwung unserer Industrie, vor allem der Grundstoffindustrie. Neue Betriebe des Hüttenwesens, des Schwermaschinen- und des Schiffsbaues wurden errichtet, die Ausrüstung vieler Betriebe mit neuer Technik wurde begonnen. Bedeutsame Erfolge wurden auch in der Steigerung der Erträge der landwirtschaftlichen Produktion errungen. Dies führte zu einer weiteren Vermehrung des Volkseinkommens und zur Festigung unserer Währung. Täglich kommen mehr und bessere Waren zu stabilen Preisen zur Versorgung der Bevölkerung auf den Markt. Die Lebenshaltung der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik erhöht sich ständig. Die Fortschritte auf kulturellem Gebiete zeigen sich in der Hebung des Niveaus im Schulwesen, in Wissenschaft und Forschung, in der steigenden Zahl der Studierenden an den Hoch- und Fachschulen, besonders aus den Kreisen der werktätigen Jugend, im Übergang zum Realismus in der Kunst, in erster Linie beim Theater, beim Film und in der Musik.

Im Zusammenhang mit diesem Aufschwung vollzieht sich im Bewußtsein der Massen ein tiefgehender Prozeß. Die wachsende Erkenntnis vom Wesen und der Rolle der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Kampf um Frieden, Einheit und Aufbau beschleunigt die Herausbildung eines neuen, demokratischen Staatsbewußtseins. Das neue Verhältnis zur Arbeit findet seinen sichtbaren Ausdruck in der Entfaltung der Masseninitiative, der Aktivisten- und Neuererbewegung, in den Selbstverpflichtungen der Arbeiter, der werktätigen Bauern und der Intelligenz. Mit den Erfolgen des Aufbaues und der ideologischen Entwicklung der Massen wächst ihr Selbstbewußtsein, entwickelt sich in zunehmendem Maße ihre Kritik gegenüber den Mißständen, der Unfähigkeit und der Mißachtung der Sorge um den Menschen.

II.

Der Aufstieg der Werktätigen zum besseren Leben hängt von der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes, in erster Linie von der Steigerung der Arbeitsproduktivität ab. Diese Entwicklung wird durch ernste Erscheinungen des Bürokratismus, der konservativen Einstellung gegenüber dem Neuen, der Scheu vor der Verantwortung, des Mangels an Disziplin, des Schlendrians und der routinemäßigen Behandlung der Aufgaben gehemmt. Es zeigen sich weiter eine Reihe ernster Fälle des Zurückbleibens und der Isolierung leitender Funktionäre der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsappa-

rates von den Massen. Angesichts der wachsenden Aktivität der Massen genügen offenkundig die Beziehungen vieler Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung zu den Massen nicht mehr den neuen Bedingungen. Statt die Politik der Partei der Bevölkerung zu erläutern und sie für deren Durchführung zu mobilisieren und zu organisieren, statt die Gesetze den Werktätigen zu erklären und ihre Verwirklichung operativ anzuleiten und zu kontrollieren, arbeiten einige Organe rein administrativ, bürokratisch und lähmen dadurch die Initiative der Massen. Diese Funktionäre und leitenden Organe sind gegenüber ihrer Hauptaufgabe blind geworden — die Massen zu überzeugen und zu erziehen.

Das Zentralkomitee stellt fest, daß die Verwaltungsorgane die Gesetze ungenügend studieren und keinen beharrlichen ideologischen und politischen Kampf um ihre Verwirklichung führen. Sie mißachten vielfach die Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung; ihre hauptsächliche Verbindung mit den Gemeinden sind die Rundschreiben. Sie verstehen es noch nicht, die Initiative der breiten Massen in der Leitung des Staatsapparates wirksam zu machen.

Wohin die Entfremdung von den Massen, das bürokratische Verhalten zu den Aufgaben, die Selbstzufriedenheit führen, lehren die Partei und die Werktätigen einige ernste Vorkommnisse. So konnte es in Saalfeld geschehen, daß eine kleine Gruppe feindlicher Elemente das ungenügende Staatsbewußtsein unter einem Teil der Bevölkerung ausnutzte und antidemokratische Handlungen provozierte, ohne daß die Organe der Partei, der Massenorganisationen und Verwaltung rechtzeitig Maßnahmen gegen die Feinde und zur Überzeugung der Massen ergriffen. Auf der Konferenz der VdgB (BHG) in Hagenow konnten ein paar Reaktionäre den Delegierten ihre bauernfeindliche Politik aufzwingen, weil sich unsere Genossen in der Kreisleitung und im Kreisrat völlig mangelhaft um die Interessen der werktätigen Bauern und die Festigung der VdgB (BHG) gekümmert hatten. Das bürokratische und herzlose Verhalten der Betriebsleitung des Bergwerkes „Albert Funk" in Freiberg gegenüber wiederholten berechtigten Beschwerden der Belegschaft, die hervorragende Leistungen in der Erfüllung ihres Produktionsplanes vollbracht hat, leistete der zersetzenden Tätigkeit von Klassenfeinden unter Teilen der Belegschaft Vorschub; die Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik, Überheblichkeit, Ersetzung der konkreten Anleitung und Hilfe durch die Methode des Kommandierens waren die Gründe für die schwerwiegenden Fehler beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost.

In der Mehrheit dieser und aller anderen ähnlich gelagerten Fälle erweist es sich immer wieder als Ursache der Fehler und Mißstände, daß Kritik und Selbstkritik unterschätzt oder sogar unterdrückt wurden und die Verbindungen mit den Massen völlig ungenügend waren. Ein besonders krasser Fall der Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik war die Handlungsweise des Mitglieds des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ersten Sekretärs der Landesleitung Sachsen, des Genossen Ernst Lohagen. Weil der Genosse Müller an der Arbeit des Landesausschusses Sachsen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Kritik übte, was sein Recht ist, wurde er vom Genossen Lohagen gemaßregelt und aus seiner Funktion entfernt. Damit machte sich Genosse Lohagen der groben Verletzung der innerparteilichen Demokratie und des Parteistatuts schuldig. Die Antwort des Genossen Lohagen auf die ernste, beispielgebende und helfende Kritik der Zeitung „Tägliche Rundschau" war formal und umging die Grundfragen.

Genosse Lohagen erkannte in seiner Antwort die Kritik und Selbstkritik in Worten an, aber er hatte nicht gezeigt, daß er dieses Entwicklungsgesetz unserer Partei in der Tat anwenden will. Das Landessekretariat Sachsen hat die unzulässige Maßnahme des Genossen Lohagen geduldet, um den „Familiengeist" und die „Freundschaft" nicht zu stören. Leider sind solche Methoden und Auffassungen der „Familienpolitik" auch in einigen anderen leitenden Organen der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates verbreitet.

Das Zentralkomitee verurteilt das Verhalten des Genossen Lohagen und fordert die gesamte Parteimitgliedschaft auf, aus dem Fehler des Genossen Lohagen zu lernen, daß die Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person, die Kritik von oben nach unten und von unten nach oben eine der zentralen Aufgaben des Tages ist.

Das Zentralkomitee unterstreicht dabei, daß bisher allerdings mehr Kritik von oben nach unten als umgekehrt geübt wurde, was beispielsweise im Verlauf der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten deutlich zutage getreten ist.

Das Zentralkomitee stellt fest, daß in seiner eigenen Tätigkeit noch erhebliche Fehler und Mängel vorhanden sind.

Die Parteiführung stellt selbstkritisch fest, daß sie nicht rechtzeitig bestimmte Erscheinungen in einzelnen Großbetrieben und Kreisen analysiert und Schlußfolgerungen gezogen hat und nicht genügend die Durchführung der Beschlüsse kontrolliert. Diese Schwächen kommen auch zum Ausdruck im nicht genügend umfassenden wissenschaftlichen Studium einiger politischer Probleme, in der noch ungenügenden Anleitung und Kontrolle der nachgeordneten Parteiorgane und leitenden Genossen im Staatsapparat, in der zu langsamen wissenschaftlichen Qualifizierung seiner Mitarbeiter. Im Arbeitsstil der Abteilungen des Zentralkomitees äußern sich Schwächen in der Hinsicht, daß die Lösung der Hauptaufgaben nicht immer im Mittelpunkt der Tätigkeit steht. So kommt es, daß gewisse Materialien, die vom Apparat des Zentralkomitees herausgegeben wurden, nicht das erforderliche ideologische und politische Niveau besitzen. Die Landes- und Kreisleitungen werden manchmal mit Anweisungen und Rundschreiben überhäuft.

Das Zentralkomitee muß einen entschiedenen Kampf um die Verbesserung des Arbeitsstils, der Methoden der konkreten und operativen Anleitung und Kontrolle, der beschleunigten Qualifizierung seines Apparates mit dem Ziel führen, eine größere Wissenschaftlichkeit in seiner gesamten Arbeit zu erreichen, um damit die Partei noch besser und kühner zu führen.

Genosse Stalin lehrt uns:

„Ohne Selbstkritik gibt es keine richtige Erziehung der Partei, der Klasse und der Masse."

Das Zentralkomitee erklärt, daß es unnachsichtlich gegen alle Versuche der Einschüchterung, der Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik einschreiten wird. Die Partei muß die Werktätigen zur Unduldsamkeit gegenüber bestehenden Fehlern und Mängeln erziehen.

Die offene und breite Anwendung von Kritik und Selbstkritik, die rasche Überwindung der Schwächen und Mißstände sind um so dringender, als die feindlichen Klassenkräfte die durch Selbstzufriedenheit und Bürokratie her-

vorgerufene Abstumpfung der politischen Wachsamkeit und jeden Mißstand für ihre verschärfte Kriegshetze und für ihre verstärkte Sabotage-Diversionstätigkeit auszunutzen versuchen.

III.

Um die entscheidenden Aufgaben: Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland, Herstellung der Einheit des Vaterlandes auf demokratischer Grundlage und Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im wichtigsten Jahre des Fünfjahrplanes erfolgreich zu lösen, ist die kühne und entschlossene Einbeziehung der breiten Volksmassen in diesen Kampf notwendig.

Um die Parteiarbeit zu verbessern, lenkt das Zentralkomitee die Aufmerksamkeit der Parteileitungen und der Mitgliedschaft auf folgende Aufgaben:

1. a) Im Mittelpunkt der Arbeit der Partei und der Massenorganisationen steht die Aufklärung und Erziehung der Massen. Es ist ein ernsthafter Kampf um das Studium und die konsequente und disziplinierte Durchführung der Beschlüsse der Partei, der Gesetze und Verordnungen der Regierung zu entwickeln.

   Unsere Parteileitungen und die Genossen in den Massenorganisationen und staatlichen Organen müssen eine strenge Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse, Gesetze und Verordnungen organisieren, wobei die Massen in die Kontrolle miteinzubeziehen sind.

   b) Das Zentralkomitee fordert die gesamte Partei auf, einen systematischen, offensiven Kampf gegen alle Erscheinungsformen der feindlichen Hetze zu entfalten und die Massen zur ideologischen und politischen Wachsamkeit gegenüber den offenen und versteckten Methoden der feindlichen Sabotage und Diversion zu erziehen. Eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür ist die verstärkte und qualifiziertere marxistisch-leninistische Schulung der Parteikader und der Mitgliedschaft. Zu diesem Zwecke muß der Unterricht in unseren Parteischulen, Kursen und Zirkeln darauf gerichtet werden, die Genossen zu befähigen, die Theorie im Leben richtig anzuwenden.

   c) Die Freiheit der innerparteilichen Kritik und der innerparteilichen Demokratie ist zu sichern. Es ist ein entschlossener Kampf gegen die nichtparteimäßigen und unkameradschaftlichen Methoden der Auseinandersetzung und des Kommandierens gegenüber den einfachen Arbeitern zu führen.

   d) Kritik und Selbstkritik dürfen sich nicht in der Registrierung der Fehler und Mißstände erschöpfen, sondern müssen zu deren energischer und konsequenter Beseitigung führen.

   e) Neben der Agitation und Propaganda ist die wichtigste Methode der Einwirkung der Partei auf die Massen das vorbildliche und beispielhafte Arbeiten der Parteimitglieder selbst. Jedes Parteimitglied soll lernen, persönliche Verantwortung zu tragen. Die Parteiorganisationen müssen mit Unterstützung der parteilosen Arbeiter einen entschiedenen Kampf gegen die Erscheinung der Demoralisierung einzelner Funktionäre führen.

   f) Um die Arbeit der Kreisleitung qualitativ zu verbessern, ist es erforderlich, daß die politisch stärksten und geschultesten Genossen in die Kreisleitungen gewählt werden. Es muß entschieden Kurs darauf ge-

nommen werden, daß die Mitglieder der Kreisleitungen höhere Parteischulbildung erhalten. Es ist Sorge zu tragen, daß eine Reihe qualifizierter Funktionäre aus zentralen Apparaten der Massenorganisationen und der Verwaltungen zur Arbeit in die Kreisleitungen entsandt werden.

g) Besonders wichtig ist die Verbesserung der Kaderarbeit. Die Parteileitungen müssen ihr Augenmerk auf die sorgsame Auswahl jener neuen Kader richten, die sich gerade jetzt mit der wachsenden politischen Aktivität der Massen entwickeln. Die Parteileitungen sollen sich vor allem mehr um die Förderung der Landarbeiter, der werktätigen Bauern, der Frauen und Mädchen kümmern.

h) Zur Verbesserung der Parteiarbeit in den Kreisen ist die Rolle und die Tätigkeit des Parteiaktivs zu entwickeln, seine Zusammensetzung umgehend zu verbessern und seine Qualifizierung durch die Veranstaltung besonderer Lektionen und Vorträge vor dem Parteiaktiv zu heben. Die Kreisleitungen sollen darüber hinaus regelmäßig spezielle Beratungen und Seminare des Parteiaktivs der Funktionäre aus den Betrieben, aus den Dörfern, Städten, Instituten, des Kulturlebens, der Propagandisten und Agitatoren organisieren.

2. Um die Verbindungen mit den Massen zu erweitern und zu festigen, muß das Schwergewicht auf die grundlegende Verbesserung und Verstärkung der Arbeit der Organe der Partei, der Massenorganisationen und des Staates in den Kreisen gelegt werden. Die Hauptaufgabe der staatlichen Organe in den Kreisen besteht in der Anleitung und Kontrolle der Durchführung der Gesetze und Verordnungen in den Gemeinden. In den großen Städten sind im Apparat der Verwaltung solche Strukturänderungen vorzunehmen, die die engere Verbindung der Verwaltung mit der Bevölkerung gewährleisten. Es ist notwendig, eine weitgehende Dezentralisierung der Verwaltungen in den großen Städten in der Weise zu organisieren, daß in den Stadtbezirken demokratisch zu wählende Verwaltungsorgane geschaffen werden. Im Ergebnis dieser Dezentralisierung und der Herstellung der engeren Verbindung mit der Bevölkerung ist der bisherige Apparat der oberen Verwaltungsorgane zu verkleinern.

Qualifizierte Mitarbeiter sind zur Arbeit an die Basis zu entsenden. Die Tätigkeit der gesamten Verwaltungsorgane muß sich weit mehr als bisher vor allem auf die ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung und der von ihr gewählten Haus- und Straßenvertrauensleute stützen. In den Städten und Orten, in denen noch keine Haus- und Straßenvertrauensleute tätig sind, ist ihre Wahl durch die Bevölkerung zu organisieren.

Das Zentralkomitee beauftragt das Sekretariat, die Arbeit der leitenden Genossen in den Ministerien der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu überprüfen und entsprechende Maßnahmen zur Veränderung und zur Verbesserung der Struktur des Staatsapparates auszuarbeiten.

Das Zentralkomitee weist die Genossen in den Leitungen der Massenorganisationen auf die Notwendigkeit der raschen Überwindung des Bürokratismus in den Apparaten dieser Leitungen hin.

Die Partei legt mutig und offen ihre Schwächen dar. Die Partei appelliert an die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen, rückhaltlos von ihrem Recht der Kritik Gebrauch zu machen und ihre Vorschläge zur Verbesse-

rung unserer gemeinsamen Arbeit zu machen. Die Partei ruft die Werktätigen zur strengen Kritik und Selbstkritik auf, damit diese Kritik zu einem wirksamen Hebel der Erfüllung unserer Aufgaben, der Überwindung unserer Fehler und Mängel, zu einem wirklichen und nicht papierenen Kampf gegen den Bürokratismus wird.

Das Zentralkomitee unterbreitet diese Entschließung allen Mitgliedern und Funktionären vor allen Dingen zur eingehenden Beratung und Durchführung. Dies ist dringend erforderlich, um die Neuwahlen der Parteileitungen und die Vorbereitung der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf jenem politischen Niveau durchzuführen, das der Größe unserer Aufgaben entspricht.

Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Berlin, den 22. Februar 1952.

Zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens

Stellungnahme des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

I.

Am 26. März 1952 jährt sich zum 125. Male der Todestag Ludwig van Beethovens. Angesichts der großen Bedeutung, die Ludwig van Beethoven für die Entwicklung der deutschen Kultur hat, wird dieses Ereignis als Gedenktag des ganzen deutschen Volkes begangen.

Dieser Gedenktag findet in einer Zeit statt, in der die amerikanischen Imperialisten einen neuen Krieg vorbereiten und der Militarismus in Westdeutschland wiederersteht. Das bedeutet für unser Volk Bruderkrieg, Zerstörung und Tod. Damit ist die Existenz der deutschen Nation auf das ernsteste bedroht. Um ihre Ziele zu erreichen, versuchen die amerikanischen Imperialisten, das deutsche Nationalbewußtsein zu vergiften, die deutsche Kultur und besonders unser nationales kulturelles Erbe zu zerstören.

Aber diese Versuche werden am wachsenden Widerstand der Deutschen in Ost und West, am Kampf für den Neuaufbau unserer Heimat zerschellen. Das deutsche Volk läßt sich die Verehrung und den Stolz auf seine großen Persönlichkeiten, wie Beethoven und Bach, Goethe, Lessing und Heine, Dürer und Holbein, Marx und Engels nicht rauben.

Beethovens Werk gehört zu den unzerstörbaren Schätzen unseres nationalen Kulturerbes. Seine Pflege und schöpferische Weiterentwicklung ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Sein Werk ist eine gewaltige Kraftquelle im Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes und um die Erhaltung des Friedens.

Die bedeutendsten kulturellen Leistungen, die in Deutschland an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert vollbracht wurden, waren auf die Herbeiführung

einer bürgerlich demokratischen Ordnung und besonders auf die nationale Einigung des zersplitterten Deutschland gerichtet.

Die historische Bedeutung Beethovens beruht auf der Tatsache, daß sein Schaffen eng verknüpft ist mit den demokratischen Bestrebungen der fortschrittlichen Menschen seiner Zeit. Aus dem Kampf für diese revolutionären Ziele gewann er seine überragende künstlerische Größe und den hohen humanistischen Ideengehalt seiner Werke.

II.

Ludwig van Beethoven wurde am 16. oder 17. Dezember 1770 in Bonn geboren. Wie Johann Sebastian Bach entstammt er dem einfachen Volke, dessen Nöte und Hoffnungen, dessen Lieder und Tänze sein schöpferisches Werk durchdrangen.

Die Erinnerungen an die Erlebnisse und musikalischen Eindrücke seiner frühen Jugend beeinflußten sein Schaffen.

„Mein Vaterland, die schöne Gegend, in der ich das Licht der Welt erblickte, ist mir noch immer so schön und deutlich vor Augen, als daß ich Euch verließ: kurz, ich werde diese Zeit als eine der glücklichsten Begebenheiten meines Lebens betrachten, wo ich Euch wiedersehen und unseren Vater Rhein begrüßen kann", schreibt Beethoven als Dreißigjähriger von Wien aus an seinen Bonner Freund Wegeler.

Bereits die Eindrücke des jungen Beethoven legten den Grundstein für seine unbeugsame demokratische Gesinnung.

Die Ereignisse der bürgerlichen Revolution in Frankreich (1789—1792) fanden auch in Deutschland starken Widerhall und ermutigten die demokratischen Kräfte im Kampf um die Verwirklichung der Ideale des fortschrittlichen Bürgertums.

Auch der junge Beethoven wurde von den revolutionären Ideen ergriffen. Er hört philosophische Vorlesungen an der Bonner Universität bei Professor Eulogius Schneider, einem begeisterten Anhänger der französischen Revolution, der auch vom Katheder aus die Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verkündete.

Die musikalische Ausbildung bei Neefe vermittelt Beethoven die Bekanntschaft mit den Werken Johann Sebastian Bachs und den demokratischen Traditionen des deutschen Singspiels, das in Text und Musik vom einfachen Volke und seinen Liedern ausging. Früh lernte er auch das Schaffen von Komponisten der französischen Revolution kennen.

III.

Im Jahre 1792 siedelte Beethoven nach Wien über. Wien, damals eines der Zentren des musikalischen Lebens, verfügte über ein künstlerisch aufgeschlossenes Bürgertum, sowie über eine Reihe kunstliebender Aristokraten, die sich eigene Orchester leisten konnten und über Theater, Säle, Musiker und Verleger bestimmten. Durch das Werk Haydns und Mozarts und auch durch seine Wiener Lehrer Albrechtsberger und Schenk wurde Beethoven mit der „Wiener Schule" der Musik vertraut. Bei Salieri studierte er die große heroische Oper, besonders die Werke von Christoph Willibald Gluck.

Im Umgang mit Vertretern der jungen französischen Republik in Wien entwickelte sich auch seine Vorstellung vom kämpferischen, humanistischen Heldentum.

Von Napoleon, der ihm als Konsul Bonaparte wie ein Held der französischen Revolution erschien, war er später tief enttäuscht, als er sich zum Kaiser krönen ließ und ein Unterdrücker anderer Völker wurde. Beethoven zerriß das Titelblatt seiner 3. Sinfonie, das den Namen „Napoleon" getragen hatte, und nannte sie dann einfach „Eroica" — die Heroische. Nach der Schlacht bei Jena, als man Beethoven die Nachricht vom Siege Napoleons überbrachte, sagte er: „Schade, daß ich die Kriegskunst nicht so verstehe wie die Tonkunst, ich würde ihn doch besiegen."

Während der Befreiungskriege tritt in Beethovens revolutionärem Schaffen die patriotische Idee immer deutlicher hervor. Im Jahre 1810 komponierte er die Musik zu Goethes Drama „Egmont", das mit dem Sieg der Freiheit schließt, „die durch Egmonts Tod dem Vaterland erworben wird". Er faßte den Plan, für ein zweites Freiheitsdrama ebenfalls die Bühnenmusik zu schreiben: Schillers „Wilhelm Tell".

Den Separatfrieden, den die engstirnigen deutschen Fürsten mit Napoleon schlossen, um ihre eigene korrupte Herrschaft zu erhalten, und die Dienstfertigkeit, mit der sie ihm deutsche Soldaten für den Überfall auf Rußland zur Verfügung stellten, empfand Beethoven als eine nationale Schmach. An seinen Verleger schrieb er: „Was halten Sie von diesem toten Frieden?"

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig, der die siegreichen und entscheidenden Kämpfe des russischen Volkes gegen den französischen Eroberer vorausgingen, trägt sich Beethoven mit dem Gedanken, „auf den Leipziger Oktober" ein Nationallied zu schreiben und dieses jedes Jahr aufzuführen.

„Der Befriedung" durch die Reaktion stellt er in seinen Äußerungen und Kompositionen den echten, mit der Befreiung der Menschheit unlöslich verknüpften Frieden gegenüber.

Nach den Siegen von 1813/14 über Napoleon erlebte Beethoven die zweite große politische Enttäuschung seines Lebens: die Restauration. Überall in Mitteleuropa triumphierte die Reaktion, besonders in Österreich. „Meine Gesundheit ist erschüttert", schreibt er, „wozu auch unser Staatszustand nicht wenig beiträgt, wovon bisher noch keine Verbesserung zu erwarten, wohl aber auch tägliche Verschlimmerungen desselben sich ereignen. Alles um uns her macht uns ganz verstummen." In Wien, der Hochburg der Reaktion, liefen alle Fäden von Metternichs Spionage- und Agentennetz zusammen.

Seine Meinung über das System, über den Kaiser, über den Adel, die er auch unmißverständlich aussprach, war allgemein bekannt. Kennzeichnend für Beethovens Einstellung ist seine Haltung, als er zusammen mit Goethe im Jahre 1812 bei einem Spaziergang in Teplitz der Kaiserin mit ihrem Gefolge begegnet. Während der Weimarer Staatsmann zur Seite tritt, rückt Beethoven nur ein wenig seinen Hut und geht mitten durch das fürstliche Gefolge. Diese aufrechte Gesinnung drückt er auch mit den Worten aus:

„Freiheit über alles lieben!
Wohltun, wo man kann!
Wahrheit nie, auch sogar am Thron nicht verleugnen!"

Beethoven betrachtete den Frieden nicht als ein Geschenk des Himmels. Für ihn war der Frieden das große Ziel, das den mutigen, unerschrockenen Einsatz des ganzen Menschen erfordert.

In der 9. Sinfonie und der „Missa solemnis", den beiden Hauptwerken seiner letzten Schaffensperiode, zeigte Beethoven den Ausblick auf die Befreiung und das Glück der Menschen in einem dauerhaften Frieden.

IV.

Beethovens Größe bestand darin, daß er imstande war, seine Musik zum mitreißenden Künder der großen und revolutionären Ideen seiner Zeit zu machen! Seine Entwicklung als Musiker, Denker und Kämpfer bilden eine untrennbare Einheit. Beethoven hat das selbst gut erkannt. „Nicht nur als Künstler!", schreibt er im Jahre 1800, „sondern auch als Mensch sollt Ihr mich besser, vollkommener finden."

In Beethoven verehren wir den genialen Sohn unseres Volkes, den unerschrockenen Kämpfer für den Fortschritt, den Sänger der brüderlichen Verbundenheit der Völker, den leidenschaftlichen Botschafter des Friedens.

Für Beethoven war es selbstverständlich, daß eine Musik, die große gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, volkstümlich sein muß. Die Grundlage von Beethovens Musik bildet deshalb die deutsche Volksmusik, die in Melodien, Rhythmen und im Charakter sein gesamtes Werk durchdringt.

Sein Schaffen ist von volkstümlicher Kraft erfüllt. Indem er die besten Musik-Traditionen zusammenfaßte und in revolutionär-demokratischem Geiste weiterentwickelte, lieferte er einen unschätzbaren Beitrag zur Bildung der deutschen Nation — vergleichbar mit Luthers Bibelübersetzung und dem von ihm so bewunderten Schaffen Goethes.

Charakteristisch für ihn ist, daß er in dieser schwierigen politischen Lage — für ihn persönlich erschwert durch harte Schicksalsschläge, vor allem seine immer stärker werdende Taubheit — bis zu seinem Tode der aufrechte Kämpfer blieb. „Ich will dem Schicksal in den Rachen greifen, ganz niederbeugen soll es mich gewiß nicht."

So brachte Beethoven seinen Zeitgenossen eine Botschaft, die noch nie zuvor mit gleicher Klarheit und Bewußtheit musikalisch ausgedrückt worden war: die Botschaft, daß durch Tränen und Warten, Hoffen und Ausweichen, Frieden und Freiheit nicht gewonnen werden, sondern daß man dafür kämpfen muß. Für ihn war ein Held, wer sich tapfer für die Sache des Volkes einsetzte, wer für sein Vaterland und für den Fortschritt der Menschheit kämpfte; wer bereit war, dafür auch sein Leben hinzugeben. In Beethovens Heldenideal tritt uns die Persönlichkeit als Volksheld, als Repräsentant der fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft entgegen.

Im Werke Beethovens lebt echte Menschlichkeit, kämpferische dramatische Kraft und erhabenes Pathos. Seine Musik ist erfüllt von hohem Ideengehalt und mit vollendeter künstlerischer Meisterschaft schöpferisch gestaltet. Sie ist von der Schönheit eines reichen Gefühls- und Empfindungslebens beseelt und eine Bereicherung für die Kultur der Menschheit. In seinen Gesprächen mit Maxim Gorki drückte Lenin das folgendermaßen aus: „Ich kenne nichts Schöneres als die ‚Appassionata'. Ich könnte sie jeden Tag hören. Eine wundervolle, übermenschliche Musik. Ich denke immer voll Stolz mit Naivität: was für Wunder vermögen doch Menschen zu vollbringen."

V.

Wo es Beethoven darum geht, die humanistischen Ideen noch stärker und unmißverständlicher zu gestalten, verwendet er geeignete Texte. Das geschieht in der Oper „Fidelio", die vom Kampf gegen den Despotismus und vom Siege der Menschenliebe und Gattentreue handelt; aber auch in der Chorphantasie (Opus 79) und in der „Missa solemnis", in der er durch die Eigenart der Vertonung dem alten Messetext eine neue aktuelle und kämpferische Bedeutung verleiht. Die freiheitlich-kämpferischen Ideen gestaltet er vor allem in der 9. Sinfonie, mit deren Schlußsatz er einen neuen Typ der symphonischen Musik schuf und in eindringlicher, vollendeter Weise dem von Friedrich Schiller verfaßten „Lied an die Freude" der Vorstellung von der Befreiung der Menschheit und der Völkerverbrüderung musikalischen Ausdruck verleiht.

Aus Beethovens Bearbeitungen einer großen Anzahl von Volksliedern spricht ein tiefes Verständnis für das Leben und die Kunst anderer Völker. Neben deutschen und österreichischen beschäftigte er sich mit walisischen, schottischen und irischen Volksliedern, mit der slawischen und ungarischen Volksmusik. In einer geplanten Volkshymne sollten alle Völker durch ein Stück Nationalmusik vertreten sein. Durch die Fürsten Rasumowski und Golizyn lernt er russische Volksmusik kennen und verarbeitet sie besonders in den berühmten Rasumowski-Quartetten.

So wie Beethoven, der große deutsche Patriot, alle Völker in aufrechter demokratischer Gesinnung achtete, ist sein Werk auch dem Ziel gewidmet, das deutsche Volk im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft zu erziehen.

Wofür Beethoven kämpfte und was er für die Zukunft vorausahnte und erstrebte, das wurde durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution, durch die Sowjetmacht Wirklichkeit. Als den Völkern der Sowjetunion im Jahre 1936 die Stalinsche Verfassung gegeben wurde, erklang Beethovens 9. Sinfonie.

Am Vorabend der Gründung unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hörten die Delegierten die erhebenden Klänge von Beethovens 9. Sinfonie, die sie mit Kraft und Zuversicht erfüllte.

VI.

Heute ist Beethoven als Künstler und Mensch Vorbild und Kraftquelle der deutschen Komponisten. Jeder soll wachsen an der Größe und Tiefe seiner Ideen und Empfindungen, der Reinheit seiner Tonsprache, jeder soll sich entwickeln an der Meisterschaft seiner Formgestaltung und lernen, von der Weite und dem Adlerflug seiner Melodien, dem Reichtum seiner Harmonien und der Lebensfülle seiner Rhythmen. Beethovens geniales Werk gab der deutschen Musik der letzten 125 Jahre entscheidende Impulse. Weber, Mendelssohn, Schumann, Brahms, Wagner u. a. sind am größten, wo sie an das Schaffen Beethovens anknüpfen.

Welch erhabenes künstlerisches Ethos spricht aus seinen Worten: „Ohne auch im mindesten Anspruch auf eigentliche Gelehrsamkeit zu machen, habe ich mich doch bestrebt, von Kindheit an den Sinn des Bessern und Weisen jedes Zeitalters zu fassen. Schande für einen Künstler, der es nicht für seine Schuldigkeit hält, es hierin wenigstens so weit zu bringen!"

Möge sich jeder deutsche Künstler so wie Beethoven bemühen, „den Sinn des Bessern und Weisen" unserer Zeit zu verstehen und in seinem Schaffen Ausdruck zu geben im Kampfe um die Einheit unserer Nation und das friedliche Zusammenleben der Völker.

VII.

Beethoven ist ein Gipfelpunkt der großen Musiktradition, zu der Meister wie Schütz, Bach, Händel, Gluck, Haydn und Mozart, Weber, Mendelssohn und Schubert, Schumann, Brahms, Wagner u. a. gehören. Ihr Schaffen und die Meisterwerke der großen Musiker anderer Nationen, besonders die klassische russische Musik, sind die Vorbilder für die Weiterentwicklung der deutschen Musikkultur in der Gegenwart.

Die amerikanischen Kulturbarbaren und ihre Lakaien schänden das Andenken Beethovens, indem sie Bonn, seine Geburtsstadt, für die verderblichste nationale Entwürdigung mißbrauchen.

Von Bonn aus werden die kosmopolitischen Zersetzungsversuche der großen deutschen Kulturwerte unternommen, um das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes zu zerstören.

Von Bonn aus wird die Fremdherrschaft gegen Millionen deutscher Menschen ausgeübt, werden Bruderkrieg und Völkerhaß geschürt, werden Beethovens erhabene Forderungen nach Frieden und Völkerfreundschaft mit Füßen getreten.

Von Bonn aus wird ein neues Terrorregime aufgerichtet, das jeden friedliebenden und demokratisch gesinnten Deutschen in Westdeutschland durch Polizeibüttel und Ausnahmegesetze mundtot zu machen versucht.

Jeder deutsche Patriot muß seine ganze Kraft einsetzen, damit diese Schmach an Beethovens Geburtsstadt durch den entschiedenen Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands beseitigt wird.

Beethovens humanistisches Werk, seine gewaltige Musik, das kämpferische Beispiel seines Lebens spornt uns zu höchsten Leistungen in diesem gerechten Kampf unseres Volkes an.

Wir wenden uns an alle friedliebenden und wahrhaft patriotischen Menschen in Deutschland mit der Aufforderung, den 125. Todestag Ludwig van Beethovens im Sinne der besten Söhne unseres Volkes, im Geiste des Kampfes für nationale Einheit und Unabhängigkeit, für Frieden und Völkerverständigung als Gedenktag würdig zu begehen.

Dietz Verlag GmbH., Berlin C 2, Wallstraße 76/79, Fernruf 67 63 61 / (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und die Literaturvertriebe sämtlicher Parteigruppen entgegen) / Redaktion: Berlin C 2, Kleine Alexanderstraße 28, Karl-Liebknecht-Haus, Fernruf 42 56 81 / Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Verlag GmbH., Berlin W 8, Jägerstraße 10/11 1021



EINE WERTVOLLE BILDMAPPE

Stalinpreisträger

N. N. Shukow

KARL MARX FRIEDRICH ENGELS

24 Zeichnungen im Format 23 x 32 cm • Originalgetreue Wiedergabe im Lichtdruck • Preis 7,- DM

Mit dieser Bildmappe erhält das deutsche Volk zum erstenmal eine künstlerisch vollendete, lebenswahre Darstellung seiner beiden größten Söhne, Karl Marx und Friedrich Engels. Im Jahre 1938 begann der bedeutende sowjetische Künstler N. N. Shukow mit der Jllustration des Buches „Erinnerungen an Karl Marx", dem nach zwei Jahren die Jllustrationen des Buches „Erinnerungen an Friedrich Engels" folgten.

Der großartigen Gestaltung der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus ging ein ernstes und sorgfältiges Studium ihres Lebens und Werkes voraus. So entstanden Bilder von einer überzeugenden Gestaltungskraft und tiefen Liebe zu ihrem gewaltigen Werk.

Mit der vorliegenden Bildermappe erhält das deutsche Volk ein kostbares Geschenk dieses hervorragenden Künstlers. Es wird dazu beitragen, die Freundschaft zum großen Sowjetvolk zu vertiefen. Es wird aber auch dem deutschen Volk helfen, den Blick zu weiten für seine geschichtliche Vergangenheit und für seine Zukunft.

DIETZ VERLAG BERLIN

EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

HEFT 5 MAI 1952 SED 7. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin C 2, Kleine Alexanderstr. 28, Karl-Liebknecht-Haus, Telefon: 420056

Antwort des Genossen Stalin auf Fragen einer Gruppe von Redakteuren amerikanischer Zeitungen

Eine Gruppe von Redakteuren amerikanischer Provinzzeitungen wandte sich im Namen von 50 Redakteuren dieser Zeitungen an Genossen Stalin mit vier Fragen, auf die Genosse Stalin nachstehende Antworten gab:

Frage: Ist ein dritter Weltkrieg gegenwärtig näher als vor zwei oder drei Jahren?

Antwort: Nein, das ist er nicht.

Frage: Würde eine Zusammenkunft der Staatsoberhäupter der Großmächte von Nutzen sein?

Antwort: Möglicherweise würde sie von Nutzen sein.

Frage: Sind Sie der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Vereinigung Deutschlands geeignet ist?

Antwort: Ja, ich bin der Meinung.

Frage: Auf welcher Grundlage ist ein Nebeneinanderbestehen von Kapitalismus und Kommunismus möglich?

Antwort: Ein friedliches Nebeneinanderbestehen von Kapitalismus und Kommunismus ist durchaus möglich, wenn der beiderseitige Wunsch nach Zusammenarbeit und die Bereitschaft vorhanden sind, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gewahrt wird.

Ruf an die Nation

Appell des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur sofortigen Entscheidung gegen den Generalkriegsvertrag, für den Friedensvertrag, gegen die Fortdauer der Spaltung und für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Arbeiter, Bauern und Intellektuelle!
Deutsche Bürger!
Patrioten aller Parteirichtungen und Konfessionen!

Entscheidende Stunden für das Schicksal der Nation sind gekommen. Die Westmächte und mit ihnen die Adenauer-Regierung versuchen in größter Eile, Westdeutschland den Generalkriegsvertrag aufzuzwingen, weil sie das Anwachsen der Volksbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages fürchten. Nach ihrer Absicht soll Adenauer bereits in wenigen Wochen gegen den eindeutigen Willen des Volkes den Generalkriegsvertrag unterzeichnen.

Mit der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages würde das deutsche Volk einen Schritt weiter auf die Bahn des Krieges gedrängt werden.

Der Generalkriegsvertrag bedeutet:

Aufrechterhaltung des auf militärischer Gewalt begründeten Besatzungsregimes der Westmächte auf unbestimmte Zeit.

Die westdeutsche Bevölkerung bleibt der Willkür fremder imperialistischer Besatzungsmächte ausgeliefert und die Grundrechte der Bevölkerung Westdeutschlands sollen beseitigt werden.

Der aggressive deutsche Militarismus ersteht in Westdeutschland wieder.

Der Einfluß aller reaktionären und militaristischen Elemente in Westdeutschland soll erweitert werden. Die Lebenshaltung der Bevölkerung soll im Interesse der Rüstungsgewinnler weiter gesenkt werden.

Der Generalkriegsvertrag bedeutet die Eingliederung Westdeutschlands in das Kriegspaktsystem der amerikanischen und englischen Imperialisten, deren nicht mehr verhülltes, ja mit Zynismus und Hohn verkündetes Ziel es ist, den dritten Weltkrieg vom Zaune zu brechen und zugleich mit ihm einen mörderischen Bruderkrieg unter den Deutschen.

Der Generalkriegsvertrag bedeutet die Auslieferung Westdeutschlands an die amerikanischen Imperialisten, die vertragliche Zurverfügungstellung Westdeutschlands als Hauptangriffsbasis und Hauptniederlagenschauplatz der USA in Europa.

Der Generalkriegsvertrag öffnet zugleich die Tür für die Errichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland.

Der Generalkriegsvertrag soll den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland verhindern und damit dem deutschen Volk die Perspektive der friedlichen Wiedervereinigung nehmen.

Die Fortdauer der gewaltsamen Zerreißung aber muß Deutschland immer mehr schwächen, und um so anmaßender, frecher und brutaler werden die westlichen Imperialisten mit der Bevölkerung Westdeutschlands umspringen.

Heute bereits stöhnt Westdeutschland unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus und liegt in den Ketten des amerikanischen Besatzungsregimes. Die Machthaber der USA glauben, Westdeutschland in ein Protektorat des amerikanischen Imperialismus verwandeln zu können.

Mit Hilfe Adenauers und einer Gruppe von Kriegsverbrechern aus der Zeit des zweiten Weltkrieges und von Hitlergeneralen versuchen die ausländischen Imperialisten, diese verbrecherischen Ziele gegen den erklärten Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes durchzusetzen.

Aber sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht!

Bürger in allen Teilen Deutschlands! Deutsche! Jetzt gilt es zu durchkreuzen, daß mit der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages vollendete Tatsachen geschaffen werden, die verhängnisvolle Auswirkungen für Deutschland haben. Heute können noch zwei im wesentlichen unzerstörte Teile Deutschlands auf friedliche Weise vereinigt werden. Und morgen? Jeder Deutsche versteht, daß im Falle der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages, im Falle einer qualvollen Zeit der tiefsten Spaltung die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes viel schwerer und langwieriger sein würde.

Daher stellt die gegenwärtige Stunde alle Deutschen vor die weittragende Entscheidung:

Entweder Abschluß eines Friedensvertrages der vier Großmächte mit Deutschland — das ist der Friede.

Oder Adenauers Generalkriegsvertrag — das ist die Aufrichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland und die erhöhte Kriegsgefahr.

Die Vorschläge der Sowjetregierung über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung beweisen:

es gibt einen Weg zur gerechten und dauerhaften Lösung des Deutschlandproblems!

Dieser Weg besteht in der sofortigen Aufnahme von Beratungen unter den vier Mächten, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Eine den Willen des deutschen Volkes ausdrückende Regierung muß bereits bei der Beratung des Entwurfs eines Friedensvertrages herangezogen und gehört werden. Das wiederum macht die *unverzügliche Verständigung der Deutschen untereinander über die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland erforderlich.* Die geeignetsten Grundlagen für eine solche Verständigung dürften die Prinzipien des Weimarer Wahlgesetzes sein.

Die Westmächte und die Adenauer-Regierung machen immer neue Winkelzüge, suchen immer neue Ausflüchte. Sie konstruieren eine Schwierigkeit nach

der anderen, um die Verständigung unter den Großmächten und zwischen den Deutschen selbst zu hintertreiben. Sie tun das, weil sie Westdeutschland nicht aus den Krallen lassen wollen, weil sie durch die Ausplünderung der großen Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands, durch Wettrüsten und Krieg Höchstprofite für die amerikanischen, englischen, französischen und westdeutschen Monopolherren sichern wollen. Sie waren, sind und bleiben monopolkapitalistische Hyänen, die um ihrer Geschäfte willen skrupellos das deutsche Volk aufzuopfern gewillt sind.

Männer, Frauen und Jugendliche in Westdeutschland und Westberlin! Durchschaut die mörderischen Machenschaften der ausländischen und westdeutschen Kanonenkönige und Rüstungsherren!

Erkennt die Feinde und Verderber Deutschlands, ehe es zu spät ist!

Leistet mit allen Mitteln Widerstand gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, gegen die Aufstellung einer Söldnerarmee, dieser Fremdenlegion der amerikanischen, englischen und französischen Kolonialherren, die als Kanonenfutter auf den Schlachtfeldern eines neuen verbrecherischen Krieges der Imperialisten geopfert werden soll.

Jeder deutsche Patriot lehnt eine solche Söldnerarmee ab und fordert nationale Streitkräfte, die im Geiste der Demokratie und des Friedens aufgebaut werden und für den Schutz des demokratischen Deutschland bestimmt sind. Nur solche nationalen deutschen Streitkräfte werden der Sache des Friedens in Europa dienen.

Keinen Mann und keinen Groschen für eine aggressive Söldnerarmee in Westdeutschland!

Der Kampf gegen die Politik Adenauers zur Remilitarisierung Westdeutschlands muß in dieser Lage, in der es um Frieden oder Krieg, um nationale Unabhängigkeit oder Versklavung durch den USA-Imperialismus geht, so aktiv und entschlossen geführt werden wie nie zuvor.

Die Adenauer-Regierung, die den Abschluß eines Friedensvertrages und die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen mit allen Mitteln sabotiert, hat sich als Feind des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands erwiesen.

Daraus müssen alle Anhänger des Friedens und der Einheit ihre Schlüsse ziehen, ehe es zu spät ist.

Erzwingt den Rücktritt der kriegstreiberischen Adenauer-Regierung!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wendet sich in dieser ernsten Lage erneut mit allem Ernst an die Mitglieder und Leitungen der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland.

Schumacher und Ollenhauer behaupten, Gegner der Politik des Generalvertrages und der Europa-Armee zu sein. Aber sie dulden zugleich, daß die Reuter, Fette und vom Hoff die Remilitarisierungspolitik Adenauers offen unterstützen. Die offiziellen Vertreter der SPD halten im Bonner Bundestag auch weiterhin oppositionelle Reden, ähnlich wie bei der Annahme des Schuman-Planes. Aber der Abschluß dieses Schandvertrages wurde damit nicht verhindert, weil mit Reden allein der Frieden nicht gerettet werden kann.

Für Frieden und Einheit muß gehandelt werden, und zwar entschieden und einheitlich von allen friedliebenden und demokratischen Kräften des Volkes. Wer ehrlich gegen Remilitarisierung und Generalkriegsvertrag ist, der muß jetzt handeln, wenn die Pläne McCloys und Adenauers durchkreuzt werden sollen. Die verschärfte Lage in Westdeutschland macht notwendig, daß die entscheidende Waffe eingesetzt wird, die die Arbeiter in ihren Händen haben: die Waffe der gewerkschaftlichen Organisation und des Streiks.

Sozialdemokratische, kommunistische, christliche, parteilose Arbeiter Westdeutschlands!

Geht von kurzbefristeten Warnstreiks den notwendigen nächsten Schritt zum Massenstreik gegen Remilitarisierung und Generalvertrag, für Einheit in Frieden und Freiheit, für Eure dringenden sozialen Forderungen!

Organisiert Massenstreiks gegen den Generalkriegsvertrag!

Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, verbündet Euch zum gemeinsamen entschiedenen Handeln. Veranstaltet Massenversammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen unter den Losungen:

Keinen Generalkriegsvertrag, sondern einen Friedensvertrag mit Deutschland!

Für sofortige Verständigung über freie Wahlen in ganz Deutschland zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung!

Schluß mit der Remilitarisierung!

Weg mit Adenauer!

Unter diesen Losungen gestaltet den 1. Mai zu einem Kampftag für die rasche friedliche Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes und zum Tag des Massenkampfes gegen Generalkriegsvertrag und Adenauer-Regierung.

Männer, Frauen und Jugendliche in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Berlin!

Beantwortet die verderbliche Bonner Politik mit neuer Initiative zur Festigung unserer fortschrittlichen demokratischen Ordnung!

Die aggressiven Erklärungen von Adenauer, Hallstein und den amerikanischen Kriegstreibern, die gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet sind, machen es zur *patriotischen Pflicht jedes Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik, die größte Wachsamkeit gegenüber feindlichen Maßnahmen zu üben und die demokratische Ordnung und das große Aufbauwerk mit aller Kraft zu verteidigen.*

Die Deutsche Demokratische Republik muß fest und stark sein, damit das gesamte deutsche Volk eine sichere staatliche Stütze in seinem Kampf um Frieden und Einheit hat. Erhöht die Wachsamkeit im Kampf gegen Spione, Saboteure und Schädlinge!

Die großen Leistungen der Arbeiter, Bauern, Techniker und Wissenschaftler beim friedlichen Aufbau, bei der Erfüllung unseres großen Fünfjahrplanes

stärken das ganze deutsche Volk, geben ihm Mut und Kraft zur Erfüllung der entscheidenden gesamtnationalen Aufgaben.

Entfaltet darum Euren Arbeitsenthusiasmus und schreitet zu neuen Produktionserfolgen!

Gestützt auf die Deutsche Demokratische Republik als die wichtigste Basis im Kampf für den einheitlichen demokratischen und friedliebenden deutschen Staat wird sich unser Vaterland neu erheben, seine Unabhängigkeit erringen und ein freies Leben in Frieden und Wohlstand beginnen.

Deutsche im Osten und Westen unserer Heimat!

Vereinigt Euch auf dem Boden der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf für Frieden und Einheit, für ein neues Leben in Wohlstand und Glück!

Berlin, den 16. April 1952

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Über die Rolle des Parteisekretärs

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat im politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben große Erfolge erzielt. Sie hat nicht nur bei der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in Westdeutschland an Ansehen und Autorität gewonnen. Die patriotischen und friedliebenden Menschen ganz Deutschlands blicken vertrauensvoll auf die SED und betrachten sie als die führende Kraft im nationalen Kampf. Das erlegt der Partei und den Parteiorganisationen große Verpflichtungen auf, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen und den Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands erfolgreich zu Ende zu führen.

Mit ihren Erfolgen ist die Partei zugleich innerlich gewachsen. Ihre Aktivität und Aktionsfähigkeit sind gestiegen. Das Klassenbewußtsein der Parteimitglieder wurde gefestigt. Das Parteilehrjahr hat wesentlich zur Vertiefung und Verbreiterung des marxistisch-leninistischen Wissens beigetragen. Die Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten gab Gelegenheit, mit jedem Mitglied über sein Verhältnis zur Partei, über seine Parteiarbeit zu sprechen und so seine Beziehungen zur Partei enger zu gestalten. Parteifeindliche Elemente wurden entfernt und die Reihen der Partei gefestigt. So hat sich die Partei seit dem III. Parteitag ideologisch, politisch und organisatorisch entwickelt und bedeutsame Fortschritte auf dem Wege zur Partei von neuem Typus gemacht.

Die zunehmende politische Reife der Parteimitglieder, die vor uns stehenden vielfältigen und komplizierten Aufgaben und die Vorbereitung der II. Parteikonferenz stellen die Arbeit des Sekretärs einer Parteiorganisation immer mehr in den Vordergrund. Viele Tausende neuer Kader werden gegenwärtig zum erstenmal in die Leitungen und als Sekretäre gewählt und damit vor die große Aufgabe gestellt, eine Parteiorganisation zu leiten. Die Menschen werden auf sie schauen, von ihnen Anregungen, Hilfe und Anleitung erwarten. Von ihnen hängt in erster Linie die richtige Durchführung der Parteibeschlüsse, die Mobilisierung der Werktätigen zur Erfüllung der politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben, das Ansehen und die Autorität der Partei bei den Massen und die Erziehung der Parteimitglieder und Kandidaten ab.

Genosse Stalin lehrt: „Der Sieg kommt nie von selbst, er wird gewöhnlich mühselig erkämpft." (J. W Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S 577) Das bedeutet, daß der Parteisekretär den politischen Erfolg der Arbeit der Parteiorganisation durch eine beharrliche und zähe Mobilisierungs- und Organisationsarbeit herbeiführen und sichern muß. Die Grundlagen dazu sind die Beschlüsse und Direktiven der Partei. Sie enthalten die der Generallinie der Partei entsprechenden notwendigen und allgemeingültigen Maßnahmen und Anweisungen zur Durchführung der Parteiarbeit auf den verschiedensten Gebieten unseres Lebens.

Der Parteisekretär muß die Direktiven und Beschlüsse der Partei sorgfältig studieren und es verstehen, in kollektiver Beratung mit der Leitung die Aufgaben herauszuschälen, die für seinen Betrieb oder Ort konkret gestellt werden müssen. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, daß er die Lage und

Bedingungen im Betrieb bzw. Ort, seine Struktur, den Grad des Bewußtseins der Menschen genau kennt. Ohne diese Sachkenntnis, ohne das Wissen über die positiven und negativen Faktoren, wird die Aufgabenstellung nicht der wirklichen Lage entsprechen und den Erfolg nicht sichern. Es muß das Prinzip jeder Parteileitung sein, die Parteimitglieder mit den Beschlüssen der Partei vertraut zu machen, diese an Hand der Bedingungen und Erscheinungen im Arbeitsbereich zu erläutern und so zu erklären, daß die Parteimitglieder verstehen, um was es geht, und wie die Beschlüsse zu verwirklichen sind.

Die Parteiarbeit duldet keine bürokratische und mechanische Arbeitsmethode, keinen Formalismus und Schematismus, sie ist eine lebendige und schöpferische Arbeit. Der Parteisekretär muß lernen, an Hand eines sorgfältig aufgestellten Arbeitsplanes die Direktiven der Partei durchzuführen. Hierbei darf er nicht ängstlich auf Anweisungen warten. Er muß verstehen, auf politische Ereignisse und auf tägliche Erscheinungen in seinem Arbeitsbereich sofort zu reagieren, auch wenn er dabei diesen oder jenen Fehler machen könnte. Nur der macht keine Fehler, der nichts tut. Lenin lehrte uns in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus":

„Man muß selbst einen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Fall zurechtzufinden. Gerade darin besteht unter anderem die Bedeutung der Parteiorganisation und der Parteiführer, die diesen Namen verdienen, daß man durch langwierige, hartnäckige, mannigfaltige, allseitige Arbeit aller denkenden Vertreter der gegebenen Klasse die notwendigen Kenntnisse, die notwendigen Erfahrungen, das ... notwendige politische Fingerspitzengefühl erwirbt, um komplizierte politische Fragen schnell und richtig zu lösen." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 714)

Der Parteisekretär muß sich bemühen, alle Fragen, die vor ihm stehen, sorgfältig und gründlich zu studieren und sich die Sachkenntnis anzueignen, die er braucht, um die richtige Linie der Arbeit festzulegen. Das Leben bestätigt täglich, daß man nur durch die genaue Sachkenntnis, nur durch allseitiges Studium der Fragen, die sich aus der Arbeit ergeben, den notwendigen Erfolg erzielen kann. Und umgekehrt, daß jeder Versuch, die Fragen im Vorbeigehen, „im großen und ganzen" zu lösen, immer zu kläglichen Ergebnissen führen wird.

Der Parteisekretär darf sich nicht von den täglich an ihn herantretenden Dingen treiben lassen. Er muß verstehen, immer die Hauptaufgaben zu sehen. Auf der Funktionärversammlung der Moskauer Organisation der KPdSU (B) am 13. April 1928 erklärte Stalin:

„Am Steuer sitzen und um sich schauen, um doch nichts zu sehen, bis uns die Umstände mit der Nase auf irgendeine mißliche Sache stoßen — das heißt noch nicht führen. Der Bolschewismus hat eine andere Auffassung von der Führung. Um zu führen, muß man voraussehen können." (J. W. Stalin, „Über Selbstkritik", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 15)

Es genügt nicht, die Beschlüsse der Partei zu erläutern und die Arbeit zu verteilen. Es ist notwendig, die Durchführung der Beschlüsse zu kontrollieren, den Parteimitgliedern, denen Aufträge für die Verwirklichung der Anweisungen der Partei erteilt werden, Anleitung und Unterstützung zu geben, damit sie Schwierigkeiten überwinden und ihre Aufgaben richtig lösen können. Der Parteisekretär muß bei der Durchführung der Beschlüsse erkennen, welche Erscheinungen hierbei auftreten. Dies wird ihn befähigen, entsprechend der Situation neue Aufgaben zu stellen. Er muß beharrlich und zäh um die richtige Erfüllung der Beschlüsse ringen. Der Parteisekretär hat die kollektive Arbeit der Leitung zu organisieren. Er muß sich ständig bemühen, die Arbeit der Leitung so zu lenken, daß sie ihre Aufgaben gemeinsam berät und Maßnahmen zur Erfüllung dieser Aufgaben gemeinsam beschließt und verwirklicht.

Wer eine solche Arbeit entwickelt, wird die Generallinie der Partei richtig durchführen und Erfolge erzielen.

In seiner Schrift „Zu den Fragen des Leninismus" schrieb Stalin:

> „Führen heißt ... die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, heißt solche Losungen aufstellen und durchführen, die die Massen an die Positionen der Partei heranführen und es ihnen erleichtern, an Hand ihrer eigenen Erfahrung die Richtigkeit der Politik der Partei zu erkennen ..." (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", S. 162/163)

Deshalb steht im Mittelpunkt der Parteiarbeit die politische Erziehung der Menschen, die Mobilisierung und Organisierung der Massen zur Lösung der Aufgaben, die uns aus dem Kampf um den Frieden, um die demokratische Einheit Deutschlands, um die Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik im Land, im Kreis, in der Stadt, im Betrieb oder im Dorf erwachsen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der Sekretär die Arbeit der Parteiorganisation und ihrer Leitung vorzubereiten, ständig zu überprüfen, wie die Parteimitglieder und Kandidaten ihre Massenarbeit durchführen, zu kontrollieren, welche Wirkung die politischen Losungen der Partei auf die Belegschaft bzw. auf die Bevölkerung haben, ob sie verstanden und befolgt werden oder nicht. Er muß sich laufend über die Stimmungen und Meinungen im Betrieb bzw. Ort informieren, er muß untersuchen, welche Ursachen diese oder jene Auffassung hat, um festzulegen, wie darauf geantwortet werden muß. Er darf sich aber nicht nur auf die ihm zugestellten Berichte verlassen. Nur dann kann er sich ein richtiges Bild über die Stimmung und die Meinungen verschaffen, wenn er selbst Verbindung mit den Massen hat, mit ihnen diskutiert, ihre Wünsche, Sorgen und Zweifel kennenlernt. Deshalb muß sich der Parteisekretär von der Erfahrung der Partei Lenins und Stalins leiten lassen, daß man der Stimme der Massen Gehör schenken, daß man die Massen nicht nur lehren sondern auch von ihnen lernen muß. Jeder Parteisekretär sollte sich daher ein Aktiv von Parteigenossen und Parteilosen schaffen, mit dem er sich in wichtigen Fragen beraten kann und zu dem er von Fall zu Fall Menschen hinzuzieht, die etwas von der zu lösenden Aufgabe verstehen.

Der Parteisekretär wird dann ein richtiges Verhältnis zu den Massen haben, wenn er begreift, daß wir die Menschen nicht kommandieren dürfen, sondern

durch Überzeugung gewinnen müssen. Die Methode der Überzeugung ist die Grundmethode der Parteiführung und die Hauptaufgabe jeder Parteiarbeit.

Zur Organisierung und Mobilisierung der Massen gehört die richtige Anleitung der Genossen, die in den verschiedenen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, FDJ, DFD, VdgB [BHG] usw.) tätig sind. Diese Organisationen erfassen Millionen parteiloser Menschen, deren Aktivierung für unsere weitere Entwicklung von großer Bedeutung ist. Niemals darf eine Parteileitung die Arbeit in den Massenorganisationen unterschätzen oder sogar vernachlässigen. Darum muß jede Parteileitung in regelmäßigen Beratungen mit den dort tätigen Parteimitgliedern um die Verbesserung der Arbeit der Massenorganisationen bemüht sein.

Die Aufgabe des Parteisekretärs besteht darin, an der politischen Erziehung und Organisierung der Massen, an der Entwicklung der Menschen zu arbeiten, sie für die gegenwärtigen und zukünftigen politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben zu begeistern und sie zugleich im Geiste der Lehren von Marx-Engels-Lenin-Stalin zu erziehen. Deshalb wird der Parteisekretär sich die Fähigkeit aneignen müssen, das Neue zu sehen, es mit allen Kräften zu unterstützen und zu fördern, damit es sich durchsetzen kann. Lenin lehrte uns das mit folgenden Worten:

> „Wir müssen die Keime des Neuen sorgfältig untersuchen, ihnen die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen, mit allen Mitteln ihr Wachstum fördern und diese schwachen Keime ‚hegen und pflegen' ... Worauf es ankommt, das ist die Unterstützung aller und jeder Keime des Neuen, von denen das Leben die lebensfähigsten auslesen wird." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 575)

Der Erfolg jeder beliebigen Sache hängt in erster Linie von der geschickten Auslese der Kader, von ihrer geduldigen Erziehung ab. Deshalb ist es von großer Bedeutung, gute Organisatoren auszuwählen, solche, die fähig sind, die Parteidirektiven zu verstehen und sie beharrlich durchzuführen. Das wird nicht immer leicht sein. Es kommt darauf an, jeden einzelnen mit solchen Arbeiten zu betrauen, die seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen und die er zu lösen imstande ist. Der Parteisekretär muß die Kader täglich instruieren und ihnen die richtigen Wege zur Lösung dieser oder jener Aufgabe weisen. Er muß sie unterstützen, wenn sie Hilfe brauchen. Er muß sie fördern, wenn sie die ersten Erfolge erzielen und darf keinen Zeitaufwand scheuen, um sie zu lehren, um sich geduldig mit ihnen abzugeben und ihre Entwicklung zu beschleunigen. Das erfordert von jedem Parteisekretär Kenntnisse, Geduld, Feingefühl, fürsorgliche und aufmerksame Einstellung zu den Kadern.

Der Parteisekretär darf mit den Kadern und den Mitgliedern wie auch mit den Menschen in seinem Umkreis nicht nur brieflich oder durch Rundschreiben verkehren. Es ist besser, persönliche Aussprachen zu führen und ein Vertrauensverhältnis herzustellen, das die Voraussetzung für jede erfolgreiche Arbeit ist. Der Parteisekretär darf nicht glauben, daß er alles allein machen muß und daß die anderen nicht fähig wären, mitzuarbeiten. Der Parteisekre-

tär wird nur dann alle Aufgaben richtig durchführen können, wenn er es versteht, die Parteileitung zur kollektiven Arbeit zu erziehen, wenn er bemüht ist, sich mit jedem Leitungsmitglied abzugeben und es zu entwickeln.

Wenn der Parteisekretär alle Parteiarbeiter zur Arbeit der Leitung heranzieht, wenn er sie mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut und ihnen auseinandersetzt, wie diese durchzuführen sind, wenn er ihre Arbeit kontrolliert und ihnen hilft, die Hindernisse zu bezwingen, wenn er zu ihrer Weiterbildung beiträgt und ihnen aus seinen reicheren Erfahrungen Anregungen gibt, so bedeutet das eine wirkliche Kaderarbeit, die sich in politischen Erfolgen auswirken wird.

Um ein solcher Leiter der Parteiorganisation und ein wirklicher Führer der Massen zu sein, muß sich der Parteisekretär ständig um seine eigene Entwicklung bemühen. Er muß die von der Partei gebotenen Möglichkeiten zur Erweiterung seines marxistisch-leninistischen Wissens ausnutzen, um die Kenntnisse zu erlangen, die für die Lösung der Parteiaufgaben notwendig sind. Durch lebendige Anwendung der erworbenen Kenntnisse in der praktischen Arbeit wird er sich die Fähigkeiten eines Führers aneignen. Nur so erreicht er höchste Prinzipienfestigkeit in den grundsätzlichen Fragen und äußerste Beweglichkeit in der schöpferischen Anwendung der Direktiven der Partei.

Der Parteisekretär muß unversöhnlich gegen alle Mängel den Kampf führen. Er muß es verstehen, eine kühne und grundsätzliche Kritik zu entfalten, die darauf gerichtet ist, das Niveau der gesamten Parteiarbeit zu heben. Er muß die Parteimitglieder und Kandidaten ständig zur kritischen und selbstkritischen Betrachtung ihrer eigenen sowie der Arbeit der ganzen Parteiorganisation erziehen. Nur dort, wo Kritik und Selbstkritik im täglichen Leben angewandt werden, wird die Partei wachsen, wird sich das Niveau heben und die Lösung der Aufgaben gründlicher und sorgfältiger erfolgen.

Der Parteisekretär muß um die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie ständig bemüht sein und jeden Versuch, dieses Organisationsprinzip einer Partei von neuem Typus zu verletzen, rücksichtslos bekämpfen. Ein überheblicher Sekretär, der den Versuch unternimmt, in der Parteiorganisation verwerfliche und undemokratische Methoden einzuführen, kann nicht mit dem Vertrauen und der Achtung der Mitglieder rechnen und wird die Parteiarbeit lähmen. Der Parteisekretär soll also im Kollektiv arbeiten und dadurch die Aufgaben richtig verteilen.

Der Parteisekretär muß im politischen und im persönlichen Leben Vorbild für die Parteimitglieder und für die Massen sein.

Aus den Erfahrungen der Geschichte der KPdSU (B) lernen wir, bolschewistischer Leiter zu sein, heißt: vorwärts zu blicken, mit Perspektive zu arbeiten, zu wissen, was im Kreis, in den Betrieben, in den Gemeinden vor sich geht, Mängel rechtzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Parteisekretäre, die ohne Sachkenntnis, ohne ein ernstes Studium der wirklichen Lage auf ihrem Gebiet zu leiten versuchen, werden von Unannehmlichkeiten überrascht und lassen ernste Versäumnisse zu.

Bolschewistische Leitung — das ist operative, lebendige, auf gründlicher Sachkenntnis beruhende Leitung. Sie läßt kein kanzleimäßiges Verhalten, keinen Bürokratismus, keine Schablone, kein unernstes Herangehen an eine Frage zu.

Um aus unseren Parteisekretären solche bolschewistischen Leiter zu entwickeln, müssen die Kreis- und Landesleitungen um ihre ständige Anleitung bemüht sein, sie durch seminaristische Beratungen, durch Erfahrungsaustausch in ihrer Arbeit unterstützen, ihnen helfen, ihr eigenes Wissen zu vervollkommnen, Schwierigkeiten zu überwinden und eine schöpferische, erfolgreiche Arbeit zu entfalten. Dann werden unsere Parteiorganisationen zu wissenschaftlichen Arbeitsmethoden übergehen können und in der Lage sein, die führende Rolle der Partei überall zu verwirklichen.

Otto Winzer

Gegen den Militarismus – für nationale Streitkräfte des demokratischen Deutschland

Über die marxistisch-leninistische Fragestellung

Ausgehend von Friedrich Engels klassischer Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" hat Lenin am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution seine geniale Weiterentwicklung der Lehre des Marxismus vom Staat und den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegeben. Dabei zeigt er, wie sich als Produkt und Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze der Staat herausbildet, der hauptsächlich in besonderen Formationen bewaffneter Menschen besteht. So wie der Staat mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Zustände Veränderungen in den Formen und Methoden unterworfen ist, mit denen die jeweils herrschende Klasse ihre Macht ausübt, so entwickeln und verändern sich auch die bewaffneten Formationen in ihrer Rolle und Bedeutung im gesellschaftlichen Leben. Lenin hat diese Entwicklung knapp aber umfassend in dem Satz gekennzeichnet:

> „Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns aufs deutlichste, wie die herrschende Klasse die *ihr* dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse eine neue Organisation dieser Art zu schaffen strebt, die fähig wäre, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen." (W. I. Lenin. Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 164)

Aus der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat ergibt sich also, daß kein Staat ohne bewaffnete Formationen, ohne Armee und Polizei denkbar ist. Sie sind mit dem Staat entstanden und werden erst mit dem vollendeten Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt absterben. Solange es Kapitalismus in der Welt gibt, ist also auch kein souveräner Staat ohne eigene bewaffnete Macht, ohne Armee denkbar.

Aber nicht jede bewaffnete Formation, nicht jede Armee, ist mit dem Militarismus identisch. Der Militarismus ist eine typische Erscheinungsform der kapitalistischen Entwicklung. In seiner Arbeit „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie" definierte Lenin:

> „Der moderne Militarismus ist das Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen ist er eine ‚Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Kriegsmacht, die von den kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen verwandt wird (‚Militarismus nach außen', wie sich die Deutschen ausdrücken), und als Waffe, die in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller wirtschaftlichen und politischen Bewegungen des Proletariats dient (‚Militarismus nach innen')." (W. I. Lenin, „Über den Kampf um den Frieden", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 14)

Der Militarismus wurde hervorgerufen durch die Verschärfung der Klassengegensätze innerhalb der Staaten und durch die zunehmenden Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten, sowie durch ihren Kampf um die Herrschaft über andere Völker.

„... man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht."

Lenin, der diese Worte von Friedrich Engels zitiert, weist darauf hin, daß sie nicht später als Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben wurden. Es war zu der Zeit, „als die kapitalistische Entwicklung die Wendung zum Imperialismus nahm, sowohl im Sinne der völligen Herrschaft der Truste als auch im Sinne der Allmacht der riesigen Banken wie im Sinne einer grandiosen Kolonialpolitik usw."*)

Nach einem Abriß der Entwicklung des Heerwesens und der Kriegsführung von Anfang des 14. Jahrhunderts bis zum deutsch-französischen Krieg 1870/71 kennzeichnet Engels im „Anti-Dühring" den Zustand der europäischen Großstaaten in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts folgendermaßen:

„Die Armee ist Hauptzweck des Staates, ist Selbstzweck geworden; die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern und zu ernähren. Der Militarismus beherrscht und verschlingt Europa." (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 208)

Bald nachdem Engels diese Kennzeichnung des Militarismus gegeben hatte, setzte in allen Ländern Europas die Ära des Wettrüstens ein. Der Imperialismus verschärfte die Kriegsgefahr auf das äußerste und in gleichem Maße entwickelte sich der Militarismus zu einer immer drückenderen Last für die Werktätigen und zu einer tödlichen Gefahr für die Völker. Immer unverhüllter und rücksichtsloser wurde die Armee als Werkzeug der Klassenunterdrückung eingesetzt. Soldaten wurden zu Streikbrecherdiensten kommandiert, Maidemonstrationen und andere politische Kundgebungen der Arbeiterbewegung wurden in vielen Ländern durch Truppen auseinandergesprengt oder zusammengeschossen. Mit besonderer Brutalität wurden die Truppen der imperialistischen Staaten gegen Befreiungsbewegungen nationaler Minderheiten und kolonial unterdrückter Völker eingesetzt. Die Scheußlichkeiten der Kolonialkriege überboten alles bis dahin Dagewesene.

Der Klassencharakter des Militarismus findet seinen Ausdruck vor allem in der sozialen Zusammensetzung des Offizierskorps und der Generalität. Besonders in Deutschland war die Laufbahn des höheren Offiziers vorwiegend dem Adel und dem Junkertum vorbehalten. Die Vertreter der herrschenden reaktionären Klassen in der Armee wußten nicht nur ihre militärische Macht gegen das Volk zu gebrauchen, sondern machten sich auch weitgehend die wirtschaftliche Macht zunutze, die sie durch die immer stärker anschwellenden Militärbudgets und die Verfügung über riesige Rüstungsaufträge erhielten. Ist für den Imperialismus überhaupt charakteristisch, daß die Monopole mit den Spitzen des Staatsapparates verwachsen und dieser direkt in den Dienst der Monopole gestellt wird, so fand das im Heerwesen seinen besonderen Ausdruck. Bei seinen bekannten Enthüllungen über den Krupp-Skandal sagte Karl Liebknecht im April 1913 im Reichstag:

„Die persönliche Versippung der militärischen Bürokratie und der hohen Angestellten des privaten Rüstungskapitals ist eine ganz besonders starke ... Ich will jetzt nur ein paar Namen nennen: die früheren Inspekteure Exzel-

*) Siehe W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 165.

lenzen Fromm und Köhne, die früheren Direktoren Hirschberg, Kummer, Etscheid, Exzellenz Brandt, Passauer und andere, die früher in der Militärverwaltung tätig waren, heute in der Privat-Rüstungsindustrie eine große Rolle spielen und noch heute ... in den staatlichen Werkstätten ein- und ausgehen, als ob sie dort zu Hause seien.

Daß die gekennzeichneten Machenschaften der Rüstungsinteressenten nicht nur in Deutschland vorkommen, sondern internationale sind, und daß sich meine Angriffe infolgedessen gegen das *internationale Rüstungskapital* wandten, habe ich, glaube ich, deutlich genug zum Ausdruck gebracht." (Karl Liebknecht, „Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 198)

In unserer Zeit ist die Versippung und Verfilzung der Generalität mit dem Monopolkapital besonders für die USA und die amerikanische Armee kennzeichnend. Der englische Journalist Derek Kartun schrieb in seinem Buch „Dies ist Amerika":

„Dieser Typ des Geschäftsmann-General-Politikers verkörpert eine der unheilvollsten Entwicklungen im amerikanischen politischen Leben — das sich rasch vertiefende Bündnis zwischen Militär und Wallstreet." (Derek Kartun, „Dies ist Amerika", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 69)

Der amerikanische Kriegsminister Robert Lovett ist General, Bankier und Politiker in einer Person. Als Mitinhaber des Bankhauses Brown Brothers, Harriman & Co., und Direktor einer Reihe von Banken, Eisenbahnen und Versicherungsgesellschaften ist er einer der größten Bankiers der USA. General Eisenhower, der bisherige amerikanische Oberbefehlshaber der sogenannten „Europa-Armee", wird in den USA nur als „Mann Rockefellers" bezeichnet. Der amerikanische Westberliner „Tagesspiegel" schrieb am 23. April 1952 in einem Bericht aus New York:

„Heute bekleiden ehemalige Admirale oder Generale wie Lucius Clay, Brehon Somervell, Ben Moreell und Joseph McNarney hohe Posten in der amerikanischen Industrie. So sehr ähneln sich im Zeitalter der Manager die Probleme der Massenorganisation in Industrie und Wehrmacht ..., daß der Wechsel vom militärischen in das zivile Amt eben nur ein Wechsel des Gebietes ist; *der Kreis der Aufgaben bleibt der gleiche.*"

So ist der Militarismus in den imperialistischen Staaten für die herrschende Finanzoligarchie zugleich Werkzeug der Unterdrückung, Waffe der Eroberungskriege, Mittel zur Ausplünderung der Volksmassen und zur maßlosesten Profitschinderei.

Die revolutionären Marxisten konnten an dieser Entwicklung, die sich seit Ende des vorigen Jahrhunderts abzeichnete, nicht vorübergehen. Seit der Jahrhundertwende beschäftigte sich jeder Kongreß der II. Internationale mit den Aufgaben des Kampfes gegen Krieg und Militarismus. In diesem Zeichen stand infolge des Eingreifens Lenins und Rosa Luxemburgs vor allem der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale sowie dank Karl Liebknechts Wirken auch der Gründungskongreß der Sozialistischen Jugendinternationale, die beide im Jahre 1907 stattfanden. Im gleichen Jahre erschien Karl Liebknechts Rede über „Militarismus und Antimilitarismus" als Broschüre, die ihm Verfolgungen

durch die militaristische Justiz eintrug und ihn weit über die Grenzen Deutschlands als den kühnen und leidenschaftlichen Vorkämpfer gegen Krieg und Militarismus bekannt machte. In dieser Schrift gab Karl Liebknecht eine Kennzeichnung des Militarismus, die angesichts der Mittel und Methoden, mit denen die USA-Imperialisten die Aufstellung der Europa-Armee erzwingen, geradezu aktuell anmutet:

„Dem Proletariat steht ein bis an die Zähne bewaffneter Räuber gegenüber, dessen Ultimatum aber nicht lautet: la bourse ou la vie — Geld *oder* Leben!, sondern die Räubermoral übertrumpfend: la bourse et la vie — Geld *und* Leben!" (Karl Liebknecht, „Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze", S. 88)

In seinem schonungslosen, alle Niedertracht und Bestialität des Militarismus anprangernden Kampf ging Karl Liebknecht jedoch stets vom Programm des internationalen Sozialismus „marxistischer Schule" (wie er selbst sagte) aus. Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen den „unverkennbar utopistischen Standpunkt", „der sich nicht gegen den Militarismus, sondern gegen jegliche Art der Vorbereitung zum Krieg wendet . . ., der nicht nur den Krieg bekämpft, sondern in phantastischer Weise die tatsächlichen Kriegsmöglichkeiten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinwegzuleugnen versucht." Für Karl Liebknechts Stellungnahme zum Militarismus ist eine Rede beachtlich, die er am 27. April 1907 in Leipzig hielt, und in der er sagte:

„Unter Militarismus kann man zunächst alles verstehen, was sich auf das Militärwesen bezieht. Diese Definition ist aber unzweckmäßig: herkömmlicherweise verstehen wir darunter eine ganz besondere Art des Militärwesens, eine Erscheinung, die nicht aus dem Gesamtwollen des Volkes geboren ist, sondern vielmehr auf dem Boden der *Klassengegensätze* gewachsen ist . . . Während eine Armee in jeder gesellschaftlichen Ordnung nötig ist, auch gegebenenfalls im sozialistischen Staate, um gegen irgendeinen äußeren Feind im Interesse der Gesamtheit gesichert zu sein, so ist jener Militarismus nur denkbar in der Klassengesellschaft." (Ebenda, S. 101)

Mit dieser Einschätzung, daß nicht jede Armee Militarismus bedeutet, daß auch der sozialistische Staat, solange kapitalistische Staaten fortbestehen, nicht umhin kann, seine eigene Armee zu haben, stand Karl Liebknecht durchaus auf dem Boden der Lehre von Marx und Engels.

Seither sind viereinhalb Jahrzehnte vergangen. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Jahre des Bürgerkrieges und der Interventionen und schließlich der zweite Weltkrieg haben die Notwendigkeit einer starken, auf das modernste ausgerüsteten bewaffneten Macht des sozialistischen Staates mit der unwiderleglichen Überzeugungskraft geschichtlicher Tatsachen erwiesen. Lenin hob bereits im Jahre 1919 auf dem VIII. Parteitag der KPR (B) hervor, daß die siegreichen Arbeiter und Bauern Rußlands „nicht nur in einem Staate, sondern in einem System von Staaten" leben. Daraus leitet er ab,

„ . . . daß die herrschende Klasse, das Proletariat, wenn es nur herrschen will und herrschen wird, dies auch durch seine militärische Organisation beweisen muß." (W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 133, russ.)

Im Jahre 1920, kurz vor dem dritten Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, kennzeichnete Genosse Stalin in einer Rede „Über die politische Lage der Republik" auch die neue Armee des sozialistischen Staates

„Die Rote Armee unterscheidet sich von den Armeen, die von der Entente gedungen und bestochen sind, dadurch, daß sie für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres eigenen Landes kämpft, daß ihre Interessen zusammenfallen mit den Interessen des Landes, für das sie ihr Blut vergießt, und mit den Interessen der Regierung, nach deren Direktiven sie kämpft." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 332)

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Roten Armee hob Genosse Stalin drei Besonderheiten der Armee des ersten sozialistischen Staates hervor. Sie ist *erstens* ein Werkzeug zur Festigung der Macht der Arbeiter und Bauern, eine Armee der Befreiung der Werktätigen. *Zweitens* beruht ihr ganzes Wesen, ihre ganze Organisation auf der Festigung der Freundschaftsbande zwischen den Völkern der Sowjetunion, auf der Idee der Befreiung der unterdrückten Völker und der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der sozialistischen Republiken, die der Sowjetunion angehören. Sie wird *drittens* seit dem ersten Tage ihres Entstehens im Geiste des Internationalismus und der Achtung vor den anderen Völkern, im Geiste der Liebe und Achtung vor den Arbeitern aller Länder, im Geiste der Erhaltung und Festigung des Friedens erzogen.

Im Unterschied zu den Armeen der kapitalistischen Länder besteht ihr Offizierskorps aus Arbeitern und Bauern, die sich in den schweren Kämpfen gegen Weißgardisten und Interventen als kühne und opferbereite Verteidiger ihrer Heimat und ihres Volkes erwiesen haben. Diese wahre Volksarmee hat sich unter der genialen Führung Stalins im zweiten Weltkrieg gegenüber der stärksten Kriegsmaschine der Welt, dem faschistischen deutschen Militarismus, als durchaus überlegen und siegreich erwiesen.

Es ist klar, daß die Sowjetarmee und die Armeen der Volksrepubliken nicht nur nichts mit dem Militarismus gemein haben, sondern im Gegenteil starke Waffen zu seiner Überwindung darstellen.

Bei der Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat hat Genosse Stalin auf dem XVIII. Parteitag im März 1939 auf den wesentlichen Unterschied zwischen der Armee eines kapitalistischen und eines sozialistischen Staates hingewiesen. Indem er die drei Funktionen des Sowjetstaates in der ersten Phase nach der Oktoberrevolution kennzeichnete, sagte er:

„Die zweite Funktion war die Verteidigung des Landes gegen Überfälle von außen. Darin erinnert er ebenfalls äußerlich an die früheren Staaten, die sich auch mit dem bewaffneten Schutz ihrer Länder befaßten, jedoch mit dem grundsätzlichen Unterschied, daß unser Staat die Errungenschaften der werktätigen Mehrheit vor Überfällen von außen schützte, während die früheren Staaten in solchen Fällen die Reichtümer und Privilegien der ausbeutenden Minderheit schützten." (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 727)

In der zweiten Phase der Entwicklung des Sowjetstaates kam die Funktion der militärischen Unterdrückung innerhalb des Landes in Wegfall. Die Notwendigkeit aber, eine völlig moderne Armee zur Verteidigung des Landes zu organisieren, blieb bestehen Genosse Stalin sagte dazu:

„Die Funktion des militärischen Schutzes des Landes vor Überfällen von außen blieb völlig erhalten, es blieben folglich auch die Rote Armee, die Kriegsmarine ebenso wie die Straforgane und der Abwehrdienst, die notwendig sind zur Aufdeckung und Bestrafung von Spionen, Mördern und Schädlingen, die von den ausländischen Spionagediensten in unser Land geschickt werden." (Ebenda, S. 728)

Die sowjetischen Völker schaffen heute die materiell-technischen Grundlagen für den Aufbau des Kommunismus. Sie schreiten weiter vorwärts zum Kommunismus. Die Frage, ob der Staat — und mit ihm die Armee — auch in der Periode des Kommunismus erhalten bleiben wird, hat Genosse Stalin bereits im Jahre 1939 beantwortet. Er sagte:

„Ja, er wird erhalten bleiben, wenn die kapitalistische Umkreisung nicht beseitigt, wenn die Gefahr kriegerischer Überfälle von außen nicht überwunden wird, dabei ist es klar, daß sich die Formen unseres Staates neuerlich verändern werden, entsprechend den Veränderungen der inneren und äußeren Situation." (Ebenda, S. 728)

Dieser kurze Überblick über Rolle und Stellung, die die bewaffneten Formationen in der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat einnehmen, zeigt, daß unter den internationalen Bedingungen, die durch die Existenz kapitalistischer Staaten gegeben sind, kein souveräner Staat ohne eigene nationale Streitkräfte denkbar ist. Auch das deutsche Volk, das seine volle nationale Souveränität und Unabhängigkeit erstrebt, braucht nationale Streitkräfte des demokratischen Deutschland.

Die marxistisch-leninistische Partei des Proletariats führt den Kampf gegen den Militarismus als gegen eine Erscheinungsform des Kapitalismus, die im Imperialismus zu einer ständigen Bedrohung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der Völker schlechthin wird. Sie ist gleichzeitig aber ein entschiedener Feind jedes Pazifismus, der im besten Falle naiver Utopismus ist, in der Regel aber der Verschleierung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen dient.

Über den heutigen amerikanischen Militarismus

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der Militarismus durch die Weltherrschaftspläne des amerikanischen Imperialismus einen neuen Zug erhalten, ohne daß sich jedoch sein Wesen änderte. Dieser neue Zug besteht darin, daß der amerikanische Imperialismus den übrigen kapitalistischen Staaten eine Aufrüstung aufzwingt, eine Militarisierung dieser Staaten betreibt, die einzig und allein der Durchsetzung der Weltherrschaftsansprüche der USA dienen soll.

Betrachtet man eine schematische Darstellung der militärischen Struktur des sogenannten Atlantikpaktes, so ergibt sich folgendes Bild: Der ständige Militärausschuß, also die höchste Spitze der Heeresorganisation des Atlantikpaktes, hat sein Hauptquartier im Pentagon, dem Dienstgebäude des amerikanischen Kriegsministeriums, aufgeschlagen, steht also völlig unter seiner Kontrolle, ist von ihm abhängig; der oberste Befehlshaber der Europa-Armee hat seinen Sitz zwar in Paris, wird aber von den amerikanischen Imperialisten gestellt, wobei Eisenhower durch Ridgway, den Pest-Floh-General aus Korea, abgelöst worden ist; der oberste Befehlshaber der atlantischen See-

streitkräfte hat seinen Sitz in Norfolk in den USA und ist ebenfalls ein Amerikaner; die Regionale Planungsgruppe für USA und Kanada hat ihren Sitz gleichfalls in den USA; und schließlich ist der Chef des Stabes der sogenannten Atlantikstreitkräfte der amerikanische General Gruenther.

Aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß alle Schlüsselpositionen der sogenannten Atlantikstreitkräfte in den Händen von Amerikanern liegen, die Generale und Finanzhyänen in einer Person sind. Hinzu kommt noch die politische und wirtschaftliche, rüstungstechnische und finanzielle Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten vom amerikanischen Imperialismus. Eisenhower hat in dem am 2. April 1952 veröffentlichten Jahresbericht über seine Tätigkeit als oberster Befehlshaber der Atlantikpaktstreitkräfte den Herrschaftsanspruch der amerikanischen Monopolherren mit geradezu unverschämter Offenheit ausgesprochen, wobei er auf die industrielle Überlegenheit der USA gegenüber den übrigen kapitalistischen Staaten pochte:

„Die Grundlage für die industrielle Machtstellung Amerikas ist die Stahlproduktion. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltstahlerzeugung fast 50 Prozent, und durch diese industrielle Stärke sind sie in der Lage, die freie (d. h. die imperialistische — O. W.) Welt bei der Ausrüstung mit schweren Waffen zu unterstützen."

Die Lieferung schwerer Waffen — Kanonen, Panzer, Kriegsschiffe und Flugzeuge — ist aber bekanntlich das Geschäft, das den Monopolherren die höchsten Profite einträgt. Diese Profite müssen jedoch auch realisiert werden. Deshalb drohte Eisenhower den europäischen Regierungen mit dem „amerikanischen Steuerzahler". Er will erhöhte Kriegsbudgets und die Anspannung aller Kräfte für die gesteigerte Aufrüstung erpressen. Eisenhowers Forderungen an die europäischen Staaten entsprechen durchaus dem Ultimatum: „Geld und Leben", von dem Liebknecht sagte, daß es die Räubermoral noch übertrumpft. Nur darauf läuft es hinaus, wenn Eisenhower erklärt:

„Im Rahmen dieses Programms oblag es den Empfängernationen, die Truppen zu rekrutieren und zu unterhalten und für den Rest der von ihnen benötigten Ausrüstungen zu sorgen. Sie sollten ferner die entsprechenden Vorbereitungen treffen, um zum frühest möglichen Zeitpunkt die Programme zur Wartung und laufenden Modernisierung der (aus Amerika gelieferten — O. W.) schweren Waffen in Angriff nehmen zu können."

Die amerikanische Form des Militarismus, die heute Europa „beherrscht und verschlingt", ist ein Bestandteil des amerikanischen Strebens nach imperialistischer Herrschaft über die europäischen Staaten. Jeder neue Schritt in dieser Richtung offenbart immer anschaulicher, daß die Preisgabe der Verfügungsgewalt über die eigenen nationalen Streitkräfte auch die Preisgabe der nationalen Souveränität der Staaten bedeutet. Der Korrespondent der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung" schrieb darüber in einem Bericht von der Lissaboner Tagung der Atlantikpaktmächte am 15. März d. J.:

„Dieser Eisenhower und sein Stab sind in keiner europäischen Verfassung vorgesehen; doch ihr politischer Einfluß als der einer exterritorialen Macht auf dem Kontinent kann nicht mehr übersehen werden . . . Was aber nicht mehr zweifelhaft ist, das ist der still sich vollziehende Wandel der ungeschriebenen europäischen Verfassungsstruktur durch die atlantische

Kommando- und Kommissionsbürokratie, die sich zum Kern einer neuen internationalen ‚Herrschaftskaste' formiert, zu der beispielsweise auch die Sekretariatsgrößen des ‚europäischen Wirtschaftsrats' (OEEC) gehören und die Manager der europäischen Montanunion hinzutreten werden. Das ist ein Stück jener Entwicklung von der klassischen Demokratie zur ‚Demokratur', ein Stück auch von der *Liquidierung der nationalstaatlichen Souveränität.*"

Dieser Journalist, der seinen Bericht unter dem unmittelbaren Eindruck der Lissaboner Tagung schrieb, hat die Rolle Eisenhowers und seines Europakommandos gar nicht so falsch gesehen. Sie demonstriert am deutlichsten, daß die europäischen Staaten ihrer nationalen Souveränität entkleidet und der imperialistischen Herrschaft des amerikanischen Monopolkapitals unterworfen werden sollen.

Die Wiedergeburt des Militarismus in Westdeutschland — eine Gefahr für Deutschland und Europa

Im Streben des amerikanischen Imperialismus nach der Beherrschung Europas spielt Westdeutschland eine besondere Rolle. Die Frage der Einbeziehung Westdeutschlands in die Europa-Armee nimmt im Jahresbericht Eisenhowers einen auffallend breiten Raum ein. Es sind sowohl die Bodenschätze und die Industrie, die Kohlevorkommen und die Hüttenbetriebe als auch die Millionen fleißigen Arbeitskräfte, die das Hauptinteresse Eisenhowers als eines Sprechers des aggressiven amerikanischen Monopolkapitals finden. Als dem geographischen Zentrum Europas schreibt er Westdeutschland eine große strategische Bedeutung zu. Er lobt das umfassende Netz moderner Straßen und Eisenbahnlinien, die die norddeutsche Tiefebene zu einem günstigen Terrain für einen militärischen Vorstoß machen. Die beträchtlichen menschlichen und wehrwirtschaftlichen Reserven Westdeutschlands spielen in Eisenhowers Kriegsplänen eine entscheidende Rolle. Er schließt die Bewertung Westdeutschlands mit den Worten:

„Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden."

Eisenhower betrachtet Westdeutschland nur noch als strategisches Gebiet und Rohstoffquelle, die westdeutsche Bevölkerung nur noch als Arbeitskräfte und Menschenmaterial für seine Truppen. Was Eisenhower in seinem Jahresbericht über Westdeutschland sagt, ist für das deutsche Volk nicht nur entwürdigend, es läßt auch die ganze Größe der Gefahr erkennen, die die amerikanischen Pläne für die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Verwandlung in eine amerikanische Rüstungsbasis über das deutsche Volk heraufbeschwören.

Eisenhower äußert dabei keine Privatmeinung, sondern führt die Politik aus, die der Senat der Vereinigten Staaten am 3. April 1951 in seiner Entschließung über die Entsendung amerikanischer Truppen nach Europa festgelegt hat. In diesem Beschluß wurde ausdrücklich gefordert,

„... daß der größte Teil der Landstreitkräfte von unseren europäischen Alliierten gestellt werden soll und daß ihr Beitrag zahlenmäßig den Hauptteil der Gesamtstärke ausmachen soll."

Gleichzeitig verlangt diese Entschließung die „Nutzbarmachung der militärischen und anderweitigen Hilfsquellen Westdeutschlands."

Warum legen Eisenhower und die monopolkapitalistischen Senatsherren ein so besonders großes Gewicht auf die Remilitarisierung und Aufrüstung Westdeutschlands? Es wäre falsch, die Antwort nur darin zu suchen, daß Westdeutschland die Hauptkampflinie für den Krieg gegen den Osten, gegen unsere Republik, gegen die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion bilden soll. Der amerikanische Imperialismus braucht Westdeutschland, sein wehrwirtschaftliches Potential und westdeutsche Truppen auch für die Durchsetzung seiner Herrschaft über Westeuropa. Die Tatsache, daß die Regierungen der Atlantikpakt-Staaten sich — wenn auch teilweise widerstrebend — dem Druck Trumans, Achesons und Eisenhowers beugen, heißt durchaus noch nicht, daß die westeuropäischen Völker sich mit der Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über ihre Länder bereits abgefunden hätten. Nicht umsonst verlangt Eisenhower nicht nur die äußere, sondern auch die innere Gleichschaltung der westeuropäischen Länder. Er wendet sich gegen alle „politischen Gruppen", die sich von „ihrem eigenen unmittelbaren Vorteil" leiten lassen. Er verdammt den „trügerischen, aber verlockenden Neutralismus", „von dem sich die Europäer die Erhaltung der ihnen ans Herz gewachsenen Dinge erhofften". Seinen besonderen Zorn aber erregen die Arbeiter, „die sich immer noch der Täuschung hingeben, daß ihren Interessen durch ein Zusammengehen mit kommunistisch geführten Arbeiterorganisationen gedient werde."

Was Eisenhower für die europäischen Länder fordert, ist im Grunde genommen nichts anderes als die Errichtung amerikanisch kommandierter Militärdiktaturen. In deutschen Truppenkontingenten, die von Hitlergeneralen befehligt werden, aber sieht Eisenhower und mit ihm das gesamte reaktionäre amerikanische Monopolkapital die geeignetsten Werkzeuge zur Durchsetzung dieser Politik in Westeuropa. Darum ist es gerade der amerikanische Hohe Kommissar McCloy, der die Fertigstellung und den Abschluß des Generalkriegsvertrages mit fieberhafter Eile betreibt. Der Generalkriegsvertrag, der den Weg freimacht zur offenen und unverhüllten Aufrüstung und zur Aufstellung westdeutscher Truppen, die nach amerikanischem Befehl in allen Ländern zum Einsatz kommen können, ist darum nicht nur eine riesenhafte Gefahr für das deutsche Volk, sondern für alle Völker Europas.

Das westdeutsche Monopolkapital und seine faschistische Generalität betreiben diese Politik der Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus, der Preisgabe der Souveränität des deutschen Volkes in der Hoffnung, die eigene imperialistische Macht wiederherstellen zu können. In der Weimarer Republik hat General von Seeckt das Moltke-Wort in Umlauf gebracht: „Gottes Wege sind nicht unsere Wege, auch verlorene Feldzüge können zum Ziele führen." Das Ziel, zu dem die Neuaufrüstung in der Weimarer Republik führen sollte, war die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus, für die Hitler den zweiten Weltkrieg führte.

Eine ähnliche Konzeption, bei der die Niederlage im zweiten Weltkrieg in die Vorbereitung eines dritten Waffenganges um die Vorherrschaft des deutschen Monopolkapitals in Europa verwandelt werden soll, spricht aus einem Leitartikel der von rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen finanzierten „Deutschen Soldatenzeitung", die sich gegen die sowjetischen Vorschläge für

die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland wandte und dabei erklärte:

„Die Erfahrungen lehren, daß sehr wohl der Spatz in der Hand in Gestalt eines ehrlichen Generalvertrages ein besseres Pfand für die deutsche Zukunft sein könnte, als die Picassosche Friedenstaube auf dem Dach."

Man darf nicht vergessen, daß die faschistische Generalität, die nach dem Willen der Amerikaner die westdeutsche Söldnerwehrmacht befehligen soll, große Erfahrungen in der verschleierten Vorbereitung, Ausbildung und Aufstellung großer imperialistischer Heere hat. Grenzschutz, Offiziers- und Soldatenbünde, Aeroklubs, Traditions-Verbände und andere militärische Organisationen haben bereits in der Weimarer Zeit Schule gemacht. Hitler brauchte nur fortzuführen, was in der Weimarer Republik bereits begonnen war. Der bürgerliche Historiker Walter Görlitz schreibt darüber:

„Vorbereitende Maßnahmen wurden im Keim schon 1921 in der sorgfältigen Ausbildung der Mannschaften mit allen verfügbaren Waffen, der Erstellung einer neuen Ausbildungs- und Gefechtsvorschrift „Führung und Gefecht" unter Berücksichtigung etwaiger Erweiterung des Heeres und der Ausnutzung waffentechnischer Neuerungen trotz der Kontrollarbeit der Internationalen Kommission getroffen." (Görlitz, „Der deutsche Generalstab", Verlag der Frankfurter Hefte, S. 332)

Adenauer aber will heute von einer Begrenzung der Truppenstärken und der Ausrüstung überhaupt nichts hören. Es ist mehr als aufschlußreich, daß Adenauer in seiner Rede im Bundestag am 3. April 1952 bei der Behandlung der Frage der nationalen Streitkräfte, wie sie im Vorschlag der Sowjetunion vorgesehen sind, erklärte, er möchte „ausdrücklich betonen, daß nach dieser Note Deutschland nicht etwa die Möglichkeit gegeben werden soll, diese Streitkräfte so stark zu machen und so auszurüsten", wie er es für notwendig halte. Er wandte sich dagegen, „daß in dem Friedensvertrag sowohl die Zahl der Streitkräfte als auch die Waffen und die Typen von Waffen, die diese Streitkräfte bekommen, ausdrücklich festgesetzt werden soll".

Was Adenauer und die westdeutschen Militaristen mit amerikanischer Billigung anstreben, ist die unbeschränkte Aufrüstung für die aggressiven Ziele des amerikanischen und westdeutschen Monopolkapitals. Diese Ziele liegen sowohl im Osten als auch im Westen. Adenauer hat, wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" berichtete, vor der CDU-Fraktion in Bonn ausgeführt, daß er „die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone nur im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer ‚allgemeinen Neuordnung in Osteuropa' als gegeben ansieht." Das ist das Programm des Bruderkrieges der Deutschen untereinander. Es ist aber auch Hitlers Kriegsprogramm der „Neuordnung Europas", die ja auch mit dem Überfall auf die Tschechoslowakei und Polen eingeleitet wurde. Andererseits hat General Stummels bezeugt, daß im Kreise der Speidel, Heusinger und Kumpanei erklärt wird, laßt uns erst mal einige Kampfgruppen (oder Divisionen) haben, dann werden wir mit Frankreich schon anders reden.

Der westdeutsche Militarismus unter amerikanischem Oberkommando ist jedoch aggressiv nicht nur nach außen, er ist es auch nach innen, gegen die Arbeiterklasse und gegen alle friedliebenden Menschen in Westdeutschland. Dafür sprechen nicht nur die Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen gegen die

Friedensbewegung, gegen die Freie Deutsche Jugend und die Verbotsforderung gegen die KPD, dafür spricht vor allem die sogenannte „Notstandsklausel" im Generalvertrag, deren endgültige Fassung bereits vor seinem Abschluß von Adenauer akzeptiert wurde. Wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 12. April 1952 meldete:

„... gestattet die Notstandsklausel den alliierten Botschaftern (wie die Hohen Kommissare dann heißen werden) in der Bundesrepublik die oberste Staatsautorität in Deutschland in folgenden drei Fällen zu übernehmen:

1. im Falle eines Krieges,
2. wenn in der Bundesrepublik ein Generalstreik ausbricht,
3. wenn von politischen Gruppen ein bewaffneter Aufstand zum Sturz der Bundesregierung unternommen wird."

Gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung bestätigte die Dienststelle Blank, daß das amerikanische Europa-Kommando „nicht nur die Kontrolle über die Europa-Armee ausüben, sondern sich auch eine gewisse Einsichtnahme in die nationalen Polizeiorgane der Mitgliedstaaten vorbehalten werde".

Beides zusammen ist nicht nur für die Preisgabe der nationalen Souveränität des deutschen Volkes kennzeichnend, sondern offenbart auch den Klassencharakter des westdeutschen Militarismus amerikanischer Observanz. Jeder Generalstreik, auch wenn er um Lohnforderungen, Arbeitsbedingungen oder soziale Rechte geführt wird, hat nach der „Notstandsklausel" die sofortige Verhängung einer ausländischen Militärdiktatur zur Folge.

Auch der dritte Punkt der „Notstandsklausel" ist allzu durchsichtig. Es ist allgemein bekannt, mit welcher Selbstverständlichkeit die amerikanischen Imperialisten den legalsten Kampf politischer Gruppen gegen die amerikanischen Kreaturen in einen „bewaffneten Aufstand" oder in „bolschewistische Umsturzversuche" umzulügen wissen. Mit der Eingliederung Westdeutschlands in den Kriegsblock soll auch die Polizei noch dem Militärkommando untergeordnet werden, so daß die Militärdiktatur gegen soziale und politische Bewegungen der Volksmassen vollständig ist.

Der Militarismus, der in Westdeutschland nach amerikanischen Weisungen mit Hilfe von reaktionären Monopolkapitalisten und Hitlergeneralen großgezüchtet wird, ist nicht weniger reaktionär und volksfeindlich, nicht weniger aggressiv nach außen und nach innen, als es der preußisch-deutsche und faschistische Militarismus war. Der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands ist daher der Kampf gegen die amerikanische Fremdherrschaft und zugleich der Kampf um die sozialen und politischen Rechte und Freiheiten der westdeutschen Bevölkerung.

Für nationale Streitkräfte des demokratischen Deutschland

Die Einpeitscher und Handlanger des amerikanischen Kurses der Remilitarisierung und Aufrüstung Westdeutschlands haben ein riesiges Geschrei erhoben über die in den sowjetischen Vorschlägen für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland enthaltenen militärischen Leitsätze. Nach diesen Leitsätzen wird es Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind. Mit allen Mitteln der Lüge und Entstellung versuchen

die Kriegstreiber Verwirrung in das deutsche Volk zu tragen und den europäischen Völkern die Sache so darzustellen, als handle es sich um ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus. Zwar sind die Roßtäuschermethoden der imperialistischen Kriegspropaganda allzu plump und durchsichtig, aber dennoch darf man ihre Wirkung nicht unterschätzen.

Die breiten Massen des deutschen Volkes sind von einer tiefen Friedenssehnsucht erfüllt, sie hassen den Krieg, der ihnen unermeßliche Leiden gebracht. Viele Menschen übersehen aber, daß der Friede kein Geschenk des Himmels ist, sondern erkämpft und geschützt werden muß. Die Kriegstreiber scheuen sich durchaus nicht, derartige pazifistische Stimmungen für den Kampf gegen den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland zu mißbrauchen. Demgegenüber hat das deutsche Volk alle Ursache, die Lehren der Vergangenheit zu beachten und nie zu vergessen. Wären die Massen des deutschen Volkes nach 1918 nicht irregeführt worden, hätten sie erkannt, daß es nicht genügt, den imperialistischen Krieg zu beenden, daß der Friede auch gegen die Treibereien der Militaristen verteidigt werden muß, dann wäre dem deutschen Volk der zweite Weltkrieg mit seinen unermeßlichen Opfern erspart geblieben. Erst der Verzicht auf die aktive Verteidigung des Friedens machte es der militaristischen Konterrevolution in der Weimarer Republik möglich, die Voraussetzungen für den zweiten Waffengang des deutschen Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt zu treffen. Kennzeichnend für derartige Stimmungen nach 1918 ist eine Stelle in dem bereits zitierten Buch des bürgerlichen Historikers Walter Görlitz:

> „Freilich, die deutschen Soldatenräte waren keine Russen. Den meisten von ihnen ging es weniger um Revolution und Ausrottung des Offizierscorps als darum, so rasch wie möglich die Uniform ausziehen zu können." (Görlitz, „Der deutsche Generalstab", S. 298)

Dieser Verzicht auf den Kampf zur völligen Ausrottung des Militarismus, der eben nicht nur mit mehr oder weniger liebenswürdigen Worten geführt werden kann, ist dem deutschen Volk und Europa zum Verhängnis geworden, denn er hat zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges beigetragen.

Es liegt also im wohlverstandenen Interesse des deutschen Volkes, wenn in der Einleitung zu den sowjetischen Vorschlägen für die Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland gesagt wird:

> „Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird." („Einheit", Heft 4, 1952, S. 314)

Alles, was in Westdeutschland für die Remilitarisierung und die Aufrüstung bereits geschehen ist und noch weiter unternommen wird, geschah und geschieht unter Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung Deutschlands. Sie erforderten in erster Linie die völlige Liquidierung der Hitler-Armee, des Hitlerschen Generalstabes und aller faschistischen Militärorganisationen. In Westdeutschland dagegen wurden die

Kader der Hitlerarmee erhalten oder neu erfaßt, feiert der Generalstab im Büro Blank seine Auferstehung, wimmelt es von allen möglichen Militärorganisationen.

Der Friedensvertrag mit Deutschland muß also Maßnahmen vorsehen, die eine solche Entwicklung in Westdeutschland gewährleisten, durch die der demokratische und friedliebende Charakter des einheitlichen und unabhängigen deutschen Staates nicht gefährdet, sondern gesichert wird. Darum besagt Punkt 5 in den politischen Leitsätzen der Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland, daß Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, auf deutschem Gebiet nicht bestehen dürfen. Nimmt man noch Punkt 7 der politischen Leitsätze hinzu, nach dem Deutschland verpflichtet wird, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat, so wird ganz klar, daß alle diese Vorschläge darauf hinauslaufen, das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Militarismus unmöglich zu machen.

Diese Voraussetzungen dürfen nicht aus dem Blickfeld gelassen werden, wenn man die militärischen Leitsätze im sowjetischen Vorschlag für die Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland richtig beurteilen will. Sie besagen eindeutig, daß die deutschen bewaffneten Kräfte in einem Ausmaß geschaffen werden sollen, das für die Verteidigung, nicht aber für die Aggression notwendig ist. Derartige Streitkräfte aber braucht der demokratische deutsche Staat in gleicher Weise, wie jeder andere souveräne Staat. Die Vorschläge der Sowjetunion gehen von der Notwendigkeit aus, dem deutschen Volke die volle Gewähr seiner Freiheit und nationalen Unabhängigkeit und die ungeschmälerte Gleichberechtigung mit anderen Völkern zu geben.

Dieser Gedanke ist besonders eindrucksvoll in der Note vom 9. April 1952 entwickelt, mit der die Sowjetregierung auf die Ausweich- und Verschleppungsmanöver der Westmächte geantwortet hat. Darin heißt es:

> „Die Sowjetregierung hat bekanntlich einen gleichartigen Vorschlag auch zum Entwurf eines Friedensvertrages mit Japan gemacht. Ein solcher Vorschlag entspricht den Grundsätzen der nationalen Souveränität und der Gleichberechtigung der Staaten untereinander. Es ist undenkbar, daß Japan ein Recht auf nationale, für Zwecke der Landesverteidigung bestimmte Streitkräfte haben sollte, Deutschland hingegen dieses Rechtes beraubt und in eine schlechtere Lage versetzt sein sollte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sowohl für die Sache des Friedens als auch für die deutsche Nation bedeutend besser wäre, solche für die Verteidigung bestimmte Streitkräfte zu schaffen, als in Westdeutschland Söldnertruppen der Revanchepolitiker mit hitlerfaschistischen Generalen an der Spitze aufzustellen, die bereit sind, Europa in den Abgrund eines dritten Weltkrieges zu stürzen." („Neues Deutschland" vom 13. April 1952)

Ausgehend von dieser Stellungnahme der Sowjetregierung sei hier zuerst auf die bereits im Jahre 1947 abgeschlossenen Friedensverträge mit Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Finnland und Italien hingewiesen. Alle diese Friedensverträge enthalten Bestimmungen über Heer und Luftwaffe bzw. über Heer, Marine und Luftwaffe. Der Friedensvertrag mit Ungarn sieht ein Landheer mit einer Gesamtstärke von 65 000 Mann und eine Luftwaffe von 5000 Mann vor. Im Friedensvertrag mit Bulgarien ist ein Landheer mit einer Gesamt-

stärke von 55 000 Mann, dazu 1800 Mann Flakartillerie, 3500 Mann für die Kriegsmarine und 5200 Mann für die Luftwaffe vorgesehen. Der Friedensvertrag mit Rumänien setzt die Stärke der Streitkräfte auf 120 000 Mann für das Landheer, 5000 Mann für die Flakartillerie, 5000 Mann für die Kriegsmarine und 8000 Mann für die Luftwaffe fest. Im Unterschied zu den Friedensverträgen, die nach dem ersten Weltkrieg mit Ungarn und Bulgarien geschlossen wurden, ist in den Friedensverträgen von 1947 kein Verbot der allgemeinen Wehrpflicht enthalten.

Alle 1947 abgeschlossenen Friedensverträge sehen den Abzug der Besatzungstruppen 90 Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages vor. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion in den von ihr besetzten Ländern, also Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland, diese Verpflichtung strikt eingehalten hat. Beides zusammen, der Abzug der Besatzungstruppen und die Schaffung nationaler Streitkräfte, hat den Völkern dieser Länder die volle Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität gebracht.

Anders haben sich die Dinge in Italien entwickelt. Auch der Friedensvertrag mit Italien enthält Bestimmungen über Marine, Heer und Luftwaffe. Danach sollte das italienische Heer auf eine Stärke von 185 000 Offizieren und Soldaten sowie 65 000 Carabinieri beschränkt werden. Es wurde ihm eine Luftwaffe von 200 Kampf- und Aufklärungsflugzeugen sowie 150 Transport- resp. Übungs- und Ausbildungsflugzeugen mit einem Personal von 25 000 Mann zugebilligt. Die Stärke der italienischen Marine wurde auf 25 000 Mann festgesetzt. Aus Italien sollten alle bewaffneten Streitkräfte der Westmächte binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zurückgezogen werden. Es ist bekannt, daß die USA durch die Einrichtung von militärischen Stützpunkten und Nachschubhäfen diese Bestimmung des Friedensvertrages gebrochen haben. Um den aggressiven faschistischen Militarismus in Italien ungehemmt entwickeln zu können, forderte der Senat der Vereinigten Staaten in der bereits zitierten Entschließung vom 3. April 1951,

> „... alle Bestimmungen des bestehenden Friedensvertrages mit Italien aufzuheben, die der militärischen Stärke Italiens Begrenzungen auferlegen und Italien daran hindern, seine Verpflichtungen im Rahmen des Nordatlantikpaktes, bis zum Höchstmaß seiner Kapazität zur Verteidigung Europas beizutragen, nachzukommen."

Als gehorsamer Knecht des amerikanischen Imperialismus hat die Regierung de Gasperi in einer Note vom 8. Dezember 1951 dann auch die „Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der italienischen Streitkräfte" verlangt.

Am italienischen Beispiel wird ganz deutlich, daß die Schaffung nationaler Streitkräfte, die den Bestimmungen der Friedensverträge entspricht, der Erhaltung und Sicherung des Friedens dient, während die amerikanisch kommandierte Militarisierung Italiens und seine neuerliche Besetzung durch USA-Truppen von aggressiven Kriegsplänen diktiert ist und dem italienischen Volk seine nationale Souveränität raubt.

Noch anschaulicher ist das Beispiel Japans. Die Sowjetregierung hatte vorgeschlagen, Japan nationale Streitkräfte in einem Ausmaße zuzugestehen, „daß sie die Erfordernisse der Selbstverteidigung nicht übersteigen, wie das auch im Friedensvertrag mit Italien festgelegt ist".

Im Laufe einer Frist von höchstens einem Jahre nach Abschluß des Friedensvertrages sollten alle Besatzungstruppen aus Japan abgezogen werden und

kein ausländischer Staat sollte noch Truppen oder militärische Stützpunkte auf japanischem Gebiet unterhalten dürfen. Die USA gingen jedoch einen anderen Weg. Auf der Konferenz von San Franzisko zwangen sie die von ihnen abhängigen Staaten, den amerikanischen Vorschlägen zuzustimmen. Die militärischen Bestimmungen des separaten „Friedens"-Vertrages der imperialistischen Westmächte mit Japan sind darauf angelegt, den japanischen Militarismus wiederherzustellen. Gleichzeitig aber wurde ein sogenannter „Sicherheits"-Vertrag unterzeichnet, der den USA das Recht gibt, Truppen in Japan zu stationieren, militärische Stützpunkte auszubauen und so die Souveränität des japanischen Volkes mit Füßen zu treten. Von Japan aus führt der amerikanische Imperialismus seinen barbarischen Krieg gegen das koreanische Volk, und liefert damit den unwiderleglichen Beweis, daß die von ihm diktierten „Sicherheits"- und „General"-Verträge dem größten Verbrechen an der Menschheit, der Vorbereitung des dritten Weltkrieges dienen.

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy und sein Leibdiener Adenauer wollen hinter dem Rücken des deutschen Volkes den Generalkriegsvertrag bis Mitte Mai zum Abschluß bringen. Sie wollen das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen stellen, die die langandauernde Spaltung Deutschlands, die Vereitelung eines gerechten Friedensvertrages, die Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Kriegslager, das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Militarismus und die Errichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland bedeuten. Das Zentralkomitee der SED hat in seinem „Ruf an die Nation" dem deutschen Volke in der eindringlichsten Weise gezeigt, vor welch weittragende Entscheidung es gestellt wird:

> *„Entweder Abschluß eines Friedensvertrages der vier Großmächte mit Deutschland — das ist der Friede. Oder Adenauers Generalkriegsvertrag — das ist die Aufrichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland und die erhöhte Kriegsgefahr."* („Einheit", Heft 5, 1952, S. 419)

Jedem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und jedem deutschen Patrioten in Westdeutschland muß klar werden, daß die Aufrichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland von einer Verstärkung der feindlichen Maßnahmen gegen die demokratische Ordnung und das große Aufbauwerk in unserer Republik begleitet wird. Die in- und ausländischen Kriegstreiber fürchten das Beispiel, das unsere Republik allen friedliebenden Menschen in der sogenannten Bundesrepublik gibt. Sie fürchten unsere Republik als feste Basis und starken Rückhalt der nationalen Bewegung in ganz Deutschland, für die sie Ansporn und Kraftquelle im Kampf um Einheit und Frieden ist. Daher der Haß aller Kriegstreiber, Militaristen und Reaktionäre gegen unsere Deutsche Demokratische Republik. Daher der besonders wütende Haß der amerikanischen Okkupanten, die im Kampf gegen unsere Republik den Ton angeben und dafür den ganzen Militär- und Polizeiapparat ihres Besatzungsregimes einsetzen.

Außer den bereits bestehenden Sabotage- und Agentenzentralen wurden in letzter Zeit neue geschaffen. Beim Kaiser-Ministerium wurde ein „Forschungsbeirat" errichtet und an seine Spitze ausgerechnet der Großbankier Dr Ernst gestellt, der unter Hitler „Reichskommissar für das Feindvermögen" war. Der Feind, dessen Vermögen diesmal geraubt werden soll, sind die Arbeiter, Angestellten und die technische Intelligenz unserer volkseigenen Betriebe, die nach den Plänen dieses „Forschungsbeirates" wieder der Herrschaft

des Monopolkapitals ausgeliefert werden sollen. Der Feind, um dessen Vermögen es weiter geht, das sind unsere Bauern, über deren Grund und Boden die militaristischen Junker verfügen wollen, oder deren Wirtschaften wieder der Schuldknechtschaft der Banken ausgeliefert werden sollen. Der Feind ist für diese Bankiers, Konzernherren und Junker das werktätige Volk mit allen seinen Errungenschaften des friedlichen Aufbaus, seinen sozialen Rechten und Freiheiten, seinen beherrschenden Positionen in unserer Republik.

Die in- und ausländischen Einpeitscher der Militärdiktatur sind nicht untätig. Sie schicken Agenten, Saboteure und Diversanten, die unsere friedliche Aufbauarbeit stören, ohne Rücksicht auf Menschenleben verbrecherische Anschläge gegen unsere Werke und Anlagen unternehmen, Verwirrung und Unruhe in unsere Bevölkerung tragen sollen. Die imperialistische deutsche Reaktion, die die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und Tausender der besten Arbeiterfunktionäre gestellt und schließlich die bestialischen Scheußlichkeiten des Gestapoterrors, dem auch Ernst Thälmann zum Opfer fiel, hervorgebracht hat, scheut vor keinem Mittel zurück. Sie ist durch die Beimischung des amerikanischen Gangstertums nur noch raffinierter und abstoßender geworden.

Angesichts dieser Entwicklung ist es Pflicht aller Bürger unserer Republik, insbesondere aber der klassenbewußten Arbeiter, die Wachsamkeit und die Abwehr gegen die Treibereien und Machenschaften der Feinde unserer Republik zu verstärken. Die Organe unserer Staatssicherheit müssen im Kampf gegen die Feinde des Friedens und der Demokratie die volle Unterstützung und allseitige Hilfe der Werktätigen finden. Die Volkspolizei muß im Interesse der Verteidigung der Heimat die politischen und fachlichen Kenntnisse aller ihrer Angehörigen erhöhen. Die ganze Strenge unserer demokratischen Gesetzlichkeit muß die feindlichen Agenten und Saboteure treffen.

Der Schutz und die Verteidigung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften wird in dieser Situation zur dringlichen Aufgabe des demokratischen Staates. Er muß alle Maßnahmen treffen, durch die gewährleistet wird, daß die Machenschaften und Anschläge der Spalter und Kriegstreiber zunichte gemacht werden. Die Werktätigen unserer Republik können den verbrecherischen Treibereien von außen nicht untätig zusehen. Sie werden sich zu schützen wissen. Sie werden alle Schritte und Maßnahmen unserer Regierung begrüßen und aus allen Kräften unterstützen, die den Schutz unserer Republik und ihrer Errungenschaften sicherstellen. Dazu gehört aber auch, daß alle pazifistischen Stimmungen und Auffassungen, die der Feind bei uns zu fördern sucht, in gründlicher Überzeugungsarbeit überwunden werden. Das erfordert die Stärkung und Festigung unserer Republik, das erfordert die Verteidigung des Friedens und unser Kampf für die Einheit eines demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschland.

Kurt Schneidewind

Die Grundlagen des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945

Zum Befreiungstag am 8. Mai

Die schwierigste Periode in der Geschichte der UdSSR, zugleich auch die ruhmreichste, war der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion gegen den deutschen Faschismus und seine Verbündeten.

Der heimtückische Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war der Versuch der stärksten imperialistischen Militärmacht, die Sowjetmacht zu vernichten, den Kapitalismus auf dem Territorium der Sowjetunion wiederherzustellen und die Sowjetvölker zu versklaven.

Der Sowjetunion drohte eine tödliche Gefahr. In seiner Rundfunkrede am 3. Juli 1941 zeigte Stalin die Größe dieser Gefahr. Er sagte:

„Es geht also um Leben oder Tod des Sowjetstaates, um Leben oder Tod der Völker der Sowjetunion; es geht darum, ob die Völker der UdSSR frei sein oder in Versklavung geraten sollen." (J. W. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 10)

Aber zugleich wies Stalin darauf hin, daß trotz der anfänglichen Erfolge der faschistischen Truppen, die auf ihre volle Kriegsbereitschaft und das Überraschungsmoment zurückzuführen waren, das Sowjetvolk in diesem Kampf siegen werde. Die Gewißheit des Sieges über die faschistischen Eindringlinge beruht auf der marxistisch-leninistischen Lehre von den gerechten und ungerechten Kriegen und vor allem auf der Kraft der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen anläßlich des XXIV. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hob Stalin hervor:

„Zum Unterschied von Hitlerdeutschland führen die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen einen Befreiungskrieg, einen gerechten Krieg, der auf die Befreiung der unterjochten Völker Europas und der UdSSR von der Hitlertyrannei abzielt ..." (Ebenda, S. 36)

Die Sowjetunion kämpfte im Großen Vaterländischen Krieg um die Verjagung der faschistischen Eroberer aus dem Lande, und um ihre Vernichtung, um die Befreiung der vom Faschismus unterdrückten Völker und die Wiederherstellung des Friedens in der Welt.

☆

Unter der Führung Stalins mobilisierte und organisierte die bolschewistische Partei das Volk zur Verteidigung der Sowjetheimat und führte es im Großen Vaterländischen Krieg zum Sieg über den heimtückischen Feind, den deutschen Faschismus. Über die Rolle der bolschewistischen Partei im Großen Vaterländischen Krieg sagte Stalin in seiner Rede zum XXVI. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution:

„Ebenso wie in den Jahren des friedlichen Aufbaus ist auch in den Tagen des Krieges die Partei Lenins, die Partei der Bolschewiki, die führende und richtunggebende Kraft des Sowjetvolkes." (Ebenda, S. 135)

Die Partei Lenins und Stalins begeisterte die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz der Sowjetunion zum heldenhaften, selbstlosen und mutigen Kampf gegen die deutschen faschistischen Räuber.

Auf Initiative des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) wurde das Staatliche Verteidigungskomitee unter der Leitung des Genossen Stalin geschaffen, in dessen Händen alle Maßnahmen zur Verteidigung des Landes konzentriert waren. Das Staatliche Verteidigungskomitee forderte das Sowjetvolk auf, sich fest um die Partei Lenins und Stalins und die Sowjetregierung zusammenzuschließen und der Sowjetarmee zu helfen, den Sieg über den Faschismus zu erkämpfen. Stalin wurde zum Volkskommissar für die Verteidigung ernannt. Bereits in seiner Rede vom 3. Juli 1941 stellte Stalin dem Sowjetvolk folgende Aufgaben:

> „Wir müssen unverzüglich unsere ganze Arbeit auf den Krieg umstellen, indem wir alles den Interessen der Front unterordnen, der Aufgabe unterordnen, die Zerschmetterung des Feindes zu organisieren." (Ebenda, S. 11)

Stalin forderte die Kämpfer der Sowjetarmee und Sowjetflotte, alle Sowjetbürger auf, jeden Fußbreit Boden der Sowjetunion, jede Stadt und jedes Dorf bis zum letzten Tropfen Blut zu verteidigen, im Kampf gegen den Faschismus Initiative, Mut und Kühnheit an den Tag zu legen.

Als Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees und Volkskommissar für die Verteidigung war Stalin der Initiator und Organisator aller entscheidenden Maßnahmen und aller Operationen der Sowjetarmee. Er organisierte die aktive Verteidigung des Landes in der ersten Periode des Krieges, er entwickelte die fortgeschrittene sowjetische Kriegskunst weiter und lehrte die Generale, Offiziere und Soldaten der Sowjetarmee, wie man den faschistischen Feind nicht nur aufhalten, sondern auch besiegen muß. Stalin lehrte das Sowjetvolk, daß der Krieg nicht durch das Moment der Überrumpelung entschieden werde, wie das die raubgierigen deutschen Faschisten glaubten, sondern durch die ständig wirkenden Faktoren, das heißt, durch

> „... die Festigkeit des Hinterlands, die Moral der Armee, die Quantität und Qualität der Divisionen, die Bewaffnung der Armee, die organisatorischen Fähigkeiten des Kommandobestands der Armee." (Ebenda, S. 46)

Stalin forderte in seinem Befehl an die Sowjetarmee zum 1. Mai 1942 von den Kämpfern der Armee:

> „... das Kriegshandwerk zu erlernen, beharrlich zu lernen, ihre Waffen bis zur Vollkommenheit zu beherrschen, zu Meistern ihrer Sache zu werden und somit zu lernen, den Feind unfehlbar zu schlagen ... Die Kommandeure der Truppenverbände müssen das Zusammenwirken der Waffengattungen bis zur Vollkommenheit studieren, zu Meistern der Truppenführung werden und der ganzen Welt zeigen, daß die Rote Armee fähig ist, ihre große Befreiungsmission zu erfüllen." (Ebenda, S. 63)

In den Truppenteilen der Sowjetarmee und der Partisaneneinheiten erzogen die Parteileitungen und die Kommissare die Kämpfer der Armee und die Partisanen zu treuer Ergebenheit zur Heimat, zu strenger Kampfdisziplin, zur Erlernung des Kriegshandwerks und feuerten sie durch ihr persönliches Beispiel, durch ihren Mut, ihre Kühnheit und ihre Ergebenheit zur sozialistischen Heimat zu neuen Heldentaten an.

Auf Initiative der Partei wurde in der Sowjetarmee die persönliche Verantwortung der Kommandeure gestärkt, die Disziplin gefestigt, die militärischen Ränge wurden eingeführt und für besondere Heldentaten Orden und Ehrenzeichen verliehen. Diese Maßnahmen wurden unter der unmittelbaren Leitung des Genossen Stalin durchgeführt. Genosse Molotow schrieb in seinem Artikel „Stalin und die Stalinsche Führung":

„Um den Sieg zu organisieren, nahm Genosse Stalin sowohl die politische und wirtschaftliche Führung des Landes als auch die militärische Führung unmittelbar in seine Hände und trat an die Spitze der Streitkräfte des Landes. Das begeisterte die Armee und das ganze Volk zum aufopferungsvollen, heldenhaften Kampf ... Die während des Krieges geschaffene gigantische Sowjetarmee wurde unter der unmittelbaren Leitung des Genossen Stalin auf der Grundlage der Prinzipien der Stalinschen Kriegswissenschaft aufgebaut und zur besten Armee der Gegenwart gemacht." („Stalin, der Lenin von heute", Verlag „Tägliche Rundschau", S. 23)

Gleichzeitig wurde die allseitige Hilfe des ganzen Hinterlandes für die Sowjetarmee organisiert. Stalin forderte:

„Wir müssen die allseitige Unterstützung der Roten Armee organisieren, die verstärkte Auffüllung ihrer Reihen sicherstellen, ihre Versorgung mit allem Notwendigen gewährleisten, die schnelle Beförderung von Truppen- und Heeresguttransporten bewerkstelligen sowie die umfassende Hilfe für die Verwundeten in die Wege leiten." (J. W. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", S. 11)

Das Land begann, seine Reserven zu mobilisieren. Die besten Söhne des Landes gingen freiwillig zur Armee. Die Töchter Moskaus und anderer Städte der Sowjetunion organisierten die Luftabwehrabteilungen, meldeten sich als Sanitäter oder Funker. In fast allen Städten und großen Werken wurden durch die Partei- und Gewerkschaftskomitees Divisionen der freiwilligen Volkswehr gebildet, die sich aktiv an der Verteidigung ihrer Betriebe und Städte beteiligten. Die Divisionen der Volkswehr, die sich zum großen Teil aus Arbeiterbataillonen zusammensetzten, haben nicht nur ihre Betriebe verteidigt, sondern waren auch an gefährlichen Frontabschnitten im Einsatz. So hatten sie an der Verteidigung Moskaus entscheidenden Anteil. In Leningrad wurden die faschistischen Truppen von den Arbeiterbataillonen aus den Betrieben der „finnischen Seite" unmittelbar vor den Mauern der Stadt zurückgeworfen. Allen ist die heldenhafte Rolle der Arbeiterbataillone aus dem Stalingrader Traktorenwerk bei der Verteidigung Stalingrads bekannt. An der Spitze dieser Arbeiterbataillone standen die bewährtesten Kommunisten und Komsomolzen.

Bei den Sowjets bildeten sich gesellschaftliche Aktivs, aus denen besonders die Frauenaktivs hervorragten. Sie leisteten große Hilfe bei der Pflege der Verwundeten, bei der Sorge um die Angehörigen der Sowjetarmee, für die Hinterbliebenen und Waisen. Sie übernahmen die Patenschaft für Hospitäler, Bahnhöfe und Schulen. Viele Frauen nahmen die Stelle ihrer Männer in den Betrieben ein; oft waren es Frauenbrigaden, die unter schwierigsten Verhältnissen die gefährdeten Betriebe evakuierten und hervorragend am Aufbau der neuen Betriebe beteiligt waren.

Besonders breit entfaltete sich die auf die Initiative der Partei geschaffene Bewegung der freiwilligen Spenden für den Ankauf von Panzern, Flugzeugen

und anderen Ausrüstungsgegenständen für die Sowjetarmee. Die Arbeiter, die Kollektivbauern, die Intelligenz opferten für die Armee große Teile ihres Einkommens. Auch die Kunstschaffenden stellten ihre Kräfte der Verteidigung des Landes zur Verfügung. Die Ensembles der Theater besuchten die Truppeneinheiten an der Front und sorgten auch unter den schwierigsten Bedingungen des Kampfes für ein reiches kulturelles Leben und halfen so bei der Erziehung der Soldaten.

Als weitere Aufgabe forderte Stalin die Festigung des Hinterlandes und die verstärkte Produktion von Ausrüstungsgegenständen für die Sowjetarmee.

„Wir müssen das Hinterland der Roten Armee festigen, indem wir den Interessen dieser Sache unsere ganze Arbeit unterordnen, wir müssen die verstärkte Arbeit aller Betriebe sicherstellen, mehr Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze, Patronen, Granaten, Flugzeuge produzieren, den Schutz der Betriebe, der Kraftwerke, der Telefon- und Telegrafenverbindungen organisieren, die örtliche Luftabwehr in Gang bringen." (Ebenda, S. 11/12)

Diese Aufgabe wurde vom Sowjetvolk seit dem ersten Tage des Großen Vaterländischen Krieges in Angriff genommen und gelöst. Bereits eine Woche nach Beginn des Großen Vaterländischen Krieges wurde auf Initiative der Partei der Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft für das 3. Quartal 1941 in einen Plan zur Mobilisierung der Kriegswirtschaft umgewandelt. Am 16. August wurde auf Initiative des Genossen Stalin der Kriegswirtschaftsplan für das 4. Quartal 1941 angenommen, der die Verlagerung der vom Feind bedrohten Fabriken und Werke nach dem Osten des Landes und den Aufbau einer mächtigen Industrie im Wolgagebiet, im Ural, in Westsibirien, Kasachstan und Mittelasien vorsah. Kein kapitalistisches Land wäre in der Lage gewesen, eine so große Aufgabe unter solchen schwierigen Bedingungen zu erfüllen. Beim Aufbau dieser Betriebe und auch in der Produktion arbeiteten die Werktätigen mit derselben Disziplin und Opferbereitschaft, mit der die Truppen an der Front ihre sozialistische Heimat verteidigten. Die besten und erfolgreichsten Brigaden in den Betrieben kämpften um den Titel „Frontbrigade". Die „Frontbrigaden" aus den besten Arbeitern vollbrachten wahre Heldentaten bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, bei der Überwindung der Schwierigkeiten, die der Krieg auch in der Produktion hervorrief. Auf Grund dieser Heldentaten in der Produktion konnte die sowjetische Industrie die erforderlichen Ausrüstungsgegenstände und Waffen in genügender Menge produzieren. So wurden in den letzten drei Kriegsjahren jährlich über 30 000 Panzer, 40 000 Flugzeuge, 450 000 leichte und schwere Maschinengewehre, 100 000 Granatwerfer, mehr als drei Millionen Gewehre und etwa zwei Millionen Maschinenpistolen und ausreichende Munition produziert.

Genosse Stalin mahnte die Sowjetmenschen, die Wachsamkeit und Disziplin im Hinterland zu verstärken und den Kampf gegen feindliche Spione und Agenten zu führen. Die Partei hatte im jahrelangen Kampf gegen die Überreste der geschlagenen Ausbeuterklassen, gegen die Feinde der Partei und des Volkes die sowjetischen Werktätigen dazu erzogen, die Feinde zur rechten Zeit zu erkennen, sie zu entlarven und erbarmungslos zu vernichten. Die Partei zeigte den sowjetischen Werktätigen, daß sie nur dann ihren Kampf erfolgreich führen können, wenn die Klassenwachsamkeit und der Kampf gegen die Agenten des Feindes keinen Augenblick lang vernachlässigt wird. Die

Partei forderte die Werktätigen der Sowjetunion immer wieder auf, nie zu vergessen, daß — solange noch eine kapitalistische Umwelt besteht — die imperialistischen Mächte ihre Saboteure und Spione in das Sowjetland senden werden. An der festen und geschlossenen Front des Sowjetvolkes, das sich um die Partei Lenins und Stalins scharte, scheiterten alle Provokationen und Sabotageversuche der Faschisten und ihrer Agenten.

Stalin stellte den Sowjetmenschen in den vom Feinde zeitweilig besetzten Gebieten des Landes die Aufgabe:

> „In den vom Feind okkupierten Gebieten müssen Partisanenabteilungen zu Pferd und zu Fuß gebildet und Diversionsgruppen geschaffen werden zum Kampf gegen die Truppenteile der feindlichen Armee, zur Entfachung des Partisanenkrieges überall und allerorts ..." (Ebenda, S. 12/13)

Nach dieser Weisung Stalins organisierten die illegalen Parteikomitees eine mächtige Partisanenbewegung. Die Kampfaktionen dieser Partisanenabteilungen wurden durch einen zentralen Stab koordiniert und halfen der Sowjetarmee bei der Durchführung der Operationen an den einzelnen Frontabschnitten. Die Partisanenabteilungen, die sich nach und nach zu regulären Armeeteilen entwickelten, befreiten im Rücken des Feindes große Gebiete und stellten die Sowjetmacht wieder her. Unter ihnen gab es solche hervorragenden Kommunisten und Komsomolzen, wie die heldenhafte Kämpferin Soja Kosmodemjanskaja, die Helden der „Jungen Garde" im Donbass und viele andere. Diese gewaltige Partisanenbewegung fügte den Faschisten im Verlaufe des Krieges schwere Verluste zu und fesselte große Kräfte des Gegners, die er von der Front abziehen mußte. Die Partisanen der Sowjetunion hatten einen hervorragenden Anteil am Sieg über den deutschen Faschismus.

Auch die besten Mitkämpfer Stalins leisteten Hervorragendes. Im Kriegsrat der Leningrader Front waren Genosse Shdanow und zeitweilig Genosse Woroschilow tätig. Unter der Leitung des Genossen Shdanow organisierten der Kriegsrat der Leningrader Front und das Leningrader Komitee der KPdSU (B) die heldenhafte Verteidigung Leningrads. Über 900 Tage hielten die Helden Leningrads den Bombardierungen, den barbarischen Artilleriebeschießungen und dem fürchterlichen Hunger stand. Unter der Führung des Genossen Shdanow wurde die „weiße Straße des Lebens" über das Eis des Ladogasees gebaut, die einzige Ader, die Leningrad mit dem großen Land verband. Er leitete die Vorbereitung und Durchführung der Offensive aus der belagerten Stadt, eine der kühnsten Operationen der Sowjetarmee, durch die die faschistischen Truppen bei Leningrad geschlagen wurden.

☆

Bei Moskau fügten die Truppen der Sowjetarmee unter der unmittelbaren Leitung Stalins den faschistischen Eindringlingen die erste entscheidende Niederlage zu. In dieser Schlacht wurde der Mythus von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Truppen zerschlagen. Der weisen Voraussicht Stalins ist es zu verdanken, daß der Plan der deutschen Faschisten, Moskau in einer großen Umgehungsbewegung zu erobern, rechtzeitig erkannt und vereitelt wurde. Stalin gab den Sowjettruppen den Befehl, den faschistischen Eindringlingen bei Stalingrad die entscheidende Schlacht zu liefern. In dieser in der Kriegsgeschichte einzigartig dastehenden Schlacht wurden die deutschen

Elitetruppen vernichtet und das weitere Schicksal des Krieges entschieden. Stalin schrieb über die Schlacht von Stalingrad:

„Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen deutschen Armee unter. Nach der blutigen Schlacht von Stalingrad konnten sich die Deutschen bekanntlich nicht mehr erholen." (Ebenda, S. 128)

Auf die Schlacht von Stalingrad 1942/43 folgten die Niederlagen der faschistischen Truppen bei Orel und Bjelgorod und im Jahre 1944 die zehn Stalinschen Schläge der Sowjetarmee, die zur Befreiung des Sowjetbodens von den faschistischen Eindringlingen führten.

Auf Befehl Stalins überschritt die Sowjetarmee bei der Verfolgung der faschistischen Truppen die Grenzen der Sowjetunion und befreite die Völker des Balkans vom faschistischen Joch. Sie zerschlug damit auf dem Balkan gleichzeitig die Pläne der westlichen Imperialisten. Dieser große strategische Zug Stalins hatte auch für die weitere Entwicklung nach dem Krieg entscheidende Bedeutung und war eine der Voraussetzungen zur Schaffung der volksdemokratischen Republiken in diesen Ländern.

Mit der siegreichen Schlacht um Berlin besiegelten die ruhmreichen Sowjettruppen das Schicksal der faschistischen Bestie. Am 8. Mai 1945 mußten die deutschen Faschisten bedingungslos kapitulieren. Am Tage dieses Sieges über Hitlerdeutschland konnte Stalin in seiner „Ansprache an das Volk" mit Recht sagen:

„Die großen Opfer, die wir für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes gebracht haben, die unermeßlichen Entbehrungen und Leiden, die unser Volk während des Krieges zu erdulden hatte, die auf dem Altar des Vaterlandes dargebrachte angespannte Arbeit im Hinterland und an der Front sind nicht vergeblich gewesen, sondern durch den vollen Sieg über den Feind gekrönt worden." (Ebenda, S. 222)

☆

Angesichts der Heldentaten des Sowjetvolkes an der Front und im Hinterland ist es eine Lüge, wenn die Imperialisten heute behaupten, daß die Sowjetunion über den Faschismus nur deshalb siegen konnte, weil sie die „tatkräftige Unterstützung" der westlichen Alliierten gehabt hätte. Das ist eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen und hat keinen anderen Zweck, als den Ruhm der Sowjetarmee herabzusetzen. Wie verhielt es sich mit dieser Hilfe? Die Tatsachen zeigen, daß die westlichen Imperialisten gerade in der schwierigsten Zeit des Krieges die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllten. Sie versuchten im Gegenteil, vor allem durch das Hinauszögern der Eröffnung der zweiten Front, die Sowjetunion zu schwächen. Bereits im Oktober 1942 wies Stalin in seiner Antwort auf die Fragen des Berichterstatters der amerikanischen Presseagentur „Associated Press", Cassidy, auf die Nichterfüllung der Verpflichtungen der Alliierten hin. Auf die Frage: „Inwieweit ist die von den Verbündeten der Sowjetunion erwiesene Hilfe effektiv und was könnte man tun, um diese Hilfe zu erweitern und zu verbessern?" erwiderte Genosse Stalin:

„Im Vergleich zu der Hilfe, die die Sowjetunion den Verbündeten dadurch erweist, daß sie die Hauptkräfte der faschistischen deutschen Truppen auf

sich abzieht, ist die Hilfe der Verbündeten für die Sowjetunion einstweilen noch wenig effektiv." (Ebenda, S. 66)

In seiner Rede zum XXV. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 6. November 1942 wies Stalin bei einer Analyse der Lage an den Fronten wiederum darauf hin, daß die Alliierten ihre Verpflichtungen nicht erfüllten. In dieser Rede sagte Stalin:

„Aber warum ist es ihnen (den deutschen Faschisten — K. Sch.) gelungen, alle ihre Reserven zusammenzuziehen und sie an die Ostfront zu werfen? Weil das Fehlen einer zweiten Front in Europa ihnen die Möglichkeit gab, diese Operation ohne jedwedes Risiko durchzuführen." (Ebenda, S. 74)

Das bei einem Treffen Molotows und Churchills von den westlichen Alliierten gegebene Versprechen, noch im Jahr 1942 die zweite Front zu schaffen, wurde nicht gehalten. Obwohl sie in den Tagen der Stalingrader Schlacht über sechs Millionen Soldaten unter den Waffen hatten, verkündeten die westlichen Alliierten, daß sie nicht in der Lage wären, in diesem Moment die zweite Front zu eröffnen. Durch diese Mitteilung forderten sie Hitler faktisch auf, alle Kräfte bei Stalingrad zu konzentrieren.

Auch das Geschrei von der angeblich großen materiellen Unterstützung wurde als Lüge entlarvt. Was bedeuten die von den westlichen Imperialisten der Sowjetunion während des Krieges gelieferten Materialien, die nur vier Prozent der großen Mengen von Ausrüstungsgegenständen und Waffen ausmachten, die das Sowjetvolk selbst produziert hat? Wie die „Hilfe" wirklich ausgesehen hat, geht aus der Tatsache hervor, daß die Monopolherren der USA gerade 1942, in dem schwersten Jahre des Kampfes gegen die faschistischen Räuber, den deutschen Faschismus über „neutrale" Länder verstärkt mit Rohstoffen und Ausrüstungsgegenständen versorgten. So wurden 1942 über Franco-Spanien dem Aggressor über 227 000 Tonnen Kohle und Koks, 136 000 Tonnen Benzin, 1 140 000 Tonnen Gummi und mehr als 400 000 Tonnen Getreide geliefert.

Zur gleichen Zeit, als das Sowjetvolk die Stalingrader Schlacht führte, trafen sich die Vertreter der imperialistischen Westmächte mit Vertretern Hitlerdeutschlands, um über den Abschluß eines separaten Friedensvertrages zu beraten. Die Politik der amerikanisch-englischen Imperialisten im zweiten Weltkrieg war nicht zufällig, sie ergab sich aus ihren Kriegszielen. Ihr Ziel war nicht, den deutschen Faschismus, den gefährlichsten Feind der Menschheit, zu vernichten, sondern die ökonomische Macht ihres deutschen Konkurrenten zu brechen und ihre eigene Machtsphäre zu erweitern. Dabei hofften sie, die Sowjetunion zu schwächen. Aber trotz aller Sabotage und aller Verletzungen der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erlitten ihre Pläne Schiffbruch. Die Sowjetunion ging in jeder Beziehung gestärkt aus dem Kriege hervor, während der Weltimperialismus einen neuen empfindlichen Schlag hinnehmen mußte.

Das Verhalten der westlichen Imperialisten im zweiten Weltkrieg zeigte allen friedliebenden Völkern, daß die imperialistischen Kriegstreiber nur bestrebt waren, ihre Kriegsprofite zu steigern und ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Auch heute wollen die anglo-amerikanischen Milliardäre den Krieg, um ihre Überprofite zu vergrößern und andere Länder zu unterjochen. Sie bemühen sich, ihre Kriegsabsichten durch falsche Friedensfanfaren zu tarnen und die Völker durch Lügen und Verleumdungen über die

Sowjetunion irrezuführen. Deshalb ist jetzt, wie Stalin in seinem Interview mit einem „Prawda"-Korrespondenten im Februar 1951 sagte,

„... die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung." („Einheit", Heft 3, 1951, S. 149)

☆

Die Kraft, die das Sowjetvolk zu solchen großen Opfern für ihre Heimat, zu einem solchen Massenheldentum befähigte, ist der Sowjetpatriotismus. In seiner Rede zum XXVII. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution betonte Stalin:

„Die Quelle der Arbeitsgroßtaten der Sowjetbürger im Hinterland ebenso wie die der nie verblassenden heldenhaften Kriegstaten unserer Kämpfer an der Front ist im glühenden und lebensbejahenden Sowjetpatriotismus zu suchen." (J. W. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", S. 184)

Die Kraft des Sowjetpatriotismus liegt in der tiefen Liebe und Treue der Sowjetvölker zu ihrer sozialistischen Heimat. Dem Sowjetpatriotismus sind rassenmäßige oder nationalistische Vorurteile fremd, in ihm vereinen sich die nationalen Traditionen der Sowjetvölker, die brüderliche Gemeinschaft der Nationen und nationalen Gruppen und die gemeinsamen Lebensinteressen der Werktätigen der UdSSR. Mit dem Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion entstand die moralische und politische Einheit der Völker der Sowjetunion. Gleichzeitig achten die Völker der Sowjetunion die Rechte und die Unabhängigkeit der Völker außerhalb ihres Landes und haben stets ihre Bereitschaft bewiesen, mit den Nachbarstaaten in Frieden und Freundschaft zu leben.

Zu diesem glühenden und lebensspendenden Sowjetpatriotismus wurde das Sowjetvolk von der bolschewistischen Partei erzogen, die besonders im Großen Vaterländischen Kriege die Werktätigen, die Angehörigen der Armee und die Jugend zu neuen Arbeitsgroßtaten, zur Opferbereitschaft, zu Kampfesmut und zur uneingeschränkten Hilfe bei der Befreiung der vom Faschismus unterdrückten Völker anspornte.

Daß die Völker der Sowjetunion im Sowjetpatriotismus eine solche Kraftquelle für ihren Sieg fanden, muß auch für uns Ansporn sein, im deutschen Volk ein echtes Nationalbewußtsein zu entwickeln, welches ihm die Kraft gibt, ein einheitliches, unabhängiges und demokratisches Deutschland zu erkämpfen.

☆

Welches waren also die Grundlagen des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg? In seiner Rede vor den Wählern des Stalin-Wahlkreises der Stadt Moskau am 9. Februar 1946 erläuterte Stalin die Grundlagen für den Sieg über den faschistischen Aggressor. Darin heißt es:

„Unser Sieg bedeutet vor allem, daß unsere sowjetische *Gesellschaftsordnung* gesiegt hat, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung die Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden und ihre volle Lebensfähigkeit bewiesen hat... Der Krieg hat gezeigt, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine

wahrhafte Volksordnung ist, die aus dem Schoße des Volkes emporgewachsen ist und seine machtvolle Unterstützung genießt ... daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine bessere Organisationsform der Gesellschaft ist als jegliche nichtsowjetische Gesellschaftsordnung." (J. W. Stalin, „Rede in der Wahlversammlung der Wähler des Stalin-Wahlkreises der Stadt Moskau", SWA-Verlag, Berlin 1946, S. 9—11)

Alle Sowjetbürger verteidigten ihre sowjetische Ordnung, ob als Angehörige der Armee im Heldenkampf an der Front, als kühne Partisanen oder durch die Großtaten in der Industrie und auf den Feldern der Kollektivwirtschaften.

Zweitens zeigte Stalin, daß der Sieg der Sowjetunion zugleich ein Sieg der sowjetischen Staatsordnung über den Hitlerfaschismus war:

„Unser Sieg bedeutet zweitens, daß unsere sowjetische *Staatsordnung* gesiegt hat, daß unser sowjetischer Nationalitätenstaat alle Prüfungen des Krieges bestanden und seine Lebensfähigkeit bewiesen hat." (Ebenda, S. 11)

Alle Pläne Hitlers, der darauf rechnete, daß er Feindschaft unter den Völkern und Nationalitäten der Sowjetunion entfachen könnte, scheiterten an der festen Gemeinschaft und brüderlichen Hilfe der Völker der Sowjetunion, die unter Führung des großen russischen Volkes die Faschisten aus dem Lande verjagten.

Drittens errang das Sowjetvolk den Sieg, weil die Sowjetarmee den faschistischen Truppen überlegen war, weil die Stalinsche Kriegskunst der faschistischen Strategie und Taktik überlegen war.

„Der Krieg hat gezeigt, daß die Rote Armee kein ‚Koloß auf tönernen Füßen' ist, sondern eine erstklassige Armee unserer Zeit, die eine durchaus moderne Bewaffnung, einen überaus erfahrenen Kommandeurbestand und hohe moralische und militärische Eigenschaften besitzt. Man darf nicht vergessen, daß die Rote Armee dieselbe Armee ist, die die deutsche Armee, die gestern noch die Armeen der europäischen Staaten in Schrecken versetzte, aufs Haupt geschlagen hat." (Ebenda, S. 14)

Der Sieg über den Faschismus wurde möglich, weil die Sowjetunion eine starke Armee besaß und weil die bolschewistische Partei ständig an der Verbesserung der Ausrüstung und Ausbildung der Armee, an der Festigung ihrer Disziplin und an der Steigerung ihrer Kampfmoral arbeitete. Die Sowjetarmee konnte siegen, weil sie sich grundsätzlich von allen Armeen der kapitalistischen Länder unterscheidet. Während die Armee in den kapitalistischen Ländern als Instrument des Finanz- und Monopolkapitals zur Unterdrückung der Werktätigen des eigenen Landes und zur Führung imperialistischer Raubkriege benutzt wird, ist die Sowjetarmee die starke Kraft des sozialistischen Staates, die Armee der Arbeiter und Bauern, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution und des Sieges des Sozialismus verteidigt. Die Sowjetarmee konnte deshalb siegen, weil sie einen gerechten Krieg führte. Stalin sagte über den Kampf gegen die deutsche faschistische Armee:

„Die Rote Armee vernichtet sie, nicht weil sie deutscher Abstammung sind, sondern weil sie unsere Heimat unterjochen wollen." (J. W. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", S. 51)

Die Sowjetarmee siegte, weil sie sich auf die Sympathien und die Hilfe aller vom Faschismus unterdrückten Völker stützen konnte. Sie konnte siegen,

weil sie aufs engste mit dem Volke verbunden ist, weil ihre Offiziere und Soldaten aus dem werktätigen Volke kommen und mit ihm eng verbunden sind. Die Sowjetarmee konnte siegen, weil das gesamte Hinterland alle Kräfte zur Unterstützung der Armee einsetzte.

Die Erfahrungen des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion zeigen, daß — solange imperialistische Mächte bestehen und damit die Gefahr imperialistischer Überfälle vorhanden ist — die Sowjetunion und die Länder, in denen der Sozialismus aufgebaut wird, in denen eine neue, fortschrittliche Gesellschaftsordnung geschaffen wurde, ihre nationale Unabhängigkeit, ihre Errungenschaften und den Frieden gegen alle Interventionsgelüste der Imperialisten verteidigen müssen. Das können sie aber nur, wenn sie eine bewaffnet Macht, starke nationale Streitkräfte besitzen.

Die Grundlagen für den Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg wurden von den Sowjetwerktätigen in jahrelangem Kampf und mühseliger Arbeit unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und des Genossen Stalin geschaffen.

Im Verlaufe der Stalinschen Fünfjahrpläne wurde eine mächtige Schwerindustrie aufgebaut. Die Schwerindustrie war die Basis für die Schaffung einer Verteidigungsindustrie, die die Sowjetarmee mit den modernsten Waffen versorgte. Sie war die Basis, auf der während des Krieges in den östlichen Gebieten des Landes rasch neue große Industriezentren geschaffen wurden. Stalin erklärte in seiner Rede auf der Wählerversammlung in Moskau 1946:

„Die Partei wußte, daß der Krieg heranrückt, daß es unmöglich ist, ohne Schwerindustrie das Land zu verteidigen, daß die Entwicklung der Schwerindustrie möglichst schnell in Angriff genommen werden mußte, daß dabei Zeitversäumen gleichbedeutend ist mit Scheitern. Die Partei gedachte der Worte Lenins, daß es ohne Schwerindustrie unmöglich ist, die Unabhängigkeit des Landes zu retten, daß ohne sie das Sowjetsystem untergehen kann." (J. W. Stalin, „Rede in der Wählerversammlung der Wähler des Stalin-Wahlkreises der Stadt Moskau", S. 21)

Mit dieser von Stalin entwickelten Politik der raschen Errichtung der Schwerindustrie wurden auch die Grundlagen für die Kollektivierung der Landwirtschaft geschaffen. Dank der Kollektivwirtschaften war die Landwirtschaft der Sowjetunion trotz der zeitweiligen Verluste großer Anbauflächen in den Jahren 1941 bis 1943 in der Lage, die Armee und die Werktätigen mit den notwendigen Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohprodukten zu versorgen.

Diese Politik der Partei der Bolschewiki mußte im unerbittlichen Kampf gegen die Feinde der Partei und des Volkes, gegen die rückständigen Elemente durchgeführt werden. Über diesen Kampf gegen die parteifeindlichen und rückständigen Elemente sagte Stalin 1946:

„Alle parteifeindlichen Machinationen der Trotzkisten und Rechten, ihre gesamte ‚Arbeit' zur Sabotage der Maßnahmen unserer Regierung verfolgten ein Ziel: die Politik der Partei zu durchkreuzen und das Werk der Industrialisierung und Kollektivierung abzubremsen. Aber die Partei gab weder den Drohungen der einen noch dem Geheul der anderen nach und schritt trotz allem sicher vorwärts. Das Verdienst der Partei besteht darin, daß sie sich den Rückständigen nicht anpaßte, sich nicht fürchtete, gegen den Strom

zu gehen, und stets die Position der führenden Kraft beibehielt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß ohne diese Standhaftigkeit und Ausdauer die Kommunistische Partei nicht in der Lage gewesen wäre, die Politik der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen." (Ebenda, S. 24/25)

Die Sowjetvölker konnten den Sieg erringen, weil an ihrer Spitze die ruhmreiche Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) stand, die das Sowjetvolk zu einer festen, einheitlichen Familie erzogen hat, die alle Versuche der Feinde der Partei und des Volkes, diese Einheit zu zerstören, zur rechten Zeit zunichte machte. Über die Rolle der bolschewistischen Partei im Großen Vaterländischen Krieg sagte Stalin:

„In den Tagen des Vaterländischen Krieges steht die Partei vor uns als der Inspirator und Organisator des allgemeinen Volkskampfes gegen die faschistischen Okkupanten. Durch die Organisationsarbeit der Partei wurden alle Anstrengungen der Sowjetmenschen in eins zusammengefaßt und auf das gemeinsame Ziel gelenkt, alle unsere Kräfte und Mittel der Zerschmetterung des Feindes dienstbar gemacht. Während des Krieges ist die Partei noch mehr mit dem Volk verwachsen, hat sich noch fester mit den breiten Massen der Werktätigen verbunden." (J. W. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion", S. 135)

Unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), an deren Spitze Genosse Stalin steht, vollbrachten die Völker der Sowjetunion gewaltige Leistungen und große Heldentaten an der Front und im Hinterland. Sie brachten zum Wohle ihrer Sowjetheimat Opfer, zu denen nur Menschen der sozialistischen Gesellschaft fähig sind. Der Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg zeigte, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung der kapitalistischen überlegen ist, daß auch in Zukunft alle Versuche der imperialistischen Kriegstreiber, die Sowjetunion zu vernichten, mit der Vernichtung des Aggressors enden werden.

Der weltgeschichtliche Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und seine Verbündeten hat der kampferprobten Partei der Bolschewiki, dem Sowjetvolk, der Sowjetarmee und ihrem großen Führer Josef Wissarionowitsch Stalin ewigen Ruhm gebracht.

Wilhelm Eildermann

Die „Prawda“ – ein kollektiver Organisator, Propagandist und Agitator

Zum 40. Jahrestag des Erscheinens der ersten Nummer am 5. Mai 1912

Die „Prawda", die erste täglich erscheinende proletarische Massenzeitung in Rußland, wurde in den stürmischen Tagen des Lena-Aufstandes geboren, als das machtvolle Erwachen der russischen Arbeiterklasse nach der allgemeinen Müdigkeit der Stolypinschen Reaktionsperiode einsetzte. Die auf der Prager Konferenz formierte bolschewistische Partei, die den starken revolutionären Aufschwung voraussah, ging daran, die breiten proletarischen Massen um ihr Banner zu scharen. Die Prager Konferenz stellte in ihrer Resolution „Über die Wahlen zur IV. Reichsduma" fest, daß es notwendig war, „die legale Arbeiterpresse zu festigen und auszubauen". Denn die Partei brauchte ein organisierendes Zentrum, das die unorganisierten proletarischen Massen erfaßte, das die legalen Arbeiterorganisationen erobern half, sie um die illegalen gruppierte und die gesamte Arbeiterbewegung auf ein bestimmtes Ziel hinlenkte.

Die „Prawda", die erste legale Massenzeitung von neuem Typus, deren erste Nummer am 5. Mai 1912 erschien, wurde zu einem solchen organisierenden Zentrum. Damit erfüllte sie eine neue, von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen völlig verschiedene Rolle. Während die bürgerliche Presse sich lediglich die Informierung ihrer Leser zum Ziel setzte — und in Wirklichkeit zu einem Organ der Desorientierung und Ablenkung der Massen vom Klassenkampf wurde —, entstand die bolschewistische Presse als ein Werkzeug der Partei, das im Kampf um die Organisierung der revolutionären Aktion der russischen Arbeitermassen entscheidende Bedeutung hatte.

Lenin umriß diese neue organisierende Rolle der bolschewistischen Presse bereits im Jahre 1901 in seinem Artikel „Womit beginnen?", in welchem er die Aufgaben der „Iskra" darstellte:

> „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. In dieser Beziehung kann *sie mit einem Gerüst verglichen werden,* das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten allgemeinen Resultate zu überblicken!" (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 309)

Nur eine solche Zeitung konnte zur wirksamen Waffe des Kampfes der Arbeiterklasse werden. Die Parteien der II. Internationale, in denen der Opportunismus gesiegt hatte, konnten eine solche Presse von neuem Typus, die die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse wirksam organisierte, nicht schaffen.

Die gewaltige revolutionäre Massenarbeit, die die „Prawda" — äußerlich gesehen ein kleines Blatt mit einer Auflage von 40 000 — trotz aller Verfolgungen durch die Zarenregierung in der Zeit von 1912—1914 leistete, wird im Kapitel V der „Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang" eingehend geschildert. Die „Prawda" half die Aktionen des Proletariats organisieren und gewährleistete die Verbindung der legalen und der illegalen Tätigkeit der Bolschewiki. Sie eroberte große Teile der Arbeiterklasse für die Bolschewiki, sie drang unter die Massen der Bauern und festigte das Bündnis der

Arbeiterklasse mit ihnen zum Kampfe gegen das zaristische Henkersystem. Die Bedeutung dieser Arbeit war so groß, daß Stalin 1922 schrieb: „‚Die Prawda' von 1912 — das war die Grundsteinlegung für den Sieg des Bolschewismus im Jahre 1917." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 112)

Ein so wichtiges Instrument der Revolution konnte die „Prawda" nur darum werden, weil sie durch Tausende von Arbeiterkorrespondenten eine ständige, wirksame und schnelle Verbindung mit den Massen hatte. In seinen Erinnerungen zum zehnten Jahrestag der „Prawda" betont Genosse Stalin, daß gleich in der ersten Nummer der Zeitung die aktive Mitarbeit von Arbeitern und die Einbeziehung von Arbeitern in die Leitung der Zeitung gefordert wurde.

☆

Bereits fünf Tage nach der Februarrevolution begann die „Prawda", die im Juli 1914 von der zaristischen Polizei verboten worden war, da sie die russische Bourgeoisie in den Vorbereitungen zum ersten Weltkrieg störte, wieder als legales Organ des Zentralkomitees und des Petersburger Komitees der bolschewistischen Partei zu erscheinen. Welche Bedeutung sie als eine entscheidende Waffe der Partei in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution hatte, geht daraus hervor, daß das Zentralkomitee den Genossen Stalin mit ihrer Leitung beauftragte. Schon in seinem ersten Artikel „Über die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten" erläuterte Stalin die Notwendigkeit, ein festes revolutionäres Bündnis der Arbeiter- und Bauernmassen zu schaffen, betonte die Rolle der Sowjets als Organe dieses Bündnisses und zeigte den Mitgliedern der Partei und den werktätigen Massen die Aufgabe der Revolution — die Errichtung der Sowjetmacht.

Genosse Stalin machte die „Prawda" zu einem wirksamen Instrument für die Durchführung der Aufgaben der Partei zur Vorbereitung der Sozialistischen Revolution. Der dritte Band der Werke Stalins enthält viele Artikel, die er in diesen entscheidenden Kampfmonaten schrieb, in denen er kurz und klar die Politik der Partei erläuterte.

Nach Rückkehr Lenins vermittelte die „Prawda" z. B. durch den Abdruck seiner historischen Rede „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution", die die Aprilthesen enthielt und durch die Wiedergabe der Reden und Resolutionen der Aprilkonferenz, der gesamten Partei und den Massen der Werktätigen die richtige Orientierung. Auch die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus wurde von Lenin in den Spalten der „Prawda" geführt, und den Mitgliedern und sympathisierenden Massen wurde eine konkrete Anleitung zum Handeln gegeben. So diente die „Prawda" der täglichen Führung der Massen durch die Partei.

Nach dem Sieg des Proletariats am 7. November 1917 erschien bereits am 10. November die „Prawda", die nach der Julidemonstration 1917 verboten worden war, wieder unter ihrem alten, ruhmreichen Namen als wichtiges Instrument der Parteiführung zur Festigung des Sieges und der Errungenschaften der Revolution. In der ersten Nummer nach ihrem Wiedererscheinen brachte die „Prawda" Lenins geschichtliche Reden auf dem 2. Allrussischen Sowjetkongreß und die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden. Vom März 1918 an erschien sie in Moskau, als Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees der KPR (B).

In der Zeit des Bürgerkriegs und der Intervention war die „Prawda" ein wichtiges Werkzeug der Parteiführung. Sie half alle Kräfte der Werktätigen für

den Kampf mobilisieren und ihre Anstrengungen in jeder neuen Etappe des Bürgerkrieges in die entscheidende Richtung lenken.

☆

Als vor der Partei der Bolschewiki nach dem militärischen Sieg über die Interventen die Aufgabe stand, die Volkswirtschaft in Gang zu bringen, setzte sie auch die Presse als ihre schärfste Waffe ein. Schon im Entwurf seines Werkes: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" analysierte Lenin eingehend die neuen Aufgaben der Sowjetpresse, die er folgendermaßen zusammenfaßte:

> „Wenn man einen Blick in unsere Zeitungen wirft, so kann man sich leicht davon überzeugen, wie übermäßig viel Platz wir noch den Fragen einräumen, die von der Bourgeoisie gestellt werden, Fragen, mit denen sie die Aufmerksamkeit der Werktätigen von den konkreten praktischen Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung ablenken will. Wir müssen — und wir werden — die Presse aus einem Sensationsorgan, aus einem einfachen Apparat zur Mitteilung politischer Neuigkeiten, aus einem Organ des Kampfes gegen die bürgerliche Lüge in ein Werkzeug zur wirtschaftlichen Umerziehung der Massen verwandeln, in ein Werkzeug zur Information der Massen darüber, wie man die Arbeit nach neuen Methoden organisieren muß." (W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, 4. Auflage, S. 178/179, russ.)

Die Bedeutung der Presse ist also auch nach dem Sieg der Revolution keineswegs geringer geworden — im Gegenteil, die Parteipresse ist ein wichtiger Hebel im System der Diktatur des Proletariats.

Damit die Diktatur des Proletariats, die von der Partei der Arbeiterklasse verwirklicht wird, funktionieren kann, braucht die Partei bestimmte „Transmissionen" *), die sie mit den werktätigen Massen verbinden und die notwendige, ständige Wechselbeziehung zwischen Partei und Massen ermöglichen. Die Partei benutzt diese Transmissionen, um die Massen anzuleiten und sie von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen; gleichzeitig jedoch dienen ihr diese Transmissionen dazu, die Richtigkeit ihrer Politik in der Praxis zu prüfen, die Meinung der Massen zu erfahren und von ihnen zu lernen. Diese Transmissionen sind die verschiedenen Massenorganisationen der Werktätigen.

Die Presse ist kein solcher Übertragungsapparat. Aber in der Verbindung zwischen Partei und Arbeiterklasse erfüllt sie eine ähnliche Rolle. Genosse Stalin sagte darüber im Jahre 1923 auf dem XII. Parteitag:

> „Die Presse ist kein Massenapparat, keine Massenorganisation, aber ungeachtet dessen stellt sie eine unsichtbare Verbindung zwischen der Partei und der Arbeiterklasse her — eine Verbindung, die ihrer Kraft nach jedem beliebigen, die Massen erfassenden Übertragungsapparat gleichkommt... Die Presse ist die stärkste Waffe, durch sie spricht die Partei täglich, stündlich zur Arbeiterklasse in ihrer eigenen, ihr vertrauten Sprache. Andere Mittel, geistige Fäden zwischen der Partei und der Klasse zu ziehen, einen anderen so elastischen Apparat gibt es nun einmal nicht." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 5, S. 179)

Diese Aufgabe einer Verbindung, die die ständige aktive Wechselwirkung zwischen der Partei und den Massen der Arbeiterklasse**) und ihres Verbün-

*) Vgl. J. W. Stalin, „Partei und Arbeiterklasse im System der Diktatur des Proletariats", „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 147 ff.

**) Vgl. J. W. Stalin, „Die Presse als kollektiver Organisator", Werke, Bd. 5, S. 246—249.

deten, der werktätigen Bauernschaft, sichert, hat die „Prawda" stets mit größter Wirksamkeit erfüllt. Sie hat als kollektiver Organisator, Propagandist und Agitator den Massen stets die konkrete Anleitung zum Handeln gegeben. Sie hat alle Fragen, wie es Genosse Stalin schon im „Geleitwort der Redaktion" zur ersten Nummer der „Brdsola" verlangte, mit der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus beleuchtet, die prinzipiellen Fragen in scharfer Auseinandersetzung mit den feindlichen „Theorien" der Trotzkisten und anderer Verräter geklärt und den Massen die Politik der Partei an Hand ihrer täglichen Erfahrungen erläutert. Gleichzeitig hat die „Prawda" mit ihren Tausenden von Arbeiter- und Bauernkorrespondenten der Partei geholfen, ihre Politik in der Praxis zu prüfen, die scharfe, offene und positive Kritik der Massen zu entwickeln und dadurch die Mängel in der Durchführung der Politik der Partei zu beheben.

Lenin umriß bereits im Entwurf seiner richtungweisenden Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" die Rolle der Presse als wichtigstes Instrument bei der Hebung der Arbeitsproduktivität, insbesondere bei der Organisierung des Wettbewerbs. Durch ständige Mitarbeiter in den Industriegebieten, vor allem aber durch ihre Arbeiterkorrespondenten, war die „Prawda" immer über die Entwicklung in den Betrieben, über den Stand der Planerfüllung und des Wettbewerbs auf dem laufenden. Sie entdeckte und pflegte die Keime der neuen Formen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die von der Initiative der Massen hervorgebracht wurden. Die „Prawda" erzog die Massen zum Verständnis der Bedeutung der Wirtschaftspläne und der sozialistischen Arbeitsdisziplin. Sie half den Wettbewerb in großem Maßstab organisieren und leistete zurückbleibenden Großbetrieben Hilfe, indem sie schöpferische Kritik übte, gleichzeitig den Erfahrungsaustausch organisierte und in wichtigen Fällen durch persönliche Unterstützung ihrer Mitarbeiter gute Betriebszeitungen entwickeln half.

Von großer Bedeutung war die Tätigkeit der Bauernkorrespondenten im Dorfe, wo noch lange nach dem Sieg der Sowjetmacht die zahlreiche, wirtschaftlich starke Ausbeuterklasse der Kulaken bestand, die nur durch Mitarbeit der Massen der werktätigen Bauern vom Sowjetstaat eingeschränkt und kontrolliert werden konnte. In vielen entlegenen ländlichen Gebieten, in denen die anderen Verbindungen zwischen der Partei und den Massen ihrer Aufgabe nicht gerecht wurden, waren die Bauernkorrespondenten der „Prawda" praktisch die wichtigsten Vertreter der Herrschaft der Arbeiterklasse, des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Sie deckten vor den werktätigen Bauern die Machenschaften der Kulaken und die von ihnen angewendeten Kampfformen auf. Sie zeigten der Sowjetöffentlichkeit die Mängel in der Arbeit des Sowjetapparates, die den Kulaken ihr Treiben erleichterten und die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Mittelbauern störten. Die Bauernkorrespondenten genossen bei den Bauernmassen größte Autorität, denn die Erfahrung zeigte, daß ihre Berichte und Kritiken nie ohne schnelle praktische Wirkung blieben. Und eben deshalb, weil sie eine so wirksame Verbindung des Sowjetstaates mit den werktätigen Bauern darstellten, galt ihnen der besondere Haß des Klassenfeindes, der sich auch nicht vor Mordanschlägen scheute. In seinen Ausführungen auf der Tagung des Organisationsbüros des Zentralkomitees der KPR (B) am 26. Januar 1925 sprach Genosse Stalin auch über die Ermordung des Dorfkorrespondenten Grigori Malinowski im ukrainischen Dorfe Dymowka. Gerade im Zusammenhang da-

mit zeigte Genosse Stalin die Bedeutung der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten:

„Ich bin der Meinung, daß wir in eine Periode eingetreten sind, in der die Arbeiter- und Bauernkorrespondenten zu einem der wichtigsten Hebel bei der Berichtigung unserer Aufbauarbeit auf dem Lande, bei der Aufdeckung unserer Mängel und damit bei der Berichtigung und Verbesserung der sowjetischen Arbeit werden können. Vielleicht verstehen wir das nicht alle, aber mir ist klar, daß man gerade an diesem Ende mit der Verbesserung unserer Arbeit beginnen muß." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, S. 23, russ.)

Auch später, zur Zeit der Kollektivierung, spielte die „Prawda" auf dem Dorfe eine sehr wichtige Rolle. Durch sie leitete die Partei die Kommunisten und die Massen der werktätigen Bauern an, half den systematischen Kampf gegen die Kulaken organisieren und die Kollektivierung im richtigen Tempo und in der richtigen Form durchführen und aufgetretene Mängel korrigieren. Die entscheidenden Artikel des Genossen Stalin „Vor Erfolgen vom Schwindel befallen" und „Antwort an die Genossen Kollektivbauern" fanden ihren Weg in das entlegenste Bauernhaus im weiten Sowjetlande, und die Nummern der „Prawda" mit diesen Artikeln wurden noch jahrelang von den Bauern in ihren Truhen aufbewahrt.

In der Periode des Sieges der sozialistischen Ordnung in Industrie und Landwirtschaft wuchsen die Aufgaben der „Prawda" mit den Aufgaben der Partei. Die Entwicklung der Stachanowbewegung, die Hebung der gesamten Arbeiterklasse auf ein höheres kulturell-technisches Niveau, die Erziehung qualifizierter landwirtschaftlicher Arbeiter und leitender Kader — all diese Aufgaben half die „Prawda" planmäßig erfüllen. Indem sie die Aufmerksamkeit ihrer ständigen Mitarbeiter und Tausender von Arbeiter- und Bauernkorrespondenten auf die wichtigsten Fragen der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft lenkte, beteiligte sie sie auch an der Lösung dieser Fragen. Dadurch mobilisierte sie die Initiative der Massen — sowohl an den Orten selber, wo die Korrespondenten arbeiten, wie auch bei Millionen von Lesern, die ihre Berichte lasen. So trug die „Prawda" dazu bei, das ganze Sowjetvolk zur Lösung der Aufgaben zu mobilisieren, es an der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft, an der Leitung der sozialistischen Gesellschaft zu beteiligen.

☆

In der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges wurde die „Prawda" zu einem wichtigen Instrument der Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus. Nach dem hinterhältigen Überfall der Nazitruppen half sie der Partei, das friedliche Leben des Sowjetvolkes in unerhört kurzer Zeit auf den Krieg umzustellen. Sie verbreitete die Reden und Befehle des Genossen Stalin, die in diesen schweren Jahren jedem Sowjetmenschen die schnelle, wirksame, konkrete Anleitung zum Handeln gaben. Während die täglichen Kommuniqués des Sowjetischen Informationsbüros die Bevölkerung der Sowjetunion über die Lage an den Fronten unterrichteten, zeigte ihr die „Prawda" in konkreten, typischen und mobilisierenden Berichten von der Front und aus den zeitweilig besetzten Gebieten, wie und mit welchen Mitteln der Kampf gegen die faschistischen Truppen weitergeführt wird und wie man Erfolge erringt.

Die große Mehrheit der Sowjetmenschen ist bereits unter der Herrschaft der Arbeiterklasse aufgewachsen. Sie ist in der Achtung vor Menschenleben und

Menschenwürde erzogen und kennt keinen Haß anderen Völkern gegenüber. Deshalb war es notwendig, auch denen, die es nicht direkt miterlebten, an Hand von Tatsachen klar vor Augen zu führen, daß der Imperialismus mit Hilfe der faschistischen „Ordnung" Hunderttausende von Menschen dazu bringen kann, sich wie Tiere zu verhalten; es war notwendig, den bestialischen Charakter des Faschismus, seine Methoden und damit die ganze Größe der Gefahr, die dem Sowjetlande und der gesamten Menschheit drohte, zu zeigen. Diese Aufgabe erfüllte die „Prawda". Sie erzog die Sowjetmenschen zum glühenden Haß gegen das Heer des deutschen Faschismus, das Menschenwürde und nationale Traditionen mit Füßen trat, und mobilisierte die Bürger der Sowjetunion zu der gewaltigen Anspannung ihrer Kräfte, die zur Zerschmetterung des Faschismus notwendig war.

Die „Prawda" bildete eine wichtige Verbindung zwischen Front und Hinterland. Sie berichtete den Menschen im Hinterland vom Heldenkampf der Armee, und berichtete den Kämpfern an der Front von den Großtaten der Arbeit in den Betrieben und Kollektivwirtschaften. Gleichzeitig erläuterte die „Prawda" den Sowjetmenschen die hohen Ziele, für die die sowjetischen bewaffneten Streitkräfte kämpften, und die Grundsätze des proletarischen Internationalismus. So wurde die „Prawda" zu einem Werkzeug des Sieges über den Faschismus.

☆

Heute, in der Periode des Übergangs zum Kommunismus, sind die Aufgaben der „Prawda" noch größer und vielseitiger geworden. Auf höherer Stufe erfüllt sie heute die Aufgaben, die Lenin vor 50 Jahren in seinen Werken „Womit beginnen?" und „Was tun?" der bolschewistischen Presse stellte. Die „Prawda" ist die Verkörperung dessen, was Genosse Stalin im Jahre 1923 mit folgenden Worten umriß:

> „Die Zeitung als kollektiver Organisator in den Händen der Partei und der Sowjetmacht, die Zeitung als Mittel, Verbindungen mit den werktätigen Massen unseres Landes anzuknüpfen und sie um die Partei und die Sowjetmacht zusammenzuschließen — das ist jetzt die nächste Aufgabe der Presse." (J. W. Stalin, Werke, Band 5, S. 248)

Der tägliche Leitartikel der „Prawda" ist die ständige, konkrete Direktive der Partei für ihre Funktionäre, ihre Mitglieder und das gesamte Sowjetvolk. Systematisch behandeln die Leitartikel die verschiedenen Schwerpunkte des gesellschaftlichen Lebens und helfen der Partei, das gesamte Leben des Sowjetvolkes in all seinem Reichtum an Erscheinungsformen, mit all der schöpferischen Initiative seiner werktätigen Massen, auf ein Ziel — auf die schnelle Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus — zu lenken.

Die Leitartikel erläutern an Hand der Kritik einiger typischer Beispiele die gegenwärtigen Hauptaufgaben auf einem Gebiet und die Wege zu ihrer Lösung. Der Leitartikel vom 17. April 1952 z. B. beschäftigt sich mit der Rolle der Parteigruppen innerhalb größerer Grundorganisationen. Er zeigt am Beispiel der Parteigruppe in der Waggonabteilung der Ljubliner Gießerei und Mechanischen Werke bei Moskau die Hauptaufgaben solcher Gruppen: den Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne an ihren Produktionsabschnitten, die Anleitung des Wettbewerbs, die Agitationsarbeit unter den parteilosen Kollegen und ihre Unterrichtung über die wichtigsten Ereignisse

in der Sowjetunion und im internationalen Leben. Die Parteigruppe sorgt dafür, daß jeder Kommunist sich ideologisch weiterbildet und ein gutes persönliches Beispiel in der Produktion gibt, und sie erkennt und unterstützt das Neue, das von der schöpferischen Initiative der Massen geschaffen wird. Die Parteigruppe der Waggonabteilung hat auch die Initiative der jungen Stachanowarbeiterinnen Antonina Shandarowa und Olga Agafonowa unterstützt, die einen Wettbewerb um die hohe Qualität jedes einzelnen Arbeitsganges vorschlugen. Die Tatsache, daß ihre Initiative von der Parteigruppe unterstützt wurde und sich in raschem Tempo weit über ihren Betrieb hinaus verbreiten konnte, weist auf die gute Arbeit der Parteigruppe hin. Heute sind die Namen der beiden jungen Dreherinnen, die jetzt mit dem Stalin-Preis ausgezeichnet wurden, in der gesamten Sowjetunion bekannt. Der Artikel bringt auch Beispiele aus der Arbeit der Parteigruppen in den Kollektivwirtschaften und behandelt dann die Anleitung der Parteigruppen durch die übergeordnete Leitung, die in einigen Fällen scharf und konkret kritisiert wird. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß auch eine Reihe örtlicher Zeitungen der Arbeit der Parteigruppen nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken.

Ein solcher Leitartikel bewirkt zunächst, daß die direkt kritisierten Parteiorganisationen und Parteileitungen wirksame Maßnahmen zur Abstellung der Mängel ergreifen. In der Regel berichten sie der Redaktion darüber, und oft kommt nach einigen Monaten noch ein Bericht, welche Erfolge inzwischen in ihrer Arbeit dank der Hilfe der „Prawda" erreicht werden konnten. Darüber hinaus aber veranlaßt dieser Artikel Tausende von Parteiorganisationen ähnlichen Charakters und die übergeordneten Leitungen, ihre Arbeit daraufhin zu überprüfen, ob sie z. B. die geschilderten typischen Mängel aufweist, ob die Grundorganisationen richtig angeleitet werden, ob die Erfolge ihrer Arbeit denen der Parteigruppe in der Waggonabteilung der Ljubliner Gießerei und Mechanischen Werke entsprechen usw., wobei die Initiative der Mitglieder angespornt wird, neue Wege zu größeren Erfolgen zu suchen. Gleichzeitig werden die Redaktionen der örtlichen Presse bestrebt sein, die Fragen der Arbeit und Anleitung der Parteigruppen in ihrem Gebiet besser zu behandeln und dadurch wiederum der Entwicklung der Parteigruppen zu helfen. So löst jeder Leitartikel der „Prawda" starke Kräfte aus, fördert die schöpferische Initiative der Massen und richtet sie auf das wichtigste, nächste Ziel.

Diesem Zwecke dienen nicht nur die Leitartikel, sondern alle in der „Prawda" erscheinenden Beiträge. Sie bringt z. B. an hervorragender Stelle ständig Beiträge über die verschiedensten Fragen der Parteiarbeit, kritische Übersichten der Arbeit bestimmter Parteileitungen usw. Stets aber sind in diesen Artikeln, bei all ihrer konkreten Aufgabenstellung und der Fülle lebendigen Materials, auch solche grundlegenden Fragen der Parteiarbeit enthalten wie der Kampf gegen Überreste kapitalistischer Anschauungen, die sich als Dogmatismus, Bürokratismus, Cliquenwirtschaft, Unterdrückung der Kritik äußern können. Zu diesen grundlegenden Fragen gehört auch die Erziehung der Kader, die Erreichung eines bolschewistischen Arbeitsstils, die richtige Zusammenarbeit der politischen und wirtschaftlichen Leitungen, die Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse, die ständige, konsequente Anwendung der Kritik und Selbstkritik.

Ein Beispiel: Am 8. Juni 1951 brachte die „Prawda" eine kritische Übersicht der Arbeit einer örtlichen Zeitung, des „Tscheljabinsker Arbeiter", wobei be-

sonders darauf hingewiesen wurde, daß Fragen des Parteilebens nur oberflächlich behandelt werden. Die Kritik wurde von der Zeitung „anerkannt". Am 3. Dezember 1951 brachte die „Prawda" einen weiteren Artikel zur Beantwortung der Frage: Was hat die Redaktion des „Tscheljabinsker Arbeiter" in sechs Monaten getan, um die Mängel abzustellen? Der Artikel stellt fest, daß die Redaktion zwar Pläne zur Behandlung der Fragen des Parteilebens aufstellt, sie aber nicht erfüllt, daß sie die Briefe der Werktätigen mißachtet und Kritik nur schwach entfaltet, manchmal sogar behindert. Er weist auf den Fall eines Meisters hin, der von seiner Arbeit entlassen wurde, nachdem er seine Vorgesetzten auf einer Produktionsberatung kritisiert hatte. Der Meister wandte sich an die Redaktion des „Tscheljabinsker Arbeiter". Obwohl die Parteiorganisation des Betriebes feststellte, daß hier tatsächlich Unterdrückung der Kritik vorlag, und die Redaktion die Zuschrift wiederholt prüfte, veröffentlichte sie sie dennoch nicht. Auch das Gebietskomitee der Partei, das die Mängel der Redaktion kannte, hatte nicht wirksam für ihre Abstellung gesorgt — sondern an die Redaktion der „Prawda" geschrieben, daß diese Frage „zur Beratung vorbereitet" werde.

Mit einem solchen Artikel erreicht die Prawda eine tiefgehende, vielseitige Wirkung. Die Arbeitsweise des „Tscheljabinsker Arbeiter" wurde grundlegend verändert, und am 19. Januar 1952 konnte die „Prawda" über die Beratung dieser Frage im Gebietskomitee der Partei und über die gefaßten Beschlüsse berichten. Darüber hinaus werden nicht nur viele örtliche Redaktionen ihre Arbeit nach den von der „Prawda" gezeigten Gesichtspunkten überprüfen, sondern auch viele Parteileitungen werden untersuchen, ob ihre Arbeit und die der ihnen unterstellten Zeitungen den Anforderungen der Partei entspricht. Weiterhin zeigt die „Prawda" den Kommunisten und allen Werktätigen der Sowjetunion, daß „Anerkennung" der Kritik in Worten nicht genügt, sondern daß Maßnahmen zur Abstellung der Mangel getroffen werden müssen, daß Arbeitspläne nichts nützen, wenn sie nicht durchgeführt werden und die Kontrolle darüber nicht organisiert wird, daß Unterdrückung der Kritik auf keinen Fall geduldet wird. Tatsächlich erhält die „Prawda" oft Zuschriften von sowjetischen Werktätigen, die die Unterstützung der Zeitung für die Ausübung von Kritik in Anspruch nehmen. Jeder Fall wird gewissenhaft geprüft und in Ordnung gebracht. Und wieder weckt die „Prawda" damit die Initiative der Massen, erzieht sie zur Kontrolle der Durchführung gefaßter Beschlüsse, zur positiven schöpferischen Kritik, zur bolschewistischen Unversöhnlichkeit gegenüber bestehenden Mängeln.

Von größter Bedeutung sind die regelmäßig in der „Prawda" erscheinenden Briefe der Belegschaften von Großbetrieben und der Werktätigen ganzer Bezirke der Sowjetunion an den Genossen Stalin. Diese Briefe werden von den Beteiligten sorgfältig auf Versammlungen beraten. Die Arbeiter und Bauern des Sowjetlandes legen in diesen Briefen vor Stalin, der Partei und dem ganzen Sowjetvolke Rechenschaft über ihre Arbeit im vergangenen Zeitabschnitt ab und übernehmen konkrete Verpflichtungen für den nächsten. Es ist eine Ehrensache für jeden sowjetischen Werktätigen, die in diesen Briefen übernommenen Verpflichtungen unter allen Umständen einzuhalten.

Eine starke, allgemein mobilisierende Wirkung geht von diesen Briefen aus. Am 2. März 1952 erschien in der „Prawda" ein Brief der Werktätigen der Erdölindustrie Baschkiriens an den Genossen Stalin, in dem sie bestimmte Ver-

pflichtungen übernahmen und gleichzeitig sämtliche Kollegen der gesamten sowjetischen Erdölindustrie zum Wettbewerb aufriefen, dessen Ziel sie folgendermaßen umrissen:

„Gemeinsam mit allen Erdölarbeitern der Sowjetunion werden wir so viel Öl und Ölprodukte liefern, wie es für die Großbauten des Kommunismus, für die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft und der Landesverteidigung notwendig sein wird, und werden damit den Kampf des Sowjetvolkes um den Weltfrieden unterstützen." („Prawda" vom 2. März 1952)

In derselben Nummer brachte die „Prawda" einen Leitartikel über diesen Wettbewerb und einen weiteren Artikel über die Möglichkeiten einer Erhöhung der Erdölproduktion. Bald darauf kam eine kurze Nachricht über Antwortverpflichtungen der Bakuer Erdölarbeiter und einige Tage später ein Aufruf von 10 berühmten Ölbohrmeistern, die hohe Verpflichtungen übernahmen und gleichzeitig alle Kollegen der Erdölindustrie und der Lieferbetriebe für Ausrüstungen aufriefen, ihre Leistungen in bestimmten, jeweils konkret angegebenen Richtungen zu verbessern. Wiederum nach einigen Tagen erschien eine Nachricht über den Wettbewerb der turkmenischen Ölarbeiter, und bald folgte ein Brief an den Genossen Stalin mit umfassenden Verpflichtungen der Werktätigen der tatarischen Erdölindustrie. Ebenso anworteten die Erdölarbeiter des Gebiets von Kuibyschew und später die von Krasnodar.

In der Zwischenzeit brachte die „Prawda" bereits zwei neue Leitartikel über Wettbewerbe der Kumpel vom Donbass und der metallurgischen Betriebe. Täglich hilft die „Prawda" den Keimen des Neuen, das ständig von der schöpferischen Initiative der Werktätigen in der Produktion geschaffen wird, sich zu entfalten und durchzusetzen. Sie bringt Artikel oder Berichte über neue Arbeitsmethoden, die oft von den Initiatoren selbst geschrieben sind, und trägt systematisch durch ihre Nachrichten dazu bei, die neuen Methoden im Massenmaßstab in der Produktion einzuführen. So arbeitet die „Prawda" als ein ständiger, kollektiver Organisator des Wettbewerbs, wobei sie die schöpferische Initiative der Massen in die von der Partei angegebene Richtung lenkt und das Tempo beschleunigen hilft, in dem die materiell-technischen Grundlagen des Kommunismus geschaffen werden.

Eine entscheidende Grundlage für den Erfolg dieser Arbeit, für die Beschleunigung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, ist die Aneignung und Anwendung des Marxismus-Leninismus durch die sowjetischen Werktätigen. Im Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) über die Gestaltung der Parteipropaganda im Zusammenhang mit dem Erscheinen der „Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang" heißt es:

„In der Propaganda des Marxismus-Leninismus muß die entscheidende Waffe, die Hauptwaffe, die Presse sein — Zeitschriften, Zeitungen und Broschüren —, . . . Die Presse ermöglicht es, diese oder jene Wahrheit mit einem Schlage zum Gemeingut aller zu machen; sie ist deshalb stärker als die mündliche Propaganda." („Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU (B) vom 14. November 1938", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1939, S. 10/11)

Die „Prawda" bringt systematisch propagandistische Artikel und sie kämpft um ein immer höheres Niveau der gesamten propagandistischen Arbeit in der

Sowjetunion. Sie beobachtet und kritisiert die Arbeit der Propagandisten und der Parteileitungen. Am 19. März 1952 untersuchte sie die Arbeit des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU (B) mit den propagandistischen Kadern, am 11. März kritisiert sie die Parteiorganisation der litauischen Akademie der Wissenschaften wegen der ungenügenden marxistisch-leninistischen Erziehung der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie, usw.

Systematisch arbeitet die „Prawda" daran, die Reste kapitalistischer Denkweise aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben, und dem allgemeinen Entwicklungsgesetz der sowjetischen Gesellschaft, der Kritik und Selbstkritik, auch auf ideologischem Gebiet zum Durchbruch zu verhelfen. In den Spalten der „Prawda" wurden die bekannten Diskussionen gegen den Dogmatismus in der Wissenschaft geführt, darunter die Diskussion über die Fragen der Sprachwissenschaft, in deren Verlauf das berühmte Werk des Genossen Stalin „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" entstand. Gerade in diesem Werk weist Genosse Stalin darauf hin, daß die „Prawda" richtig gehandelt hat, als sie eine freie Diskussion über Probleme der Sprachwissenschaft eröffnete. In diesem Zusammenhang stellte Genosse Stalin fest:

> „Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann." (J. W. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 37)

Mit diesen Diskussionen entwickelt die „Prawda" die Initiative der wissenschaftlichen Kader, sie verhilft dem allgemeinen Entwicklungsgesetz der sowjetischen Gesellschaft, der Kritik und Selbstkritik, auch auf dem Gebiete der Wissenschaft zur Entfaltung, und sie dient dadurch der Entwicklung der Wissenschaft — eines unentbehrlichen Helfers bei der Errichtung der Stalinschen Großbauten.

So richtet sich die planmäßige Arbeit der „Prawda" auf all den vielfältigen Gebieten des reichen Lebens der Sowjetunion auf das große Ziel: der Partei zu helfen, die Entwicklungsgesetze der sozialistischen Gesellschaft durchzusetzen und die Schaffung der materiell-technischen Grundlagen des Kommunismus zu beschleunigen.

Zur Sicherung dieser Entwicklung der Sowjetunion unter Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung gehört ein ständiger systematischer Kampf gegen die Versuche des Imperialismus, diese Entwicklung aufzuhalten, seine Widersprüche auf Kosten der Sowjetunion zu lösen und die Welt mit Krieg zu überziehen.

In internationalen Übersichten, die in der Regel wöchentlich erscheinen, und in zahlreichen Artikeln ihrer ständigen Korrespondenten in vielen Ländern analysiert die „Prawda" die Verhältnisse in der kapitalistischen Welt und zeigt die hier wirksamen Kräfte. Sie zeigt an Hand konkreter Tatsachen z. B. die Widersprüche, die die amerikanische Wirtschaft zerrütten, oder den Niedergang der Lebenshaltung des englischen Volkes und den Kampf der italienischen und französischen Arbeiterklasse um die Interessen der Nation. Eine Reihe sehr bedeutsamer Berichte unterrichtete die Leser der „Prawda" z. B. über die Verhältnisse, die vorhandenen Widersprüche und die Perspektiven der Entwicklung in Indien.

Dem Kampf des deutschen Volkes um Einheit und Frieden widmet die „Prawda" große Aufmerksamkeit. Die Regierungserklärungen des Genossen

Otto Grotewohl, die Erklärungen der Volkskammer, die Reden Max Reimanns wurden von der „Prawda" gebracht. Die Artikel ihres Berliner Korrespondenten zeigen die Kraft des deutschen Volkes in seinem Kampf um die nationale Einheit und entlarven die Machenschaften Adenauers und Schumachers. Aus ihnen geht auch die große Verantwortung hervor, die die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei in diesem geschichtlichen Augenblick trägt.

Die „Prawda" zeigt den Menschen der Sowjetunion das wirkliche Kräfteverhältnis in der Welt. Sie berichtet über die großen Erfolge des Aufbaus in China und über die Entwicklung in den europäischen Ländern der Volksdemokratie und bringt häufig Artikel ausländischer Genossen zu diesen Fragen. Mit dem Bewußtsein der Macht der Sowjetunion und der Kraft des gesamten von ihr geführten Friedenslagers lesen die Sowjetmenschen in der „Prawda" die Berichte vom konsequenten, hartnäckigen Friedenskampf der Vertreter der Sowjetunion bei internationalen Konferenzen und die täglichen Nachrichten vom Heldenkampf des koreanischen Volkes und der chinesischen Freiwilligen.

Auch die internationalen Berichte der „Prawda" haben eine tiefgehende Wirkung. Sie erziehen die Sowjetmenschen im Sinne des proletarischen Internationalismus und unterrichten die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion, die Arbeiter der Großbetriebe, wie die Bauern in den entlegensten Kollektivwirtschaften über die internationalen Vorgänge. Indem sie den sowjetischen Werktätigen ihre Kraft und gleichzeitig die reale Gefahr des imperialistischen Krieges zeigen, weisen sie ihnen auch den Weg, dieser Gefahr zu begegnen: die Organisierung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

In der „Prawda" erschienen zuerst die Interviews des Genossen Stalin, die den Friedenskämpfern der ganzen Welt die konkrete Anleitung zum Handeln geben.

Die „Prawda" half die Friedensbewegung in der Sowjetunion zu der mächtigen, aktiven Kraft entwickeln, die sie gegenwärtig darstellt. Sie unterstützte die schöpferische Initiative der sowjetischen Werktätigen, die mit hohen Selbstverpflichtungen auf Friedenswacht zogen, in der Erkenntnis, daß die Stärkung der Sowjetunion das wichtigste Unterpfand des Friedens ist. Die „Prawda" wurde zu einem wichtigen Träger der mächtigen Protestbewegung des Sowjetvolkes gegen die Verbrechen der amerikanischen Truppen in Korea, gegen den von ihnen geführten unmenschlichen Bakterienkrieg. Die „Prawda" ist ein kollektiver Organisator, Propagandist und Agitator der starken, aktiven, die gesamte Bevölkerung umfassenden Friedensbewegung in der Sowjetunion.

So erfüllt die „Prawda", heute wie in den vergangenen 40 Jahren, auf jedem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens ihre bedeutsame Rolle als mächtiges Werkzeug des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) — als das große Vorbild für die Presse aller kommunistischen und Arbeiterparteien.

Erich Paterna

Ein Meisterwerk der Analyse des Klassenkampfes und der Rolle des Staates

Zum 100. Jahrestag des Erscheinens von Karl Marx' Werk „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte"

Vor hundert Jahren, am 10. Mai 1852, veröffentlichte die von Joseph Weydemeyer in New York herausgegebene Zeitschrift „Die Revolution" das geniale Geschichtswerk von Karl Marx „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte". Bereits wenige Tage nach dem 2. Dezember 1851, dem Tage, an dem Louis Bonaparte die politische Welt mit seinem Staatsstreich überraschte, hatte Karl Marx mit der Ausarbeitung dieses Werkes begonnen. Es drängte ihn, das dichte Gewebe von Lügen und Legenden zu zerreißen, mit dem bürgerliche Historiker, Dichter und Publizisten dieses Ereignis und den „Helden" des Staatsstreiches umgaben, um daraus ein Idol für die An- und Nachbeter ihrer idealistischen Geschichtsauffassungen zu errichten.

Die bürgerlichen Ideologen suchten an diesem Ereignis nachzuweisen, daß die Geschichte von geheimnisvollen, metaphysischen Mächten bestimmt wird, die der wissenschaftlichen Forschung für immer verschlossen seien, daß die großen Persönlichkeiten den Gang der Geschichte bestimmten, das Geheimnis der geschichtlichen Persönlichkeit aber nicht enträtselt werden könne, da ihr Wesen, die Individualität, das Besondere, das Einmalige, keiner Gesetzmäßigkeit unterworfen sei. Dadurch wurde dem Napoleonkult neue Nahrung gegeben und die namentlich in Deutschland landläufige Schulphrase vom sogenannten „Cäsarismus" unterstützt.

Diese Entstellungen und Fälschungen der Geschichte bedeuteten gerade damals nach der Niederschlagung der Revolution in Europa eine große Gefahr, sie mußten den Bestrebungen der herrschenden Klassen, die in Bewegung geratenen Massen wieder zu Unterwürfigkeit, zu blinder Anbetung der „von Gott verordneten Obrigkeit", zur Vergötterung der „großen Staatsmänner" zu erziehen, Vorschub leisten und die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats, die Entfaltung seines Klassenkampfes hemmen. Durch das Werk „Der achtzehnte Brumaire" versetzte Karl Marx diesen dem Proletariat klassenfeindlichen Ideologien einen vernichtenden Schlag. Er wies nach, wie nicht der Urheber des Staatsstreiches den Verlauf der Entwicklung in Frankreich bestimmt hatte, sondern

> „... wie der *Klassenkampf* in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichten." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 223)

Durch diese Analyse erhärtete Marx die im Kommunistischen Manifest getroffene wissenschaftliche Feststellung: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." (Ebenda, S. 23)

Indem Karl Marx die Klassenkämpfe in Frankreich vom Beginn der Februarrevolution 1848 bis zum Dezember 1851 mit beispielloser Gründlichkeit und Genauigkeit analysierte, erschloß er das Verständnis für den seinen Zeitgenossen unfaßbaren, völlig überraschenden Sturz der parlamentarischen Republik und den leichten Sieg Louis Bonapartes über das Parlament, ent-

hüllte er zugleich die ganze Fragwürdigkeit dieses Sieges, die völlige Hilflosigkeit und moralische Verkommenheit des „Siegers", die Unausweichlichkeit seines Untergangs und der Katastrophe Frankreichs und den unausbleiblichen Triumph der proletarischen Revolution.

Durch seine geniale Analyse entwirrt Marx das scheinbare Durcheinander der damaligen Verhältnisse zu einem klaren Bild von dem dramatischen Verlauf der Ereignisse. Wir sehen den Sturz der Finanzaristokratie und der Julimonarchie in der Februarrevolution 1848, in der sich die wachsende Empörung aller anderen Klassenkräfte der französischen Gesellschaft, vom Proletariat bis zu den Vertretern der industriellen Bourgeoisie, über die Mißwirtschaft des Königtums der Bankiers entladen hatte. Den Hauptanteil an dem Sieg der Revolution hatten die Pariser Arbeiter geleistet. Sie hatten mit bewunderungswürdigem Heroismus gekämpft, die größten Opfer gebracht und mit der Waffe in der Hand die Proklamierung der „sozialen Republik" ertrotzt. Diese revolutionäre Kampfentschlossenheit der Pariser Arbeiter hatte jedoch der liberalen Bourgeoisie heillosen Schrecken eingeflößt. In einer zügellosen Hetze ruft sie die Massen der städtischen Kleinbürger und der Bauern und vor allem die Armee zu unversöhnlichem Kampf gegen die Arbeiter als die „Feinde des Eigentums, der Familie, der Religion, der Ordnung" auf, verhindert eine Weiterführung der Revolution, entreißt den Arbeitern die kümmerliche Errungenschaft der Februarrevolution — die Einrichtung von Nationalwerkstätten — und erstickt den daraufhin ausbrechenden Aufstand des Pariser Proletariats im Blut. Die Juniinsurrektion des Pariser Proletariats erweist sich jedoch als das bis dahin „kolossalste Ereignis in der Geschichte der europäischen Bürgerkriege". (Ebenda, S. 233)

Dieses Ereignis erhöht noch die Furcht vor dem Proletariat. Ängstlich überwachen fortan die verschiedenen Klassen, Parteien und Fraktionen einander, ob nicht eine von ihnen durch irgendwelche Forderungen, Pläne oder Maßnahmen den „Feinden des Eigentums und der Ordnung", den Sozialisten und Kommunisten, die Wege ebne. Diese Angst reißt sie zusammen und wieder auseinander, peitscht und lähmt sie.

Aus Furcht vor dem Proletariat, aus Angst um das Eigentum, geben die Vertreter der Bourgeoisie in der Nationalversammlung bedenkenlos die ihnen in der Februarrevolution zugefallenen demokratischen Rechte preis. Sie übertragen dem Präsidenten, als dem vermeintlichen Hüter des Eigentums und der „Ordnung", immer höhere Machtbefugnisse, dulden und begünstigen die tausendfachen Verstöße gegen die Ordnung, die er im „Namen der Ordnung" begeht. Es stört sie nicht, daß mit dem Bankier Fould die einst so wütend gehaßte Finanzaristokratie wieder in das Ministerium eintritt und nicht nur Bonapartes Interesse bei der Börse, sondern zugleich das Interesse der Börse bei Bonaparte vertritt. Sie billigen, wenn auch mitunter knurrend, Louis Bonapartes Betrügereien, seine demagogischen Manöver, seine Übergriffe und Verfassungsbrüche, die Aufstellung der aus dem Pariser Lumpenproletariat gebildeten „Gesellschaft vom 10. Dezember" und deren zahllose Verbrechen.

„Und schließlich werden die Hohenpriester der ‚Religion der Ordnung' selbst mit Fußtritten von ihren Pythiastühlen verjagt, bei Nacht und Nebel aus ihren Betten geholt, in Zellenwagen gesteckt, in Kerker geworfen oder ins Exil geschickt, ihr Tempel wird der Erde gleichgemacht, ihr Mund wird versiegelt, ihre Feder zerbrochen, ihr Gesetz zerrissen, im Namen der Reli-

gion, des Eigentums, der Familie, der Ordnung. Ordnungsfanatische Bourgeois auf ihren Balkonen werden von besoffenen Soldatenhaufen zusammengeschossen, ihr Familienheiligtum wird entweiht, ihre Häuser werden zum Zeitvertreib bombardiert — im Namen des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung. Der Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft bildet schließlich die *heilige Phalanx der Ordnung* und Held Crapülinsky*) zieht in die Tuilerien ein als *'Retter der Gesellschaft'*." (Ebenda, S. 234/235)

Erbarmungslos geißelt Marx die Feigheit und den nationalen Verrat dieser Bourgeoisie, die trotz ihres mächtigen Einflusses in der Nationalversammlung, in der Nationalgarde, in der Provinz nichts unternahm, die der Nation drohende Gefahr abzuwehren. Marx zeigt, daß alle Schichten der Bourgeoisie an diesem Verrat beteiligt sind, die Finanzaristokratie, die Industriellen, die kommerzielle Bourgeoisie. Selbst zu dem Zeitpunkt, als die Schwäche der Exekutivgewalt offen zutage trat und die „Sache der Nationalversammlung, die nationale Sache" hätte sein können, wagte sie keinen entschlossenen Kampf gegen den großsprecherischen, im Grunde feigen politischen Abenteurer.

„Sie würde dadurch der Nation eine Marschorder ausstellen, und sie fürchtet nichts mehr, als daß sich die Nation bewege." (Ebenda, S. 278)

Die Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen, die sich aus den Ergebnissen der von Marx im „Achtzehnten Brumaire" durchgeführten Analyse des Klassenkampfes ergeben, sind von höchster aktueller Bedeutung. Die wichtigsten sind die, daß nur das Proletariat berufen ist, die Führung im Kampf um die Interessen der Nation zu übernehmen, daß es den Kampf um die Rettung und Wohlfahrt nur dann erfolgreich führen kann, wenn es über eine konsequent auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehende, revolutionäre Kampfpartei verfügt, die von dem proletarischen Internationalismus durchdrungen ist und ein festes Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der fortschrittlichen Intelligenz unter Führung des Proletariats herstellt.

Auf Grund seiner Analyse zeichnet Marx die unabwendbare, unheilvolle Perspektive für das Regime des Abenteurers Louis Bonaparte:

„Von den widersprechenden Forderungen seiner Situation gejagt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Überraschung die Augen des Publikums auf sich als den Ersatzmann Napoleons gerichtet zu halten, also jeden Tag einen Staatsstreich en miniature zu verrichten, bringt Bonaparte die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr, tastet alles an, was der Revolution von 1848 unantastbar schien, macht die einen revolutionsgeduldig, die andern revolutionslustig und erzeugt die Anarchie selbst im Namen der Ordnung, während er zugleich der ganzen Staatsmaschine den Heiligenschein abstreift, sie profaniert, sie zugleich ekelhaft und lächerlich macht." (Ebenda, S. 317/318)

Die unübertreffliche Meisterschaft, mit der Marx die Analyse dieser so komplizierten ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen Erscheinungen und ihrer Zusammenhänge durchführt, hatte, wie Friedrich Engels in dem Vorwort zur dritten Auflage des „Achtzehnten Brumaire" im Jahre 1885 zeigte, dreierlei zur Voraussetzung: erstens, Marxens „eminentes Verständnis

*) Crapülinsky (vom französischen Wort crapule — Liederjan, Wüstling) —, Gestalt aus Heinrich Heines Gedicht „Zwei Ritter", in dem der Dichter den heruntergekommenen polnischen Adel verspottet. Hier bezeichnet Marx Louis Bonaparte mit diesem Namen.

der lebendigen Tagesgeschichte, dies klare Durchschauen der Begebenheiten, im Moment, wo sie sich ereignen", zweitens, seine „genauen Kenntnisse der französischen Geschichte", und drittens, die Tatsache, daß Marx

„... das große Bewegungsgesetz der Geschichte zuerst entdeckt hatte, das Gesetz, wonach alle geschichtlichen Kämpfe, ob sie auf politischem, religiösem, philosophischem oder sonst ideologischem Gebiet vor sich gehn, in der Tat nur der mehr oder weniger deutliche Ausdruck von Kämpfen gesellschaftlicher Klassen sind, und daß die Existenz und damit auch die Kollisionen dieser Klassen wieder bedingt sind durch den Entwicklungsgrad ihrer ökonomischen Lage, durch die Art und Weise ihrer Produktion und ihres dadurch bedingten Austausches." (Ebenda, S. 225)

Der „Achtzehnte Brumaire" wird dadurch zu einem klassischen Lehrbuch des historischen Materialismus, das mit unübertrefflicher Meisterschaft demonstriert, wie diese einzige wahrhaft wissenschaftliche Methode der Geschichtsdarstellung richtig zu verstehen und konkret auf eine bestimmte Periode der geschichtlichen Entwicklung anzuwenden ist. Wir lernen aus ihm, an die Stelle des Betrugs und der Selbsttäuschungen bürgerlicher Historiker über den Charakter einer Epoche das allein wissenschaftliche Geschichtsbild des Proletariats zu setzen. Karl Marx zeigt, wie diese Historiker, „in der demokratischen Manier zu sehen", in dem Kampf der Legitimisten-Orleanisten in der Periode der gesetzgebenden Nationalversammlung (29. Mai 1849 bis 2. Dezember 1851) nichts anderes zu erkennen vermögen als einen einfachen Kampf zwischen Republikanern und Royalisten.

„Die Bewegung selbst aber", so spottet Marx, „fassen sie in *ein* Stichwort zusammen: *,Reaktion'*, Nacht, worin alle Katzen grau sind, und die ihnen erlaubt, ihre nachtwächterlichen Gemeinplätze abzuleiern." (Ebenda, S. 249)

Marx untersucht, welche Klassen hinter diesen Fraktionen stehen. Er stellt fest, daß das eigentliche Interesse der Legitimisten gar nicht, wie sie vorgeben, die Wiederherstellung einer Monarchie des Hauses Bourbon ist, ebensowenig wie die Orleanisten die des Hauses Orleans um jeden Preis durchzusetzen versuchen. Im Grunde geht es beiden Fraktionen nicht einmal um die Monarchie überhaupt. Vielmehr verfechten die Legitimisten Interessen des großen Grundeigentums, die Orleanisten dagegen die der hohen Finanz, der Großindustrie und des Großhandels. Nicht sogenannte Prinzipien, sondern ihre materiellen Existenzbedingungen bestimmen den alten Streit dieser Fraktionen untereinander und ihren gemeinsamen Kampf gegen die Werktätigen. Marx sieht darin eine Bestätigung des von ihm entdeckten Bewegungsgesetzes der Geschichte, das er hier folgendermaßen formuliert:

„Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen. Die ganze Klasse schafft und gestaltet sie aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufließen, kann sich einbilden, daß sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden." (Ebenda, S. 250)

Die überragende Genialität der Marxschen Darstellung offenbart sich vor allem darin, daß er bei der Zurückführung der Erscheinungen des Überbaus

auf die letzten Endes ökonomischen Wurzeln stets mit besonderer Eindringlichkeit die aktive Rolle des Überbaus, die gewaltige Bedeutung der Rolle der Ideen, der Traditionen, der von früheren Generationen geschaffenen staatlichen, politischen und kulturellen Einrichtungen hervorhebt.

Er weist auf die erhöhte Bedeutung hin, die die Rolle der Idee in der proletarischen Revolution gewinnt, die ihre Poesie nicht wie die bürgerliche Revolution nur aus der Vergangenheit schöpfen kann, sondern deren Ideen auf die Zukunft gerichtet sind.

Besonders eindrucksvoll schildert Marx, wie unter der parlamentarischen Republik 1848—1851 „das Moderne mit dem traditionellen Bewußtsein der französischen Bauern" rang, wie durch die geschichtliche Tradition ihr Wunderglaube entstand, daß ein neuer Napoleon auch unter den völlig veränderten ökonomischen Verhältnissen eine Bauernpolitik wie unter Napoleon I. durchführen und die Lage der Bauern verbessern könnte. Zugleich aber betonte Marx hier die Grenze, die der Wirksamkeit der Idee durch die ökonomische Entwicklung gesetzt wird. In dem Maße, wie diese Entwicklung die Bauern in Gegensatz zu dem Kapital bringt, ändert sich ihr Bewußtsein, verdrängen moderne Ideen die früheren traditionellen Ideen, wächst ihre Bündnisbereitschaft gegenüber dem Proletariat.

> „Sie finden also ihren natürlichen Verbündeten und Führer in dem städtischen Proletariat, dessen Aufgabe der Umsturz der bürgerlichen Ordnung ist." (Ebenda, S. 314)

Die allgemeine internationale Bedeutung dieser Tatsache unterstreicht Marx hier nachdrücklich mit folgenden Worten:

> „Mit der Verzweiflung an der napoleonischen Restauration scheidet der französische Bauer von dem Glauben an seine Parzelle, stürzt das ganze auf diese Parzelle aufgeführte Staatsgebäude zusammen, und erhält die *proletarische Revolution das Chor, ohne das ihr Sologesang in allen Bauernnationen zum Sterbelied wird.*" (Ebenda, S. 314, Anmerkung)

In seinen Briefen an Bloch, 21./22. September 1890, Schmidt, 21. Oktober 1890, und Starkenburg, 25. Januar 1894, wandte sich Friedrich Engels mit aller Schärfe gegen die Vulgarisierungen des historischen Materialismus, der dadurch zu einem leeren Schema herabgedrückt wurde, daß man der Rolle der Ideen nicht die gebührende Bedeutung beimessen wollte und alles mechanisch und ausschließlich aus ökonomischen Faktoren zu erklären versuchte. Engels empfahl, vor allem den „Achtzehnten Brumaire" zu studieren, aus dem am besten zu ersehen sei, wie Marx den historischen Materialismus anwandte. An Starkenburg schrieb er:

> „Übrigens sollte Ihnen doch, glaube ich, das schönste Exempel, das Marx im ‚Achtzehnten Brumaire' gegeben hat, schon über Ihre Fragen ziemliche Auskunft geben, grade weil es ein praktisches Beispiel ist." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 476)

Das sorgfältige Studium der Marxschen Analyse schärft den Blick für die Klassenkräfte und ihre Kämpfe auch in anderen geschichtlichen Perioden und nicht zuletzt in der Gegenwart. Von großem Nutzen ist in dieser Hinsicht vor allem die Kennzeichnung des Charakters der damaligen französischen Sozialdemokratie durch Marx. Er schreibt:

> „Der eigentümliche Charakter der Sozialdemokratie faßt sich dahin zusammen, daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt

werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 252)

Das unkritische Verhalten zu den eigenen Fehlern und Schwächen, das Bestreben, die Schuld an den Mißerfolgen auf die Massen abzuwälzen, den Hang zu unfruchtbaren Auseinandersetzungen über abstrakte Begriffe wie „Menschenrechte", „Volk", „Volksinteresse" und „Volksrecht", die Blindheit gegenüber den Klassengegensätzen, die Abneigung gegen eine gründliche Analyse der Situation und der Kräfte des Gegners, die Überschätzung des parlamentarischen Kampfes und die Furcht vor außerparlamentarischen, revolutionären Aktionen, all das sind Erscheinungen, die Marx auf den vorherrschenden kleinbürgerlichen Einfluß in der Sozialdemokratie zurückgeführt hat.

Indem Marx am Beispiel der französischen sozialdemokratischen Partei der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit aller Schärfe die verhängnisvollen Auswirkungen des Eindringens kleinbürgerlicher Einflüsse in die proletarische Partei zeigt, weist er bereits auf eine der Klassenwurzeln des Opportunismus hin, deren Analyse durch Lenin und Stalin unter Einbeziehung der durch den Imperialismus hervorgerufenen gesellschaftlichen Veränderungen weitergeführt wurde und deren Kenntnis für das Verständnis des Klassencharakters und der Rolle der heutigen sozialdemokratischen Parteien unerläßlich ist.

Karl Marx deckt in seinem Werk auf, daß die tiefste gesellschaftliche Wurzel der für die proletarische Partei unerläßlichen Kritik und Selbstkritik in dem Wesen der proletarischen Revolution zu suchen ist. Er stellt die proletarische Revolution früheren, vor allem bürgerlichen Revolutionen gegenüber und schreibt:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rasch von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!
Hier ist die Rose, hier tanze!"

(Ebenda, S. 229/230)

Eine besonders große Bedeutung kommt dem „Achtzehnten Brumaire" deshalb zu, weil Karl Marx in ihm die marxistische Staatstheorie, deren

Grundzüge bereits im Kommunistischen Manifest festgelegt worden waren, konkretisiert und weiterentwickelt. Bei der Analyse der Juniinsurrektion des Pariser Proletariats widerlegt Marx die damals allgemein vertretene Auffassung, daß es in den politischen Kämpfen um die Frage „Republik oder Monarchie" gehe. Die Niederlage der Juniinsurrektion habe

„... offenbart, daß die *bürgerliche Republik* hier die uneingeschränkte Despotie einer Klasse über andere Klassen bedeute. Sie hatte bewiesen, daß in altzivilisierten Ländern mit entwickelter Klassenbildung, mit modernen Produktionsbedingungen und mit einem geistigen Bewußtsein, worin alle überlieferten Ideen durch jahrhundertelange Arbeit aufgelöst sind, *die Republik überhaupt nur die politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft* bedeutet ..." (Ebenda, S. 234)

Damit stellt Marx das positive Ergebnis der Junischlacht heraus: die Entlarvung des wahren Charakters der sich liberal gebärdenden Bourgeoisie und die Zerstörung der Illusionen, die reformistische Elemente an die parlamentarische Republik geknüpft hatten, ferner die Feststellung, daß auch diese wie jeder andere Ausbeuterstaat ein Organ der Klassenherrschaft ist.

Besonders eindrucksvoll unterstreicht Marx den Charakter des Staates als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse in der eingehenden Schilderung der hochentwickelten Organisation und der riesigen Machtfülle des Staatsapparates im damaligen Frankreich,

„... wo der Staat die bürgerliche Gesellschaft von ihren umfassendsten Lebensäußerungen bis zu ihren unbedeutendsten Regungen hinab, von ihren allgemeinsten Daseinsweisen bis zur Privatexistenz der Individuen umstrickt, kontrolliert, maßregelt, überwacht und bevormundet, wo dieser Parasitenkörper durch die außerordentlichste Zentralisation eine Allgegenwart, Allwissenheit, eine beschleunigte Bewegungsfähigkeit und Schnellkraft gewinnt, die nur in der hilflosen Unselbständigkeit, in der zerfahrenen Unförmlichkeit des wirklichen Gesellschaftskörpers ein Analogon finden ..." (Ebenda, S. 261)

Marx zeigt, wie diese Staatsmaschinerie im Kampfe der sich herausbildenden absoluten Monarchie gegen das verfallende Feudalwesen geschmiedet wurde, und wie seither unter allen in Frankreich aufgerichteten Herrschaftssystemen die jeweils herrschenden Klassen den Ausbau und die Zentralisation dieses Unterdrückungsapparates vervollkommnet haben.

Das Proletariat aber kann sich selbst und die Gesellschaft nur befreien, wenn es diese bürgerliche Staatsmaschinerie nicht einfach übernimmt, sondern sie zerbricht.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerbrechen, zu zerschlagen, stellt eine geniale, höchst bedeutungsvolle Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie dar. Lenin würdigt diese Bedeutung der Marxschen Feststellung und Schlußfolgerung mit folgenden Worten:

„In dieser großartigen Betrachtung macht der Marxismus im Vergleich mit dem ‚Kommunistischen Manifest' einen gewaltigen Schritt vorwärts. Dort wird die Frage des Staates noch äußerst abstrakt, in ganz allgemeinen Begriffen und Wendungen behandelt. Hier wird die Frage konkret gestellt, und es wird eine äußerst genaue, bestimmte, praktisch-greifbare Schluß-

folgerung gezogen: alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie aber zerschlagen, brechen.

Diese Folgerung ist das Wichtigste und Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 178)

Die Lehre von Marx über die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates fand ihre glänzende Bestätigung in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Unter Führung von Lenin und Stalin zertrümmerten die Bolschewiki die alte bürgerliche Staatsmaschinerie und schufen damit die Voraussetzung für die Errichtung des ersten sozialistischen Staates der Welt. In weiser Beachtung und Anknüpfung an die Lehren von Karl Marx über den Staat, mit der gleichen wissenschaftlichen Gründlichkeit und Exaktheit die neuen Erfahrungen der Geschichte analysierend, haben Lenin und Stalin diese Lehre schöpferisch weiterentwickelt. Das großartigste Beispiel dafür ist die Lehre Stalins über die Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung des Sowjetstaates zum Zwecke des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft und ihrer Verteidigung bis zur Beseitigung der kapitalistischen Umkreisung und ihrer Ablösung durch eine sozialistische Umwelt.

Der Sowjetstaat stellt das unerschütterliche Bollwerk des Friedens dar, die unüberwindliche Bastion des weltumspannenden Kampfes für den Sieg der Demokratie, des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt. Die fortschrittlichen Menschen aller Länder sehen ihre höchste Pflicht, ihr größtes Glück darin, mit Aufbietung aller ihrer Kräfte diesen Kampf zu unterstützen. Das tiefe Eindringen in die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung gehört zu dem unerläßlichen Rüstzeug für die erfolgreiche Teilnahme an diesem Kampf.

Unter diesem Rüstzeug stellt „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" von Karl Marx eine der schärfsten Waffen dar.

Lotte Kühn

Die Verantwortung der leitenden Kader bei der Erfüllung des Fünfjahrplans

Die 8. Tagung des Zentralkomitees hat sich sehr ausführlich mit der Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung befaßt und eine besondere Entschließung dazu angenommen.*) Damit wurde unterstrichen, daß dieser Frage in der gegenwärtigen Situation ganz besondere Bedeutung zukommt. Daß das gerade jetzt geschieht, ist kein Zufall.

Die Anforderungen, die an unsere leitenden Kader im Fünfjahrplan gestellt werden, sind außerordentlich groß. Jetzt geht es nicht mehr darum, die durch den Hitlerfaschismus ruinierte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen oder die staatliche Verwaltung neu aufzubauen. Um die im Fünfjahrplan vorgesehene Steigerung der Produktion zu erreichen, müssen riesige neue Werke errichtet werden. Die Arbeitsproduktivität muß durch Anwendung der fortgeschrittensten Arbeitsmethoden gesteigert, in Industrie und Landwirtschaft müssen die Erfahrungen der fortgeschrittensten Wissenschaft übernommen werden. Auch auf kulturellem Gebiet sind gewaltige Anstrengungen notwendig, um der Arbeiterklasse und allen Werktätigen die fortschrittliche Kultur zu vermitteln. Auf dem Gebiet der Kunst soll nicht nur das klassische Erbe gepflegt, sondern auch eine realistische Kunst entwickelt werden. Während bisher zerstörte Häuser wiederhergestellt wurden, gilt es jetzt, neue Stadtteile mit einer neuen, an die besten Traditionen anknüpfenden Architektur zu errichten und dabei die fortgeschrittenste Bautechnik anzuwenden.

Diese großen Aufgaben müssen gelöst werden unter den Bedingungen des härtesten Kampfes gegen die feindlichen Agenturen, gegen die Machenschaften der Kriegstreiber im Westen unserer Heimat, die unaufhörlich ihre Banditen in die Deutsche Demokratische Republik schicken, und im täglichen Trommelfeuer der feindlichen Propaganda durch Rundfunk und Presse.

Wie wird unter diesen komplizierten Verhältnissen unsere Partei ihrer Aufgabe als führende Kraft bei der Durchführung des Fünfjahrplans gerecht?

Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1951, des ersten Jahres des Fünfjahrplans, gibt darauf eine überzeugende Antwort. Noch niemals in Deutschland, auch nicht während der durch die Kriegsvorbereitungen Hitlers bedingten Produktionssteigerung, hat es eine jährliche Steigerung der Industrieproduktion um mehr als ein Fünftel gegeben, wie das im Jahr 1951 der Fall war. Noch niemals gab es gleichzeitig mit dem industriellen Aufschwung eine so stete Aufwärtsentwicklung von Landwirtschaft, Handel und Verkehr wie 1951 in der Deutschen Demokratischen Republik. Noch niemals haben in Deutschland Kultur und Kunst einen solchen Aufschwung genommen, noch niemals hat der Drang nach mehr Wissen so breite Schichten erfaßt, wie jetzt bei der Durchführung des Fünfjahrplans. Auch die Tatsache, daß die Agenturen der amerikanischen Imperialisten in der letzten Zeit einen immer intensiveren Kampf gegen unsere Republik führen, bestätigt die erfolgreiche Verwirklichung unserer Politik.

Diese Erfolge seit Beginn des Fünfjahrplans waren nur möglich, weil unsere Partei unermüdlich neue Kader entwickelt, weil es ihr immer besser gelingt, die breitesten Schichten der Werktätigen von der Bedeutung des Fünfjahrplans für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu überzeugen,

*) Siehe „Einheit", Heft 4, 1952 S 406

weil es die Partei immer besser versteht, die schöpferische Initiative der werktätigen Massen für die Durchführung dieses Plans zu entfalten und zu fördern, weil sie immer breiteren Kreisen die Erkenntnisse der fortgeschrittenen Wissenschaft vermittelt, weil sie sich immer bewußter bemüht, alle Ansätze des Neuen, Fortschrittlichen im Bewußtsein der Menschen zu fördern und weiterzuentwickeln.

Seit der Ausarbeitung der Kontrollziffern für den Fünfjahrplan hat unsere Parteiführung — unter Auswertung der reichen Erfahrungen der Planwirtschaft in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern — auf allen Gebieten des grandiosen Plans Maßnahmen vorgeschlagen, die von entscheidender Bedeutung für die bisherige erfolgreiche Durchführung der Wirtschaftspläne waren. Zu diesen Maßnahmen, die zum größten Teil in Gesetzen ihren Niederschlag gefunden haben, gehören die Vorschläge über die Förderung der Intelligenz und die Verbesserung ihrer Lage, über die Förderung der Wissenschaftler und Gelehrten, über die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, über die Erhöhung der Löhne, über die Verbesserung der Versorgung der Werktätigen mit Lebensmitteln und Kleidung, über die Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler, über die Entschuldung der Klein- und Mittelbauern, über die Erhöhung der Renten, über den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau. Dazu gehören die verschiedenen Beschlüsse über die Aufgaben auf dem Gebiet der allgemeinbildenden Schulen, der Hochschulen, der Kunst, der Körperkultur und des Sports, die Vorschläge und Beschlüsse zur Durchführung des nationalen Aufbauprogramms Berlin und viele andere Beschlüsse. Von diesen sei nur noch auf den Beschluß des Politbüros unserer Partei zur Bildung von Frauenausschüssen in den Betrieben und in der Landwirtschaft hingewiesen, die einen wesentlichen Beitrag zur Mobilisierung der Arbeiterinnen für die Durchführung des Fünfjahrplans leisten werden.

Diese konkrete, den Interessen des werktätigen Volkes entsprechende Politik unserer Partei hat das Vertrauen der Massen zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der Vorhut des Volkes wesentlich gestärkt. Ja, wir können ohne Übertreibung sagen, daß es noch niemals eine Arbeiterpartei in Deutschland gegeben hat, zu der nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch breite Schichten der Werktätigen ein solches Vertrauen hatten. Ein überzeugender Beweis dafür ist die Tatsache, daß — so wie beim III. Parteitag und anderen Gelegenheiten — zahlreiche parteilose Werktätige aus den verschiedensten Schichten anläßlich der II. Parteikonferenz schon jetzt bestimmte Verpflichtungen übernehmen, den Wirtschaftsplan 1952 auf ihrem Tätigkeitsgebiet schneller und besser zu erfüllen.

So trägt die Politik unserer Partei unmittelbar zur Hebung der Lebenslage der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung bei.

☆

Stalin lehrt uns, daß es zur Führung nicht genügt, eine richtige Politik auszuarbeiten, sondern daß die Führung sich vor allem darin ausdrückt, diese richtige Politik ins Leben umzusetzen, sie zu realisieren. Wie unsere Partei ihre Rolle als Führerin der werktätigen Massen verwirklicht, hängt also entscheidend von der Arbeit der leitenden Kader ab, die auf ihrem Tätigkeitsgebiet für die Durchführung der Beschlüsse und Direktiven der Partei in erster Linie die Verantwortung tragen.

Entspricht die Tätigkeit aller unserer Genossen in den leitenden Organen der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung den erhöhten Anforderungen, die an die Partei gegenwärtig gestellt werden? Die 8. Tagung des Zentralkomitees hat nicht nur feststellen müssen, daß die Erfüllung des Fünfjahrplans durch ernste Erscheinungen des Bürokratismus gehemmt wird. Das Zentralkomitee mußte auch in seiner Entschließung ausdrücklich betonen:

„Es zeigen sich weiter eine Reihe ernster Fälle des Zurückbleibens und der Isolierung leitender Funktionäre der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates von den Massen." („Einheit", Heft 4, 1952, S. 406/407)

Das ist wohl der schwerste Vorwurf, der Funktionären der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse — gemacht werden kann. Es erweist sich, daß viele leitende Genossen die Warnung in der Entschließung des III. Parteitages vor „gefährlichen Tendenzen einer Loslösung verantwortlicher Funktionäre in Staat, Verwaltung und Wirtschaft von der Partei und den Massen" nicht beachtet haben. Sie haben auch das ernste Signal nicht verstanden, das vom Zentralkomitee ein Jahr nach dem Parteitag auf seiner 6. Tagung gegeben wurde, als es feststellte:

„Die Analyse der Ergebnisse der Plandurchführung in den ersten Monaten des Jahres 1951 zeigt, daß die staatlichen Verwaltungen und Leitungen der Wirtschaftsorgane hinter der Entwicklung des Bewußtseins und der daraus resultierenden Entfaltung der Masseninitiative zurückbleiben." (Entschließung des Zentralkomitees der SED, „Die Ergebnisse der ersten Monate des Fünfjahrplans", „Einheit", Heft 13, 1951, S. 943)

„Die Initiative der Parteiarbeiter, der Mitglieder der Gewerkschaftsleitungen und der Mitarbeiter der Wirtschaftsverwaltungen ist zur Zeit zweifellos bei weitem noch nicht so gut entwickelt, wie die schöpferische Initiative großer Teile der Arbeiter, die sich überall aktiv für die Erfüllung des Fünfjahrplanes einsetzen." (Entschließung des Zentralkomitees der SED, „Die Methoden der Erhöhung der Arbeitsproduktivität", „Einheit", Heft 14, 1951, S. 1036)

Die Tatsachen zeigen, und das hat auch die 8. Tagung des Zentralkomitees von neuem bestätigt, daß die schöpferische Initiative der Werktätigen im ständigen Wachsen begriffen ist. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist die „Zehnminutenbewegung" auf den Mecklenburger Werften. Die „Landeszeitung" hatte am 13. März dieses Jahres einen kurzen Beitrag über die neuen Menschen in der Tschechoslowakei veröffentlicht, in dem berichtet wurde, daß Bergarbeiter Zehnminutenbesprechungen eingeführt haben, in denen vor Beginn der Schicht die Arbeit kurz besprochen wird. Auf Grund dieser Veröffentlichung in unserer Parteizeitung führten auch die Arbeiter im Armaturenwerk der Neptunwerft Zehnminutenbesprechungen vor Arbeitsbeginn ein, dem sich sofort die Feinblechschlosserei anschloß. Alle Werftarbeiter wurden von den Brigaden des Armaturenwerkes aufgefordert, dem Beispiel der Neptunwerft zu folgen. Als die Zeitung einige Tage später darüber berichtete, folgten sechs Brigaden auf der Warnowwerft ebenfalls diesem Beispiel. So wurde durch einen kurzen Zeitungsbericht eine prächtige Bewegung unter den Werftarbeitern entfacht, die für die ganze Deutsche Demokratische Republik beispielgebend sein kann. Das Verdienst unserer

Mecklenburger Parteizeitung ist es, daß sie das Neue in der Initiative der Werftarbeiter erkannt und rechtzeitig weiterverbreitet hat.

Oder nehmen wir das Beispiel, das der Berliner Richtmeister und Verdiente Aktivist Johannes Blender gegeben hat. Nachdem er in der Wochenschau einen sowjetischen Etagenkran in Tätigkeit gesehen hatte, machte er sich daran und konstruierte nach eigener Zeichnung ebenfalls einen Etagenkran, der bereits bei den Neubauten der Stalinallee Verwendung findet und die Produktion solcher Kräne für alle Hochbauten anregen wird.

Ähnliche Beweise wachsender Initiative gibt es auch unter der technischen Intelligenz. So gaben auf einem Ausspracheabend mit der technischen Intelligenz des Betriebes Bergmann-Borsig einige Ingenieure spontan Selbstverpflichtungen ab, die für die Planerfüllung des Betriebes große Bedeutung haben.

Solche Beispiele der bewußten aktiven Mitarbeit der Werktätigen an unserem großen Aufbau gibt es täglich neue. In dem Maße, wie sich bei den werktätigen Massen ein neues demokratisches Staatsbewußtsein und ein neues Verhältnis zur Arbeit entwickelt, wächst jedoch auch ihr Selbstbewußtsein, und sie verlangen von unserer Partei eine wesentlich konkretere, wesentlich sachverständigere, wesentlich sorgfältigere Führung als bisher.

Um so schlimmer ist die Tatsache, daß manche leitende Genossen diese Erwartungen der Massen enttäuschen und hinter der schöpferischen Initiative der Arbeiter und anderen Werktätigen zurückbleiben. Das ist gerade in der gegenwärtigen Situation gefährlich. Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplans 1952, des entscheidenden Jahres des Fünfjahrplans, sind bedeutend umfangreicher als die des Jahres 1951 und können nur unter den größten Anstrengungen und bei Mobilisierung der ganzen Initiative aller Werktätigen erfüllt werden. Hinzu kommt, daß angesichts der sich in Westdeutschland entwickelnden Krise und der offenen Kriegsvorbereitungen der amerikanischen und deutschen Imperialisten die Bedeutung unseres Aufbauwerkes als Vorbild für den Aufbau eines einigen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands aus eigener Kraft zunimmt. Die Verantwortung unserer Partei, also auch ihrer leitenden Kader, gegenüber den Werktätigen, vor allem aber der Arbeiterklasse ganz Deutschlands, wächst ständig.

Das Zurückbleiben einzelner leitender Genossen in der Partei, in den Massenorganisationen und im Staatsapparat hinter den Massen birgt aber die Gefahr in sich, daß an wichtigen Abschnitten des Kampfes um den Plan die führende Rolle der Partei geschwächt wird, die Initiative der Massen dem Selbstlauf überlassen bleibt, dem Gegner seine feindliche Tätigkeit erleichtert wird — kurz, die rechtzeitige Durchführung des Fünfjahrplans teilweise gefährdet ist.

So ernst steht die Frage, und darum sollten wir sie nicht als eine Sache des Verhaltens einzelner Personen betrachten, sondern als eine Frage, die die ganze Partei, jedes einzelne Mitglied angeht. Wir müssen dabei von der Leninschen Lehre über die Partei von neuem Typus ausgehen, wie sie Genosse Stalin in seiner genialen Arbeit „Über die Grundlagen des Leninismus" vermittelt hat.

„Die Partei", lehrt darin Genosse Stalin, „kann keine wirkliche Partei sein, wenn sie sich darauf beschränkt, zu registrieren, was die Masse der Arbeiterklasse empfindet und denkt, ... Die Partei muß der Arbeiterklasse voraus

sein, sie muß weiter sehen als die Arbeiterklasse, sie muß das Proletariat führen und darf nicht hinter der spontanen Bewegung einhertrotten." (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 87)

Die führende Rolle unserer Partei ist nur dann völlig gewährleistet, wenn jedes einzelne Mitglied, ganz gleich, auf welchem Posten es steht, ob an der Werkbank oder in leitender Position, ein Vorbild für die Massen ist, wenn es die Politik der Partei aktiv und mit Initiative durchführt, wenn es sich an der Spitze der Bewegung befindet und nicht an ihrem Schwanze einhertrottet.

*

Um den Weg zur Überwindung des Zurückbleibens mancher leitender Genossen zu finden, muß man zuerst die Ursachen ergründen, die es erklären, daß leitende Funktionäre, darunter Genossen mit langer Parteierfahrung, hinter den Massen zurückbleiben. Die erste Ursache liegt darin, daß auf Grund unserer Erfolge diese Genossen überheblich geworden sind, daß sie sich einbilden, genügend zu wissen, um richtig führen zu können, und daß sie glauben, führen bestehe darin, vom grünen Tisch aus Anweisungen zu erteilen.

Genosse Stalin und die Geschichte der Bolschewiki lehren uns jedoch, daß die Erfahrungen selbst der kampferprobtesten Führer allein nicht ausreichen, um richtig führen zu können, daß sie ergänzt werden müssen durch die Erfahrungen der Massen. Gerade deshalb fordert Stalin die marxistisch-leninistischen Parteien immer wieder auf, die Verbindung mit den Massen keine Minute zu schwächen oder gar zu zerreißen, und feinfühlig auf die Stimme der einfachen Parteimitglieder und der „kleinen Leute" zu hören, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, weil sonst die Führung der Massen durch die Partei gefährdet ist.

Genosse Stalin hat auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU (B) im März 1937 ausführlich erläutert, daß zum richtigen Leiten drei Dinge gehören: erstens, die richtige Entscheidung einer Frage finden; zweitens, die Ausführung des richtigen Beschlusses organisieren und drittens, die Überprüfung der Durchführung des Beschlusses sichern. Alle drei Bedingungen für eine richtige Leitung, erklärte Genosse Stalin, sind ohne die Erfahrungen und ohne die aktive Mithilfe der Massen nicht zu erfüllen.

„Wir, die Führer", sagte Stalin wörtlich, „sehen die Dinge, die Ereignisse, die Menschen nur von einer Seite, ich möchte sagen, von oben; unser Blickfeld ist somit mehr oder minder begrenzt. Die Massen sehen im Gegenteil die Dinge, die Ereignisse, die Menschen von einer anderen Seite, ich möchte sagen, von unten; ihr Blickfeld ist somit im gewissen Grade ebenfalls begrenzt. Um eine richtige Lösung eines Problems zu erhalten, muß man diese beiden Erfahrungen vereinigen. Nur in diesem Falle wird die Leitung richtig sein." („Rundschau" Nr. 15, 1937, Sonderbeilage, S. 597)

Einen anschaulichen Beweis für die Richtigkeit dieser Stalinschen Weisung erbrachten vor kurzem die Kumpel vom Eisenhüttenkombinat Ost. Die Kollegen des Zentralen Konstruktionsbüros hatten sich schon zweimal mit der Kritik beschäftigt, die von der Kommission des Zentralkomitees der SED unter Führung von Walter Ulbricht an ihrer Arbeit geübt worden war. Beide Male ohne konkretes Ergebnis. Ja, sie waren nicht einmal zu der Erkenntnis gelangt, daß die richtige Organisierung des Erfahrungsaustausches mit den Werktäti-

gen in der Produktion die Voraussetzung für eine Verbesserung ihrer Arbeit ist. Als die nächste Belegschaftsversammlung des Zentralen Konstruktionsbüros stattfand, beschlossen die Kumpels von sich aus, daran teilzunehmen. Sie machten den Mitarbeitern des Zentralen Konstruktionsbüros in der Versammlung Vorschläge, die Hand und Fuß hatten, wodurch diese Kollegen dazu veranlaßt wurden, nun endlich den richtigen Erfahrungsaustausch zu organisieren. So werden die Erfahrungen der Kumpels helfen, die Leitung des Werkes zu verbessern.

Leider beherzigen viele leitende Genossen, besonders im Staatsapparat, diese Stalinsche Lehre nicht. Deswegen mußte auch das Zentralkomitee dem Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau, dem Genossen Fritz Selbmann, eine Rüge erteilen mit der Begründung, „daß er die schöpferische Initiative der Massen, ohne deren bewußte und aktive Mitarbeit ein Aufbau unserer demokratischen Friedenswirtschaft in dem vorgesehenen schnellen Tempo unmöglich ist, mißachtet, weil er der Meinung ist, daß er mit ‚Direktiven' über seine Verwaltung schneller zum Ziel kommt" („Neues Deutschland" vom 9. Februar 1952). Die Arbeit so mancher Parteileitung krankt ebenfalls daran, daß sie wichtige Beschlüsse der Partei durch organisatorische Anweisungen rein bürokratisch durchzuführen versucht, anstatt die werktätigen Massen über die Bedeutung dieser Beschlüsse aufzuklären und die Erfahrungen der Massen bei der Durchführung der Beschlüsse zu berücksichtigen.

Auch in dieser Beziehung ist uns die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) ein leuchtendes Beispiel. Anknüpfend an das Vorbild des genialen Lenin, der Zeit seines Lebens auf die Stimme der Masse achtete und ihre Erfahrungen und Vorschläge berücksichtigte, erzieht die bolschewistische Partei heute noch, im 35. Jahre des Bestehens der Sowjetmacht, ihre Kader unermüdlich Tag für Tag dazu, die Verbindung mit den Massen nicht zu verlieren, auf die Stimme der Massen zu hören und von ihnen zu lernen. Sie geht rücksichtslos gegen jeden Kommunisten in den Leitungen der Partei, der Gewerkschaften oder des Staatsapparates vor, der dieses Elementargesetz jeder marxistisch-leninistischen Partei mit Füßen tritt.

Die Genossen sollten sich auch an unserem Generalsekretär ein Beispiel nehmen. Bevor er zu entscheidenden Fragen Stellung nimmt, überzeugt sich Walter Ulbricht an Ort und Stelle von der tatsächlichen Lage, berät er mit den einfachen Menschen, welches ihrer Meinung nach der beste Weg zur Lösung der betreffenden Frage ist. Anläßlich der Untersuchungen im Eisenhüttenkombinat Ost hat sich jeder davon überzeugen können, daß Walter Ulbricht sich nicht auf Informationen des Staatsapparates beschränkte. Er ließ sich vielmehr von den verschiedensten Stellen und Personen informieren und fuhr schließlich zu den Arbeitern und Ingenieuren in das Werk hinaus, um an Ort und Stelle in persönlichen Besprechungen zu überprüfen, ob seine Schlußfolgerungen richtig sind und welche Vorschläge die Stahlwerker und die Leute vom Bau, die Kollegen der Werksleitung und der Gewerkschaft machen, die die Folgen der bürokratischen Arbeitsweise des Staatsapparates am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Ihre Vorschläge wurden dann im Beschluß des Politbüros berücksichtigt.

Diese enge Verbindung mit den Massen, dieses Hören auf die Meinung der einfachen Menschen — unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit —, das ist das charakteristische Merkmal in der Arbeitsweise des Generalsekretärs unserer Partei. In großen Beratungen oder in kleinen persönlichen

Besprechungen, aber auch in Einzelunterhaltungen — oft an Ort und Stelle — nimmt Walter Ulbricht vor bedeutsamen Entscheidungen stets mit den Kreisen Fühlung auf, deren Interessen von diesen Entscheidungen berührt werden, oder die etwas von der Frage verstehen, beachtet er stets ihre Vorschläge und Anregungen. Und das ist das „Geheimnis", warum die Vorschläge und Ausführungen unseres Generalsekretärs stets lebensnah sind und so aufgeschlossen von den Kreisen der Bevölkerung aufgenommen werden, die sie betreffen.

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß die Partei die vom Zentralkomitee festgestellten Schwächen um so schneller überwinden wird, je besser alle leitenden Genossen es lernen, die Lehre Stalins über die Partei in gleicher Weise in der Praxis anzuwenden.

Die zweite Ursache für das Zurückbleiben leitender Funktionäre hinter den Massen besteht, wie die 8. Tagung des Zentralkomitees festgestellt hat, darin, daß sie auf Vorschläge und Kritik der Massen nicht hören und diese manchmal sogar unterdrücken. Lenin und Stalin lehren uns aber, die offene Kritik der Fehler, die Untersuchung ihrer Ursachen und das Aufzeigen der Wege zu ihrer Überwindung, das ist eines der sichersten Mittel für die Erziehung sowohl der Partei, als auch der Arbeiterklasse und der Werktätigen. Sie lehren uns auch, daß offene Selbstkritik der eigenen Fehler dem Funktionär nicht schadet, sondern seine Autorität stärkt und ihn selbst zu immer größeren Leistungen erzieht. Darum hat die Diskussion, die die Partei über die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik seit dem Fall Lohagen begonnen hat, eine so große Bedeutung für die Lösung der Aufgaben des Fünfjahrplans. Die leitenden Genossen können von den Bolschewiki lernen, wie ein Funktionär offen seine eigenen Fehler einsehen, deren Ursachen aufdecken und Wege zu ihrer Überwindung zeigen muß und wie er damit dazu beiträgt, die Kader richtig zu erziehen. Denn nur in einer Atmosphäre offener und ehrlicher Selbstkritik, lehrt Stalin, können bolschewistische Kader erzogen und wirklich bolschewistische Führer herangebildet werden.

Je offener die Parteimitglieder, je mutiger die werktätigen Massen die Fehler der leitenden Kader aufdecken, je mehr Initiative sie bei der Auffindung von Wegen zu ihrer Beseitigung entfalten, desto eher werden die leitenden Genossen lernen, auf diese Kritik zu hören. Desto leichter werden die Fehler überwunden, desto besser die Pläne erfüllt werden.

☆

Um das Zurückbleiben hinter der Aktivität der Massen schneller zu überwinden, müssen sich die leitenden Genossen vor allem die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus aneignen und ihr fachliches Wissen ständig erhöhen. In der Entschließung der 7. Tagung des Zentralkomitees „Über die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei" heißt es in der Einleitung ausdrücklich:

> „Das Wichtigste ist deshalb für die Parteikader das gründliche Studium der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin, damit sie imstande sind, durch die leitenden Parteiorgane, in den verschiedenen Zweigen des Staats- und Wirtschaftsapparates wie auf dem Gebiete der Kultur die *führende Rolle der Partei zu verwirklichen.*" (Hervorgehoben von mir, L. K.) („Einheit", Heft 19, 1951, S. 1504)

Nur wenn die leitenden Genossen in der Partei, in den Massenorganisationen, vor allem aber auch im Staatsapparat, die Theorie von den Gesetzen des gesellschaftlichen Fortschritts beherrschen, nur wenn sie ständig an der Erweiterung ihrer Fachkenntnisse arbeiten, werden sie imstande sein, sich in den Tagesfragen richtig zu orientieren. Nur dann werden sie die Beschlüsse der Partei verstehen, sie den Massen richtig erklären und ihre Durchführung mit Sachkenntnis leiten können.

Der Ausgangspunkt für die Meisterung des Marxismus-Leninismus ist das unermüdliche Studium der Geschichte der KPdSU (B) an Hand des Quellenmaterials und der praktischen Tätigkeit der Bolschewiki. Weil die führenden Kader der bolschewistischen Partei die Theorie des Marxismus-Leninismus gemeistert, weil sie gelernt hatten, diese Theorie als eine Anleitung zum Handeln zu betrachten, weil sie imstande waren, die marxistische Theorie weiter zu entwickeln, konnte die Partei der Bolschewiki im Oktober 1917 siegen. Nur dank der ständigen Meisterung, Anwendung und Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie durch ihre Kader war sie imstande, das schwierige Werk des Aufbaus des Sozialismus zu vollbringen. Auch heute, wo das Sowjetvolk unter der Führung des großen Stalin bereits den Weg zum Kommunismus beschreitet, fordert die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) von allen ihren Mitgliedern, vor allem aber von den führenden Kadern in Partei, Gewerkschaft und Staat, die unermüdliche Aneignung des Marxismus-Leninismus. Lernen wir also auch auf diesem Gebiet von den Bolschewiki.

Wenn die leitenden Genossen beharrlich die Geschichte der KPdSU (B) und die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin studieren, werden sie schneller lernen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, ständig von der führenden Rolle der Partei zu sprechen, sondern daß sie es selbst sind, die diese Führung in erster Linie verwirklichen müssen. Leider sind viele unserer leitenden Genossen, besonders im Staatsapparat, bisher noch nicht zu dieser Erkenntnis gelangt — angeblich fehlt ihnen die Zeit. Eine Überprüfung des Selbststudiums der leitenden Genossen würde bestätigen, daß viele von ihnen das theoretische Studium noch sträflich vernachlässigen. Ist es nicht eine Verhöhnung des wichtigsten Beschlusses der Partei, wenn sich ein Genosse in einer hervorragenden Staatsfunktion von seiner Parteiorganisation in einem Brief an die Propagandaabteilung des Zentralkomitees bescheinigen läßt:

„Genosse X kann sich, nach seinen Angaben, am organisierten Selbststudium nicht beteiligen, weil er als (Funktion) aktuell studieren muß."

Und zeugt es nicht davon, daß in dieser Parteiorganisation noch immer jener gefährliche Untertanengeist herrscht, der den Bürokratismus züchtet? Die Tatsache, daß die Parteileitungen auch in anderen wichtigen Ministerien ungenau oder gar falsch über das Selbststudium der verantwortlichsten Genossen informiert sind, ist ein Beweis dafür, daß die Parteileitungen in manchen Ministerien nicht den notwendigen erzieherischen Einfluß auf die Genossen Minister usw. ausüben. Sie kommen also ihrer wichtigsten Pflicht gegenüber diesen leitenden Mitgliedern der Partei nicht nach.

Nur wenn die leitenden Genossen die marxistisch-leninistische Theorie gründlich und unermüdlich studieren, wenn die Geschichte der KPdSU (B) zu ihrem täglichen Leitfaden wird, werden sie imstande sein, sich in jeder

Situation zurechtzufinden, werden sie den Zusammenhang zwischen ihrer täglichen Arbeit und den großen politischen Ereignissen erkennen, werden sie den Gang der Ereignisse voraussehen. Sie werden dann auch imstande sein, selbst den Gang der Ereignisse entsprechend der Politik unserer Partei mit zu bestimmen.

☆

„Für die richtige Führung durch die Partei", erläuterte Genosse Stalin auf dem XVI. Parteitag der KPdSU (B), „ist, abgesehen von allem anderen, notwendig, daß die Linie der Partei richtig ist, daß die Massen die Richtigkeit der Parteilinie begreifen und sie aktiv unterstützen, daß sich die Partei nicht auf die Ausarbeitung einer Generallinie beschränkt, sondern ihre Durchführung Tag für Tag leitet ..." (J. W. Stalin, „Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU [B]", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 105)

Das gilt auch für uns. Die Linie unserer Partei, mit Hilfe des Fünfjahrplans den Wohlstand des Volkes zu heben, die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik zu festigen und damit den entscheidenden Beitrag für die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes zu leisten, ist richtig. Die Massen begreifen und unterstützen aktiv diese Politik. Um aber imstande zu sein, die Durchführung der Generallinie der Partei Tag für Tag mit Erfolg zu leiten, müssen unsere Genossen in den Leitungen der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates durch die Vertiefung ihrer fachlichen und theoretischen Kenntnisse die Fähigkeit erwerben, ihre eigene Arbeit auf ein höheres, wissenschaftlicheres Niveau zu heben.

Kurt Magritz

Der richtige Weg ist beschritten

Nachwort zur gesamtdeutschen Kunstausstellung „Künstler schaffen für den Frieden"

Über den Niedergang der bürgerlichen Kunst im Imperialismus

Die zeitgenössische bürgerliche Kunst ist in eine tiefe Krise geraten, die ein Ausdruck der allgemeinen Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Wie auch immer reaktionäre Klassen in ihrer Niedergangsphase die Kunst entstellt und ihre organische Weiterentwicklung gehemmt haben, noch nie war sie einer so umfassenden Zerstörung ausgesetzt wie durch die Interessen des Monopolkapitals im Zeitalter des verfaulenden Kapitalismus. Die Bourgeoisie kann eben die Kunst nicht für die reaktionären Interessen des Monopolkapitals mißbrauchen, ohne sie überhaupt als Kunst, als eine besondere Form der Erkenntnis der Wirklichkeit und als eine Antriebskraft für den gesellschaftlichen Fortschritt aufzuheben. Was an verzerrten Formen und an zersetzten Resten ehemaliger Inhalte übrig bleibt, wenn die Bourgeoisie die Kunst kosmopolitisch-formalistisch in ihren Dienst stellt, kann nicht mehr Kunst genannt werden. Das beweist die Entwicklung der Kunst des Kapitalismus in den letzten fünfzig Jahren.

Auf dem Gebiete der Architektur, welche sich in der stärksten materiellen Abhängigkeit von der imperialistischen Bourgeoisie befindet, ist dieser Zerstörungsprozeß — der Untergang der Architektur als Kunst — im wesentlichen bereits vollzogen. Die Architektur als Gebiet der Kunst, als Baukunst, hat in den Ländern, wo die imperialistische Bourgeoisie die Herrschaft ausübt, aufgehört zu existieren. Bei der Durchführung dieses Zerstörungsprozesses bedient sich die imperialistische Bourgeoisie nicht nur ihrer materiellen Macht, sondern auch der ästhetischen Theorien, nämlich der Theorien des Konstruktivismus und des Funktionalismus, welche aus der Architektur jeden ideellen Gehalt verbannen und sie zu einer bloßen Bautechnik machen. Konstruktivismus und Funktionalismus, als herrschende Methoden der imperialistischen Architektur, verneinen ganz offen die Architektur als einen Bestandteil, als Gebiet der Kunst. Sie leugnen die Notwendigkeit der kritischen Verarbeitung und organischen Weiterentwicklung der nationalen Traditionen der Architektur, in denen sich die Architektur als Baukunst, als künstlerische Verkörperung der nationalen Eigentümlichkeiten der Völker und ihrer progressiven Ideen historisch offenbarte. Die imperialistische Bourgeoisie ist bereits dazu übergegangen, die historischen Baudenkmäler auch in ihrem materiellen Bestand planmäßig zu vernichten, sie mit Bombenteppichen zu belegen und sie dem Erdboden gleichzumachen, weil sie die Vernichtung der nationalen Kunsttraditionen als eines der Mittel betrachtet, den nationalen Selbstbehauptungswillen der Völker zu brechen.

Auf dem Gebiete der Malerei bedient sich die imperialistische Bourgeoisie ähnlicher Mittel und ästhetischer Theorien wie in der Architektur. Die imperialistische Kunsttheorie richtet ihren Hauptangriff gegen den Realismus. Sie verneint und verhindert die künstlerische Verarbeitung und organische Weiterentwicklung der nationalen Traditionen und Errungenschaften des Realismus,

1. weil der Realismus die einzige künstlerische Methode ist, welche die Wirklichkeit wahrheitsgetreu widerspiegelt und die Gedanken, das Fühlen und

Handeln der vorwärtstreibenden Kräfte der Gesellschaft überzeugend gestaltet,

2. weil der Realismus es ermöglicht, die nationalen Eigenheiten aller Völker in ihren schöpferischen Potenzen zu offenbaren.

Die imperialistische Kunsttheorie propagiert als Gegenmittel gegen den Realismus den starren, leblosen, vulgären und demagogischen Naturalismus als geeignete Methode für die „Massenkunst" und den ästhetisch „verfeinerten" Formalismus als geeignete Methode für die „Kunst der Intelligenz" und spielt beide gegeneinander aus. Der sowjetische Kunstkritiker Kemenow schrieb dazu folgendes:

„Welches Gebiet der bürgerlichen Kunst wir auch betrachten, immer sind dabei zwei Linien zu unterscheiden: die eine verfolgt das Ziel, auf die breiten Massen einzuwirken, die von den bürgerlichen Söldlingen durch das Gift der Werke der geschändeten Kunst und Literatur für den Massengebrauch verdummt werden sollen, die andere Linie strebt eine verfeinerte Einwirkung an und ist für einen verhältnismäßig engen Verbraucherkreis, vor allem in der Intelligenz, bestimmt, wobei sie sich dem Schein nach oftmals in Opposition zur ersten Linie befindet, die sie verächtlich als Kunst von niederer Art im Vergleich mit der ‚reinen' Kunst kennzeichnet. Der ‚Kampf' dieser zwei Linien macht viel Lärm, der für die reaktionäre Bourgeoisie günstig ist, da er vor dem Volke die Tatsache tarnt und verbirgt, daß im Grunde genommen beide Linien der dekadenten bürgerlichen Kunst — sowohl die ‚angewandte', für die ‚Massen' fabrizierte, billige Agitationskunst, als auch die für ‚Kenner' fabrizierte ‚reine' Kunst — ein und dieselbe klassenbedingte Funktion und die gleichen reaktionären Ideen in sich tragen." (Kemenow, „Die Entwertung der zeitgenössischen bürgerlichen Kunst", „Bolschewik" Nr. 15, 1947, russ.)

Während die imperialistische Bourgeoisie sich auf solchen, hauptsächlich für die Massenwirkung bestimmten Gebieten wie dem Film vorwiegend auf der Linie des pornographischen und sensationellen Naturalismus bewegt, unterstützt sie auf dem Gebiete der Malerei vor allem die Richtungen der sogenannten „reinen" Kunst und des Formalismus; obgleich sie — wie die Nazimalerei und die Naziarchitektur bewiesen haben — auch auf diesen Gebieten zur Propagierung ihrer „Ideen" keineswegs auf den demagogischen Naturalismus und den marktschreierischen Roboter-Klassizismus verzichtet.

In der ganzen Welt und auch in Deutschland gab es schöpferische Künstler, die ihre tiefe Unzufriedenheit mit den krisenhaften Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung offen erklärten, Künstler, die über die Kunstfeindlichkeit der imperialistischen Bourgeoisie und ihre Zerstörung der Kunst empört waren. Bereits in den zwanziger Jahren schlossen sich auch in Deutschland fortschrittliche demokratische Künstler in eigenen Kunstverbänden zusammen, die den Kampf gegen die dekadente bürgerliche Kunst aufnahmen.

Aber unter den deutschen Künstlern gab es nur verhältnismäßig wenige, welche die inneren Zusammenhänge zwischen der allgemeinen Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Zerstörung der Kunst, die Quelle und Rolle des Formalismus in ihrer ganzen Tiefe erkannten, und es gab nur wenige wie Fritz Schulze, Alfred Frank und einige andere, welche gleichzeitig die richtungweisende Bedeutung des Realismus, besonders aber

des sozialistischen Realismus, wie er sich auf dem Gebiete der Malerei in der Sowjetunion seit den zwanziger Jahren kraftvoll entwickelte, wissenschaftlich richtig erkannten und dessen Prinzipien praktisch-schöpferisch anzuwenden versuchten.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus, der Befreiung eines Teiles Deutschlands vom Joch der Imperialisten durch die Sowjetarmee und der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf diesem Gebiete zeigte sich, daß die Entwicklung der deutschen Kunst, ihre Orientierung auf die progressiven Volkskräfte, die Überwindung der schädlichen imperialistischeh Kunsttheorien, die Erfüllung der Kunst mit dem Geiste des Demokratismus, nur in einem zähen, geduldigen Ringen um die Künstler und durch eine ganze Reihe umfangreicher, vielseitiger ideologischer Auseinandersetzungen möglich war.

Es zeigte sich, daß einige Künstler den westlichen Betrügern glaubten, die unseren Kampf gegen den Formalismus mit dem „Kampf" der Nazis gegen die „entartete Kunst" gleichsetzen. Diese Demagogie soll folgende politische Tatsache verschleiern: Im Kampf zwischen Formalismus und faschistischem Pseudorealismus kommen Unterschiede der verschiedenen Herrschaftsformen des Imperialismus, der formaldemokratischen und der faschistischen, zum Ausdruck. Beide Herrschaftsformen hatten und haben das gleiche Ziel, dem Imperialismus zu dienen. Dies spiegelt sich in den zwei Linien der Kunstpolitik des Imperialismus wider. Wie die westliche Pseudodemokratie und der Faschismus, die beide dem Imperialismus dienen und auf die Unterdrückung der Massen und Völker gerichtet sind, einander die Bälle zuwarfen, um die Massen und unterdrückten Völker vom Kampf gegen den Imperialismus abzuhalten, so hatten auch der Formalismus und der Pseudorealismus der Nazis einander die Bälle zugeworfen, um die Massen von der Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit abzuhalten und zu verschleiern, daß beide „Kunstformen" dem Imperialismus dienen, und daß das wirkliche Ziel beider die Vernichtung des Realismus ist.

Ehrliche Künstler, die gegen den nazistischen Pseudorealismus gekämpft haben und dabei glaubten, sich des Formalismus bedienen zu müssen, haben zum Teil bis heute noch nicht erkannt, daß sie damit in Wahrheit keineswegs gegen den Imperialismus gekämpft haben, sondern sich aus Opposition gegen den Faschismus dem westlichen Imperialismus und seiner kosmopolitisch-formalistischen Zersetzung in die Arme geworfen haben. Sie haben nicht erkannt, daß die einzige, den Lebensinteressen der Volksmassen entsprechende Frontstellung gegen die verkappten Zwillingsbrüder in der Kunst, nämlich gegen den Formalismus und den demagogischen, faschistischen Pseudorealismus, nur gewonnen werden kann auf dem Boden des Realismus.

Im vergangenen Jahre nahmen die Auseinandersetzungen auch auf dem Gebiete der Kunst einen äußerst kämpferischen Charakter an. Die Ratschläge und Lehren, welche das Zentralkomitee der SED auf Grund der Erfahrung der KPdSU (B) und der wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Situation den deutschen Künstlern gab, in denen es ihnen die Ursachen ihres Zurückbleibens hinter den Forderungen unserer Zeit aufdeckte und die praktischen Wege zur Überwindung ihrer Schwächen und Mängel aufzeigte, versetzten die „Kunsttheoretiker" der imperialistischen Bourgeoisie in ohnmächtige Wut. Man inszenierte in Westdeutschland und Westberlin eine große Zahl von Aus-

stellungen, die dem Zweck dienten, Teile der fortschrittlichen Intelligenz zu verwirren, sie von den Volksmassen und den Ideen des Demokratismus zu lösen, um sie von der künstlerischen Gestaltung des Friedenskampfes, des Kampfes um die nationale Einheit und den materiellen und kulturellen Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik abzulenken. Die Verleumdungskampagne gegen die Kunst der fortschrittlichen Völker, insbesondere der Sowjetunion, erlitt eine schmähliche Niederlage, als die Künstler sich auf der großen Ausstellung der sowjetischen Malerei, der Ausstellung der Kunst Volkschinas und anderer volksdemokratischer Länder, die einen konsequenten Kampf gegen den Formalismus auf dem Gebiete der bildenden Kunst durchgeführt haben, von dem hohen Niveau der dort gezeigten Kunstwerke, als dem sichtbaren Resultat dieses konsequenten Kampfes, mit eigenen Augen überzeugen konnten. Diese Ausstellungen, welche frei von formalistischen Experimenten waren, zeigten beispielhaft den richtigen Weg und stärkten damit die Überzeugungskraft der grundlegenden Thesen der Entschließung des Zentralkomitees der SED über den Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur, in welcher es heißt:

> „Die Hauptursache für das Zurückbleiben in der Kunst hinter den Forderungen der Epoche ergibt sich aus der Herrschaft des Formalismus in der Kunst sowie aus Unklarheiten über Weg und Methoden des Kunstschaffens in der Deutschen Demokratischen Republik.
>
> Viele der besten Vertreter der modernen deutschen Kunst stehen in ihrem Schaffen vor dem großen Widerspruch zwischen einem neuen Inhalt und den unbrauchbaren Mitteln der formalistischen Kunst. Um einen neuen Inhalt zu gestalten, muß man den Formalismus überwinden." („Einheit", Heft 8/9, 1951, S. 581)

Im Kampfe um die Überwindung des Formalismus stellt die Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden" einen wichtigen Abschnitt dar, gibt sie uns doch die Möglichkeit, in einem größeren Zusammenhang an den Resultaten des künstlerischen Schöpfertums die positiven Errungenschaften des bisher geführten ideologischen Kampfes, aber auch seine Fehler, Schwächen und Mängel aufzudecken und die Wege zu deren Überwindung ausfindig zu machen.

Die Thematik der demokratischen deutschen Kunst

Betrachtet man die Thematik der Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden", so kann man gegenüber früheren Ausstellungen eine bemerkenswerte Neuorientierung der Künstler feststellen. Sie besteht darin, daß sich die Künstler von den Themen des Grauens, des Elends, der Angst, der Darstellung des Widerwärtigen, des Abscheulichen und der *kleinbürgerlichen Verzweiflung*, von der Darstellung der asozialen Elemente der Gesellschaft, des Verbrechertums, von der Darstellung des „Lumpenproletariats", des Dirnentums und den Problemen der *verkommenden Gesellschaftsschichten*, von den Themen der offenen und verhüllten bourgeoisen Pornographie, von der Darstellung des Amoralischen und der oberflächlichen, trivialen und seichten *bürgerlichen Unterhaltungsmalerei* abgewendet und sich der Gestaltung der Themen der Arbeit, des industriellen Aufbaus, der Arbeit der werktätigen Bauern, den Themen des politischen Kampfes, der machtvollen Friedensdemonstrationen der deutschen Volksmassen, der Gestaltung der Por-

träts fortschrittlicher Menschen und der Jugend sowie deren Leben zugewandt haben.

Es muß hervorgehoben werden, daß nicht nur einzelne führende Künstler, sondern daß die Mehrheit der Künstler den Weg der Gestaltung der fortschrittlichen Thematik beschritten haben. In der Fortführung des Kampfes um eine progressive, zeitnahe und volkstümliche Thematik können wir uns also auf eine breite Schicht von Malern stützen. Ferner ist es bemerkenswert, daß der Weg der kämpferischen Thematik nicht nur von den Künstlern der Deutschen Demokratischen Republik, sondern bereits von einer großen Zahl westdeutscher und westberliner Künstler beschritten worden ist. Damit haben wir eine wertvolle Grundlage für die Weiterentwicklung des gesamtdeutschen Gesprächs auf dem Gebiete der Kunst gewonnen.

Das Verschwinden der Thematik des grauen, heulenden Elends, der Darstellung der verkommenden Gesellschaftsschichten, der oberflächlichen, bourgeoisen Unterhaltungskunst darf nicht übersehen und unterschätzt werden. Diese Tatsache tritt um so bedeutungsvoller in Erscheinung, wenn man sie mit den entgegengesetzten Tatsachen vergleicht, die sich auf den von den amerikanischen Imperialisten inszenierten und organisierten Ausstellungen in Westdeutschland und Westberlin zeigen. Sie bestätigt und festigt die Entwicklung, die sich bereits auf der Großen Deutschen Kunstausstellung in Dresden im Jahre 1949 angebahnt hatte.

Aus der Untersuchung der Thematik der Ausstellung „Deutsche Künstler schaffen für den Frieden" ergibt sich aber auch, daß noch nicht alle entwicklungsfähigen Genres der Malerei in die fortschrittliche Entwicklung einbezogen sind. Ein Zurückbleiben in der schöpferischen thematischen Umgestaltung der deutschen Kunst zeigt sich auf den Gebieten der Porträtmalerei, der Landschaftsmalerei, der Alltagsmalerei und vor allem der Historienmalerei.

Wie ist die Tatsache der Vernachlässigung dieser im 19. Jahrhundert so reich und vielseitig entwickelten Genres der Malerei zu erklären?

Erklärt sie sich etwa daraus, daß diese Genres ungeeignet wären, die Ideen des Friedenskampfes in überzeugender Weise zum Ausdruck zu bringen? Nein! Die Ausstellung der Sowjetmalerei, die anläßlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin stattfand sowie die Ausstellungen der Kunst der volksdemokratischen Länder beweisen praktisch gerade das Gegenteil.

Das Zurückbleiben der Entwicklung dieser Genres entspringt keineswegs, wie die Formalisten behaupten, der objektiven Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Malerei, sondern erklärt sich nicht zuletzt aus dem Einfluß der formalistischen Ästhetik. Der Formalismus beschränkt sich nämlich nicht nur darauf, eine „völlig neue", gegenstandslose, antirealistische Malerei zu propagieren, sondern er diskreditiert in diesem Zusammenhang gleichzeitig die klassische realistische, gegenständliche Malerei, welche ihre Vielgestaltigkeit in den verschiedenen speziellen Genres der Malerei historisch entwickelt hat. Die Anschauungen der Formalisten wurden von den Theoretikern des Proletkults übernommen, welche gleichfalls die Notwendigkeit der organischen Entwicklung der Kunsttraditionen verneinten. Sie verstanden nicht, daß sich hinter dem Angriff auf die gegenständliche Malerei und spezielle Genres der Malerei der Angriff auf den Realismus und seine entwicklungsfähigen, progressiven

Traditionen verbarg; sie erkannten nicht, daß die Aufgabe der demokratischen Künstler nicht darin besteht, die historisch entwickelten Genres und deren Thematik abzuschaffen, sondern darin, deren Inhalt kritisch zu analysieren und sie mit neuen Inhalten zu füllen. Auch hier gilt es, die Lehren der Entschließung des Zentralkomitees der SED zu beherzigen, in der es heißt:

„Das wichtigste Merkmal des Formalismus besteht in dem Bestreben, unter dem Vorwand oder auch der irrigen Absicht, etwas ‚vollkommen Neues' zu entwickeln, den völligen Bruch mit dem klassischen Kulturerbe zu vollziehen. Das führt zur Entwurzelung der nationalen Kultur, zur Zerstörung des Nationalbewußtseins, fördert den Kosmopolitismus und bedeutet damit eine direkte Unterstützung der Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus." („Einheit", Heft 8/9, 1951, S. 582)

Die Porträtmalerei als Verkörperung des kämpferischen Humanismus, die Landschaftsmalerei als Gestaltung der Gefühle der Heimatliebe und des Patriotismus, die Alltagsmalerei als Darstellung des glücklichen Lebens des friedliebenden Volkes und vor allem die Historienmalerei als Darstellung der progressiven Epochen und Helden der nationalen Geschichte können einen großen Beitrag leisten für den Kampf des deutschen Volkes um seine Befreiung vom Joch der imperialistischen Interventionsmächte und im Kampf um den Frieden.

Fortschritte und Mängel der künstlerischen Gestaltung

Aus der Untersuchung der Gestaltungsmethoden und der Formgebung der ausgestellten Werke ergibt sich, daß die deutschen Künstler sich der gegenständlichen, naturwahren Darstellung zuwenden. Obwohl auf der Ausstellung noch das graue, eintönige Kolorit und die grobe Farbgebung vorherrschen, zeigt sich doch zugleich deutlich das Bestreben, auch die Farbigkeit des wirklichen Lebens in seinem schöpferischen Reichtum und der Fülle seiner Töne und Nuancen wiederzugeben. Es macht sich auch die Tendenz geltend, die flächenhafte Kompositionsweise der Formalisten zu überwinden und an den klassischen Traditionen der Komposition, der Differenzierung zwischen Vorder-, Mittel- und Hintergrund anzuknüpfen.

Das charakteristische Merkmal besteht gegenwärtig aber noch darin, daß die meisten Künstler noch in einer inneren Auseinandersetzung zwischen formalistischer Manier und der realistischen Gestaltungsmethode begriffen sind, daß die meisten von ihnen noch nicht in einen entscheidenden, kompromißlosen, unversöhnlichen Kampf gegen den Formalismus eingetreten sind, weil viele Künstler noch nicht wissen, was Realismus in der bildenden Kunst ist, weil sie Realismus und Naturalismus gleichsetzen und weil manche glauben, das Neue mit formalistischen Mitteln gestalten zu können.

Aber die Entwicklung der demokratischen Kunst in Bulgarien, China, Ungarn, Rumänien und Polen beweist, wie aus den in der Deutschen Demokratischen Republik gezeigten Ausstellungen hervorgeht, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich ist, die durch die Einflüsse des Formalismus hervorgerufenen Mängel des technisch-handwerklichen Könnens weitgehend zu überwinden. Es ist möglich, sich die Anwendung der Perspektive für die Komposition, wahrheitsgetreues Zeichnen und Detaillieren, kontrastreiche Farbgebung, welche die stoffliche Differenzierung und die Plastik der Gestalten herausarbeitet, in verhältnismäßig kurzer Zeit anzueignen, wenn dieses

Studium verbunden wird mit einem tiefen Studium des wirklichen Lebens und der fortschrittlichen Ideen.

Es wird von unseren Künstlern immer mehr anerkannt, daß sie vor allem von den klassischen Meistern lernen müssen. Manche Künstler berücksichtigen dabei aber nicht, daß es nicht ausreicht, von einem Meister, wie beispielsweise Tilmann Riemenschneider, lediglich seine handwerklichen Fähigkeiten zu erlernen, sondern daß sie sich gleichzeitig hineindenken und -fühlen müssen, wie er als fortschrittlicher Vertreter eines wahrhaft demokratischen, revolutionären Bündnisses der Bürger mit den Bauern den besten Ideengehalt seiner Zeit gestaltete. Es nützt auch nur wenig, wenn man an Albrecht Dürer lediglich die technischen Methoden studiert, aber sich nicht gleichzeitig mit den Kämpfen seiner Zeit beschäftigt, in denen Albrecht Dürer mit seinen Werken für den Fortschritt Partei ergriff. Die Vernachlässigung der organischen Verbundenheit zwischen der handwerklichen Technik und dem tiefen Ideengehalt der klassischen Meister führt dann letzten Endes dazu, daß mit dem Ideengehalt auch ihr handwerkliches Können als für die heutige Zeit unbrauchbar angesehen wird. Damit ist aber gerade der Bruch mit den fortschrittlichsten und besten Traditionen vollzogen, deren Pflege und Weiterentwicklung allein zu einer höheren Stufe der Kunst führen kann; denn von den höchsten künstlerischen Traditionen ist der Übergang zum Neuen am leichtesten.

In diesem Sinne des untrennbaren Zusammenhangs zwischen handwerklich-technischer und künstlerischer Meisterschaft ist der Hinweis auf das Studium der klassischen Meister zu verstehen, der in der Entschließung des Zentralkomitees der SED mit folgenden Worten zum Ausdruck kommt:

> „Es kommt vor allem darauf an, die gewaltige Bedeutung des klassischen Erbes zu erkennen, dieses zu studieren und unter neuen Bedingungen, d. h. vom Standpunkt des Kampfes für den Frieden und die demokratische Einheit Deutschlands, vom Standpunkt der Erfüllung großer Aufgaben im Rahmen des Fünfjahrplans weiterzuentwickeln, wobei eine tiefe und organische Verbundenheit mit dem Volke hergestellt werden muß." („Einheit", Heft 8/9, 1951, S. 587)

☆

Ich möchte im folgenden auf einige Unklarheiten eingehen, die in den letzten Diskussionen eine Rolle spielten, und welche gegenwärtig noch ein tieferes Studium der Wirklichkeit erschweren.

In den Diskussionen über den Weg zum Realismus wird des öfteren noch die Auffassung vertreten, daß es falsch sei, den Formalismus völlig zu verwerfen, daß es im Gegenteil notwendig sei, ihn zu studieren und den Realismus durch einige seiner „Errungenschaften" zu „bereichern". So behauptete beispielsweise in einer kürzlich stattgefundenen Diskussion über die Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden" einer der anwesenden Künstler, daß die Künstler von den Malern des untergehenden Kapitalismus die „Synthese der Farben" und ihre Bedeutung als Gefühlsträger lernen könnten.

Die Frage der „Synthese" der Farben und ihre Bedeutung als Gefühlsträger ist durchaus kein spezielles, nur den Formalisten eigentümliches Problem, sondern ist eines der gestalterischen Probleme der Malerei aller Zeiten und aller Völker, das mit unterschiedlicher Meisterschaft gelöst wurde. Auch die

Formalisten haben versucht, eine spezielle Methode zu entwickeln, um dieses Problem zu lösen.

Das Wesen der Methode der Formalisten besteht darin, daß sie die Synthese der Farben abtrennen von der Darstellung der Wirklichkeit, der gegenständlichen Erscheinungen der Natur, und die Farbe als einen „reinen", von den Naturerscheinungen unabhängigen, subjektiven Gefühlsträger behandeln. Die Farbe wird von den Formalisten keineswegs aufgefaßt als die Widerspiegelung der Farbigkeit von Gegenständen und Erscheinungen der Natur, sondern unter Berufung auf die reaktionäre idealistische Erkenntnistheorie als eine von der objektiven Wirklichkeit unabhängige „Form des Denkens" oder der „reinen" Anschauung. Normale Menschen wagen zu behaupten, daß es keine blauen, grell ultramarinen Pferde gibt. Der Formalist sieht es aber so — und nun entsteht der „Turm der blauen Pferde".

Worin besteht also die Synthese der Farbe bei den Formalisten? Sie besteht darin, die Farben ganz nach ihrer subjektiven Willkür, nach einer Laune, völlig unabhängig von der Wirklichkeit zusammenzusetzen. Der Formalismus „befreit" also die Künstler von der Notwendigkeit, die Farben in der Natur zu beobachten, die Verschiedenartigkeit der Farben, ihre Nuancen und Reflexe im Zusammenhang mit der Wirklichkeit zu studieren. Der Formalist braucht das alles nicht zu können; „... deshalb eröffnet" — so schreibt der bekannte sowjetische Kunstkritiker Nedoschiwin über diese Frage — „der Formalismus der Unbegabtheit den Weg und demoralisiert das Talent." (Nedoschiwin, „Über das meisterhafte Können Repins", „Sowjetskoje Iskustwo" Nr. 3, 1951, russ.)

Ähnlich steht es mit den übrigen Theorien der Formalisten über die künstlerische Form. Mögen sie nun die richtige, perspektivische Darstellung der räumlichen Verhältnisse oder anderes betreffen, — die formalistische Methode zerreißt den für die schöpferische Entwicklung der Kunst unerläßlichen Zusammenhang zwischen der Wirklichkeit und dem Bild.

Hinter dem „Freibrief" der subjektivistischen Willkür der Künstler in der Widerspiegelung der Erscheinungsformen der Wirklichkeit verbirgt sich in Wahrheit nichts anderes als das Interesse der imperialistischen Bourgeoisie, die Darstellung der inneren, objektiven Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Gesellschaft und die Enthüllung ihrer wesentlichen Züge zu verhindern.

In Diskussionen wurde ferner behauptet, daß — wenn die realistische Kunst die Widerspiegelung der Wirklichkeit ist — die Darstellung des Häßlichen, ja sogar des Widerwärtigen und Abscheulichen ein unabdingbarer Bestandteil des Realismus sein müsse, weil es derartige Erscheinungen in der Wirklichkeit gebe. Worin das Wesen dieses Problems besteht, möchte ich zunächst an einem Beispiel erläutern, das einem Artikel Nedoschiwins entnommen ist:

> „Repin beschreibt sehr lehrreich den Verlauf seiner Arbeit an dem Porträt von N. Ge. ‚In diesem Porträt' — so schreibt der Maler in seinen Erinnerungen — ‚habe ich mir das Ziel gesetzt, auf der Leinwand den früheren, begeisterten Ge wiederzugeben. Das aber war jetzt fast unmöglich. Ich litt, indem ich in Wirklichkeit meine Machtlosigkeit, den Mangel an Phantasie und schöpferischen Geist erkannte. Je länger ich an dem Porträt arbeitete, desto mehr glich es tatsächlich dem vor mir sitzenden Menschen, der aber dem früheren, leidenschaftlichen Maler nur noch sehr wenig ähnlich war; denn vor mir saß ein mürrischer, enttäuschter, moralisch zerschlagener Pessimist.' Repin bezeichnete mit der ihm eigenen Neigung, sich selbst

anzuklagen, sein Ringen mit dem häßlichen, pessimistischen Original als Mangel an Schöpferkraft. Gerade dieses Ringen aber offenbart in Wirklichkeit den Triumph des wahren Schaffens, das von Realismus durchdrungen war." (Ebenda)

Denn das, worauf es bei der Darstellung des Häßlichen, des Pessimistischen für den Realismus ankommt, ist gerade dieses schöpferische Ringen, um das Häßliche und Pessimistische zu überwinden und zu besiegen. Der Kampf um die Überwindung des Häßlichen und Pessimistischen muß bereits ein Bestandteil des schöpferischen, künstlerischen Arbeitsprozesses selbst sein; denn nicht das Häßliche selbst, sondern der Kampf zur Überwindung des Häßlichen übt jene erschütternde moralische Wirkung aus, die in den Menschen die Impulse zur Umgestaltung des Lebens weckt. Es kann aus dem Schaffen aller großen klassischen Meister bewiesen werden: an Dürers Bildnis seiner Mutter ebenso wie an Grünewalds „Kreuzigung", an Repins historischem Gemälde „Iwan der Schreckliche und sein Sohn Iwan am 16. Nov. 1581" ebenso wie an seinen „Wolgatreidlern", daß sich in diesen Werken die mächtige Tendenz der Überwindung des Pessimismus, des Kampfes gegen das Häßliche offenbart, der Kampf gegen die Resignation, gegen die Unterwerfung, gegen die „Idealisierung" des Elends und der negativen Seiten des Lebens. Der Kult des Häßlichen, der das Antlitz der zeitgenössischen bürgerlichen Kunst bestimmt, ist ein Ausdruck der Krise der Kunst, in welche sie durch den Imperialismus hineingestoßen wurde. Er ist zugleich ein gefährliches Kampfmittel in den Händen der Imperialisten, die damit den Unglauben an den Sieg des Fortschrittlichen, des Gesunden und Schönen in die Massen hineintragen wollen.

Für unser gegenwärtiges Leben ist charakteristisch, daß die Kräfte des Fortschritts stärker sind als die Kräfte der Reaktion, daß der Sieg über das Negative mit seiner vollen Überzeugungskraft in der Wirklichkeit unseres Lebens in Erscheinung getreten ist und infolgedessen der Triumph des Fortschritts in den Bildern des wirklichen Lebens gezeigt werden muß.

Zahlreiche Künstler der bürgerlichen Epoche vermochten sich das Schöne nur als Ideal vorzustellen, dessen Verwirklichung völlig unmöglich sei. Viele Künstler der bürgerlichen Zeit konnten das Schöne nicht als eine Widerspiegelung der Wirklichkeit im künstlerischen Bild erkennen, sondern betrachteten es als eine Methode der Darstellung, des Zusammenklangs von Farbe, Bewegung, Rhythmus, als ein bloßes Problem der formalen Gestaltung.

Aber bereits Karl Marx sprach von der ernsten Schönheit der Arbeiterklasse und stellte damit die enge Beziehung zwischen der Wirklichkeit und dem Bild wieder her. Es steht außer Frage, daß in einer Zeit, wo sich die Arbeiterklasse und die mit ihr verbundenen Massen siegreich über ihre Unterdrücker und die Vernichter der Schönheit des Lebens erheben, das Problem der Gestaltung der Schönheit zu einer der wichtigsten Aufgaben des Realismus wurde.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung in der deutschen Kunst handelt es sich vor allem darum, diejenigen Auffassungen zu bekämpfen, welche die Darstellung der Schönheit des wirklichen Lebens, die Herausarbeitung der optimistischen Züge, die sich im Antlitz der Werktätigen und der mit ihr verbundenen Intelligenz ausprägen, als eine Art von „opportunistischer Schön-

färberei" zu verleumden suchen. Gerade unsere besten Künstler, welche das Leben in seiner ganzen Tiefe kennen, welche seine Konflikte in ihrem ganzen Ernst durchlebt haben, sollten sich um die Lösung dieses Problems bemühen. N. Orlow schrieb in seinem grundlegenden Artikel in der „Täglichen Rundschau" über „Wege und Irrwege der deutschen Kunst" folgende Worte, welche von prinzipieller Bedeutung zur Lösung dieser Frage sind:

„Entartung und Zersetzung sind charakteristisch für eine ins Grab steigende Gesellschaft. Für eine aufsteigende Klasse, die vertrauensvoll in die Zukunft blickt, sind Optimismus und das Streben charakteristisch, die inneren Kräfte, das Edle und die Schönheit einer neu entstehenden Gesellschaftsordnung, die neuen Beziehungen zwischen den Menschen und den neuen Menschen selbst darzustellen.

Das Schöne ist das Leben, das freie Leben eines Volkes, das eine neue Gesellschaft aufbaut — das ist die Devise der Ästhetik einer echten demokratischen Kunst." („Tägliche Rundschau" vom 21. Januar 1951)

☆

Wie die Diskreditierung der Darstellung des Schönen und Optimistischen als „wirklichkeitsfremde Idealisierung", so ist die Diskreditierung des Realismus als „Naturalismus" eine der Methoden, durch welche die Entwicklung der deutschen Kunst gehemmt werden soll.

Friedrich Engels definierte den Realismus bekanntlich folgendermaßen: „Realismus bedeutet meines Erachtens außer der Treue des Details die getreue Wiedergabe typischer Charaktere unter typischen Umständen."*) Er schloß also — und dies keineswegs zufällig — die Treue des Details in die Definition des Realismus ein. Beide, die Treue des Details und die Darstellung des Typischen, können selbstverständlich nicht voneinander getrennt werden. Ist die *Grundforderung* der Darstellung typischer Charaktere unter typischen Umständen erfüllt, so verleiht die Treue des Details dem Bild ein Höchstmaß an Überzeugungskraft.

Maxim Gorki forderte einmal, daß die Darstellung der Wirklichkeit, wenn sie von großen Ideen beseelt sei, bis zur physischen Sehbarkeit gehen müsse. Selbstverständlich kann die Darstellung der Einzelheiten diese Funktion nur erfüllen, wenn sie sich dem Bildganzen und der in diesem verkörperten Hauptidee unterordnet. Überwuchert die Darstellung der Einzelheiten ein Bild, zerstört sie die Hauptidee des Bildes, lenkt sie von der Hauptsache ab, so kann man die genaue Detaillierung nicht als Realismus bezeichnen. Anders wird man es aber als ein Zeichen von Gedankenarmut betrachten müssen, die bis zur Phrasenhaftigkeit gehen kann, wenn die Hauptidee eines Gemäldes nicht bereichert, ergänzt und vertieft wird durch eine große Zahl von Gedanken, welche sich in der Darstellung der Einzelheiten verkörpern. Dieser Vorwurf trifft in der Tat manches Gemälde dieser Ausstellung, bei dem der Mangel an der konkreten Durchbildung des Bildganzen mittels Darstellung von Einzelheiten sich aus solcher Gedankenarmut herleitet. Darin offenbart sich, daß die Schöpfer dieser Bilder vom Neuen in unserem Leben noch nicht genügend ergriffen sind. Aber nicht nur bestimmt das Verhältnis zur Wirklichkeit die Form, sondern umgekehrt bestimmt auch die Mannigfaltigkeit der formalen Mittel das Verhältnis zur Wirklichkeit. Wird die sogenannte Vereinfachung der Form — unter welchen Vorwänden auch immer — zur Methode erhoben,

*) „Marx-Engels über Kunst und Literatur", Verlag Bruno Henschel und Sohn, Berlin 1948. S. 105.

so wird auch der Wirklichkeitsgehalt der Kunst mit Verarmung und Verödung bedroht. Ebensowenig kann natürlich die bloß äußerlich formale Übereinstimmung des Bildes mit der Wirklichkeit als realistisch bezeichnet werden. Es hieße den ideologischen Schaffensprozeß unzulässig vereinfachen, wenn man meint, daß die Arbeit des Künstlers sich darin erschöpfe, zu einer bestimmten Idee in der Wirklichkeit lediglich die entsprechenden Modelle zu suchen und diese in der Art eines lebenden Bildes zusammenzustellen. Das Suchen nach den einer Idee entsprechenden Modellen, seien sie figürlicher oder gegenständlicher Art, diente den großen klassischen Meistern stets dazu, die Idee, von der sie ausgingen, tiefer zu begreifen, ihre Erkenntnis der Wirklichkeit zu erweitern und zu bereichern, die ideelle Konzeption also allseitig real zu erfassen und treffend zu gestalten. Nur so ist es möglich, daß ein Gemälde sich nicht in dem erschöpft, was es dem Betrachter auf den ersten Blick zeigt, sondern daß sich hinter ihm eine unerschöpfliche Welt von Gedanken und realen Beziehungen ausbreitet, mit der das einzelne Bild verbunden bleibt und welche derjenige erkennt und spürt, der sich tiefer mit dem Kunstwerk beschäftigt.

☆

Eines der schädlichsten Mißverständnisse, die in der gegenwärtigen Kunstdiskussion eine Rolle spielen, ist die Unterschätzung der Rolle des wissenschaftlichen Denkens im künstlerischen Schaffensprozeß. In seinem Artikel „Über die Beziehung der Kunst zur Wirklichkeit" weist Nedoschiwin auf folgendes hin:

> „Die idealistische Ästhetik hat wiederholt versucht, Kunst und Wissenschaft auseinanderzureißen, sie einander gegenüberzustellen. So hat die reaktionäre ‚Theorie' des Symbolismus die Pseudo-Idee eingeschmuggelt, daß der Mensch nur mit Hilfe eines künstlerischen ‚Symbols' imstande sei, in das ‚Geheimnis' der Dinge an sich einzudringen, während die Wissenschaft angeblich außerstande ist, ein wahrhaft tiefes Wissen zu geben. Aber diese ‚Theorie' hatte den Zweck, jegliche Erkenntnis der objektiven Wirklichkeit in Verruf zu bringen. Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen Wissenschaft und Kunst nur relativ, es sind Unterschiede in der *Form* der Erkenntnis der objektiven Realität." („Neue Welt", Heft 4, 1951, S. 77)

Der Unterschied in der Form der Erkenntnis der Wirklichkeit zwischen Kunst und Wissenschaft rechtfertigt keineswegs, daß man sie einander entgegensetzt. In der Tat sind beide im Schaffen gerade der großen Meister immer aufs engste verbunden gewesen. Es ist bekannt, daß Schiller nicht ein einziges Drama gestaltete, ohne sich der wissenschaftlichen Erkenntnis seiner Zeit bei der Erarbeitung seines Dramas zu bedienen. Leonardo da Vinci, Dürer und zahlreiche Meister der Kunst des 19. Jahrhunderts haben es als ihre Aufgabe angesehen und immer wieder gefordert, die künstlerischen Studien durch wissenschaftliche Studien zu vertiefen.

Das Studium der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung hilft den Künstlern, sich in den komplizierten Erscheinungen des gegenwärtigen Lebens zurechtzufinden, die Macht des Neuen zu entdecken und zu entwickeln. Es bewahrt den Künstler davor, rückständigen Stimmungen zu unterliegen und sie zum Inhalt seines Schaffens zu machen; es befähigt ihn, die erzieherischen Aufgaben der Kunst zu erfüllen. In der gegenwärtigen Periode ist die Hilfe der Wissenschaft vor allem aber unerläßlich für die künstlerische Gestaltung

historischer Themen. Bei der Gestaltung historischer Themen vollzieht sich eine spezielle Form der Aneignung der Wirklichkeit, indem die Gegenwart als Produkt eines historischen Prozesses begriffen und dadurch die Gesetzmäßigkeit ihrer Entwicklung deutlich wird. Eben deshalb ist die Darstellung der großen revolutionären Epochen der Geschichte unseres Volkes gerade gegenwärtig eine ernste Aufgabe der Kunst. Wie aber wäre diese lösbar ohne das wissenschaftliche Studium der Geschichte?

Eine wichtige Rolle spielt das wissenschaftliche Denken vor allem auch bei der kritischen Aneignung der großen progressiven Traditionen der nationalen Kultur, welche eine Voraussetzung zur Verbesserung des Könnens unserer Künstler ist. Bei dem Bemühen, sich ein tiefes Verständnis für die großen Meister zu erwerben, die entwicklungsfähigen Seiten in der Kunst der Vergangenheit zu entdecken und sich in dem Entwicklungsgang der Kunst zurechtzufinden, zeigt sich, daß die idealistische Weltanschauung gewisse Schranken der Erkenntnis nicht zu überwinden vermag. So gibt es beispielsweise im Schaffen Tilmann Riemenschneiders neben starken realistischen Zügen Elemente eines überschwänglichen Mystizismus, welche seinen Realismus beeinträchtigen. Die idealistische Weltanschauung sieht keine andere Möglichkeit, als diesen Mystizismus aus den Anschauungen des Künstlers zu erklären, aber sie ist außerstande, deren objektiv gesellschaftliche Ursachen aufzudecken. Allein der historische Materialismus ermöglicht eine von solchen Schranken befreite Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und damit auch des Wesens der Kunst.

Heute ergibt sich aber aus dem Kampf um den Frieden und die nationale Einheit die Verpflichtung, daß auch diejenigen Menschen, welche eine andere Weltanschauung vertreten als die des Marxismus-Leninismus, sich in vollem Maße an diesem Kampf beteiligen. Daraus folgt für das Gebiet der Kunst, daß nichtmarxistische Künstler, die unter dem Eindruck realer Tatsachen und fortschrittlicher Interessen Kunstwerke schaffen, die vom Geiste des Friedenskampfes beseelt sind, auch dann ihre volle Anerkennung finden müssen, wenn die positive Stellungnahme des Kunstwerkes subjektiv aus nichtmarxistischen, z. B. aus religiösen Anschauungen abgeleitet wird, und daß die Künstler, die solche dem Frieden und der nationalen Einheit dienende Werke schaffen, gefördert und entwickelt werden. Aus der Tatsache, daß die idealistisch-religiöse Weltanschauung die Bewegungsgesetze des gesellschaftlichen Lebens nicht zu begreifen vermag, folgt keineswegs, daß in unserer Situation ein Künstler, der eine solche Weltanschauung hat, nicht wirkungsvolle Kunstwerke schaffen könne. Es ist im Gegenteil so, daß ein Künstler, der von den Anschauungen eines Dürer, Riemenschneider oder gar eines Goethe oder Beethoven ausgeht, auch heute noch wertvolle Kunstwerke schaffen kann, die dem deutschen Volk Kraft verleihen, für den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes zu kämpfen.

Leider zeigten sich in der Künstlerdiskussion in der Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden" noch gefährliche Reste des Sektierertums, welche diese Möglichkeiten außer acht ließen. Einige Genossen vertraten — unwidersprochen — die Auffassung, daß ein Kunstwerk nur dann den Forderungen unserer Zeit gerecht werden kann, wenn es eine Synthese der neuen, höheren Weltanschauung und einer ausgereiften Kunsttechnik sei. Die Formulierungen dieser Genossen müssen bei vielen ehrlichen Künstlern den

Eindruck hervorrufen, als ob diese Genossen von der Möglichkeit einer positiven Mitarbeit weltanschaulich anders orientierter Menschen im tiefsten Grunde ihres Herzens doch nicht überzeugt seien. Damit aber unterstützen sie praktisch die ängstlichen Vorbehalte dieser weltanschaulich anders orientierten Künstler, Vorbehalte, welche bekanntlich von der feindlichen Lügenpropaganda systematisch genährt werden, um die Front aller Friedensfreunde und ehrlichen Patrioten aufzubrechen.

Viele Künstler, welche sich mit dem Marxismus-Leninismus vertraut machen, erleben, welche starke Hilfe ihnen für die Erkenntnis der Vergangenheit und der Gegenwart aus diesem Studium erwächst. Eine wichtige Aufgabe der Partei besteht darin, die Ansätze und Bestrebungen der Künstler, die sich in der Aneignung der fortschrittlichen Wissenschaft zeigen, zu erweitern und zu vertiefen. Die Partei hat der gesamten deutschen Kunst durch ihre Entschließung über den Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur und ihre Ratschläge und Lehren, die sie bei verschiedenen Gelegenheiten gab, wertvolle Hilfe geleistet.

Damit ist das Vertrauen der Künstler in die Kompetenz der SED und deren führende Rolle auch auf dem Gebiete der Kunst verstärkt worden. Dieses wachsende Vertrauen verpflichtet uns, ernsthaft zu überprüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die noch vorhandenen Schwächen und Mängel in der Entwicklung unserer Kunst zu überwinden und ihre Errungenschaften zu festigen und zu erweitern. Die Hauptaufgabe der SED besteht dabei in der Vertiefung und Verbreitung des theoretischen und politischen Verständnisses für die grundlegenden Probleme und Aufgaben der Kunst.

Dem Marxismus-Leninismus wohnt die Kraft inne, in Millionen werktätigen Menschen das Bedürfnis nach einer großen, edlen Kunst, die den Aufgaben unserer Gegenwart gerecht wird, zu erwecken und zu erweitern. Die Ideen des Marxismus-Leninismus haben die Kraft, in den Künstlern die Fähigkeit zu wecken, daß sie die Bedürfnisse der Millionenmassen befriedigen und sogar weiterentwickeln und steigern im Geiste der Sache des Friedens, der Erringung der nationalen Einheit unseres Vaterlandes und des Aufbaus eines glücklichen, neuen Deutschlands.

Konsultation

Die Hintergründe des finnischen Angriffs 1939/40 auf die Sowjetunion

In einer Mitgliederversammlung der Parteiorganisation beim Deutschen Innen- und Außenhandel, Abteilung Papier und Druck, entstanden Unklarheiten über die Ursachen und den Charakter des sowjetisch-finnischen Krieges 1939/40. Die Parteiorganisation bat um Klärung dieser Frage.

•

Der sowjetisch-finnische Krieg fand in der Periode des zweiten Weltkrieges statt, der das Ergebnis der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus, der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Mächtegruppen war.

Genosse Stalin wies bereits auf dem XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) im Jahre 1930 darauf hin, daß die Bourgeoisie jedesmal, wenn sich die kapitalistischen Gegensätze verschärfen, versucht, ihre Widersprüche auf Kosten der Sowjetunion zu lösen. Diesem Ziel diente auch die „Münchener Politik". Sie hatte nichts anderes zum Inhalt, als den Versuch der imperialistischen Kreise Englands und Frankreichs, den faschistischen deutschen Aggressor gegen die Sowjetunion zu lenken.

Als die deutschen Imperialisten den zweiten Weltkrieg vom Zaune gebrochen hatten, hofften die Imperialisten Englands, Frankreichs und der USA immer noch, diesen ihnen „unangenehmen" Krieg in eine allgemeine imperialistische Intervention gegen die UdSSR umwandeln zu können. Sie wollten statt eines Krieges gegen Hitlerdeutschland einen Krieg der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion. Eine besondere Rolle war dabei der finnischen Reaktion zugedacht.

Das finnische Volk hatte am 18. Dezember 1917, entsprechend den Lenin-Stalinschen Prinzipien von der Gleichberechtigung der Völker, von der Sowjetmacht seine staatliche Unabhängigkeit erhalten. Wenige Monate später wurde von der finnischen Arbeiterklasse die bürgerliche Regierung Svinhufhud gestürzt und die sozialistische Arbeiterrepublik Finnland geschaffen. Mit dieser neuen Regierung schloß die Sowjetregierung am 1. März 1918 einen Vertrag zur Stärkung der Freundschaft und Brüderlichkeit. Das war der erste internationale Vertrag, den die junge Sowjetmacht abschloß, er gab damals der ganzen Welt ein Beispiel der Gerechtigkeit und Achtung gegenüber der Unabhängigkeit eines kleinen Landes. In dieser Zeit, als das finnische Volk seine staatliche Souveränität aus der Hand der russischen Arbeiterklasse erhielt, begann die finnische Reaktion, aufgestachelt und unterstützt von den deutschen Imperialisten, den Angriff auf die proletarische Revolution. Die finnische Reaktion schlug die Revolution im Lande blutig nieder und erwies sich auch weiterhin als wütender Feind und als ein willfähriges Werkzeug in den Händen der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion. So bildete Finnland in der Intervention der 14 Staaten gegen die junge Sowjetmacht nach 1917 einen wichtigen Stützpunkt der englisch-französischen Interventionsarmeen.

Finnland nahm später im Plan der deutschen Faschisten, die Sowjetunion zu überfallen, einen wichtigen Platz ein. Denn nach der Befreiung der westukrainischen und westbjelorussischen Gebiete sowie nach dem Abschluß von Pakten über gegenseitige Hilfe mit Lettland, Estland und Litauen war eine faschistische Aggression von Polen her erschwert. Die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten versuchten mit Hilfe der Entfesselung

eines Krieges Finnlands gegen die UdSSR den zweiten Weltkrieg in die von ihnen gewünschte Intervention gegen die Sowjetunion umzuwandeln.

Mit Unterstützung des internationalen Imperialismus bauten die Finnen an der Nordwestgrenze der UdSSR die „Mannerheim-Linie", einen modernen Befestigungsgürtel, der zur Aufnahme starker Offensivarmeen eingerichtet war. Darüber hinaus entsandten die englischen, französischen und besonders die deutschen Imperialisten Militärspezialisten als Instrukteure in die finnische Armee. Auf diese Weise unterstützte der internationale Imperialismus die finnische Reaktion bei ihren antisowjetischen Provokationen.

Angesichts dieser provokatorischen Politik der herrschenden Kreise Englands, Frankreichs und der USA, angesichts der verstärkten Zusammenarbeit Hitlerdeutschlands mit der finnischen Reaktion stand die Sowjetunion vor der Aufgabe, der Aggression im Nordwesten des Landes den Weg zu versperren. Leningrad, das nur 32 km von der finnischen Grenze entfernt war, mußte aus seiner bedrohlichen Lage befreit werden. Die Sowjetregierung schlug deshalb Finnland einen Pakt über gegenseitige Hilfe sowie einen Gebietsaustausch vor. Dabei war die Sowjetunion bereit, Finnland ein doppelt so großes Territorium zu geben, als sie im Interesse des Schutzes der Stadt Leningrad benötigte.

Die reaktionäre finnische Regierung lehnte aber, gestützt von den westlichen Imperialisten, alle freundschaftlichen Vorschläge der Sowjetunion über eine Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern ab und zeigte damit, daß für die UdSSR von seiten Finnlands keine Sicherheit bestand. Eine besonders üble Rolle bei den finnisch-sowjetischen Verhandlungen spielte als Mitglied der finnischen Delegation der rechte Sozialdemokrat Tanner, der sich als einer der schlimmsten Feinde der Sowjetunion erwies. Die finnische Reaktion — gestützt und aufgewiegelt durch die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten — begann mit militärischen Provokationen den Krieg gegen die Sowjetunion, und am 30. November 1939 erklärte schließlich die finnische Regierung der UdSSR den Krieg. Das Kriegsziel der finnischen Reaktion war ein „Großfinnland" bis zum Ural.

Die der Kriegserklärung folgenden sowjetfeindlichen Machenschaften der internationalen Reaktion entlarvten diese als den wahren Urheber dieses Krieges. Eine besondere Rolle bei der Entfachung der Hetze gegen die Sowjetunion spielten die Imperialisten der USA. Sie versuchten, gegen die Sowjetunion die Wirtschaftsblockade zu errichten. Es wurden Verfügungen über Einstellung des Warenverkehrs zwischen den USA und der UdSSR erlassen. Die Behörden der USA beschlagnahmten sowjetische Guthaben in den USA. Am 10. Dezember 1939 gewährten die USA der finnischen Reaktion für den Krieg gegen die UdSSR einen Kredit in Höhe von 10 Millionen Dollar. Mit Wissen, also auch mit Billigung der Regierung der USA warb der schwedische Reaktionär Bernadotte amerikanische Flieger zum Einsatz gegen die Sowjetunion.

Der damalige USA-Botschafter in Paris, Bullitt, ein Erzfeind der Sowjetunion, war der Initiator einer der schmutzigsten Machinationen der internationalen Reaktion — des Ausschlusses der UdSSR aus dem Völkerbund. Der Ausschluß der Sowjetunion wurde mit Stimmenminderheit beschlossen. Von den 15 Mitgliedern des Völkerbundsrates stimmten nur 7 für den Ausschluß: England, Frankreich, Belgien, Bolivien, Ägypten, die Südafrikanische Union und die Dominikanische Republik. Drei dieser Staaten wurden speziell zu

dieser Abstimmung in den Völkerbundsrat aufgenommen, und zwar die Südafrikanische Union und Bolivien mit ständigem und Ägypten mit nichtständigem Sitz. Bullitt schrieb, daß er volle Zustimmung erhalten habe, als er über seine Tätigkeit bei der Organisierung des Ausschlusses der UdSSR vor dem Staatsdepartement berichtete.

Besonders „bewährten" sich bei der Entfesselung der Hetze gegen die Sowjetunion die opportunistischen Führer der II. Internationale, die Attlee, Blum, Jouhaux und andere. Das Exekutivkomitee der Labourparty z. B. entsandte eine Delegation nach Finnland, die als gehässiger Gegner der Sowjetunion auftrat. Attlee, Morrison und andere Führer der Labourparty traten in England mit verleumderischen Ausfällen gegen die Sowjetunion auf. Dem kommunistischen Abgeordneten Gallacher aber wurde im englischen Parlament das Wort verweigert.

Die englischen Imperialisten unterstützten den Krieg der finnischen Reaktion gegen die Sowjetunion — nach einer offiziellen Erklärung Chamberlains — mit 101 Flugzeugen, mehr als 200 Geschützen, hunderttausenden Granaten, Fliegerbomben usw. Frankreich sandte 175 Flugzeuge, etwa 500 Geschütze, über 5000 Maschinengewehre, eine Million Granaten, Handgranaten usw. nach Finnland.

Darüber hinaus bereitete England ein hunderttausend Mann starkes Heer und Frankreich ein Heer von fünfzigtausend Mann zur Entsendung nach Finnland vor. Vorher hatte bezeichnenderweise die amerikanische Diplomatie für die englischen und französischen Imperialisten bei Hitler die Erlaubnis dazu eingeholt. Der Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des amerikanischen Senats, Pittmann, hatte England, Frankreich und Hitlerdeutschland sogar vorgeschlagen, einen 30tägigen Waffenstillstand abzuschließen, um im Zusammenhang mit dem Beginn des finnisch-sowjetischen Krieges „kaltblütig die Situation zu erörtern". Einen gleichen Vorschlag unterbreitete der damalige englische Außenminister Halifax am 5. Dezember 1939 dem englischen Parlament.

Diese Unterstützungsmaßnahmen für die finnische Reaktion waren aber nur ein Teil des weitreichenden Plans für den Überfall des internationalen Imperialismus auf die UdSSR. Dieser allgemeine Interventionsplan sollte am 15. März 1940 zur Ausführung gelangen. Nach den Plänen der französischen Militärs Weygand, Gamelin und de Gaulle sollten motorisierte Einheiten über Finnland in die Sowjetunion einfallen und die in Syrien liegenden französischen Truppen „wie Messer in die Butter" in die transkaukasischen Gebiete eindringen. Weiterhin beabsichtigten die englischen und französischen Imperialisten, über die Türkei, den Iran und die Balkanländer in die UdSSR einzumarschieren.

Die Pläne der anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten scheiterten jedoch. Trotz der Hilfe der gesamten internationalen Reaktion wurden die finnischen Truppen entscheidend geschlagen. Die Rote Armee erwies sich wiederum als ruhmvolle Verteidigerin der Sowjetheimat, stärker als die Landsknechtstruppen des Weltimperialismus.

Das Ergebnis dieses gerechten Krieges der Sowjetunion war nicht nur der Zusammenbruch der imperialistischen Interventionspläne Englands, Frankreichs und der USA, sondern auch eine weitere Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit des Sowjetlandes im Nordwesten. Im Zusammenhang mit den

anderen Maßnahmen der Sowjetregierung zur Schaffung einer Abwehrfront gegen die Hitleraggression war dem nazistischen Aggressor nun auch sein günstiger Ausgangspunkt für den beabsichtigten Überfall auf die Sowjetunion genommen worden. Das war von großer Bedeutung für den späteren Sieg der Sowjetunion über die deutschen faschistischen Räuber, für die Befreiung der Völker vom Joch der faschistischen Barbarei und für die Rettung der Demokratie in der Welt.

Der Abschluß des Friedensvertrages der Sowjetregierung mit Finnland am 12. März 1940 war ein erneuter Beweis der Friedensliebe und der Achtung der Sowjetunion vor den Interessen anderer Nationen. Genosse Molotow erklärte am 29. März 1940 vor dem Obersten Sowjet, daß die Sowjetunion die volle Möglichkeit gehabt hätte, Finnland ganz zu besetzen sowie Kontributionen zu fordern, wie das jede imperialistische Macht getan hätte, daß sie aber die Souveränität auch des besiegten Landes respektiere; er erklärte wörtlich:

„Wir strebten mit dem Friedensvertrag keine anderen Ziele an, als die Sicherheit von Leningrad und Murmansk wie auch die der Murmanbahn zu gewährleisten." (Zitiert aus der Broschüre „Geschichtsfälscher", SWA-Verlag, Berlin 1948, S. 53)

So entlarvte der finnisch-sowjetische Krieg 1939/40 die Verleumdungen und aggressiven Machenschaften der imperialistischen Kriegstreiber und zeigte, daß die Sowjetvölker entsprechend dem Wesen des Sowjetstaates von dem Wunsche beseelt sind, den Frieden in der Welt zu erhalten, die Freundschaft zu den Völkern der Welt zu festigen und ein Leben in Wohlstand und Glück aufzubauen.

Wolfgang Ankermann

Eine verwirrende Bilanz

Zu dem Buch von Ernst Niekisch, „Europäische Bilanz"*)

Im Verlag Rütten & Loening ist vor längerer Zeit ein Buch des Genossen Ernst Niekisch mit dem Titel „Europäische Bilanz" erschienen. Der Verfasser ist als ein Gegner des Faschismus bekannt. Lange Zeit hat er während des Hitler-Regimes im Zuchthaus zugebracht und durch die Gestapo viele Leiden auszustehen gehabt. Genosse Niekisch ist ein Feind des amerikanischen und des deutschen Imperialismus und ein Freund der Sowjetunion. Wie er in seinem Vorwort erklärt, ist das Buch „... in den Tagen und noch mehr in den Nächten langer Gefangenschaft entstanden. Kein Buch war zur Hand, um darin nachzuschlagen". Offensichtlich ist mit auf diese Tatsache der Isolierung vom Geschehen, von der Entwicklung der fortschrittlichen Wissenschaft zurückzuführen, daß das Buch eine Sammlung persönlicher Meinungen, aber keine wissenschaftliche Untersuchung darstellt. Um es vorwegzunehmen: Wir halten es nicht für eine Bereicherung der politischen Literatur. Es enthält eine ganze Reihe von Voraussetzungen und Schlußfolgerungen, die weder mit den Ergebnissen der Wissenschaft, noch mit den Tatsachen in Einklang zu bringen sind.

☆

Um mit den Schlußfolgerungen des Genossen Niekisch zu beginnen: Worin besteht nach dem Verfasser das Resultat seiner „Europäischen Bilanz"? Genosse Niekisch behauptet, die ganze Herrlichkeit Europas sei dahin (S. 387). Europa habe seine historische Aufgabe erfüllt, es habe nichts mehr zu geben (S. 388). Es ist also eine ausgesprochen pessimistische Prognose, die Genosse Niekisch den Völkern Europas stellt, wobei zu beachten ist, daß er die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik nicht zu Europa rechnet.

Wie kommt Genosse Niekisch zu diesem offensichtlich falschen Schluß? Er identifiziert den Begriff Europa ganz einfach mit dem der Bourgeoisie: „Die reinste Verkörperung europäischen Geistes war erst der Bürger." (S. 388) „Europa war als eine einheitliche geistige Individualität in Opposition gegen die übrigen Kontinente, insbesondere gegen Asien und Nordafrika entstanden." (Ebenda) Diese Konzeption ist nichts anderes als ein Reflex der kosmopolitischen Europa-Ideen, die gegenwärtig unter dem Zepter des amerikanischen Imperialismus in Westeuropa propagiert werden. Europa ist in Wirklichkeit niemals eine „einheitliche geistige Individualität" gewesen. Es setzt sich aus zahlreichen Nationen zusammen, die ein sehr verschiedenartiges gesellschaftliches und politisches Gepräge haben und eine eigene spezifische nationale Kultur besitzen. Zur Zeit der französischen Revolution z. B. gab es bürgerlich-progressive Staaten wie England, Holland und Frankreich, und feudalreaktionäre Mächte wie Preußen, Österreich und Rußland. Unter diesen geschichtlichen Umständen von einer „einheitlichen geistigen Individualität" zu sprechen, ist also schon nicht möglich. Im Zeitalter des Imperialismus haben sich die Widersprüche dieser Art in Europa noch verschärft. Schon vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestand Europa aus Staatswesen, die sich auf Grund ihrer ökonomisch-politischen Struktur sehr stark voneinander unterschieden. Den reaktionären imperialistischen Mächten Deutschland, Frankreich und England standen solche halbkolonialen Länder wie Bulgarien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Albanien und Griechenland gegenüber. Auch hier ist also von einer „einheitlichen geistigen Individualität" keine Rede. Offensichtlich identifiziert Niekisch Europa mit der herrschenden Clique des Finanzkapitals in Deutschland, England und Frankreich. Aber ist das Europa? Wo bleiben die Massen der europäischen Arbeiter und Bauern, die den Interessen der herrschenden imperialistischen Schichten in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen?

Vollends unsinnig wird diese Konzeption Niekischs von der „einheitlichen geistigen Individualität Europas" unter

*) Die in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das Buch von Ernst Niekisch: „Europäische Bilanz".

den heutigen Verhältnissen. Da ist die große Sowjetunion, deren Territorium allein bereits fast die Hälfte des europäischen Kontinents ausmacht. Sie ist überhaupt die größte europäische Macht. Dazu kommen die volksdemokratischen Länder. Auf der anderen Seite stehen imperialistische Länder wie England und Frankreich, die sich in Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus befinden und faschistische Staaten wie Franco-Spanien, Portugal, Griechenland und Tito-Jugoslawien. Wie kann man angesichts solcher Tatsachen von einer „einheitlichen geistigen Individualität Europas" sprechen?

Tatsache ist, daß die These von der angeblichen „einheitlichen geistigen Individualität Europas" die These des amerikanischen Kosmopolitismus ist. Die McCloy, Adenauer, Schumacher, Ollenhauer, Schuman, bedienen sich dieser fiktiven „Einheit", um daraus die Berechtigung für ihre „Europa-Idee", ihr „Europa-Parlament", ihren „Europa-Rat" und ihre „Europa-Armee" abzuleiten und auf diese Weise ihre aggressiven Pläne gegen die Sowjetunion, die sie genau wie Hitler zu einer „asiatischen" Macht stempeln möchten, ideologisch zu fundamentieren. Dabei identifizieren auch sie in verfälschender Weise den Begriff Europa mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die These des Genossen Niekisch befindet sich also in einer außerordentlich gefährlichen Nachbarschaft mit „Theorien" der amerikanischen Kriegsbrandstifter und ist ganz und gar unwissenschaftlich.

Auch geschichtlich gesehen haben die europäischen Völker zu den verschiedenen Zeiten und in sehr ungleichmäßiger historischer Folge ganz verschiedene ökonomische Gesellschaftsformationen repräsentiert. Zur Zeit, als im südlichen Europa bereits die Sklavengesellschaft zur vollen Entfaltung gelangt war (Hellas, Rom), herrschten in anderen Gebieten teils noch die Urgemeinschaft, teils das Patriarchat, teils gewisse Übergangsformen (in Germanien, Gallien). Dann folgte die Periode, in der der Feudalismus in Teilen Europas zur vollen Blüte gelangte. Die Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung infolge besonders günstiger historischer Umstände zuerst auf europäischem Boden [illegible] (Holland, England, Frankreich) zeitweilig einen historischen Vorsprung gegenüber anderen Völkern sicherte, berechtigt nicht dazu, Europa als eine „einheitliche geistige Individualität" zu betrachten. Denn auch diese Nationen unterscheiden sich in ihrer Wirtschaft, in ihrer psychischen Wesensart, in ihrer Kultur, in ihrem Nationalcharakter und in ihrer Geschichte sehr stark voneinander.

Europa ist kein politischer, sondern ein geographischer Begriff. Aber aus dieser Tatsache kann man keine unmittelbaren politischen Schlußfolgerungen ableiten, ohne in das Schlepptau der imperialistischen Geopolitiker zu geraten. Stalin hat in seiner Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus" unwiderlegbar nachgewiesen, daß das geographische Milieu keinen *bestimmenden* Einfluß auf den Entwicklungsgang der Gesellschaft, sondern lediglich eine beschleunigende oder verlangsamende Wirkung ausüben kann.

Genosse Niekisch hat diesen entscheidenden Satz der Stalinschen Analyse der materiellen Bedingungen der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens völlig außer acht gelassen und ist daher zu den genannten absurden Schlußfolgerungen gelangt. Seine Schlußfolgerungen decken sich übrigens praktisch mit der reaktionären Philosophie Spenglers, der auch von dem angeblichen „Untergang des Abendlandes" phantasierte. Alle derartigen Theorien passen heute den amerikanischen Imperialisten ausgezeichnet ins Konzept, weil sie daraus das „Recht" für sich ableiten, „Europa zu retten".

☆

Genosse Niekisch gelangt zu diesen falschen pessimistischen Schlußfolgerungen, weil er trotz des gelegentlichen Gebrauchs der marxistischen Terminologie in Wirklichkeit die marxistische Methode nicht anwendet. So wirft Genosse Niekisch biologische und gesellschaftliche Kategorien ständig durcheinander (S. 27, S. 49) und kommt zu der unsinnigen Behauptung, die antike Polis (Stadt-Staat) war „eine Herde". Hier wird die menschliche Gesellschaft an den Tieren gemessen! Aus dieser völlig falschen Konzeption leitet er dann die „Theorie" ab (S. 18, S. 21, S. 256), die Geschichte sei nichts anderes als eine *gewaltsame*

Auseinandersetzung zwischen „Herden" und Eliten. Er behauptet, brutale Gewaltanwendung schuf Herren und Knechte.

Die „Gewaltstheorie" hat Friedrich Engels bereits in seinem Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" einer vernichtenden Kritik unterzogen. Engels weist nach, daß die Organisation der öffentlichen Gewalt abhängig ist von der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft und in allen Fällen, wo diese sich gegen die ökonomische Entwicklung zu wenden sucht, ihr erliegen muß. Offensichtlich hat Genosse Niekisch diese außerordentlich wichtige Stelle bei Engels nicht gekannt. Die öffentliche Gewalt gehört zum Überbau. Genosse Niekisch verwechselt also — auch bei anderen Gelegenheiten — Erscheinungen des Überbaus und der Basis.

Seine Geschichtskonzeption ist im wesentlichen idealistisch. Von Unkenntnis zeugen überhaupt die ganzen Äußerungen des Genossen Niekisch über den Marxismus. Er unterschiebt dem Marxismus Theorien, die man bestenfalls als Zerrbilder bezeichnen kann. So, wenn er behauptet, der Marxismus wisse nicht die Kulturgüter Europas zu schätzen und trachte danach, sie zu zerstören (S. 48, S. 312). Sollte dem Verfasser wirklich unbekannt sein, daß es gerade der Marxismus-Leninismus ist, der sich in besonders leidenschaftlicher und tiefschürfender Weise mit der Kultur der Vergangenheit befaßt? Sollte ihm wirklich unbekannt sein, daß es gerade die amerikanischen Atombombenstrategen sind, die der Kultur der europäischen Nationen die größte Mißachtung bezeigen und danach trachten, sie in einem Atombombenkrieg zu vernichten?

Da dem Verfasser der „Europäischen Bilanz" eine solche wissenschaftliche Grundlage fehlt, steht er trotz seines erheblichen Wissens und trotz seiner glänzenden Darstellungsgabe der Geschichte und ihren Entwicklungsgesetzen hilflos gegenüber und gelangt zu derart grotesken und widersinnigen Verzerrungen der geschichtlichen Wirklichkeit, daß man beim Lesen das Gefühl der Peinlichkeit nicht überwinden kann. Es gibt in dem Buch — leider muß man diese Feststellung treffen — buchstäblich nicht eine einzige Seite, die nicht von Unrichtigkeiten und Absurditäten strotzt.

In seinem Buch macht sich Genosse Niekisch sogar indirekt zum Propagandisten der nazistischen Rassentheorie. Was soll es heißen, wenn man darin folgende Sätze liest: „Der Rassismus ist eine jener Sinngebungskategorien, mit deren Hilfe der Mensch sich in der Welt einen Platz zu gewinnen trachtet; der Stand, die Nation, ‚der einzelne' sind Kategorien ähnlicher Art" (!) (S. 117). Der Rassenchauvinismus und seine Verfechter, die antisemitischen Pogromhelden, werden mit dem Patriotismus und den Patrioten, die für die Verteidigung ihrer Nation und ihrer nationalen Kultur kämpfen, auf eine Stufe gestellt.

Die französische Revolution betrachtet Genosse Niekisch nicht als die gesetzmäßige Ablösung der feudalen durch die bürgerliche Ordnung, sondern als den Sieg des keltisch-romanischen „Bluts" über das fränkische! Sollte Ernst Niekisch wirklich unbekannt sein, daß diese Theorie seinerzeit von einem Naziminister in einem Buch breit ausgewalzt worden ist? Den gleichen Unsinn bringt Niekisch bei der Erklärung des Antisemitismus in Deutschland zu Papier (S. 118).

Und schließlich gelangt Genosse Niekisch zu folgender Verirrung: er stellt den großen deutschen Dichter Heinrich Heine unseren anderen Dichtern als „jüdischen" Dichter gegenüber. Welches ist denn die Sprache Heines? Deutsch! Welche Kultur repräsentiert er? Die Deutsche! Wie kann man also den größten deutschen Lyriker nach Goethe der deutschen Kultur gegenüberstellen, ohne auf das Niveau der Nazis herabzusinken?

☆

Grobe Verfälschungen finden sich auch in Niekischs Darstellung der deutschen Klassik (S. 292, S. 295). Was soll man dazu sagen, wenn Genosse Niekisch über die großartige Sterbeszene im „Faust" nichts anderes zu sagen weiß als: „Selbst genießend, bucht er (Faust) ein bißchen Entwässerungsarbeit als gute Tat, die beglückt." (S. 196) Die Interpretation dieser Fauststelle durch die sowjetische Wissenschaft — z. B. Marietta Schaginian — ist ein vorzügliches Beispiel dafür, wie man einen solchen Dichter liest. Genau so verständnislos steht Genosse Niekisch

auch dem großartigen Werk von Beethoven gegenüber, wenn er erklärt: In ihm habe die liberale Epoche ihren großen Musiker gefunden. Das würde bedeuten, Jakobinertum und faden Liberalismus in einen Topf zu werfen. Das ist eine Degradierung dieses großen revolutionären deutschen Künstlers.

Über die „Sendung" des Künstlers schreibt Genosse Niekisch:

> „Der Künstler ist ganz und gar eine Figur der grauen Vorzeit, der Vergangenheit. Wenn er glaubt, auch noch in der Gegenwart und Zukunft eine Sendung zu haben, so täuscht er sich durchaus über sich und seine Stellung. Das einzige und letzte, was er noch zu tun hat, ist, die rückständigen Instinkte, die vielleicht noch ein paar Jahrtausende lang in der Menschheit fortspuken, mit einem mehr oder weniger kümmerlichen Labsal zu letzen." (S. 303)

Nach Niekisch gehört also der Künstler ins „soziologische Museum"; die wachsende Bedeutung der Technik macht angeblich die Kunst überflüssig. Stalin dagegen bezeichnete die Schriftsteller als die „Ingenieure der menschlichen Seele". Damit wird ihnen eine hohe verantwortliche Mission übertragen. Genosse Niekisch scheint jedoch der Meinung zu sein, der sozialistische Mensch habe keine Seele, er sei ein seelenloser Automat! Diese Folgerung wird auch dem Leser der „Europäischen Bilanz" nahegelegt. Ist sich Genosse Niekisch im klaren, daß seiner antihumanistischen Auffassung nach auch die Kulturpolitik in unserer Deutschen Demokratischen Republik in wesentlichen Fragen sinnlos wäre? Unsere Diskussionen über Formalismus-Realismus, unser Kampf um die Aufdeckung und kritische Verarbeitung unseres nationalen Kulturerbes wären überflüssig. Wem hilft der Genosse Niekisch mit solchen antihumanistischen Ideen? Den Werktätigen? Dem deutschen Volk? Nein! Er liefert denen die theoretischen Waffen, die schon heute ihr Zerstörungswerk an Kunst und Kultur auf europäischem Boden tun: den amerikanischen Kriegstreibern!

Die Kapitel „Marxismus" und „Bolschewismus" sind Zerrbilder des Marxismus-Leninismus. Was Genosse Niekisch in diesen Kapiteln schreibt (besonders über Lenin, über die Rolle der russischen Arbeiterklasse und über die Agrarrevolution, die sich im Verlaufe der Kollektivierung vollzog), ist wissenschaftlich völlig indiskutabel und grenzt stellenweise an Verleumdung (S. 341). Das gleiche gilt für seine Einschätzung der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens.

☆

Doch genug dieser Beispiele. Sie können beliebig vermehrt werden. Es ist buchstäblich ein ganzes Sammelsurium der Konfusion, das sich in diesem Buch ein Stelldichein gibt. Nur widerwillig zwingt man sich zu der Feststellung, daß hier ein gebildeter Mensch, ein bewährter Antifaschist, zu derart absurden Schlußfolgerungen und Formulierungen kommt.

Die Stammväter der Konzeption Niekischs sind Nietzsche und Spengler. Daß sich zuweilen bei ihm Angriffe gegen die Urväter seiner Konzeption finden, besagt nichts dagegen. Der Kern der Sache ist der: Genosse Niekisch hat diese antihumanen Ideen nicht kritisch überwunden, sondern sie in eklektischer Weise mit pseudomarxistischen Phrasen zusammengewürfelt. Ja, stellenweise mutet sein ganzes Buch wie eine amerikanische Auflage von Spengler an. Seine Arbeit ist ein typisches Beispiel dafür, wohin man gerät, wenn man die Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Wissenschaft mißachtet. Genosse Niekisch ist offensichtlich der Meinung, daß seine Einführung „neuer" Begriffe und Kategorien wie „Verherdung" usw. eine „Bereicherung" darstellt. Das ist ein großer Irrtum. Der Marxismus-Leninismus ist eine objektive Widerspiegelung der objektiven Realität, und die von ihm im Laufe eines Jahrhunderts erarbeitete Terminologie ist ein wesentlicher Bestandteil der richtigen Widerspiegelung der Realität. Denn die Sprache ist — und dies gilt in ganz besonders hohem Maße für die wissenschaftliche Sprache —, wie Marx sagte und Stalin erhärtet hat, die unmittelbare Wirklichkeit des Gedankens.

Der Versuch der „Bereicherung" unserer politischen Literatur durch das Buch von Niekisch ist entschieden mißlungen. Es ist nur geeignet, Verwirrung zu stiften.

Wilhelm Girnus

Dokumente der Arbeiterbewegung

Die Aufgaben der Partei zur Förderung der Freien Deutschen Jugend

Entschließung zum Referat des Genossen Mückenberger auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 21. bis 23. Februar 1952

„Ich wünsche der deutschen Jugend, dem aktiven Erbauer des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland, neue Erfolge bei diesem großen Werk."

J. W. Stalin

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellt fest, daß die Freie Deutsche Jugend mit Hilfe der Partei und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu einem großen Faktor im gesellschaftlichen Leben in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist. Die Freie Deutsche Jugend ist bei allen Maßnahmen zur Verstärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und im Kampf für den Frieden und ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes Deutschland ein aktiver Helfer der Partei und der Regierung.

In den sechs Jahren ihres Bestehens hat sich die Freie Deutsche Jugend zu einer wahren Massenorganisation der deutschen Jugend entwickelt. Ihre Mitglieder haben vielfach bewiesen, daß sie im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes von großer Opferbereitschaft durchdrungen sind. Sie stehen in der ersten Reihe der Kämpfer gegen den Generalkriegsvertrag und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Dies fand seinen besonderen Ausdruck anläßlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden, wo Millionen junge Deutsche zusammen mit den Vertretern der friedliebenden Jugend der Welt den Schwur leisteten, den Frieden bis zum äußersten zu verteidigen.

Die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes um den Frieden und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages und die Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes verpflichtet unsere Partei, noch mehr als bisher die Freie Deutsche Jugend bei der Erfüllung ihrer großen Aufgaben zu unterstützen. Dabei ist die Hebung des ideologischen, kulturellen Niveaus und die organisatorische Festigung des Verbandes der Freien Deutschen Jugend von entscheidender Bedeutung. Unsere Partei ist verpflichtet, die Freie Deutsche Jugend allseitig zu fördern, ihr zu helfen bei der Erziehung einer munteren, lebensfreudigen Jugend, die sich ihrer Kraft bewußt ist, die bereit ist, jede Schwierigkeit auf dem Wege zur erfolgreichen Verteidigung des Friedens und zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschland zu überwinden.

Die Erhöhung der Aktivität und das Anwachsen der politischen und kulturellen Ansprüche der Jugend und der Bevölkerung, die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik fordern von der Freien Deutschen Jugend die weitere Verstärkung ihrer Arbeit unter allen Schichten der Jugend — Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Schülern und Studenten. Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend sollen immer und überall, in der Produktion, beim Studium, bei Spiel und Sport in der ersten Reihe stehen und Vorbild für die ganze Jugend sein. Sie sollen die Jugend erziehen im Geiste des Internationalismus, des demokratischen Patriotismus, im Geiste der Liebe und Treue zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Freundschaft mit der Sowjetunion und den Volks-

demokratien. Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend sollen durch ihren Optimismus und ihre Lebensfreude die Jugendlichen begeistern, sie sollen die Freundschaft unter der Jugend festigen, in der Jugend das Zusammengehörigkeitsgefühl fördern, sie sollen Initiatoren und Organisatoren einer inhaltsvollen kulturellen Massenarbeit sein. Die Parteileitungen sind verpflichtet, der Freien Deutschen Jugend bei der Lösung dieser Aufgaben eine große Hilfe zu leisten, insbesondere in der Organisierung der politischen Aufklärung der Mitglieder der FDJ und der unorganisierten Jugend, die nicht in den politischen Zirkeln der FDJ erfaßt sind. Als Grundlage dazu soll die Durchführung von Heimabenden, Zirkeln, Vorträgen und Lektionen für die Jugend über den Abschluß eines Friedensvertrages, den Fünfjahrplan, das Leben und Schaffen von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck, über die Großbauten des Kommunismus, über den Kampf der Jugend der Welt für den Frieden dienen. Den Genossen im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend wird empfohlen, für Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren allgemeinverständliche Vorträge über gesellschaftswissenschaftliche Fragen durchzuführen, die im Aufbau und im Inhalt dem Wissens- und Reifegrad der Jugendlichen Rechnung tragen.

Die bei der Vorbereitung des 2. Schuljahres der Freien Deutschen Jugend deutlich zutage getretenen Mängel verpflichten die Parteileitungen, der Freien Deutschen Jugend bei der Organisierung des Schuljahres größere Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil werden zu lassen. Insbesondere gilt es, der Jugend in der Übermittlung der Erfahrungen beim Studium der Geschichte der KPdSU (B) und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu helfen. Die besten Zirkelleiter sind der Freien Deutschen Jugend zur Verfügung zu stellen. Die Zirkel müssen lebendig gestaltet, die Theorie muß in Verbindung mit der Praxis gelehrt werden. Das bedeutet, daß sich die Parteileitungen und die Genossen Propagandisten mit den Problemen der Jugend vertraut machen und auf die notwendige Differenzierung bei der Einteilung der Zirkel nach Alter und Wissensgrad achten müssen. Unsere jungen Genossen sollen die Tätigkeit in der Freien Deutschen Jugend als wichtigen Parteiauftrag betrachten.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Entfaltung eines allseitigen, frohen Jugendlebens. Die Jugend hat ein Recht auf Freude und Frohsinn. Das Zentralkomitee begrüßt die Kritik, die von Jugendlichen in dieser Linie an der bisherigen Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend geübt wurde, und empfiehlt den Genossen im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend, für die breite Entfaltung eines frohen Jugendlebens Sorge zu tragen. Dazu gehört die Pflege des Wanderns, des Singens, Tanzens und des Spielens, die Bildung von Zirkeln für junge Künstler, Bildhauer, Schriftsteller, Maler, Techniker, Agronomen, junge Theaterfreunde; dazu gehören Laienkunstzirkel, Photozirkel, Schachgemeinschaften, Trainingsgemeinschaften für die Ablegung der Prüfung zum Erwerb des Sportleistungsabzeichens. Man sollte dazu übergehen, in Verbindung mit der Schaffung von Zirkeln Ausstellungen von Arbeiten der Zirkelgemeinschaften zu organisieren. Das muß auch seinen Niederschlag in der Jugendpresse finden durch Anleitung für die Durchführung von Heimabenden, Vorschläge für Wanderfahrten usw. Die Parteileitungen haben dafür Sorge zu tragen, daß der Freien Deutschen Jugend vor allem für die Zirkelabende auf den einzelnen Spezialgebieten erfahrene Spezialisten zur Verfügung stehen. Dabei müssen die Parteileitungen mithelfen, die materiellen Voraussetzungen für die Arbeit dieser Zirkel zu schaffen.

Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend sollen an der Arbeit der Häuser der Jugend und der Jugendheime einen aktiven Anteil nehmen. Sie sollen die Jugendheime in Zentren der kulturellen Massenarbeit verwandeln, sie zum Zentrum für die Entspannung und Erholung der Jugend machen. Dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend wird empfohlen, Instruktionen über die Arbeit in den Jugendheimen auszuarbeiten und zu bestätigen. In den Jugendheimen sollen die Sektionen Musik, Dramaturgie, Chor, Tanz, bildende Kunst, Technik, Sport usw. gebildet werden, für die qualifizierte Leiter zu gewinnen sind. Als methodische Anleitung für die anderen Jugendheime soll in Berlin ein Musterjugendheim geschaffen werden.

Gut arbeitende Kultureinrichtungen sollen der Stolz des Verbandes sein. Der Freien Deutschen Jugend obliegt die Aufgabe, alle Möglichkeiten für die Durchführung einer systematischen kulturellen Massenarbeit unter der Jugend in den allgemeinen Kulturhäusern, Klubs, Bibliotheken, Sportvereinigungen in den Städten, in den Betrieben, MAS und VEG voll auszunutzen. Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend sollen Initiatoren und Organisatoren einer inhaltsreichen und interessanten Arbeit in allen Kulturzentren sein. Im Zusammenhang damit soll die Freie Deutsche Jugend die ganze kulturelle Massenarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, mit dem Kulturbund, mit den Kulturdirektoren in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, auch in den MAS und VEG, mit den Organen der Volksbildung und der Staatlichen Kunstkommission leisten.

Zur Verbesserung der Lektionsarbeit unter der Jugend empfiehlt das Zentralkomitee dem Zentralrat, im Apparat des Zentralrates eine Lektorengruppe von 12 bis 15 Freunden, bei den Landesvorständen von 5 bis 10 Freunden und bei den Kreisleitungen von 3 bis 5 Freunden aus Funktionären des Verbandes, die gute theoretische Kenntnisse und Erfahrungen in der Propagandaarbeit haben, zu bilden. Diese sollen Anleitung bei der Durchführung von Lektionen und Vorträgen für die Jugend geben. Sie sollen ferner für Lektionen und Vorträge für die Jugend hervorragende Gelehrte, Fachleute aus der Volkswirtschaft, Schriftsteller, Kulturschaffende und Künstler sowie leitende Persönlichkeiten des staatlichen und politischen Lebens gewinnen.

Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend sollen bei der Jugend die Liebe zum Lesen wecken und dafür sorgen, daß die Jugend ständig die Bibliotheken benutzt. Sie sollen durchsetzen, daß die Jungen und Mädel nicht nur selbst die Bücher lesen, sondern auch die fortschrittliche, schöngeistige, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Literatur verbreiten. Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend müssen Sorge tragen für die Verbesserung der Arbeit der Bibliotheken; bei der Arbeit zur Propagierung des Buches muß man solche Mittel wie Literaturabende, Leserversammlungen und -konferenzen, Treffen mit Dichtern und Schriftstellern ausnutzen. Gleichzeitig mit der Verbesserung der Bibliotheken muß man Bücherverzeichnisse für die jungen Leser herausgeben. Die Jugendzeitungen und -zeitschriften sollen öfter Rezensionen über Werke der schöngeistigen Literatur sowie Leserbriefe über einige Bücher publizieren.

Die Organisationen der Partei und der Freien Deutschen Jugend sollen sich systematisch mit dem Inhalt der Repertoires der Kulturgruppen der Freien Deutschen Jugend befas en. Sie sollen dafür Sorge tragen, daß in den Theatern die besten Werke der Gegenwart und der klassischen Kunst aufgeführt werden.

Sie müssen die ideen- und inhaltslosen und antikünstlerischen Werke bekämpfen. Die Jugendverlage sollen die Repertoire-Sammlungen für die Laienkunst- und Kulturgruppen bedeutend verbessern. Sie sollen Wettbewerbe für das beste Lied, Gedicht usw. durchführen sowie die Übersetzung und Herausgabe der besten sowjetischen Repertoires organisieren.

Den Kreisleitungen und Landesvorständen der Freien Deutschen Jugend wird empfohlen, die Anleitung der Organisationen der FDJ an den Hoch- und Fachschulen allseitig zu verbessern. Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend an den Hoch- und Fachschulen sollen für die Verbesserung der Qualität des Studiums und für die Verstärkung der Schuldisziplin kämpfen. Jedes Mitglied der Freien Deutschen Jugend, das studiert, ist verpflichtet, durch eine bewußte Einstellung zum Studium allen anderen das Beispiel zu geben. Es soll bestrebt sein, sein Fachstudium mit einem guten Studium der fortschrittlichen Wissenschaft zu verbinden. Das Zentralkomitee empfiehlt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, das Netz der Abendschulen zu verbreitern, um den Jugendlichen in den Betrieben größere Möglichkeiten zur Erlangung der Mittelschulbildung zu eröffnen. Ferner wird empfohlen, die Einrichtung des Fernstudiums an weiteren Hochschulen vorzubereiten, um den Jugendlichen in den Betrieben die Möglichkeit zur Erlangung der Hochschulbildung zu geben.

Das Zentralkomitee empfiehlt dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend, Maßnahmen zur breiten Entfaltung der Körperkultur als eines der wichtigsten Mittel bei der Organisierung der gesunden Erholung der Jugend, zur Stärkung ihrer Kampfbereitschaft zur Verteidigung des Friedens zu treffen. Zur Entwicklung einer breiten Massensportarbeit unter der Jugend muß man der Isolierung der Arbeit der Sportabteilungen des Verbandes der FDJ und der entsprechenden Sportausschüsse der demokratischen Sportbewegung Einhalt gebieten. Es ist unbedingt notwendig, daß der Deutsche Sportausschuß alle wichtigen Beschlüsse in enger Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend ausarbeitet und beschließt. Die bestehenden Sportvereinigungen sind zu stärken und neue Sportvereinigungen, besonders in den Dörfern, zu schaffen. Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend sollen Initiatoren bei der Durchführung von Massensportveranstaltungen, Sportfesten und Treffen der Sportmeister sein. Es ist notwendig, die Jugend stärker als bisher in das Training zur Ablegung der Prüfung für das Sportleistungsabzeichen einzubeziehen. Man muß besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung und Verbreitung der Klubs der Segelflugmodellbauer, Motorsportler und Wasserfahrtsportler lenken.

Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend sollen zur Sicherung unserer demokratischen Ordnung ständig die Wachsamkeit der Mitglieder der FDJ und der übrigen Jugendlichen stärken. Sie sollen helfen, Feinde des Volkes, Saboteure, Spione, Schädlinge, Diversanten und sonstige Agenten des amerikanisch-englischen Imperialismus zu entlarven und damit die verantwortungsvolle Arbeit der Volkspolizei und der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit zum Schutze der demokratischen Ordnung überall und allseitig zu unterstützen. Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend sollen insbesondere eine breite Aufklärungsarbeit unter der Jugend über die große Bedeutung der Volkspolizei als Schützerin der Interessen des Volkes entfalten. Sie sollen die Jugend im Geiste der Freundschaft und Achtung zur Volkspolizei erziehen. Die Landesvorstände und Kreisleitungen der FDJ sollen den FDJ-

Gruppen in der Volkspolizei bei der Verbesserung der ideologischen Arbeit und der Festigung der Organisation umfassende Hilfe leisten.

Die wachsende Aktivität der Jugend fordert von den leitenden Organen der Freien Deutschen Jugend eine bedeutende Verbesserung der innerverbandlichen Arbeit, die Einbeziehung jedes Mitgliedes der Freien Deutschen Jugend in die aktive Arbeit des Verbandes, die Entfaltung der innerverbandlichen Demokratie, die Stabilisierung der FDJ-Leitungen in den Kreisen und Grundorganisationen, besonders aber in den Betrieben, die Entwicklung der ehrenamtlichen Mitarbeit der Mitglieder, die bessere Auswahl und Anleitung der Kader, vor allem der Gruppenleiter, die Überwindung der Fluktuation innerhalb der Kreisleitungen, die Entwicklung einer kühnen Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person sowie bedingungslose Einhaltung der Verfassung der Freien Deutschen Jugend. Die Parteileitungen müssen der Freien Deutschen Jugend helfen, daß die gewählten Gruppenleiter wie auch die hauptamtlichen Mitarbeiter bei den Kreisleitungen und Landesvorständen ständig qualifiziert werden und in ihrer Zusammensetzung stabil bleiben. Das Hauptgewicht der Arbeit der leitenden Organe der Freien Deutschen Jugend muß auf die allseitige Verstärkung der Grundorganisationen als der Grundlage des gesamten Verbandes konzentriert werden.

Die Freie Deutsche Jugend muß einen entschlossenen Kampf gegen die bürokratischen Methoden der Anleitung in einigen Leitungen führen. Es ist ein entschiedener Kampf gegen die Rundschreibenfabrikation und gegen die endlosen Sitzungen und Konferenzen zu führen. Der Zentralrat, die Landesvorstände und Kreisleitungen der Freien Deutschen Jugend sollen auf alle Fragen, die von der Jugend gestellt werden, lebendig reagieren. Sie sollen energisch jede Initiative der Jugend unterstützen.

Der Zentralrat und die übrigen Leitungen der Freien Deutschen Jugend sollen insbesondere die Auswahl, Entwicklung und den Einsatz der Kader ständig anleiten und kontrollieren. Für die leitende Arbeit im Verband sollen die bewußtesten, die der Deutschen Demokratischen Republik getreuesten und ergebensten, die in der praktischen Arbeit bewährtesten Mitglieder eingesetzt werden. Man muß mit der Fluktuation der leitenden und gewählten Funktionäre der FDJ Schluß machen und der Kooptierung und dem nichtbegründeten Abschieben von einer Stelle zur anderen Einhalt gebieten.

Das Zentralkomitee empfiehlt dem Zentralrat der FDJ, sicherzustellen, daß solche Mitglieder der FDJ, die in einer Lehrausbildung stehen oder an einer Ober- oder Hochschule studieren, nicht in hauptamtliche Funktionen berufen oder gewählt werden, damit diesen Jugendlichen nicht die Möglichkeit einer abgeschlossenen Lehr- und Schulausbildung genommen wird.

Das Zentralkomitee verpflichtet die Landesleitungen der Partei, der Freien Deutschen Jugend bei der Verbesserung der Arbeit der Jugendschulen große Hilfe zu leisten. Diese Schulen sind eines der wichtigsten Kettenglieder in der fachlichen und politischen Vorbereitung der leitenden Kader der Freien Deutschen Jugend. Man muß die Lehrerkollektivs an den Schulen verstärken, die Qualität des Unterrichts steigern und überhaupt das Studium an diesen Schulen verbessern. Die Funktionäre, die diese Schulen beendet haben, sollen in erster Linie in leitende Funktionen des Verbandes eingesetzt werden. Zur Erhöhung der politischen und fachlichen Qualifikation der Lehrer müssen Lehrerseminare, Erfahrungsaustausche, Lektionen, Vorträge, theoretische Beratungen organisiert werden.

Es ist die Aufgabe der Parteileitungen, dafür zu sorgen, daß die jugendlichen Mitglieder und Kandidaten der Partei es als ihre Pflicht betrachten, im Verband der Freien Deutschen Jugend zu arbeiten, sich das Vertrauen der Jugendlichen zu erwerben und in den Leitungen der FDJ aktiv mitzuwirken. Es ist die Aufgabe der jungen Mitglieder und Kandidaten der Partei, auf allen Gebieten der FDJ-Arbeit sowie im Beruf den Mitgliedern der FDJ Vorbild zu sein. Eine entscheidende Aufgabe der Partei und der Freien Deutschen Jugend besteht in der Erziehung der Jugend zu qualifizierten Facharbeitern. Das Zentralkomitee weist die Parteileitungen und insbesondere die Genossen in den Gewerkschaften darauf hin, sich mehr als bisher um die Berufsausbildung, die Förderung der jungen Aktivisten, der Jugendbrigaden und der Neuererbewegung unter der Jugend zu kümmern, und fordert die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend auf, noch kühner und entschlossener an die Spitze des Kampfes zur Erfüllung des Fünfjahrplanes zu treten. Die Kenntnis der Jahres- und Perspektivpläne des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues der DDR und die Mobilisierung der Jugend zur Erfüllung dieser Pläne ist eine entscheidende Aufgabe der Freien Deutschen Jugend. Man muß erreichen, daß die ganze Jugend der DDR von dem Enthusiasmus des Aufbaues, der Beherrschung von Wissenschaft und Technik durchdrungen ist. Jedes Mitglied der Freien Deutschen Jugend soll durch seine hartnäckige Arbeit der Jugend ein Beispiel des Kampfes für die Erfüllung der großen historischen Aufgabe des Fünfjahrplanes in Industrie, Transport, Landwirtschaft, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Aufbaues der Deutschen Demokratischen Republik geben.

Das Zentralkomitee empfiehlt der Freien Deutschen Jugend, Patenschaften über die wichtigsten Großbauten des Fünfjahrplanes zu übernehmen. Die Freie Deutsche Jugend soll die Bewegung der Jungaktivisten, die Schaffung von Arbeitsbrigaden fördern sowie die Erfahrungen der jungen Neuerer verbreiten. Sie soll dahin wirken, daß jeder Arbeiter die Arbeitsdisziplin streng einhält, daß er von Tag zu Tag seine Produktionsnormen erfüllt und übererfüllt, daß er die Qualität verbessert, daß er ständig seine fachliche Qualifikation erhöht, daß er immer an der Weiterentwicklung der Technik arbeitet und daß er Vorbild ist bei der Einsparung von Rohstoffen, Brennstoffen und Strom. Die vom Zentralrat der FDJ bereits organisierten Zusammenkünfte junger Bergarbeiter und Bauarbeiter sind systematisch auszubauen.

Das Zentralkomitee empfiehlt dem Zentralrat der FDJ, Wanderfahnen und Urkunden des Zentralrates der FDJ für die Auszeichnung der besten Jungaktivisten, Jugendarbeitsbrigaden und auch der Organisationen der FDJ in Industrie, Transport und Landwirtschaft zu schaffen. Dem Zentralrat der FDJ wird außerdem empfohlen, zur Förderung der Jungaktivistenbewegung ein besonderes Abzeichen zu stiften, das unabhängig von den staatlichen Auszeichnungen für gute Arbeitsleistung verliehen werden kann.

Die Organisationen der Freien Deutschen Jugend in den MAS und VEG müssen bedeutend erweitert und verstärkt werden. Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend in den MAS müssen dafür kämpfen, daß jeder junge Traktorist seine Produktionsnormen erfüllt und übererfüllt, für die Erhöhung der Ernteerträge arbeitet, daß er alle Regeln der Pflege und Bedienung der Maschinen einhält, allen Anforderungen der Agrotechnik gerecht wird, für die Einsparung von Brennstoff sorgt und für die Verlängerung der Arbeitsdauer der Traktoren ohne Generalreparatur. Die Gruppen der Freien Deut-

schen Jugend auf dem Dorf müssen Organisatoren der Massenbewegung der Bauernjugend für die Beherrschung der landwirtschaftlichen Maschinentechnik und der agronomischen Kenntnisse und für die Erringung des Titels „Meisterbauer" sein.

Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend in den Verwaltungen und auch in den Betrieben sollen ihre Aktivität im Kampf gegen den Bürokratismus verstärken. Sie sollen die Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsapparates anstreben und die Verbindung desselben mit den Massen verstärken helfen.

Der Jugend auf dem Lande muß von den Parteiorganisationen geholfen werden, das Allgemeinwissen zu vertiefen und ihrem Anspruch auf gute kulturelle Betätigung Rechnung zu tragen. Die Jugendlichen in den Dörfern haben den Willen zum Lernen und zur Verbesserung ihrer Allgemeinbildung. Das bewies die Durchführung der Theatertage der Jugend, zu denen die ländliche Jugend in großen Scharen in die Theater strömte. Das beweisen unter anderem die Erfolge der Klubs junger Agronomen und die Mitschurinarbeit der Jugend auf dem Lande. Es kommt nunmehr darauf an, die guten Anfänge einer beispielhaften Jugendarbeit im breiten Maße zum Durchbruch zu bringen. Es ist Aufgabe der FDJ, auf dem Dorfe ein reges Jugendleben auf allen Gebieten zu entfalten. Um der Freien Deutschen Jugend dabei zu helfen, muß die Partei bemüht sein, erfahrene Künstler und Wissenschaftler auf das Land zu schicken. Gute Kulturgruppen der Freien Deutschen Jugend aus den Betrieben sollen den Jugendlichen in den Dörfern Anleitung geben und ihnen ihre Erfahrungen vermitteln. Filmabende, Lesezirkel, Dichterlesungen und Musikabende werden mithelfen, bei den Jugendlichen das Interesse für unser nationales kulturelles Erbe zu wecken. Dabei muß man stärker als bisher beachten, daß bei der Entfaltung des kulturellen Lebens auf dem Lande an die schönen ländlichen Bräuche angeknüpft wird, wie zum Beispiel an die heimatlichen Trachtengruppen, Volkstänze und Heimatlieder. Vor allem muß man der Jugend auf dem Lande helfen, daß sie durch die Errichtung von Sportplätzen ihrem Verlangen nach Sport und Spiel nachgehen kann. Um die Leitungen der Freien Deutschen Jugend zu befähigen, ihre Aufgaben noch umfassender zu erfüllen, ist es notwendig, in den Städten, Dörfern und Betrieben Jugendaktivs zu bilden. Diese Jugendaktivs haben die Aufgabe, den Leitungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralrates, bei der allseitigen Entfaltung des Jugendlebens, bei der Schaffung der Massenbasis in der kulturellen Arbeit sowie bei der qualifizierten Durchführung des FDJ-Schuljahres zu helfen.

Eine große Verantwortung und ehrenvolle Aufgabe trägt die Freie Deutsche Jugend bei der Anleitung der Organisationen der Jungen Pioniere, der sie ihre besten Mitglieder als Pionierleiter zur Verfügung stellen muß. Die Pionierleiter müssen verantwortungsbewußte Menschen sein, die in der Lage sind, die Jungen Pioniere zum demokratischen Patriotismus, zu Frieden und Völkerfreundschaft zu erziehen.

In der Organisation der Jungen Pioniere ist gegenwärtig die vordringlichste Aufgabe die Entfaltung einer intensiven Lernbewegung, die verbunden sein muß mit einem frohen, interessanten, erlebnisreichen Pionierleben. Dazu gehören der Pioniersport, Spiele und Wanderungen, die Entfaltung zahlreicher Studienzirkel, wie Biologie, Geologie, Phototechnik usw. Die Partei muß dafür Sorge tragen, daß die Pionierleiter in der Entfaltung des frohen Jugendlebens

aus den großen Erfahrungen der Arbeit der Pioniere der Sowjetunion lernen. Die Parteileitungen haben ferner die Aufgabe, zu helfen, die Jungen Pioniere mit den Problemen der deutschen Arbeiterbewegung vertraut zu machen und in ihnen die Aufgeschlossenheit für den Kampf um die nationale Einheit unseres Vaterlandes und für die Erhaltung des Friedens zu wecken.

Die Partei muß dafür Sorge tragen, daß der häufige Wechsel der Pionierleiter aufhört und eine Stabilität eintritt. Die Arbeit eines hauptamtlichen Pionierleiters darf nicht als Zwischenstation für andere Funktionen betrachtet werden, mit Ausnahme einer späteren Tätigkeit als Lehrer und Erzieher. Die verantwortungsvolle Aufgabe des hauptamtlichen Pionierleiters ist gleichzusetzen mit der Tätigkeit der Lehrer und Erzieher. Dem Pionierleiter fällt die große und schöne Aufgabe zu, die ihm anvertrauten Jungen und Mädel zur Freundschaft mit der Sowjetunion und allen friedliebenden Völkern, der Liebe zur Heimat, zur Bereitschaft zum Lernen, zur Verteidigung des Friedens zu erziehen. Die Partei muß ebenfalls dafür Sorge tragen, der Freien Deutschen Jugend zu helfen, genügend Gruppenpionierleiter heranzubilden.

Das konsequente Eintreten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Kampf um die nationale Einheit unseres Vaterlandes, die Sicherung des Friedens, ihre Entwicklung einer erfolgreichen Initiative zum Aufbau unserer Heimat haben dazu geführt, daß die überwiegende Mehrheit der jungen Generation in ihr ihren besten Freund und Helfer erblickt.

Die Partei macht es allen Leitungen, Mitgliedern und Kandidaten zur Pflicht, die Rechte der Jugend zu achten, ihr Berater und Wegweiser bei all ihren Aufgaben zu sein.

Die Anerkennung, die Liebe und das Vertrauen der Jugend zu unserer Partei finden ihren besonderen Ausdruck in der Grußbotschaft der deutschen Jugend an unseren Genossen Stalin. Die Freie Deutsche Jugend weiß, daß die SED im Kampf unseres Volkes um die demokratische Freiheit und nationale Unabhängigkeit vorangeht. Sie geht diesen Weg mit unserer Partei, mit dem deutschen Volk, weil sie von der Richtigkeit des Weges, der ihr die Perspektive des Glückes und der Entfaltung all ihrer Fähigkeiten gibt, zutiefst überzeugt ist.

Das Zentralkomitee macht es allen Parteileitungen, Mitgliedern und Kandidaten zur Pflicht, die besten, aktivsten und treuesten jungen Patrioten und Friedenskämpfer aus den Reihen der Freien Deutschen Jugend als Kandidaten für die Partei zu gewinnen. Diese jungen erprobten Kader werden unserer Partei mit ihrem jugendlichen Elan mithelfen, noch schneller und erfolgreicher die Sache der Arbeiterklasse, die Sache aller Werktätigen, die Sache aller ehrlichen Patrioten und Friedenskämpfer, die Sache der deutschen Einheit zum Siege zu führen.

Redaktionskollegium:

Fred Oelßner (Chefredakteur)

Kurt Hager, Lotte Kühn, Bruno Leuschner, Otto Winzer

Dietz Verlag GmbH., Berlin C 2, Wallstraße 76/79, Fernruf 67 63 61 / (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und die Literaturvertriebe sämtlicher Parteigruppen entgegen) / Redaktion: Berlin C 2, Kleine Alexanderstraße 28, Karl-Liebknecht-Haus, Fernruf 42 00 56 / Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Verlag GmbH., Berlin W 8, Jägerstraße 10/11 1021

EINHEIT

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

HEFT 6 JUNI 1952 SED 7. JAHRGANG 0.50 DM

INHALT

EINHEIT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Herausgeber: Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin C 2, Kleine Alexanderstr. 28, Karl-Liebknecht-Haus, Telefon: 420056

Note der Regierung der UdSSR vom 24. Mai 1952

Am 13. Mai dieses Jahres erhielt das Außenministerium der UdSSR von den Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Moskau gleichlautende Noten der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs als Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 9. April dieses Jahres über einen Friedensvertrag mit Deutschland.

Am 24. Mai richtete das Außenministerium der UdSSR an die Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs Antwortnoten der Sowjetregierung.

Nachstehend wird der Wortlaut der Antwortnote der Sowjetregierung vom 24. Mai 1952 veröffentlicht:

Im Zusammenhang mit der Note der Regierung der USA vom 13. Mai dieses Jahres erachtet es die Sowjetregierung für erforderlich, folgendes zu erklären:

1. *Über die Dringlichkeit der Lösung der deutschen Frage und über die Verschleppung des Notenaustausches zu dieser Frage durch die Westmächte.*

In der Note vom 10. März dieses Jahres unterbreitete die Sowjetregierung den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Vorschlag, gemeinsam die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu erörtern. Um die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erleichtern und zu beschleunigen, legte die Sowjetregierung ihren Entwurf für diesen Vertrag vor und brachte gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, auch andere mögliche Vorschläge in dieser Frage zu prüfen. Die Sowjetregierung erachtet es nach wie vor für notwendig, diese Frage unverzüglich zu lösen und dabei von den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und der Notwendigkeit der Befriedigung der berechtigten nationalen Forderungen des deutschen Volkes auszugehen. Insofern in der Antwortnote der Regierung der USA vom 25. März im Zusammenhang mit der Frage der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung der Vorschlag über die Prüfung der Bedingungen für die Abhaltung allgemeiner Wahlen in Deutschland unterbreitet wurde, erklärte

sich die Sowjetregierung in ihrer Note vom 9. April mit diesem Vorschlag einverstanden, bestand jedoch darauf, daß diese Prüfung nicht von einer Kommission der Vereinten Nationen, die für die Fragen einer Friedensregelung mit Deutschland nicht zuständig sind, sondern von einer unparteiischen Kommission der vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächte durchgeführt wird. Gleichzeitig hat die Sowjetregierung der Regierung der USA wie auch den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs nochmals vorgeschlagen, die Erörterung des Friedensvertrages mit Deutschland sowie der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung nicht länger hinauszuschieben. Obwohl die Sowjetregierung den Vorschlag der Regierung der USA über die Prüfung der Bedingungen für die Abhaltung freier, allgemeiner Wahlen in Deutschland angenommen hat und obwohl der Vorschlag der Sowjetregierung über die Ernennung einer Kommission für die Durchführung einer solchen Prüfung auf Grund eines Abkommens zwischen den vier Mächten die Objektivität und Unvoreingenommenheit dieser Kommission gewährleistet, wird die Lösung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und der Vereinigung Deutschlands, wie die Note der Regierung der USA vom 13. Mai zeigt, erneut auf unbestimmte Zeit verschoben. Aus dieser Note geht hervor, daß die Regierung der USA es auch ablehnt, daß die vier Mächte endlich ohne weiteren Verzug an die Erörterung dieser Fragen herangehen. Die Regierung der USA stellt anstatt dessen in ihrer Note vom 13. Mai eine ganze Reihe neuer vorläufiger Bedingungen, die in der Note vom 25. März nicht enthalten waren und über die, wie sie jetzt vorschlägt, durch eine Fortsetzung des Notenwechsels eine Einigung erzielt werden soll, bevor direkte Verhandlungen aufgenommen werden.

So schlägt die Regierung der USA in ihrer Note vom 13. Mai vor, sich noch vor der Aufnahme direkter Verhandlungen „über den Rahmen der Verhandlungen und die wesentlichen zu erörternden Probleme“ zu einigen sowie den Notenaustausch über die Zusammensetzung und die Funktionen der Kommission zur Prüfung der Bedingungen für allgemeine Wahlen in Deutschland fortzusetzen usw.

Alle diese Tatsachen zeugen davon, daß die Regierung der USA weiterhin den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung hinausschiebt. Nur dadurch ist der Umstand zu erklären, daß die Regierung der USA in der Note vom 13. Mai erneut eine Reihe von Fragen aufwirft, um den sich ohnehin schon über einige Monate hinziehenden Notenwechsel weiterzuführen, anstatt in direkte Verhandlungen der vier Mächte einzutreten und mit der gemeinsamen Erörterung des Friedensvertrages mit Deutschland und aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen zu beginnen.

Angesichts einer solchen Lage muß sich sowohl in Deutschland wie auch außerhalb Deutschlands der Eindruck verstärken, daß die Regierung der USA in Wirklichkeit nicht danach strebt, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen und der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht wird. In-

dessen kann ohne den Abschluß eines Friedensvertrages und die Vereinigung Deutschlands kein unabhängiger und voll gleichberechtigter deutscher Staat, der den wahren Willen des gesamten deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, wiederhergestellt werden.

2. *Über die separaten Abkommen der Westmächte mit Westdeutschland und über ihre Versuche, dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auszuweichen.*

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, besondere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Regierung der USA gemeinsam mit den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs bei Fortdauer des Notenaustausches gleichzeitig separate Verhandlungen mit der Bonner Regierung Westdeutschlands über den Abschluß des sogenannten „General"vertrages führt. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um keinerlei Art von „General"vertrag, sondern um einen Separatvertrag, der, um das Volk zu betrügen, fälschlicherweise als „General"vertrag bezeichnet wird. Auf diese Weise wird das Potsdamer Abkommen, durch das den vier Mächten — den USA, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR — die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auferlegt wird, gröblich verletzt.

Ungeachtet des geheimen Charakters der mit der Bonner Regierung geführten Verhandlungen und obwohl der vollständige Wortlaut dieses separaten Abkommens bis jetzt noch nicht veröffentlicht wurde, ist der Inhalt dieses separaten Vertrages bereits aus Presseveröffentlichungen bekannt geworden. Aus diesen Veröffentlichungen ist zu ersehen, daß dieser, von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vorbereitete Separatvertrag mit Westdeutschland keineswegs das Ziel hat, Westdeutschland Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu gewähren. Gleichzeitig mit der formalen Aufhebung des Besatzungsstatuts hält dieser Vertrag faktisch die militärische Besetzung aufrecht, wobei Westdeutschland in einer Position der Abhängigkeit und Unterwerfung gegenüber der Regierung der USA sowie Großbritanniens und Frankreichs bleibt.

Gleichzeitig damit legalisieren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs durch den Abschluß dieses Separatvertrages mit Westdeutschland die Wiederaufstellung einer deutschen Wehrmacht mit Hitlergeneralen an der Spitze, das heißt, daß sie den Weg zur Wiedererstehung eines aggressiven westdeutschen Militarismus öffnen. Faktisch ist dieser Vertrag ein offenes Kriegsbündnis der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit der Regierung Westdeutschlands, mit dessen Hilfe das deutsche Volk von der Bonner Regierung in die Vorbereitung eines neuen Krieges hineingezerrt wird. Gleichzeitig damit drängen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf die Einbeziehung Westdeutschlands in die unter der Bezeichnung „europäische Verteidigungsgemeinschaft" auf ihr Betreiben in Bildung begriffene Staatengruppierung Frankreich, Westdeutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg. Diese, sich die Bezeichnung „europäische Gemeinschaft" anmaßende Gruppierung soll zu einem Bestandteil des Nord-

atlantikblocks werden und die sogenannte Europaarmee schaffen, zu der die jetzt in Westdeutschland in Wiederaufstellung begriffenen bewaffneten Streitkräfte gehören sollen. Es ist ganz offenkundig, daß das Ziel der Bildung der „europäischen Gemeinschaft" und der „Europaarmee" nicht nur darin besteht, die schon faktisch in Durchführung begriffene Remilitarisierung Westdeutschlands zu legalisieren, sondern auch Westdeutschland in den aggressiven Nordatlantikblock einzubeziehen.

Es ist allen bekannt, daß gerade in der letzten Zeit die Regierung der USA darauf drängt, sowohl den Abschluß des erwähnten separaten Vertrages mit Westdeutschland als auch die Einbeziehung Westdeutschlands in die „europäische Gemeinschaft" mit allen Mitteln zu beschleunigen. Es wird damit nicht nur angestrebt, einen Teil Deutschlands von dem anderen endgültig loszureißen, sondern auch beide Teile Deutschlands in Gegensatz zueinander zu bringen.

Das bedeutet, daß die Regierung der USA weder an der Vereinigung Deutschlands noch an einem Friedensvertrag mit Deutschland interessiert ist, sondern sich zum Ziel setzt, Westdeutschland und die in Wiederaufstellung begriffene westdeutsche Armee durch neue separate Abkommen noch fester als bisher an den Nordatlantikblock zu binden. Das ist mit den Perspektiven der friedlichen Entwicklung in Europa unvereinbar.

Alles das zeigt, daß gegenwärtig ein Komplott zwischen den revanchelüsternen herrschenden Kreisen Westdeutschlands und der nordatlantischen Staatengruppe im Gange ist. Dieses Komplott kann nur auf der Voraussetzung einer Unterstützung der Revanchebestrebungen der Bonner Adenauer-Regierung beruhen, die die Entfesselung eines neuen Krieges in Europa vorbereitet. Die jetzt in Aufstellung begriffene westdeutsche Armee, mit faschistischen Hitlergeneralen an der Spitze, kann nur den aggressiven Zielen der deutschen Revanchepolitiker dienen. Andererseits unterstreicht die Einbeziehung einer solchen westdeutschen Armee in die sogenannte „Europaarmee" und folglich in die Armee des Nordatlantikblocks noch stärker den aggressiven Charakter der gesamten Nordatlantikgruppierung.

Im Lichte dieser Tatsachen glaubt niemand, daß die jetzt vorbereitete Bildung der „europäischen Gemeinschaft" und der „Europaarmee" den „Weg zum Frieden" darstellen kann, wie es in der amerikanischen Note vom 13. Mai heißt. Der tatsächliche Sinn des erwähnten Komplottes des Nordatlantikblocks mit der Adenauer-Regierung kann nur in einer weiteren Verschärfung des aggressiven Charakters der nordatlantischen Mächtegruppierung bestehen, die jetzt einen direkten Zusammenschluß mit den deutschen Revanchepolitikern, diesen aggressivsten Kreisen in Europa, anstrebt. Der Abschluß eines Abkommens mit der Bonner Regierung Westdeutschlands von der Art des schon erwähnten Separatvertrages oder eines Abkommens über die „europäische Gemeinschaft" erlegt diesem Teil Deutschlands neue Verpflichtungen auf und verstärkt seine Abhängigkeit von den Besatzungsmächten. Es erschwert die Vereinigung mit dem östlichen Teil Deutschlands, der nicht durch solche Verpflichtungen gebunden ist und sich unter Bedingungen entwickelt, die einer

nationalen Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staat förderlich sind. Das Bestreben der Regierung der USA, so schnell wie möglich die oben angeführten separaten Abkommen mit Westdeutschland abzuschließen, während die Verhandlungen über einen Friedensvertrag und die Vereinigung Deutschlands immer wieder aufgeschoben werden, bedeutet, daß die Absicht besteht, das deutsche Volk durch die erwähnten separaten Abkommen vor vollendete Tatsachen zu stellen: Das deutsche Volk wird vor die Tatsache gestellt, daß Westdeutschland remilitarisiert wird und daß die Besatzungstruppen in Westdeutschland bleiben, und auf dem Weg des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Vereinigung Deutschlands werden derzeitig unüberwindbare Hindernisse aufgerichtet.

Man kann jedoch nicht einerseits von der Notwendigkeit eines Friedensvertrages und der Vereinigung Deutschlands sprechen und andererseits alles tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates zu erschweren und zu behindern. Das führt zur Untergrabung jeglichen Vertrauens zur doppelgleisigen Politik solcher Mächte und stellt das deutsche Volk vor die Notwendigkeit, eigene Wege zur Erreichung eines Friedensvertrages und zur nationalen Vereinigung Deutschlands zu suchen.

3. Vorschlag der Sowjetregierung.

Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland sowie in der Frage der Vereinigung Deutschlands und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung schlägt die Sowjetregierung der Regierung der USA sowie den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs erneut vor, zur gemeinsamen Beratung über diese Frage zu schreiten und keine weiteren Verzögerungen in dieser Sache zuzulassen.

Die Fortsetzung der Erörterung dieser Fragen mittels eines weiteren Notenaustausches kann nicht die Ergebnisse zeitigen, die in unmittelbaren Verhandlungen erzielt werden können, sondern ist nur geeignet, die Erzielung eines Übereinkommens zu erschweren. Zudem muß eine weitere Verschleppung der Lösung der Frage eines Friedensvertages und der Vereinigung Deutschlands den berechtigten Unwillen des deutschen Volkes hervorrufen. Darüber hinaus laufen derartige Verzögerungen in dieser Sache dem Interesse der Herstellung normaler und dauerhafter Beziehungen zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten sowie den Interessen der Festigung des Weltfriedens zuwider.

Die Sowjetregierung geht hierbei von dem Grundsatz aus, daß sowohl die Regierung der UdSSR als auch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich bei der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland von den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens leiten lassen werden, unter anderem in der Frage der Grenzen Deutschlands, worauf die Sowjetregierung schon in ihrer Note vom 9. April hingewiesen hat.

Was die gesamtdeutsche Regierung und ihre Machtbefugnisse anbetrifft, so versteht sich von selbst, daß sich diese Regierung ebenfalls von den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und nach dem Abschluß eines Friedensvertrages von den Bestimmungen des Friedensvertrages, der der Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens in Europa dienen soll, leiten lassen muß. Dabei ist die Sowjetregierung weiterhin der Ansicht, daß es ein unabdingbares Recht des deutschen Volkes ist, über eigene nationale Streitkräfte zu verfügen, die zur Verteidigung des Landes notwendig sind, ohne welche die Frage der Machtbefugnisse einer gesamtdeutschen Regierung nicht in gerechter und würdiger Weise gelöst werden kann.

Indem die Sowjetregierung den Vorschlag macht, unverzüglich zu direkten Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland und über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu schreiten, geht sie gleichfalls davon aus, daß keinerlei von dem einen oder anderen Teil Deutschlands mit den Regierungen anderer Staaten abgeschlossene separate Abkommen der gesamtdeutschen Regierung irgendwelche Verpflichtungen auferlegen und daß eine gesamtdeutsche Regierung, die den Friedensvertrag unterzeichnet, alle Rechte besitzen wird, über die die Regierungen anderer unabhängiger und souveräner Staaten verfügen.

Gleichlautende Noten wurden vom Außenministerium der UdSSR an die Botschaften Großbritanniens und Frankreichs übermittelt.

Gegen Buchstabengelehrtheit und Talmudismus

Hunderttausende Mitglieder und Kandidaten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie fortschrittliche Parteilose befassen sich gegenwärtig mit dem Studium der marxistisch-leninistischen Theorie. Man kann sagen, daß dabei, besonders im Zusammenhang mit der Durchführung des zweiten Parteilehrjahres, bereits große Erfolge erzielt worden sind. Die Notwendigkeit der Kenntnis und Beherrschung der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft wird heute von den Mitgliedern und Kandidaten unserer Partei mehr denn je zuvor verstanden. Die Ergebnisse dieses Studiums zeigen sich in der wachsenden politischen Aktivität und Reife der Parteiorganisationen und in einer bedeutenden Hebung des demokratischen Staatsbewußtseins der Werktätigen, was besonders in den zahlreichen Selbstverpflichtungen, die von Arbeitern, werktätigen Bauern, Angestellten und Intellektuellen an ihrer Arbeitsstelle übernommen werden, zum Ausdruck kommt.

Die Theorie des Marxismus-Leninismus ist die scharfe Waffe und der unentbehrliche Leitfaden für alle kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. In ihr sind die Ergebnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, die Erfahrungen des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung aller Länder zusammengefaßt. Die Aufgabe der Theorie besteht, wie Genosse Stalin lehrt, vor allem darin, die objektiven Prozesse, d. h. die unabhängig vom Bewußtsein und Willen des Proletariats und seiner Partei in Natur und Gesellschaft vor sich gehenden Prozesse in ihrer Entwicklung zu erforschen und die Tendenzen der Entwicklung zu bestimmen.

> „Die Theorie des Marxismus, die die objektiven Prozesse des Kapitalismus in ihrer Entwicklung und ihrem Absterben erforscht, gelangt zu dem Schluß, daß der Sturz der Bourgeoisie und die Ergreifung der Macht durch das Proletariat unvermeidlich sind, daß der Kapitalismus unweigerlich durch den Sozialismus abgelöst wird. Die proletarische Strategie kann nur dann als wirklich marxistisch bezeichnet werden, wenn diese wichtigste Schlußfolgerung der Theorie des Marxismus ihrer Arbeit zugrunde gelegt wird." (J. W. Stalin, Werke, Bd. 5, S. 143)

Die Partei des Proletariats muß sich in ihrer gesamten Tätigkeit, bei der Bestimmung ihrer Strategie und Taktik stets von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten lassen, denn nur durch die Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft ist sie in der Lage, sich in der jeweiligen Situation zu orientieren und zu erkennen, wie und wohin sich die Ereignisse gegenwärtig entwickeln und künftig entwickeln müssen. Genosse Stalin lehrt in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", daß nur eine Partei, die die marxistisch-leninistische Theorie gemeistert hat, mit Zuversicht vorwärts marschieren und die Arbeiterklasse vorwärtsführen kann. Eine Partei jedoch, die die marxistisch-leninistische Theorie n'cht gemeistert hat, verliert die Zuversicht in ihre Handlungen und ist nicht in der Lage, die Arbeiterklasse vorwärts zu führen. Hieraus ergibt sich für unsere Partei die Verpflichtung, dem Studium der marxistisch-

leninistischen Theorie stets die größte Aufmerksamkeit zu widmen und es beharrlich zu verbessern. Insbesondere ist es erforderlich, das ideologisch-politische Niveau der leitenden Kader der Partei ständig zu heben und sie zu befähigen, die marxistisch-leninistische Theorie in ihrer praktischen Arbeit anzuwenden. Davon hängt letzten Endes die Qualität der Arbeit unserer leitenden Kader auf allen Gebieten und der Erfolg unserer Politik ab.

Die leitenden Kader unserer Partei und Hunderttausende Mitglieder und Kandidaten sowie fortschrittliche Parteilose haben in den vergangenen Jahren durch den Besuch von Zirkeln und Lehrgängen und durch organisiertes Selbststudium ihr ideologisch-politisches Niveau beträchtlich erhöht. Dies war vor allem dadurch möglich, daß an den Parteischulen und in den Zirkeln des Parteilehrjahres ein gründliches Studium der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang" durchgeführt wurde. Die gewaltige Bedeutung des Kurzen Lehrgangs besteht darin, daß er eine „Enzyklopädie des Grundwissens auf dem Gebiete des Marxismus-Leninismus" (Shdanow) darstellt, und daß er alle Fragen der Theorie in unlösbarem Zusammenhang mit den historischen Geschehnissen und der revolutionären Praxis behandelt. Die Geschichte der KPdSU (B) ist der Marxismus-Leninismus in Aktion. Dieses Meisterwerk bietet die Möglichkeit, nicht nur die wissenschaftlich-theoretischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Partei des Proletariats gründlich und umfassend kennenzulernen, sondern auch ihre Verwirklichung im erfolgreichen Kampf um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, um den Sieg des Sozialismus. Deshalb muß das Studium der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang" im Mittelpunkt der gesamten ideologisch-propagandistischen Arbeit der Partei stehen.

☆

Der Marxismus-Leninismus ist eine Wissenschaft. Er ist, wie Genosse Stalin in seinem genialen Werk „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" lehrt,

> „... die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Siege des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft." (J. W. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 65)

Wie jede wahre Wissenschaft, so kann auch die marxistisch-leninistische Wissenschaft nicht auf einer Stelle beharren, sondern muß sich entwickeln und vervollkommnen. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft trägt einen schöpferischen Charakter. Sie muß stets durch die neuen Erfahrungen der revolutionären Bewegung, durch neue Erkenntnisse ergänzt und bereichert werden. Hieraus ergibt sich, daß einzelne Formeln und Schlußfolgerungen des Marxismus-Leninismus im Laufe der Zeit verändert werden müssen und daß

es notwendig ist, sie durch neue Formeln und Schlußfolgerungen zu ersetzen, die den neuen historischen Verhältnissen und Aufgaben entsprechen. Daher sagt J. W. Stalin:

„Der Marxismus erkennt keine unveränderlichen Schlußfolgerungen und Formeln an, die für alle Epochen und Perioden obligatorisch wären. Der Marxismus ist ein Feind jeglichen Dogmatismus." (Ebenda, S. 65)

Marx und Engels haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die von ihnen geschaffene Theorie kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln ist. In dem Brief an Schmidt vom 5. August 1890 wendet sich Engels mit aller Schärfe gegen die Versuche einiger Literaten in Deutschland, aus dem Marxismus eine Sammlung toter Formeln zu machen. Er schreibt:

„Überhaupt dient das Wort ‚materialistisch' in Deutschland vielen jüngeren Schriftstellern als eine einfache Phrase, womit man alles und jedes ohne weiteres Studium etikettiert, d. h. diese Etikette aufklebt und dann die Sache abgetan zu haben glaubt. Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Konstruktion á la Hegelianertum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, die Daseinsbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen im einzelnen untersucht werden, ehe man versucht, die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen usw. Anschauungsweisen, die ihnen entsprechen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bis jetzt nur wenig geschehn, weil nur wenige sich ernstlich darangesetzt haben. Darin können wir Hilfe in Massen brauchen, das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen. Statt dessen aber dient die Phrase des historischen Materialismus (man kann eben *alles* zur Phrase machen) nur zu vielen jungen Deutschen nur dazu, ihre eignen relativ dürftigen historischen Kenntnisse — die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln! — schleunigst systematisch zurechtzukonstruieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 457/458)

Mit nicht geringerer Schärfe wendet sich Engels in dem Brief an Paul Ernst gegen die Verwandlung des Marxismus und seiner dialektischen Methode in eine Schablone, indem er schreibt (am 5. Juli 1890):

„Was Ihren Versuch, die Sache materialistisch zu behandeln, angeht, so muß ich vor allem sagen, daß die materialistische Methode in ihr Gegenteil umschlägt, wenn sie nicht als Leitfaden beim historischen Studium behandelt wird, sondern als fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurecht schneidet." („Marx-Engels über Kunst und Literatur", Verlag Henschel und Sohn, Berlin 1948, S. 15)

In den Händen der Opportunisten der II. Internationale, einschließlich der „Orthodoxen" vom Schlage Kautskys, die nicht fähig oder nicht willens waren, in das Wesen des Marxismus einzudringen, verwandelte sich die

marxistische Theorie in eine Dogmensammlung, eine Sammlung toter und nichtssagender Formeln. In seinem Werk „Über die Grundlagen des Leninismus" erklärt J. W. Stalin, daß es bei den Opportunisten der II. Internationale eine Reihe theoretischer Dogmen gibt, auf denen sie ständig wie auf Steckenpferden herumreiten. So erklärten die Opportunisten, daß das Proletariat die Macht nicht ergreifen könne und dürfe, wenn es nicht die Mehrheit im Lande bilde, daß es die Macht nicht behaupten könne, wenn es nicht über eine Menge fertiger kulturell hochstehender und ausgebildeter Kader verfüge. Sie meinten, daß die Anwendung des politischen Generalstreiks falsch sei, da die parlamentarischen Kampfformen die Hauptformen des Klassenkampfes des Proletariats seien. Sie klammerten sich an die Erklärung von Engels, daß die parlamentarische demokratische Republik die zweckmäßigste Form der politischen Organisation der Gesellschaft in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sei usw. usf.

Lenin und Stalin führten stets einen unversöhnlichen Kampf gegen diese von den Opportunisten aller Schattierungen betriebene dogmatische Verzerrung des Marxismus und gegen die Verwandlung der Marxisten in Wortklauber und Schriftgelehrte. In seinem Artikel „Lenin als Organisator und Führer der KPR" deckt J. W. Stalin den Zwiespalt, der zwischen Worten und Taten der Opportunisten besteht, auf. Er weist darauf hin, daß die Buchstabengelehrten nicht von der Erfahrung, von der Berücksichtigung der praktischen Arbeit ausgehen, sondern von Marx-Zitaten, daß sie Weisungen und Direktiven nicht aus der Analyse der lebendigen Wirklichkeit schöpfen, sondern aus Analogien und historischen Parallelen. Ein klassisches Beispiel hierfür ist bekanntlich der Versuch der rechten und zentristischen Führer der deutschen Sozialdemokratie beim Ausbruch des ersten Weltkrieges, ihren Übergang in das Lager der Bourgeoisie damit zu rechtfertigen, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg gegen den zaristischen Despotismus sei und daß Marx im Jahre 1848 diesen Krieg gebilligt und gefordert habe. Durch diese Sophisterei wollten die Sozialchauvinisten den räuberischen imperialistischen Charakter des Krieges und die aggressiven Kriegsziele der deutschen Bourgeoisie vertuschen sowie ihren schamlosen Verrat an der Sache des Sozialismus vergessen machen. Auf diese Weise versuchten sie, das Proletariat vom Kampf gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten.

Das Bestreben, den Marxismus in ein Dogma zu verwandeln, ist eine Erscheinungsform des Opportunismus. J. W. Stalin schreibt:

> „Opportunismus bedeutet nicht immer die direkte Verneinung der marxistischen Theorie oder ihrer einzelnen Leitsätze und Schlußfolgerungen Der Opportunismus äußert sich mitunter auch in Versuchen, sich an einzelne, bereits überholte Leitsätze des Marxismus zu klammern, sie in Dogmen zu verwandeln, um dadurch die Weiterentwicklung des Marxismus aufzuhalten, folglich auch die Entwicklung der revolutionären Bewegung des Proletariats aufzuhalten." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 445)

Lenin und Stalin verfochten stets den Standpunkt des schöpferischen Marxismus, indem sie den Marxismus als Anleitung zum Handeln betrachteten und sich nicht scheuten, den Buchstaben des Marxismus anzutasten, veraltete Schlußfolgerungen fallen zu lassen und sie durch neue, der neuen historischen Situation entsprechende Schlußfolgerungen zu ersetzen. Lenin schrieb bereits im Jahre 1899 in seinem Artikel „Unser Programm":

„Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur die Grundpfeiler zu der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten in allen Richtungen weiterentwickeln *müssen*, falls sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen. Wir sind der Meinung, daß die russischen Sozialisten einer *selbständigen* Bearbeitung der Theorie von Marx besonders bedürfen ..." (W. I. Lenin, „Marx-Engels-Marxismus", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 93)

Die Partei der Bolschewiki und ihre genialen Führer Lenin und Stalin schöpften ihre Direktiven und Weisungen nicht aus Zitaten und Aussprüchen, aus historischen Analogien und Parallelen, sondern aus dem Studium der konkreten historischen Situation und aus der praktischen Erfahrung. Jede Formel, jede Schlußfolgerung wurde stets an Hand der Erfahrung geprüft. Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien gab und gibt es bei der Partei Lenins und Stalins keinen Zwiespalt zwischen Wort und Tat, keine Furcht vor der Aufdeckung der eigenen Fehler und Mängel, keine Furcht vor Kritik und Selbstkritik. In dem Werk „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", in dem er selbst den dialektischen und historischen Materialismus weiterentwickelt, zeigt J. W. Stalin an einigen Beispielen, worin der schöpferische Marxismus besteht.

Marx und Engels gelangten in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als es noch keinen monopolistischen Kapitalismus gab, zu der Schlußfolgerung, daß die sozialistische Revolution nicht in irgendeinem Lande allein, sondern nur im Ergebnis eines gemeinsamen Schlages in allen Ländern oder in der Mehrheit der zivilisierten Länder siegen könne. Lenin jedoch gelangte auf Grund der Analyse des monopolistischen Kapitalismus und vor allem der Entdeckung des Gesetzes von der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung zu der Schlußfolgerung, daß die sozialistische Revolution in einem einzeln genommenen Lande siegen kann, der gleichzeitige Sieg der sozialistischen Revolution in allen Ländern oder in der Mehrzahl der zivilisierten Länder jedoch unmöglich ist. Dies waren zwei verschiedene, sich widersprechende und einander ausschließende Schlußfolgerungen zur Frage des Sieges des Sozialismus.

„Irgendwelche Buchstabengelehrten und Talmudisten, die, ohne in das Wesen der Sache einzudringen, formal, losgelöst von den historischen Bedingungen zitieren, können sagen, daß eine von diesen Schlußfolgerungen als unbedingt falsch verworfen werden und die andere Schlußfolgerung als unbedingt richtig auf alle Entwicklungsperioden ausgedehnt werden müsse. Aber Marxisten müssen selbstverständlich wissen, daß die Buchstaben-

gelehrten und Talmudisten sich irren, müssen selbstverständlich wissen, daß beide Schlußfolgerungen richtig sind, aber nicht unbedingt, sondern jede für ihre Zeit: die Schlußfolgerung von Marx und Engels für die Periode des vormonopolistischen Kapitalismus und die Schlußfolgerung von Lenin für die Periode des monopolistischen Kapitalismus." (J. W. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", S. 59)

☆

Beim Studium des Marxismus-Leninismus treten in unserer Partei, wie die Erfahrungen der propagandistischen Arbeit zeigen, einige Fehler und Mängel zutage, die unbedingt überwunden werden müssen, wenn wir weiter vorwärts schreiten wollen. Einer dieser Mängel besteht in der Neigung mancher Genossen, besonders mancher Propagandisten, zu Dogmatismus, Buchstabengelehrtheit und Talmudismus.

Solche Buchstabengelehrte und Talmudisten glauben, daß es genüge, einzelne Schlußfolgerungen und Leitsätze aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin auswendig zu lernen und hin und her zu zitieren. Ihr Wahlspruch lautet: „Am Anfang war das Zitat." Sie glauben, daß es genüge, sich einige Schlußfolgerungen und Formeln anzueignen, um sich in jeder beliebigen Situation zurechtzufinden.

Aus dem Studium der Aprilthesen Lenins zog z. B. ein Genosse die Schlußfolgerung: „Diese Thesen sind deshalb für uns von aktueller Bedeutung, weil wir auch in Westdeutschland vor dem Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution stehen." Anstatt die konkreten historischen Bedingungen unseres Kampfes um die nationale Einheit Deutschlands zu beachten, zog dieser Genosse eine unangebrachte historische Parallele.

Andere Genossen entwerfen nach dem Studium des Kapitels über Strategie und Taktik in J. W. Stalins Werk „Über die Grundlagen des Leninismus" ein Schema, in welchem erläutert wird, daß die Richtung des Hauptstoßes in Westdeutschland gegen die Sozialdemokratie gehen müsse. Dabei lassen sie außer acht, daß die politische und moralische Hauptstütze der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten in Westdeutschland die Adenauer-Regierung und ihr Anhang ist, die den Generalkriegsvertrag unterzeichnet hat, die bereit ist, die Spaltung Deutschlands zu verewigen, Westdeutschland in eine Kriegsbasis zu verwandeln und die westdeutsche Jugend den ausländischen Imperialisten als Kanonenfutter zu opfern. Sie begreifen andererseits nicht, daß der Kampf gegen die Adenauer-Regierung nur erfolgreich sein kann, wenn sozialdemokratische, kommunistische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gemeinsam handeln, wobei im Verlaufe dieses Kampfes zugleich die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer entlarvt und ihre Rolle als Agenten des amerikanischen Imperialismus vor den Massen aufgedeckt wird. Die schematische Anwendung allgemeiner Schlußfolgerungen und Formeln, die in früheren Situationen richtig waren, auf die gegenwärtige innen- und außenpolitische Situation Deutschlands ist eine der Ausdrucksformen der Buchstabengelehrtheit und des Talmudismus.

Eine andere Form ist die weit verbreitete Neigung zur Wortklauberei. Wenn zum Beispiel auf Parteischulen die Frage gestellt wird, ob die amerikanischen Besatzungstruppen in Westdeutschland zur Basis des deutschen und zur Basis des amerikanischen Imperialismus gehören, so ist dies eine völlig fruchtlose Tüftelei, die mit dem Wesen des Marxismus nichts zu tun hat. Ein typisches Beispiel des Talmudismus stellt die Feststellung eines Propagandisten dar, Genosse Stalin habe gelehrt, daß alles Neue unterstützt und vorwärtsgetrieben werden müsse. Um die Jahrhundertwende wäre der Revisionismus neu gewesen, also hätte der Revisionismus von den Marxisten unterstützt und vorwärtsgetrieben werden müssen. Diese Bemerkung zeugt von völligem Unverständnis dafür, daß das Alte sich sehr häufig unter der Maske des Neuen tarnt und daß das Neue, dessen Unüberwindlichkeit Genosse Stalin feststellt, dasjenige ist, was die Entwicklung vorantreibt, was den Sieg der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung herbeiführt.

Auf diese Genossen treffen die Worte Stalins zu:

„Aber so können nur solche Leute denken, die den Buchstaben des Marxismus, nicht aber sein Wesen sehen, die den Wortlaut der Schlußfolgerungen und Formeln des Marxismus auswendig lernen, ihren Inhalt aber nicht begreifen." (J. W. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", S. 65)

☆

Die Verbreitung und Vertiefung des Studiums der marxistisch-leninistischen Theorie ist gegenwärtig für unsere Partei von größter Bedeutung, denn nur durch die Meisterung des Marxismus-Leninismus erlangen die Mitglieder und Kandidaten der Partei das Rüstzeug, um den Kampf für Frieden und nationale Einheit und für den weiteren Ausbau unserer Ordnung mit noch größerem Erfolg zu führen. Dieses Studium erfordert vor allen Dingen eine Aneignung des Inhalts der Theorie, ein Verständnis für das historische Geschehen, für die Bedingungen, denen die Schlußfolgerungen und Leitsätze des Marxismus-Leninismus entspringen. Dies muß vor allem beim Studium der Geschichte der KPdSU (B) beachtet werden. Das Wiederkäuen auswendig gelernter Formeln nützt gar nichts und zeugt nur davon, daß die unlösbare Verbundenheit von Theorie und Praxis noch nicht verstanden worden ist.

Auf der 8. Tagung des Zentralkomitees kritisierte der Generalsekretär der SED, Genosse Walter Ulbricht, mit Recht das Bestreben, einfache Fragen durch spitzfindige Diskussionen zu komplizieren und darüber die Lösung entscheidender ökonomischer und anderer Probleme zu vernachlässigen. Solche Probleme unserer ökonomischen Politik wie die der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Rolle der technisch begründeten Arbeitsnormen, der Arbeitsdisziplin in den volkseigenen Betrieben, der Preisbildung und des Handels können nur auf Grund eines tiefen Verständnisses für die marxistisch-leninistische politische Ökonomie und unter Auswertung aller Erfahrungen unseres Aufbaues gelöst werden. Ohne Kenntnis der Lenin-Stalinschen Theorie des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus, besonders der weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise seit dem zweiten Weltkrieg, ist ein Verständnis der

imperialistischen Gegensätze, der USA-Politik in Westdeutschland, der Rolle und Perspektiven des deutschen Imperialismus nicht möglich. Die Lenin-Stalinsche Theorie der nationalen Frage muß gründlich und umfassend studiert werden, um die Notwendigkeit der Schaffung einer breiten nationalen Bewegung in ganz Deutschland, die Formen dieser Bewegung und die Beziehungen zwischen nationalem Kampf und Klassenkampf zu verstehen. Das Studium der Politischen Ökonomie des Sozialismus und der Erfahrungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder beim Aufbau des Sozialismus stellt eine unversiegbare Quelle von Erkenntnissen und Erfahrungen für alle Zweige unserer Wirtschaftspolitik dar.

Demnach ergibt sich beim Studium des Marxismus-Leninismus die Forderung, daß es stets in engster Verbindung mit den Problemen der praktischen Tätigkeit der Partei und unter Verwertung aller Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen erfolgen muß, daß es der Praxis dienen und die Orientierung in der gegebenen Situation ermöglichen muß.

Um das Studium der marxistisch-leninistischen Theorie mit Erfolg durchzuführen, ist ein ständiger unversöhnlicher Kampf gegen Buchstabengelehrtheit und Talmudismus und gegen jeglichen Versuch der opportunistischen Entstellung und Verzerrung des Marxismus-Leninismus erforderlich. Es ist vor allen Dingen notwendig, an Schulen und Institutionen und in der Öffentlichkeit mehr als dies bisher der Fall war, wissenschaftliche Diskussionen, theoretische Konferenzen und Seminare durchzuführen. Durch einen offenen Meinungsaustausch und eine breite Entfaltung der Kritik und Selbstkritik in der wissenschaftlichen Arbeit können die Neigungen zur Buchstabengelehrtheit und zum Talmudismus am ehesten überwunden werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß in der Atmosphäre der Unterdrückung dieses wissenschaftlichen Meinungsaustausches Bestrebungen zur Entstellung und Verzerrung des Marxismus-Leninismus und zur Buchstabengelehrtheit gedeihen können. Beim Studium des Marxismus-Leninismus muß man stets im Auge behalten, daß es darauf ankommt, das Wesen des Marxismus-Leninismus zu erfassen und ihn als eine unentbehrliche Anleitung zum Handeln zu begreifen.

> „Die marxistisch-leninistische Theorie meistern bedeutet, sich das Wesen dieser Theorie anzueignen und zu lernen, diese Theorie bei der Entscheidung der praktischen Fragen der revolutionären Bewegung unter den verschiedenen Bedingungen des Klassenkampfs des Proletariats anzuwenden." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", S. 422)

Werner Mussler

Die Lage im Welthandel und die Internationale Wirtschaftskonferenz in Moskau

Am 12. April 1952 wurde in Moskau nach zehntägiger Arbeit die Internationale Wirtschaftskonferenz beendet, an der 471 Personen aus 49 Ländern teilnahmen. Die Internationale Wirtschaftskonferenz stellte in ihrer Zusammensetzung ein bisher einzigartiges Gremium dar. Sie war die umfassendste Konferenz ihrer Art, die je veranstaltet wurde. Neben namhaften Persönlichkeiten der Öffentlichkeit waren Vertreter von Industrie- und Handelsfirmen, von Banken und Genossenschaftsorganisationen, Gewerkschaftsfunktionäre und Wirtschaftswissenschaftler aus fast allen am Welthandel beteiligten Ländern erschienen. Der Gegenstand der Beratungen war: „Die Suche nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen durch eine friedliche Zusammenarbeit verschiedener Länder und verschiedener Systeme, durch die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen unter allen Ländern." („Neues Deutschland" vom 6. April 1952)

Der Anstoß zur Internationalen Wirtschaftskonferenz ging von einer Zusammenkunft aus, die vor Jahresfrist einige Geschäftsleute, Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter aus verschiedenen westeuropäischen Staaten in Paris zusammenführte, um über die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in ihren Ländern zu beraten. Bei dieser Zusammenkunft wurde auf die schädlichen Auswirkungen hingewiesen, die die Störung des Handels mit Osteuropa mit sich bringt. Die Wiederbelebung des Osthandels wurde als ein dringendes Erfordernis bezeichnet.

Die Vorbereitung und Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die amerikanischen Kriegsvorbereitungen zu einer außerordentlichen Vergrößerung der internationalen Spannungen geführt hatten. Von Anbeginn mußten die Veranstalter der Konferenz Torpedierungsversuche jener Kreise abwehren, die an der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges arbeiten und daher die Verbesserung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ablehnen, weil diese ein wesentliches Moment der Erhaltung des Friedens darstellt.

Zuerst versuchten sie, die Internationale Wirtschaftskonferenz zu bagatellisieren, ihr jede Aussicht auf reale Erfolge abzusprechen und sie als ein „Propagandamanöver" abzutun. Als dessen ungeachtet das Interesse an der Konferenz ständig wuchs, wurde sogar der USA-Außenminister Acheson vorgeschickt, der mit einer Reihe von irreführenden Behauptungen über die tatsächlichen Beweggründe und Ziele der Konferenz die Weltöffentlichkeit täuschen wollte. So versuchte er u. a. einen Gegensatz zwischen den Wirtschaftsorganen der UN und der Internationalen Wirtschaftskonferenz zu konstruieren, obwohl das Initiativkomitee bereits eindeutig festgestellt hatte, daß die Internationale Wirtschaftskonferenz keine Konferenz von Regierungsvertretern ist, daß sie nicht bezweckt, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen zu ersetzen oder sich in Gegensatz zu ihnen zu stellen.

Als auch diese Erklärungen des USA-Außenministers nichts nutzten und es schon klar war, daß das Gerede von der „Propagandaveranstaltung", dem „ungünstigen Zeitpunkt" der Konferenz, dem „sowjetischen Einbruch in die Wirtschaft der westlichen Welt" keine Wirkung besitzt, gingen die Kriegstreiber in einer Reihe von Ländern zu offenen Drohungen über, so beispielsweise in Westdeutschland, wo man aus „Bonner Kreisen" verlauten ließ, daß etwaige

Konferenzteilnehmer nach ihrer Rückkehr damit rechnen müßten, daß sie wie Kaufleute behandelt werden, die „illegale" Geschäfte treiben. Es ist bekannt, daß ein westdeutscher Journalist, der in seiner Zeitung positiv zur Konferenz Stellung nahm, vor Organe der Besatzungsmacht zitiert und mit Einschränkung seiner persönlichen Freiheit bedroht wurde.

Der erfolgreiche Verlauf der Konferenz hat jedoch gezeigt, daß es den Gegnern der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht gelungen ist, die Zusammensetzung der Konferenz zu beeinträchtigen. Viele Industrielle und Geschäftsleute, die die Interessen großer Teile der Bourgeoisie zum Ausdruck brachten, waren gegen den Willen des aggressiven Finanzkapitals auf der Konferenz anwesend. Das war der deutlichste Beweis dafür, daß zahlreiche Industrielle, Geschäftsleute und Wirtschaftler, entgegen dem Willen der Kriegstreiber, an der Festigung friedlicher Beziehungen der Völker interessiert sind und sich auch dafür einsetzen.

☆

Um die Aufgeschlossenheit großer Teile der Bourgeoisie für eine Verbesserung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf die Situation im Welthandel zu werfen. Allgemein wird anerkannt, daß durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder über den Welthandel ein wichtiger Einfluß auf die Entwicklung der Produktion und damit der Produktivkräfte der beteiligten Länder ausgeübt wird. Der Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis der gegenseitigen Gleichberechtigung würde es möglich machen, die Produktionskapazitäten der einzelnen Länder besser auszuschöpfen, die Wirtschaft besonders der bis heute noch zurückgebliebenen Länder schneller zu entwickeln, den Grad der Beschäftigung in allen Ländern zu heben und damit die Lage der Werktätigen in allen Ländern zu verbessern.

Eine Untersuchung der Entwicklung des Welthandels in den letzten Jahrzehnten zeigt jedoch, daß die imperialistischen Machthaber, besonders der USA, den Außenhandel als ein Mittel ihrer Machtpolitik, zur Durchsetzung ihrer Aggressionspläne, d. h. zur Unterjochung anderer Nationen benutzen. Zur Durchsetzung ihrer Politik errichten sie künstliche Schranken, die zu einer Einengung der internationalen Handelsbeziehungen führen. An die Stelle der letzten Reste des Freihandels, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch vorhanden waren, trat ein erbitterter Handelskrieg zwischen den kapitalistischen Ländern, der durch solche Maßnahmen wie die Errichtung hoher Zollmauern, Währungsabwertungen, Importbeschränkungen, Dumping usw. gekennzeichnet ist.

Auf diese Tatsachen ist es zurückzuführen, daß der Welthandelsumsatz pro Kopf der Bevölkerung der Welt in den letzten Jahrzehnten gesunken ist. In der Zeit von 1913 bis 1938 vergrößerte sich die Weltbevölkerung um 20 Prozent, die Außenhandelsumsätze stiegen jedoch nur um 11 Prozent. Nach dem zweiten Weltkrieg setzte eine noch weitgehendere Zerrüttung des Handels zwischen den kapitalistischen Ländern ein, bedingt u. a. durch die Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder. Die USA-Imperialisten erlangten im Gefolge der beiden Weltkriege ein großes ökonomisches Übergewicht gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten.

In der Praxis des kapitalistischen Außenhandels äußert sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder vor allen Dingen darin,

daß die USA-Imperialisten ihr ökonomisches Übergewicht hemmungslos in die Waagschale werfen und eine fortdauernde Expansion auf den kapitalistischen Märkten betreiben. Auf Grund ihrer Vormachtstellung konnten die amerikanischen Imperialisten ihren Export in die übrigen kapitalistischen Länder vergrößern, ohne eine entsprechende Erhöhung des Imports nach den USA zuzulassen. In der Zeit von 1946 bis 1951 haben sie für 40 Milliarden Dollar (vor allem nach Westeuropa) mehr exportiert als importiert. Die Versuche der kapitalistischen Länder, der chronischen Passivität ihrer Handelsbilanzen und dem dadurch entstehenden Schwund an Gold- und Devisenreserven durch gesteigerten Export nach den USA zu begegnen, blieben erfolglos, da der Markt der Vereinigten Staaten durch hohe Zollmauern verbarrikadiert ist. Trotz der gesteigerten Einfuhr der USA an Rüstungsmaterial und strategischen Rohstoffen konnten die westeuropäischen Länder im Jahre 1950 lediglich 45 Prozent des Imports aus den USA durch Ausfuhr nach dort decken. Aber selbst dieser niedrige Prozentsatz ließ sich nicht halten und sank auf 38 Prozent im Jahre 1951.

Diese Entwicklung des Handels zwischen den kapitalistischen Ländern führte zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den USA und den übrigen kapitalistischen Ländern. Ein sinnfälliger Ausdruck dafür ist der Dollarhunger, unter dem vor allem die westeuropäischen Länder leiden und der zu einer fortwährenden Aufzehrung ihrer Gold- und Devisenbestände bis zur völligen Erschöpfung führen muß.

Das Dollardefizit veranlaßte die Länder zu den verschiedensten Gegenmaßnahmen, die sich jedoch als untaugliche Versuche erweisen mußten. Die Importbeschränkungen, zu denen vor allem England und Frankreich in der jüngsten Vergangenheit griffen, können nur noch tiefer in den Teufelskreis der Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft hineinführen, weil sie zu einer noch weitgehenderen Schrumpfung des kapitalistischen Marktes und zur weiteren Verelendung der Werktätigen führen.

Es gibt jedoch noch mehr Momente, die gegenwärtig für die fortschreitende Zerrüttung des kapitalistischen Welthandels maßgebend sind. Seit Mitte vorigen Jahres wird besonders deutlich, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Krise entgegengeht. Der „Korea-Boom", wie die Imperialisten zynisch die mit der amerikanischen Aggression in Korea beginnende Rüstungskonjunktur bezeichnen, hat zwar die Profite der Monopole enorm anschwellen lassen, führte jedoch zu einer außerordentlichen Zuspitzung aller Widersprüche der kapitalistischen Produktion. In den kapitalistischen Staaten führt

„. . . . die Vergrößerung der Streitkräfte des Landes um ein Vielfaches und das Wettrüsten zur Entfaltung der Kriegsindustrie zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Stillegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und zur Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel . . ." (Interview J. W. Stalins mit einem ‚Prawda'-Korrespondenten, „Einheit", Heft 3, 1951, S. 146)

Die industrielle Gesamtproduktion der kapitalistischen Länder stagniert und ist teilweise bereits rückläufig, obwohl sich die Rüstungsproduktion seit Beginn des Krieges in Korea außerordentlich vergrößert hat und weiter erhöht wird. Das geht auf Kosten der Produktion von Konsumgütern, die seit geraumer Zeit wesentlich eingeschränkt wird. Trotzdem leidet die Konsumgüterindustrie unter wachsenden Absatzschwierigkeiten und sich ständig vergrößernden Lagerbeständen. Am ausgeprägtesten zeigen sich diese Erscheinungen in der

Textilindustrie. Die gesamte Textilproduktion der kapitalistischen Länder ist innerhalb eines Jahres um 11 Prozent gesunken. In den Textilzentren Englands verlieren gegenwärtig jede Woche 3000 Textilarbeiter ihren Arbeitsplatz, in den USA mußten im vergangenen Jahr 300 Textilbetriebe schließen.

Die Militarisierung der Wirtschaft führte auch zu schweren Störungen im Außenhandel der kapitalistischen Länder, der bereits im vorigen Jahr mengenmäßig zurückging. Verändert hat sich aber vor allem die Struktur des Außenhandels, da seit Beginn der amerikanischen Aggression in Korea die Lieferungen von Waffen, strategischen Rohstoffen, Ausrüstungen für Rüstungswerke einen immer größeren Prozentsatz ausmachen, auf Kosten des Handels mit Fertigwaren, die für den friedlichen Bedarf bestimmt sind. So hat sich beispielsweise der Anteil von Textilien, Konfektionserzeugnissen und Schuhen an der Fertigwareneinfuhr von 11 der größten kapitalistischen Länder von 30 Prozent im Jahre 1929 auf 20 Prozent im Jahre 1950 verringert. Das verschärft die Absatzschwierigkeiten der Konsumgüterindustriezweige und führt dazu, daß die Produktionskapazitäten immer weniger ausgenutzt, immer mehr Arbeiter arbeitslos werden. Damit nicht genug, war der „Korea-Boom" mit eine Ursache dafür, daß die Zahlungsbilanzen vor allem der westeuropäischen Industrieländer infolge des spekulativen Preisauftriebs für strategische Rohstoffe, die vielen Monopolgesellschaften hohe Profite einbrachten, noch mehr durcheinander gerieten.

Ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen Situation im Welthandel ist vor allem darin zu sehen, daß die internationale Arbeitsteilung, die sich im Verlaufe vieler Jahrzehnte herausgebildet hat, weitgehend zerstört wurde. Durch die Errichtung einer Reihe künstlicher Schranken seitens der amerikanischen Imperialisten und die damit verbundene Unterbindung des Ost-West-Handels, wurde praktisch der einheitliche Weltmarkt zerstört. Statt dessen wird heute der Außenhandel in zwei verschiedenen Ländergruppen entwickelt, die miteinander nur ganz geringe Handelsbeziehungen haben. Die eine Ländergruppe umfaßt die Länder des Friedenslagers — die Sowjetunion, die Volksrepublik China, die europäischen Länder der Volksdemokratie, die Deutsche Demokratische Republik, die mongolische Volksrepublik und die Volksrepublik Korea, die andere Ländergruppe die kapitalistischen Länder. Die Warenströme bewegen sich isoliert voneinander innerhalb dieser Ländergruppen, ohne daß dies aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen gerechtfertigt wäre.

Es ist klar, daß auf Grund des neuen Charakters der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den demokratischen Ländern und auf Grund ihrer stetigen ökonomischen Aufwärtsentwicklung, der Warenaustausch zwischen diesen Ländern einen ständig größeren Umfang erreicht. Die Länder des demokratischen Lagers haben jedoch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß der Unterschied in den sozialen und wirtschaftlichen Systemen kein Hinderungsgrund für Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung darstellt und ihre Bereitschaft dazu oft genug betont.

Die Unterbrechung des Handelsverkehrs wurde vor allem durch die Maßnahmen des amerikanischen Monopolkapitals bzw. seines Exekutivorgans, der USA-Regierung, hervorgerufen. Man braucht hier nur auf solche Maßnahmen wie die Kündigung der Handelsverträge und -abkommen mit der Sowjetunion und einigen Ländern der Volksdemokratie durch die USA-Regierung verweisen, ferner auf die sogenannte Battle-Bill, die die amerikanischen Vor-

behaltslisten mit ihren Hunderten von Warenpositionen für den Handel mit dem Osten enthält und jedes kapitalistische Land, das diese Listen nicht beachtet, mit dem Entzug der amerikanischen „Hilfe" bedroht. Dadurch soll faktisch jeder Warenaustausch mit dem Osten unterbunden werden. Man könnte eine lange Reihe solcher diskriminierenden Maßnahmen nennen, nicht zuletzt das Handelsembargo gegen die Volksrepublik China oder die Behinderung des innerdeutschen Handels, die alles in allem die künstlichen Schranken zwischen den beiden Handelssphären aufgerichtet haben.

Das Ergebnis dieser Maßnahmen der Imperialisten ist vor allem der Rückgang des Handels zwischen Ost- und Westeuropa auf weniger als 40 Prozent des Standes von 1938. Die auf amerikanischen Befehl erfolgte Selbstblockade der kapitalistischen Länder verstärkte die Gleichgewichtsstörungen ihres Außenhandels, verschärfte die Widersprüche der imperialistischen Länder bei ihren Bestrebungen, einen Ersatz für die verbotenen Absatzmärkte oder Bezugsquellen zu suchen und vergrößerte ihren „Dollarhunger". Die westeuropäischen Länder sind gezwungen, die Rohstoffe und Lebensmittel, die sie früher aus dem Osten bezogen haben, größtenteils aus den USA einzuführen. Im Jahre 1949 war die Einfuhr der größten Länder Westeuropas aus den USA, verglichen mit 1938, auf das Dreieinhalbfache gestiegen (von 1,1 Milliarden Dollar auf 3,8 Milliarden Dollar), während ihre Einfuhr aus Osteuropa in dieser Zeitspanne wertmäßig unverändert geblieben war und mengenmäßig fast um ein Drittel zusammenschrumpfte. Da der Export dieser Länder nach den USA nur unbedeutend zunahm, stieg ihr Dollardefizit in der gleichen Zeit auf das Viereinhalbfache (von 0,7 Milliarden Dollar auf 3,1 Milliarden Dollar).

Diese Zahlen sind klare Beweise dafür, daß der USA-Handelskrieg die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern verschärft, insbesondere den Gegensatz zwischen den USA-Imperialisten als den Haupteinpeitschern der Embargopolitik und den westeuropäischen Ländern. Diese Zahlen zeigen weiter, daß es unmöglich ist, für die im Osten verlorengegangenen Bezugsquellen und Absatzmärkte einen gleich günstigen Ersatz zu finden, was ein wesentliches Element für die Zerrüttung der Wirtschaft der westlichen Länder und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen darstellt.

Die Handelsblockade gegen die Länder des Friedenslagers konnte jedoch in keiner Weise ihr Ziel erreichen und den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Länder beeinträchtigen. Sie führte im Gegenteil bei einer Reihe von Industriezweigen zu einer beschleunigten Entwicklung. Während die Zerrüttung der Wirtschaft in den kapitalistischen Ländern ständig voranschreitet, hatte die Tschechoslowakei Ende 1951 im Vergleich zum Vorkriegsstand fast das Doppelte der Industrieproduktion erreicht, Rumänien mehr als das Doppelte, Polen wie auch Ungarn fast das Dreifache, Bulgarien mehr als das Dreifache, und Albanien sogar mehr als das Vierfache. Nicht zu reden von der Sowjetunion, die dabei ist, die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen und bereits bis zum Jahr 1951 die Industrieproduktion gegenüber 1940 verdoppeln konnte. Die Volksrepublik China hat in einer Reihe von Industriezweigen den Vorkriegsstand übertroffen und ihre landwirtschaftliche Produktion steht dicht davor, den Vorkriegsstand zu übertreffen.

Ein wesentliches Moment für den wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Ländern stellt ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit dar, die auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität jedes Landes und der

uneigennützigen Hilfe begründet ist, die vor allem die Sowjetunion als das erste Land des Sozialismus den anderen Ländern zukommen läßt. Der Warenumsatz zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie ist in ständigem Ansteigen begriffen. Der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion hat sich nach dem zweiten Weltkrieg durch die Entwicklung neuer Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern bedeutend erweitert, schon 1949 erreichte er mengenmäßig mehr als das Doppelte, heute bereits mehr als das Dreifache des Vorkriegsstandes. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, haben wir in den Ländern des demokratischen Lagers eine ständig ansteigende Beschäftigung, eine volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten und dauernd wachsende Absatzmöglichkeiten. Diese Tatsachen zeigen ganz eindeutig, daß die von den amerikanischen Imperialisten inszenierte Handelsblockade nicht zum Schaden der von den Imperialisten Blockierten, sondern zum Schaden der Blockierenden gereichte.

☆

Soweit sich die Debatten auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz mit der Feststellung der augenblicklichen Lage auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beschäftigten, bestätigten sie direkt oder indirekt die oben skizzierten Momente der Lage im Welthandel.

Einer der wichtigsten Punkte der Geschäftsordnung der Konferenz war der Punkt 10, der besagte: „Irgendwelche Diskussionen über die respektiven Vorzüge der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systeme sind unzulässig." Schon allein aus diesem Punkt der Geschäftsordnung geht hervor, daß man auf der Konferenz nicht die Unterschiede der Systeme diskutieren wollte, die, wie Genosse Stalin schon des öfteren erklärte, kein Hindernis für ausgedehnte wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Ländern der beiden Systeme darstellen. Obwohl die Delegierten der Konferenz diesen Beschluß vollauf respektierten, wurde von den Vertretern der kapitalistischen Länder, besonders von den Delegierten der kolonialen Länder, durch die bloße Darstellung der schweren wirtschaftlichen Notstände, mit denen sie zu ringen haben, die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus vollständig entlarvt. Anhand vieler Tatsachen wurde gezeigt, daß der von den USA-Imperialisten betriebene Handelskrieg gegen die Länder des Friedenslagers zur weitgehenden Einschrumpfung des Ost-Westhandels führte, und dadurch besonders die westeuropäischen Länder von bedeutsamen Rohstoffquellen und Absatzmärkten abtrennte und die Zerrüttung des Handels zwischen den kapitalistischen Ländern weiter vergrößerte.

Im ersten Referat der allgemeinen Debatte ging der französische Delegierte Bernard de Pass von dem wachsenden Defizit in der Außenhandelsbilanz Frankreichs aus und sagte:

„In den letzten Jahren suchten die westeuropäischen Länder, Frankreich inbegriffen, dieses Gleichgewicht auf zweierlei Weise herzustellen; durch Ausbau des Handels erstens mit den USA und zweitens miteinander. Letzteres unter Einschaltung der europäischen Zahlungsunion. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Maßnahmen unzulänglich sind, und daß es notwendig ist, einen wirklich internationalen Handel zu organisieren.

Gegenwärtig versiegen die Dollarkredite allmählich, die Möglichkeiten eines Exports in die USA sind aber beschränkt, sowohl infolge der Struktur des amerikanischen Marktes an und für sich, als auch infolge des Schutzzoll-

systems. Jetzt kann auch keine neue Dollarhilfe mehr zur Lösung des Problems verhelfen ..."

Oder lassen wir den chilenischen Sprecher zu Wort kommen, eine Stimme aus dem vielstimmigen Chor der unterentwickelten Länder, der eine einzige Anklage gegen die imperialistische Unterdrückungspolitik war:

„Die Monopolisierung des chilenischen Außenhandels durch die Vereinigten Staaten hat sich verheerend auf die Volkswirtschaft ausgewirkt. Man zwingt uns sehr teuer für Schundwaren zu bezahlen, die wir aus den USA erhalten, dagegen erhalten wir niedrige Preise für unsere Exportwaren. Infolgedessen verlieren wir alljährlich beim Import 22 Milliarden Peso und beim Export 12 Milliarden Peso.

Der Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion geschah gegen den Willen der Nation. Die Mehrzahl der chilenischen Patrioten betrachtet diesen Abbruch der Beziehungen als Verrat ihrer nationalen Interessen und wünscht eine möglichst schnelle Wiederaufnahme der Beziehungen."

Der iranische Vertreter, der Kaufmann H. Dariuche, schilderte in seiner Ansprache die schwere Lage seines Landes. „Trotzdem", erklärte er, „beabsichtige ich keineswegs im Namen meines Landes um Almosen nachzusuchen. Das einzige, worum wir ersuchen, ist wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern auf dem Boden der Gleichberechtigung."

Jedem Beobachter der Konferenz wurde im Verlauf der Diskussion klar, warum die am Kriege interessierte internationale Finanzoligarchie die Konferenz mit allen Mitteln zu torpedieren versuchte und warum alle derartigen Versuche mißlangen. Die Konferenz entlarvte die aggressive Politik besonders der amerikanischen Imperialisten und zeigte deren Folgen für die Bevölkerung der kapitalistischen Länder. Die Konferenz wurde deshalb ein großer Erfolg im Kampf um die Erhaltung des Friedens, weil ihre Zielsetzung den dringendsten ökonomischen Bedürfnissen aller an einem friedlichen Handel interessierten Kreise aus allen am Welthandel beteiligten Ländern entsprach. So wird auch die rückhaltlose Bereitschaft aller Delegierten verständlich, dem Handelskrieg ein Ende zu bereiten und die bestehenden Möglichkeiten einer Erweiterung des Welthandelsumsatzes zu nutzen. Ihr großer Erfolg bestand gerade darin, daß nicht nur die unmittelbaren Ursachen der Schwierigkeiten im Welthandel aufgedeckt, sondern auch die realen Wege zur Überwindung gezeigt wurden. Die Delegierten machten genaue, bis ins einzelne gehende Vorschläge und Angaben, welche Waren aus ihrem Land exportiert werden können, wie die friedliche Zusammenarbeit der Völker verstärkt werden kann.

Der Höhepunkt der Weltwirtschaftskonferenz war die Rede des Präsidenten der Handelskammer der UdSSR, M. W. Nesterow. Sie wurde von dem an der Konferenz teilnehmenden englischen Unterhausabgeordneten Harold Davies als eine der bedeutendsten Erklärungen der letzten Zeit bezeichnet. In dieser Rede wurde nicht nur die grundsätzliche Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit erklärt, sondern auch die konkreten Möglichkeiten gezeigt, die für einen Warenaustausch zwischen den kapitalistischen Ländern und der Sowjetunion bestehen. Die prinzipielle Einstellung der sowjetischen Delegation bewies erneut, daß die Sowjetunion unverrückbar an den Stalinschen Grundsätzen der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Ländern festhält, unabhängig davon, welche soziale und wirtschaftliche Ordnung in ihnen herrscht. Das ist um so bemerkenswerter, als die wirtschaftlichen Ergebnisse des amerikanischen Handelskrieges die kapitalistischen Länder sozusagen in eine schwache Ver-

handlungsposition versetzt haben. Die Sowjetunion läßt sich indessen von keinen Erwägungen der Vergeltung, des Ausnutzens einer Schwäche des Partners oder gar der Schädigung anderer Länder leiten.

„Unsere Außenpolitik ist klar", sagte Genosse Stalin, „sie ist eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern ... Wer den Frieden will und sachliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden." (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 531)

Ausgehend von dieser prinzipiellen Erklärung Stalins über die Außenpolitik der Sowjetunion, entwickelte Nesterow die konkreten Möglichkeiten der Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit den übrigen Ländern.

„Die sowjetischen Außenhandelsorganisationen könnten von den Ländern Westeuropas, Amerikas, Südostasiens, des Mittleren Ostens, Afrikas und Australiens, die gewöhnlich von diesen exportierten Waren beziehen, und diesen Ländern Waren sowjetischer Produktion, an denen sie interessiert sind, in solchen Mengen verkaufen, daß sich der Warenumsatz der UdSSR mit den erwähnten Ländern innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre auf eine Höhe von dreißig bis vierzig Milliarden Rubel, beziehungsweise zehn bis fünfzehn Milliarden Rubel jährlich belaufen würde (gegenüber einem Nachkriegsmaximalumsatz von annähernd fünf Milliarden Rubel im Jahre 1948)." („Neues Deutschland" vom 8. April 1952)

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen zeigte Nesterow auch, wie ein so hohes Niveau der internationalen friedlichen Zusammenarbeit erreicht werden kann. Er führte genau an, welche Waren die Sowjetunion von den einzelnen Ländern zu kaufen, und welche Waren sie zu verkaufen wünscht. So erklärte er zum Beispiel, daß die Sowjetunion bereit ist, allein aus Westdeutschland für zwei Milliarden Rubel Ausrüstungen und Verbrauchsgüter zu kaufen und dafür Getreide, Holz und Rohstoffe liefern würde. Es ist klar, daß eine derartige Ausdehnung des westdeutschen Handels zu einem Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft führen würde.

Die von M. W. Nesterow im einzelnen angeführten Waren, sowohl die gewünschten als auch die angebotenen, waren eine große Überraschung für zahlreiche Geschäftsleute. Die amerikanischen Imperialisten versuchten bisher alle Blockademaßnahmen gegen die Sowjetunion und die übrigen Länder des Friedenslagers damit zu begründen, daß die Sowjetunion angeblich von den kapitalistischen Ländern nur hochwertige Maschinen und vor allem „strategische" Rohstoffe zu kaufen wünscht, um damit das Rüstungspotential dieser Länder zu schwächen und ihr eigenes zu stärken. Die realen Angebote Nesterows waren eine einzige Entlarvung dieser Verleumdungen. Die Sowjetunion will

„... für einen bedeutenden Betrag Textilien, Lederwaren, Genußmittel und andere Massenbedarfsartikel kaufen, und das in steigendem Umfange." (Ebenda)

Demgegenüber erklärte sie sich bereit, neben Getreide und Holz, Erdölprodukte, verschiedene wichtige Erze, wie Manganerz, Ausrüstungen, Maschinen, Traktoren u. a. zu verkaufen.

Diese Angebote Nesterows waren zugleich ein Ausdruck für die Friedenspolitik der Sowjetunion und die gewaltige Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, die eine solche bedeutende mengen- und sortimentsmäßige Ausweitung

ihres Außenhandels möglich macht. Auch die Länder der Volksdemokratie konnten auf gewaltig gestiegene Liefermöglichkeiten verweisen. In seinem Abschlußbericht über die Diskussion zur Förderung des Welthandels sagte deshalb der polnische Delegierte Professor Oskar Lange mit vollem Recht:

„Die wichtigste Schlußfolgerung aus den Diskussionen war die Feststellung, daß große Möglichkeiten für eine Steigerung des Umfanges des Welthandels, für eine Ausdehnung seines geographischen Areals und für eine Erweiterung der Nomenklatur der Handelsgüter bestehen."

Zuvor hatte der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler N. Orlow erklärt, daß der jährliche Durchschnittswarenumsatz zwischen der Sowjetunion, China, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Deutschen Demokratischen Republik einerseits und den Ländern Westeuropas, Amerikas, Südostasiens, des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Australiens andererseits das Zweieinhalb-, ja sogar Dreifache seines jetzigen Standes erreichen könnte. Er folgerte daraus, daß eine solche Erweiterung des Welthandels zweifellos zur Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen würde, die die westlichen Länder augenblicklich durchmachen. Sie würde auch helfen, das Lebensniveau der Menschen vieler Länder zu heben. Allein die Ausführung der Sowjetaufträge, von denen M. W. Nesterow vor dem Plenum der Konferenz sprach, würde es ermöglichen, im Laufe von drei Jahren mindestens 1,5 bis 2 Millionen Menschen Arbeit und damit rund 6 Millionen Menschen Lebensunterhalt zu geben.

Auch für die sogenannten schwach entwickelten Länder eröffneten sich auf der Konferenz große Perspektiven. Die grundsätzliche Einstellung der Sowjetunion in der Frage der Hilfe für diese Länder war bereits vor der Konferenz hinreichend bekannt. Am Beispiel der mittelasiatischen Sowjetrepubliken hat die Sowjetunion gezeigt, welcher Art eine Hilfe sein muß, die zur Entwicklung der Produktivkräfte eines Landes beiträgt. In der Sektion der Konferenz für die Probleme der schwachentwickelten Länder erklärte der sowjetische Vertreter D. G. Borissenko, daß seine Delegation die Einstellung derjenigen Vertreter der schwachentwickelten Länder teilt, die von der Notwendigkeit sprachen, die Industrie in ihren Ländern zur Entwicklung zu bringen. Als die beste Form einer wirklichen Wirtschaftshilfe bezeichnete Borissenko in erster Linie die normale Entwicklung des Handels und anderer wirtschaftlicher Beziehungen auf dem Boden des gegenseitigen Vorteils, der Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder.

Wie sich die Sowjetunion diese Hilfe in der Praxis vorstellt, geht aus der Erklärung der sowjetischen Außenhandelsorganisationen hervor, in den kommenden zwei bis drei Jahren allein in die Länder Südostasiens, des Mittleren und Nahen Ostens Maschinen und Industrieeinrichtungen im Werte von etwa 3 Milliarden Rubel zu liefern.

Sieht man von der Fülle an sich sehr wesentlicher und brauchbarer Vorschläge in Detailfragen des internationalen Handels ab, so ist die Herausarbeitung der eben genannten Möglichkeiten zu einer Ausdehnung des Welthandels und die Herstellung von Verbindungen zur Realisierung dieser Möglichkeiten das reale Ergebnis der Konferenz. Daß diese Möglichkeiten nicht nur theoretischer Natur sind, bewiesen die noch während der Konferenz abgeschlossenen Verträge und Abkommen, die einen Warenaustausch zwischen verschiedenen Ländern vorsehen, der die Milliardengrenze weit überschreitet. So konnten z. B. die englischen und französischen Delegier-

ten große Lieferverträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China abschließen und noch größere vorbereiten. Auch die 22 Geschäftsleute aus Westdeutschland konnten große Verträge abschließen. So z. B. allein mit der Sowjetunion über 250 Millionen Rubel und mit China über 150 Millionen Rubel. Die westdeutschen Vertreter und mit ihnen die westdeutsche Bevölkerung konnten daran erkennen, welche gewaltigen Möglichkeiten sich vor einem geeinten, souveränen Deutschland eröffnen, wenn erst die wirtschaftlichen Leitsätze des sowjetischen Entwurfes für die Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland Wirklichkeit werden und Deutschland „keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt werden". Durch die Konferenz kam erneut zum Ausdruck, daß die Politik der amerikanischen Imperialisten, die mit allen Mitteln den deutschen Osthandel unterbinden wollen, in Widerspruch zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes steht, und zwar nicht nur zu den Interessen der westdeutschen Werktätigen, sondern auch großer Teile der westdeutschen Bourgeoisie.

Es war der allgemeine Wunsch der Delegierten, die erfolgreich begonnene Arbeit zur Ausweitung des Welthandels im verstärkten Maße fortzusetzen und eine weitere Weltwirtschaftskonferenz zu veranstalten. Um die vielen realen Vorschläge der Weltwirtschaftskonferenz zu verwirklichen und die weitere Arbeit zum Ausbau des Welthandels zu organisieren, wurde zum Abschluß der Konferenz ein „Komitee zur Förderung der Entwicklung des internationalen Handels" gebildet.

☆

Die Bilanz der Ergebnisse der Konferenz zeigt, daß sie ein gewaltiger Erfolg der friedliebenden Kräfte war. Sie hat erneut den realen Beweis erbracht, daß ein friedliches Nebeneinanderbestehen des kapitalistischen und sozialistischen Systems möglich ist, und hat damit die „Antwort des Genossen Stalin auf Fragen einer Gruppe von Redakteuren amerikanischer Zeitungen" bestätigt, in der es heißt:

> „Ein friedliches Nebeneinanderbestehen von Kapitalismus und Kommunismus ist durchaus möglich, wenn der beiderseitige Wunsch nach Zusammenarbeit und die Bereitschaft vorhanden sind, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gewahrt wird." („Einheit", Heft 5, 1952, S. 417)

Gerade in diesem Ergebnis liegt die große Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz für den Kampf um die Erhaltung des Friedens. Sie hat gezeigt, daß diese Möglichkeit in allererster Linie in der wachsenden ökonomischen Stärke der Länder des Friedenslagers begründet ist. Zum anderen trägt die Verschärfung der Widersprüche im imperialistischen Lager, die fortschreitende Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft, dazu bei, daß immer größere Teile der Bourgeoisie in einen schroffen Gegensatz zum aggressiven Finanzkapital geraten und ihren einzigen Ausweg in einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Ländern des Friedenslagers erblicken. Dazu gehören vor allem diejenigen Teile der Bourgeoisie, die durch die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und den amerikanischen Handelskrieg geschädigt werden.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Moskau hat den Industriellen und Geschäftsleuten der kapitalistischen Länder gezeigt, welche großen Möglich-

keiten für die Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit bei Festigung der friedlichen Zusammenarbeit der Völker bestehen. Daß schon zahlreiche Industrielle und Geschäftsleute diesen Zusammenhang verstanden haben, zeigt die positive Aufnahme, die die Weltwirtschaftskonferenz in der ganzen Welt fand. Die Tatsache, daß viele Geschäftsleute trotz aller Repressalien der Kriegstreiber an der Konferenz teilnahmen, daß nach Abschluß der Konferenz, nachdem ihre realen Ergebnisse bekannt wurden, das Interesse noch gewaltig anwuchs, ist ein großartiger Erfolg der Weltfriedensbewegung und ein schwerer Schlag gegen die Vorbereiter eines neuen Krieges. Nach der Beendigung der Konferenz muß die ganze Kraft der an der Erhaltung des Friedens interessierten Menschen eingesetzt werden, damit die schon abgeschlossenen Verträge realisiert und die friedlichen Beziehungen der Völker weiter verstärkt werden.

Die Ergebnisse der Internationalen Wirtschaftskonferenz sind ferner für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder von unmittelbarer großer Bedeutung. Es ist klar, daß diese Welthandelsprobleme, wie insbesondere der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Saillant, ausführte, „... die Werktätigen nicht minder als die Industriellen, die Finanz- und Handelskreise interessieren." Denn gerade die einfachen Menschen sehen in der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen einen wichtigen Faktor zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung und vor allem eine wichtige Voraussetzung für das friedliche Nebeneinanderbestehen verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Systeme und damit für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Saillant unterstrich die Bereitschaft des Weltgewerkschaftsbundes, die Ziele der Konferenz mit aller Tatkraft zu unterstützen.

> „Sie können davon überzeugt sein", sagte er, „daß die Werktätigen der Welt mit allen denen vorbehaltlos und loyal zusammenarbeiten werden, die, unabhängig von ihrer sozialen Lage, der Menschheit helfen wollen, das Kriegsgespenst zu bannen, mit allen, die sich das Ziel setzen, neue Voraussetzungen für das Gedeihen jedes Landes, neue Voraussetzungen für gegenseitigen Beistand und Völkerfrieden zu schaffen."

Die Internationale Wirtschaftskonferenz hat weiter gezeigt, daß die kolonialen und abhängigen Länder ein großes Interesse an der Aufnahme und Ausweitung von Handelsbeziehungen zu den Ländern des Friedenslagers haben, da ihnen hier die Möglichkeit geboten wird, einen Warenaustausch auf der Basis der Gleichberechtigung zu betreiben, wodurch sie in den Besitz von Ausrüstungen kommen, die für den Aufbau einer nationalen Industrie erforderlich sind. Der auf der Konferenz begonnene Ausbau des Handels mit diesen Ländern hilft ihnen, die nationale Selbständigkeit zu erringen und sich aus der Schlinge des internationalen Monopolkapitals zu befreien.

Jeder einzelne Diskussionsbeitrag auf der Konferenz war, gewollt oder ungewollt, eine Anklage gegen die Politik der Kriegsvorbereitung der USA-Imperialisten, deren wesentlicher Bestandteil der Handelskrieg und die Knebelung der ökonomisch schwächeren Länder ist. Die Konferenz war zugleich eine erneute Demonstration der unerschütterlichen Friedenspolitik der Sowjetunion und der Länder des Friedenslagers, die den Kräften des Friedens in aller Welt einen weiteren großen Auftrieb verleihen wird. Sie brachte erneut den Nachweis dafür, daß die Sowjetunion ihre ganze Kraft einsetzt, um den Frieden zu erhalten.

M. Kammari
F. Konstantinow

Stellung und Rolle der Wissenschaft in der Entwicklung der Gesellschaft

(I. Teil)

Noch nie hat die Wissenschaft eine so große Rolle im Leben der Gesellschaft gespielt wie im Sozialismus. Im Kapitalismus dient die Wissenschaft in den Händen der Bourgeoisie als Werkzeug zur Ausbeutung der Werktätigen, als Vernichtungswerkzeug. In der sozialistischen Gesellschaft verändern sich grundlegend die Rolle der Wissenschaft und deren Entwicklungsbedingungen. In der sozialistischen Gesellschaft ist die Wissenschaft ein Werkzeug des Aufbaus, ein mächtiges Mittel zur Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur im Interesse der Werktätigen. In unserem Lande, wo die Wissenschaft zu einem gewaltigen Werkzeug beim Aufbau des Kommunismus wurde, wächst in den breitesten Massen der Werktätigen ihr Interesse für die Wissenschaft und ihr Bestreben, die Stellung der Wissenschaft und ihre Rolle in der Gesellschaft sowie ihre Entwicklungsgesetze zu verstehen. Um diese Frage zu klären, ist es notwendig, sich von den Leitsätzen des historischen Materialismus über die Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft als Quelle ihres geistigen Lebens leiten zu lassen.

In seiner genialen Arbeit „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“, die feste Grundlagen der marxistischen Sprachwissenschaft geschaffen hat, entwickelt Genosse Stalin die Lehre des dialektischen und historischen Materialismus wie auch die Theorie von der Basis und dem Überbau und die Theorie von der Kultur weiter und fordert die entschiedene Überwindung der irrigen, simplifizierenden Anschauungen auf dem Gebiet der Sprache und Kultur. Genosse Stalin wies auf die Notwendigkeit hin, die Besonderheit der verschiedenen gesellschaftlichen Erscheinungen, deren Funktionen und deren Rolle zu studieren und unterstreicht, daß alle gesellschaftlichen Erscheinungen, außer dem Gemeinsamen, daß sie alle der Gesellschaft dienen, „. . . ihre spezifischen Besonderheiten haben, die sie voneinander unterscheiden und die für die Wissenschaft das Wichtigste sind“.*) In den Diskussionen über die Stellung der Wissenschaft zu den anderen gesellschaftlichen Erscheinungen blieb indessen dieser Hinweis des Genossen Stalin nicht selten unberücksichtigt. Einige Genossen, die die Wissenschaft zum Überbau rechneten, ignorierten die Tatsache, daß die Wissenschaft zum Unterschied vom Überbau mit der Beseitigung der alten Basis nicht beseitigt wird, und daß die Wissenschaft als besondere Form des Bewußtseins, als Erscheinung des geistigen Lebens außer dem Gemeinsamen, das sie mit dem ideologischen Teil des Überbaus verbindet, auch ihre besonderen Aufgaben, Funktionen und Entwicklungsgesetze hat. Andere Genossen wiederum hoben die Besonderheit der Wissenschaft hervor und trennten sie völlig vom Überbau. Diese Genossen sahen nicht das Gemeinsame, das die Wissenschaft mit dem Überbau, mit den philosophischen, politischen, juristischen, ästhetischen und sonstigen Anschauungen der Gesellschaft und den diesen Anschauungen entsprechenden Institutionen verbindet und vergaßen den Kampf zwischen Materialismus und Idealismus, zwischen fortschrittlichen und reaktionären Ideen und Theorien in der Wissenschaft, vergaßen den Zusammenhang zwischen diesem Kampf und dem Klassenkampf sowie der Politik, vergaßen die Rolle der Wissenschaft, insbesondere der

*) J. W. Stalin „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 42

Wissenschaft von der Gesellschaft, im Klassenkampf. Sie ließen außer acht, daß die Gesellschaftswissenschaften der Gesellschaft durch Ideen dienen, die zum Überbau gehören. Vom Standpunkt dieser Genossen aus ergibt sich, daß in der Wissenschaft wie in der Sprache keinerlei Elemente des Überbaus vorhanden seien und daß alles, was wahrhaft wissenschaftlich ist, angeblich nicht zum Überbau gehören kann. Sie „vergaßen" hierbei, daß z. B. die philosophischen, politischen, juristischen und ästhetischen Anschauungen des Marxismus-Leninismus, die in der sozialistischen Gesellschaft herrschen, wahrhaft wissenschaftlich sind und zum Überbau der sozialistischen Gesellschaft gehören.

Um diese irrigen Anschauungen zu überwinden, ist es erforderlich, konkret, historisch an die Wissenschaft heranzugehen. Man muß jenes Gemeinsame sehen, das die Wissenschaft mit den anderen Formen des Bewußtseins, mit dem ideologischen Überbau hat sowie jenes Spezifische, das die Wissenschaft von den anderen Formen des Bewußtseins und vom Überbau unterscheidet.

☆

Die Wissenschaft ist das wichtigste Element der geistigen Kultur, die spezifische Form der historisch entstandenen und sich im Prozeß der gesellschaftlichen Praxis ständig weiterentwickelnden Erkenntnis der Welt. Sie stellt ein System von Kenntnissen über die Natur und die Gesellschaft dar, von Kenntnissen, die der gesellschaftlichen Praxis dienen, durch die Praxis geprüft und bewiesen sind und die Bedeutung objektiver Wahrheiten haben. Die gesellschaftliche Praxis ist nicht nur das Kriterium für die Wahrheit, sondern auch die Grundlage der Erkenntnis: sie bestimmt, was die Menschheit braucht, worauf die Erkenntnis gerichtet werden muß.

Die Wissenschaft ist das komplizierte *Produkt* der Erkenntnis und zugleich der *Prozeß* der Erkenntnis. In der Wissenschaft sind zu unterscheiden: erstens die zusammengetragenen und geprüften Tatsachen, zweitens die Gesetze und die durch die Praxis geprüften und bewiesenen Formeln, Theoreme und Axiome, drittens die auf den Tatsachen und den bereits entdeckten Gesetzen beruhenden wissenschaftlichen Annahmen und Hypothesen, die durch die weitere Entwicklung der Wissenschaft bestätigt oder widerlegt werden können. Schließlich enthält die Wissenschaft allgemeine theoretische Schlußfolgerungen aus den Gesetzen und die philosophische Interpretation der Gesetze. Von größter Bedeutung ist die Methode der Erkenntnis.

Die Wissenschaft entwickelt sich im ständigen Kampf der fortschrittlichen, materialistischen Ideen und Theorien gegen die rückständigen, reaktionären, unwissenschaftlichen, idealistischen Ideen und Theorien. Die idealistische Philosophie steht der Wissenschaft unversöhnlich, feindlich und umgekehrt die wahrhafte Wissenschaft dem Idealismus feindlich gegenüber. Die methodologische Grundlage der modernen fortschrittlichen Wissenschaft ist der dialektische Materialismus. Der dialektische Materialismus — die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei — ist die philosophische Wissenschaft, die *die gesamte wissenschaftliche Erkenntnis verallgemeinert,* die allgemeinen Gesetze jeder Entwicklung, die allgemeingültigen Gesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denkens aufdeckt und die Fragen der Weltanschauung, der wissenschaftlichen Methode, der Erkenntnistheorie und der Logik ausarbeitet.

Die Wissenschaft ist der Religion entgegengesetzt. Die Religion ist entstelltes, unrichtiges Bewußtsein, das durch die Schwäche des Menschen in der Urgesellschaft gegenüber den nicht erkannten und grausamen Naturkräften entstanden ist. In der antagonistischen Gesellschaft bestehen die Wurzeln der Religion in der Herrschaft nicht begriffener und ihm feindlicher gesellschaftlicher Kräfte über den Menschen (soziale und nationale Unterdrückung, Kriege, Krisen, Arbeitslosigkeit usw.). Die religiösen Vorurteile werden durch die Interessen der Ausbeuterklassen gefestigt. Die Geschichte der Wissenschaft ist die Geschichte ihres fortwährenden unversöhnlichen Kampfes gegen die religiösen Vorurteile.

Im Zusammenhang mit dem Verfaulen des Kapitalismus und mit der Offensive der Reaktion auf der ganzen Linie bemühen sich die bürgerlichen Gelehrten, die Wissenschaft und die Religion zu „versöhnen", verfälschen sie die Errungenschaften der Wissenschaft und versorgen den Idealismus und das Pfaffentum mit neuen Argumenten. Beispielsweise unternahm der englische Astronom Eddington den Versuch, ein physikalisches Weltbild zu entwerfen, das direkt zu dem Glauben an die apokalyptische Zahl 666 hinführt. Die bürgerlichen Gelehrten versuchen mit ernster Miene, die Vergänglichkeit des Weltalls und die „Willensfreiheit" des Elektrons zu „beweisen" und die Begriffe der Kausalität, der objektiven Gesetzmäßigkeit und der objektiven Wahrheit aus der Wissenschaft auszumerzen. Die amerikanischen Pragmatisten, Instrumentalisten, Semantiker und sonstigen idealistischen Philosophen behaupten hartnäckig, die Wissenschaft sei nicht das Wissen von den Gesetzen der objektiven Welt, sondern ein System von vereinbarten Zeichen und von Fiktionen, die nichts widerspiegeln, dem Profit jedoch förderlich sind. Wissenschaft, sagt z. B. der „Instrumentalist" Dewey, ist einfach „Suchen, Unternehmen", „eine Methode der erfolgreichen Geschäftsführung", „eine Form der Praxis" (selbstverständlich der kapitalistischen Praxis der Businessmen!). Kausalität und Gesetzmäßigkeit haben nach der Theorie der Pragmatisten „begrifflichen Charakter", existieren nur im Bewußtsein als Begriffe, die angeblich die kausalen Wechselbeziehungen und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt nicht widerspiegeln. Lenin deckte das reaktionäre Wesen der idealistischen Spitzfindigkeiten der Empiriokritizisten, Machisten und Pragmatisten auf, die behaupteten, daß jede Idee „wahr" sei, auch eine religiöse Idee, wenn sie „nützlich" und „zweckdienlich" ist. Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß nur jene Idee wahr ist, die die Wirklichkeit richtig widerspiegelt. Die Erkenntnis ist fördernd für die Menschheit,

> „. . . wenn sie eine objektive, vom Menschen unabhängige Wahrheit widerspiegelt". (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 128)

Der Marxismus-Leninismus verwirft die idealistischen Versuche, den prinzipiellen Unterschied zwischen wissenschaftlicher und religiöser Ideologie zu verwischen. Die Idealisten negieren die objektive Wahrheit, die durch die wissenschaftliche Ideologie zum Ausdruck gebracht wird, und behaupten hartnäckig, daß jegliche Wahrheit bedingt, subjektiv sei, daß es keinerlei objektive Wahrheit gäbe. Lenin entlarvte die Machisten und betonte:

> „. . . geschichtlich bedingt ist jede Ideologie, aber unbedingt ist, daß jeder wissenschaftlichen Ideologie (im Unterschied z. B. zur religiösen Ideologie) die objektive Wahrheit, die absolute Natur entspricht." (Ebenda, S. 125)

Die Wissenschaft wird sich immer vorwärts bewegen und die Macht der Menschheit vergrößern, die Religion aber wird absterben, wenn die sie hervorbringenden Ursachen verschwinden.

☆

Zu Beginn ihrer geschichtlichen Entwicklung stellte die Wissenschaft zusammen mit der Philosophie ein einheitliches Ganzes dar, und erst in der Folge, in dem Maße, wie sich die wissenschaftlichen Kenntnisse von der Natur und der Gesellschaft entwickelten, spalteten sich die einzelnen Spezialwissenschaften nacheinander von der Philosophie ab. Das war ein fortschrittlicher Prozeß für alle Wissenschaften, auch für die Philosophie selbst. Heute umfaßt die Wissenschaft als System der objektiv-wahren Erkenntnisse von der Natur und der Gesellschaft eine große Zahl verschiedener Spezialzweige des Wissens.

Jede Spezialwissenschaft untersucht irgendeine einzelne, besondere Bewegungsform der Materie, eine Form oder eine Seite der gesellschaftlichen Entwicklung oder eine Reihe miteinander im Zusammenhang stehender Bewegungsformen. „Wie eine Bewegungsform sich aus der andern entwickelt, so müssen auch ihre Spiegelbilder, die verschiednen Wissenschaften, eine aus der andern mit Notwendigkeit hervorgehn", sagte Engels. (Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 266)

Die Naturwissenschaften setzen sich das Ziel, die Naturgesetze aufzudecken, damit der Mensch die Kräfte der Natur bezwingen und zur Produktion von materiellen Gütern, von Mitteln für seinen Lebensunterhalt ausnutzen kann. Der Marxismus-Leninismus lehrt: Solange wir das Naturgesetz nicht kennen, das außerhalb unseres Bewußtseins existiert und wirkt, macht es uns zu Sklaven der blinden Notwendigkeit!

> „Sobald wir aber dieses Gesetz, das (wie Marx es tausendmal wiederholte) *unabhängig* von unserem Willen und unserem Bewußtsein wirkt, erkannt haben, sind wir die Herren der Natur. Die Herrschaft über die Natur, die sich in der Praxis der Menschheit äußert, ist das Resultat der objektiv richtigen Widerspiegelung der Erscheinungen und Vorgänge der Natur im Kopfe des Menschen, ist der Beweis dafür, daß diese Widerspiegelung (in den Grenzen dessen, was uns die Praxis zeigt) objektive, absolute, ewige Wahrheit ist." (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", S. 180)

Diese Thesen sind auch auf die Wissenschaft von der Gesellschaft anwendbar, weil auch die Entwicklung der Gesellschaft einen naturgeschichtlichen, gesetzmäßigen, notwendigen Prozeß darstellt und ihre Gesetze ebenso objektiv sind wie die Naturgesetze. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft, die die unabhängig vom Bewußtsein und Willen der Menschen existierenden Entwicklungsgesetze der Gesellschaft aufdeckt, hilft der Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Partei, sich in jeder Situation zu orientieren, das Wesen der Geschehnisse zu erkennen und den Gang der Ereignisse vorauszusehen. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft dient in den Händen der Arbeiterklasse als Instrument der revolutionären Umgestaltung der Welt, als Instrument zur Errichtung des Sozialismus und des Kommunismus. Gestützt auf die marxistisch-leninistische Wissenschaft, erlangt die Arbeiterklasse die Möglichkeit, die Entwicklung der Gesellschaft bewußt, planmäßig und in Über-

einstimmung mit den erkannten objektiven Gesetzen dieser Entwicklung zu lenken.

Der Marxismus-Leninismus — die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Sieg des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft — ist eine wahrhaft fortschrittliche Wissenschaft, die größte revolutionäre Kraft, die die Welt nicht nur interpretiert, sondern auch verändert.

☆

Die Wissenschaft wurde von den praktischen Bedürfnissen der Gesellschaft und letztlich durch die Entwicklung der Produktion hervorgebracht. Die Produktion existiert stets in Form der geschichtlich konkreten Produktionsweise, die die Hauptkraft darstellt, welche den Charakter der Gesellschaftsordnung in der gegebenen Epoche und den Übergang von einer Ordnung zu einer anderen, höheren Ordnung bestimmt.

Die Produktionsweise hat zwei Seiten: die eine Seite bilden die Produktivkräfte, die andere die Produktionsverhältnisse der Menschen. Die Entwicklung der Wissenschaft ist durch diese beiden Seiten der Produktionsweise, durch die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt. Die Entstehung und Entwicklung der Mathematik, der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften hängt unmittelbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, mit der Entwicklung der Produktionsinstrumente und der Menschen selbst zusammen, die auf Grund bestimmter Produktionserfahrungen die materiellen Güter produzieren. Die Naturwissenschaften erwuchsen unmittelbar aus dem Studium und der Verallgemeinerung der Produktionserfahrungen der Menschen, die im Prozeß der Produktionspraxis die Eigenschaften der Dinge und die Kräfte der Natur erkennen und ausnutzen.

Engels widerlegte die idealistischen Theorien Dührings über die „reine Mathematik“, deren sämtliche Thesen angeblich *apriorisch*, nicht von der Praxis, sondern von dem „reinen Denken“ hergeleitet seien. Er schrieb:

„Wie alle andern Wissenschaften ist die Mathematik aus den *Bedürfnissen* der Menschen hervorgegangen: aus der Messung von Land und Gefäßinhalt, aus Zeitrechnung und Mechanik.“ (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring')“, Dietz Verlag, Berlin 1948, S 45)

Auf den Zusammenhang zwischen den Naturwissenschaften und der Produktion und auf die Abhängigkeit der Entwicklung eines Zweiges der Wissenschaft von der Entwicklung des anderen eingehend, betonte Engels:

„*Die sukzessive Entwicklung* der einzelnen Zweige der Naturwissenschaft zu studieren. — Zuerst *Astronomie* — schon der Jahreszeiten halber für Hirten- wie Ackerbauvölker absolut nötig. Astronomie kann sich nur entwickeln mit Hilfe der *Mathematik*. Diese also ebenfalls in Angriff genommen. — Ferner auf einer gewissen Stufe des Ackerbaus und in gewissen Gegenden (Wasserhebung zur Bewässerung in Ägypten) und namentlich mit der Entstehung der Städte, der großen Bauwerke und der Entwicklung der Gewerbe die *Mechanik*. Bedürfnis bald auch für *Schiffahrt* und *Krieg*. — Auch sie braucht

die Hilfe der Mathematik und treibt so zu deren Entwicklung. So schon von Anfang an die Entstehung und Entwicklung der Wissenschaften durch die Produktion bedingt." (Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", S. 195)

Engels unterstrich die unmittelbare Abhängigkeit der Naturwissenschaften von der Produktion und betonte, daß die gesamte Hydrostatik Torricellis aus dem praktischen Bedürfnis heraus entstanden war, die Alpenströme Italiens zu regulieren und hydrotechnische Anlagen zu bauen. Die Erforschung der Elektrizität ging besonders schnell voran, nachdem die Menschen begonnen hatten, die Elektroenergie für die Bedürfnisse der Produktion praktisch anzuwenden. Die Bedürfnisse des technischen Fortschritts stellten der Wissenschaft immer neue Aufgaben und treiben sie vorwärts. Wenn die „... moderne Technik in bedeutendem Maße vom Stand der Wissenschaft abhängt, so hängt die Wissenschaft — wie Engels feststellte — in weit größerem Maße vom Stand und von den Bedürfnissen der Technik ab. Wenn die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis empfindet, so treibt sie die Wissenschaft mehr voran als zehn Universitäten." (Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 474)

Die moderne Großproduktion beruht auf der bewußten Anwendung der Resultate der Naturwissenschaft. Sie erheischt das Studium der mechanischen, physikalischen und chemischen Eigenschaften der Stoffe, die wissenschaftliche Analyse und Verallgemeinerung der gesamten Produktionspraxis der Industrie und der Landwirtschaft.

Die Entdeckung der Dampfkraft, der Elektrizität und der Atomenergie, die größten Entdeckungen auf dem Gebiet der Chemie waren durch die Entwicklung der Produktion, der Technik bedingt und beeinflussen ihrerseits die Produktion, indem sie neue Industriezweige ins Leben rufen und zur stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte beitragen.

Der Aufstieg der Wissenschaft wird jedoch nicht nur durch den Aufstieg der Produktivkräfte bestimmt, sondern auch durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Struktur einer gegebenen Gesellschaft, ihrer Basis. Mit der Entstehung antagonistischer Produktionsverhältnisse vertieft sich der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, löst sich die Wissenschaft von den Produzenten der materiellen Güter und richtet sich gegen sie als feindliche Kraft, als Instrument ihrer Versklavung durch die Ausbeuterklassen, als Monopol der besitzenden Klassen.

Die Produktionsweise bestimmt nicht nur die gesamte Gesellschaftsordnung, sondern auch die Bedingungen der Entwicklung, Verbreitung und Ausnutzung der wissenschaftlichen Kenntnisse im Interesse dieser oder jener Klassen; sie bestimmt die Mittel und Möglichkeiten der Erkenntnis. In der antagonistischen Gesellschaft ist die Entwicklung der Wissenschaft also auch durch den Klassenkampf, durch die Interessen und die Politik der herrschenden Klassen bedingt.

In der Sklavenhaltergesellschaft diente die Wissenschaft der Produktionsweise der Sklavenhalter, den Bedürfnissen der Sklavenhalterklasse und bildete ein Monopol dieser Klasse. Unter den Verhältnissen des Feudalismus diente die Wissenschaft der feudalen Produktionsweise. Die Errichtung der Schlösser der Feudalherren, der Bau von Kirchen, die Ausdehnung des Handels und der Schiffahrt, die immer komplizierter werdende Kriegstechnik — das alles erforderte die Weiterentwicklung der Mechanik, der Mathematik, der Astronomie und anderer Wissenschaften. Infolge der Routine und des Konservatismus

der Feudalordnung, infolge der Vormachtstellung der Kirche im geistigen Leben entwickelte sich die Wissenschaft äußerst langsam, aber sie schritt doch vorwärts. Die Entwicklung der Industrie und des Handels sowie das Anwachsen der Städte führten zur Erhebung der Wissenschaft gegen Kirche und Religion. Als Klasse, die damals im Aufstieg begriffen war, bedurfte die Bourgeosie der Wissenschaft für die Entwicklung der Industrie und beteiligte sich, repräsentiert durch ihre fortschrittlichen Denker, an der Erhebung der Wissenschaft gegen die Kirche. Aber auch damals, als die Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus und seine Grundsätze eine revolutionäre Rolle spielte, bediente sie sich als Ausbeuterklasse nach wie vor der Religion, um die ausgebeuteten Massen im Zaume zu halten und ihr Bewußtsein zu verwirren.

Die wahre, fortschrittliche Wissenschaft ist ihrer Natur nach ein unversöhnlicher Feind des Dogmatismus, der Routine und des Konservatismus und erhebt kühn ihre Stimme gegen die veralteten, überlebten Anschauungen, die der durch die Praxis geprüften Wahrheit widersprechen. Indem die Wissenschaft in der antagonistischen Gesellschaft die Entwicklung der Produktivkräfte fördert, verschärft sie zugleich den Konflikt zwischen den neuen Produktivkräften und den alten Produktionsverhältnissen, die zu Fesseln der gewachsenen Produktivkräfte geworden sind.

Die Kenntnis der von den Naturwissenschaften und den sogenannten angewandten, technischen Wissenschaften entdeckten Gesetze kann verschiedenen Produktionsweisen dienen und tut es auch. Die Geometrie Euklids diente sowohl der Produktion der Sklavenhaltergesellschaft als auch der feudalen und der kapitalistischen Produktion; sie dient auch der sozialistischen Produktion. Die von Lomonossow und Mendelejew entdeckten Gesetze der Chemie werden sowohl in der kapitalistischen als auch in der sozialistischen Wirtschaft angewandt.

Aber in allen Wissenschaften, auch in den Naturwissenschaften, gibt es, wie bereits gesagt, außer den Tatsachen und Gesetzen auch philosophische Grundlagen, gibt es eine philosophische Interpretation der Entdeckungen und Gesetze sowie philosophische Schlußfolgerungen daraus. Von der Weltanschauung hängt der Charakter der Erforschung und Auslegung der Tatsachen und Erscheinungen ab. In der Klassengesellschaft ist jedoch die Weltanschauung der verschiedenen Klassen verschieden. Die philosophischen Grundlagen der Wissenschaft nehmen in der Klassengesellschaft Klassencharakter, Parteicharakter an, und jeder Wissenschaftler trägt bewußt oder unbewußt in seine Arbeit Ideen hinein, die die Interessen und die Weltanschauung einer bestimmten Klasse widerspiegeln. Die Wissenschaft bietet das Bild eines erbitterten Kampfes des Materialismus gegen den Idealismus, der Dialektik gegen die Metaphysik. Die Vertuschung dieser Tatsache ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Kampf gegen die reaktionäre bürgerliche Ideologie auf dem Gebiet der Wissenschaft und mit der Propagierung des bürgerlichen „Objektivismus", der verlogenen bürgerlichen Ideen von einer „Neutralität" der Wissenschaft.

Der Kampf der sowjetischen Biologen, der Schüler Mitschurins, mit T. D. Lyssenko an der Spitze, gegen die Mendelisten und Morganisten, der Kampf der Anhänger J. P. Pawlows gegen die reaktionären, idealistischen Strömungen in der Physiologie, der Kampf gegen idealistische Schwankungen einiger sowjetischer Physiker, der Kampf gegen den Idealismus in der Chemie

— das alles bedeutet Kampf gegen den Einfluß der reaktionären bürgerlichen Ideologie, Kampf für die sozialistische Ideologie, für den dialektischen Materialismus, für den kommunistischen ideologischen Gehalt in der Wissenschaft. Besonders erbittert ist der Kampf des Materialismus gegen den Idealismus, des Marxismus-Leninismus gegen die bürgerliche Ideologie in den Gesellschaftswissenschaften.

☆

Die Gesellschaftswissenschaften unterscheiden sich von den Naturwissenschaften ihrem Gegenstand nach. Das Gemeinsame zwischen ihnen besteht darin, daß die einen wie die anderen zur Aufgabe haben, die Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt richtig zu erkennen. Wie die Erkenntnis des Menschen die unabhängig von ihm existierende Natur, d. h. die sich entwickelnde Materie, widerspiegelt, so spiegelt die gesellschaftliche Erkenntnis des Menschen das gesellschaftliche Sein wider. Die Entwicklung der Gesellschaft ist ebenso erkennbar wie die Entwicklung der Natur; die wissenschaftlichen Kenntnisse von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft sind zuverlässige Erkenntnisse, die die Bedeutung objektiver Wahrheiten haben.

„Also kann die Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaft trotz aller Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu einer genau so exakten Wissenschaft werden wie, sagen wir, die Biologie, zu einer Wissenschaft, die imstande ist, die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft in der Praxis auszunutzen.

Also darf sich die Partei des Proletariats in ihrer praktischen Tätigkeit nicht von irgendwelchen zufälligen Beweggründen leiten lassen, sondern muß sich von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, von praktischen Schlußfolgerungen aus diesen Gesetzen leiten lassen." (J. W. Stalin, „Fragen des Leninismus", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 658)

Die Gesellschaftswissenschaften erforschen die Bedingungen des materiellen Lebens der Menschen, die Entwicklung der Basis und des Überbaus, die verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, die Entwicklung der Sprache, der Lebensweise und der Kultur. Die Gesellschaftswissenschaften untersuchen die Erscheinungen, die unmittelbar die Interessen der Klassen berühren. Der Klassenkampf und die Klasseninteressen prägen daher dem gesamten Inhalt, dem gesamten Charakter und der Richtung der Gesellschaftswissenschaft ihren deutlichen Stempel auf und verleihen dieser Wissenschaft Klassencharakter, ausgesprochen parteilichen Charakter. Durch die Interessen der Ausbeuterklassen wird in der gegenwärtigen Epoche die objektive Erkenntnis der gesellschaftlichen Erscheinungen, insbesondere die Erkenntnis der Privateigentums- und Ausbeuterverhältnisse, für die Bourgeoisie aufs äußerste beschränkt, ja unmöglich gemacht, und die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft verhindert. Im Vorwort zum „Kapital" schrieb Karl Marx:

„Auf dem Gebiete der politischen Ökonomie begegnet die *freie wissenschaftliche Forschung* nicht nur demselben Feinde, wie auf allen anderen Gebieten. Die eigentümliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, ruft wider sie die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses, auf den Kampfplatz." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 8)

Die bürgerlichen Philosophen, Soziologen, Juristen und Wirtschaftler erklären das Privateigentum und den Ausbeuterstaat für heilig und unantastbar und vergöttern diesen Staat, der ein Instrument der Unterdrückung der Werktätigen ist. Was Wunder, wenn die Ideologen der Ausbeuterklassen außerstande waren, eine wahre Wissenschaft von der Gesellschaft zu entwickeln.

Der Marxismus hat als erster die Philosophie, die Soziologie, die Geschichtsschreibung, die Jurisprudenz und den Sozialismus zur Wissenschaft erhoben. Alles, was in der Gesellschaftswissenschaft vor dem Marxismus geschaffen worden war, hatte noch keine wirklich wissenschaftliche philosophische Grundlage; es herrschte eine unwissenschaftliche, idealistische Geschichtsauffassung.

„Die ‚Soziologie' und die Geschichtsschreibung vor Marx hatten im *besten* Fall eine Anhäufung von fragmentarisch gesammelten unverarbeiteten Tatsachen und die Schilderung einzelner Seiten des historischen Prozesses geliefert." (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1929, S. 21)

Die sogenannte „klassische bürgerliche politische Ökonomie", die Elemente der wissenschaftlichen Erkenntnis enthält, geht zurück auf die Periode des unentwickelten Klassenkampfes zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, als der Kampf gegen die Feudalordnung im Vordergrund stand. Als aber die Bourgeoisie in Frankreich und England die politische Macht erobert hatte, läutete, wie Marx feststellte,

„... die Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht." (Karl Marx „Das Kapital", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 13)

Ebenso verhielt es sich mit der bürgerlichen Philosophie, Soziologie, Jurisprudenz usw.

Lenin begründete das Prinzip der Parteilichkeit der marxistischen Philosophie und Wissenschaft. In einer Gesellschaft der Lohnsklaverei eine unparteiliche Wissenschaft zu erwarten, wäre, wie er sagte, eine ebenso törichte Naivität, wie etwa von den Fabrikanten Unparteilichkeit zu erwarten in der Frage, ob man nicht den Arbeitern den Lohn erhöhen sollte, indem man den Profit des Kapitals herabsetzt. Lenin unterstrich, daß die bürgerliche Wissenschaft, wie es auch komme ... „die Lohnsklaverei *verteidigt*, während der Marxismus dieser Sklaverei schonungslosen Krieg angesagt hat." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 63)

Über die bürgerlichen Professoren schrieb Lenin:

„*Keinem einzigen* dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern mögen, *darf man auch nur ein einziges Wort glauben*, sobald von Philosophie die Rede ist", — genau sowenig wie auch dem Professor der politischen Ökonomie — „.... sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine Wissenschaft, die in der modernen Gesellschaft nicht weniger *parteilich* ist als die *Erkenntnistheorie*." (W. I. Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus", S. 333/334)

Das Prinzip der Parteilichkeit der Wissenschaft bedeutet nach marxistisch-leninistischer Auffassung nicht, daß es keine objektive Gesellschaftswissenschaft geben kann, wie die Idealisten, angefangen von den Kantianern, den subjektiven Soziologen der Volkstümler, den Machisten und Bogdanowleuten bis zu den heutigen amerikanischen Pragmatisten, Instrumentalisten usw., immer wieder behaupteten. Eine wahre, objektive Gesellschaftswissenschaft ist die Wissenschaft, die die Interessen des Proletariats — der fortschrittlichsten Klasse — zum Ausdruck bringt. Das ist bei der marxistisch-leninistischen Wissenschaft der Fall. Die Parteilichkeit des Marxismus-Leninismus bedeutet echte Objektivität der Wissenschaft, denn der Marxismus-Leninismus fordert, daß die Wirklichkeit so dargestellt wird, wie sie ist.

Bereits seit über hundert Jahren versuchen die Lakaien des Kapitals, den Marxismus zu widerlegen und aus der Welt zu schaffen. Aber ihre Bemühungen sind vergeblich. Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist, unterstrich Lenin.

> „Sie ist in sich abgeschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 63)

Die marxistisch-leninistische Philosophie hat der werktätigen Menschheit eine mächtige, unbesiegbare Waffe zur Erkenntnis und Veränderung der Welt gegeben. Die wahre Wissenschaft von der Gesellschaft wurde von Marx und Engels geschaffen und von Lenin und Stalin weiterentwickelt.

Die marxistische Gesellschaftswissenschaft entstand im Schoße des Kapitalismus als wissenschaftliche, revolutionäre Kritik am Kapitalismus vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse. Der Marxismus tritt in der Geschichte als rechtmäßiger Erbe des Besten auf, was die Menschheit im 19. Jahrhundert mit der klassischen Philosophie, der bürgerlichen politischen Ökonomie und dem utopischen Sozialismus geschaffen hat. Da, wie Lenin feststellte, vor Marx

> „... diese Wissenschaft in erster Linie von den klassischen Ökonomen aufgebaut wurde, dadurch, daß sie das Wertgesetz auf die grundlegende Teilung der Gesellschaft in Klassen entdeckten; *da* diese Wissenschaft dann, anknüpfend an die klassischen Ökonomen, von den Aufklärern des XVIII. Jahrhunderts im Kampfe gegen den Feudalismus und das Pfaffentum weiter bereichert wurde; *da* die Historiker und Philosophen am Beginn des XIX. Jahrhunderts, trotz ihrer reaktionären Ansichten, diese Wissenschaft vorwärtsgebracht haben, indem sie die Frage des Klassenkampfes noch weiter aufhellten, die dialektische Methode entwickelten und sie auf das gesellschaftliche Leben anwandten oder anzuwenden begannen: deshalb ist der Marxismus, der gerade auf diesem Wege eine Reihe gewaltiger Schritte vorwärts getan hat, *die höchste Entfaltung* aller historischen und ökonomischen und philosophischen Wissenschaft Europas." (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1935, S. 339)

Indessen weisen Lenin und Stalin darauf hin, daß der Marxismus nicht einfach die Fortsetzung der früheren Wissenschaft ist. Der Marxismus vollzog eine

radikale Umwälzung, eine Revolution in der Philosophie, in der politischen Ökonomie und in der Lehre vom Sozialismus. Der Marxismus ist die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse — der revolutionärsten Klasse in der Geschichte, die berufen ist, den Kapitalismus und jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen und die kommunistische Gesellschaft zu errichten. Die Aufgabe der Marxisten, sagte Lenin, besteht darin, „... den Stahl der marxistischen Weltanschauung und des Überbaus, der dieser Weltanschauung entspricht, zu gießen." (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XV, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1941, S. 62)

Auf dem granitenen Fundament der wissenschaftlichen Ideologie des Marxismus-Leninismus entwickelt sich die Kommunistische Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse, in Übereinstimmung mit dieser Ideologie werden die politischen, juristischen und anderen Institutionen der sozialistischen Gesellschaft, wird ihr gesamter Überbau geschaffen. (Schluß folgt)

Aus dem «Большевик» („Bolschewik"), theoretische und politische Zeitschrift des ZK der KPdSU (B), Nr. 4, 1952

Max Dünow

Georgij Dimitroff – der große Kämpfer gegen Krieg und Faschismus

Zu seinem 70. Geburtstag

Am 18. Juni 1952 wäre Georgij Dimitroff, der große Sohn des bulgarischen Volkes, der hervorragende Kämpfer der internationalen Arbeiterbewegung, 70 Jahre alt geworden. Georgij Dimitroff gehörte zu den wirklich hervorragenden Persönlichkeiten, deren

> „. . . Ideen und Wünsche die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, die Bedürfnisse der fortgeschrittenen Klasse richtig zum Ausdruck bringen." („Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 21)

Vor drei Jahren sagte Genosse Wilhelm Pieck am Grabe Dimitroffs:

> „Wir haben einen der Sache des Marxismus-Leninismus treu ergebenen Kämpfer und großen Freund verloren. Sein Leben und sein Wirken sind ein Programm für den Kampf gegen Krieg und Faschismus, für Frieden und Sozialismus, für den proletarischen Internationalismus. Georgij Dimitroff wurde zum wahren Volkstribun, dem das grenzenlose Vertrauen und die heiße Liebe der werktätigen Massen immer stärker entgegenschlugen." („Neues Deutschland" vom 12. Juli 1949)

★

Georgij Dimitroff wurde 1882 als Sohn einer revolutionären Arbeiterfamilie geboren. Mit 15 Jahren bereits trat er dem Sofioter Buchdrucker-Verband bei, mit 16 Jahren wurde er zum Vertrauensmann und mit 18 Jahren zum Sekretär dieses Verbandes gewählt.

Im Jahre 1902 trat Dimitroff in die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei ein, in der es zu dieser Zeit scharfe Auseinandersetzungen mit den Reformisten gab.

Dimitroff stellte sich sofort auf die Seite des von Dimiter Blagoeff geführten revolutionären Flügels und sah seine Aufgabe vor allem darin, die revolutionäre Linie der Partei in der Gewerkschaft durchzusetzen. Er führte den Kampf gegen die Reformisten und begann den Sofioter Buchdrucker-Verband auf das ganze Land auszudehnen.

Auf dem Parteitag 1903 erfolgte der Bruch mit den Reformisten, den sogenannten „Weitherzigen". Die Sozialdemokratische Partei Bulgariens, die Partei der „Engherzigen", wurde geschaffen. Dimitroff erkannte schon damals die gewaltige Bedeutung der Theorie. Er studierte marxistische Werke wie „Das Kapital", „Was tun?" von Lenin und auch die „Iskra", die er von seinem Bruder aus Odessa bekam. In der Partei leitete er einen marxistischen Jugendzirkel.

Durch die propagandistische und organisatorische Tätigkeit, die der junge Dimitroff im ganzen Lande betrieb, gelang es 1904 den „Engherzigen", die Vereinigte Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien zu gründen, zu deren Sekretär Dimitroff gewählt wurde. 1904 wird Dimitroff zum Parteisekretär der Stadt Sofia gewählt.

Unter dem Einfluß der russischen Revolution von 1905 entstand in Bulgarien eine starke revolutionäre Streikbewegung. 1906 kam es im ganzen Lande zum Massenstreik. Die Seele dieser Bewegung war Dimitroff.

In der Zeit von 1908 bis 1912 leiteten die revolutionären Gewerkschaften 680 Streiks. Auf diese Streikbewegung übte Dimitroff unmittelbar Einfluß aus. In dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit zeigten sich bereits die Fähigkeiten Dimitroffs, eines echten proletarischen Führers, der es verstand, die Massen zu organisieren und in den Kampf zu führen. Sein eiserner Wille und seine Unversöhnlichkeit im Kampf mit dem Gegner entwickelten sich in dieser Zeit. Er gab der Partei und den Gewerkschaften ein persönliches Beispiel, wie man sich dem Feind gegenüber verhalten muß.

☆

Im Gegensatz zu den Verrätern der II. Internationale blieben die „Engherzigen" während des ersten Weltkrieges dem Banner des proletarischen Internationalismus, dem Kampf gegen den Krieg treu. Bei seinem Ausbruch verweigerten die Abgeordneten der Fraktion der „Engherzigen" die Bewilligung der Kriegskredite. Als Bulgarien im September 1915 in den Weltkrieg eintrat, gaben die „Engherzigen" ein Manifest heraus, in dem sie sich die Erfahrungen der Bolschewiki zu eigen machten und den Charakter des imperialistischen Krieges aufdeckten. Sie entlarvten den Verrat der bulgarischen monarchistischen Bourgeoisie an den Interessen des bulgarischen Volkes. Sie gaben die Losung heraus: „Nieder mit der eigenen Regierung". Dimitroff selbst nutzte sein Parlamentsmandat aus und organisierte illegale Parteikonferenzen an der Front. Wegen seines Kampfes gegen den imperialistischen Krieg wurde er vor das Kriegsgericht gestellt, aber die Regierung wagte es nicht, ihn zu verurteilen. Erst im Jahre 1917 wurde Dimitroff zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach eineinhalbjähriger Gefängnishaft wurde er 1919 durch die Arbeiter befreit.

Als die „Engherzigen" von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland erfuhren, führten sie eine umfassende Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den Soldaten an der Front und im Hinterlande durch. Sie forderten sie auf, „dem Beispiel ihrer russischen Brüder zu folgen".

Die Partei der „Engherzigen" war jedoch noch keine Partei von neuem Typus. Sie verstand es 1918 nicht, sich an die Spitze der Revolution zu stellen und sie zum Sieg zu führen. Später, auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) im Dezember 1948, stellte Dimitroff fest, daß der „engherzige" Sozialismus durch seine Klassenunversöhnlichkeit, durch seinen Kampf gegen den bulgarischen Menschewismus und durch seine strenge Parteidisziplin eine dem Bolschewismus nahestehende Strömung war. Er analysierte aber gleichzeitig die Mängel und Schwächen des „engherzigen" Sozialismus, die ihn noch vom Bolschewismus unterschieden. Dazu gehörten sein Unverständnis für die Frage der Diktatur des Proletariats als die Grundfrage der proletarischen Revolution und für die Rolle der Partei, die als höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats alle anderen Organisationen der Werktätigen leiten muß. Der „engherzige" Sozialismus war von einer gewissen Anbetung der Spontaneität in der Arbeiterbewegung nicht frei, woraus sich das Zurückbleiben und die Passivität der Partei, in Augenblicken scharfen Klassenkampfes, sowie ihre Isoliertheit von den Massen ergab. Dogmatismus führte zu Sektierertum und zur Ablehnung von revolutionären Kompromissen, ohne die keine revolutionäre Partei erfolgreich kämpfen kann Ein besonders ernster Mangel war es auch, daß die Partei die Rolle der Bauern

als Verbündete im Kampf gegen den Kapitalismus nicht verstand. Die Auffassung, daß der „engherzige" Sozialismus Bolschewismus auf bulgarischem Boden sei, hinderte die Partei „... sich das zeitgemäß Neue im Marxismus anzueignen, das der geniale Lenin, ausgehend von den in der Epoche des Imperialismus als der höchsten Form des Kapitalismus geschaffenen neuen Bedingungen in ihn hineingetragen hatte." (Georgij Dimitroff, „Rolle und Bedeutung der Volksdemokratie", Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 11)

Nach den Erfahrungen der Revolution in Bulgarien und nach dem Studium von Lenins „Staat und Revolution" nahm Dimitroff den Kampf um die Partei von neuem Typus auf. Er konzentrierte alle Kräfte darauf, die inzwischen gegründete Kommunistische Partei Bulgariens im Geist des Marxismus-Leninismus zu erziehen.

In Moskau lernte Dimitroff vor dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale Lenin und Stalin kennen, für die er seither eine große Verehrung hegte. Dimitroff wurde in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und in das Präsidium der Roten Gewerkschaftsinternationale gewählt.

Nachdem die Faschisten im Juni 1923 in Bulgarien die Macht ergriffen hatten, organisierte die Kommunistische Partei den antifaschistischen Volksaufstand, dessen Leitung Dimitroff und Kolaroff übertragen wurde. Trotz des kühnen revolutionären Kampfes und der Standhaftigkeit der Massen wurde der Aufstand niedergeschlagen, weil in großen Teilen der Partei die „engherzig-sozialistischen" Traditionen noch zu stark waren und die neue Strategie und Taktik, auf der Grundlage der Lehre Lenins und Stalins, noch nicht Allgemeingut der Partei geworden war.

Dimitroff, der in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, mußte emigrieren. Er und Kolaroff leiteten die Partei vom Ausland her und führten in den folgenden zehn Jahren einen energischen Kampf für ihre Bolschewisierung.

☆

Im folgenschweren Jahr der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse wurde Georgij Dimitroff von den Nazischergen in Berlin verhaftet und der Brandstiftung am Reichstagsgebäude angeklagt. Die Faschisten planten eine ungeheure Provokation. Sie hatten den Reichstag angezündet. Für ihr Verbrechen aber wollten sie Dimitroff, den großen Revolutionär, einen der Führer der internationalen Arbeiterbewegung, zum Tode verurteilen. Georgij Dimitroff bereitete dem Faschismus jedoch eine gewaltige Niederlage. Er wurde zum unerschrockenen Ankläger der faschistischen Barbarei, zum Anwalt aller friedliebenden Menschen, die durch dieses mörderische System bedroht waren.

Der bluttriefende Faschismus wollte mit dem Reichstagsbrandprozeß als „Retter der Zivilisation vor der bolschewistischen Gefahr" auftreten. Der faschistische Terror gegen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen sollte durch ihn „gerechtfertigt" werden. Gegen die KPD und alle antifaschistischen Kräfte sollte eine Pogromstimmung ausgelöst werden. Die gesamte faschistische Presse, die bürgerlichen Telegrafen-Agenturen, die gekauften Zeitungen und Korrespondenten im Ausland, alles wurde mobilisiert. Wochenlang vor dem Prozeß wurden die infamsten Lügen über angebliche Aufstands-

pläne der Kommunisten, in die Dimitroff verwickelt sein sollte, verbreitet. Falsche Zeugen wurden gekauft. Sechs Monate lang hatten die faschistischen Henker versucht, durch alle möglichen Torturen Dimitroff mürbe zu machen. Monatelang war er Tag und Nacht in Fesseln gehalten worden. Einem gewaltigen Machtapparat mit allen seinen Möglichkeiten und der tobenden faschistischen Meute stand der Kommunist Georgij Dimitroff allein gegenüber. Obwohl er die deutsche Sprache nicht völlig beherrschte, übernahm er seine Verteidigung selbst. Er verteidigte nicht nur seine Person, er verteidigte die Kommunistische Partei Deutschlands, die deutsche Arbeiterklasse, auch die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, er verteidigte die Kommunistische Internationale, die Sowjetunion und seine bulgarische Heimat. Von Anfang an hatte Dimitroff die Initiative in diesem Prozeß in der Hand. Er bestimmte seinen Verlauf. Ruhig, überlegt und systematisch entlarvte er vor der ganzen Welt die Barbarei und Verlogenheit des Faschismus. Er zerfetzte die antisowjetischen Lügen und bekannte sich stolz zur Sowjetunion und zur bolschewistischen Partei, die auch „in Deutschland Millionen Anhänger in Person der besten Söhne des deutschen Volkes" haben. Die faschistischen „Zeugen" widerlegte er. Geschlagen, entlarvt und in ihrer ganzen Verächtlichkeit bloßgestellt, verließen Göring und Goebbels den Gerichtssaal.

In seinen Ausführungen vor Gericht gab Dimitroff den illegalen deutschen Kommunisten wichtige Hinweise, wie sie zu kämpfen hatten. Auf die Behauptung der faschistischen Anklage, daß die KPD nach dem 30. Januar 1933 entweder den Kampf aufgeben oder zu einer Verzweiflungstat (dem Reichstagsbrand) schreiten mußte, antwortete Dimitroff in seinem Schlußwort mit einer marxistischen Analyse der wirklichen Aufgaben der KPD nach der faschistischen Machtübernahme. Dabei erklärte er:

> „Verbot der Partei, Auflösung der Massenorganisationen, Verlust der Legalität sind gewiß schwere Schläge für die revolutionäre Bewegung. *Das bedeutet aber bei weitem nicht, daß damit alles verloren ist ... Die Kommunisten sind glücklicherweise nicht so kurzsichtig wie ihre Gegner. Und sie verlieren auch bei den schwierigsten Situationen die Nerven nicht ... Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer* — das ist das Alpha und Omega der kommunistischen Taktik." (G. Dimitroff, „Reichstagsbrandprozeß", Verlag Neuer Weg GmbH, Berlin 1946, S. 141 und 143)

Millionen in aller Welt verfolgten mit Bewunderung den heroischen Kampf eines einzelnen gegen den mörderischen Faschismus. Millionen Menschen wurden durch diesen Prozeß, durch Dimitroff, über das Wesen des Faschismus aufgeklärt.

> „Thyssen und Krupp" — so erklärte er — „wollten im Lande das Prinzip der Alleinherrschaft und der absoluten Herrschaft unter ihrer praktischen Führung errichten, die Lebenshaltung der Arbeiter entscheidend herabdrücken, und deshalb mußte das revolutionäre Proletariat niedergeschlagen werden." (Ebenda, S. 148)

Dimitroffs Haltung warb Millionen neuer antifaschistischer Kämpfer und gab Millionen Mut. Die kämpfenden Arbeiter in aller Welt, die Bauern, die Vertreter der Intelligenz fühlten sich mit ihm verbunden. Die kämpfenden öster-

reichischen Arbeiter des sozialdemokratischen Schutzbundes sandten ihm heiße Grüße und versicherten ihm, daß sie geschlossen hinter ihm stünden. In der ganzen Welt demonstrierten die Arbeiter für Dimitroff. Der Faschismus konnte ihn trotz Terror und Kerkermauern nicht isolieren. Das internationale Proletariat stand hinter ihm. Dimitroff wurde zum Bannerträger des Kampfes gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. Als Angeklagter, in Ketten, schmiedete er die große antifaschistische Einheitsfront. Später erklärte Dimitroff über sein Verhalten vor dem faschistischen Gericht:

„Auf jedem meiner Schritte benutzte ich das leninistische Arsenal, die Waffe im Kampf gegen den Feind, gegen den Faschismus ... denn nur die leninistische Lehre, nur die bolschewistische Methode erlaubt uns, so zu kämpfen und zu siegen."

In einer Würdigung Georgij Dimitroffs zum 15. Jahrestag des Prozeßbeginns schrieb Genosse Wilhelm Pieck:

„Sie (die Faschisten — M. D.) traten den Rückzug an, sie mußten Dimitroff freisprechen, ... Das Beispiel von Leipzig stärkte die Widerstandskraft der antifaschistischen Bewegung in Frankreich und Spanien. Der Vormarsch des Faschismus konnte, wenn auch nicht für immer, gestoppt werden. Die antifaschistischen Kräfte hätten siegen können, wenn die Mahnung Dimitroffs, die Aktionseinheit zu schaffen, dauernde Wirklichkeit geworden wäre." (Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze", Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 515)

Der tapfere Kampf Georgij Dimitroffs hatte eine tiefe Wirkung hinterlassen. Millionen gerieten in Bewegung. Die Faschisten mußten angesichts dieser Lage sogar Delegationen in die Zelle Ernst Thälmanns lassen.

Die schwere Niederlage, die Dimitroff ihnen bereitet hatte, hielt die Faschisten davon ab, Ernst Thälmann einen Prozeß zu machen. Sie wußten, daß der heroische Führer der deutschen Arbeiterklasse ebenso wie Georgij Dimitroff ein Schüler Lenins und Stalins war, ein ebenso unbeugsamer Kämpfer, von dem sie ebenso eine Niederlage zu erwarten hatten.

☆

Georgij Dimitroff hatte der Arbeiterklasse gezeigt, daß man erfolgreich gegen den Faschismus kämpfen, und daß kein Terror die Kommunisten besiegen kann. Nach dem Freispruch setzte er den Kampf gegen den Faschismus fort.

Bereits auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1928 und auf dem IV. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale im gleichen Jahr hatte Dimitroff auf die große Gefahr des imperialistischen Krieges und des Faschismus hingewiesen. Er hatte betont, daß der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr eine ständige Aufgabe aller Kommunistischen Parteien ist, daß dieser Kampf mit dem Leben des werktätigen Volkes aufs engste verbunden werden muß. Die Verteidigung der Sowjetunion, die Aufklärung über ihre Errungenschaften und ihren Charakter, über ihre Bedeutung für den Kampf der Arbeiter, Bauern und der unterdrückten Völker, bezeichnete er als den Mittelpunkt des Kampfes gegen die Kriegsgefahr. Er warnte vor der Unterschätzung der faschistischen Gefahr und forderte den entschiedenen Kampf gegen sie.

Jetzt, nachdem er den faschistischen Henkern entronnen war, entwickelte er auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, gestützt auf die Lehre Lenins und Stalins, entsprechend den veränderten Verhältnissen die neuen Aufgaben. In einem tiefgründigen Referat zog er Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Kommunistischen Parteien der ganzen Welt und aus seinen eigenen reichen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus. Er analysierte das Wesen des Faschismus, seinen Klassencharakter, seinen Weg zur Macht, seine Methoden und die Aufgaben, die sich daraus für die Arbeiterklasse ergaben. Dieses bedeutsame Referat war nicht nur damals von hervorragender Bedeutung für die internationale Arbeiterklasse, sondern enthält auch für unseren gegenwärtigen Kampf noch äußerst wertvolle Lehren.

Ausgehend von der Feststellung des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, daß der Faschismus die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist, zeigte Dimitroff, daß der Faschismus der ärgste Feind der Werktätigen ist, dessen Innenpolitik durch blutigen Terror gegen die Werktätigen und dessen Außenpolitik durch die Entfaltung des bestialischen Chauvinismus und durch die Organisierung von Raubkriegen gekennzeichnet sind. Dimitroff wies an Hand vieler Beispiele (Deutschland, Österreich usw.) nach, daß die bürgerlichen Regierungen vor der Errichtung der faschistischen Diktatur in der Regel verschiedene Etappen des Angriffs auf die demokratischen Rechte der Werktätigen durchlaufen. Nachdrücklich betonte Dimitroff:

„Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, *der ist nicht imstande, den Sieg des Faschimus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr.*" („VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1939, S. 128)

Diese Lehre ist von großer Bedeutung für unseren Kampf gegen die Errichtung einer Militärdiktatur in Westdeutschland, für den Kampf gegen die Vorbereitung des Krieges. Dimitroff untersuchte eingehend, warum der Faschismus, der doch der Feind jedes Volkes ist, siegen konnte. Er wies nach, daß der Faschismus nur siegen konnte, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten war. Die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über den Faschismus — so stellte Dimitroff fest — ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Dimitroff hob weiter die Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den übrigen werktätigen Schichten, besonders mit den Bauern, die Frage der Volksfront hervor. Er zeigte, daß der Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse ist:

„Die machtvolle Einheitsfront des Proletariats würde einen ungeheuren Einfluß *auf alle anderen Schichten des werktätigen Volkes* ausüben, auf das Bauerntum, auf das städtische Kleinbürgertum, auf die Intellektuellen. Die Einheitsfront würde den schwankenden Schichten den Glauben an die Kräfte der Arbeiterklasse geben." (Ebenda, S. 143)

Diese Lehren sind in der Geschichte vielfach bestätigt worden. Auch in unserer Deutschen Demokratischen Republik zeigt sich, daß die Einheit der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei, der SED, die Arbeiterklasse befähigt hat, an die Spitze der Nation zu treten und die werktätigen Schichten sowie die patriotischen Elemente des Bürgertums um sich zu scharen, zum Kampf für die Interessen der Nation. In Westdeutschland, wo die rechten sozialdemokratischen Führer die Arbeiterklasse spalten, wird die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, der Vorhut des Volkes, ermöglichen, alle patriotischen Kräfte zum Kampf um sich zu sammeln.

Von hervorragender Bedeutung für unseren gegenwärtigen Kampf sind auch Dimitroffs Ausführungen auf dem VII. Weltkongreß über die Lenin-Stalinsche Lehre der nationalen Frage. Dimitroff unterstrich die Notwendigkeit für die Kommunisten, als die Vertreter der wichtigsten und größten Klasse der modernen Gesellschaft, die Vergangenheit ihres Volkes in marxistisch-leninistischem Geist zu beleuchten, „... um ihren gegenwärtigen Kampf mit den revolutionären Traditionen ihres Volkes in der Vergangenheit zu verknüpfen ...“ Er erklärte, daß die Kommunisten unversöhnliche, grundsätzliche Gegner des bürgerlichen Nationalismus sind, aber keine nationalen Nihilisten. Die Interessen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter widersprechen nicht den Interessen einer freien und glücklichen Zukunft der Nation. Diese Erläuterungen Dimitroffs zeigen die untrennbare Einheit von Internationalismus und wahrem Patriotismus.

Dimitroff wies schließlich darauf hin, daß die Kommunistischen Parteien, um ihre Aufgaben zu erfüllen, die Waffe der marxistisch-leninistischen Analyse meistern, kampfentschlossene Menschen aus den Reihen der Arbeiterklasse entwickeln und die Theorie des Marxismus-Leninismus beherrschen müssen. Weiter ist eine Organisation der Massen nötig, um die Parteibeschlüsse in die Tat umzusetzen, d. h., daß mit der Orientierung auf die Spontaneität der Massen Schluß gemacht werden muß. Man muß außerdem lernen, in einer den breiten Massen verständlichen Sprache zu sprechen, schlicht, konkret, in Bildern, die den Massen naheliegen und begreiflich sind, nicht aber in auswendig gelernten und abstrakten Formeln.

Georgij Dimitroff wurde auf dem VII. Weltkongreß zum Generalsekretär der Kommunistischen Internationale gewählt. In dieser Funktion erwarb er sich große Verdienste durch die Erziehung kommunistischer Kader. Unter seiner Anleitung wurden bedeutende Erfolge bei der Schaffung der Einheits- und Volksfront in Frankreich und Spanien erzielt.

☆

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion setzte Dimitroff alle seine Kräfte ein, um die Volksmassen zum bewaffneten Kampf gegen die deutschen faschistischen Eroberer zu mobilisieren. Er war einer der nächsten Mitarbeiter Stalins bei der Organisierung des Kampfes der Völker gegen den Faschismus und bei der Entfaltung der antifaschistischen nationalen Befreiungsbewegungen. Das Politbüro der KPB beschloß in seiner Sitzung am 24. Juni 1941, Kurs zu nehmen auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes des bulgarischen Volkes. Dimitroff war der Initiator der Volksfrontbewegung in Bulgarien. Er rief alle antifaschistischen Kräfte auf, sich in der Vaterländischen Front zusammenzuschließen, um eine Regierung der Vaterländischen Front zu

erkämpfen. Nur so konnte die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens als freies und unabhängiges Land, ein enges Bündnis mit der großen Sowjetunion und die Zusammenarbeit mit anderen freiheitsliebenden Völkern gesichert werden.

Am 26. August 1944 rief die Partei zum bewaffneten Aufstand auf. Am 9 September 1944 wurde Bulgarien von der Sowjetarmee, die durch den bewaffneten Aufstand des bulgarischen Volkes unterstützt wurde, befreit. Georgij Dimitroff sagte auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) im Dezember 1948 darüber:

„Aber auch in diesem Falle muß besonders betont werden, daß beim Sieg des Aufstandes vom 9. September, bei der Befreiung unserer Heimat vom deutsch-faschistischen Joch das größte Verdienst der brüderlichen, heldenhaften Sowjetarmee und ihrem genialen Führer, Generalissimus Stalin, gebührt, wofür die Partei, die Arbeiterklasse und unser ganzes werktätiges Volk ihnen das Gefühl ewiger Dankbarkeit bewahren werden." (Georgij Dimitroff, „Rolle und Bedeutung der Volksdemokratie", S. 45)

Jetzt konnte sich der große Patriot Georgij Dimitroff der Aufgabe widmen, für die er sein ganzes Leben gekämpft hatte. Er konnte sein Vaterland auf den Weg des Sozialismus führen.

Durch die Befreiung Bulgariens, in deren Verlauf der bürgerlich-faschistische Polizeiapparat zerschlagen worden war, erhielt das bulgarische Volk die Möglichkeit, die Monarchie zu beseitigen und die Volksrepublik auszurufen, zu deren Ministerpräsident Dimitroff gewählt wurde. Unter Anleitung Dimitroffs wurde eine neue Verfassung ausgearbeitet. Artikel II der Verfassung lautet: „Die Macht der Volksrepublik Bulgarien geht vom Volke aus und gehört dem Volke." Dimitroff legte die festen Grundlagen der Freundschaft des bulgarischen Volkes mit dem großen Sowjetvolk, dem es die Befreiung vom Faschismus verdankt und ohne die der Weg zum Sozialismus undenkbar wäre. „Die sowjetisch-bulgarische Freundschaft", so erklärte er, „ist für das bulgarische Volk wie Sonne und Luft für jedes Lebewesen." Dimitroff arbeitete unermüdlich Tag und Nacht als Ministerpräsident und als Führer der Partei. Er setzte alle seine Kräfte ein, um die Vaterländische Front zu stärken, das Agrarland in ein agrarisch-industrielles Land umzuwandeln und das bulgarische Volk dem Sozialismus entgegenzuführen.

In seinem Bericht auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) gab Dimitroff eine exakte Definition der volksdemokratischen Ordnung. Auch diese theoretische Leistung ist von weittragender internationaler Bedeutung. Er schuf mit seiner Analyse prinzipiell Klarheit über Fragen von lebenswichtiger Bedeutung für die Entwicklung der volksdemokratischen Länder. Dimitroff wies nach, daß der volksdemokratische Staat die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausübt, daß er damit ein Staat der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, daß die Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Sowjetunion eine Existenzgrundlage für den volksdemokratischen Staat ist und daß dieser Staat zum demokratisch-antiimperialistischen Lager gehört. Diese Analyse gab den Völkern aller volksdemokratischen Länder eine klare Perspektive ihrer Entwicklung und eine klare Orientierung. Sie half ihnen, Feinde und

Übergangs zum Sozialismus ohne die Diktatur des Proletariats, die volksdemokratischen Länder von ihrer Entwicklung zum Sozialismus abdrängen, die ihre freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion sprengen wollten, um den Kapitalismus in Mittel- und Südosteuropa zu restaurieren.

In diesem Zusammenhang ist der entschiedene Kampf Dimitroffs gegen die faschistische Tito-Clique zu nennen, deren bulgarische Agentur — die Traitscho-Kostoff-Bande — er entlarvte. So hat Genosse Dimitroff sich große Verdienste erworben für die Festigung und sichere Entwicklung des volksdemokratischen Bulgariens und auch der anderen volksdemokratischen Länder. Er hat damit wesentlich beigetragen, das Lager der Demokratie und des Sozialismus, den staatlich organisierten Teil des Friedenslagers, zu festigen. Das ist ein hervorragender Beitrag für die Sicherung des Friedens in der Welt.

Georgij Dimitroff ist drei Jahre tot. Er lebt im Herzen und im Bewußtsein der internationalen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Menschen. Die bulgarische Volksrepublik, die die Grundlagen des Sozialismus aufbaut, errichtet damit das schönste Denkmal für den Patrioten und Internationalisten Georgij Dimitroff. Unvergänglich ist das Andenken Georgij Dimitroffs in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse, die ihm viel verdankt und deren großer Freund er stets war. Bei der Erziehung marxistisch-leninistischer Kader, die der Sache der Arbeiterklasse und ihres Volkes, die der Sowjetunion treu ergeben sind, wird Georgij Dimitroff immer ein Vorbild sein.

Gustav Hertzfeldt

Zwei Jahre Kampf des koreanischen Volkes für seine Unabhängigkeit und den Weltfrieden

In diesem Monat jährt sich zum zweiten Male der Tag, an dem der räuberische amerikanische Imperialismus von der Vorbereitung der Aggression zu direkten kriegerischen Abenteuern überging. Sie sollten ihm eine Lösung der aufs äußerste zugespitzten Widersprüche des imperialistischen Systems auf Kosten der Sowjetunion, Chinas und der anderen Volksrepubliken bringen. Als erster Schritt zu einem neuen Weltkrieg sollte ihm der Überfall auf Korea dienen. Seit zwei Jahren kämpft das koreanische Volk nun gegen diesen Feind, gegen den die Völker überall in der Welt ihre Unabhängigkeit und den Frieden verteidigen müssen. In dieser Zeit ist der amerikanische Imperialismus seinem Ziel keinen Schritt näher gekommen.

Der Widerstand des koreanischen Volkes und der an seiner Seite kämpfenden chinesischen Freiwilligen ist ein gerechter Krieg, weil er zur Verteidigung Koreas und der Grenzen Chinas gegen die amerikanische Aggression geführt wird. Dieser Widerstand weist alle Züge eines wahren Volkskrieges auf: den Massenheroismus, den selbstlosen Einsatz an der Front und im Hinterland, die mächtige Geschlossenheit eines Volkes, das seine nationale Einheit und Existenz gegen barbarische Interventen verteidigt, und die Solidarität der friedliebenden Menschheit, die das koreanische Volk im Kampf um seine Unabhängigkeit gegen die Aggression unterstützt.

☆

Am 15. August 1945 — der in die Geschichte Koreas als Nationalfeiertag einging — befreite die siegreiche Sowjetarmee das ganze koreanische Volk von der japanischen Unterdrückung, gegen die es seit Jahrzehnten gekämpft hatte. Mit der Kapitulation der japanischen Okkupationstruppen vor der Sowjetarmee wurde dem koreanischen Volk der Weg zu einem neuen Leben eröffnet. Vom ersten Tage der Befreiung an entstand in dem so lange unterdrückten Lande eine mächtige Volksbewegung für die Schaffung eines demokratischen Staates, für demokratische Umgestaltungen, die dem Volk ein wohlhabendes, friedliches Leben sichern sollten. Im ganzen Lande, im Norden wie im Süden, entstanden demokratische, nationale Selbstverwaltungen, die Volkskomitees. Das demokratische Korea feierte seinen Sieg auch über die Kräfte der einheimischen Reaktion, die den japanischen Okkupanten gedient hatten. Doch die Hoffnungen des koreanischen Volkes, seine Heimat geeint und unabhängig zu sehen, sollten nicht so bald in Erfüllung gehen.

Einen Monat nach der Zerschlagung der japanischen Truppen durch die Sowjetarmee landeten, entsprechend getroffenen Vereinbarungen, USA-Truppen im Süden des Landes. Längs des 38. Breitengrades wurde eine Demarkationslinie gezogen und die Gebiete südlich dieser Linie durch die USA besetzt. Kaum waren die amerikanischen Okkupanten eingetroffen, da erhob die Reaktion im Süden wieder ihr Haupt. Die vom koreanischen Volk geschaffenen Volkskomitees, seine demokratischen Parteien und Organisationen wurden von den amerikanischen Behörden aufgelöst. An ihre Stelle trat das alte koloniale Verwaltungssystem der Japaner. Die Vaterlandsverräter, die den japanischen Okkupanten gedient hatten, dienten nun den neuen, den amerikanischen Herren. Aus der zeitweiligen Demarkationslinie zwischen den sowjetischen und den amerikanischen Besatzungsgebieten machten die USA-

Okkupanten faktisch eine politische Grenze, die das Land künstlich in zwei Teile zerriß.

Entsprechend den Beschlüssen der Außenministerkonferenz der drei Großmächte im Dezember 1945 kämpfte die Sowjetunion beharrlich und konsequent für die Vereinigung des Landes und für seine Unabhängigkeit. Die Sowjetunion verfolgte damit ihre traditionelle Politik des Friedens und der Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Anders die USA, die die von ihnen ebenfalls unterzeichneten Beschlüsse sabotierten, weil die Vereinigung Koreas und der Abzug der Besatzungstruppen die USA daran gehindert hätten, Korea in einen Militärstützpunkt für ihre aggressiven Pläne in Ostasien und in einen Lieferanten für Kanonenfutter zu verwandeln. Gleichzeitig wollten sie das Land als Absatzmarkt gewinnen und seine reichen Rohstoffe, seine Graphit-, Wolfram-, Gold-, Magnesit-, Kupfer-, Blei- und Zinnvorkommen an sich reißen.

Ebenso unterschiedlich wie die Politik der beiden Besatzungsmächte war die Entwicklung im Norden und Süden Koreas. Die Sowjetunion gab dem koreanischen Volk im Norden des Landes die volle Freiheit, sein Leben nach seinen Wünschen einzurichten. Mit Hilfe der Sowjetunion konnte im Norden der Weg demokratischer Umgestaltungen und des wirtschaftlichen Aufbaus beschritten werden. Die Großindustrie, die Banken, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen wurden nationalisiert. Durch die Bodenreform wurden über eine Million Hektar Land an landlose und landarme Bauern verteilt. Der Achtstundentag wurde eingeführt und eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung erlassen. Auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens entwickelten sich eigene, nationale Kader. Die von den Japanern zerstörte Industrie wurde nicht nur wieder aufgebaut, sondern erweitert. Durch seinen Außenhandel mit der Sowjetunion erhielt Nordkorea Industrieausrüstungen, Maschinen und sonstige Materialien. Zahlreiche sowjetische Spezialisten, Ingenieure, Techniker, Ärzte und Pädagogen halfen unmittelbar beim Aufbau eines neuen Lebens. Dank ihrer Hilfe stieg die Bruttoproduktion der Industrie z. B. von 1946 bis 1949 auf 377,1 Prozent. Durch die Bodenreform und durch die Nutzbarmachung neuer Anbauflächen stieg die Ernte beträchtlich. Unter diesen Umständen blühte die nationale Kultur auf, so stieg z. B. die Zahl der Grundschulen auf das Zweieinhalbfache, die der Gymnasien auf das Zweiundzwanzigfache. Das Antlitz des ehemals rückständigen kolonialen Landes wandelte sich völlig.

Im Süden des Landes zwangen die USA-Okkupanten dagegen der Bevölkerung das faschistische Polizeiregime ihres Trabanten Li Syng Man auf und stützten sich auf den reaktionären, verfaulten und korrupten Staatsapparat, dessen Beamte schon den japanischen Okkupanten gedient hatten. Südkorea wurde zu einem Land des Galgens und des Kerkers. Selbst das Organ Li Syng Mans „Enhab Sinmun“ sah sich zu dem Eingeständnis genötigt, daß in zwei Jahren 162 demokratische Parteien und Organisationen aufgelöst wurden, daß 59 demokratische Zeitungen verboten, über 150 000 Patrioten ermordet und gegen Ende 1949 mehr als 632 000 in Haft gehalten wurden. Die Wirtschaft Südkoreas verfiel. Die Zahl der arbeitenden Betriebe betrug 1949 nur noch ein Drittel der von 1943. Südkorea — einst die Kornkammer des ganzen Landes — mußte Getreide importieren. Ebenso wie anderen Ländern wurden Südkorea versklavende USA-Kredite aufgezwungen. Mit ihrer Hilfe und durch den sogenannten „Finanz- und Wirtschaftsrat des koreanischen Staates“, dem fünf Amerikaner und drei Minister der amerikahörigen Li Syng Man-Regierung

angehörten, sicherten sich die USA die Herrschaft über das gesamte wirtschaftliche Leben der in Südkorea errichteten Marionettenrepublik. In der amerikanisch ausgebildeten, amerikanisch gekleideten, amerikanisch bewaffneten und amerikanisch geführten Söldnerarmee Li Syng Mans glaubten die USA-Okkupanten einen „vortrefflichen Wachhund" — so nannte der Leiter der USA-Militärmission in Korea, General Roberts, diese Armee — aufgebaut zu haben.

Das koreanische Volk, das mit Bewunderung und Hoffnung auf die demokratische Entwicklung der Volksrepublik im Norden blickte, antwortete auf die Unterjochung eines Teils seiner Heimat durch die USA mit einer breiten patriotischen Bewegung unter der Führung der Arbeitspartei Koreas. 71 Parteien und Massenorganisationen fanden sich in der Bewegung zusammen, die für die Vereinigung des Landes, für den Abzug der im Lande verbliebenen USA-Militärbehörden und für die Schaffung einer neuen demokratischen Ordnung in ganz Korea kämpft. Die Sowjetunion hatte ihre friedliebende Politik gegenüber dem koreanischen Volk durch den Abzug ihrer Truppen im Dezember 1948 gekrönt. Sie hatte der koreanischen Volksrepublik die volle Unabhängigkeit gegeben. Die wahre Stimmung des koreanischen Volkes zeigten die Wahlen zur Obersten Volksversammlung Koreas, die von der patriotischen Bewegung am 25. August 1948 im Süden und Norden des Landes durchgeführt wurden. Trotz des grausamen Terrors betrug die Wahlbeteiligung in Südkorea 77,52 Prozent. Im Norden, wo die Wahlen frei durchgeführt wurden, gaben 99,98 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Oberste Volksversammlung rief für Korea die Volksdemokratische Republik aus, nahm eine Verfassung an und bildete die Regierung, in der die wichtigsten politischen Parteien und Massenorganisationen Nord- und Südkoreas vertreten sind. Damit sind diese Organe, die aus allgemeinen Wahlen hervorgingen, die einzigen rechtmäßigen Vertretungen des gesamten koreanischen Volkes.

Die Li Syng Man-Clique und ihre amerikanischen Befehlshaber ignorierten nicht nur alle Vorschläge der Volksrepublik Korea und der patriotischen Bewegung zur friedlichen Vereinigung des Landes, ihre aggressiven Reden und Drohungen sowie Grenzprovokationen häuften sich. Allein im Jahre 1949 provozierten die Truppen Li Syng Mans 1863 Konflikte am 38. Breitengrad. Die Dokumente und Materialien aus den Archiven der Li Syng Man-Regierung, die die Volksarmee bei der Befreiung Soeuls im Jahre 1950 erbeutete, zeigen, wie systematisch der Überfall auf die Koreanische Volksrepublik von den amerikanischen Imperialisten vorbereitet wurde. Der Versuch im Juli 1949, in die Koreanische Volksrepublik einzudringen, wurde von dem Widerstand des Volkes, der bis zu Partisanenkämpfen im Süden ging, verhindert. Neue Vorbereitungen wurden getroffen. Unter den erbeuteten Dokumenten befindet sich der Briefwechsel Li Syng Mans mit seinen Auftraggebern in den USA. Immer wieder werden in diesen Briefen die Waffen für den geplanten Krieg gefordert. So heißt es in einem Brief Li Syng Mans an Dr. Robert Oliver, einen seiner Kumpane in den USA, vom 30. September 1949:

> „Ich bin fest davon überzeugt, daß jetzt der psychologisch geeignetste Augenblick gegeben ist, eine aggressive Maßnahme zu ergreifen ... Um einen alten einst von Churchill gebrauchten Ausspruch zu zitieren: ‚Gebt uns die Werkzeuge, und wir werden die Arbeit verrichten'." („Entlarvung der Anstifter des Bürgerkrieges in Korea", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 40/41)

Die Tatsache, daß die amerikanischen Imperialisten den Krieg in Korea nicht nur inspiriert, sondern auch systematisch vorbereitet haben, geht u. a. daraus hervor, daß der Chef der amerikanischen Militärmission in Korea, General Roberts, auf einer Konferenz von Divisionskommandeuren im Oktober 1949 „Eigenmächtigkeiten" der Li Syng Man-Kommandeure bei der Durchführung der amerikanischen Pläne kritisierte. Er erklärte:

> „Gewiß sind zahlreiche Angriffe auf das Gebiet nördlich des 38. Breitengrads auf meinen Befehl hin erfolgt, und es werden in den kommenden Tagen noch zahlreiche weitere erfolgen ... Von nun an ist die Invasion der Landeswehrmacht gegen das Gebiet nördlich des 38. Breitengrads nur auf Grund von Befehlen der amerikanischen Militärmission durchzuführen." (Ebenda, S. 13)

Nachdem das siegreiche chinesische Volk den Wallstreet-Lakaien Tschiang Kai Schek aus China verjagt hatte — trotz der 6 Milliarden Dollar, die die USA-Imperialisten zu seiner Unterstützung verpulvert hatten — verstärkten die USA ihre aggressiven Maßnahmen in Korea, der einzigen Basis, die ihnen auf dem asiatischen Kontinent verblieben ist. In der vertraulichen Mitteilung der Spionageabteilung des USA-Außenministeriums vom 28. Januar 1949 wird offen ausgesprochen, daß es der Wunsch Amerikas sei,

> „... durch eine stabile und ihm freundlich gesinnte Regierung in Korea eine teilweise Stabilisierung des Fernen Ostens zu gewährleisten und durch einen Erfolg in Korea in anderen Teilen Asiens erlittene diplomatische Rückschläge wettzumachen." (Ebenda, S. 184)

Die USA versprachen Li Syng Man volle militärische Unterstützung beim Feldzug gegen den Norden. Sie versprachen, die UN zu seiner Unterstützung zu mobilisieren. Aus den erbeuteten Dokumenten geht hervor, daß sie bereits in den Jahren vor dem Überfall auf die Koreanische Volksrepublik die rechtswidrige UN-Kommission in Korea, die sorgfältig aus amerikanischen Vasallen zusammengesetzt wurde, zur Verhinderung der friedlichen Einigung des Landes und zur Durchführung ihrer Pläne mißbraucht hatten.

Mitte Juni 1950 kam einer der berüchtigtsten amerikanischen Kriegsbrandstifter, John Foster Dulles, nach Korea, überprüfte die neuen Vorbereitungen, inspizierte die „Front" am 38. Breitengrad, hielt aggressive Reden und gab den Startschuß zur Aggression.

Am Morgen des 25. Juni 1950 drangen die Banden Li Syng Mans an drei Stellen in das Gebiet der volksdemokratischen Republik Korea ein. Sie erhielten jedoch eine solche Abfuhr, daß die amerikanischen Imperialisten sich plötzlich gezwungen sahen, ihre Beteiligung an dem Krieg nicht auf kleinere Kontingente zu beschränken, sondern große Massen amerikanischer Truppen in den Kampf zu werfen. Unmittelbar darauf gingen sie an die Verwirklichung ihres Plans, die UN in die amerikanische Aggression hineinzuziehen.

Die amerikahörigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UN, die (bei Abwesenheit zweier ständiger Mitglieder) die koreanische Volksrepublik der Aggression bezichtigten und den Einsatz von „UN"-Streitkräften gegen das koreanische Volk beschlossen, verstießen damit auf das Gröbste gegen die Verfahrensregeln der UN und gegen ihr Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Indem sie die Koreaner der Aggression gegen Korea bezichtigten, verdrehten sie den Begriff der Aggression, wie

er im Mai 1933 vom Völkerbundsausschuß für Sicherheitsfragen, u. a. von Mitgliedern des heutigen Sicherheitsrates der UN, nämlich von den USA, England, Frankreich und Norwegen angenommen worden war. Nach dieser Vereinbarung ist die Anwendung des Begriffs „Aggression" für Kämpfe innerhalb einer Nation unzulässig, dagegen weist diese Vereinbarung darauf hin, daß ein Staat, der in das Gebiet einer anderen Nation eindringt, der Aggressor ist. Das war in diesem Fall eindeutig die USA.

Ein so unerhörter Mißbrauch der UN und eine so schamlose Verletzung des Völkerrechts, wie in diesem Fall, sind nur möglich, weil die USA-Imperialisten sowohl die Mitglieder des Atlantikblocks als auch die 20 lateinamerikanischen Staaten, die Mitglieder der UN sind, in ihre Abhängigkeit gebracht und unter ihre Botmäßigkeit gezwungen haben. Darauf wies Genosse Stalin hin, als er in seinem Interview mit einem „Prawda"-Korrespondenten im Februar 1951 feststellte:

„Indem sich die UN in ein Instrument des Aggressionskrieges verwandelt, hört sie auf diese Weise gleichzeitig auf, eine Weltorganisation gleichberechtigter Nationen zu sein. In Wirklichkeit ist die UN heute weniger eine Weltorganisation als eine Organisation für die Amerikaner, die den Forderungen der amerikanischen Aggressoren entsprechend handelt. ... Die Organisation der Vereinigten Nationen betritt auf diese Weise den unrühmlichen Weg des Völkerbundes. Damit begräbt sie ihre moralische Autorität und setzt sich dem Zerfall aus." („Einheit", Heft 3, 1951, S. 148)

Durch diesen Mißbrauch der UN suchte der amerikanische Imperialismus nicht nur seine Aggression zu „rechtfertigen", sondern auch Söldnertruppen unter der Flagge der UN aus aller Welt zu erlangen, denn inzwischen waren auch die materiell überlegenen amerikanischen Truppen, zum Entsetzen der Aggressoren, durch die Volksarmee in die Flucht geschlagen und zu einem mehrere hundert Kilometer weiten Rückzug gezwungen worden. In wenigen Monaten hatte die koreanische Volksarmee den USA-Interventen schwere Niederlagen zugefügt und neun Zehntel Koreas von den USA-Eindringlingen und ihren südkoreanischen Marionetten befreit. Das war nach dem Sieg des chinesischen Volkes ein weiterer schwerer Schlag gegen den Mythos von der Stärke des USA-Imperialismus.

Die neue, fortschrittliche Ordnung der Koreanischen Volksrepublik, die sich auf das Volk stützt, zeigte sich dem historisch überlebten Imperialismus und dem volksfeindlichen Regime in Südkorea überlegen. Erst nachdem 19 amerikahörige Staaten Söldnerverbände nach Korea entsandt hatten, gelang es dem USA-Imperialismus, gestützt auf die große Übermacht der Interventionsstreitkräfte, die Volksarmee vorübergehend zum Rückzug zu zwingen. Doch heute, zwei Jahre nach dem Beginn des Krieges in Korea, steht der USA-Imperialismus immer noch da, wo er den Krieg begonnen hat. Dabei hat er ungeheure Menschen- und Materialverluste erlitten. Der USA-Imperialismus hat keine „Polizeiaktion" durchführen können, wie er das erhofft hatte, sondern er führt heute einen bereits zwei Jahre dauernden Krieg, der ihn über 800 000 Tote, Verwundete und Gefangene gekostet hat. Das sind weit mehr, als die USA während des ganzen zweiten Weltkrieges in Europa, Afrika und Asien an Soldaten verloren haben. Auch die Materialverluste sind beträchtlich. In siebzehn Kriegsmonaten wurden allein durch Flakeinheiten und MG-Abteilungen der Volksarmee über 2300 amerikanische Flugzeuge

abgeschossen oder beschädigt. Das ist eine eindrucksvolle Bilanz nach zwei Kriegsjahren, und dabei wird die Aussichtslosigkeit, das tapfere koreanische Volk zu besiegen, immer klarer erkennbar.

Die Schwäche des imperialistischen Lagers, die Widersprüche, von denen es zerrissen wird, hat der Krieg in Korea erneut offenbart. Die imperialistischen Regierungen stehen unter dem Druck der USA. Sie stehen aber auch unter dem Druck ihrer friedliebenden Völker. Die unverschämten Forderungen der USA bereiten ihnen ernsthafte innenpolitische, aber auch wirtschaftliche Schwierigkeiten, die die Widersprüche in diesen Ländern verschärfen. Es ist den USA deshalb sehr schwer geworden, und es wird ihnen immer schwerer, das geforderte Kanonenfutter zu erhalten. Es ist beispielsweise bekannt, daß die Verbände der türkischen Söldner in Korea mehrmals aufgerieben wurden, weil sie den Rückzug der amerikanischen Truppen decken mußten. Durch die Empörung und den Friedenswillen des türkischen Volkes sah sich die türkische Regierung gezwungen, eine weitere Unterstützung der USA-Aggression abzulehnen und ihre Truppen aus Korea zurückzuziehen.

Auch die amerikanischen Interventionstruppen selber beginnen, den ungerechten Krieg gegen das koreanische Volk abzulehnen und sich nach Frieden zu sehnen. Eine große Anzahl amerikanischer Flieger verweigerte bereits die Beteiligung an Kampfeinsätzen. Diese Erscheinungen haben die amerikanischen Imperialisten in eine arge Bedrängnis gebracht. Sie erleben bereits auf der ersten Stufe des geplanten dritten Weltkrieges, wie wenig geeignet gekaufte Söldner sind, um freie Völker niederzuwerfen, die bewußt ihre Heimat und ihre demokratische Ordnung verteidigen. Genosse Stalin hat bekanntlich schon im Februar 1951 in seinem Interview mit einem „Prawda"-Korrespondenten darauf hingewiesen, daß der Charakter des Krieges sich auf die Moral der Interventionstruppen und auf den Verlauf des Krieges auswirken wird:

> „Es ist verständlich, daß die erfahrensten Generale und Offiziere eine Niederlage erleiden können, wenn die Soldaten den ihnen aufgezwungenen Krieg als in höchstem Maße ungerecht betrachten und wenn sie kraft dessen ihre Pflichten an der Front formell, ohne Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Mission, ohne Begeisterung erfüllen." („Einheit", Heft 3, 1951, S. 147)

Die Spekulation der amerikanischen Imperialisten auf die Schwäche der Volksmacht und des Hinterlandes des koreanischen Volkes erwiesen sich als eine Fehlrechnung. Die Aggressoren hatten ihre eigenen Kräfte überschätzt, die der Volksarmee aber unterschätzt. Kim Ir Sen stellte in seinem Aufruf an das koreanische Volk zum Neujahr 1951 fest:

> „Unsere Volksarmee ist natürlich noch eine junge Armee, aber ihr Kampfgeist ist dem der Armee der amerikanischen Aggressoren weit überlegen. Das Bewußtsein der Kämpfer, daß sie das eigene Land gegen bewaffnete, ausländische Aggressoren verteidigen, daß ihre Sache gerecht ist, daß sie einen gerechten Krieg zur Verteidigung der Selbstbestimmung und der Freiheit ihres Vaterlandes führen — dieses Bewußtsein hat die Volksarmee unüberwindlich gemacht. Im Gegensatz dazu hat die Armee der amerikanischen Aggressoren keine moralische Grundlage, und sie hat sich als eine undisziplinierte Armee von Berufsräubern gezeigt." («Новая Корея» („Neues Korea"), Nr. 1—2, 1951, S. 7)

Kim Ir Sen erläuterte dazu, daß die Festigkeit der Volksmacht und des Hinterlandes, die Unterstützung des ganzen Volkes für seine Armee, die Tatsache, daß diese Armee viele Erfahrungen gesammelt hat, in Schlachten bewährt ist und sich quantitativ und qualitativ in schnellem Tempo entwickelt — die Garantien für den Sieg des koreanischen Volkes sind. Die neue Stalinsche Kriegswissenschaft hebt diese ständig wirkenden Faktoren als kriegsentscheidend hervor.

Das alles zeigt, daß die Pläne der amerikanischen Imperialisten genau so abenteuerlich, so spekulativ, so irreal sind, wie es die Pläne Hitlers waren, und daß ihre Politik mit einem ebensolchen Fiasko enden wird, wie die Politik der deutschen Faschisten.

Der Verlauf des Krieges bestätigt die weisen Worte Stalins in seinem Interview mit einem „Prawda"-Korrespondenten im Februar 1951, daß die Moral der Armee, ihre Einsatzbereitschaft durch den Charakter des Krieges und durch seine Ziele bestimmt werden. Während die Reihen der Volksarmee und der chinesischen Freiwilligen sich immer mehr festigen, zersetzen sich die Interventionsarmeen durch die wachsende Demoralisierung und durch die reifende Erkenntnis, für eine schlechte Sache mißbraucht zu werden.

Ein leuchtendes Beispiel für die hervorragende Kampfmoral, die das koreanische Volk beseelt, ist der tapfere Widerstand der koreanischen und chinesischen Kriegsgefangenen auf der Insel Kojedo, die trotz brutalster Gewaltakte, trotz der drohenden physischen Vernichtung treu zu ihrer Heimat und zu ihrem Volk stehen. Sie haben bekanntlich vor einigen Wochen den Kampf aufgenommen, den amerikanischen Kommandanten gefangengesetzt und als Bedingung für seine Freilassung verlangt, daß die Gefangenen nicht mehr für völkerrechtswidrige Propagandaaktionen gegen die koreanische Volksrepublik mißbraucht werden dürfen.

Unter der Führung der Arbeitspartei festigt das koreanische Volk dauernd das Übergewicht der ständig wirkenden Faktoren zu seinen Gunsten.

Die Arbeitspartei Koreas war es, die das koreanische Volk zur Verteidigung seiner Lebensinteressen zusammengeschlossen hat. Sie hat die Volksarmee geschaffen, hat sie erzogen und führt sie im Kampf. Ihrer weitsichtigen Führung dankt das koreanische Volk in großem Maße seine Siege.

Kim Ir Sen erklärte in seinem Bericht auf dem 3. Plenum des Zentralkomitees der Arbeitspartei Koreas am 22. Dezember 1950:

> „Initiator und Organisator der Siege unseres Volkes ist unsere Arbeitspartei. Die Mitglieder unserer Partei sind der Kern des werktätigen Volkes, seine Vorhut. (Ebenda, Nr. 6, 1950, S. 23)

Die Erfolge, die das koreanische Volk unter Leitung der Arbeitspartei Koreas errungen hat, zeigen, daß die Führung der nationalen Bewegung durch die Arbeiterklasse diese Bewegung stärkt, ihr einen konsequenten, kämpferischen Charakter verleiht und ihr geschichtliche Siege über den Imperialismus ermöglicht.

Die Tatsache, daß der amerikanische Imperialismus seine Aggression nicht auf Korea beschränkte, sondern unmittelbar auf China ausdehnte, zwang das chinesische Volk, seine Lebensinteressen gegen den USA-Imperialismus zu verteidigen und dem koreanischen Volk zu helfen. Dadurch wurden die Aussichten für den USA-Imperialismus in Ostasien, wie überhaupt in der Welt, noch hoffnungsloser.

Unmittelbar nach dem Überfall auf Korea, noch bevor die UN unter amerikanischem Druck die USA-Aggression sanktionierten, hatte Truman in einer provokatorischen Erklärung an die Adresse der Völker Asiens den Raub der chinesischen Insel Taiwan verkündet. Seit August 1950 machten sich die USA außer diesem eindeutigen Akt der Aggression immer wieder der Aggression gegen China durch Bombenangriffe auf chinesisches Territorium schuldig. Im Herbst 1950 überschritten die amerikanischen Imperialisten — entgegen ihrer ursprünglichen Zusicherung — den 38. Breitengrad und bedrohten die chinesische Grenze. Amerikanische Politiker stießen Drohungen gegen China aus. Truman drohte, die Atombombe gegen Chinas Bevölkerung einzusetzen. Die Friedensvorschläge des siegreichen chinesischen Volkes wurden brüsk zurückgewiesen. Es erhielt nicht einmal die Möglichkeit, seinen Standpunkt und seine Interessen in der UN zu vertreten. Zwischen der amerikanischen Regierung, MacArthur, dem Schlächter des koreanischen Volkes, und Tschiang Kai Schek wurden neue Anschläge gegen China vorbereitet.

Vor allem aber gingen die USA-Imperialisten daran, den Todfeind der Völker Asiens, den geschlagenen japanischen Imperialismus, als ihr Werkzeug für einen dritten Weltkrieg wieder aufzurichten. Gerade das chinesische Volk, das jahrelang unter schwersten Opfern den Kampf gegen diesen barbarischen und verschlagenen Feind geführt hatte, der an der Seite Hitlers einer der Hauptaggressoren vor und während des zweiten Weltkrieges war, konnte gegenüber diesem Anschlag auf seine Sicherheit nicht gleichgültig bleiben. Angesichts des Dranges der USA, ihre Herrschaft über Asien und die ganze Welt zu errichten, erinnerte sich das chinesische Volk auch der Worte Tanakas, eines der Haupteinpeitscher der japanischen Aggression.

> „Um die Welt zu erobern, muß man erst Asien erobern, um Asien zu erobern, muß man erst China erobern; um China zu erobern, muß man erst die Mandschurei und Mongolei erobern. Um die Mandschurei und die Mongolei zu erobern, muß man erst Korea und Taiwan erobern." („Die Wahrheit über Korea", Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 215)

Um die Heimat zu verteidigen, dem kämpfenden koreanischen Volk zu helfen, um der Aggression Einhalt zu gebieten, ihre Ausweitung zu verhindern und so zur Rettung des Weltfriedens beizutragen, rief das chinesische Volk die Bewegung für den Widerstand gegen die amerikanische Aggression und die Hilfe für Korea ins Leben. Chinesische Patrioten gingen als Freiwillige nach Korea.

Die chinesischen Freiwilligen, die an der Seite der koreanischen Volksarmee kämpfen, erwiesen sich ebenfalls den imperialistischen Truppen überlegen, weil sie einen gerechten Kampf gegen die Aggression führen. General Peng Teh-huai, der Kommandeur der chinesischen Freiwilligen, wies darauf hin, daß ihre Stärke sich herleitet aus ihrem hohen politischen Bewußtsein, aus dem Geist des Patriotismus und Internationalismus, aus ihrer großen Erfahrung im bewaffneten Kampf gegen denselben Feind in ihrer Heimat, aus der vollen Unterstützung des großen China, dessen Aufbau schnell voranschreitet, aus der Unterstützung der Organe der Koreanischen Volksrepublik und aus der Hilfe und Ermutigung aller friedliebenden Menschen der Welt.

Die Basis seines gerechten Kampfes, seine starke Volksrepublik, die neue fortschrittliche Ordnung verdankt das koreanische Volk seiner Befreiung durch die Sowjetarmee und der selbstlosen sowjetischen Hilfe beim Aufbau

Nordkoreas. Die Sowjetunion hat das koreanische Volk nicht nur befreit, hat ihm nicht nur beim friedlichen Aufbau geholfen, sie leistete ihm auch in seinem schweren Ringen unschätzbare Dienste durch ihren folgerichtigen und konsequenten diplomatischen Kampf für die Beendigung des Krieges in Korea, für die friedliche Wiedervereinigung und den Aufbau Koreas und für die Entlarvung der Aggressoren. Auch die Waffenstillstandsverhandlungen, die die amerikanischen Imperialisten jetzt seit nahezu einem Jahr hinschleppen und sabotieren, sind bekanntlich durch eine sowjetische Initiative ausgelöst worden.

Aber nicht nur die Sowjetunion und China stehen an der Seite des koreanischen Volkes. Überall in der Welt machen die Völker die Sache Koreas zu ihrer eigenen Sache. Die Völker stehen an einer großen gemeinsamen Front gegen den gleichen Feind. Jeder Sieg an einem beliebigen Abschnitt dieser Front stärkt den Kampf aller Völker gegen den Imperialismus. In hohem Maße hinderte der tapfere Widerstand des koreanischen Volkes bisher die Aggressoren an der beabsichtigten Ausweitung des Krieges, an der Entfesselung eines dritten Weltkrieges.

> „Dank der Standhaftigkeit unseres Volkes blieb es den Vereinigten Staaten versagt, aus Korea ein militärisch strategisches Aufmarschgebiet für einen Überfall auf die Chinesische Volksrepublik und die Sowjetunion zu machen, was sich zweifellos auf die allgemeinen Positionen des imperialistischen Lagers auswirken wird." (Kim Ir Sen, „Der proletarische Internationalismus und der Kampf des koreanischen Volkes", „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!", Nr. 17, 1952, S. 5)

Unter dem Druck der in aller Welt geäußerten Forderung, den Krieg in Korea zu beenden, sahen sich die amerikanischen Imperialisten gezwungen, auf Waffenstillstandsverhandlungen einzugehen. Sie mußten der Kraft der friedliebenden Völker Rechnung tragen. Ihr Verhalten bei den Verhandlungen zeigt jedoch, daß die amerikanischen Imperialisten nicht gewillt sind, den Frieden in Korea herzustellen. Nahezu ein Jahr verschleppen, stören, sabotieren sie den Fortschritt der Verhandlungen, teils durch nichtige Vorwände (sie blieben z. B. am 20. Juli 1951 den Verhandlungen „wegen schlechten Wetters" fern), teils durch Gewalt (Bombenangriffe auf die neutrale Zone), teils durch unverschämte Forderungen (Verlegung der Demarkationslinie nach Norden weit über den Verlauf der Front hinaus oder Zurückhaltung von über 100 000 koreanischen und chinesischen Kriegsgefangenen).

Der Welt sind die Aussprüche und Artikel führender Männer und Zeitungen der USA bekannt, in denen *Furcht* vor dem Ende des Krieges in Korea geäußert wird. Der verfaulende Imperialismus sieht nur noch im Krieg eine Existenzmöglichkeit für sich. So tröstete die „New York Herald Tribune" vor einigen Wochen ihre Leser

> „... daß, wenn es selbst zum Schlimmsten käme und wir in Korea Frieden hätten, wir doch den Trost finden könnten, daß ein Krieg an einer anderen Stelle droht."

Die amerikanischen Imperialisten, die trotz ihrer barbarischen Kriegsführung, die sich schon in solchen Namen wie „Operation Killer" („Operation Mörder") oder „Operation Strangle" („Operation Würgen") zeigt, die trotz aller Verbrechen das koreanische Volk nicht besiegen konnten, werden auch

durch den barbarischen Bakterienkrieg nicht ihr Ziel erreichen. Der Haß und der Widerstand des koreanischen Volkes und der anderen Völker wird durch dieses Verbrechen nur wachsen.

Als einzige Macht neben Japan, die das Genfer Protokoll von 1925 (das Verbot des Bakterienkrieges) nicht ratifizierte, haben die USA jahrelang diesen bestialischen Anschlag auf die Menschheit vorbereitet.

Während des letzten Krieges wurde bereits in den USA fieberhaft an der barbarischen Bakterienwaffe gearbeitet. Der inzwischen verstorbene General Henry Arnold, Befehlshaber der USA-Luftstreitkräfte, „prophezeite" bereits damals, daß „der biologische Krieg, d. h. die Massenverbreitung von Krankheiten, in Zukunft einen Platz einnehmen kann, der seiner Bedeutung nach dem Atomkrieg gleichkommt". Es gehört die moralische Verkommenheit eines imperialistischen Schlächters wie dieses USA-Generals Arnold dazu, die Bakterienwaffe „ideal" zu nennen, da sie „nur die Menschen vernichten und die materiellen Werte unberührt lassen" würde. Deutlicher kann wohl die Menschenfeindlichkeit des amerikanischen Imperialismus nicht charakterisiert werden als hier durch einen seiner Vertreter selbst.

Ebensolche Feinde der Menschheit, japanische Bakterienverbrecher, wurden im Jahre 1949 durch ein sowjetisches Gericht in Chabarowsk verurteilt. Die USA dagegen haben sich 18 führende Kriegsverbrecher — an der Spitze den Hauptverantwortlichen Ishii — in ihre Todesfabriken geholt, wo sie seit 1946 im Dienst des amerikanischen Imperialismus weiter ihrem mörderischen Handwerk nachgehen.

Mit der Eröffnung des Bakterienkrieges hat der amerikanische Imperialismus die Verbrechen der Hitlerfaschisten und der japanischen Imperialisten übertroffen. Auf Grund unwiderlegbarer Beweise stellte die Delegation der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen, die Korea besuchte, die Schuld der amerikanischen Imperialisten im Sinne des Nürnberger Statuts fest. Die Völker müssen den Kampf gegen den Feind der Menschheit verstärken. Das gilt jetzt besonders für die Völker Europas und damit für das deutsche Volk, denen die amerikanischen Imperialisten den Pest-General Ridgway auf den Hals schicken, damit er hier seine Erfahrungen aus Korea verwerte. Aber ebensowenig wie Ridgway sein Ziel in Ostasien erreichen konnte, ebensowenig wird er es in Europa erreichen.

Der Krieg in Korea hat das militärisch-politische Prestige der USA erheblich erschüttert. Er hat den USA-Imperialismus in seiner ganzen Abscheulichkeit, aber auch in seiner Ohnmacht gegenüber den Völkern gezeigt. Walter Ulbricht erklärte dazu:

> „Das lehrt, daß in der gegenwärtigen Periode der Entwicklung keine imperialistische Armee mehr imstande ist, gegen die um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker militärische Erfolge zu erzielen." („Neues Deutschland" vom 8. Juli 1951)

Der USA-Imperialismus, der Schlächter des koreanischen Volkes, hat allen Völkern gezeigt, welche Gefahren ihnen drohen. Das hat Millionen Menschen in Bewegung gebracht, hat sie aufgerüttelt und hat Millionen neuer Kämpfer für die aktive Verteidigung des Friedens gewonnen.

Die Völker verstehen sehr gut die große Bedeutung des Kampfes des koreanischen Volkes für den Weltfrieden. Sie verstehen, daß es darauf ankommt.

den Aggressor daran zu hindern, Erfolge zu erzielen und den in Korea entfachten Krieg auszudehnen. In allen Ländern der Erde werden deshalb in machtvollen Aktionen, vor allem durch die Arbeiterklasse, die Solidarität und Hilfe für Korea organisiert. Korea ist in der ganzen Welt zum Symbol des unerschütterlichen Kampfes gegen den räuberischen USA-Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und den Weltfrieden geworden.

Der zweite Weltfriedenskongreß in Warschau, die Weltfriedensratstagungen in Berlin und Wien forderten die Beendigung des Krieges und die friedliche Lösung der koreanischen Frage. Die Stärke der Weltfriedensbewegung verhinderte den Einsatz der Atombombe gegen das koreanische Volk und erzwang die Abberufung des Massenmörders MacArthur. In einer Reihe von kapitalistischen Ländern gibt es starke Bewegungen gegen die Entsendung von Interventionstruppen nach Korea. Die Internationale Demokratische Frauenföderation und die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen sandten Delegationen nach Korea, die Beweise für die bestialische Kriegsführung der Aggressoren sammelten und deren grauenvolle Verbrechen — die nur mit denen der Hitlerbande zu vergleichen sind — vor der Weltöffentlichkeit anprangerten. Diese Beweise waren so überwältigend und riefen eine solche Empörung der Völker hervor, daß die USA-Okkupanten unruhig wurden, daß sie Friedenskämpferinnen wie Lilly Wächter und Monica Felton, die die Wahrheit über die amerikanischen Schandtaten in Korea verbreiten, durch Terror zum Schweigen zu bringen suchen. Das ist jedoch ein aussichtsloses Bemühen. Die machtvolle Bewegung der Völker für Frieden und nationale Unabhängigkeit ist nicht aufzuhalten. Diese Bewegung und die anderen Faktoren, die in Korea zur Überlegenheit des Volkes über die imperialistischen Eindringlinge führten, zeigen die Schwäche des Imperialismus, der von Widersprüchen zerrissen ist. Sie bestätigen die Voraussicht Stalins, der bereits im Februar 1951 in bezug auf die von der zentralen Volksregierung Chinas der UN unterbreiteten Vorschläge zur schnellen Beendigung des Krieges in Korea sagte:

> „Wenn Großbritannien und die USA die friedlichen Vorschläge der Volksregierung Chinas endgültig ablehnen werden, dann kann der Krieg in Korea nur mit einer Niederlage der Interventen enden." („Einheit", Heft 3, 1951, S. 147)

Johanna Rudolph

Heinrich Heines Werk dem Volke!

Zur Heine-Ausgabe des Aufbau-Verlages 1951

Vor einiger Zeit veröffentlichte eine Tageszeitung einen Artikel über das FDJ-Schuljahr. Ein Jugendfreund, so wird berichtet, antwortete auf die Frage: „Was denkst du, wenn du den Namen Lorelei hörst?" — „Ich denke dabei: Ami go home!"

Zweifellos liegt in diesen zeitgemäßen Worten ein echtes Verständnis der Lage; spricht doch aus ihnen der heiße Wunsch, die Lorelei, dieses Stück sagenumwobene Heimaterde, gegen die zerstörende Gewalt der fremden Eindringlinge zu schützen, Deutschland unabhängig und frei zu sehen. Aber — wußte er nichts von Heine, nicht einmal von Heines Lied, das einst das meist gesungene deutsche Volkslied war? Und doch entstand die „Lorelei" aus dem gleichen Geist, der Heine beim Anblick schwäbischer Auswanderer, die in Afrika einer düster-ungewissen Zukunft entgegengingen, schreiben ließ:

> „Es ist eine eigne Sache mit dem Patriotismus, mit der wirklichen Vaterlandsliebe . . .
>
> Deutschland, das sind wir selber. Und darum wurde ich plötzlich so matt und krank beim Anblick jener Auswanderer, jener großen Blutströme, die aus den Wunden des Vaterlandes rinnen und sich in den afrikanischen Sand verlieren . . .
>
> Bis tief in die Nacht stand ich am Meere und weinte. Ich schämte mich nicht dieser Tränen. Auch Achilles weinte am Meer, und die silberflüssige Mutter mußte aus den Wellen emporsteigen, um ihn zu trösten. Auch ich hörte eine Stimme im Wasser, aber minder trostreich, vielmehr aufweckend, gebietend und doch grundweise . . .
>
> Wenn einem aber das Meer seine Geheimnisse offenbart und einem das große Welterlösungswort ins Herz geflüstert, dann ade, Ruhe! Ade, stille Träume! Ade, Novellen und Komödien, die ich schon so hübsch begonnen und die nun schwerlich so bald fortgesetzt werden!
>
> Die goldenen Engelsfarben sind seitdem auf meiner Palette fast eingetrocknet, und flüssig blieb darauf nur ein schreiendes Rot, das wie Blut aussieht und womit man nur rote Löwen malt. Ja, mein nächstes Buch wird wohl ganz und gar ein roter Löwe werden . . ." (Heinrich Heine, Gesammelte Werke in sechs Bänden, Bd. 5, Aufbau-Verlag, Berlin 1951, S. 188—190)

Wir erkennen bereits an diesem einen Beispiel unvergleichlicher deutscher Sprache und kämpferischer Publizistik, welch mächtige Waffe, welch ungeheure Kraftquelle wir in Heines Werk für unseren Kampf um die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Nationalkultur, um die Existenz der deutschen Nation, besitzen. Dieses Werk wahrhaft volkstümlich zu machen, seinen volkstümlichen Gehalt ganz zutage zu fördern, wird damit zur unaufschiebbaren Verpflichtung.

Große Bedeutung kommt daher der sechsbändigen Heine-Neuausgabe des Aufbau-Verlags zu, die eine umfangreiche Auswahl seiner Werke umfaßt.

Der Herausgeber, Wolfgang Harich, sagt in seiner Vorbemerkung:

„In Heines Lebenswerk ist der Geist revolutionärer Neuerung von echter Tradition durchdrungen. Eben das macht ihn heute besonders aktuell. Er ist der erste revolutionäre Demokrat der deutschen Literatur und der letzte deutsche Klassiker, in dessen Werk die progressiven, humanistischen Traditionen der deutschen Geistesgeschichte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch einmal einen Höhepunkt erreichen. Mit seinem Kampf gegen die deutsche Reaktion, mit seiner Abkehr von der liberalen Bourgeoisie und mit seiner prophetischen Vorahnung der historischen Rolle des Proletariats überschritt er die Grenzen der bürgerlichen Ideologie. Und gleichzeitig war in ihm noch einmal jene universelle humanistische Bildung verkörpert, die dann selbst bei den bedeutendsten bürgerlichen Schriftstellern, die nach ihm kamen, verlorenging." (Ebenda, Bd. 1, S. 6)

☆

In den beiden ersten Bänden sind die Gedichte zusammengefaßt. Was sie schon frühzeitig kennzeichnet und dann immer stärker in ihnen hervortritt, das ist die Intonation des Volksliedes, die Bildhaftigkeit des Sprichworts, das Aufnehmen und kritische Umschmelzen der Tradition. Heine überwindet dabei die nebelhaften, sentimentalen Züge der deutschen Romantik und gelangt zu einer Naturlyrik, wie sie seit Goethe nicht erklungen war. Aber Heines Gedichte besitzen gleichzeitig jene soziale Spannweite, die ihn zum Neuerer der deutschen Dichtung macht. Hier ertönen die Signale zu den großen geschichtlichen Auseinandersetzungen, die zur revolutionären Lösung drängen. Hier wird *die* Tendenzdichtung geboren, die es ablehnt, „so allgemein wie möglich" zu sein, und die in „Deutschland, ein Wintermärchen" ausspricht, um was es geht:

„Ein neues Lied, ein besseres Lied
O Freunde, will ich Euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben."
(Ebenda, Bd. 2, S. 103)

Zu den Höhepunkten dichterischer Anklage gehört auch sein Spätgedicht „Das Sklavenschiff", in dem Heine die verbrecherische Profitgier und fromme Heuchelei der Kolonialherren an den Pranger stellt:

„Der Gummi ist gut, der Pfeffer ist gut,
Dreihundert Säcke und Fässer;
Ich habe Goldstaub und Elfenbein —
Die schwarze Ware ist besser.

Ich habe zum Tausche Branntewein,
Glasperlen und Stahlzeug gegeben;
Gewinne daran achthundert Prozent
Bleibt mir die Hälfte am Leben."
(Ebenda, S. 348/349)

Im dritten Band der Ausgabe wird dieses Thema, nicht weniger scharf, in Prosa behandelt. In „... Amerika", schreibt Heine sarkastisch „... diesem ungeheuren Freiheitsgefängnis, wo die unsichtbaren Ketten mich noch schmerzlicher drücken würden als zu Hause die sichtbaren", sind alle Menschen gleich, „... mit Ausnahme freilich einiger Millionen, die eine schwarze oder braune Haut haben und wie die Hunde behandelt werden" und derjenigen Weißen, die, dem grausamen Vorurteil trotzend, mit den Negern zusammenhalten. (Ebenda, Bd. 3, S. 552)

Im dritten Band läßt sich der Weg verfolgen, auf dem Heine sich zum revolutionär-demokratischen Publizisten entwickelt. Er enthält die Reisebilder, u. a. die „Harzreise", „Ideen — das Buch Le Grand" (mit seinen dichterisch verarbeiteten Jugenderinnerungen), „Die Bäder von Lucca". Den Abschluß bilden die Briefe aus Helgoland. In ihnen macht sich der mächtige Einfluß geltend, den die Pariser Julirevolution von 1830 auf den Dichter ausübte, in der, wie er sagt, alle Völker „den Triumph ihrer eigenen Interessen" sahen.

Für Heine wird zum beherrschenden Gedanken die Frage, wie sich die Julirevolution auf Deutschlands Einheit auswirken wird. Er „läuft im Traum durch alle Länder und Ländchen", um den Deutschen zu sagen, daß in Paris der Hahn gekräht hat, daß der Morgen anbricht. Er will die Einheit Deutschlands auf demokratischem Wege hergestellt sehen, durch das Volk, er verbindet die nationale Frage mit der demokratischen Revolution:

> „Und Deutschland? Ich weiß nicht. Werden wir endlich von unseren Eichenwäldern den rechten Gebrauch machen, nämlich zu Barrikaden für die Befreiung der Welt? Werden wir, denen die Natur soviel Tiefsinn, soviel Kraft, soviel Mut erteilt hat, endlich unsere Gottesgaben benutzen und das Wort des großen Meisters, die Lehre von den Rechten der Menschheit, begreifen, proklamieren und in Erfüllung bringen?" (Ebenda, S. 572/573)

Als er die Abhandlung „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland" schreibt, bemerkt Heine, daß deren „eigentliche Tendenz eine patriotisch-demokratische" ist. Das gleiche gilt für die „Romantische Schule", beide im fünften Band der neuen Ausgabe veröffentlicht, in dem u. a. auch „Ludwig Börne" und die „Geständnisse" untergebracht sind. Indem Heine die beiden erstgenannten Schriften für das französische Publikum verfaßte, machte er seine Leser außerhalb Deutschlands in wahrhaft fruchtbarer Weise mit der Kulturgeschichte des deutschen Volkes bekannt: mit Lessing, Goethe, Schiller, aber auch mit Johann Heinrich Voß und Gottfried August Bürger. Seine vernichtende Kritik der reaktionären und spießerhaften Züge bei den deutschen Romantikern, die er im „Schwabenspiegel" fortsetzt, läßt ihn um so liebevoller die bleibenden Werte der romantischen Periode vor Verfall und Mißachtung bewahren: die Shakespeare-Übersetzung, die Übersetzung der Werke Cervantes', vor allem jedoch das deutsche Volkslied, zusammengefaßt in „Des Knaben Wunderhorn", aus dem er zahlreiche Beispiele zitiert, weil er, der Dichter, mit Recht der Meinung ist, daß man Dichtung allein durch Beschreibung und Analyse nicht hinreichend vermitteln kann. Hierin besteht einer der großen Beiträge Heines zur Weltliteratur, die er mit seinen eigenen Gedichten ergänzt. Er vollbringt eine patriotische Tat, da er das Schönste und Liebenswerteste, was die deutsche Sprache, die deutsche Kultur hervorgebracht haben, der Menschheit zugänglich macht.

Nicht geringer ist Heines Verdienst um die Würdigung Luthers als des Schöpfers der deutschen Nationalsprache und Nationalliteratur, sowohl in bezug auf die Bibelübersetzung als auf das protestantische Lied (wobei Heine die historisch zwiespältige Rolle Luthers keineswegs unbeachtet läßt). Dieses Kapitel ist von glühendem Kämpfergeist für die deutsche Nation, das deutsche Volk und seine Kultur erfüllt, wie wir ihn vielleicht nirgend in unserer Literatur wiederfinden:

„Merkwürdiger und bedeutender als diese prosaischen Schriften — schreibt Heine — sind Luthers Gedichte, die Lieder, die in Kampf und Not aus seinem Gemüte entsprossen ... Luther liebte die Musik, er hat sogar einen Traktat über diese Kunst geschrieben, und seine Lieder sind daher außerordentlich melodisch. Auch in dieser Hinsicht gebührt ihm der Name Schwan von Eisleben. Aber er war nichts weniger als ein milder Schwan in manchen Gesängen, wo er den Mut der Seinigen anfeuert und sich selber zur wildesten Kampflust begeistert. Ein Schlachtlied war jener trotzige Gesang, womit er und seine Begleiter in Worms einzogen. Der alte Dom zitterte bei diesen neuen Klängen, und die Raben erschraken in ihren obskuren Turmnestern. Jenes Lied, die Marseiller Hymne der Reformation, hat bis auf unsere Tage seine begeisternde Kraft bewahrt, und vielleicht zu ähnlichen Kämpfen gebrauchen wir nächstens die alten geharnischten Worte ..." (Ebenda, Bd. 5, S. 234)

Darauf folgte der vollständige Text des „Ein' feste Burg" ..." In sein Werk „Dialektik der Natur" hat Engels die Charakterisierung des Liedes als „Marseillaise des 16. Jahrhunderts"*) aufgenommen.

Heine bezeichnet Goethe als den Dichter, der in der Literatur am bestimmtesten gegen den Idealismus Partei ergriff, insbesondere dessen Naturlyrik, damit den Beweis führend, daß Goethe in dieser Hinsicht einen fortgeschritteneren Standpunkt einnimmt als die klassische deutsche Philosophie.

Heines patriotische Parteinahme, seine aus den Klassenkämpfen in Frankreich gewonnenen politischen Erfahrungen, sein Suchen nach den revolutionären Kräften und Möglichkeiten, die Deutschland aus den miserablen Zuständen herauszuführen imstande sein mußten, sein leidenschaftlicher Wunsch, Deutschland an der Spitze der fortgeschrittenen Nationen zu sehen, schärften seinen Blick und ließen ihn die revolutionäre Bedeutung der Dialektik erkennen. Darin besteht die größte Bedeutung seiner Schrift „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland", wie Friedrich Engels dies feststellt:

„Was aber weder die Regierung noch die Liberalen sahen, das sah bereits 1833 wenigstens *ein* Mann, und der hieß allerdings Heinrich Heine." (Friedrich Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 5/6)

Die Beleuchtung der politischen und gesellschaftlichen Zustände in Frankreich von 1832 bis 1856 — sein Todesjahr — bringt der vierte Band der Heine-Ausgabe mit der Sammlung von Aufsätzen, die unter dem Titel „Französische Zustände" und „Lutetia" erschienen, sowie mit Berichten über die Februarrevolution 1848 (während der Heine bereits schwerkrank war und seine Wohnung nicht mehr verlassen konnte). Dieser Band enthält das berühmte,

*) Friedrich Engels, „Dialektik der Natur", Dietz Verlag Berlin 1952, S 9

1855 verfaßte Vorwort zu „Lutetia", in dem Heine den Sieg der proletarischen Revolution und die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung als unausbleibliche historische Notwendigkeit verkündet, wo er die Kommunisten als stärkste Partei und ihre Politik als die der konsequentesten Demokratie bezeichnet.

Die Darstellung der französischen Zustände, deren erste Publikation unter größten Zensurschwierigkeiten in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" erfolgte, begründet Heine vor allem damit, daß er dem deutschen Volke Ansporn zur Lösung seiner eigenen geschichtlichen Aufgaben geben will.

☆

Heines Werk ist ein nahezu unerschöpfliches Arsenal für unseren heutigen Kampf. In dieser Richtung erfüllt auch die neue Heine-Ausgabe des Aufbau-Verlages eine bedeutende Funktion. Zu bedauern ist, daß eine Anzahl Dichtungen und Schriften weggelassen wurde, so die Musik-, Theater- und Kunstberichte aus „Lutetia", die auf die gesellschaftlichen Zustände Frankreichs am Vorabend der Februarrevolution von 1848 ein kritisches Licht werfen, und das Vorwort zur ersten französischen Ausgabe der Reisebilder, in dem Heine von tiefer gesellschaftlicher Einsicht erfüllte Worte über die ungleichmäßige Entwicklung in Frankreich und Deutschland sagt, die eine scharfe Anklage gegen den kleinbürgerlichen Radikalismus enthalten, der mit den überholten Losungen von 1793 die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertuschte. Diese Arbeiten sollten bei einer kommenden Ausgabe unbedingt Berücksichtigung finden, da sie zu den reifsten Werken Heines gehören.

Die neue Ausgabe ist auf eine besondere Art gegliedert, um einem breiten Leserkreis die Übersicht über die großen Entwicklungsetappen des Dichters zu erleichtern. Einzelne Aufsätze und Kapitel wurden vom Herausgeber mit eigenen Überschriften versehen, Heines Originaltitel dagegen nur in Fußnoten oder Anmerkungen mitgeteilt. So verhält es sich beispielsweise mit den „Briefen aus Helgoland", die der Denkschrift über Börne entnommen sind, von Wolfgang Harich „Über die französische Julirevolution 1830" genannt werden, ferner mit der Vorrede zum ersten Band des „Salon" (veröffentlicht im fünften Band der Ausgabe), die „Über die Vaterlandsliebe" betitelt wird. Im Hinblick auf eine kommende Auflage wäre es zweckmäßig, die Meinung der Leser darüber einzuholen, ob ihnen diese und andere wichtige Stücke entgangen wären, wenn sie nicht eine besondere Kennzeichnung durch neue Überschriften erhalten haben würden.

Wenn die „Briefe aus Helgoland" um ihres nationalen Gehalts willen aus dem Buch über Börne herausgenommen wurden, so durfte das darauffolgende Kapitel, das Heine mit der Überschrift „Neun Jahre später" versah, allerdings nicht davon getrennt werden. Erst in dieser Gegenüberstellung der Julirevolution von 1830 mit der heraufziehenden Revolution von 1848 tritt Heines Entwicklung und kritische Einschätzung der geschichtlichen Situation an Hand der in Paris gewonnenen Erfahrungen deutlich hervor:

„Nicht für sich, seit undenklicher Zeit, nicht für sich hat das Volk geblutet und gelitten, sondern für andre. Im Juli 1830 erfocht es den Sieg für jene Bourgeoisie, die ebenso wenig taugt wie jene Noblesse, an deren Stelle sie trat mit demselben Egoismus . . . Das Volk hat nichts gewonnen durch

seinen Sieg als Reue und größere Not. Aber seid überzeugt, wenn wieder die Sturmglocke geläutet wird und das Volk zur Flinte greift, diesmal kämpft es für sich selber und verlangt den wohlverdienten Lohn." (Heinrich Heine, Gesammelte Werke in sechs Bänden, Bd. 5, S. 396)

Hier macht sich ein Mangel in der Heine-Ausgabe bemerkbar, der dadurch verstärkt wird, daß der Herausgeber für das Vorwort zu „Lutetia" — das Heine in französischer Sprache schrieb — eine Übersetzung verwandte, die eine Reihe ernster sinnverändernder Fehler enthält. Um nur ein Beispiel zu nennen. Heine schreibt im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der proletarischen Revolution: „Qu'il soit brisé, ce vieux monde . . ." („Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt . . .") Dieser revolutionäre Satz erhält jedoch einen spontanen, automatischen Zusammenbruchs-Inhalt, wenn er, wie in unserer Ausgabe, folgendermaßen übersetzt wird: „Möge sie in Stücke gehen, diese alte Welt . . ." Heines wichtigstes politisches Bekenntnis ist auf diese Weise eingeschränkt, ja entstellt worden.

Als einen Mangel muß man es auch ansehen, daß Wolfgang Harich jene Stelle im Vorwort zu „Lutetia" nur mit einer „rein historischen" Fußnote versieht, in der Heine die Befürchtung ausspricht, die Kommunisten würden, zur Macht gekommen, sein „Buch der Lieder" zerreißen, um für den Gewürzkrämer Tüten daraus zu drehen. Diese Stelle versieht Wolfgang Harich mit folgender Fußnote:

„Man darf nicht vergessen, daß Heine hier unter dem Eindruck des primitiven Kommunismus urteilt, der zu seinen Lebzeiten in der französischen Arbeiterbewegung eine führende Rolle spielte. Über diesen Kommunismus, zuerst von Babeuf und später von Blanqui u. a. vertreten, heißt es bei Marx und Engels: ‚Die revolutionäre Literatur, welche diese ersten Bewegungen des Proletariats begleitete, ist ihrem Inhalt nach notwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und eine rohe Gleichmacherei.'" (Ebenda, Bd. 4, S. 496)

Unerwähnt bleibt, daß der wissenschaftliche Sozialismus den „allgemeinen Asketismus und die rohe Gleichmacherei" nicht nur nicht teilt, sondern scharf bekämpft. Unerwähnt bleibt ferner, daß dort, wo der Kommunismus zum erstenmal in der Geschichte den Sieg errang, in der Sowjetunion, Heines kleinbürgerliche Befürchtungen allgemein und auch hinsichtlich seiner eigenen Lyrik durch die Praxis aufs glänzendste widerlegt sind. Hier zumindest hätte Wolfgang Harich aus seiner „objektiven" Zurückhaltung heraustreten müssen, um auf die Heine-Forschung und Heine-Publikation in der Sowjetunion einzugehen. Gibt es heute nicht zahllose Versuche der Gegner des gesellschaftlichen Fortschritts, die Kommunisten als Leute hinzustellen, die auf die „Nivellierung" und „Uniformierung" der Kunst hinauswollen? Sind nicht die Anbeter des Nihilismus, der Entseelung des Inhalts der Kunst, der Zerstörung ihrer Formen, gleichzeitig die schlimmsten Feinde der Sowjetunion? Und müssen wir nicht andererseits in unseren eigenen Reihen Neigungen zu proletkultischer Ableugnung des klassischen Erbes, der Schönheit und progressiven Bedeutung seiner Meisterwerke, bekämpfen? An solchen Schwerpunkten unserer heutigen geistigen Auseinandersetzungen über prinzipielle Fragen durfte bei einer neuen Heine-Ausgabe nicht vorbeigegangen werden.

Vergessen wir nicht Heines „Doktrin":

„Schlage die Trommel und fürchte dich nicht . . .
Das ist der Bücher tiefster Sinn!"
(Ebenda, Bd. 1, S. 441)

Die Geschichte der Heine-Forschung, die Geschichte der Heine-Ausgaben, das ist nicht nur ein Stück Geschichte der deutschen Literatur und Literaturkritik, das war seit jeher eine Kampfangelegenheit, an der sich die Geister schieden, an der sich aber auch zahllose Schwächen in der fortschrittlichen deutschen Heine-Forschung offenbarten.

Die Ehrenrettung für Heinrich Heine vollzog die deutsche Arbeiterklasse. Franz Mehring leistete mit seiner biographischen Abhandlung, die er der 1911 im „Vorwärts"-Verlag erschienenen Heine-Ausgabe voranstellte, einen bedeutenden Beitrag zur Popularisierung des Dichters bei den Massen der Werktätigen. Seine Arbeit nimmt unter den Dokumenten, die zum Verständnis und zur Aneignung des Erbes unserer Nationalliteratur führen, einen wichtigen Platz ein. Sie stellt eine Abrechnung mit Heines Gegnern dar, die den Dichter als „undeutsch" verleumdeten. Sie führt glänzende Schläge gegen das literarische Gewürm, das Heines Leben auf persönliche Affären und unfruchtbare Polemik zu reduzieren sucht, in ihm nur den Spötter sehen will. Mehring gibt Hinweise für das Neue in Heines Lyrik, so hinsichtlich der „Harzreise" und der „Nordseebilder".

Mehrings Hauptverdienst liegt darin, daß er vor allem den politischen Dichter Heine auf den Schild erhob, der das reaktionäre Preußentum an den Pranger stellt, der „Deutschland — ein Wintermärchen" schrieb, der in seinem Gedicht „Die Weber" das Proletariat als den Totengräber der Bourgeoisie bezeichnet, den kühnen Fechter gegen jegliche Unterdrückung und Tyrannei, den Streiter im Befreiungskampf der Menschheit.

Es war daher richtig, Mehrings Abhandlung mit in die neue Heine-Ausgabe zu übernehmen, zumal der Herausgeber sich kritisch mit ihren Fehlern auseinandersetzt, „die in den allgemeinen theoretischen Schwächen der Zweiten Internationale wurzeln. . ." (Ebenda, S. 11). So wird darauf hingewiesen, daß Mehring die Bedeutung der Heineschen Schrift „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland" unterschätzte und den wichtigen Hinweis von Engels dazu unerwähnt ließ. Die Ausführungen Wolfgang Harichs zu diesem Punkt sind jedoch nicht geeignet, wirklich Klarheit zu schaffen. Er schreibt, Heine habe den Versuch unternommen,

„. . . die historisch-gesellschaftliche Funktion der klassischen deutschen Philosophie von Leibniz bis Hegel zu erfassen, ihren revolutionären Kern herauszuarbeiten und gleichzeitig ihre philisterhaften Seiten, ihre Abhängigkeit von der deutschen Misere, ihre idealistische Verschrobenheit zu kritisieren." (Ebenda, S. 12)

Soweit Heine auch in seinen Anschauungen vorgeschritten war, so treffend seine Satire auf die deutsche Misere, so scharf seine Angriffe auf die in Frankreich herrschende Finanzoligarchie und das Manchestertum in England waren, so oft er wörtlich aussprach, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch die soziale Revolution beseitigt werden müsse, so ist er doch nicht bis zum wissenschaftlichen Sozialismus vorgedrungen. Was in diesem

Punkte aber auch immer zu Heines Standpunkt zu sagen ist — Wolfgang Harich jedenfalls bagatellisiert hier den reaktionären Charakter des Idealismus, wenn er selbst nur von „idealistischer Verschrobenheit" spricht.

☆

Ein wichtiger Punkt, der in der neuen Ausgabe einer näheren Beleuchtung bedurft hätte, besteht darin, daß Heines Dichtung seit seiner persönlichen Bekanntschaft mit Marx eine qualitative Veränderung erfuhr. Die Analyse von Heines Weltanschauung und die zeitgeschichtliche Einordnung seines Schaffens durch den Heine-Essay von Georg Lukacs aus dem Jahre 1935, auf den Harich verweist, ist nicht geeignet, diese Lücke auszufüllen. So wichtig es ist, Heines historischen und ideologischen Standort zu umreißen, so sehr läuft sein Werk Gefahr, in eine philosophisch-historische Treibhausluft zu geraten, wenn wir nicht anerkennen, daß uns heute *gleichzeitig* viel weitere Aufgaben gestellt sind: unserem ganzen Volk den schöpferischen Inhalt, den lebendigen Sinn, den kämpferischen Charakter, die Schönheit der Heineschen Dichtung, den unermeßlichen Reichtum seiner Sprache zu erschließen.

Hier sollen wir von Marx lernen.

Auf die Beziehung zwischen Marx und Heine eingehend, weist Mehring darauf hin, daß Heine Marx im Herbst 1843 in Paris kennenlernte und sich damals „oft ästhetischen Rat bei Marx und dessen Frau geholt hat". Er stützt sich dabei auf die Erinnerung von Marx' jüngster Tochter, Eleanor Marx-Aveling, die in einem Aufsatz der „Neuen Zeit" wiedergegeben wird. Dort heißt es:

> „Es gab eine Zeit, wo Heine tagaus tagein bei Marxens vorsprach, um ihnen seine Verse vorzulesen und das Urteil der beiden jungen Leute einzuholen. Ein Gedichtchen von acht Zeilen konnten Heine und Marx zusammen unzählige Male durchgehen, beständig das eine oder andere Wort diskutierend und so lange arbeitend und feilend, bis alles glatt und jede Spur von Arbeit und Feile aus dem Gedicht beseitigt war." („Die Neue Zeit", Vierzehnter Jahrgang, Erster Band, 1895/96, S. 17)

Dieser Hinweis, der — obwohl in der deutschen fortschrittlichen Heine-Literatur mehrfach zitiert — eine umfassende Interpretierung bisher nicht erfahren hat, ist äußerst aufschlußreich. Nicht nur in bezug auf Heine, der in dem um zwanzig Jahre jüngeren Marx den gültigen Kritiker für sein Werk erkennt und anerkennt, sondern auch in bezug auf Marx, der Heines gesamter Dichtung, selbst „einem Gedichtchen von acht Zeilen", die größte Aufmerksamkeit widmet. In der Zeit des ständigen persönlichen Umgangs mit Marx erhebt Heines politisch-satirische Dichtung, seine sozialkritische Anklage sich auf eine bis dahin nicht gekannte Höhe der gesamten deutschen Literatur. Auch wenn das alles „schon in ihm lag", wie Mehring schreibt, so ist Marx' großer Einfluß doch unverkennbar und entscheidend. Mit den Diskussionen über ästhetische Fragen, die Marx und Heine führten, ist bezeugt, wie wichtig für Marx die Verbindung der künstlerischen Meisterschaft in der Form mit der schärfsten Ausprägung des Inhalt ist.

In der Einführung zu einer Heine-Auswahl, die 1950 in russischer Sprache in Moskau erschien, schreibt J. M. Metallow zu diesem Thema:

> „Die schöpferische Enttäuschung, die den Dichter noch kurz zuvor gepeinigt hatte, über die lyrische Poesie, die ihm überlebt und nicht mehr zeit-

gemäß erschienen war, verschwand in der neuen Etappe vollständig .. Nun wird seine lyrische Produktion fast gänzlich publizistisch. Es ist in hohem Maße symptomatisch, daß, wenn zur Zeit der revolutionären Entwicklung Heines sich das publizistische Thema noch sehr schwach in seiner Dichtung zeigt, Heine jetzt fast nur als Dichter und dabei als publizistischer Dichter, als revolutionärer Dichter auftritt.

Gleichzeitig entfremdet sich Heine dem leeren Klang, der Inhaltlosigkeit, der Abstraktheit, der sogenannten ‚politischen Dichtung', die zu Beginn der Vierziger Jahre in Deutschland weite Verbreitung gefunden hatte ...

Eine der hervorragenden Eigenschaften der dichterischen Publizistik dieser Jahre besteht darin, daß sie, obwohl sie aktuell ist, sich den unvergänglichen Wert größter Kunst bewahrt."

Lenin stellt fest, daß der Marxismus nichts enthält, „was einem ‚Sektierertum' im Sinn irgendeiner abgekapselten verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die *abseits* (kursiv bei Lenin) von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist". Wie sehr gehörte das Wort des Dichters dazu. Geht doch die Beziehung zur Literatur, zur Poesie durch das ganze Werk von Marx und Engels, und sie stellen jenen politischen Literaten des „wahren Sozialismus", wie er sich in einem Karl Beck verkörpert, den echten politischen Dichter Heine scharf kritisch gegenüber. Nur das konnte echte Dichtung sein, was verbunden war mit der nationalen Tradition in der Form, mit dem Volkslied und der Volkspoesie. Heine war es, der die großen kämpferischen Ideen seiner Zeit mit der echten nationalen und klassischen Tradition seines Volkes zu verbinden wußte. Daher das tage- und nächtelange gemeinsame Arbeiten und Feilen, daher die leidenschaftliche Anteilnahme Marx' an der künstlerischen Ausdrucksform, an der Bildhaftigkeit der Sprache, die der Dichter als kostbarstes Gut in Händen hielt. Heute, im Lichte der genialen Arbeit Stalins über den Marxismus in der Sprachwissenschaft, vermögen wir diese bei Mehring angeführte Überlieferung von dem ästhetischen Rat, den Heine sich bei Marx holte, allseitig zu verstehen.

Diese Überlieferung weist uns somit den Weg, wie wir an Heines Dichtung herangehen müssen, um ihren nationalen Gehalt auszuschöpfen, um sie wahrhaft volkstümlich zu machen.

Was unsere eigene Literaturkritik bis dahin nicht voll erkannte, lehrt uns ein einfaches sowjetisches Beispiel. Viele Leser, Theater- und Kinobesucher erinnern sich wahrscheinlich jener Episode aus dem sowjetischen Schauspiel „Oberst Kusmin" (als Film „Begegnung an der Elbe"), das 1945 kurz nach der Befreiung durch die Sowjetarmee in der damaligen sowjetischen Besatzungszone spielt: Kusmin liest dem zwölfjährigen Walter Dietrich „etwas über Blumen" vor, ein Gedicht von Heine:

„Der Schmetterling ist in die Rose verliebt,
Umflattert sie tausendmal,
Ihn selber aber goldig und zart
Umflattert der liebende Sonnenstrahl" ...

Nicht nur der ehemalige Hitlerjunge Walter, der bisher nie etwas von Heine gehört hatte, auch sein Großvater, Chefingenieur eines bekannten wissenschaftlichen Laboratoriums, werden von der Schönheit, dem Lebensgefühl, dem Humanismus des Gedichtes gepackt. Es wird zum ersten Anhauch des Er-

wachens eines echten Selbstbewußtseins, ehrlicher Verantwortlichkeit, wahren Nationalgefühls bei diesen deutschen Menschen, die alles, was ihnen lieb und teuer war, verloren glaubten. Jetzt hören sie die vertrauten Klänge ihres Volkes, durch Heines Verse wachgerufen. Das Leben beginnt von neuem.

*

„In der Brust der Schriftsteller eines Volkes liegt schon das Abbild von dessen Zukunft",*) schreibt Heine in seinem Buch „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland". Er konnte es mit um so größerer Überzeugung und Berechtigung sagen, als er wie kein anderer Dichter seiner Epoche den Weg für die Zukunft seines Volkes freimachen half. Er irrt sich oft, und nicht immer ist er konsequent. Aber er ergreift Partei. Aus der Ironie, bei den deutschen Romantikern ein Zeichen der Ohnmacht und des Sichabfindens mit den reaktionären Zuständen, schmiedet er eine Waffe. Sie wird zu einem Mittel seines Realismus. So wie er sie anwandte, bot sie ihm die Möglichkeit, den Schleier von der deutschen Misere wegzuziehen und die Wirklichkeit zu enthüllen, ohne deren Kenntnis und Erkenntnis auch ihre Veränderung nicht möglich war. Er befreite das Gefühl von der Illusion. Darin besteht eines seiner größten Verdienste um unsere Literatur.

Indem Heine die rückwärtsgewandten Tendenzen der deutschen Romantik, ihre Mystik, ihre Sentimentalität kritisch und selbstkritisch überwand, indem er in seiner Dichtung für eine Gesellschaftsordnung kämpfte, in der echte menschliche Gefühle nicht mehr in Widerspruch zur Wirklichkeit zu geraten brauchen, trägt er dazu bei, daß auch die Ironie endlich überflüssig wird. Ironie ist ihm, wie er in der Vorrede zur französischen Ausgabe der Reisebilder schreibt, ein Kampfmittel für die „Periode der Negation". Wo sich ein revolutionärer Aufschwung zeigt, wo sich eine große Volksbewegung vorbereitet, erklärt er, „daß man sich hier vielmehr positiven Bestrebungen widmen und alles wiederaufrichten müßte, was uns die Vergangenheit an Gutem und Schönem hinterlassen hat."

Das Gute und Schöne, das Heine aus der Vergangenheit in die Zukunft des deutschen Volkes hinüberrettet, ist die Volkstümlichkeit der Kunst. Was in der deutschen Dichtung, in Sage und Lied, in echter Naturbeziehung und zornigen Balladen lebendig war, hütet er als kostbaren Schatz, reinigt es von Unkraut, erklärt und erläutert es, nimmt es hinüber in seine Dichtung und seine funkelnde Prosa und gibt ihm einen neuen gesellschaftlichen Inhalt und fügt die großen Themen seiner Gegenwart hinzu. Vertiefen wir uns heute in die Lektüre seiner Gedichte, in seine zündende Publizistik, so werden wir finden, wie überraschend viel vom Abbild der Zukunft unseres Volkes darin zu entdecken ist.

*) Heinrich Heine, Gesammelte Werke in sechs Bänden, Bd 5, S 141

Werner Höppner

Die Enzyklopädie der UdSSR in deutscher Sprache

Zum Erscheinen des zweiten Bandes

Seit längerer Zeit liegt nunmehr auch der zweite Teil der Übersetzung des Bandes „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" aus der Großen Sowjetenzyklopädie (1. Auflage) vor.*)

Die allgemeine Bedeutung dieses Werkes für unseren Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens sowie für die Erfüllung unseres Fünfjahrplans ist in zahlreichen Besprechungen bei Erscheinen des ersten Bandes gewürdigt worden.**)

Inzwischen sind unsere Aufgaben weiter gewachsen, das Interesse breitester Bevölkerungsschichten an den gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit und an der fortschrittlichen Wissenschaft hat sich noch stärker entfaltet, und der Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes hat sich weiter verschärft. Es liegt auf der Hand, daß gerade deshalb die Enzyklopädie für uns immer größere Bedeutung gewinnt. Dieses Standardwerk vermittelt uns grundlegendes Material über die Geschichte, die Wirtschaft, die Kultur und die Gesellschaft der sozialistischen Sowjetunion, der Führerin des Weltfriedenslagers. Es zeigt den ruhmreichen Weg des Sowjetvolkes unter Führung der bolschewistischen Partei — einen Weg, auf dem so gewaltige Erfahrungen gesammelt und so große Erfolge errungen wurden, daß die ganze fortschrittliche Menschheit daraus zu lernen bemüht ist.

Die Enzyklopädie ist deshalb auch für uns ein wichtiges Mittel, um siegen zu lernen.

Da es unmöglich ist, in einer kurzen Besprechung auch nur eine annähernd erschöpfende Vorstellung davon zu vermitteln, welche außerordentliche Fülle von Material auch der Band II bietet, werden wir uns nur auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Der Band II beginnt mit dem Kapitel XI: *Volksbildung*. Einige Völker der Sowjetunion (die Grusinier und Armenier z. B.) hatten bereits außerordentlich früh ein beachtliches kulturelles Niveau erreicht. Im eigentlichen Rußland befanden sich bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts alle Schulen in den Händen der Kirche und trotz energischer, fortschrittlicher Reformen Peters I. und der Tätigkeit großer Russen, wie Lomonossow, bleibt für die Politik der zaristischen Regierungen in bezug auf die Volksbildung ein Ausspruch Katharinas kennzeichnend:

> „Dem Pöbel soll keine Bildung gewährt werden, denn wenn er einmal soviel weiß, wie Sie und ich, gehorcht er uns nicht mehr so wie jetzt." (1257)***)

Zwar wurden im Laufe der Zeit eine Reihe von Neuerungen eingeführt und ein festes System der Volksbildung aufgebaut, das zweifellos objektive Fortschritte brachte, aber der Charakter aller Einrichtungen der Volksbildung blieb erhalten: strenge standesmäßige Scheidung, die den Besuch der Gym-

---

*) „Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken", Band II, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1950.

**) Wir verweisen z. B. auf den Artikel: G. Grünberg, „Die Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken", „Einheit", 1951, Heft 15.

***) Die in Klammern gesetzten Zahlen verweisen auf die entsprechenden Spalten im Band II der Enzyklopädie.

nasien und Universitäten nahezu ausschließlich dem Adel und Großbürgertum vorbehielt und für die übrige Bevölkerung nur unzulängliche Elementarschulen verschiedener Typen aufwies. Die nichtrussischen Völker des Zarenreichs litten unter der rigorosen Unterdrückung ihrer nationalen Kulturen, unter der rücksichtslosen Russifizierungspolitik (1876 z. B. wird in der Ukraine der Gebrauch der ukrainischen Sprache in den Schulen verboten!).

Erwähnt werden muß der entschlossene Kampf der revolutionären russischen Demokraten des 19. Jahrhunderts (Herzen, Belinski, Tschernyschewski, Pissarew u. a.) gegen das feudale System der Volksbildung, der auch zu wesentlichen Reformen führte. Jedoch kam es „mit dem Erstarken der Reaktion in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer fast völligen Beseitigung aller liberalen Ansätze auf dem Gebiete der Volksbildung durch die Zarenregierung" (1262). Zwar führte die in Rußland Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende stürmische Entwicklung des Kapitalismus auch auf dem Gebiete der Volksbildung zu einer Belebung, aber dennoch blieb der äußerst rückständige Charakter des gesamten Systems der Volksbildung erhalten.

Die Enzyklopädie behandelt sodann in mehreren ausführlichen Abschnitten die Entwicklung und den Aufbau des Bildungswesens nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, wobei naturgemäß das seit den Jahren 1932/1934 bestehende gegenwärtige System der Volksbildung ausführlich dargestellt wird: Vorschulerziehung, allgemeinbildende Schule, Lehranstalten für die mittlere Berufsausbildung und Hochschulen. Klar werden die Grundprinzipien des sozialistischen Systems der Volksbildung, das außerdem die verschiedensten Einrichtungen für Erwachsenenbildung umfaßt, dargestellt und die dabei bis heute erzielten außerordentlichen Erfolge an Hand ausführlicher Zahlenmaterialien veranschaulicht.

> „Unter der Sowjetmacht wurde die Bildung wirklich allen zugänglich gemacht, und das Wissen, das sich Millionen Werktätiger aneignen, und das sie beherrschen, wurde in der Tat in ihren Händen zu einer erprobten, mächtigen Waffe im Ringen um die Befreiung, um den Sozialismus." (1310)

Das Kapitel XII behandelt die *Wissenschaft*. In einer Einführung gibt der im Vorjahr verstorbene Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, der weltbekannte Physiker S. I. Wawilow, ausgehend von den alten Traditionen der russischen Wissenschaft und den Charakterzügen der sowjetischen Wissenschaft, einen Überblick über die Entwicklung nach der Oktoberrevolution. Für unsere wissenschaftlichen Kader, die sich im Rahmen des Fünfjahrplans die fortschrittliche Wissenschaft aneignen und sie meistern müssen, ist es außerordentlich wichtig, zunächst völlige Klarheit über den Charakter der fortschrittlichen Wissenschaft zu schaffen. Die Sowjetwissenschaft hat

> „... ihren besonderen Charakter, der völlig von den neuen sozialen und ökonomischen Verhältnissen im Lande, von den neuen Zielen der Wissenschaft sowie von ihrer neuen Organisation und ihrer allgemeinen Weltanschauung bestimmt wird," schreibt Wawilow (1316).

Welches sind nun die Kennzeichen der fortschrittlichen Sowjetwissenschaft? Ihr wichtigstes Merkmal besteht darin, daß sie sich „nicht vom Volke isoliert, sich nicht von ihm entfernt, sondern immer zum Dienste am Volke bereit ist."

Obwohl es auch im zaristischen Rußland einzelne hervorragende Gelehrte gab, die sich die Demokratisierung der Wissenschaft als Aufgabe stellten (Lomonossow, Setschenow, Timirjasew u. a.), wurde die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft erst durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution grundlegend geändert. Jetzt wurde die Wissenschaft ausschließlich in den Dienst des Volkes gestellt.

Ein weiteres Merkmal der Sowjetwissenschaft besteht in der grundsätzlichen „Verbindung zwischen dem abstrakten Denken, der abstrakten Theorie einerseits und der Praxis und Technik andererseits" (1317). In der Sowjetwissenschaft wird die Einheit von Theorie und Praxis verwirklicht.

„Die enge Verbindung mit der Praxis verhindert aber nicht, daß im Sowjetlande an Problemen gearbeitet wird, die gegenwärtig noch kein unmittelbar praktisches Interesse haben. Wenn man von der unzertrennlichen Einheit von Theorie und Praxis in der Sowjetwissenschaft spricht, so ist vor allem zu berücksichtigen, daß ein Wissenschaftler, der sich mit abstrakten Problemen befaßt, niemals außer acht lassen darf, daß das Ziel aller Wissenschaft in der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft besteht, und daß er daher mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt sein muß, die wissenschaftlichen Ergebnisse so schnell wie möglich mit der Praxis zu verbinden." (Ebenda)

Ein weiteres Merkmal der Sowjetwissenschaft besteht darin, daß sie die einzig wahre philosophische Weltanschauung, den dialektischen und historischen Materialismus, zur Grundlage hat.

„Die Weltanschauung der Sowjetmenschen ist der dialektische und historische Materialismus mit seiner allumfassenden Weite, mit der unerschütterlichen Überzeugung von der objektiven Realität der Welt und ihrer unaufhörlichen fortschreitenden Veränderung und Entwicklung." (1318)

Der vierte Charakterzug der Sowjetwissenschaft liegt in ihrer kollektiven Arbeitsweise. Es sind nicht einzelne Wissenschaftler, einzelne Persönlichkeiten, die sich mit der Untersuchung wissenschaftlicher Probleme befassen, sondern ganze Gruppen, ganze Institute und häufig noch größere Vereinigungen, die an der Erforschung eines bestimmten Fragenkomplexes arbeiten.

Wenn die kollektive Arbeitsweise eines der wichtigsten Kennzeichen der Sowjetwissenschaft ist, so heißt dies jedoch keineswegs, daß damit die Rolle genialer Forscher und Talente geringer geworden ist.

„Einen talentierten Wissenschaftler schätzt man sogar höher ein als früher, aber er ist kein Einzelgänger mehr, sondern Lehrer und Führer einer wissenschaftlichen Schule." (1319)

Es genügt, in diesem Zusammenhang auf Leben und Werk so hervorragender Persönlichkeiten der Wissenschaft wie Mitschurin, Pawlow und Lyssenko, zu verweisen.

In den folgenden Abschnitten des Kapitels XII werden dann von führenden Vertretern der Sowjetwissenschaft die geschichtliche Entwicklung, die wichtigsten Ergebnisse und der heutige Stand auf den einzelnen Fachgebieten behandelt: Gesellschaftswissenschaften, Physik, Chemie, Astronomie, Mathematik, Mechanik, Technik, Geographie, Geologie, Biologie, Botanik, Medizin, Heimatkunde, Naturschutz und wissenschaftliche Institutionen.

Der deutsche Leser erhält somit einen geschlossenen Überblick über den Stand der sowjetischen Wissenschaft, wie er ihm bisher noch nicht zugänglich gewesen ist. Es zeigt sich anschaulich, daß die Sowjetwissenschaft heute auf sämtlichen Fachgebieten eine führende Rolle spielt und in gewissen Disziplinen eindeutig an der Spitze der internationalen Wissenschaft steht. Seit dem Erscheinen des vorliegenden Bandes der Enzyklopädie in der Sowjetunion (1947) gab es auf einigen Fachgebieten jedoch Veränderungen von prinzipieller Bedeutung (Sprachwissenschaft, Biologie, Medizin u. a.), die natürlich im vorliegenden Text noch keine Widerspiegelung finden konnten. Hier kommt der inzwischen übersetzten und bei uns erschienenen Literatur (z. B. Lyssenko-Diskussion u. a.) große Bedeutung zu. Sie stellt eine unerläßliche Ergänzung zu den in der Enzyklopädie enthaltenen Ausführungen dar.

Das XIII. Kapitel trägt die Überschrift *„Das sozialistische Sowjetrecht"*.

> „Das sozialistische Sowjetrecht ist die Gesamtheit der vom Staat festgesetzten Verhaltensregeln innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft. Seine Normen sind der Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse, des Vertreters und Verbündeten aller Werktätigen, d. h. des Willens der überwältigenden Mehrheit des Volkes und, seitdem in der UdSSR die letzte Ausbeuterklasse, das Kulakentum, beseitigt worden ist, des Willens des gesamten sowjetischen Volkes." (1508)

Hierin liegt der grundlegende Unterschied des Sowjetrechtes gegenüber allen anderen Rechtstypen, in denen bisher stets nur der Wille einer zahlenmäßig geringen ausbeutenden Minderheit zum Ausdruck kommt. Nach einer grundlegenden, von dem großen Rechtswissenschaftler und derzeitigen Außenminister der Sowjetunion Wyschinski verfaßten Darstellung des Charakters des Sowjetrechtes werden sodann in kurzen und prägnanten Formulierungen die Hauptgebiete behandelt, in die das einheitliche sozialistische Sowjetrecht zerfällt.

Kapitel XIV behandelt *Literatur und Kunst*. Ausgehend von der geschichtlichen Entwicklung, von den großen Traditionen der russischen Literatur und Kunst, werden von verschiedenen Verfassern die Entwicklungsetappen nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geschildert, wird dargestellt, wie die in ihrem Inhalt sozialistische und in ihrer Form nationale Sowjetliteratur und Sowjetkunst zu ihrer heutigen Weltgeltung gelangte.

> „Das Unterpfand für die Lebensnähe und Kraft der Sowjetkunst liegt in ihrer untrennbaren Verbundenheit mit dem Volke ... es ist das Volk, aus dem die Sowjetkunst ihre Gestalten, die Tiefe der Gefühle und die Erhabenheit der Ideen schöpft." (1539)

Von besonderem Wert ist es, daß neben der Kunst und Literatur des russischen Volkes auch ausführlich auf die Kunst und Literatur der anderen Völker des Sowjetlandes eingegangen wird. Durch eine größere Zahl von Tafeln und Abbildungen erhält der deutsche Leser eindrucksvolle Beispiele für Werke auf den einzelnen Gebieten der Kunst (Bildende Kunst, Baukunst, Theater und Film). Der Abschnitt „Musik" ist vor der großen Diskussion des Jahres 1948 verfaßt, so daß deren Ergebnisse darin nicht zum Ausdruck kommen.

Die folgenden Kapitel (XV bis XVII) sind den *Sprachen der Völker der UdSSR*, der *Presse*, dem *Buchwesen* sowie dem *Rundfunk* gewidmet.

Von besonderer Bedeutung ist das Kapitel XVIII über die *Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)*, dessen Übersetzung noch von unserer Genossin Frida Rubiner redigiert worden ist. Das Kapitel gibt eine zusammengefaßte, konzentrierte Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der KPdSU (B) und zeigt ihre führende Rolle auf allen Gebieten der sozialistischen Sowjetgesellschaft.

„Die Partei Lenins-Stalins ist die entscheidende, die Hauptquelle, die große führende und bewegende Kraft, die den welthistorischen Sieg des Sozialismus im Sowjetlande gesichert hat. Die Schaffung des ersten sozialistischen Staates der Welt und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die eine grundlegende historische Wende in der Existenz und der Entwicklung des Sowjetlandes bewirkt haben, sind untrennbar mit der heroischen Tätigkeit der KPdSU (B) und ihrer großen Führer Lenin und Stalin verbunden, die die bolschewistische Partei und das Volk mit der allbezwingenden marxistisch-leninistischen Theorie bewaffnet und die historische Vorwärtsentwicklung der Sowjetunion zum vollen Sieg des Kommunismus gewaltig beschleunigt haben." (1739)

An dieses Kapitel schließt sich das Kapitel XIX an: *Der Leninsche Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion (Komsomol)*. Der Komsomol ist eine nicht zur Partei gehörige, aber sich eng an sie anlehnende Massenorganisation der sowjetischen Arbeiter- und Bauernjugend. Die Pflichten und Aufgaben der Mitglieder des Komsomol sowie ihre hervorragende Rolle beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung der sozialistischen Heimat und beim gegenwärtigen Übergang zum Kommunismus werden kurz und leicht faßlich dargestellt. Dieses Kapitel ist zusammen mit dem Abschnitt über die „Jungen Pioniere" von besonderem Wert für die Funktionäre unserer Freien Deutschen Jugend.

In den Kapiteln XX bis XXII sind kurzgefaßte Darstellungen der *Sowjetgewerkschaften*, einiger *gesellschaftlicher Organisationen* sowie schließlich der *Religion* und *Kirche* in der UdSSR enthalten.

Das Schlußkapitel XXIII behandelt in Einzeldarstellungen die 16 *Sozialistischen Unionsrepubliken der UdSSR*. Die Darstellung erfolgt nach einem einheitlichen Prinzip: Bevölkerung, Wirtschaft (gegliedert in Industrie, Landwirtschaft und Verkehr), Kultur und Bildungswesen. Von jeder Unionsrepublik ist dem Text eine Übersichtskarte mit den wichtigsten Orten und Verkehrsverbindungen sowie mit der administrativen Einteilung beigegeben. Das auf diesen 160 Spalten dargelegte Material ist außerordentlich reichhaltig. Über sämtliche Unionsrepubliken werden sorgfältige statistische Materialien veröffentlicht, aus denen sich anschaulich die gewaltige Entwicklung ergibt, die insbesondere die vom Zarismus unterdrückten, ehemals rückständigen Völker der Randgebiete der Sowjetunion nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durchlaufen haben.

Der Anhang zum II. Band der Enzyklopädie bringt eine ausführliche Zeittafel zum Kapitel Geschichte, die in 116 Spalten vom 2. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung bis zur Gegenwart reicht. Die folgende Bibliographie (in russischer Sprache) umfaßt die wichtigsten Werke der Sowjetliteratur über die in der gesamten Enzyklopädie behandelten Gebiete. Den Abschluß bildet das Personenregister, das der deutschen Ausgabe der Enzyklopädie von der Redaktion hinzugefügt wurde.

Schon diese wenigen Andeutungen zeigen, welch reiches Material die Enzyklopädie unseren Wissenschaftlern und Studenten, den politischen Funktionären und jedem am gesellschaftlichen Leben und an wissenschaftlichen Problemen interessierten Menschen bietet. Sie zeigen, daß dieses Werk zum festen Bestand unserer wissenschaftlichen Literatur gehört.

Welche außerordentliche Bedeutung die deutsche Ausgabe dieses Bandes der Großen Sowjetenzyklopädie hat, zeigt sich schon allein darin, daß bereits jetzt, also nach sehr kurzer Zeit, die 1. Auflage vergriffen und die 2. Auflage in Vorbereitung ist.

Allen an der 1. Auflage der Übersetzung beteiligten Mitarbeitern war es klar, daß insbesondere in terminologischer Beziehung bei dieser Übersetzung vielfach eine höchst verantwortungsvolle Pionierarbeit geleistet werden mußte. Es darf heute behauptet werden, daß diese Aufgabe erfüllt worden ist.

Dennoch wird die 2. Auflage eine Reihe von Veränderungen und Verbesserungen aufweisen, die sich im Laufe der vergangenen zwei Jahre als notwendig herausgestellt haben. Hier ist in erster Linie der Titel der Enzyklopädie selbst zu nennen. Er wird in der 2. Auflage entsprechend dem Originalband wie folgt lauten: „Große Sowjetenzyklopädie", Band „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Damit wird also klar zum Ausdruck gebracht, daß es sich lediglich um einen bestimmten Band der 1. Auflage der Großen Sowjetenzyklopädie handelt. Eine wesentliche terminologische Änderung wird ferner darin bestehen, daß durchweg in den entsprechenden Kapiteln der inzwischen bei uns eingeführte Begriff „Wirtschaftliche Rechnungsführung" gebraucht wird.

Der Anhang, der bisher mit den schwer zu erkennenden römischen Ziffern bezeichnet wurde, erhält jetzt arabische Spaltenzahlen, was zweifellos die Übersichtlichkeit erhöht. Ferner sollen Verbesserungen in der äußeren Wiedergabe der statistischen Tabellen vorgenommen werden, wodurch diese gleichfalls an Übersichtlichkeit gewinnen. Eine wesentliche Verbesserung der 2. Auflage wird schließlich das Sachregister sein, zu dem sich die Redaktion entschlossen hat. Dabei soll das Sachregister nach solchen Gesichtspunkten aufgebaut sein, die unserer eigenen politischen und wirtschaftlichen Situation Rechnung tragen. Ein großer Teil der sonstigen kleineren Veränderungen ist Anregungen und der sachlichen Kritik aus Leserkreisen zu verdanken. Es ist wünschenswert, daß der Redaktion oder dem Verlag auch weiterhin alle Anregungen und erkannten Fehler mitgeteilt werden, damit diese Hinweise bei der Vorbereitung der 2. Auflage Berücksichtigung finden können.

Walter Hollitscher

Die Lehren Pawlows – die Grundlagen der wissenschaftlichen Physiologie und Psychologie

Im Jahre 1921 erfuhr der russische Physiologe und Nobelpreisträger Iwan Petrowitsch Pawlow die größte Anerkennung seines Lebens: Lenin unterzeichnete einen Beschluß des Rates der Volkskommissare, in dem Pawlows Arbeiten jegliche Unterstützung zugesagt wurde; und Lenin fügte diesem Dekret handschriftlich hinzu: „Die wissenschaftlichen Verdienste des Akademiemitglieds I. P. Pawlow sind ganz außerordentlich und von größter Bedeutung für die Werktätigen in aller Welt." Lenin schlug auch — wie aus dem Erlaß zu ersehen ist — den Titel für das zusammenfassende Werk Pawlows vor: „20 Jahre Erfahrung in der objektiven Erforschung der höheren Nerventätigkeit (und des Verhaltens) von Tieren". (Prof. Frolow: „I. P. Pawlow und seine Lehre", „Neue Welt", Berlin 1946, Heft 3, S. 71)

Worin liegt die außerordentliche Bedeutung von Pawlows Werk? Er war ein Physiologe, d. h. ein Vertreter der Wissenschaft, welche die Erforschung der Gesetzmäßigkeit der Lebensvorgänge zu ihrem Gegenstand hat. In der zweiten Hälfte seines Lebens hatte sich Pawlow der Erforschung der höheren Nerventätigkeit der Tiere zugewandt. Und dabei war es ihm als ersten gelungen, die Gesetzmäßigkeiten der höchsten Leistungen der Lebewesen wissenschaftlich zu erkunden: der psychischen Leistungen.

Pawlow konnte durch seine Experimente und mit Hilfe seiner Theorie erklären, wie die psychischen Leistungen auf der Grundlage der Tätigkeit der höchsten Abschnitte des Nervensystems in gesetzmäßiger Weise zustande kommen. — Das war eine Leistung, die für die Werktätigen in aller Welt von größter Bedeutung ist. Nicht nur weil jeder Fortschritt der Erkenntnis den Werktätigen willkommen sein muß. Hier war eine Bresche in die letzte Bastion der Ideologie der Reaktionäre geschlagen worden. Ihre Behauptung, daß die Entstehung der Gestirne nur durch einen „Schöpfungsakt" erklärt werden könnte, war seit der Lehre des jungen Kant (1755) von der natürlichen Entstehungsgeschichte der Gestirne unhaltbar geworden. Die Lehre von der Starrheit und Unveränderlichkeit der Tier- und Pflanzenarten, die durch einen einmaligen „Schöpfungsakt" zustande gekommen seien, war vor den Angriffen der von Darwin (1859) geschaffenen Lehre von der Entwicklung der Lebewesen dahingeschmolzen.

Auch der Mensch war als ein Organismus erkannt, der aus der Reihe der höchsten Tiere hervorgegangen und durch seine Arbeit, durch Werkzeugerfindung und Sprache zum Menschen geworden war. Engels hatte dies in seiner genialen Arbeit: „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" (1876), die Gedanken Darwins fortführend und korrigierend, nachgewiesen. Und Marx und Engels hatten das große Bollwerk der ideologischen Reaktion erstürmt: die Lehre von der angeblichen Unerklärlichkeit der menschlichen Geschichte, von dem „Schicksal", das nicht von Menschen gemacht sei und dem der Mensch daher nicht entrinnen könne — jene Lehre, mit der die herrschenden Klassen seit jeher die Ausgebeuteten in Botmäßigkeit zu halten suchten. Marx und Engels hatten die Gesetze der historischen Entwicklung des Menschengeschlechts wissenschaftlich erforscht und sie in den Rahmen der ersten und einzigen konsequent wissenschaftlichen Philosophie der Weltgeschichte eingefügt, die von ihnen geschaffen wurde: der Philosophie des dialektischen Materialismus Sie hatten gelehrt, daß das gesellschaftliche Sein

das Bewußtsein der Menschen bestimmt; und sie hatten gelehrt, daß das Gehirn das Organ des Bewußtseins ist. Die Physiologie ihrer Tage hatte noch nicht die Reife erlangt, um diese Leistung des Gehirns, die Art und Weise wie es die Außenwelt widerspiegelt, exakt und experimentell zu untersuchen. Die Idealisten aller Schattierungen hatten sich in ihrer letzten Feste verschanzt, der „Unerklärlichkeit" der Bewußtseinsvorgänge. Pawlow hat die Mauern dieser Bastion geschleift. Er hat eine Methode zur objektiven, naturwissenschaftlich-getreuen Erforschung der höheren und höchsten Nerventätigkeit gefunden und ihre grundlegenden Gesetze umrissen. Auf seinen Schultern stehend können die sowjetischen Forscher, seine Schüler und Schülersschüler, die Forschung in neues, bisher noch unerschlossenes Gebiet vorwärtstragen.

☆

Im Jahre 1895 hatte der damals 46jährige Pawlow, der bereits durch seine Arbeiten über die Physiologie der Verdauung und des Blutkreislaufs weltberühmt geworden war, mit seiner neuen Arbeitsrichtung begonnen: der Erforschung der höheren Nerventätigkeit der Organismen. Bereits im Jahre 1894 hatte Lenin in seinem Werk „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?" die Forderung aufgestellt, über die psychischen, die „seelischen" Leistungen nicht allgemeine Phrasen auszusprechen, sondern sie konkret zu erforschen. Er sagte:

> „Es geht nicht an, über die Seele zu räsonieren, ohne die psychischen Vorgänge im einzelnen erklärt zu haben: Der Fortschritt hat hier gerade darin zu bestehen, daß man die allgemeinen Theorien und philosophischen Konstruktionen über die Frage, was die Seele sei, aufgibt und es versteht, die Untersuchung der Tatsachen, die diese oder jene psychischen Vorgänge kennzeichnen, auf den Boden der Wissenschaft zu stellen." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 96)

Ohne damals schon diese bedeutsame Bemerkung Lenins zu kennen, ja ohne damals mit dem dialektischen Materialismus überhaupt vertraut zu sein, beschritt Pawlow den gleichen Weg, den Lenin aufzeigte. Pawlow war sich darüber im klaren, daß im Organismus ein vor allem durch die Nerven vermittelter Gesamtzusammenhang besteht, der wissenschaftlich erforscht werden muß. Er verstand es, die Fehler der mechanistischen, metaphysischen Auffassungsweise zu vermeiden und faßte den Organismus nicht als eine Anhäufung voneinander unabhängig funktionierender Teile auf, sondern als ein zusammenhängendes Ganzes, das nur in seiner Wechselbeziehung zur Umwelt leben und daher nur so begriffen werden kann.

Entscheidende Anregungen hat er hierbei von seinem Lehrer, dem berühmten russischen Mediziner Prof. Sergej Petrowitsch Bodkin, erfahren. Die ureigensten Gedanken Pawlows über die Physiologie des Nervensystems fanden in den Lehren Iwan Michailowitsch Setschenows von den „Reflexen des Großhirns" (1863) einen Vorläufer. Von dem glänzenden Chirurgen Prof. Zion erlernte Pawlow seine chirurgische Experimentaltechnik.

Als die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Werktätigen die Befreiung brachte, da fielen auch alle Schranken, welche die Entwicklung der materialistischen Wissenschaft unter dem zaristischen Regime aufs nachteiligste behindert hatten. Pawlow stellte seine ganze Arbeitskraft seinem Vaterlande zur Verfügung, das nun zum Vaterland der Werktätigen geworden war. Jetzt

machte er sich mit den Lehren des dialektischen Materialismus vertraut. Denselben Ernst, den er bisher seiner Wissenschaft entgegengebracht hatte, übertrug er nun auch auf das Studium der Werke Lenins und Stalins. Als er sich den Inhalt von Lenins Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" angeeignet hatte, sprach er begeistert zu seinen Schülern darüber. Er begriff, daß in der universell-wissenschaftlichen Weltauffassung des dialektischen Materialismus seine Wissenschaft den richtigen Platz gefunden hatte, und daß in den Händen der marxistisch-leninistischen Partei, deren Philosophie der dialektische Materialismus ist, die vorbehaltlose Förderung der echten Wissenschaft zum erstenmal gewährleistet war. Unter Stalins Initiative wurde an der Stelle des früheren Dorfes Koltuschi eine Gruppe von mit allen Mitteln ausgestatteten Laboratorien errichtet. So entstand eine Stätte der Forschung, die „Stadt der bedingten Reflexe", die jetzt den Namen Pawlowo führt.

Als Pawlow im Jahre 1936 als 87jähriger starb, hinterließ er der sowjetischen Jugend ein Testament, in dem es heißt:

> „Unsere Heimat öffnet den Wissenschaftlern weite Perspektiven, und man muß ihr geben, was ihr gebührt — d. h. die Wissenschaft voll und ganz in das Leben unseres Landes einführen, freigiebig bis zum äußersten ...
>
> Für die Jugend wie für uns ist es eine Sache der Ehre, das große Vertrauen zu rechtfertigen, das unsere Heimat der Wissenschaft entgegenbringt." (I. P. Pawlow, „Brief an die sowjetische Jugend", „Wissenschaft und Fortschritt", Berlin 1952, Heft 4, S. 118)

Die Pawlow-Tagung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Medizinischen Wissenschaften im Jahre 1950 sichtete das Erbe Pawlows und erarbeitete sich nach selbstkritischer Aussprache ein Programm von neuen wichtigen Aufgaben. Die Lehren Pawlows bewährten sich hier von neuem als die bahnbrechenden Grundvoraussetzungen der wissenschaftlichen Physiologie und Psychologie.

☆

Welches sind nun, in groben Umrissen, die grundlegenden Lehren Pawlows? Als Pawlow die Tätigkeit der Verdauungsdrüsen untersuchte, hatte er sich auch mit der Arbeitsweise der Speicheldrüse beschäftigt. Diese mündet in die Mundhöhle, und ihre Absonderung dient der Vorverdauung und dem Gleitendmachen der in die Mundhöhle aufgenommenen Speisen. Bei seinen Untersuchungen an Hunden hatte nun Pawlow feststellen müssen, daß diese Drüse nicht nur dann zu arbeiten beginnt, wenn die Speisen die Mundschleimhaut bereits berühren und auf sie direkt zu wirken beginnen, sondern daß das Tier auch dann Speichel in angemessener Menge und Zusammensetzung absondert, wenn es die Speise bloß sieht oder riecht. Offensichtlich sind hier bereits aus der Ferne wirkende Reize von dem Gegenstand — der Nahrung — ausgegangen, haben über die Sinnesorgane das Nervensystem des Tieres erreicht, und dieses Nervensystem hat dann die so entstandene Erregung der Speicheldrüse zugeleitet, sie ihr mitgeteilt.

Die Beteiligung des Nervensystems an dieser Leistung des Tieres forderte dringend eine Untersuchung. Um die Tätigkeit der Speicheldrüse leicht beobachtbar zu machen, verlegte Pawlow durch einen kleinen chirurgischen

Eingriff den Ausführungsgang der Speicheldrüse eines Hundes durch die Wangenhaut nach außen, so daß sein Ende nun an der Wangenaußenfläche erscheint. Mittels eines dort angebrachten Röhrchens konnte Pawlow nun durch die künstliche Speichelfistel die Menge bzw. die Zusammensetzung des abgesonderten Speichels ungestört bestimmen. Sobald der Experimentator Fleisch in die Mundhöhle des Hundes einführte, begann der Speichel ins Röhrchen zu tropfen. Die genaue physiologische Untersuchung zeigte dabei, daß der Reiz in der Mundhöhle zu einer Nervenerregung führt, welche durch Nervenbahnen in das Zentralnervensystem weitergeleitet wird. Diese Bahnen stellen den empfindungsleitenden, den „sensiblen" Teil der erregten Nervenbahn dar. Im Zentralnervensystem wird die Erregung „umgeschaltet" bzw. verarbeitet und läuft nun in umgekehrter Richtung, also nach außen, auf die Speicheldrüse zu. Die Drüse reagiert dann auf die Erregung, indem sie Speichel absondert, der durch den Ausführungsweg der Speicheldrüse normalerweise in die Mundhöhle, bei unserem präparierten Hund dagegen nach außen ins Meßröhrchen gelangt. Diese Art der Arbeitsweise des Nervensystems nannte Pawlow einen *unbedingten Reflex*. Er ist angeboren, d. h. alle normal entwickelten Lebewesen einer Art weisen ihn auf, ohne daß weitere besondere Bedingungen für sein Auftreten und seinen Ablauf gegeben sein müßten. Deshalb nennt man ihn „unbedingt". Man spricht von einem „Reflex", weil der äußere Reiz eine Erregung nach innen zum Zentralnervensystem geleitet hat, der von dort wiederum nach außen, zur Drüse oder zum Muskel, zurückgeworfen, auf lateinisch: „reflektiert" wird.

Wie kommt der Hund nun dazu, bereits auf den Anblick oder den Geruch des Fleisches mit Speichelabsonderung zu antworten? Um solch einen alltäglichen Vorgang exakt zu erkunden, muß man ihn unter genau kontrollierten, also unter experimentellen Bedingungen erzeugen. Pawlow ließ bei einem Hund, dem eine Speichelfistel angelegt worden war, mehrere Male den Ton einer Glocke knapp vor der Fütterung ertönen. Es zeigte sich nun, daß nach einiger Wiederholung dieses Vorgangs bereits der Glockenton genügte, um den Speichelfluß beim Hunde auszulösen! Während früher der Hund auf einen Glockenton natürlich nicht mit Speichelabsonderung reagiert hatte, tat er dies jetzt. Die Glocke war zum „bedingenden Reiz" geworden, der die Speichelabsonderung als „bedingten Reflex" auslöste. Hier hatte Pawlow also den Hund dazu gebracht, auf einen Reiz zu reagieren, auf den er vordem nicht reagierte und auch keinen Grund zum Reagieren hatte. Was hier im Experiment erreicht worden ist, vollzieht sich ständig beim natürlichen Erfahrungszuwachs eines heranwachsenden Hundes. Ursprünglich, gleich nach seiner Geburt, reagiert er nur auf die Nahrung *im* Maule. Die Erfahrung lehrt ihn, daß knapp vor dem Nahrungsgeschmack der Anblick und der Geruch der Nahrung wahrnehmbar werden. Hat sich das mehrmals wiederholt, so reagiert er dann bereits auf Anblick und Geruch der Nahrung. Auf diese Weise wird eine große Zahl von Umwelt-Reizen für das Tier wirksam, die vordem unwirksam gewesen waren. Dies ist für sein Leben ungemein zweckmäßig, ja notwendig. Man versteht, wie wichtig es für einen Organismus sein muß, nicht erst auf die Nahrung oder die Gefahr selbst zu reagieren, sondern bereits auf die vorangehenden *Anzeichen* der drohenden Gefahr oder der erreichbaren Nahrung: auf das Rascheln im Gebüsch, das Rauschen des Baches, die Witterung des Beutetieres.

Wenn das Experiment mit dem Hunde fortgeführt wird, aber jetzt nach dem Ertönen des Glockensignals einige Male kein Fleisch mehr dargeboten wird, so

wird bald auch die Speichelabsonderung ausbleiben. Es setzt eine Hemmungstätigkeit im Nervensystem des Tieres ein. Die „*Hemmung*" ist nicht bloß ein Ausbleiben einer Reaktion, sondern selbst ein aktiver Nervenprozeß, wie Pawlow zeigen konnte. Er ist der „Erregung" entgegengesetzt. Er gewährleistet die Ausschaltung, die Unterdrückung unzweckmäßig gewordener Reaktionen.

Die bedingten Erregungs- und Hemmungsreflexe können im Nervensystem des Hundes und aller höheren Wirbeltiere nur dann ausgebildet werden, wenn das Tier über eine arbeitsfähige *Großhirnrinde,* den höchstentwickelten Teil des Gehirns, verfügt. *) Durch die Leistungen der Großhirnrinde kommt — wie Pawlow nachwies — die ungeheure Zahl von zeitweiligen, nicht angeborenen, sondern bedingten Reflexen zustande, welche die Gesamtheit der Erfahrungen im Leben eines höheren Organismus widerspiegeln. Durch diese bedingten Reflexe reagieren die Lebewesen nicht erst auf die unmittelbaren Reize selbst, sondern auf die mittelbaren materiellen Anzeichen, die Signale dieser Reize. Deshalb nennt Pawlow das System der bedingten Reflexe, d. h. die Gesamtheit der bedingten Reflexe in ihrem organischen wechselseitigen Zusammenhang, das erste Signalsystem der höheren Nerventätigkeit der Tiere. Dieses erste Signalsystem entwickelt sich über dem System der unbedingten, der angeborenen Reflexe, welche allen Mitgliedern einer Art unabhängig von den besonderen Bedingungen ihres Lebensschicksals, ihrer Lebenserfahrung gemeinsam sind.

Es ist das große, bahnbrechende Verdienst Pawlows, an die Stelle der ungenauen und vagen Beschreibungen der zeitgenössischen Tierpsychologie eine genaue quantitative und *objektive* Beschreibung der höheren Leistungen des Nervensystems der Tiere gesetzt zu haben. In seinen Untersuchungen erfaßte er die physiologischen Gesetzmäßigkeiten, welche die materielle Grundlage der psychischen Leistungen der Tiere darstellen. In zahlreichen gründlichen Arbeiten, unterstützt von einer immer größer werdenden Zahl von Schülern, die er aufs sachkundigste und gewissenhafteste anleitete, erforschte er die Gesetze des ersten Signalsystems. Wir können die Resultate dieser Forschungen hier natürlich nicht im einzelnen wiedergeben. Es sind die Resultate einer neuen Wissenschaft: der Wissenschaft von den Funktionen der Großhirnrinde, mit deren Entwicklung vor 50 Jahren in den Laboratorien I. P. Pawlows begonnen wurde.

Pawlow war der Überzeugung, daß die unbedingten Reflexe, die wir heute an Tieren beobachten können, in der Reihe ihrer Vorfahren als bedingte Reflexe erworben worden waren und dann durch Vererbung zu unbedingten Reflexen wurden. In der Tat ist es nicht möglich, die große Zahl überaus zweckmäßiger unbedingter Reflexe der Tiere auf mannigfaltige Fernreize anders zu verstehen, als durch diese entwicklungstheoretische Überlegung Pawlows, welche die Mitschurinschen Lehren von der Vererbung erworbener Eigenschaften auch auf dem Gebiet der nervösen Funktionen bekräftigt und bestätigt.

☆

---

*) Im Laufe der Entwicklung der Wirbeltiere entwickelte sich auch, ja vor allem, ihr Gehirn. Der am spätesten zur Entwicklung kommende und am stärksten entwickelte Teil ihres Gehirnes ist das sogenannte Großhirn, das aus zwei halbkugelförmigen Hälften (den Hemisphären) besteht. Diese Großhirnhemisphären besitzen eine äußere „Rindenschicht", die der höchstentwickelte Teil des Gehirns ist. Das menschliche Großhirn mit seiner Rinde übertrifft an Größe und Feinheit des Baus alle tieferstehenden Lebewesen.

In den letzten Jahren seines Lebens konzentrierte sich Pawlow auf bestimmte Fragen, die sich in seinen Werken schon früher angekündigt hatten: auf die Gesetze der psychischen Leistungen des Menschen. Er schrieb:

„Natürlich ist das Wort für den Menschen ebenso ein realer bedingender Reiz wie alle übrigen Reize auch, die er mit den Tieren gemeinsam hat. Aber zugleich ist dieser Reiz auch so umfassend wie kein anderer, und in dieser Hinsicht läßt er sich weder in quantitativer noch in qualitativer Beziehung mit den bedingenden Reizen der Tiere vergleichen. Das Wort, das angesichts der gesamten Vergangenheit des erwachsenen Menschen mit allen äußeren und inneren Reizen, die in die großen Hemisphären gelangen, verbunden ist, signalisiert sie alle, ersetzt sie und vermag daher alle Aktionen, also die Reaktionen des Organismus zu erzeugen, die von jenen Reizen bedingt sind." (I. P. Pawlow: „Vorlesung über die Funktionen des Großhirns", 1927, S. 537)

Das Wort, die Sprache, die unlösbar mit dem Denken bzw. dem Bewußtsein des Menschen verbunden sind (Marx nennt die Sprache „die konkrete Wirklichkeit des Gedankens"), können wir, wie uns der Marxismus lehrt, nur im Zusammenhang mit der kollektiven Arbeit des Menschen und, wie Stalin hervorhebt, mit der Funktion der Sprache als Mittel der Verständigung begreifen. Die Entstehung der Sprache und des Denkens unter den Bedingungen der kollektiven menschlichen Arbeit zur Zeit der Menschwerdung ist vor allem in Friedrich Engels' bereits erwähnter genialer Schrift „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" dargelegt worden. Pawlow unternahm es nun, diese Erscheinungen der psychischen Tätigkeit auf physiologische Fakten zu begründen. Durch seine Forschung wurde es „in zunehmendem Maße möglich, psychologische Daten in neurodynamischen Sinne zu interpretieren" (d. h. im Sinne der Gesetzmäßigkeit der Nervenleistung — wie einer seiner bedeutendsten Schüler, A. G. Iwanow-Smolenskij, es vor kurzem formulierte). (A. G. Iwanow-Smolenskij „Über das erste und zweite Signalsystem", „Nachrichten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR", Biologische Serie 1951, Nr. 5, S. 3—11 russ.)

Dies ist Pawlows berühmte Lehre vom zweiten Signalsystem und seiner Beziehung zum ersten Signalsystem. Beim Menschen erhebt sich nämlich über dem ersten Signalsystem, dem System der bedingten Reflexe, ein zweites Signalsystem. Der Mensch erlernt in seiner gesellschaftlichen Umgebung die Ereignisse der Natur und der Gesellschaft in Worten, also sprachlich-denkend zu fassen, widerzuspiegeln. Im Zusammenhang mit der Entstehung und Entwicklung der Arbeit, unter den Bedingungen des sozialen Lebens, entstanden, entwickelten und vervollkommneten sich beim Menschen die Signale zweiten Grades, die Signale der ersten Signale — und zwar in Form von gesprochenen, gehörten und sichtbaren Worten. Das kleine Menschenkind, das zum ersten Male zum Beispiel einen Apfel ißt, erlernt sehr bald, daß dem Apfelgeschmack eine bestimmte Gestalt und auch ein bestimmter Geruch des Apfels entsprechen. Dies ist eine bedingt-reflektorische Leistung im ersten Signalsystem. In einem gewissen Ausmaß lernt es auch bereits auf dieser Stufe zu „abstrahieren", d. h. von einigen nebensächlichen Merkmalen der verschiedenen Äpfel abzusehen und auf einander ähnelnde Äpfel in gleicher Weise zu reagieren. Aber auf dieser Stufe wird es nicht das Wesentliche, das Allgemeine, zum Beispiel bei einem sehr kleinen, runden, roten und einem sehr großen, länglich gelblich-grünen Apfel entdecken. So hoch ist sein Abstraktionsvermögen noch nicht entwickelt. Lernt es nun sprechen, so lernt es mit

der Gestalt, mit dem Geruch, mit dem Geschmack des wirklichen Apfels das Wort „Apfel" zu verbinden. Gleichzeitig überträgt sich aber auf das Kind durch die Bemühung der Eltern und der gesamten menschlichen Umgebung auch das Wissen um die Gesamtheit wesentlicher Eigenschaften der Dinge, welche die Menschheit eben als Äpfel kennenlernte — also von Dingen, die von Menschen erforscht, gezüchtet, gegessen werden. In einer der Wirklichkeit viel genauer entsprechenden, sie viel besser widerspiegelnden Weise lernt es nun vom Unwesentlichen zu abstrahieren und das an der Wirklichkeit Wesentliche, die für den Apfel wesentlichen Eigenschaften, in allen Äpfeln wiederzuerkennen. Pawlow sagte über die „Signale der Signale":

> „Sie stellen eine Abstraktion der Wirklichkeit dar und lassen eine Verallgemeinerung zu. Das ist eben unser zusätzliches speziell menschliches höheres Denken, das zuerst die allgemeine menschliche Erfahrung und endlich die Wissenschaft, das Werkzeug für die größtmögliche Orientierung des Menschen in der umgebenden Welt und in sich selbst schafft."

Hat ein Kind die Sprache erlernt, so kann die Ausbildung des zweiten Signalsystems durch folgendes Experiment, das im Laboratorium des bereits erwähnten bedeutenden Pawlow-Schülers A. G. Iwanow-Smolenskij durchgeführt worden ist, beobachtet werden. Zuerst stellt der Experimentator bei dem Kinde einen unbedingten Reflex her. Er reizt zum Beispiel einen Finger des Kindes mit elektrischem Strom, worauf das Kind ihn zurückzieht. Das wäre ein unbedingter motorischer Reflex. Dann läßt er mehrmals vorher eine Glocke ertönen. Bald zieht das Kind auch automatisch beim Ertönen der Glocke den Finger zurück. Das ist ein bedingter Reflex. Nun aber spricht der Experimentator das Wort „Glocke" aus, oder er zeigt es dem Kind auf ein Täfelchen geschrieben. Auch diesmal reagiert das Kind mit dem Zurückziehen des Fingers. Dabei hat aber natürlich der Wortreiz oder der Schriftreiz, der auf das Kind wirkt, nicht die geringste äußere Ähnlichkeit mit dem Gehörreiz, der von einer tönenden Glocke ausgeht oder gar mit der Glocke selbst. Das Kind hat also nicht in der Art „verallgemeinert", wie das auch ein Tier könnte, nämlich seine Reaktion von einem Reiz auf einen äußerlich sehr ähnlichen anderen übertragen. Nein, es hat in „elektiver", d. h. auswählender Weise verallgemeinert. In seiner Großhirnrinde ist durch das Erlernen der Sprache in der menschlichen Gesellschaft eine Verbindung zwischen der Widerspiegelung des Gegenstandes selbst, dem Worte, das für ihn geprägt ist und dem Schriftzeichen, welches das Wort bezeichnet, entstanden. Diese Vereinigung von Gegenstandsreizen, Wortreiz und Schriftreiz bildet im Gehirn des Menschen ein zusammenhängendes Ganzes von Nervenprozessen, eine „dynamische Struktur", die für das zweite Signalsystem charakteristisch ist. Übrigens antwortet unsere Versuchsperson nicht nur auf das Erklingen der Glocke, auf das gesprochene oder aufgeschriebene Wort „Glocke" mit dem Zucken des Fingers, sondern das Fingerzucken tritt auch dann auf, wenn die Versuchsperson selbst auf Aufforderung hin das Wort ausspricht, ja auch wenn sie es flüstert und schließlich sogar dann, wenn sie es in einem bestimmten Augenblick denkt. Hier wird die Wirklichkeit des Gedankens in augenscheinlichster Weise deutlich. Die idealistischen Philosophen, welche die menschlichen Gedanken in einer Art von materielosem Geisterreich beheimaten wollen, sind durch dieses Experiment von neuem der völligen Unwissenschaftlichkeit ihrer Auffassung überführt worden. So sind, wie Iwanow-Smolenskij sagt,

„... die unmittelbaren, optischen, akustischen Tast-, Gesichts- und Geschmacksformen und Assoziationen (Verbindungen — W. H.), die im ersten Signalsystem der Großhirnrinde eingeprägt worden sind, unmittelbar verbunden mit den Worteindrücken und Wortassoziationen des zweiten Signalsystems, das durch die spezifische menschliche Sprachfunktion charakterisiert ist."

Das zweite Signalsystem entsteht und entwickelt sich sowohl im Verlauf der stammesgeschichtlichen, historischen Entwicklung der Menschen, als auch im Verlaufe der altersmäßigen Entwicklung des Menschen in untrennbarem Zusammenhang mit dem ersten Signalsystem. Bei Iwanow-Smolenskij heißt es:

„Es bildet mit den in ihm ablaufenden nervösen Vorgängen die Grundlage für die spezifischen Besonderheiten des menschlichen Denkens und der untrennbar mit diesen verbundenen Funktionen der Sprache. Bekanntlich hat J. W. Stalin in seinen bedeutsamen Arbeiten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft die enge Verbindung zwischen Sprache und Denken und der Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen mit ungewöhnlicher Klarheit und Ausführlichkeit aufgezeigt."

Wir sehen also, daß die Entwicklung des zweiten Signalsystems, das in unlösbarem Zusammenhang mit dem ersten Signalsystem steht, gesellschaftlich bedingt ist, daß die Sprachfunktion, die durch den Verkehr der Menschen untereinander, durch ihre gemeinsame Arbeit entstanden ist und sich weiterentwickelt hat, eine Funktion des zweiten Signalsystems ist. Diese großartigen Resultate, die Pawlow durch seine umfassende Forschungsarbeit erzielte, machen es überaus deutlich, daß die Pawlowsche Lehre vom System der unbedingten Reflexe, von dem ersten Signalsystem der bedingten Reflexe und von dem sich über ihm aufbauenden zweiten Signalsystem fest auf dem Boden der Weltanschauung des dialektischen Materialismus gegründet ist.

Die Entwicklung Pawlows zum konsequenten dialektischen Materialisten vollzog sich nicht bloß unter dem Eindruck seiner physiologischen Forschungen. Die revolutionäre Bewegung Rußlands, die bolschewistische Partei und vor allem ihr genialer Führer Lenin, hatten schon frühzeitig den außerordentlichen wissenschaftlichen und weltanschaulichen Wert des Pawlowschen Lebenswerkes erkannt. Die Ermutigung und später die tatkräftige Hilfe, welche die junge Sowjetmacht Pawlow zuteil werden ließ, beeindruckten ihn aufs tiefste und ließen ihn den Zusammenhang deutlich erkennen, der zwischen der Förderung seiner Wissenschaft und der Befreiung seines Volkes bestand. Er, der seit jeher revolutionär in seiner Wissenschaft war, wurde nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auch zum Anhänger und Verteidiger der revolutionären Errungenschaften seines Vaterlandes. Daß er in solcher Weise sich bewußt in die Reihen der jungen Sowjetintelligenz als Lehrer und Mitstreiter stellte — dies gab der Sowjetwissenschaft einen starken und nachhaltigen Auftrieb. Daß der junge Sowjetstaat es verstand — und zwar bereits in den härtesten Zeiten, den Jahren der Interventionskriege — der Intelligenz in jeder erdenklichen Weise materiell und ideell zu helfen, sie zu überzeugen und so die großen Kräfte der Intelligenz dem Aufbau des Sozialismus zuzuführen — dies ist ein unvergängliches Verdienst der Sowjetmacht, der bolschewistischen Partei, der persönlichen Fürsorge Lenins und Stalins.

Die Aneignung der Lehren Pawlows stellt uns in der Deutschen Demokratischen Republik vor bedeutsame Aufgaben. Dies bedeutet, daß wir, um die Lehren Pawlows zu verbreiten, vielseitige Diskussionen führen müssen: auf dem Gebiete der Psychologie und deren Anwendung in der Medizin, auf dem Gebiete der Physiologie, wo es gilt, deutlich zu machen, daß mit Pawlow eine neue Ära der physiologischen Grundauffassung begonnen hat, und auf dem Gebiete der allgemeinen Medizin, wo Pawlows Lehren auf die Notwendigkeit hinweisen, den Gesamtzusammenhang des krankhaften Geschehens, seine Entwicklung im einzelnen Krankheitsfall aufs genaueste zu studieren. Die sogenannte Pawlowsche Schlaftherapie wird heute bereits an unseren Kliniken erprobt. Die Erarbeitung der Lehren Pawlows kann kein passiver, ausschließlich aufnehmender Prozeß sein. Nur durch praktische schöpferische Forschung werden wir auch hier imstande sein, das bereits Gesicherte aufzunehmen und unseren eigenen Beitrag zu leisten. Die sowjetische Wissenschaft ist auf diesem großen und überaus wichtigen Gebiet unsere Lehrmeisterin.

Konsultation

Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus?

Zahlreiche Genossen stellen im Zusammenhang mit dem Studium der Lenin-Stalinschen Theorie des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Frage nach dem Wesen und der Bedeutung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die in dieser Konsultation beantwortet werden soll.

Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hängt unmittelbar mit dem Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus zusammen. Im Verlaufe der Konzentration der Produktion und des Kapitals und der sich daraus ergebenden Herausbildung der Monopole sowie der Konzentration des Bankkapitals am Ende des 19. Jahrhunderts vollzog sich gleichzeitig der Prozeß der Verschmelzung zwischen Industrie- und Bankkapital zum *Finanzkapital.* Im Ergebnis dieses Prozesses bildeten sich in den einzelnen kapitalistischen Ländern einige Riesentrusts und Riesenkonzerne und zugleich mit ihnen eine kleine Schicht von Industrie- und Bankkapitalisten heraus, die diese Riesengebilde beherrschen. In den Händen dieser kleinen Gruppe von Kapitalmagnaten, die von Lenin als Finanzoligarchie bezeichnet wurde, ist eine gewaltige Macht konzentriert. Sie sind die Beherrscher sowohl der wichtigsten Industriezweige als auch der Banken, d. h., sie halten in ihren Händen praktisch die Herrschaft über die gesamte Wirtschaft ihres Landes.

Die ungeheure Macht, die die Finanzoligarchie besitzt, versetzt sie in die Lage, nicht nur die Wirtschaft ihres Landes zu beherrschen, sondern auch die Innen- und Außenpolitik der jeweiligen Regierung restlos zu bestimmen. Das heißt, auf Grund ihrer ökonomischen Macht sind sie in der Lage, den Staat völlig zu beherrschen und ihn einzig und allein ihren Interessen, *den Interessen der Finanzoligarchie, dienstbar zu machen.* Die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus, die besonders durch die beiden Weltkriege wesentlich gefördert wurde, kommt in einer weitgehenden Personalunion zwischen der Finanzoligarchie und den Spitzen des Staates zum Ausdruck, wobei nicht der Staat die Monopole, sondern die Monopole den Staat beherrschen und lenken.

„Staatsmonopolistischer Kapitalismus", schreibt Genosse Fred Oelßner, „bedeutet, daß die Finanzoligarchie eine so gewaltige ökonomische und politische Macht errang, daß sie die Staatsgewalt unmittelbar sich dienstbar machen kann. Der Staat ist — abgesehen von den großen Klassenfragen — nicht mehr das Organ der gesamten kapitalistischen Klasse, sondern das Herrschaftsinstrument der kleinen Schicht der Finanzoligarchie. Sie besetzt die führenden Staatspositionen mit ihren Leuten, schafft eine enge Personalunion zwischen sich und den führenden Staatsmännern und macht skrupellos den gesamten Staatsapparat, die Steuerkassen, die Justiz oder militärische Gewalt unmittelbar ihren finanzkapitalistischen Interessen dienstbar. Das ist staatsmonopolistischer Kapitalismus!" („Neue Welt", Heft 8, 1950, S. 21)

In seiner bekannten Arbeit „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" charakterisierte Lenin die Art und Weise der Ausnutzung des Staatsapparates durch die Finanzoligarchie. Er schreibt:

„. . . ‚sie regulieren das Wirtschaftsleben' auf eine Weise, daß dabei für die Arbeiter (und teilweise für die Bauern) ein *Militärzuchthaus,* für die Bankiers

und Kapitalisten aber ein *Paradies* geschaffen wird." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 100)

Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hat in allen kapitalistischen Ländern schon eine hohe Stufe erreicht. Sie findet vor allem ihren Ausdruck in der *Personalunion* zwischen der Finanzoligarchie und den führenden Staatsfunktionären, in der verstärkten Ausnutzung des Staatsapparates durch die Finanzoligarchie zum Kampf gegen die Werktätigen, in erster Linie gegen die Arbeiterklasse, in der Errichtung von Betrieben durch den Staat und der Verstaatlichung von Betrieben, wenn dies im Interesse der Finanzoligarchie notwendig wird und in der „Regulierung" der Wirtschaft zum Wohle der Finanzoligarchie, zum Nachteil der Werktätigen und der übrigen Kapitalisten.

Im Verlaufe der Umwandlung des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus übernahmen die Finanzkapitalisten direkt die einflußreichsten Posten im Staatsapparat.

So waren unter Hitler von den 17 Mitgliedern des „Generalrates der deutschen Wirtschaft", der zugleich die entscheidende Kommandostelle des faschistischen Staates war, zwölf Vertreter der Großindustrie, der Großbanken und des Großhandels. Als der „Reichsrüstungsrat", nach den ersten Niederlagen des faschistischen Heeres in der Sowjetunion, gebildet wurde, saßen in ihm neben einigen Generalen die Monopolherren Wilhelm Zangen, Albert Vögler, Hermann Röchling, Ernst Poensgen, Paul Pleiger und Hermann Bücher, die ganz offen die Kommandogewalt über Staat und Wirtschaft in ihre Hände nahmen.

Die im Herbst vorigen Jahres neugebildete konservative Regierung Großbritanniens setzt sich praktisch völlig aus Monopolherren zusammen. Der Außenminister Eden ist zugleich Direktor der Westminster Bank und der Versicherungsgesellschaft „Phönix Assurance Company". Finanzminister Butler ist Direktor des Kunstfasertrusts „Courtaulds Ltd.", der Kolonialminister Lyttleton ist Leiter des Elektrokonzerns „Associated Electrical Industries" usw. usw.

Die Übernahme der wichtigsten Staatsfunktionen durch die Finanzoligarchie ist gegenwärtig in den USA am weitesten vorangeschritten. Wie die Finanzkapitalisten die einflußreichsten Staatspositionen besetzt haben, zeigen einige Beispiele. Im Jahre 1947 wurde im Zuge der verstärkten Kriegsvorbereitungen das USA-Kabinett umgestaltet und u. a. ein „Amt für Mittel der Landessicherheit" geschaffen, das vor allem über Bestellungen von Rüstungsmaterial u. a. zu entscheiden hat. Über die personelle Besetzung dieses Amtes schrieb das „Journal of Commerce":

„Alle Mitglieder der Ausschüsse sind der obersten Leitung der tonangebenden Gesellschaften in den von ihnen vertretenen Industriezweigen entnommen."

Der erste Vorsitzende dieses Amtes war z. B. Arthur M. Hill, Präsident der „Atlantic Greyhound Corporation" und Direktor der „International Telephon und Telegraph Corporation". Auch der Militärapparat wird von der Finanzoligarchie beherrscht. So ist General Clay, der frühere amerikanische Gouver-

neur in Deutschland, jetzt Direktor der „Marine Midland Trust Co.", General Marshall, der frühere Außenminister der USA, ist Direktor der „Pan American Airways", Generalmajor P. Echols, während des zweiten Weltkrieges Chef des Luftwaffenmaterialamtes und jetzt wieder ein entscheidender „Gutachter" bei der Vergrößerung der amerikanischen Luftwaffe, ist zugleich Präsident des Verbandes der Flugzeugindustrie usw.

Die Übernahme der entscheidenden Staatsfunktionen durch die Monopolherren selbst bietet diesen Gewähr dafür, daß der Staatsapparat sowohl zur größtmöglichen Erhöhung ihrer Profite und zur Durchsetzung ihrer Aggressionspläne, als auch zur brutalsten Niederhaltung vor allem der Arbeiterklasse, ausgenützt wird. So sind z. B. in den USA der Erlaß und die Anwendung des arbeiterfeindlichen Taft-Hartley-Gesetzes, die Einkerkerung der Führer der Kommunistischen Partei und die Verfolgung aller anderen fortschrittlichen Kräfte Beispiele der Beherrschung und Ausnutzung des Staates durch die amerikanischen Monopole. Auch in Westdeutschland gibt es mehr als genug Beispiele der skrupellosen Ausnützung des Staates durch die Monopole gegen die Arbeiterklasse und alle anderen friedliebenden Kräfte, wie z. B. das Verbot der Volksbefragung, der brutale Terror gegen die Friedenskämpfer, die Forderung des Verbots der KPD, die Vorbereitung eines Betriebsverfassungsgesetzes usw. Wie die Finanzoligarchie den Staat benutzt, um sogar Teile der Bourgeoisie zu unterdrücken, zeigen die Repressalien einer Anzahl Regierungen kapitalistischer Länder gegen jene Kaufleute und Industriellen, die an der Weltwirtschaftskonferenz in Moskau teilnahmen oder teilnehmen wollten.

Die Errichtung von Staatsbetrieben oder die Übernahme von bestimmten Betrieben in Besitz des monopolkapitalistischen Staates, sobald es die Interessen der Monopole erfordern, ist eine der Formen der Ausnutzung des Staates durch die Monopole, d. h. eine der Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Als während der großen Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929 bis 1933 einigen Monopolen und Banken der Bankrott drohte, leitete die deutsche Regierung unter Brüning auf Kosten der Steuerzahler eine großzügige Sanierungsaktion ein, bei der z. B. dem Flickkonzern und der Dresdner Bank eine große finanzielle Hilfe gewährt wurde.

In Großbritannien wurden nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges große Teile der Wirtschaft verstaatlicht, wie z. B. die Eisenbahn, der gesamte Kohlenbergbau und die Banken. Da diese Verstaatlichung in der Regierungsperiode der Labour-Party erfolgte, versuchten besonders die rechten Sozialdemokraten dies als eine sozialistische Maßnahme darzustellen. Die näheren Umstände zeigen jedoch, daß die Verstaatlichungen der englischen Regierung zum Wohle der englischen Finanzmagnaten durchgeführt wurden. Denn sie erfolgten gegen eine großzügige, volle Entschädigung durch Staatspapiere, die aus den Steuergeldern der englischen Werktätigen regelmäßig verzinst werden, so daß dadurch den Monopolherren das Risiko abgenommen wird und ihre Profite gesichert werden. Die englischen Kohlenbergwerksbesitzer erhalten dabei vor allem ihre längst veralteten Bergwerke auf Staatskosten modernisiert, und schließlich werden die Rechte der Monopolherren dadurch gewahrt, daß die Verwaltungen der einzelnen verstaatlichten Wirtschaftszweige von den ehemaligen Besitzern geleitet werden. Ähnliche Verstaatlichungen im Interesse der Monopolherren wurden nach dem zweiten Weltkrieg in den

meisten kapitalistischen Ländern Europas durchgeführt, so z. B. in Italien und Frankreich.

Von großer Bedeutung für die Finanzoligarchie der USA waren die großen Investitionen, die die USA-Regierung, besonders während des zweiten Weltkrieges in den einzelnen Industriezweigen auf Kosten der Steuerzahler vorgenommen hat. Dabei erhielten allein die Stahltrusts 1 Milliarde Dollar für Investitionen. Insgesamt wurden während des zweiten Weltkrieges rund 15 Milliarden Dollar aus Staatsmitteln für den Bau neuer Staatsbetriebe ausgegeben. Diese Betriebe wurden den großen Trusts zur Verwaltung übergeben und helfen dadurch die Macht dieser Monopole gewaltig zu stärken. So produzierte z. B. der amerikanische Aluminiumtrust Alcoa nach der Errichtung großer Staatsbetriebe in der Aluminiumindustrie selbst nur noch 50 Prozent des amerikanischen Aluminiums, aber dadurch, daß die Alcoa noch die staatlichen Betriebe verwaltet, besitzt sie praktisch das unbeschränkte Monopol in der Aluminiumproduktion der USA, d. h. sie konnte dadurch ihre Macht gewaltig erweitern. Über diese staatlichen Kapitalinvestitionen konnten sich die amerikanischen Finanzmagnaten weiter dadurch bereichern, daß die USA-Regierung nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges zahlreiche Betriebe zu einem Bruchteil ihres Wertes an die Monopole verkaufte. Alle diese Beispiele zeigen, wie die Errichtung von Staatsbetrieben die Macht der Monopole nicht schwächt, sondern sie wesentlich verstärkt.

Wie weitgehend die Monopole die kapitalistischen Staaten beherrschen, das zeigt sich u. a. auch darin, daß unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Kapitalexport, der die Absatzmöglichkeiten der Monopole vergrößert und ihre Einflußsphären erweitert, in zunehmendem Maße vom Staat, aus den Steuergeldern der Bevölkerung, betrieben wird. Während z. B. in den USA im Jahre 1929 der Anteil des staatlichen Kapitalexports am gesamten Kapitalexport der USA 43 Prozent betrug, stieg dieser Anteil bis zum Jahre 1949 auf 80 Prozent. Der Marshallplan und die gegenwärtigen Aufrüstungsprogramme der westeuropäischen Länder, die zum Teil von der USA-Regierung finanziert werden und besonders den amerikanischen Monopolen große Aufträge und hohe Profite einbringen, spielen in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Durch sie werden die Profite und der Einfluß der amerikanischen Monopole bedeutend gesteigert, ohne daß sie selbst das Kapital aufbringen und ein Risiko für die Kapitalanlagen eingehen müssen.

Von entscheidender Bedeutung für die zunehmende Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die immer umfangreicher werdende *Reglementierung der Wirtschaft*, die die Regierungen der kapitalistischen Länder im Auftrage der Monopole durchführen. Die Maßnahmen der Regierungen betreffen vor allem Lohn- und Preisregulierungen, Preisstützungen, Rohstofflenkung, Währungsmanipulationen, die Lenkung der Regierungsaufträge usw. All diese Maßnahmen werden selbstverständlich nicht im Interesse der Werktätigen aber auch nicht etwa im Interesse der ganzen Bourgeoisie durchgeführt, sondern einzig und allein im Interesse der Finanzoligarchie, deren Macht dadurch vergrößert und deren Profite erhöht werden sollen. Die Durchführung solcher Maßnahmen wird besonders dadurch erleichtert, daß alle dafür verantwortlichen Stellen des Staatsapparates von Vertretern der Finanzoligarchie besetzt sind.

Sie setzen ihren ganzen Einfluß dafür ein, daß die Ausgaben der Regierungen für Rüstungsproduktion, für den staatlichen Kapitalexport u. a. maximal erweitert werden und sorgen dann dafür, daß die in diesem Zusammenhang erforderlichen Regierungsaufträge ihren Monopolen zugeschanzt werden. Während des zweiten Weltkrieges erhielten z. B. in den USA in den ersten zehn Monaten nach der Umstellung auf Kriegsproduktion, von Juni 1940 bis März 1941, sechs eng miteinander verflochtene Monopolvereinigungen 45 Prozent aller Rüstungsaufträge und 62 Gesellschaften, die in einigen Konzernen eng miteinander verbunden waren, 80 Prozent der Gesamtaufträge.

Im Haushaltsjahr 1951/52 wurden die militärischen Ausgaben der USA auf 81,8 Milliarden Dollar, d. h. auf das 76fache gegenüber 1939 erhöht. Dabei konnten sich die Rüstungsmagnaten allein in den letzten eineinhalb Jahren für 53 Milliarden Dollar Rüstungsaufträge zuschanzen, die entscheidend dazu beitrugen, daß die Profite der amerikanischen Gesellschaften allein im Jahre 1951 auf über 50 Milliarden Dollar anstiegen. Bis zum April 1951 wurden im Rahmen der beschleunigten Kriegsvorbereitungen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern besondere Organe zur Rohstofflenkung geschaffen, die vor allem von Vertretern der größten Monopole der Rüstungsindustrie besetzt wurden. Diese nutzen ihre Positionen aus, um die Zuteilungen für die Verbrauchsgüterindustrie einzuschränken und die für die Rüstungsindustrie ständig zu erhöhen. In den USA wurde so z. B. im ersten Halbjahr 1951 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres für die zivile Produktion der Verbrauch von Kupfer um 25 Prozent, von Aluminium um 35 Prozent, von Nickel um 85 Prozent eingeschränkt und von Wolfram und Molybdän völlig eingestellt.

All diese Beispiele zeigen, wie in den wichtigsten kapitalistischen Ländern der Staat sich vollständig in den Händen der großen Monopole befindet, die ihn zur Festigung ihrer Herrschaft und zur Erhöhung ihrer Profite ausnutzen.

☆

Die beschleunigte Umwandlung des monopolistischen in staatsmonopolistischen Kapitalismus soll nach den Wünschen der Monopolherren helfen, die kapitalistischen Widersprüche zu beseitigen. In Wirklichkeit führt diese Umwandlung jedoch zu einer gewaltigen Verschärfung aller Widersprüche. Durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird besonders der gesellschaftliche Charakter der Produktion bedeutend verstärkt, der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung, wird auf die Spitze getrieben und die allgemeine Krise des Kapitalismus wesentlich verschärft. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus macht sich geltend in den periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen und in der Tatsache, daß die Monopolherren nicht mehr in der Lage sind, die Produktivkräfte weiter zu entfalten, wenn es sich nicht um die Produktion für den Krieg, d. h. für die Vernichtung handelt. Die ständig zunehmende Verelendung, Unterdrückung und Entrechtung insbesondere der Arbeiterklasse führt jedoch nicht zu der von den Monopolherren gewünschten Abschwächung des Klassenkampfes, sondern zu einer gewaltigen Verschärfung und zur Untergrabung ihrer Machtpositionen.

Um die Werktätigen zu verwirren bezeichnen die Monopolherren und ihre Apologeten die staatsmonopolistische Reglementierung der Wirtschaft zur

Erhöhung der Monopolprofite als Planung der Wirtschaft. Aber gerade die sich anbahnende Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern, die schon ganze Zweige, besonders der Verbrauchsgüterindustrie erfaßt hat, die zunehmende Arbeitslosigkeit, das Währungschaos sowie viele andere Schwierigkeiten und Widersprüche, beweisen praktisch, daß es unter kapitalistischen Verhältnissen keine Planung der Wirtschaft geben kann. Durch die Verbreitung solcher verlogener Behauptungen wollen die Monopolherren lediglich von der Tatsache ablenken, daß sie die Regierungen in ihren Händen halten und daß sie diese dazu benutzen, um ihre Interessen, insbesondere ihre aggressiven Absichten, gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Otto Reinhold

Bibliographie

Kritische Bemerkungen zu dem Buch „Subjekt – Objekt" von Professor Dr. Ernst Bloch

Aufbau-Verlag, Berlin 1951

Die Imperialisten, vor allem die herrschenden Kreise in den USA, bereiten den Krieg nicht nur politisch, ökonomisch und militärisch, sondern auch ideologisch vor. Eine Seite dieser ideologischen Kriegsvorbereitung liegt in dem Bestreben, die philosophischen Traditionen des deutschen Volkes soweit sie fortschrittlich sind, zu zerstören. Diese fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes beschränken sich auf philosophischem Gebiet nicht nur darauf, daß zwei Deutsche die Begründer der wissenschaftlichen Philosophie, die Schöpfer der materialistischen Dialektik waren. Sie kommen u. a. auch darin zum Ausdruck, daß deutsche Philosophen wie Kant, Fichte und vor allem Hegel zu den bedeutendsten Vorbereitern der wissenschaftlichen dialektischen Methode gehören.

Mit instinktivem Haß verunglimpfen darum die „Philosophen" des amerikanischen Imperialismus gerade diese fortschrittliche Leistung Hegels, eben weil sie erkannt haben, daß die wissenschaftliche Weltanschauung der Partei des Proletariats der einzige legitime Erbe alles Fortschrittlichen bei Hegel ist. Das deutsche Volk hat allen Grund, sich der fortschrittlichen Errungenschaften Hegels zu erinnern und sie gegen die Angriffe der Ideologen des amerikanischen Imperialismus zu verteidigen.

☆

Im Sinne dieser Aufgabe hat das Buch von Professor Dr. Ernst Bloch „Subjekt — Objekt — Erläuterungen zu Hegel" zweifellos Verdienste.

Es kann in dem engen Rahmen dieser Stellungnahme nicht möglich sein eine erschöpfende kritische Auswertung der vorliegenden Arbeit von E. Bloch durchzuführen. Es soll lediglich versucht werden, einige wesentliche Schlußfolgerungen, die sich aus dem Studium dieser Arbeit ergaben, zu ziehen und zu begründen.

Das Hauptverdienst der Arbeit von E. Bloch besteht zweifellos darin, daß er als erster in unserer Republik den schwierigen Versuch überhaupt unternommen hat, das Werk eines der bedeutendsten deutschen Denker in einer umfassenden, ins einzelne gehenden kritischen Analyse dem deutschen Leser wieder zugänglich zu machen. Damit hat er einen bedeutenden Diskussionsbeitrag zur kritischen Überprüfung und Pflege unseres nationalen Kulturerbes auf philosophischem Gebiet gegeben.

E. Bloch ist bemüht, die fortschrittliche Seite in der Hegelschen Philosophie, den rationellen Kern in der dialektischen Methode Hegels, in der Entwicklung aufzuzeigen. Damit dient E. Bloch objektiv unserem Kampf gegen die amerikanische Philosophie, der gerade dieser rationelle Kern in der Hegelschen Philosophie ein großes Ärgernis ist.

E. Bloch geht in seinem Buch weiterhin davon aus, daß der einzige legitime Erbe des Fortschrittlichen in der Hegelschen Philosophie der Marxismus-Leninismus ist. Das kommt vor allem in dem „Die Aufhebung" betitelten Abschnitt seines Buches zum Ausdruck (z. B. Seite 70, 108, 369).

Darüber hinaus geht er, besonders in den Kapiteln „Hegel und der Empirismus", „Hegels Tod und Leben", oder auch an anderen Stellen zu einem direkten Angriff gegen die amerikanische Philosophie, vor allem gegen den logischen Positivismus und den logischen Empirismus über. Das Kapitel „Hegel und der Empirismus" ist von einem parteilichen, kämpferischen Geist gegen die amerikanische Pseudophilosophie durchdrungen. Es ist konkret, lebendig und überzeugend geschrieben, mitunter von einem urwüchsigen, kernigen meist treffsicheren — oft auch bissigen Humor durchsetzt.

E. Bloch wendet sich vor allem gegen die völlige Mißachtung, gegen die „Geringschätzung der Denkfunktion" (S. 101) durch diese Art von Philosophie.

„So kann mit Positivisten kein einziger Schritt zu Hegel, aber auch keiner zum Verständnis des Dialektikers Marx getan werden." (S. 101)

> „Der Positivismus ... ist die Anweisung auf A = A und sonst nichts, er ist die Kunst, nie dialektisch denken, nie philosophieren zu lernen. Er ist diese Anweisung, indem er die Logistik, ein abkürzendes Hilfs- und Prüfungsmittel formallogischer Richtigkeit, zur Logik macht und die bloße sinnliche Gewißheit (mit der Hegel anfängt) zu der Weisheit letztem Schluß." (S. 102)

Der Positivismus setzt die Macht und Kraft des Denkens herab, indem er die Erkenntnis auf die bloße Sinnesempfindung beschränkt und diese obendrein idealistisch zum „einzig wirklichen Positiven" erklärt. E. Bloch weist in diesem Kapitel nach, daß logischer Empirismus und logischer Positivismus, die natürlich im Mäntelchen äußerster „Modernität" auftreten, in Wirklichkeit aber weit hinter Hegel zurückliegen, erzreaktionäre Ausgeburten der kapitalistischen Ideologie sind.

Hier stellt der Kampf, den E. Bloch in Verteidigung Hegels als eines erklärten Feindes dieses dogmatischen und bornierten Empirismus gegen den Positivismus führt, zugleich einen Schlag gegen die imperialistischen Verdummungsversuche der amerikanischen Philosophie überhaupt dar. Diese „Philosophie" ist darauf gerichtet, die vom Imperialismus ausgebeuteten und unterjochten Massen an der Erkenntnis ihrer eigenen Lage zu hindern, weil diese Erkenntnis ihnen Richtung und Orientierung im Kampf gegen ihre Unterdrücker verleiht und den Untergang des Imperialismus im Weltmaßstab beschleunigt.

Dieser Kampfgeist gegen den Positivismus durchzieht das ganze Werk E. Blochs und stellt also eine der positiven Seiten des Buches dar.

Viele für das gründliche Verständnis der Entstehungsgeschichte des Hegelschen Werkes wichtige biographische und vor allem ideengeschichtliche Einzelheiten tragen dazu bei, unsere Kenntnisse über Hegels Werk und Persönlichkeit im einzelnen zu vervollkommnen und zu konkretisieren. (Siehe Kapitel „Geburt der Werke und das Lehrwort")

☆

Trotz dieser Verdienste, die sich E. Bloch [illegible]

weist das Buch jedoch schwerwiegende Schwächen und Fehler auf, von denen ich an dieser Stelle nur auf drei der grundlegendsten eingehen will.

Der Hauptfehler besteht darin, daß das Buch in seiner Konzeption falsch angelegt ist.

Das kommt erstens darin zum Ausdruck, daß für E. Bloch Hegel nach wie vor eine „Aufgabe" im Sinne eines philosophisch-theoretischen Problems darstellt, das angeblich noch lange nicht völlig bewältigt wurde. Die kritisch materialistische Umarbeitung der Hegelschen Dialektik ist demnach noch lange nicht zu Ende geführt. Eine solche noch zu lösende Aufgabe kann E. Bloch in seinem Buch allerdings nirgends nachweisen. Er gibt aber, indem er eine solche Aufgabe stellt und wiederholt proklamiert, der heutigen Hegelforschung eine falsche, schädliche Richtung. Bereits im Vorwort zu seinem Buch schreibt E. Bloch folgendes:

> „Jeder große Gedanke blickt, indem er auf der Höhe seiner Zeit steht, auch in die nächste, ja gegebenenfalls in das ganze menschliche Zeitanliegen hinein. Er enthält ein Fortbetreffendes, ein Unerledigtes in seiner wesenhaften Frage, ein Unabgegoltenes in deren versuchten Lösung. *Dieses Unabgegoltene ist das philosophische Substrat des Kulturerbes.* Und rücksichtlich Hegels, eines Lehrers von Marx: es gibt wenig Vergangenheit, die *so problematisch wie seine uns aus der Zukunft entgegenkäme.* Die Scheinprobleme des Philosophen, die Ideologien und Idealismen seines sogenannten Weltgeistes sind durch Marx verschwunden; die echten Fragen, die Marxismen der Sache selbst, bleiben desto unverwechselbarer. *Wer beim Studium der historisch-materialistischen Dialektik Hegel ausläßt, hat keine Aussicht, den historisch-dialektischen Materialismus voll zu erobern.*" (Vorwort zum Buch von E. Bloch) — (Hervorgehoben von mir — W. S.)

An späterer Stelle (S. 345) heißt es weiter mit Bezug auf Hegel:

> *„Unaufgearbeitete, unabgegoltene Pro-*

ebenso vor wie die große, befreundete Hilfe aus der Vergangenheit: Beides aber kommt dann wie aus der Zukunft entgegen, nicht aus irgendeiner Gewesenheit.“ (Hervorgehoben von mir — W. S.)

Zwar folgt hierauf:

„Es kann deshalb auch keine Hegelianer mehr geben, gerade weil Hegel nur in einer Philosophie, die nicht mehr die seine ist und sein kann, fortlebt.“

Doch bleibt nach der fälschlichen Meinung E. Blochs in Hegels Philosophie noch viel Unabgegoltenes übrig, was noch nicht in der marxistischen Philosophie in seiner materialistischen Umarbeitung fortlebt und daher angeblich noch ausgewertet werden müsse. Obwohl E. Bloch sich entschieden gegen jede Hegelei wehrt, ist er ihr jedoch selbst zum Opfer gefallen. Eins muß hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Alles, was in der Hegelschen Philosophie fortschrittlich war, ist durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus, durch Marx, Engels, Lenin und Stalin erhalten und durch revolutionäre Umarbeitung weiter und höher entwickelt worden.

Und wenn E. Bloch mit deutlichem Bezug auf ein Zitat Lenins aus seinem philosophischen Nachlaß, das er an anderer Stelle, wo er ähnliches sagt, sogar zum „Beweis“ für seine Auffassung heranzieht, behauptet, daß sich heute niemand mit Erfolg den dialektischen Materialismus aneignen könne, wenn er nicht auch Hegel studiert habe, so ist das wohl richtig in bezug auf die Entstehungsgeschichte der marxistischen Philosophie, in bezug auf den historischen Zusammenhang zwischen Hegel und Marx und Engels. Die Forderung, Hegel zu studieren, wird jedoch falsch, — und so ist sie bei E. Bloch gemeint —, wenn sie bedeuten soll, daß das theoretische und praktische Verständnis des dialektischen Materialismus das Studium Hegels zur Grundlage und Voraussetzung habe.

Es war gerade Lenin, der vor allem in seinem philosophischen Nachlaß einen entscheidenden Beitrag zur revolutionären marxistischen Umarbeitung der Hegelschen Dialektik geleistet und das „Unabgegoltene“ „abgegolten“ hat.

Vor allem aber hat J. W. Stalin, besonders in seinem genialen Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“ die kritische materialistische Umarbeitung der Hegelschen Dialektik zu Ende geführt, und es besteht keinerlei Grund dafür, das, was die Klassiker des Marxismus-Leninismus erarbeitet haben, noch einmal zur Aufgabe zu stellen.

Eine solche Aufgabenstellung beweist, daß E. Bloch die genialen Leistungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus gewaltig unterschätzt. Das gilt besonders für Stalin, der, was die Ausarbeitung der wissenschaftlichen dialektischen Methode anbelangt, bei Bloch nur ganz am Rande erwähnt wird.

Auch in der Sowjetunion gab es vor einigen Jahren noch einzelne Philosophen, die der Meinung waren, Hegel sei noch ein „Problem“. Ihnen antwortete A. A. Shdanow:

„Das Problem Hegel ist längst gelöst. *Es gibt keinen Anlaß, es neu aufzuwerfen.* (Hervorgehoben von mir — W. S.) über die bereits untersuchten und eingeschätzten hinaus wurden hier keine neuen Materialien hervorgebracht.“ (Shdanow, „Kritische Bemerkungen zu dem Buch F. G. Alexandrows: Geschichte der westeuropäischen Philosophie“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 28)

Die zweite grundlegende Schwäche der Arbeit von E. Bloch, die mit der eben erwähnten aufs engste zusammenhängt, besteht darin, daß seine Erläuterungen und Kommentare zu Hegel, die eine Einführung in dessen Werke darstellen sollen, im wesentlichen nur ideengeschichtliche Zusammenhänge zwischen Hegels Werk und anderen philosophischen und wissenschaftlichen Auffassungen sichtbar machen, wenn auch hier und da auf die Klassenwurzeln der Hegelschen Philosophie hingedeutet und aufmerksam gemacht wird. Eine solche Darstellung muß natürlich zu einer idealistischen Auffassung des Hegelschen Werkes führen, ungeachtet so mancher treffender und richtiger Einzeleinschätzungen und Darstellungen. Dieser idealistische Grundcharakter in der Darstellungsweise des Hegelschen Werkes tritt vor allem dort deutlich zutage, wo des näheren auf die Beziehungen zwischen Hegels Philosophie und dem entstehenden Marxismus

und auf das Verhältnis des dialektischen Materialismus zu Hegel eingegangen wird.

Ich habe schon oben in einem anderen Zusammenhang von der Unterschätzung der philosophischen Leistung der Klassiker des Marxismus-Leninismus durch E. Bloch gesprochen. Diese Unterschätzung kommt letztlich darin zum Ausdruck, daß E. Bloch in seinem Buch de facto die Auffassung vertritt, daß die entscheidende Leistung bei der Ausarbeitung der wissenschaftlichen Dialektik eben von Hegel und nicht von den Klassikern des Marxismus-Leninismus vollbracht wurde. E. Bloch wird diese Feststellung vielleicht entrüstet zurückweisen und auf eine ganze Reihe von Zitaten aufmerksam machen, in denen das Gegenteil behauptet wird, wie z. B. in folgendem:

„Denn mit einem Sprung zum Neuen, wie ihn die bisherige Geschichte noch nie erfahren hat, beginnt durch Marx — unter Fortsetzung wie Aufhebung Hegels — die Veränderung der Philosophie zur Philosophie der Weltveränderung." (S. 465)

Diese Deklarationen ändern nichts an der Tatsache, daß Professor Bloch von dem Bewußtsein durchdrungen ist, letzten Endes sei auch heute noch Hegel der „Genius der Dialektik", der „große Lehrer", für den auch unsere Zeit noch „so empfindlich" (S. 475) sein soll. So wird in dem ganzen Buch der Eindruck zu erwecken versucht, daß der Übergang von der Dialektik Hegels zur Dialektik von Marx und Engels im Grunde genommen gar nicht schwer gewesen sei, daß man die idealistische Hülle, in der die Hegelsche Dialektik eingebettet ist, eben das reaktionäre idealistische System Hegels lediglich „abzuschütteln" brauche, um zur marxistischen Dialektik zu gelangen. Am krassesten tritt diese Tendenz in der Behandlung der Stellung Hegels zur Rolle und Bedeutung der Praxis und zum Materialismus zutage.

Trotz aller Vorbehalte bezüglich der negativen Rolle, die die Praxis in der Hegelschen Philosophie spielt, wird doch von E. Bloch immer wieder behauptet, (wie z. B. auf Seite 401):

„Und in der Tat hat das Theorie-Praxis-Verhältnis, wie Marx es faßt, sogar den Wechsel zwischen praktischer, dann wieder theoretischer Überordnung in sich, *von der Art, wie Hegel* (Hervorgehoben von mir — W. S.) den Mangel beider wechselseitig ergänzen will. Die Theorie führt zu konkreter Praxis, die Praxis, mit den in ihr neu hervortretenden Widersprüchen, verlangt wieder Theorie: eine Verhältnis-Bestimmung beider, die gerade an Hegels Logik sich anschließt."

In dem ganzen Zusammenhang, in dem das eben erwähnte Zitat steht, soll erwiesen werden, daß Hegel trotz alles Idealismus' im Grunde genommen die Rolle und Bedeutung der Praxis im Erkenntnisprozeß schon richtig erkannt habe.

Und nun zur dritten Frage. Hier behauptet E. Bloch sinngemäß nicht weniger, als daß in Hegels Philosophie mehr „echter" Materialismus vorhanden sei als bei den französischen Materialisten des 18. Jahrhunderts! Für Hegel ist es bekanntlich gerade typisch, daß er den berechtigten Kampf gegen das *Metaphysische, Mechanistische* in der Philosophie der französischen Materialisten in der Absicht führte, den Idealismus zu restaurieren und damit *nicht nur* den mechanischen, sondern eben den *Materialismus überhaupt* zu treffen und zu schlagen. Gerade darin zeigte sich das Wesen seiner Philosophie als aristokratische Reaktion auf den französischen Materialismus. Wenn man jedoch das Buch von E. Bloch liest, muß man zu der Auffassung kommen, daß Hegel den Kampf gegen die französischen Materialisten nicht darum führte, um den Materialismus *zu zerschlagen*, sondern um ihn ... *zu retten!*

„Engels konnte Hegel zustimmen, (bei E. Bloch in bezug darauf, daß es *„die Materie"* als solche nicht gebe — W. S.) weil diesem der *Materialismus* (Hervorgehoben von mir — W. S.) — außerhalb seiner mechanistisch-radikalen Borniertheit — keineswegs fremd war. Sonst wäre eben der Weg von Hegel über Feuerbach zu Marx-Engels nicht als so kurzer möglich gewesen; sonst hätte die Dialektik nicht so bald die kryptomaterialistischen Züge ihrer „Idee",

ihres objektiven Idealismus offenbart." (S. 408/409)

„Hegel selber hat den Materialismus nicht ausschließlich quantitativ reduziert. Er hat ihn mit der quantitativ-mechanistischen Einebnung aller Qualitäten — als einer entwicklungsgeschichtlichen Unwahrheit — nicht ausschließlich zusammenfallen lassen. Er anerkennt den Materialismus darüber — hinaus als stärkste Lehre des Diesseits." S. 409)

Der Weg von Hegel über Feuerbach zu Marx ist bekanntlich nicht ein Weg vom Hegelschen „Materialismus" über den Feuerbachschen Materialismus zum dialektischen Materialismus gewesen. Schließlich war es Feuerbach, der nach Hegel — mit den Worten von Engels — „den Materialismus erst wieder in seine Rechte einsetzen" mußte.

Das Entscheidende für die Stellung der Praxis in der marxistischen Erkenntnistheorie und -philosophie überhaupt besteht darin, daß sie die Grundlage, den Ausgangspunkt aller Erkenntnisse bildet. Diesen grundlegenden Unterschied zwischen der marxistischen Philosophie und der Philosophie Hegels muß man nicht nur sehen, sondern auch parteilich vertreten und darstellen. E. Bloch hat jedoch diesen grundlegenden Unterschied in seinem Buch verwischt. Das gleiche gilt in bezug auf seine Darstellung des Verhältnisses Hegels zum Materialismus.

Auch hier wird der grundlegende Unterschied zwischen Materialismus und Idealismus bemäntelt und verkleistert. Einerseits will E. Bloch damit offensichtlich ein offenes Bekenntnis zu der These Stalins, daß die Philosophie Hegels eine aristokratische Reaktion auf die französische bürgerliche Revolution und den französischen Materialismus ist, umgehen bzw. sie bagatellisieren, andererseits jedoch wieder zeigen, daß auch in dieser Frage Marx und Engels direkt an Hegel anschließen. Dieses „direkte" Anschließen an Hegel bestand bei Marx und Engels, was die Rolle der Praxis in der marxistischen Philosophie anging, bekanntlich zuerst einmal darin, daß sie sich „direkt" von dem nach wie vor idealistischen Praxisbegriff Hegels trennten und sich selbst *in* der Praxis *auf den Standpunkt des Proletariats stellten.*

E. Bloch sieht den Schritt von der Philosophie Hegels zu der Philosophie von Marx und Engels vornehmlich als eine rein ideengeschichtlich-theoretische Angelegenheit an, nicht als den Übergang vom *Klassenstandpunkt der Bourgeoisie* zum *Klassenstandpunkt des Proletariats.* Das war kein „leichter" Schritt, *nicht nur ein theoretisches* Übergehen von einer Theorie zur anderen. Der dialektische Materialismus findet gegenüber jedweder bürgerlicher Philosophie seine neue Qualität darin, daß er die Interessen und die weltgeschichtliche Rolle und Aufgabe des Proletariats, der fortschrittlichsten, revolutionärsten Klasse der Geschichte zum Ausdruck bringt, während z. B. Hegel durch seine Philosophie — einerseits die Lage und Interessen der damaligen deutschen Bourgeoisie — andererseits aber der aristokratischen Reaktion gegenüber der französischen Revolution und ihren Errungenschaften ausdrückt.

Obwohl das Buch von E. Bloch, wie aus diesen Ausführungen erhellt, die Aufgabe, die ihm objektiv gestellt war, in wesentlicher Hinsicht nicht erfüllte, bleibt es dennoch im Sinne der eingangs erwähnten positiven Ergebnisse ein wertvoller Diskussionsbeitrag im Kampf um die kritische Verarbeitung und die Pflege unseres fortschrittlichen nationalen philosophischen Erbes, das, soweit es sich um vormarxistische Philosophie handelt, eben in der Vorbereitung der marxistischen Philosophie beschlossen liegt und als solches dargestellt und aufgezeigt werden muß.

Wolfgang Schubardt

Ein Roman als Lehrbuch

Nikolai Schpanow, „Brandstifter", Verlag Volk und Welt, Berlin 1951

Der Verlag Volk und Welt stellt seiner Vorbemerkung zu Nikolai Schpanows Roman „Brandstifter" die Mahnung voran, die Lenin im Dezember 1922 der sowjetischen Delegation zur internationalen Friedenskonferenz im Haag mit auf den Weg gab:

> „Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird." (W. I. Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 979)

Man hätte noch einen weiteren Satz aus der Arbeit Lenins hinzufügen können:

> „Man muß den Leuten immer und immer wieder mit aller Konkretheit erläutern, wie die Dinge während des letzten Krieges lagen und warum sie nicht anders liegen konnten." (Ebenda, S. 979)

Nikolai Schpanow hat sich der verantwortungsvollen Aufgabe gewidmet, die in diesen Worten Lenins liegt, und die zu erfüllen gerade auch den kulturschaffenden Friedenskämpfern obliegt. Er hat mit seinem Roman „Brandstifter" ein Werk geschaffen, auf das näher einzugehen sich aus vielerlei Gründen lohnt: Hier hat ein sowjetischer Schriftsteller Deutschland betreffende Probleme aus der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart mit einer umfassenden marxistisch-leninistischen Kenntnis der Zusammenhänge angepackt. Er hat die Hintergründe der Aggression gezeigt und dem Leser die Technik erkennbar gemacht, die die Aggressoren anwandten, um den zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Schpanow zeigt, wie die amerikanischen Imperialisten Hitler begünstigten und den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus ermöglichten. Er gibt uns damit in seinem Roman eine wertvolle Waffe für den Kampf gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus in unseren Tagen. Schpanow weist gleichzeitig den fortschrittlichen Schriftstellern den Weg, wie die Fragen der Geschichte und der Gegenwart aufzugreifen und im Sinne des sozialistischen Realismus zu gestalten sind. In dem Roman werden Ausschnitte aus dem Zeitgeschehen von 1932 bis Mitte 1947 widergespiegelt. Es handelt sich um eine Zeit, in der sich die Gegensätze zwischen den führenden imperialistischen Staaten und der Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat verschärften. Die Monopolherren, die Amerikaner Vanderbilt, Morgan, Mellon und ihre deutschen Verbündeten, die Krupp und Thyssen, sahen und suchten nach der großen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 keinen anderen Ausweg aus der Krise und aus ihren Widersprüchen als den Krieg, so wie sie auch jetzt eroberungs- und profitlüstern den dritten Weltkrieg zu entfesseln gedenken. Auf der anderen Seite erstarkte die Sozialistische Sowjetunion.

Wie heute, verursachte dieses Sechstel der Erde auch damals den Kriegstreibern, die vor Haß gegen die den Fortschritt verkörpernde Sowjetunion immer blinder und unbeherrschter wurden, einen Alpdruck, von dem sie sich befreien wollten. Dabei sind ihnen — wie Schpanow zeigt — alle Mittel recht: Betrug, abgefeimte Schurkereien, brutale Tyrannei, Meuchelmorde und schließlich der neue Weltbrand.

☆

Typisch für das damalige Deutschland, das trotz der aufrüttelnden Mahnrufe der Kommunistischen Partei Deutschlands und einiger fortschrittlicher Politiker und Dichter von der Weimarer Republik allmählich zum Hitlerfaschismus hinabglitt, war so zum Beispiel die von Schpanow treffend charakterisierte Generalsfamilie derer von Schwerer.

Konrad von Schwerer verkörpert die Generalität, die nach der Niederlage im ersten Weltkrieg nicht in der Regierungsform oder Gesellschaftsordnung, die Schuld sucht, sondern in untergeordneten Fehlern der Kriegsführung. Er träumt von einem neuen „Feldzug gen Osten" und glaubt, diesen Traum würde der ihm zwar standesmäßig nicht genehme Gefreite Hitler erfüllen. Er wartet, bis ihn Hitler ruft und wartet heute wieder ...

Seine Frau Emma ist die schemenhafte Gestalt einer „Geborenen von", die dem

General blind gehorcht wie ein Soldat — manchmal zwar widerwillig, aber abgestumpft.

Sie haben drei Söhne: der älteste, Egon, ist Flugzeugkonstrukteur, Erfinder. Im Verlauf des Geschehens entwickelt er sich zum Mitwisser von Widerstandskämpfern und widmet sich nach der bedingungslosen Kapitulation der Hitlergenerale entschlossen und tatkräftig dem Aufbau eines neuen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands, das in Freundschaft mit der Sowjetunion leben muß. Sein Bruder Otto ist der Typ des Spitzels und Agenten. Er dient als Offizier, wird dann Adjutant des SA-Führers Röhm, nach dessen Ermordung bespitzelt er einen General und dann seinen Vater. Während des Krieges fällt er in der Sowjetunion.

Der dritte Sohn, Ernst, ist ein habgieriger, zu jeder Gaunerei fähiger Offizier (sofern er sicher ist, daß er die Schuld auf andere schieben kann, wie im Roman einen Diebstahl auf die Hausangestellte). Er verkauft sich dem Bestzahlenden und wird schließlich zum Werkzeug der Drahtzieher aller Agenten und Spionenbanden, der amerikanischen Imperialisten, der Allan und Foster Dulles. Im Auftrage des ehemaligen SS-Führers Wilhelm von Krone alias McCronin, der nach 1945 im Westen Deutschlands wohnt, soll er 1947 seinen Bruder Egon aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone entführen oder den Bruder durch die Entführung seiner kleinen Tochter nach dem Westen locken. Dieser Anschlag mißlingt, und nach der Verhaftung Krones, mit der der Prolog abschließt, entrollt sich das Bild von Spionen und Agenten, Lockspitzeln, charmanten „Journalistinnen" und Beamten der Spionagedienste der Westmächte. Die Umtriebe der Hitlerfaschisten und ihrer amerikanischen Freunde, die die Widerstandsbewegungen in den Ländern durch Trotzkisten und Marionetten zersetzen und abwürgen wollen, werden aufgedeckt.

Die Schilderung des heroischen Widerstandskampfes der Proletarier und ihrer Verbündeten wird zum Ehrenmal für die klassenbewußten und fortschrittlichen Antifaschisten. In seinen Franz Lemke, Rupp Wirth, Zichauer und vielen anderen setzt Schpanow den heldenmütigen Opfern des Faschismus ein bleibendes, ehrendes Denkmal, das gekrönt wird durch die Gestalt unseres Ernst Thälmann, von dem Schpanow sagt:

„Thälmann blieb nach wie vor das Herz der Deutschen Kommunistischen Partei. Ein blutendes, aber tapferes und siegesbewußtes Herz." (Schpanow, „Brandstifter", S. 1032)

Damit ehrt er die Partei, die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse. Eine Vielzahl historischer Gestalten erfüllt Schpanow mit Leben, er zeigt sie in „typischen Umständen". Wir erleben Genossen Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß und den Kampf solcher Arbeiterführer wie Maurice Thorez, La Passionaria, Harry Pollitt u. a.; wie auch den amerikanischen Präsidenten F. D. Roosevelt, gegen den die Brüder Dulles zwei Mordanschläge organisieren.

Es erscheinen im Roman die Kriegsverbrecher, wie Hitler, Göring, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, der ewige Kriegstreiber Churchill und Chamberlain. Daneben deren Gesinnungsfreunde und Helfer Daladier, Laval und François-Poncet und in dieser Gesellschaft Trotzkis Sohn Sedow, Léon Blum sowie die amerikanischen Agentenführer Foster Dulles und Allan Dulles, die aufs engste mit ihren deutschen Bundesbrüdern, den Imperialisten und der Generalskamarilla, verfilzt sind. Alle sind sie mehr oder minder Handlanger der USA-Imperialisten.

Der Drahtzieher ist die Romangestalt John Vandenheim, der die Vanderbilts, Morgans und Mellons verkörpert und die Mittel zur Verfügung stellt, damit der „starke Mann" gegen die Sowjetunion aufs Tapet gebracht werden kann. Daneben hat Schpanow eine große Anzahl von durchaus „typischen" Menschen erfunden.

Für viele Deutsche, denen es in der Hitlerzeit nicht möglich war, hinter die Kulissen der Ereignisse zu schauen, die mangelhaft und falsch informiert waren, wird es auch interessant und aufschlußreich sein, die Hintergründe und den allgemeinen Zusammenhang mancher Vorgänge zu erkennen — das Verschwinden des richtigen und das Auftauchen des gefälschten Testaments in der Sterbe-

szene Hindenburgs, die Beseitigung Röhms und Schleichers usw.

Besonders charakteristisch gestaltet ist im Roman der tapfere Kampf des republikanischen Spanien, das von den in den Internationalen Brigaden vereinigten Antifaschisten aus allen Teilen der Erde unterstützt wird. Mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer (Léon Blum) wird es schließlich durch die hinterhältige Nichteinmischungspolitik der sogenannten demokratischen Mächte an Franco, den Spießgesellen Hitlers und Mussolinis, ausgeliefert. Schpanow läßt uns die von langer Hand vorbereitete Besetzung Österreichs und die auf den Münchener Verrat erfolgende Annexion der Tschechoslowakei miterleben. Gerade dieses Geschehen ist von eindringlicher Bildhaftigkeit. Schpanow schildert den Zerfall einer tschechisch-deutschen Familie, die Provokationen der Henlein-Kolonne und den schmachvollen Verrat der englischen und französischen Bourgeoisie.

Schpanow stellt dem nationalen Verrat der Bourgeoisie den echten Patriotismus, die tiefe Heimatliebe des Proletariats und seiner Verbündeten entgegen, die unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien um den Fortschritt und damit für die Rettung und die glückliche Zukunft ihrer Nationen kämpfen.

Dabei wird z. B. die leuchtende Gestaltung des deutschen Widerstandskampfes gegen den Faschismus, vor allem der Kampf der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands zur Ehrenrettung der deutschen Nation. Was deutsche Romanautoren bisher nicht vermochten, das schenkt ein sowjetischer Autor dem deutschen Volk.

Der Dichter rollt die wie in einem scheinbar unentwirrbaren Knäuel verwickelten Ereignisse mit außerordentlicher Geschicklichkeit auf, er ist ein großartiger Gestalter historischer und erfundener Figuren. Er versteht es gleichzeitig hervorragend, Gemütszustände und Landschaftsbilder zu schildern.

☆

Mit dieser Neuerscheinung erweist sich erneut, daß die sowjetische Literatur, „die jüngste unter den Literaturen der Völker und Länder", wie Genosse Shdanow ausführte,

> „... die ideenreichste, fortschrittlichste und revolutionärste Literatur" ist. (A. Shdanow, „Über Kunst und Wissenschaft", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 5)

Die Konzeption des Romans, der Romanablauf ist ideenreich, und er ist fortschrittlich und revolutionär, weil er in keinem Augenblick die Rolle des Proletariats und seiner Verbündeten außer acht läßt, in keiner Zeile die Parteilichkeit und die Bedeutung der Sowjetunion als Kraftquelle für Fortschritt und Sozialismus vergißt. Schpanow beweist sich als „Ingenieur der menschlichen Seele" (J. Stalin) und kommt den Verpflichtungen nach, die sich aus der Forderung Shdanows ergeben, daß die Schriftsteller

> „... das Leben kennen müssen, um es in den künstlerischen Werken wahrheitsgetreu darstellen zu können, nicht scholastisch, nicht tot, nicht einfach als „objektive Wirklichkeit", sondern als die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung. Dabei muß die wahrheitsgetreue und historisch konkrete künstlerische Darstellung mit der Aufgabe verbunden werden, die werktätigen Menschen im Geiste des Sozialismus ideologisch umzuformen und zu erziehen." (Shdanow, Ebenda, S. 9)

Schpanow schuf ein realistisches Kunstwerk, das

> „... nicht nur die Erkenntnis der Wirklichkeit vermittelt, sondern auch in den Menschen Ideen, Gefühle, Bestrebungen erweckt, die geeignet sind, sich in einer fortschrittlichen, schöpferischen Tätigkeit zu verkörpern." (Hans Lauter, „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine forschrittliche deutsche Kultur", Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 24)

Der sowjetische Schriftsteller begann sein Werk, das 1948 abgeschlossen wurde, bereits im Jahre 1944 — also noch vor der siegreichen Beendigung des Krieges. Auch in dieser Beziehung sollten unsere Schriftsteller, die oft meinen, daß sie „nicht genügend Abstand" haben, von Schpanows Werk lernen.

Es ist jedoch ein Mangel des Romans, daß er die ganze Gefahr, die der deutsche Imperialismus für die Welt bedeutete und wieder bedeutet, nicht genügend erkennen läßt. Er zeigt als Repräsentanten des deutschen Imperialismus eigentlich nur die Naziführer und die Militärkamarilla, während die wirklichen Drahtzieher, die zum Kriege treibenden Auftraggeber Hitlers, die deutschen Monopolherren gar nicht oder kaum gezeigt werden.

Diese notwendige kritische Bemerkung ändert jedoch nichts daran, daß der Roman ein wahres Lehrbuch der Geschehnisse der Jahre 1932 bis 1947 ist. Wer ihn gelesen hat, wird die Verkettung des amerikanischen Imperialismus mit den deutschen Hitlerfaschisten, das Versagen der Bourgeoisie, die Umtriebe der Agenten und Lockspitzel, den Verrat der rechten Führer der Sozialdemokratie und vieles andere verstehen lernen. Ein Buch, das größte Verbreitung verdient, weil es eine scharfe Waffe im Kampf für den Frieden ist.

Die Übersetzung (bedauerlicherweise bleibt der Übersetzer ungenannt) ist im großen und ganzen als gelungen zu bezeichnen, nicht so die redaktionelle Bearbeitung. So wird in Lenins Ausspruch „Lernen, lernen, nochmals lernen" aus „nochmals" „noch einmal". Namen wie Andersen Nexö, Clara Zetkin, Pollitt werden falsch geschrieben und die Begriffe Ziffern und Zahlen (S. 802/803) verwechselt. Auch die häufige Nennung der Vornamen — wie sie zwar im Russischen üblich — stört und gibt wie bei Istwan Bartok (S. 13) und Istwan Michailowitsch zu Irrtümern Anlaß. Diese — sagen wir — Unsauberkeiten sollten bei einer zweiten Auflage beseitigt werden.

Auf alle Fälle ist allen Genossen das Studium dieses Romans dringend anzuempfehlen. Man sollte es außerdem in die Hände von parteilosen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen geben und darüber hinaus — wie „Die große Verschwörung" zum Beispiel — als Literatur zu Studienzwecken im Parteilehrjahr, insbesondere für die Grundschule heranziehen.

Hermann Lewy

Dietz Verlag GmbH, Berlin C 2, Wallstraße 76/79, Fernruf 67 63 61 / (Bestellungen nehmen jedes Postamt, jede Buchhandlung und die Literaturvertriebe sämtlicher Parteiorganisationen entgegen) / Redaktion: Berlin C 2, Kleine Alexanderstraße 28, Karl-Liebknecht-Haus, Fernruf 42 00 56 / Manuskripte nur an die Redaktion senden / Druck: (13) Berliner Verlag GmbH, Berlin W 8, Jägerstraße 10/11 1021

J. W. STALIN

WERKE IN 16 BÄNDEN

Herausgegeben auf Beschluß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Die deutsche Ausgabe wird vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim Zentralkomitee der SED besorgt.

BAND 6 · 1924

VIII, 384 Seiten auf holzfreiem Papier · Kunstleder 4,85 DM

Im sechsten Band der Werke J. W. Stalins haben die Schriften Aufnahme gefunden, die im Jahre 1924 geschrieben worden sind.

Das Jahr 1924 war das erste Jahr, in dem die bolschewistische Partei und das Sowjetvolk ihre schöpferische Arbeit für den Aufbau des Sozialismus ohne W. I. Lenin, unter der Führung des Genossen Stalin fortführten. Genosse Stalin schloß die Partei um das Zentralkomitee zusammen und mobilisierte sie zum Kampf für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR.

Die in diesem Band enthaltenen Schriften des Genossen Stalin spielten eine gewaltige Rolle bei der ideologischen Zerschlagung des Trotzkismus und der anderen antileninistischen Gruppierungen sowie bei der Verteidigung, Begründung und Weiterentwicklung des Leninismus.

Auslieferungsbeginn: Juli / August 1952

DIETZ VERLAG BERLIN